Frank Relke

Politische Bildung und Evangelische Kirche

Eine historisch angelegte Untersuchung zur Bildungsarbeit
der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
am Beispiel der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Band 1

kassel
university
press

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) angenommen.

Gutachter: Prof. Dr. Bernd Overwien
Tag der mündlichen Prüfung: 28. Mai 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar

Zugl.: Kassel, Univ., Diss. 2009
ISBN print: 978-3-89958-618-3
ISBN online: 978-3-89958-619-0
URN: urn:nbn:de:0002-6193

© 2009, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 9

1 Einleitung 11

1.1 Problemstellung und Leitfragen 11

1.2 Eingrenzung des Themas 16

1.2.1 Untersuchungszeitraum und historischer Zugang 16

1.2.2 Evangelische Akademie Hofgeismar als Untersuchungsschwerpunkt 18

1.3 Die Quellengrundlage 22

2 Ulrich Becks epochaler Ansatz im Spiegel kirchlicher Bildungsarbeit 30

2.1 Risikogesellschaft 31

2.2 Zweite Moderne 33

2.3 Becks Theorie als interpretative Leittheorie 37

3 Methodischer Ansatz 40

3.1 Begründung des hermeneutischen Zugangs 40

3.1.1 Gadamer und Oevermann – zwei Vertreter der Hermeneutik 44

3.1.2 Biografische Beispiele zu Repräsentanten politischer Bildung 50

3.2 Zwei Zugänge zum Forschungsgegenstand 58

3.2.1 Kirchen als traditionelle gesellschaftliche Akteure 59

3.2.2 Kirchliche Bildungsaktivitäten als NGO-Tätigkeit 61

4 Kirche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit – Institutionelle Aspekte und Zeitgegebenheiten 66

4.1 Kirchliche Verlautbarungen zu gesellschaftspolitischen Themen 66

4.1.1 Grundsätze zur evangelischen Erwachsenenbildung 67

4.1.2 Religionsunterricht vor dem Hintergrund der Globalisierung 69

4.1.3 Erwachsenenbildung im Horizont von Bildungsmarkt und Kirche 70

4.2 Kirchliche Meinungsbildung zu ethischen Themen 71

4.3 Institutionelle Aspekte außerschulischer politischer Bildungsarbeit 75

4.4 Ökonomische, philosophische und bildungspolitische Aspekte der Globalisierung 79

5 Die Bildungsintentionen von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung 85
5.1 Die „Zwei-Reiche-Lehre“ als Begründung des Staat-Kirche-Verhältnisses 86
5.2 Bildungspartner und Kulturkampf – ein spannungsvolles Gegenüber von Kirche und Staat 89
5.2.1 Elementarbildung und christliche Unterweisung 89
5.2.2 Das Staat-Kirche-Verhältnis in Preußen 90
5.2.3 Staat und Kirche in Kurhessen 92
5.2.4 Bildungsvereine im 19. Jahrhundert 94
5.3 Das Gegenüber von Staat und Kirche in der Weimarer Republik 95
5.4 Die Zeit des Nationalsozialismus 98
5.4.1 „Deutsche Christen“ und „Bekennende Kirche“ 99
5.4.2 Säkularreligion mit Hilfe der Bildungspolitik 102
5.5 Die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs 105
5.5.1 Religionspolitik ab 1945 106
5.5.2 Entstehung der EKD 107
5.5.3 Erste Schritte einer Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses 108
5.5.4 Das Staat-Kirche-Verhältnis im Grundgesetz 110
5.5.5 Die rechtliche Stellung des Religionsunterrichts nach 1945 112
5.5.6 Profilbildung der Weiterbildungsanbieter 113
5.5.7 Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 116
5.5.8 Bildungsnotstand in der BRD 117
5.5.9 Blickwechsel '68 119
5.6 Kirchliche Krisenanalyse und deren Folgen seit den 70er Jahren 122
5.6.1 Auf dem Weg zu einer „evangelischen Bildungspolitik“ 123
5.6.2 Kirche und Klassenbildung 126
5.6.3 Institutionelle Bedingungen 128
5.6.4 Wachstum der „Weiterbildungsbranche“ 130
5.6.5 Der Staat zieht sich zurück 131
5.6.6 Evaluationsversuche kirchlicher Weiterbildungsangebote in Hessen 133
5.7 Zukunftsfragen und Kostendruck am Ende des Jahrhunderts 134
5.8 Die EKD im 21. Jahrhundert 138
5.8.1 Systematische Erfassung evangelischer Erwachsenenbildung 139

5.8.2 Der erste Weiterbildungsbericht Hessen im Horizont kirchlicher Arbeit 143
5.9 Zusammenfassung 144

6 Zur Motivation der kirchlichen Bildungsarbeit 146
6.1 Das protestantische Bildungsverständnis 146
6.2 Öffentlichkeitsanspruch und Bildungsauftrag 150
6.3 Weiterbildungsinteressen von Kirche und Wirtschaft 152
6.4 Kooperationen zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Anbietern 155
6.5 Adressaten der politischen Bildungsarbeit 158

7 Soziale Milieus und Kirche - Kirche in der Krise 161
7.1 Das Bild des Pfarrers in der modernen Gesellschaft - biografisches Beispiel 162
7.2 Kirche im Umbruch 164
7.2.1 Bedürfnis nach Religion 165
7.3 Profile zu kirchlichen Milieus 167

8 Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck 173
8.1 Struktureller Aufbau und Mitgliederzahlen 174
8.2 Umstrukturierung der Verwaltung 176
8.3 Neudefinition der Kernbereiche kirchlichen Handelns 177
8.3.1 Selbstverständnis als Sprachrohr ländlicher Interessen 177
8.3.2 Bildung als Kernbereich kirchlichen Handelns 178
8.4 Bildungseinrichtungen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 181
8.4.1 Pädagogisch-Theologisches Institut und Evangelische Medienzentrale 181
8.4.2 Ökumenische Werkstatt 183
8.4.3 Evangelisches Forum Kassel 184
8.4.4 Die Evangelische Akademie Hofgeismar 185
8.4.4.1 Vorläufer und Gründungsphase 188
8.4.4.2 Forum oder Faktor? Mehr als eine Adressatenfrage 192

9 Die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Hofgeismar 195
9.1 Das Tagungsverzeichnis als „Protokoll konkreter sozialer Abläufe“ 197
9.2 Erkenntnisgewinn mittels Titelauswertung 198
9.3 Das Grundschema der Auswertungstabellen 201
9.4 Deskriptive Auswertung 207

9.4.1 Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung 207
9.4.1.1 Akademieschwerpunkt Bergbau 209
9.4.1.2 Gesellschaftsbild und –wandel 211
9.4.2 Politik als Interessenvertretung 216
9.4.2.1 Das Beispiel Bundeswehr 216
9.4.2.2 Abkehr von der Ständeorientierung 218
9.4.2.3 Schwerpunkt Migration 221
9.4.2.4 Schwerpunkt schulische Bildungspolitik 225
9.4.2.5 Zivilgesellschaft und Erwachsenenbildung 226
9.4.3 Politik als Diskurs 228
9.4.3.1 Blickwechsel '68 im Kontext der Akademiearbeit 230
9.4.3.1.1 Parteiendemokratie im Veranstaltungsprogramm 234
9.4.3.2 Schwerpunkt Bildung im Akademiediskurs 236
9.4.3.3 Friedens- und Ökologiebewegung im Spiegel der Programmgestaltung 239
9.4.4 Internationale Politik 242
9.4.4.1 Friedenssicherung in Europa 242
9.4.4.2 Entwicklungspolitische und länderkundliche Schwerpunkte 245
9.4.4.3 Interreligiöser Dialog 247
9.4.4.4 Postnationale Konstellationen im europäischen Kontext 254
9.4.4.5 Postnationale Konstellationen im globalen Kontext 258
9.5 Bildungsangebot der Akademie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen 263
9.5.1 Die Tabellenkonzeption vor dem Hintergrund der zweiten Moderne 264
9.5.1.1 Politik als Diskurs - Auf dem Weg zur zweiten Moderne 265
9.5.1.2 Kategoriebildung im Spiegel der Risikogesellschaft 270
9.5.1.3 Adressatenausrichtung als Kernfrage der Akademiearbeit 273
9.5.2 Analytische Auswertung ausgewählter Themenschwerpunkte 276
9.5.2.1 Agrarpolitische Bildungsveranstaltungen 278
9.5.2.1.1 Veränderte Adressatenausrichtung am Beispiel agrarpolitischer Bildungsveranstaltungen 280
9.5.2.1.2 Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft (Protokoll Nr. 161/1980) 287
9.5.2.1.3 Zwischen LPG und Nebenerwerb (Protokoll Nr. 289) 292
9.5.2.1.4 Bio- und Gentechnologie als Gefahrenquelle in der Risikogesellschaft 302

9.5.2.2 Bildungspolitische Veranstaltungen 303
9.5.2.2.1 Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern (Protokoll Nr. 179/1981) 304
9.5.2.2.2 Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule (Protokoll Nr. 249) 310
9.5.2.2.3 Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe (Protokoll Nr. 259) 319
9.5.2.2.4 Schule in Hessen (Protokoll Nr. 295) 321
9.5.2.2.5 Schule den ganzen Tag - Chancen für Kirchen und Vereine (Audiothek) 337
9.5.2.3 Friedenspolitische Veranstaltung „Persönliche Identität und politische Krise“ (Protokoll Nr. 238) 341
9.5.2.4 Parteipolitische Veranstaltung „Die ‚neue' Linke. Bewegung am politischen Rand“ 352
9.6 Zusammenfassung der Auswertungsergebnisse 355
9.6.1 Forderung nach einer kirchlich-religiösen Profilbildung 356
9.6.2 Bildungsintentionen von Kirche und Staat im Kontext der Globalisierung 359
9.6.3 Symbolik als Kommunikationsmethode 361
9.6.4 Erkenntnisgewinn in der „Nichtwissensgesellschaft“ 362

10 Schlussfolgerungen 365
10.1 Evangelisches Bildungsprofil als Chance 367
10.2 Politische Gestaltung als Chance 368
10.3 Epochaler Übergang als Chance 370
10.4 Politische Fantasie als Chance 373
10.5 Risiken als Chancen der Demokratie wahrnehmen 375
10.6 Ländliche Region und Strukturwandel als Chance 376
10.7 Entwicklungspolitisches Profil als Chance 379
10.8 Klärung der Leitfragen 381

Anhang 385
Abkürzungsverzeichnis 385
Begriffserklärungen 387
Quellenverzeichnis 393
Literaturverzeichnis 400

Inhalt Band 2

Übersichtskarten über die EKD und die Landeskirchen in Hessen
Exemplarische Seiten aus dem Tagungsverzeichnis zu den Akademietagungen
Politische Bildungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar
Berufsspezifische Angebote
Angebote für politische Bildner im Akademieprogramm
Erwachsenenbildung im Akademieprogramm
Veranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Politikfeld „Bildung“
Kirche – Schule im Akademieprogramm
Hofgeismarer Protokolle zu bildungspolitischen und pädagogischen Tagungen
Erwachsenenbildungsveranstaltungen der EKKW – Jahresberichte nach dem HWBG
EKKW-Veranstalter des Stoffgebiets „Politik – Gesellschaft“ (Stoffgebiet 1) 2000 – 2004
Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen
Quellenverzeichnis

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist zwischen November 2004 und November 2008 entstanden. Bei der vorangehenden Themenfindung bestand die Überlegung, eine vergleichende Studie zwischen kirchlicher und gewerkschaftlicher politischer Bildungsarbeit vor dem Hintergrund der Globalisierung zu erstellen. Von diesem Vorhaben wurde Abstand genommen, da bei der Literatursichtung der Eindruck entstand, dass die Grundlagenliteratur für einen solchen Zugang nicht ausreichend ist. Eine solche Untersuchung wäre eine Herausforderung für ein weiteres Forschungsvorhaben, bei dem auf die Ergebnisse dieser Arbeit zurückgegriffen werden könnte. Zudem erschien die Pluralität der Bildungsangebote der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck derart vielfältig, dass es als Herausforderung erschien, ein wenig Klarheit in die für Außenstehende nebulös anmutende Struktur der Bildungsangebote dieser Landeskirche zu bringen.

Die Materialsammlung wurde in einem frühen Stadium durch eine im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (LKA) im Jahr 2005 eingeleitete Verwaltungsreform erschwert. Die Aufgabenfelder des Amtes für Kirchliche Dienste (AfKD) wurden neu verteilt. Die für die Bildungsarbeit der Landeskirche relevanten Aufgabenfelder sollten allerdings im Fokus dieser Untersuchung stehen. Durch die Verwaltungsreform herrschte zur Zeit der Materialsichtung bei den Ansprechpartnern im Landeskirchenamt eine erhebliche Verunsicherung bezüglich der zukünftigen Ressortzugehörigkeiten.

Einsicht in die für das Forschungsvorhaben notwendigen Quellen wurde gewährt. Allerdings vermochte niemand mit Sicherheit darüber Auskunft geben, ob diese Quellen nach wenigen Monaten noch unter der Zuständigkeit desselben Mitarbeiters, geschweige denn im selben „Aktenschrank“ archiviert sind. Aufgrund dieser äußeren Rahmenbedingungen erschienen die Voraussetzungen für eine kontinuierliche und effektive Forschungsarbeit zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet.

Die Pluralität der landeskirchlichen Bildungsangebote erwies sich nun als ein Glücksfall, da die Bildungsressorts des AfKD nicht für alle landeskirchlichen Bildungsangebote zuständig waren. Einrichtungen wie die Evangelische Akademie Hofgeismar gehören zwar zur Landeskirche, verfügen jedoch über eine eigene Verwaltung, sodass sie eigenständig arbeiten können und von besagter Verwaltungsreform nicht betroffen waren.

Dies war ein Grund für die Wahl der landeskirchlichen Akademie als Untersuchungsschwerpunkt. Diese Entscheidung erwies sich rückblickend als äußerst fruchtbar, da sich die von der Akademie geleistete Bildungsarbeit als „greifbar“ erwies. Die „Greifbarkeit“ lässt sich mit Hilfe einer systematischen Dokumentation der geleisteten Bildungsarbeit in Form von einem chronologischen Tagungsverzeichnis, durch einheitlich gestaltete Ankündigungsprospekte, Protokolle und weiterer Quellen beschreiben.

Ich möchte folgenden Menschen, die mich während der ereignisreichen Arbeitsphase unterstützt haben, meinen Dank aussprechen:
Mein Dank gilt Andreas Seiverth von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, weil die mit ihm geführten Gespräche halfen, den Kern der Untersuchung nicht aus dem Auge zu verlieren.
Stellvertretend für die Mitarbeiter des Landeskirchenamtes, die mich bereitwillig bei der Quellenrecherche unterstützten, danke ich Frau Hopf.
Matthias Viertel, ehem. Akademieleiter der Evangelischen Akademie Hofgeismar, danke ich für aufschlussreiche Hinweise bezüglich der veränderten Adressatenausrichtung der Akademie. Den Mitarbeitern der Akademieverwaltung ist Dank für die stets zügige Beantwortung von diversen „Anfragen“ auszusprechen.
Für die unkomplizierte Unterstützung bezüglich der Bereitstellung von Karten und Quellenmaterial danke ich dem Landeskirchlichen Archiv Kassel.
Weiterer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Steffens und Herrn Prof. Dr. Overwien für die stets kritisch-konstruktive Begleitung und Beratung.

1 Einleitung

„So ist die Gegenwart von Vergangenheit erfüllt und trägt die Zukunft in sich.“[1]

Die Süddeutsche Zeitung titelte im Sommer 2006: „Das Göttliche Ding. Die Rückkehr der Religionen im Zeitalter der Globalisierung“.[2]

Die Kirchen beider Konfessionen stehen als von der Tradition geprägte Institutionen in Zeiten der Globalisierung vor der Herausforderung, Positionen zu ethischen Themen wie Gentechnik in Medizin und Landwirtschaft zu überdenken bzw. neu zu erarbeiten. In diesem Kontext ist die Frage nach dem Beginn und dem Ende des Lebens zu stellen. Vor ähnlichen Herausforderungen standen die Kirchen in der Zeit der industriellen Revolution, als sich das gesellschaftliche Verständnis von „Arbeit“ und Freizeit“ grundlegend veränderte.

1.1 Problemstellung und Leitfragen

Das Neue an den gegenwärtigen Herausforderungen ist die globale Dimension der ethischen Fragen. Die Globalisierung durchdringt zunehmend die existenziellen Lebensbereiche der Menschen:

Kinderlose Paare können in den USA aufgrund der dortigen Fortschritte in der Reproduktionsmedizin neue Hoffnung schöpfen. Bei der Entscheidung zu einer Abtreibung kann der Weg nach Holland gewählt werden, wo es liberale Abtreibungsbestimmungen gibt. Unternehmen bestimmter Branchen verlangen von ihren Mitarbeitern eine weltweite Mobilität. Bei unheilbaren Krankheiten kann in der Schweiz beim Suizid geholfen werden. Für die Bewältigung persönlicher Lebenslagen wurde in der wissenschaftlichen Diskussion der Begriff der „Entterritorialisierung des Sozialen“ gefunden, womit das Auseinanderfallen der geografischen und sozialen Nähe gemeint ist.[3]

---

1 Dilthey, Wilhelm: Gesammelte Schriften. Band VII, Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Stuttgart 1961, S. 232.

2 Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 10.07.2006, S. 11.

3 Vgl. Beck, Ulrich: Politik der Globalisierung, Frankfurt 1998, S. 12.

Globalisierung, Bildung und Kirche

Der Begriff „Globalisierung“ beherrscht seit mehreren Jahren die öffentliche Diskussion. Kaum ein Wahlkampf, kaum eine Berichterstattung über Standortentscheidungen von Unternehmen und kaum eine Diskussionsveranstaltung zu den Themenbereichen Fremdenfeindlichkeit und Zusammenleben verschiedener Kulturen kommt ohne diese Vokabel aus. Bei der zwölften Weltkunstausstellung Documenta in Kassel wurden von Interpreten Bezüge zur Globalisierung hergestellt. Globalisierung wird demnach nicht nur mit der Ökonomie, sondern auch mit Kultur, Religion und Gesellschaftspolitik in Verbindung gebracht,[4] wie nachstehende Artikelüberschriften zeigen:

„Die Globalisten werden erwachsen. Heute Berlin, morgen Tokio ...“[5], „... und alle werden satt“[6], „25 Jahre Aids: Die anschwellende Epidemie als Spiegel der globalisierten Gesellschaft“[7], „Anwälte der Globalisierung ... Warum deutsche Juristen trotzdem in die USA auswandern“[8], „Über den Berg. Indien und China öffnen historische Handelsroute im Himalaja. Es ist in Zeiten der Globalisierung schwer vorstellbar ...“[9], „Der Schatz der Schätze ist das Meer. Handelsschifffahrt und Globalisierung“[10], „Global Wars, Local Wounds. The Instant When Everything Changed“[11], „Die Zeichen der Zeit. Wie Piktogramme als Chiffren der Globalisierung die Welt erobern“[12], „Kirche gibt Sparzwang nach. Katholische Hilfswerke sollen global stärker kooperieren“[13], „Der Traum von der Welt AG“[14], „Made by deutsche Autobauer. Premiumhersteller von Audi bis Porsche profitieren von der Globalisierung“, „Drehkreuz der Globalisierung. Die Seehäfen im Norden wachsen weiter“[15], „Auf den Märkten des Glaubens. Die Globalisierung hat auch zu einer unüberschaubaren

---

4 Vgl. Der Spiegel 23/2007, S. 176 ff.
5 SZ vom 18./19.03.2006, S. V2/15.
6 Das Parlament 10/2006, S. 9.
7 SZ vom 03.06.2006.
8 SZ vom 10./11.06.2006, S. V1/14.
9 SZ vom 20.06.2006, S. 1.
10 Das Parlament 25/2006, S. 8.
11 The New York Times, 24.07.06, S. 1 (Articles selected for Süddeutsche Zeitung).
12 SZ vom 06.09.2006, S. 15.
13 SZ vom 27.10.2006, S. 5.
14 Das Parlament 47/2006, S. 7.
15 Beide aus: Das Parlament 47/2006, S. 13.

Vielfalt der Religionen geführt“[16], „Treffen der Protestanten im katholischen Köln. Der diesjährige Kirchentag wird von den Themen Globalisierung und Ökumene beherrscht“[17], „Globalization's New Rules“[18].

Mit der steigenden Berücksichtigung der Globalisierungsthemen in den Medien und des damit verbundenen gesellschaftlichen Diskurses gewinnt der Themenkomplex der „Globalisierung“ in den Lehrplänen, Veranstaltungsprogrammen und Lehrmitteln im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich an Bedeutung. Die damalige Kultusministerin Karin Wolff betont im Vorwort zum ersten Weiterbildungsbericht des Landes Hessen die Punkte „Globalisierung“ und „demografischer Wandel“.[19] In den jüngeren politikdidaktischen Beiträgen gewinnen Konzepte zur Sinnorientierung und subjektiv-biografische Zugänge zum Verstehen gesellschaftlicher Konzepte an Bedeutung. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass insbesondere Jugendliche bei der Sinnfindung und unter anderem aufgrund der Globalisierung häufig überfordert scheinen.[20]

Für die Kirchen, die traditionell Akteure der Bildungspolitik sind, besteht die Chance, auf den Meinungsbildungsprozess zu den anfangs genannten gesellschaftlichen Herausforderungen Einfluss zu nehmen.

Entsprechend dieser Einschätzung tauchen bei den Veranstaltungen der unterschiedlichsten Untergliederungen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) häufig Themen mit globalem Bezug auf: „Gott oder die Götter der Globalisierung“, „Zentrum Welt-Wirtschaft“[21].

---

16 SZ vom 08.02.2007, Beilage „Thema Sicherheitskonferenz“, S. 15.

17 SZ vom 06./07.06.2007, S. 8.

18 The New York Times, 11.08.2008, S. 1 (Articles selected for Süddeutsche Zeitung).

19 Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium (Hrsg.): Weiterbildungsbericht Hessen. Lebensbegleitendes Lernen - Weiterbildungsstrukturen und -trends, Frankfurt 2005, S. 6. Die Erstellung eines Weiterbildungsberichts ist in Hessen gemäß § 22 Abs. 2 des Hessischen Weiterbildungsgesetzes von 2001 vorgeschrieben.

20 Vgl. Scherb, Armin: Sinnorientierung, in: Lange, Dirk (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung. Band 2, Strategien der Politischen Bildung, Baltmannsweiler 2007 (a), S. 124 ff.

21 Veranstaltungstitel von Programmpunkten des 5. Landeskirchentages der EKKW vom 2.- 4. Juni 2006 in Gelnhausen.

Der in dieser Arbeit noch näher zu bestimmenden Begriff „Zweite Moderne“ kann als themenspezifischer Globalisierungsbegriff angesehen werden.[22] Bereits Ende des 20. Jahrhunderts befanden einige Forscher, dass der Globalisierungsbegriff überstrapaziert werde, sodass sich Ulrich Beck zu folgenden lapidar, aber erfrischend formulierten rhetorischen Fragen hinreißen lässt: „Doch was macht das Gezeter und Gezerre um Globalisierung eigentlich so nervig? Warum diese extremen Deutungs-Ausschläge, wenn das offenbar in keinem Gespräch mehr vermeidbare Globalisierungsgespenst wieder einmal an der Wand erscheint?“[23]

Dennoch gibt es weiteren Forschungsbedarf. Die Korrelation von Religion und Globalisierung ist wissenschaftlich kaum erschlossen.[24] Es gibt zwar eine Vielzahl von Untersuchungen über gesellschaftspolitische Aktivitäten der Kirchen und über Nichtregierungsorganisationen (NGOs), verbunden mit detaillierten Begriffsbestimmungen und –unterscheidungen. Die Untersuchungen zu NGOs beschränken sich aber meistens auf solche Organisationen, die primär in der Menschenrechts-, Umwelt- oder Entwicklungspolitik tätig sind. Die größeren Organisationen wie Amnesty International (AI), Greenpeace und der Worldwide Fund for Nature (WWF) stehen dabei im Blickpunkt des wissenschaftlichen Interesses.[25]

Die Untersuchungen beschränken sich oft auf die Organisationsstruktur und auf die Wirkung der politischen Arbeit, bezogen auf die organisationstypischen politics[26] (Beispiel: Werden Forderungen von Umweltschutzverbänden bei der Beschlussfassung nach einem

---

22 Siehe exemplarisch die Publikationen in: Frantz, Christiane/Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen 2002 sowie die Publikationen in: Steffens, Gerd (Hrsg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung, Münster 2007.

23 Beck 1998, S. 9.

24 Vgl. Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Protokoll Nr. 57/02. Religion und Globalisierung, Rehburg-Loccum 2003, S. 5.

25 Siehe: Brand, Ulrich: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise, Münster 2000. Vgl. Frantz/Zimmer 2002. Vgl. Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt 1998, S. 109. Politics meint in der Politikwissenschaft den Prozess.

Es geht um Macht und Konsens. Vgl. Alemann, Ulrich/Forndran, Erhard: Methodik der Politikwissenschaft, Stuttgart 1990, S. 77.

Klimagipfel berücksichtigt?) und auf die Frage nach der demokratischen Legitimation.[27] Die Aktivitäten dieser Organisationen in den übrigen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern wie der Bildungspolitik werden hingegen kaum untersucht. Ähnlich verhält es sich bei Untersuchungen über kirchliche Aktionsfelder, die als NGO-Tätigkeiten bezeichnet werden können.

Leitfragen

Ziel dieser Arbeit ist es, zur Klärung der Frage, inwieweit politische Bildung durch historische Prozesse nachhaltig geprägt werden kann, einen Beitrag zu leisten. Als Untersuchungsgegenstand wurde die politische Bildungsarbeit einer evangelischen Landeskirche gewählt, da die christlichen Kirchen in Deutschland Großorganisationen sind, die über eine mehrere Jahrhunderte umfassende Geschichte verfügen.[28]

Zur Klärung der Leitfrage müssen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

Historische Entwicklung: Wie hat sich die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck von 1949 bis zur Gegenwart im historischen Längsschnitt verändert? Ist diese Entwicklung in der Tradition kirchlicher Bildungsarbeit der vorangegangenen Jahrhunderte zu sehen oder ist vor dem Hintergrund der Globalisierung ein neues Selbstverständnis als Bildungsanbieter auf einem neuen Markt festzustellen?

Intention: Mit welcher Absicht betreibt die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck politische Bildungsarbeit?

Schwerpunkte: Setzt die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck bei ihrer politischen Bildungsarbeit Schwerpunkte?

Perspektive: Gibt es angesichts sinkender Kirchensteuereinnahmen Überlegungen, sich aus diesem Tätigkeitsfeld zurückzuziehen oder will sich die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck verstärkt als zivilgesellschaftliche Institution etablieren und ihre Arbeit im politischen Bildungssektor ausweiten?

---

27 Vgl. Brand,Ulrich/ Hirsch, Joachim (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster 2001.

28 Es wird eine Landeskirche und nicht die Dachorganisation der Landeskirchen untersucht, da die evangelischen Landeskirchen im Gegensatz zur zentral organisierten Katholischen Kirche föderal strukturiert und weitestgehend eigenständig sind. Vgl. das Kapitel zur EKD in dieser Arbeit.

Interdisziplinäre Bezüge

Es gibt Forschungsfelder verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, die bei der Frage nach der politischen Bildungsarbeit einer Landeskirche berücksichtigt werden müssen. Sie stammen aus den Disziplinen Politik-, Geschichts- und Religionswissenschaft. Für die Erschließung des Forschungsvorhabens sind folgende interdisziplinäre Aspekte relevant:

- Tendenzen der politischen Bildung im Zuge der Globalisierung.
- Das Verhältnis von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung.
- Das Verhältnis von Kirche und Staat aus dem Blickfeld kirchlicher Aktivitäten im Bildungssektor.
- Die protestantische Bildungstheorie.
- Kirchliche Bildungsarbeit aus der Perspektive der NGO-Forschung.

Die im Anhang aufgeführten Begriffserklärungen sollen beim interdisziplinären Verständnis dieser Arbeit eine Hilfe sein.

1.2 Eingrenzung des Themas

Der Untersuchungsgegenstand der Arbeit ist die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.[29] Mit Hilfe dieses Politikfeldes soll untersucht werden, wie sich eine traditional geprägte Großorganisation auf die Herausforderungen einer globaler werdenden Welt einstellt.

1.2.1 Untersuchungszeitraum und historischer Zugang

Der Untersuchungszeitraum wird auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart eingegrenzt. Der Schwerpunkt wird bei den letzten Jahrzehnten liegen.

---

29 Wenn in dieser Arbeit der Begriff „Evangelische Kirche“ ohne nähere Erläuterung verwendet wird, ist von der EKD die Rede, die als Dachorganisation die einzelnen Landeskirchen repräsentiert. Der Protestantismus ist in Deutschland eine plurale Konfession mit selbstständigen Landeskirchen. Die EKD steht für die gemeinsamen Positionen, durch die sich die Landeskirchen mit ihren eigenen Profilen identifizieren. Die EKD übt hinsichtlich der Bildungsfragen auf die Landeskirchen einen empfehlenden Einfluss aus. Vgl. Nipkow, Karl Ernst: Zur Bildungspolitik der evangelischen Kirche, in: Biehl, Peter/Nipkow Karl Ernst: Bildung und Bildungspolitik in theologischer Perspektive, Münster 2003, S. 153 ff.

Zum Verständnis der Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland ist ein historischer Zugang notwendig, da viele kirchliche Veröffentlichungen und Begründungen zur politischen Bildungsarbeit auf historische Ereignisse und Entwicklungen verweisen, die bis zur Reformation oder weiter zurückgehen. Nach dem „geschichtlich verstehenden" hermeneutischen Forschungszugang sind Schriftzeugnisse, Schulsysteme und auch die politischen Bildungsaktivitäten einer Landeskirche stets etwas geschichtlich Gewordenes, das interpretiert und verstanden werden muss. Hermeneutisch erschließt sich die politische Bildungsarbeit einer Landeskirche, selbst wenn sie vor dem Hintergrund der Globalisierung betrachtet wird, nur im historischen Rahmen. Helmut Danner verdeutlicht dies am Beispiel des Schulsystems. Wenn das Schulsystem der Bundesrepublik Deutschland verstanden werden soll, müsse eine reine Bestandsaufnahme durchdrungen sein von dem Bewusstsein der Herkunft dieser Institution, die bis in die Schulreformen des 19. Jahrhunderts reichen würde. All diese Strömungen seien heute wirksam "[30]

Entsprechend diesem Zugang ist eine ausführliche historische Längsschnittuntersuchung zu den Bildungsintentionen von Kirche und Staat notwendig, um die gegenwärtige Motivation der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck zur politischen Bildung zu verstehen, da die Vergangenheit nicht einfach vorbei ist, sondern in die Gegenwart hineinwirkt.[31] Im Methodenteil wird dieser Zusammenhang eingehend dargelegt. Die historische Längsschnittuntersuchung umschließt den Zeitraum der Reformation bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert. Eine Begründung für diese Eingrenzung erfolgt im entsprechenden Kapitel zu den Bildungsintentionen von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung.

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck verfügt über ein plurales Bildungsangebot. Um das Spezifische der politischen Bildungsarbeit dieser Landeskirche exemplarisch herauszuarbeiten, musste eine Untergliederung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gefunden werden, bei der eine langjährige Kontinuität gewährleistet ist, zu deren Bildungsarbeit angemessenes Quellenmaterial verfügbar ist und deren Aktivitäten reprä-

---

30 Vgl. Danner, Helmut: Methoden geisteswissenschaftlicher Pädagogik. Einführung in Hermeneutik, Phänomenologie und Dialektik, München ^{5}2006, S. 54 f.

31 Vgl. Picht, Georg: Wahrheit, Vernunft, Verantwortung, Stuttgart 1969, S. 318 ff.

sentativ für die politische Bildungsarbeit der Landeskirche sind. Diese Kriterien erscheinen bei der Evangelischen Akademie Hofgeismar gewährleistet zu sein.

1.2.2 Evangelische Akademie Hofgeismar als Untersuchungsschwerpunkt

Die Geschichte der politischen Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ist eng mit der Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck verbunden, die 1947 gegründet wurde.[32] Evangelische Akademien sind Orte, an denen ein Großteil der politischen Bildungsarbeit in evangelischer Trägerschaft stattfindet. Dies beobachtete auch Peter Berger, der im Auftrag der Bertelsmannstiftung für den Zeitraum eines Jahres evangelische Akademien untersuchte. Berger sieht in der Erwachsenenbildung der evangelischen Akademien einen Beitrag zur allgemeinen Bildung der Bürgerschaft, wobei der Nachdruck auf politische Bildung gelegt sei. Viele Akademieveranstaltungen seien der Rubrik „politische Bildung“ zuzuordnen.[33]

Ähnlich schätzt der Kuratoriumsvorsitzende der Evangelischen Akademie Hofgeismar, Dirk Schwarze, die Bedeutung der Akademie für die politische und ethische Bildung ein. Nach seiner Ansicht hat sich die landeskirchliche Akademie innerhalb der deutschen Akademien im Bereich der Angebote zur Bildungspolitik und zum Ethikdiskurs profiliert, was er an zwei Beispielen hervorhebt:

„Wie sehr die Akademie für grundsätzliche Beiträge zur Bildungspolitik steht, wird daran ablesbar, dass eine Vereinigung von Reformschulen einem Grundsatzpapier den Titel ‚Hofgeismarer Erklärung’ gab. Offensichtlich wollten die Pädagogen mit diesem Titel an die gute Vorarbeit der Akademie anknüpfen (...) Und obgleich Bioethik-Diskussionen von nahezu allen Akademien angeboten werden, hat sich Hofgeismar durch die gute Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Kassel als ein Ort des Ethik-Diskurses bundesweit profiliert.“[34]

---

32 Vgl. Jaspert, Bernd: Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck. Band 1 und 2, Kassel 2003, S. 63 ff.

33 Vgl. Berger, Peter: Evangelische Akademie als intermediäre Institution, in: Evangelische Akademie Bad Boll 1999, S. 12.

34 Schwarze, zitiert aus: Anstöße 2/2008, S. 12.

Die Geschichte der Evangelischen Akademie Hofgeismar und ihrer Bildungsaktivitäten im Bereich der politischen Bildung wird aufgrund des zentralen Stellenwertes der Bildungsarbeit, den die Akademie innerhalb der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck hat, in dieser Arbeit genauer zu untersuchen sein. Warum auch die Geschichte der Akademie in diesem Kontext relevant erscheint, ergibt sich aus dem historischen Zugang. Die Akademie bietet sich als Untersuchungsgegenstand an, da sie über eine 50-jährige Erfahrung im Bereich der politischen Bildungsarbeit verfügt. Die Herausforderung besteht darin, den historischen Horizont, in dem die Akademie ihre Arbeit versteht, aus dem Horizont der Gegenwart zu rekonstruieren.

Ulrich Becks Ansatz als interpretative Leittheorie

Die Untersuchung der Bildungsarbeit der Akademie erfolgt im Horizont der großen gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, da die evangelischen Akademien den Anspruch erheben, ihr Angebot an den aktuellen Fragen der jeweiligen Zeit auszurichten. Bei der Auswertung der Bildungsangebote der Akademie und bei den Ausführungen zu den gesellschaftlichen Veränderungen erscheint es ertragreich, die Ergebnisse des Sozialwissenschaftlers Beck heranzuziehen, da er den Blick auf die Verknüpfung von subjektiver Wahrnehmung und objektiver Veränderung legt.[35] Dieser Zugang erscheint bei der Arbeit mit den Themenfeldern Kirche und politische Bildungsarbeit fruchtbar, da beides Bereiche sind, bei denen die Individuen mit ihren Biografien und Wahrnehmungen im Zentrum stehen. Vor diesem Hintergrund ist auch der Abschnitt zu den biografischen Beispielen politischer Bildner im Methodenteil dieser Arbeit zu sehen. Zudem hat sich die Evangelische Akademie Hofgeismar unter anderem 1989 mit der Tagung „Organisierte Unverantwortlichkeit - Zur Rechts- und Institutionenkritik der Risikogesellschaft bei Ulrich Beck“ [36] direkt mit Becks Thesen der „Risikogesellschaft“ auseinandergesetzt. Im Vorfeld der Vorstellung der protestantischen und der landeskirchlichen Bildungsarbeit werden die für diese Arbeit relevanten Aspekte von Becks Ansatz ausführlcih vorgestellt.

---

35 Vgl. Beck, Ullrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 2006 (Erstausgabe 1986).

36 Veranstaltungsnummer 2753. Zu dieser Veranstaltung gibt es kein zugängliches Tagungsprotokoll.

Außerschulische und schulische politische Bildungsarbeit

Kirchlichen Aktivitäten in der politischen Bildung wurde von Seiten der Politikwissenschaft in der Vergangenheit nur marginale Beachtung geschenkt.[37] Seit der europaweit gestiegenen Terrorismusangst infolge der Anschläge des 11. Septembers 2001 nimmt das politikwissenschaftliche Interesse an diesem Beobachtungsfeld zu.[38]

Es wird konstatiert, dass in einer zunehmend globaler ausgerichteten Gesellschaft von religiösen Bindungen auch demokratiestabilisierende Wirkungen ausgehen können, da Religion den Menschen Orientierungen bieten könne. Beim lebenslangen Prozess des Lernens von Demokratie käme politischer Bildung durch externe Anbieter eine entscheidende Rolle zu. Organisationen wie Kirchen würden zunehmend als zivilgesellschaftlich anerkannte Organisationen wahrgenommen werden. Besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen seien die Kirchen die einzigen vor Ort verbliebenen selbstständigen und gesellschaftlich anerkannten Institutionen. Andere öffentliche Institutionen wie Amtsgerichte und Schulen werden aus Kostengründen zunehmend vor Ort geschlossen.[39]

Vereinzelt wird kirchlichen Akademien das Prädikat einer neutralen Bildungseinrichtung attestiert.[40] Mit der Wahl der Evangelischen Akademie Hofgeismar als Untersuchungsgegenstand wurde zugleich der Schwerpunkt auf die außerschulische Bildungsarbeit gelegt, da sich die Akademie mit Ausnahme des Bereichs „Kinder- und Jugendakademie“ fast

---

37 Vgl. Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich: Neuere Entwicklungen im Verhältnis von Politik und Religion im Spiegel politikwissenschaftlicher Debatten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 42 - 43/2002, S. 6 f. Ein politikwissenschaftlicher Diskurs ist seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts vorhanden. Vgl. Hanley, David (Hrsg.): Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective, London 1994. Vgl. Esping-Andersen, Gosta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton 1990. Vgl. Forndran, Erhard: Religion und Politik in einer säkularisierten Welt, Baden-Baden 1991.

38 Vgl. de Haan, Gerhard: Politische Bildung für Nachhaltigkeit, in: APuZ 7 - 8/2004, S. 46. Vgl. Nielsen, Jorgen: Judentum, Christentum und Islam in europäischen Lehrplänen, in: Ebd., S. 16. In dem Beitrag wird eine EU-weite Untersuchung zur Beachtung der drei großen Weltreligionen in den Lehrplänen Deutsch, Religion und Geschichte vorgestellt. Die Analyse konzentriert sich auf didaktische Fragen zu einem fächerübergreifenden Unterricht und die Stellung des Religionsunterrichts in den einzelnen Staaten. Interessant ist, dass diese Untersuchung bereits vor den Anschlägen des 11. Septembers initiiert und somit vor einem anderen Hintergrund gestartet wurde.

39 Vgl. Bericht über die Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2004, in: FR vom 23.11.2004, S. 30.

40 Vgl. Gauck, Joachim: Fürchtet euch nicht. Zum Bildungsauftrag evangelischer Akademien im Osten Deutschlands, Festrede anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Evangelischen Akademie Thüringen in Neudietendorf, am 5. Juli 1997, in: Grubauer, Franz/Lenz, Wolfgang (Hrsg.): Protestantisch, welt-

ausschließlich an Erwachsene wendet. Dennoch ist auch die schulische Bildung an geeigneten Stellen zu berücksichtigen, da externe Bildungsanbieter ihr Bildungsangebot im Bereich politischer Bildung als Ergänzung zu schulischer Bildung verstehen, weil es Schnittmengen zwischen schulischer und außerschulischer Bildung gibt, weil Angebote der Evangelischen Akademie Hofgeismar für Lehrer, Pfarrer und andere Multiplikatoren oft im Themenrahmen schulischer Bildung angeboten werden und weil die Erwachsenenbildung ebenso wie die schulische Bildung von den Bildungsidealen des Staates geprägt wird.[41] Zudem ist die Entwicklung der außerschulischen politischen Bildung im Horizont der historischen Entwicklung des Schulsystems in Deutschland zu sehen.[42]

Einen weiteren Punkt, warum Erkenntnisse zur schulischen Bildungsarbeit auch für Fragen der außerschulischen politischen Bildungsarbeit Beiträge leisten können, hat ein Teilnehmer bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar treffend formuliert: „Die Schule ist nichts anderes als sozusagen ein Brennglas, in dem die gesellschaftlichen Probleme zum Ausdruck kommen. Die Fragen von Drogensucht, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit sind nicht in der Schule ursächlich zu suchen, sondern es sind gesellschaftliche Probleme, die sich in der Schule niederschlagen.“[43]

Die Fokussierung auf die außerschulische Bildungsarbeit ist nicht nur mit der Schwepunktsetzung auf die Evangelische Akademie zu begründen. Wie der einschlägigen Literatur zu entnehmen ist, wird die quantitative Bedeutung externer Bildungsanbieter langfristig voraussichtlich zunehmen.[44] Es ist zu vermuten, dass sich Bildungsanbieter wie die Evangeli-

---

offen, streitbar. Fünfzehn Zeitzeichen anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Evangelischen Akademien in Deutschland, Bad Boll 1999, S. 51 ff.

41 Vgl. SZ vom 20.03.2006, S. 16. Der Artikel bezieht sich auf den Soziologen Reinhold Hedtke. Vgl. Eppenstein, Thomas: Außerunterrichtliche Angebote für ausländische Kinder und Jugendliche im sozialen und kulturellen Bereich. Bericht aus dem Bereich des Diakonischen Werkes Hessen-Nassau in Frankfurt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 183/1982. Schulpolitik für Ausländer II, Hofgeismar 1982, S. 70 f. Vgl. Nolda, Sigrid: Programme der Erwachsenenbildung als Gegenstand qualitativer Forschung, in: Nolda, Sigrid/Pehl, Klaus/Tietgens, Hans: Programmanalysen. Programme der Erwachsenenbildung als Forschungsobjekte, Frankfurt am Main 1998, S. 203.

42 Siehe die entsprechenden Passagen in der historischen Längsschnittuntersuchung.

43 Diskussionsbeitrag von Klaus Müller (Lehrer), zitiert aus: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 295. Schule in Hessen, Hofgeismar 1992 (a), S. 93.

44 Vgl. Faulstich, Peter/Vespermann, Per (Hrsg.): Weiterbildung in den Bundesländern. Materialien und Analysen zu Situation, Strukturen und Perspektiven, Weinheim 2002, S. 190 f. Vgl. Schiele, Siegfried: Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland, in: APuZ 7 - 8/2004(a), S.

sche Kirche von Kurhessen-Waldeck auf diesen Trend einstellen werden. Die Landeskirche verfügt über ein Bildungsnetzwerk[45], in dem die politische Bildungsarbeit einen Baustein bildet.

1.3 Die Quellengrundlage

Das Quellenmaterial besteht zum größten Teil aus Quellen der Evangelischen Akademie Hofgeismar, die im Auswertungsteil eingehend untersucht werden. Darüber hinaus wird an geeigneten Stellen der Arbeit auf kirchliche Verlautbarungen zurückgegriffen. Diese bestehen aus Reden, Grußworten und kirchlichen Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen. Letztere werden in der Regel in so genannten „Denkschriften" herausgegeben. Sämtliche verwertete Quellen sind im Quellenverzeichnis dokumentiert. Nichtkirchliche Quellen wie Bundestagsdrucksachen finden sporadisch Berücksichtigung.

In diesem Kapitel werden die Besonderheiten des Quellenmaterials der Evangelischen Akademie Hofgeismar vorgestellt, da diese für das weitere Verständnis der Arbeit relevant erscheinen.

Eine unverzichtbare Quellengrundlage ist die zweibändige Jubiläumsschrift „Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck" von Bernd Jaspert.[46] In Band 1 ist die Gründungsgeschichte mit Hilfe zahlreicher Zitate aus Briefwechseln von Gründungsmitgliedern, Rundschreiben und der Satzung von 1948 dokumentiert. Im Kapitel zur Geschichte der Akademie wird auf diese Quellen zurückgegriffen.

Für die Auswertung der Akademiearbeit ist in erster Linie Band 2 mit dem Titel „Tagungen und Publikationen, 1947-1997" relevant. Dieser Band besteht im Wesentlichen aus dem Tagungsverzeichnis „Akademietagungen 1947 - 1997", in dem sämtliche von der Akademie angebotenen Tagungen zwischen 1947 und 1997 aufgeführt sind.[47] Da die Ta-

---

3 ff. Vgl. de Haan 2004, S. 40 ff. Vgl. Bundestagsdrucksache 14/791 vom 3.1.2002. Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

45 Die Kirchen bilden bei der Kooperation mit anderen Trägern eine Ausnahme, da Kooperationen eher selten sind. Vgl. Faulstich/Vespermann 2002, S. 188. Vgl. Faulstich, Peter u. a. (Hrsg.): Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen (Gutachten), Weinheim 1991, S. 124.

46 Jaspert 2003.

47 Damit sich der Leser einen Eindruck von dem Tagungsverzeichnis verschaffen kann, sind im Materialband zwei Seiten des Tagungsverzeichnisses abgebildet.

gungsdokumentation in besagtem Band bis September 1997 reicht, mussten die entsprechenden Veranstaltungen für den Zeitraum 1997 bis 2005 über die von der Akademie herausgegebenen Halbjahresprogramme recherchiert werden.[48]

Mit Hilfe dieser Quellen soll die thematische Entwicklung der politischen Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Hofgeismar aufgezeigt werden. Zur Herleitung dieser Entwicklung wurden die seit Bestehen der Akademie angebotenen Veranstaltungen, welche für die politische Bildungsarbeit relevant erscheinen, selektiert und tabellarisch bis 2005 erfasst. Die erstellten Tabellen sind im Materialband aufgeführt.[49] Neben dem Tagungsverzeichnis sind als weitere Quellen die von der Akademie veröffentlichten Tagungsdokumentationen und die Ankündigungsschriften zu nennen, in denen die Tagungsthemen und die gewählten inhaltlichen und methodischen Zugänge knapp formuliert werden. Weiter sind im Band II die Rundbriefe sowie Bibliografien zu den Akademiezeitschriften „Anstöße", zu den herausgegebenen Protokollen und zu den seit 1997 erschienenen dokumentierten Vorträgen verzeichnet.

Das Tagungsverzeichnis als historisch-dokumentarisches Werk

Mit dem Tagungsverzeichnis ist eine lückenlose Dokumentation der Akademieveranstaltungen vorhanden. Im Tagungsverzeichnis sind die Angebote chronologisch mittels laufender Nummerierung aufgeführt. Auf diese Katalogisierung wurde bei der Erstellung der Tabellen zurückgegriffen.[50]

Das Tagungsverzeichnis umfasst 3336 Titel. Angegeben sind jeweils die Tagungsnummer, der Veranstaltungstitel, teilweise mit Untertitel und – soweit die Tagung nicht in den Räumen der Akademie stattfand – der Tagungsort. Je nach Veranstaltung sind die Angebotsinformationen um eine Adressatenbeschreibung und um die Angabe von Kooperationspart-

---

48 Das Tagungsverzeichnis „Akademietagungen 1947 - 1997" wird im Folgenden „Tagungsverzeichnis" benannt. Die Halbjahresprogramme liegen dem Verfasser vor. Sie können unter Evangelische Akademie Hofgeismar, Schlösschen Schönburg, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar oder unter www.akademie-hofgeismar.de bezogen werden.

49 Vgl. Materialband. Bei der Lektüre der Auswertungskapitel empfiehlt wird der parallele Blick in die Tabellen empfohlen.

50 Vgl. Jaspert 2003 (Band 2). In den Halbjahresprogrammen wird die chronologische Nummerierung nicht verwendet. Als Quellennachweis dient deshalb für den Zeitraum zwischen September 1997 und Dezember 2005 der jeweilige Veranstaltungstitel mit -datum.

nern ergänzt. Besonders die letztgenannten Angaben sind aufschlussreich, da sie auf eine mögliche Adressatenorientierung und somit auch auf eine eventuelle Interessenausrichtung schließen lassen. Anmerkungen zu bestimmten Programmpunkten, Referenten oder begleitenden Ausstellungen runden die Informationen zu einzelnen Angeboten ab.[51]

Eine mögliche Fehlerquelle besteht in Tagungsangeboten, die aufgrund geringer Anmeldungen nicht stattfanden. Solche ausgefallenen Veranstaltungen wären ein Indiz dafür, dass das angebotene Thema nicht genügend Gesellschaftsrelevanz aufwies.[52]

Es war nicht Jasperts Absicht, mit dem Tagungsverzeichnis ein eigenständiges Werk zu erstellen. Dennoch war das Ergebnis ein historisch-dokumentarisches Werk:

„Band 2 sollte ursprünglich die Akademiegeschichte der Jahre 1952 - 1997 enthalten. Aus mehreren Gründen hat es sich inzwischen aber als sinnvoll erwiesen, zunächst ein Verzeichnis aller Tagungen und Publikationen aus den ersten fünfzig Jahren der Akademie zu erstellen, auf das dann in der weiteren historischen Darstellung zurückgegriffen und verwiesen werden kann.“[53]

Weiter heißt es: „Das Verzeichnis aller von der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck in den fünfzig Jahren von 1947 bis 1997 durchgeführten 3336 Akademietagungen war ursprünglich als Anhang zur Akademiegeschichte der Hofgeismarer Zeit ab 1952 geplant, erwies sich dafür aber als zu umfangreich. Deshalb wird es hier zusammen mit den anderen Verzeichnissen in einem eigenen Band veröffentlicht. Dass dies schon jetzt und nicht erst nach der Ausführung der Hofgeismarer Akademiegeschichte geschieht, hat sich im Laufe der Arbeit als notwendig erwiesen. Denn nur so ist es möglich, im Zuge der historischen Darstellung auf die einzelnen Tagungen zu verweisen (...)“[54]

Es zeigt sich, dass Jaspert vor einem ähnlichen Problem stand wie der Verfasser dieser Arbeit: Die Masse der Veranstaltungen ist zu groß, um sie als Anhang zu einem Forschungsband zu verwenden oder um lediglich durch die Auswertung zufällig ausgewählter Veranstaltungen Entwicklungslinien aufzeigen zu können. Mit Hilfe der Methoden der objekti-

---

51 Siehe die Kopie einer Seite aus dem Tagungsverzeichnis im Materialband.

52 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union (Hrsg.): Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006, S. 6.

53 Jaspert 2003, S. 9.

54 Ebd., S. 12 f.

ven Hermeneutik kann eine Strukturierung der Veranstaltungen vorgenommen werden, was im methodischen Teil dargelegt wird.

Tagungsankündigungen

Gegen die Verwendung der als Faltblätter herausgegebenen Tagungsankündigungen könnte eingewendet werden, dass aufgrund des knappen Informationsgehaltes, bestehend aus formellen Angaben (Titel, Ort, Zeit) und eines kurzen Ankündigungstextes, keine fundierten Rückschlüsse auf die geleistete politische Bildung gezogen werden könnten.[55] Dem ist zu entgegnen, dass wesentliche Akzente, unter denen die politische Bildung Themen bearbeitet, den Programmen und Ausschreibungen der Anbieter zu entnehmen sind.[56]

Es kann die These vertreten werden, dass Quellen wie Tagungsverzeichnisse und Ankündigungen die Grundlage für erinnerungsgeschichtliches Arbeiten darstellen und mit hermeneutischen Methoden konform sind: „Wer eine Diskurs- und Erinnerungsgeschichte der Gesellschaft schreiben will, kann auf die Diskussionsangebote der Erwachsenenbildung, die sich in Ankündigungen und Arbeitsplänen materialisieren, ebenso wenig verzichten wie auf Protokolle und Berichte über Seminare und Tagungen. Mit Hilfe dieser Zeugnisse kann etwa belegt werden, wie in diesen spezifischen Öffentlichkeiten ohne Handlungszwang zustimmungsfähige Orientierungen, Zukunftswissen und Vergangenheitsdeutungen erarbeitet wurden oder zumindest werden sollten. Wenn man wissen will, wie die Gesellschaft versucht auf sich selbst einzuwirken, sollte man diese Quellen der politischen Erwachsenenbildung studieren (...) Unsere hermeneutische Analyse kann aber nicht immer auf längere Texte, also kommentierte Ausschreibungen und detaillierte Seminarverläufe, zurückgreifen, manchmal stehen nur sehr lapidare Ankündigungen etwa nur in Form des Titels zur Verfügung (...)“[57]

Weitere Argumente für die Verwertung der Tagungsankündigungen bieten Vertreter qualitativer Forschungsmethoden, die in den Veranstaltungsankündigungen den „Kern eines jeden Bildungsprogramms“[58] sehen.

---

55 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 17.

56 Vgl. ebd., S. 5.

57 Zitiert aus: ebd., S. 5.

58 Nolda 1998, S. 151.

Die Veranstaltungsankündigungen werden als „Vortexte“ mit Informationsgehalten über Anbieter und Adressaten bezeichnet: „Die Vortexte dienen meist der Selbstdarstellung des Anbieters. Deren generelle weltanschaulich-politische oder fachliche Ausrichtung ist zwar in der Regel aus der auf der Umschlagseite zu findenden Bezeichnung zu entnehmen (...), die Vortexte enthalten aber meist spezifizierte und/oder auf die aktuelle Situation eingehende zusätzliche Aussagen. Es werden aber auch oft explizit potenzielle Nutzer des Angebots angesprochen.“[59]

Wenngleich kritisch angemerkt werden kann, dass bei Institutionen mit einem festen Profil und guter Nachfrage derartige Vortexte eher ritualistisch wirken können[60], wird die Entscheidung, mit den Tagungsankündigungen der Akademie zu arbeiten, durch diesen qualitativen Ansatz unterstützt. Der von Sigrid Nolda beschriebenen Notwendigkeit der Arbeit mit Vortexten schließt sich der Verfasser an: „Andererseits drücken sich in ihnen (den Vortexten, der Verf.) das Bildungsverständnis, die Sicht auf die Adressaten und das Selbstverständnis von Anbietern in einer relativ unmittelbaren Form aus, sodass bei einem entsprechenden Forschungsinteresse auf die Auswertung bzw. Interpretation dieser Texte nicht verzichtet werden sollte.“[61] Anhand der Vortexte der Akademie (Tagungsankündigungen) erschließen sich drei für die Themenstellung dieser Arbeit relevante Dimensionen:

- Welche Problemsicht und thematische Fokussierung hat die Akademie? Was wird als lernrelevant, diskussionsbedürftig und historisch-politisch vordringlich eingeschätzt?
- Spiegeln sich gesellschaftliche Stimmungen, wissenschaftliche Strömungen oder die besondere Perspektive der kirchlichen Einrichtung wider?
- In welcher Form werden die Adressaten angesprochen?[62]

Zum ersten Punkt sei ein Beispiel genannt: In der Ankündigung zur Tagung „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand“, auf die noch näher eingegangen wird, ist im Einleitungstext ein Hinweis auf den historisch-politischen Diskursrahmen formuliert, mit dem das Interesse am Seminar geweckt werden soll: „Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-

---

59 Ebd.

60 Vgl. ebd., S. 151.

61 Ebd. 1998, S. 153.

62 Bildungswerk der Humanistischen Union 2005, S. 5.

lands, älteste der in deutschen Parlamenten vertretenen Parteien, hat sich den Umbau des Sozialstaats auf die Fahnen geschrieben, den sie mit dem Argument notwendiger Modernisierung begründet. Zwei Ausgründungen hat es in der Geschichte der ‚Alten Tante' schon gegeben: Die USPD spaltete sich noch während des Ersten Weltkriegs ab, Ende der 70er gebar das Thema Umwelt die Grünen, später umbenannt zu Bündnis ´90 / Die Grünen."[63]
Dieser Vortext ist ein Beispiel dafür, dass die Akademieangebote stets Hinweise auf gesellschaftspolitisch aktuelle Fragen der Zeit sind. Die SPD, so der Verfasser des Vortextes, befindet sich im Jahr des Veranstaltungsangebots in einer Umbruchphase, die historisch einzuordnen sei. Zum Verständnis des Vortextes sind gesellschaftspolitische Hintergrundinformationen notwendig. Im Einordnen der Veranstaltung in den jeweiligen zeitgeschichtlichen Hintergrund liegt die Herausforderung der Arbeit mit Veranstaltungsankündigungen, -programmen, -titeln und -protokollen.[64]

Tagungsdokumentationen

Zu zahlreichen Veranstaltungen gibt es von der Akademie herausgegebene Tagungsprotokolle, Tonbandmitschnitte und publizierte Vorträge. Verfügbar sind Protokolle, zurückliegend bis 1971.[65] Einige Protokolle haben einen Umfang von bis zu 210 Seiten. Als Protokolle werden neben Tagungsdokumentationen auch Sammelbände bezeichnet: Ein als „Hofgeismarer Protokoll" herausgegebener Sammelband mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Vorträgen für den Zeitraum 1996 - 2005 umfasst elf Vorträge mit einer Gesamtseitenzahl von 188 Seiten.[66] In der Akademie gehaltene Vorträge sind ebenfalls über das Publikationsverzeichnis beziehbar. Insgesamt verfügt es über 339 Titel. Neben der durchlaufenden Nummerierung und der Titelangabe sind im Publikationsverzeichnis Informationen zum jeweiligen Erscheinungsjahr, sofern vorhanden zur ISBN-Nr. und zum Bezugspreis enthalten.

---

63 Handzettel zur Veranstaltung „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand" vom 04. - 05. Februar 2005.

64 Vgl. Nolda 1998, S. 210 f.

65 Vgl. die Tabelle „Hofgeismarer Protokolle zu bildungspolitischen und pädagogischen Tagungen" im Materialband.

66 Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 337. Viertel, Matthias: Theologie auf Umwegen. Vorträge aus der Akademiearbeit 1996 - 2005, Hofgeismar 2005.

In den Tagungsprotokollen sind die Referentenbeiträge abgedruckt. Ergänzt werden sie je nach Protokoll um weitere Texte wie Diskussionsbeiträge aus dem Plenum, Einleitungstexte zu den wissenschaftlichen Hintergründen, Erläuterungen zur Begründung des Tagungsthemas oder zu Quellentexten. Es kann vorkommen, dass in den Protokollen nicht alle Referentenbeiträge einer Tagung veröffentlich sind.[67] Die bildungspolitisch relevanten Protokolle liegen dem Verfasser vor. Sie wurden abhängig vom inhaltlichen Gehalt und Schwerpunkt unterschiedlich ausgewertet: Für einige Protokolle wurden separate Kapitel vorgesehen. Andere wurden an geeigneter Stelle in der Arbeit berücksichtigt. Die Tonbandmitschnitte bestehen aus Originalmitschnitten der Tagungen. Neben den jeweiligen Vorträgen sind in der Regel auch die anschließenden Diskussionen und Fragen aus dem Plenum aufgezeichnet.

Empirisches Quellenmaterial

Obwohl es sich um eine hermeneutische Untersuchung handelt, kommt die Arbeit nicht ohne einige empirische Zahlen aus. Im Folgenden wird ein Überblick über die Datengrundlage und über die mit der Datenerfassung verbundenen spezifischen Problemen gegeben.

Im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck werden seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts systematisch Statistiken zu den außerschulischen Bildungsaktivitäten der Landeskirche erfasst. Für die politische Erwachsenenbildungsarbeit in Deutschland sind verlässliche Zahlen ab 1975 verfügbar.[68]

Auf die Schwierigkeit der Datenerhebung wird im Weiterbildungsbericht 2005 für Hessen ausdrücklich hingewiesen.[69] Die statistische Erhebung für speziell kirchliche Angebote wird durch organisatorische und strukturelle Besonderheiten der Landeskirchen zusätzlich

---

67 Im Protokoll Nr. 295 zur Tagung „Schule in Hessen“ (1992) sind die Diskussionsbeiträge im Wortlaut abgedruckt. Zum Protokoll Nr. 323 „Geistliche Orientierung im 3. Jahrtausend“ (2002) schrieb der damalige Akademieleiter ein Vorwort. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a). Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 323. Viertel, Matthias: Geistliche Orientierung im 3. Jahrtausend. Texte zum Interreligiösen Dialog, Hofgeismar 2002, S. 5 ff.

68 Das Vorhandensein von über 3000 Anbietern erschwert die Datenerfassung. Vgl. Pehl, Klaus: Evangelische Erwachsenenbildung in Zahlen, in: Seiverth, Andreas (Hrsg.): Am Menschen orientiert. Re-Visionen Evangelischer Erwachsenenbildung, Bielefeld 2002, S. 213 ff. Vgl. ders. u. a. 2002, S. 9 f. Vgl. ders. 1991, S. 55 f. Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 6 (Vorwort der seinerzeitigen Kultusministerin).

erschwert.[70] Insbesondere sind die landeskirchlichen Grenzen zu nennen, die mit denen der Bundesländer nicht identisch sind. Dadurch kann eine Einrichtung kirchenrechtlich zur Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und länderrechtlich zu Thüringen gehören. Peter Faulstich[71] erarbeitete zur Weiterbildungsstruktur in Hessen ein Gutachten,[72] in dem er zu dem Schluss kam, dass die Weiterbildungslandschaft für ein Bundesland statistisch nicht korrekt erfasst werden könne.[73] Daten der Weiterbildungsstatistiken seien „Schätzgrößen".[74] Erschwerend kommt bei Untersuchungen zur politischen Bildungsarbeit hinzu, dass die meisten Gutachten im Auftrag von Interessengruppen wie Gewerkschaften erstellt werden, weshalb sie nicht frei von Einflüssen oder Erwartungen der Auftraggeber sind.[75] In der theologischen Forschung konnte sich eine empirische Theologie nicht durchsetzen, sodass es aus diesem Wissenschaftsfeld kaum statistisches Material zu den Untersuchungsfragen dieser Arbeit gibt.[76]

---

69 Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 11 ff.

70 Vgl. Seiverth, Andreas (Hrsg. im Auftrag der DEAE): Statistik als Element der Qualitätsentwicklung. Anregungen zur Entwicklung eines kirchlichen Bildungsberichts, Statistik 2005, Frankfurt 2007, S. 17.

71 Faulstich war Leiter der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung. Er wurde 1989 an der Universität Gesamthochschule Kassel zusammen mit Ulrich Teichler mit der Erstellung eines Gutachtens zur Situation der Weiterbildung in Hessen beauftragt. Vgl. Faulstich, Peter: Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen, in: Nuissl, Ekkehard/Schlutz Erhard (Hrsg.): Systemevaluation und Politikberatung. Gutachten und Analysen zum Weiterbildungssystem, Bielefeld 2001, S. 78 ff. Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 12 f.

72 Vgl. Faulstich 1991.

73 Vgl. Ebd. Vgl. Ders. 2001, S. 77.

74 Vgl. Ebd., S. 82. Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 3. Einige Jahre später arbeitet Faulstich am ersten Weiterbildungsbericht des Landes Hessen mit. Ein Ziel der Autoren besteht darin, Politik und Trägern seriöse Daten für die künftige Planung bereitzustellen. Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 7. Selbst im Jahr 2007 gibt es nur Schätzungen zur Zahl der Weiterbildungsanbieter in Deutschland. Für 2008 waren erste Ergebnisse einer systematischen Erfassung anvisiert. Vgl. SZ vom 06./07.10.2007, S. V2/10.

75 Vgl. Nuissl, Ekkehard/Schlutz, Erhard: Weiterbildungs-Evaluationen im Vergleich (Nuissl/Schlutz 2001 a), in: Nuissl/Schlutz 2001, S. 19 ff.

76 Vgl. Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael (Hrsg.): Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002, S. 37.

2 Ulrich Becks epochaler Ansatz im Spiegel kirchlicher Bildungsarbeit

Beck vertritt die Theorie, dass sich die westlichen Industriestaaten in einem epochalen Übergang von der ersten Moderne zur zweiten Moderne befinden. In diesem Kapitel werden die diesbezüglichen Begründungszusammenhänge, soweit sie für den Ertrag dieser Arbeit relevant erscheinen, aufgezeigt und es wird dargelegt, warum Becks Theorie als interpretative Leittheorie gewählt wurde. Einleitend erhält der Leser einen Überblick über kontextuale Publikationen, bevor der Blick auf die Risikogesellschaft und anschließend auf die zweite Moderne gerichtet wird.

Bereits 1986 erschienen Becks Analysen der modernen Gesellschaft unter dem Titel „Risikogesellschaft“.[77] Im Jahr 2006 wurde das Buch erneut aufgelegt, was als Zeichen der noch immer vorhandenen Aktualität gedeutet werden kann. Ein Jahr später folgt die Veröffentlichung des als Folgewerk zur „Risikogesellschaft“ anzusehenden Werkes „Weltrisikogesellschaft“.[78] Ende der 90er Jahre gibt Beck die „Edition Zweite Moderne“ mit der Intention heraus, zur Klärung der Leitfrage, was die Globalisierungsdebatte zur Erhellung des Begriffs „Zweite Moderne“ beitragen kann, einen Beitrag zu leisten.[79] In dieser Edition sind unter anderem die Werke „Kinder der Freiheit“[80] und „Politik der Globalisierung“[81] veröffentlicht. Durch die im Jahr 2008 in Erscheinung getretene weltweite Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise sieht Beck seine Thesen einmal mehr bestätigt.[82]

---

77 Beck 2006.

78 Ders.: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Bonn 2007.

79 Vgl. ders. 1998, S. 8 f.

80 Ders. (Hrsg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt ^{4}1998.

81 Ders. 1998.

82 Vgl. Becks Beitrag „Toxische Kredite. Die historische Macht der Finanzrisiken“, in: SZ, vom 18.10.2008, S. 13.

2.1 Risikogesellschaft

„In Risikogesellschaften werden mit der Geschwindigkeit und der Radikalität von Modernisierungsprozessen die Folgen der Erfolge von Modernisierung zum Thema. Es entsteht eine neue Riskantheit des Risikos, weil die Bedingungen seiner Kalkulation und institutionellen Verarbeitung teilweise versagen.“[83]

Diese Definition von Beck soll in den folgenden Sätzen erklärt werden.

Die Konsumbedürfnisse sind in den Industriestaaten beim Großteil der Bevölkerung befriedigt. Dennoch werden ständig neue „Bedürfnisse“ von der Industrie geweckt. Gleichzeitig steigt die Sensibilität für Risikopotenziale bei den Bevölkerungsschichten, die zur mittleren und höheren Bildungsschicht zählen und die keine materiellen Sorgen haben. Zu nennen sind die Ungewissheit vor den Folgen neuer Technologien im Bereich der Bio- und Gentechnik und die Verunsicherung nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001.[84]

In den späten 80er Jahren stand die Angst vor den Risiken der Atomtechnologie exemplarisch für den Übergang in die zweite Moderne, die Risikogesellschaft. Der Übergang in diese Epoche ist nach Beck seit den 70er Jahren zu beobachten.

Dabei erhält der Begriff „Risiko“ eine neue Dimension: „Gewiss, Risiken sind keine Erfindung der Neuzeit. Wer - wie Kolumbus - auszog, um neue Länder und Erdteile zu entdecken, nahm ‚Risiken' in Kauf. Aber dies waren persönliche Risiken, keine globalen Gefährdungslagen, wie sie durch Kernspaltung oder die Lagerung von Atommüll für die ganze Menschheit entstehen. Das Wort ‚Risiko' hatte im Kontext dieser Epoche den Beiklang von Mut und Abenteuer, nicht den der möglichen Selbstvernichtung des Lebens auf der Erde.“[85]

Globale Risiken weisen nach Beck drei Merkmale auf:

- Delokalisation: Ursachen und Wirkungen von Risiken sind nicht auf einen geografischen Ort begrenzt, sondern prinzipiell allgegenwärtig.
- Unkalkulierbarkeit: Es handelt sich um „hypothetische Risiken“, die auf einem von den Wissenschaften erzeugten Nichtwissen basieren.

---

83 Ders. 2007, S. 24.

84 Vgl. ebd., S. 32 ff.

85 Ders. 2006, S. 28; S. 79 ff. Vgl. Habermas 1998, S. 105 f.

- Nicht-Kompensierbarkeit: Risiken der ersten Moderne galten als kompensierbar. Die Risiken der zweiten Moderne wie die Folgen des Klimawandels oder der Humangenetik können unkalkulierbar sein.[86]

Religion als identitätsstiftendes Merkmal in einer individualisierten Gesellschaft

Beck nennt drei Punkte, die in individualisierten Gesellschaften wie der Moderne bewusst oder unbewusst Zusammenhang stiften können. Diese seien Religion, Blutopfer und Erwerbsarbeit.[87]

Die Kapitel Blutopfer und Erwerbsarbeit habe die Moderne „ausgelebt“: Der Nationalstaat könne durch die Globalisierung und den Bedeutungszuwachs der EU zum Auslaufmodell werden. Dadurch schwinde die Bereitschaft, für den Nationalstaat ein Blutopfer zu bringen.[88]

Mit Hilfe der Erwerbsarbeit entstand in den ersten Jahrzehnten der BRD der Begriff des „DM-Nationalismus“. Die Identifikationsmöglichkeit über Beschäftigung („Mein Betrieb“) und Konsum („Mein VW-Käfer“) ist in Zeiten, in denen Banken Rekordgewinne erzielen und zugleich Massenentlassungen ankündigen, verloren gegangen.[89]

Es bleibt der Bereich Religion. Obwohl es aufgrund von sinkenden Kirchenmitgliedszahlen Anzeichen für eine säkularer werdende Gesellschaft gibt, haben Kirchen und Religion ihre Identifikationskraft vermutlich nicht eingebüßt, wie Beck beschreibt: „Religion: Hier wird der Glaube an Gott vom Himmel auf die Erde heruntergeholt. Die Kirche wird zu einer versetzten Anwältin gesellschaftlicher Integration. Mit dem handwerklichen Blick auf die Kunstfertigkeit der irdisch-überirdischen Architektur religiöser Integration lässt sich verstehen, wieso bis heute die Welt einer areligiösen Demokratie, atheistischer Moderne für viele fast so undenkbar ist wie ein logischer Widerspruch.“[90] Dieser letzte verbleibende Bezugspunkt steht im Fokus dieser Untersuchung.

---

86 Vgl. Beck. 2007, S. 103.

87 Vgl. Ders.: Väter der Freiheit (^{4}1998 b), in: ders. ^{4}1998, S. 385 ff.

88 Vgl. Ebd., S. 387 f.

89 Nach Beck geht der Begriff „DM-Kapitalismus“ auf Habermas zurück. Vgl. Ebd., S. 389 f.

90 Vgl. Ebd., S. 386.

Wirkungsgeschichte

Dass mit dem Begriff der Risikogesellschaft ein epochenbeschreibender Begriff und nicht lediglich eine Zeitgeistbeschreibung gebildet wurde, zeigt das interdisziplinäre und weltweite Echo auf Becks Analysen. Ende der 90er Jahre schreibt der Theologe und Erziehungswissenschaftler Meueler: „Das prognostizierte Wissen um eine für die Nachkommen bedrohliche Zukunft (Klimaveränderungen, Ölkatastrophen auf allen Meeren, zunehmende ökologische Katastrophen) wächst an. Es wird immer deutlicher, dass es keiner nuklearen Kriege bedarf, um die Erde unbewohnbar zu machen. Tagtäglich strömt eine solche Flut von Horrormeldungen über wirtschaftliche, politische und soziale Katastrophen aus aller Welt auf uns ein, dass wir alle Zugbrücken unserer Festung ‚Bewusstsein' hochziehen."[91]

Im Jahr 2007 bilanziert Beck zur Wirkungsgeschichte seiner Thesen: „Meine Analysen sind mittlerweile in mehr als 30 Sprachen übersetzt worden und haben, die Grenzen zwischen Nationen und Fachdisziplinen übergreifend, heftige Debatten ausgelöst - in der Soziologie wie der Politikwissenschaft, in der Rechts- und Geschichtswissenschaft wie in der Philosophie, Anthropologie, der Ökologie und den Ingenieurwissenschaften. Daraus sind in den verschiedensten Erfahrungskontexten thematisch breitgefächerte Arbeiten entstanden, die die Konturen, Paradoxien und Widersprüche der (Welt-)Risikogesellschaft weiterentwickelt haben. Dieser weltweite Diskurs über die Risikogesellschaft hat mich zum Weiterdenken und zum Schreiben der Weltrisikogesellschaft angeregt."[92]

2.2 Zweite Moderne

Der Begriff „Risikogesellschaft" führte in der wissenschaftlichen Diskussion, ähnlich wie „Postmoderne", häufig zu Irritationen. Risikogesellschaft kann als ein „Teilbereich" der von Beck beschriebenen „Zweiten Moderne" bezeichnet werden. Ähnlich wie der Begriff der Industriegesellschaft für die erste Moderne konstitutiv ist, wird Risikogesellschaft zum epochencharakteristischen Theorem der zweiten Moderne. In den nächsten Abschnitten wird neben der Beschreibung dieses Epochenbegriffs auch die mit dem epochalen Wandel

---

91 Meueler, Erhard: Die Türen des Käfigs. Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, Stuttgart ^{2}1998, S. 103 f. Meueler bezieht sich mehrfach auf Beck.

92 Beck 2007, S. 9. Zu den Einwänden gegenüber einer Definition der Risikogesellschaft siehe Beck 2007, S. 56 f.

verbundenen Folgen für die Kirchen beschrieben.

In der zweiten Moderne werden nach Beck die Folgen des Entgrenzungsprozesses in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen wie Familie, Schule, Wirtschaft, Kirchen und in den Organisationen der repräsentativen Demokratie wirksam. Während in der ersten Moderne Kategorien sozialer Zugehörigkeit wie Geschlecht und Familienzugehörigkeit wesentlich darüber entschieden hätten, wer warum zu welchen Freiheitsrechten Zugang hat, gelte diese soziale Identitätsarchitektur in der zweiten Moderne nicht mehr. Die erste Moderne wird auch industriegesellschaftlich-nationalstaatliche Moderne genannt.[93]

In der Moderne werde, so Beck, die Bedeutung der Tradition durch den Stellenwert der kritischen Wissenschaft abgelöst. Diese selbst verliere allerdings in der Risikogesellschaft zunehmend an Autorität: „In den vergangenen zwei Jahrhunderten ist in den westlichen Gesellschaften an die Stelle der Tradition das Urteil der Wissenschaftler getreten. Je mehr Wissenschaft und Technologie jedoch im globalen Maßstab das Leben durchdringen und umgestalten, desto weniger gilt paradoxerweise diese Expertenautorität als selbstverständlich.“[94]

Beck konkretisiert seine Theorie am Beispiel des Familienbereichs: Die Geschlechterrolle spiele in der Organisation des Familienalltags eine geringere Rolle. Männer würden Elemente von traditionellen Frauenrollen annehmen und umgekehrt. Durch die Möglichkeit, den Erziehungsurlaub aufzuteilen, werde diese moderne Familienform erleichtert. Gleichzeitig würden sich die Individuen an die Bruchstücke ihrer „naturalen Identität“ klammern, wenn Frauen die Lebensbereiche Karriere und Mutter verbinden wollen.[95]

Der für die zweite Moderne prägende Begriff der Individualisierung taucht in den unterschiedlichsten Bereichen der Lebensplanung auf: Familie, Freizeit und Bildung.[96] Dies lässt sich am Beispiel der Wohnkultur verdeutlichen: Der Wohnungsmarkt steht nach In-

---

93 Vgl. Beck, Ulrich: Demokratisierung der Familie (Beck [4]1998 a), in: Beck [4]1998, S. 205 ff. Vgl. Beck [4]1998 (b), S. 384.

94 Ders. 2007, S. 24.

95 Vgl. ders. [4]1998 (a), S. 205 ff. Vgl. Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität. Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh [5]2000, S. 13 f.

96 Siehe den Beitrag „Individualisierungsstrategien“ in einer vom Bundesbildungsminister herausgegeben Untersuchung aus den 80er Jahren. Vgl.: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 389 ff. Vgl. Hitzler, Ronald: Der unberechenbare Bürger, in: Beck [4]1998, S. 176.

formationen des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft in Deutschland vor einem entscheidenden Umbruch. Die Nachfrage nach Ein- und Zweizimmerwohnungen steigt an. Im Gegensatz zu den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts werden diese Singlewohnungen nach Erkenntnissen des Wohnungsverbandes im beginnenden 21. Jahrhundert nicht nur von jungen Mietern nachgefragt. Die Mieter würden immer älter, mobiler und „bunter" werden.[97]

Folgen für die Kirchen

Für die Kirchen hat dieser Wandel gravierende Folgen, da sie mit herkömmlichen Konzepten ihre Adressaten nicht mehr erreichen, bzw. weil es ihre bisherigen Adressaten nicht mehr gibt. Das, was für Kirchen ein existenzielles Problem darstellt, da Merkmale der zweiten Moderne wie hohe Scheidungsrate, Rückgang der Kinderzahl und außereheliche Lebensformen im Gegensatz zur eigenen Identität stehen, beschreibt Beck mit positiven Formulierungen wie „Demokratisierung der Familie" und „Aufbruch in mehr Freiheit". Negativ können diese Entwicklungen mit sozialen und politischen Auflösungserscheinungen beschrieben werden.[98]

Eine Untersuchung in Großbritannien fand heraus, dass viele Jugendliche stolz darauf sind, sich selbst zu organisieren, ohne in einer Großorganisation Mitglied zu sein.[99] Diese Gruppen engagieren sich für gesellschaftliche Bereiche wie Umweltschutz und Obdachlose. Entsprechende Parallelen zu der Untersuchung werden aus der BRD, Australien und Nordamerika gemeldet, sodass von einem globalen Trend ausgegangen werden kann.[100]

Die Menschen werden nicht mehr in Organisationen „hineingeboren"[101], sondern entschei-

---

97 Vgl. SZ vom 26.09.2006, S. 30. Weitere Beispiele für den Epochenwechsel von der ersten zur zweiten Moderne sind nachzulesen bei Beck 2007, S. 180 ff.

98 Vgl. ders. ^{4}1998 (a), S. 195. Vgl. Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Orientierung in zunehmender Orientierungslosigkeit. Evangelische Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft. Eine Stellungnahme der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Gütersloh 1997, S. 51 ff. Vgl. Huber, Wolfgang: Kirche in der Zeitenwende: gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche, Gütersloh ^{2}1999, S. 89 ff.

99 Ein weiteres Beispiel für den Übergang in die zweite Moderne sind die britischen Frauenorganisationen, die unter gravierendem Mitgliederschwund leiden, da es die Adressatengruppe „Hausfrau" unter dem traditionellen Begriffsverständnis nicht mehr gibt. Vgl. Wilkinson, Helen: Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung?, in: Beck ^{4}1998, S. 109 ff.

100 Vgl. ebd., S. 111 ff.

101 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 87.

den sich bewusst für oder gegen eine Mitgliedschaft. Dabei können Mitgliedschaft und Engagement auch im Gegensatz zur lebenslangen traditionellen Mitgliedschaft in einer Partei oder in einem Verband auch wechseln oder sich vermischen. Der Begriff der „Patchwork-Identität" als Ausdruck dieses Lebensgefühls etabliert sich bereits.[102] Während die Bevölkerung in großem Ausmaß den traditionellen Möglichkeiten der politischen Artikulation wie Wahrnehmung des Wahlrechts, Engagement in Gewerkschaften und Kirchen das Vertrauen entzieht, besteht gleichzeitig das Bedürfnis, außerhalb dieser Formen am politischen Leben zu partizipieren. Nach Beck und Meueler ist dies ein höchst politisches Verhalten.[103] Beck bezeichnet Wissenschaft, Wirtschaft und Politik als „Basisinstitutionen der Moderne", die nicht mehr als Risikomanager, sondern auch als Quelle des Risikos gelten würden. Die Folgerisiken der Moderne und die zunehmende gesellschaftliche Verunsicherung und Individualisierung, hier am Beispiel des Vertrauens in Großorganisationen angerissen, ergeben die politische und soziale Dynamik der Risikogesellschaft.[104]

Der Ratsvorsitzende der EKD formuliert dies wie folgt: „In der Individualisierung gehören also die Freisetzung von vorgegebenen Lebensformen und die Entzauberung traditionsbestimmter institutioneller Sicherheiten mit der Aufgabe einer neuen, individuell verantworteten Reintegration unmittelbar zusammen."[105]

Selbstverständlich gibt es auch Wissenschaftler, die Beck widersprechen. Hier ist **Hans-Ulrich Wehler** zu nennen. Wehler kritisiert in seinem 5. Band zur Deutschen Gesellschaftsgescshichte, dass es bei Becks Untersuchungen zur Postmoderne und zur zweiten Moderne eine „typische definitorische Unschärfe" gebe. Zudem habe es Beck versäumt, seine Deutungen empirisch zu stützen. Die begriffliche Unschärfe kann, so **Paul Nolte**, ein Grund sein, weshalb viele Interpreten im Kontext von Becks Deutungen Postmoderne mit zweiter Moderne gleichsetzen würden, was Beck aber nicht so gemeint habe. Nolte kriti-

---

102 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 40 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 86 ff.

103 Zu anderen Erkenntnissen als Beck kommt eine von kirchlicher Seite unterstützte sozialwissenschaftliche Untersuchung, siehe: Vögele u. a. 2002, S. 26. Vgl. Beck 2006, S. 304 f. Vgl. ders. ^{4}1998, S. 11 ff. Vgl. den Interviewbeitrag von Meueler, in: Hufer, Klaus-Peter/Pohl, Kerstin/Scheurich, Imke (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung. Band 2, Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach. 2004, S. 181.

104 Vgl. Beck 2007, S. 106. Vgl. ders. 2006, S. 115 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 86 ff.

105 Ders., S. 88 f.

siert, dass nicht deutlich geworden sei, welche andere Moderne die zweite Moderne sein solle. **Matthias Viertel**, ehemaliger Akademieleiter in Hofgeismar, verwendet ebenfalls häufig das Theorem Postmoderne. Der Begriff sei oft im Sinne von Klage und Trauer über Verluste falsch verstanden worden. Postmoderne stehe für die Erkenntnis, das unterschiedliche Rationalitätsmuster nebeneinander bestehen müssen, wenn der Sinn nicht mehr zentral geortet und für universell ausgegeben werden solle.[106]

Weitestgehend unstrittig ist hingegen die Einschätzung, dass eine „Moderne-Müdigkeit" konstatiert werden könne. In diesem Sinne kommt die indische Anthropologin Shalini Randeira bei einem interdisziplinären Empfang bei Bundespräsident Horst Köhler zu der Einschätzung: „Die Moderne hat ihr einendes Narrativ verloren."[107]

2.3 Becks Theorie als interpretative Leittheorie

Die Verunsicherung in der von Traditionen scheinbar befreiten Gesellschaft, die durch den technologischen Fortschritt zugleich globale, nicht steuerbare Risiken schafft, ist ein Merkmal der Risikogesellschaft, wie Beck rückblickend formuliert:

„Das Wort Risikogesellschaft, das ich fand und 1986 zum Titel meines Buches machte, bringt also eine Epoche der modernen Gesellschaft auf den Begriff, die nicht mehr nur traditionale Lebensformen abstreift, vielmehr mit den Nebenfolgen erfolgreicher Modernisierung hadert: mit unsicheren Biografien und schwer fassbaren Gefahren, die alle treffen und niemand mehr adäquat versichern kann."[108]

Für diese Arbeit eignen sich Becks Theorien als interpretative Leittheorie, da Beck mit der Theorie der Risikogesellschaft die zwei Bereiche gesamtgesellschaftliche Risiken und persönliche Risiken miteinander verbindet. 1986 zeichnete sich durch das Reaktorunglück in Tschernobyl und Meldungen über weitere ökologische Risiken als Folgen der industriellen Wirtschaftsweise ab, dass die Zeit der vermeintlichen Sicherheit vorbei ist. Parallel zu die-

---

106 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5, 1949-1990, München 2008, S. 113 ff. Vgl. Nolte, Paul: Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, Bonn 2006, S. 20. Vgl. Viertel, Matthias: Der interreligiöse Dialog in der postmodernen Gesellschaft, in: Geist-liche Orientierung im 3. Jahrtausend, Hofgeismarer Protokoll Nr. 323, Hofgeismar 2002, S. 7 f.

107 Vgl. den Beitrag „Offen, aber nicht notwendig tolerant. Beim Bundespräsidenten wird diskutiert, was die Moderne bringt" von Stefan Kornelius, in: SZ vom 17.07.2008, S. 13.

108 Beck 2007, S. 27. Vgl. ebd., S. 108 f.

sen gesamtgesellschaftlichen Risiken benennt Beck die sich verändernden Lebenswelten der Menschen, die als persönliche Risiken bezeichnet werden können. Das eigene Leben war durch Unwägbarkeiten wie drohende Arbeitslosigkeit und sich auflösende, ehemals feste Familienstrukturen neuen Unwägbarkeiten unterworfen.[109] Gesellschaftlicher Wandel reichte dadurch bis in die eigene Biografie herein.

Dieses Spannungsverhältnis von gesellschaftlichen Entwicklungen und persönlichem Betroffensein ist für kirchliche Arbeit konstitutiv. Kirchliches Arbeiten bedeutet, die Fragen der Zeit zu erkennen und den Einzelnen bei der Bewältigung seiner Probleme zu unterstützen. Der Zugang zum Forschungsprozess mit Hilfe von Becks Analysen wurde zudem gewählt, um die prozessuale Entwicklung der politischen Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vor dem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund zu entschlüsseln.

Weiterhin bietet sich Beck als Bezugsgröße an, da er -ebenso wie der Verfasser dieser Arbeit bei der Analyse zu gesellschaftlichen Veränderungen keinen empirischen Zugang wählt, -bei den skizzierten Zukunftsproblemen der Risikogesellschaft einen historischen Ansatz verfolgt, bei der Herstellung von Bezügen der industriegesellschaftlichen Vergangenheit und den Risiken der Zukunft einen Ansatz verfolgt, der als hermeneutisch angesehen werden kann.[110]

Die Zukunft ins Blickfeld heben

Die genannten Punkte fasst Beck zusammen: „Vergangenheit plus ‚post' - das ist das Grundrezept, mit dem wir in wortreicher, begriffsstutziger Verständnislosigkeit einer Wirklichkeit gegenüberstehen, die aus den Fugen zu geraten scheint (...) Repräsentativ, wie die Regeln der empirischen Sozialforschung dies fordern, sind die Ausführungen nicht. Sie verfolgen einen anderen Anspruch: gegen die noch vorherrschende Vergangenheit die sich heute schon abzeichnende Zukunft ins Blickfeld zu heben. Sie sind in der Einstellung geschrieben, mit der - im historischen Vergleich gesprochen - ein Beobachter der gesellschaftlichen Szene zu Beginn des 19. Jahrhunderts hinter den Fassaden des ausklingenden,

109 Vgl. ders. 2006, S. 7 ff. Vgl. Nolte 2006, S. 11.

110 Vgl. Beck 2006, S. 12 ff.

feudalen Agrarzeitalters nach den bereits überall hervorblitzenden Konturen des noch unbekannten Industriezeitalters Ausschau hält. In Zeiten strukturellen Wandels geht Repräsentativität ein Bündnis mit der Vergangenheit ein und verstellt den Blick auf die Spitzen der Zukunft, die von allen Seiten in den Horizont der Gegenwart hineinragen."[111] Im von Beck angesprochenen Horizont von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft liegt der Schlüssel zum methodischen Zugang dieser Arbeit, der im nächsten Schritt ausführlich dargelegt wird.

111 Ders., S. 12 f.

3 Methodischer Ansatz

Der Methodenwahl kommt beim wissenschaftlichen Forschungsprozess eine Schlüsselrolle zu, da die Methoden dem jeweiligen Forschungsgegenstand angemessen sein müssen.[112] Dem Methodenteil wurde breiter Raum beigemessen, da die Kapitel zu den Forschungsmethoden zum Verständnis der Gesamtkonzeption beitragen sollen. Insbesondere die Kapitel zur Evangelischen Akademie Hofgeismar erschließen sich strukturell wie auch vom inhaltlichen Verständnis leichter, wenn zuvor einige Methodenüberlegungen geleistet werden

3.1 Begründung des hermeneutischen Zugangs

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit verlangt einen hermeneutischen Zugang, da es um die Frage geht, wie sich die politische Bildungsarbeit einer Landeskirche, die mit ihren Vorgängerorganisationen auf eine sich über Jahrhunderte erstreckende Geschichte[113] verweisen kann, im Rahmen der Globalisierung verändert. Da die von der EKKW in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen auf das gegenwärtige Handeln einwirken, müssen die historischen Bezüge berücksichtigt werden, wenn die vor dem Hintergrund der Globalisierung geleistete politische Bildungsarbeit verstanden werden soll.

Der Horizont von Vergangenheit - Gegenwart - nahe Zukunft

Jürgen Habermas leitet den Horizont von Vergangenheit - Gegenwart - nahe Zukunft her: „Das geschichtsphilosophische Denken des 18. und die auf eine Rekonstruktion der Gattungsgeschichte gerichtete Gesellschaftstheorie des 19. Jahrhunderts haben Erfahrungen verarbeitet, die im 20. Jahrhundert nicht etwa obsolet geworden, sondern noch aufdringlicher hervorgetreten sind. In diesen Erfahrungen spiegeln sich die Modernisierungsprozesse, die sich, wie es scheint, endogen zum ersten und einzigen Mal mit der kapitalistischen Produktionsweise, also mit der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft durchgesetzt ha-

112 Vgl. Danner [5]2006, S. 16.

113 An dieser Stelle wird der Landeskirche ein weltgeschichtliches Subjektverständnis unterstellt. Zum Problem der Anwendung des Kollektivsingulars „die Geschichte“ siehe Habermas, Jürgen: Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt [5]1982, S. 533 ff.

ben.“[114] Die von Habermas angesprochenen Modernisierungsprozesse sind für die Bildungstätigkeiten der EKKW entwicklungsbestimmend gewesen. Dies wird in den entsprechenden Kapiteln zu den historischen Entwicklungen ausführlich beschrieben.

Die Hermeneutik als die geschichtlich verstehende Methode bietet für solche horizontalen Untersuchungen grundlegende Zugänge, was in den nächsten Kapiteln hergeleitet wird.[115] Die Grundidee der Hermeneutik lässt sich im Kontext der hier behandelten Thematik am deutlichsten mit Hilfe von Hans-Georg Gadamers Ansatz darlegen. Dessen hermeneutische Theorie erscheint für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit gewinnbringend, weshalb bei der methodischen Begründung primär Gadamers Theorie berücksichtigt wird. Weiter wird auf Ulrich Oevermann Bezug genommen, da sein Ansatz der „Textförmigkeit sozialer Wirklichkeit“ der Auswertung des spezifischen Quellenmaterials entgegenkommt.
Im weiteren Verlauf der Arbeit wird zudem häufig auf Habermas Bezug genommen, nicht zuletzt, weil er neben der Herausgabe grundlegender wissenschaftstheoretischer Publikationen auch Fragen nach postnationalen Konstellationsmöglichkeiten anspricht.[116] Da der Schlüssel für erkenntnisgewinnende Untersuchungen zur Globalisierung in der Brücksichtigung des Horizontes historischer Entwicklungen und Untersuchungen zu liegen scheint, bieten die Erkenntnisse von Habermas einen öffnenden Zugang zum Untersuchungsgegenstand.[117] Wo es für den Ertrag dieses Forschungsvorhabens notwendig erachtet wird, werden weitere Methoden herangezogen.[118]

Hermeneutik als Kunst, indirekte Mitteilungen verständlich zu machen

Bei der Klärung der Leitfrage nach der Motivation der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck zur politischen Bildungsarbeit geht es nicht um quantitativ messbare politi-

---

114 Ders., S. 529 f.

115 Hermeneutische Methoden sind wissenschaftstheoretisch umstritten. Eine grundlegende Erörterung bietet Habermas. Vgl. Habermas, Jürgen: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort, Frankfurt am Main 1973.

116 Vgl. ders. [5]1982. Vgl. ders. 1973. Vgl. ders: Die postnationale Konstellation, Frankfurt 1998.

117 Vgl. ders. [5]1982, S. 535.

118 Bei der Hermeneutik ergänzen sich mehrere Methoden gegenseitig. Die Verwendung mehrerer Forschungsmethoden ist nach Danner für wissenschaftliches Arbeiten konstitutiv. Vgl. Danner [5]2006, S. 17 ff.

sche Bildungsangebote einer Landeskirche, sondern um Fragen des Verstehens: Sind die politischen Bildungsangebote der Landeskirche im Kontext historischer Entwicklungen des Protestantismus einzuordnen oder wird dieser weltliche Bildungsbereich genutzt, um die Landeskirche in einer zunehmend globalisierten Welt neu zu positionieren?

Nach Habermas geht es dabei um die Herausforderung, indirekte Mitteilungen der Landeskirche verständlich zu machen: „Auch Handlungen bedürfen der hermeneutischen Entschlüsselung, weil das unverwechselbare Subjekt in Handlungen, die allgemeinen Normen folgen, sowenig direkt sich äußern kann wie in den allgemeinen Kategorien der umgangssprachlichen Verständigung. Weil die individuellen Lebensverhältnisse weder in Sprache noch in Handlungen bruchlos sich umsetzen, wäre das Subjekt, das unvermittelt beim Wort genommen und mit seinen manifesten Handlungen unvermittelt identifiziert würde, missverstanden. Die Hermeneutik als die Kunst, indirekte Mitteilungen verständlich zu machen, entspricht dem Abstand, den das Subjekt zwischen sich als der Identität eines lebensgeschichtlichen Zusammenhangs und seinen Objektivationen halten und zugleich ausdrücken muss - bei Strafe der Verdinglichung durch den Adressaten.“[119]

Durch die hermeneutische Untersuchung wird die von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck geleistete politische Bildungsarbeit somit anders verstanden. Es handelt sich dabei nicht um ein richtigeres oder besseres Verstehen. Die Perspektive ist eine andere.[120]

Mit empirisch-analytischen Forschungsmethoden könnte die Häufigkeit politischer Bildungsaktivitäten gemessen und mit den Bildungsaktivitäten anderer Großorganisationen in Relation gesetzt werden. Mit Hilfe dieser Ergebnisse könnten allerdings keine oder nur marginale Erkenntnisse zur Frage nach einer möglichen Veränderung der Motivation zur kirchlichen Bildungsarbeit gewonnen werden. Aufgrund dieser Ausgangslage und aufgrund des interdisziplinären Gehalts des Forschungsgegenstands bieten sich hermeneutische Forschungsmethoden an.[121]

---

119 Habermas 1973, S. 209 f.

120 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 280.

121 Vgl. Hedtke, Reinhold: Politikwissenschaft oder Sozialwissenschaften? Zur Referenz Politischer Bildung, in: Lange 2007, S. 22 ff. Vgl. Danner [5]2006, S. 16 f. Vgl. Tyrell, Hartmann: Kommentar aus der Perspektive der Religionssoziologie (Tagungsbeitrag), in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S.

Kirchliche Stellen präferieren tendenziell eher einen hermeneutischen Begründungskontext für ihre Arbeit, was dem methodischen Ansatz dieser Arbeit entgegenkommt. Im Rahmen der Fördermittelbewilligung aus öffentlichen Geldern sind statistische Angaben häufig verpflichtend, sodass kirchliche Einrichtungen und Verbände dazu angehalten sind, Veranstaltungsstatistiken zu erstellen und zu pflegen.

Dass Dilemma, empirisch arbeiten zu müssen und hermeneutische Methoden zu bevorzugen, wird von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) im Begleitheft zur Statistik 2005 deutlich betont: „Statistik verstehen wir daher - kurz definiert - in einem umfassenden Sinne als ‚Empirieorientierung' des institutionellen Handelns. Dies schließt ein, Statistik ihrerseits in ihrer Anwendungspraxis normativ zu reflektieren und zu begrenzen bzw. eben nicht auf exklusive Verfahren der Messung (und quantitativen Datenerhebung) zu verkürzen. Es verbietet sich in dieser Perspektive jedoch in gleicher Weise, die Tatsache, dass ‚gemessen', also Merkmale identifiziert und gezählt werden, zu ignorieren oder wertend zu diffamieren.“[122] Hermeneutische Methoden bieten sich aus einem weiteren Grund an: Für die Landeskirchen und für kirchliche Akademien scheint die politische Bildungsarbeit so selbstverständlich zum kirchlichen Handeln zu gehören, dass sie bei vielen Verlautbarungen nicht erklären, warum sie in diesem Bereich aktiv sind. Eine von Seiten der Kirchen wahrgenommene Säkularisierung und enger werdende finanzielle Mittel veranlassen die Kirchen seit dem Ende des letzten Jahrhunderts allerdings verstärkt, die Aktivitäten im Bildungsbereich nach innen und außen zu begründen.[123] Es ist unwahrscheinlich, dass es im Protestantismus keine oder nur oberflächliche Begründungen für politische Bildungsarbeit gibt. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass die Begründungsnotwendigkeit für das Handeln im historischen Verlauf vernachlässigt wurde.

---

29 ff. Vgl. Küster, Volker: Globalisierung ist ein Thema der Interkulturellen Theologie! Kommentar aus der Perspektive der Theologie und Missionswissenschaft (Tagungsbeitrag), in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 42.

122 Zitiert aus: Seiverth 2007.

123 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 9 f. Vgl. ders. (Hrsg.): Perspektiven für Jugendliche mit schlechteren Startchancen. Eine Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend, Hannover 2003, S. 2.

3.1.1 Gadamer und Oevermann – zwei Vertreter der Hermeneutik

Im hermeneutischen Zugang kann ein Schlüssel zur Erhellung der Begründung kirchlicher Bildungsarbeit liegen, was im nachstehenden Schritt mit der Vorstellung der Hermeneutiker Gadamer und Oevermann dargelegt werden soll.

Historisches Verstehen nach Gadamer

Emerich Coreth hat den hermeneutischen Anspruch, historisch bedingtes und gegenwärtig betriebenes Handeln vor dem historischen Hintergrund zu reflektieren beschrieben. Gerade die Distanz mache es möglich das Mitgemeinte, aber Ungesagte ausdrücklich zu machen. Das, was dem Verfasser so selbstverständlich war, dass er es gar nicht ausgesprochen hat, sei unreflektiert in sein Denken eingegangen. Auch Gadamer sieht in der Distanz den Schlüssel zum höheren Verstehen. Die Zeit sei kein zu überbrückender Abgrund sondern der tragende Grund des Geschehens, in dem das Gegenwärtige wurzele. Der Zeitabstand müsse deshalb nicht überwunden werden. Es komme viel mehr darauf an, den Abstand der Zeit als eine positive Möglichkeit des Verstehens zu erkennen.[124]

Durch die Distanz kann der Forscher nach Gadamer die geschichtliche Situation eines Autors aus seiner Warte überschauen. Der Forscher ist unbefangener, was nicht bedeuten soll, dass er souverän über der Geschichte stünde.[125] Die in den Zitaten erwähnte Distanz vom Verfasser eines Textes zum Interpreten gelten ebenso für das Verstehen von gesellschaftlichen Vorgängen. Der „Verfasser" ist in diesem Fall die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck als gesellschaftlicher Akteur.[126]

Das Bild vom geschichtlichen Horizont

Um die historische Distanz für den Erkenntnisprozess gewinnbringend zu nutzen, hat Gadamer das Bild des „Horizontes"[127] als konstitutives Element betont: „Freilich reden wir im

---

124 Vgl. Coreth, Emerich: Grundfragen der Hermeneutik, Freiburg 1969, S. 136 f. Vgl. Gadamer, Hans-Georg: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen [4]1975, S. 281.

125 Vgl. ebd., S. 275 ff.

126 Vgl. ebd., S. 180 ff. Siehe ferner: Klafki, Wolfgang: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik, Weinheim [5]1996, S. 99 ff.

127 Im philosophischen Sprachgebrauch wird der Begriff „Horizont" verwendet, um zeitliche Spannungsbogen zu beschreiben. Vgl. Gadamer [4]1975, S. 286 ff.

Bereich des historischen Verstehens auch gern von Horizonten, insbesondere, wenn wir den Anspruch des historischen Bewusstseins meinen, jede Vergangenheit in ihrem eigenen Sein zu sehen, nicht von unseren zeitgenössischen Maßstäben und Vorurteilen aus, sondern in ihrem eigenen geschichtlichen Horizont. Die Aufgabe des historischen Verstehens schließt die Forderung ein, jeweils den historischen Horizont zu gewinnen, damit sich das, was man verstehen will, in seinen wahren Maßen darstellt.“[128]

Für Gadamer umschreibt der Begriff Horizont den „Gesichtskreis“, der all das umfasse was von einem Punkte aus sichtbar sei. Wer Horizont habe, wisse die Bedeutung aller Dinge innerhalb dieses Horizontes richtig einzuschätzen. Dementsprechend bedeute die Ausarbeitung der hermeneutischen Situation die Gewinnung des Fragehorizontes zu einer Problemstellung.[129]

Die historischen Hintergründe dürfen allerdings nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen in Bezug zur jeweils gegenwärtigen Situation des Interpreten gesetzt werden. Bei Beachtung dieser Wechselbeziehung können hermeneutische Methoden für Programmanalysen, wie sie in dieser Arbeit durchgeführt werden, erkenntnisgewinnend wirken.[130] Die vergangene und die gegenwärtige Situation des Interpreten stehen somit in einem Bezugsbogen. Nach Gadamer bezieht historisches Bewusstsein die eigene Gegenwart stets mit ein. Verstehen sei immer eine Verschmelzung von Gegenwarts- und Vergangenheitshorizonten, die nie für sich isoliert stehen könnten.[131] Die Herausforderung bestehe in der Entfaltung dieses Spannungsbogens. Jede Begegnung mit der Überlieferung erfahre an sich das Spannungsverhältnis zwischen Text und Gegenwart. Die hermeneutische Aufgabe bestehe darin, diese Spannung nicht in naiver Angleichung zuzudecken, sondern bewusst zu entfalten. Der Entwurf des historischen Horizontes sei somit nur ein „Phasenmoment“ im Vollzug des Verstehens.[132]

---

128 Ders., S. 286. Gadamer gebraucht den Begriff „Vorurteil“ nicht im umgangssprachlichen Sinne. Vgl. ders., S. 254 f.

129 Vgl. ebd., S. 286.

130 Vgl. Nolda 1998, S. 220 ff.

131 Vgl. Gadamer ^{4}1975, S. 289.

132 Vgl. ebd., S. 290. Zur Vertiefung siehe: Mannheim, Karl: Historismus (^{2}1970a), in: ders: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff, Neuwied/Berlin ^{2}1970, S. 276 ff.

Der Verstehensprozess als wirkungsgeschichtlicher Vorgang

Bei Gadamer sind die „Applikation", die Anwendung des Hermeneutischen und das „wirkungsgeschichtliche Bewusstsein" das zentrale Moment.[133] Dabei handelt es sich nicht um eine nachträgliche Anwendung wie das Anwenden eines Rezeptes, sondern um die Überbrückung des Zeitabstandes, der den Interpreten vom Text, hier die Bildungsarbeit der EKKW, trennt:[134] Gadamer fasst zusammen: „Verstehen ist seinem Wesen nach ein wirkungsgeschichtlicher Vorgang."[135]

Bezogen auf das Thema dieser Arbeit ist mit Wirkungsgeschichte bei Gadamer Folgendes gemeint: Wenn die im Zeitalter der Globalisierung geleistete politische Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck untersucht wird, ist ein Blick in die Geschichte dieser Landeskirche notwendig. Das auf Luther zurückgehende Bildungsverständnis der Landeskirche kann aus der Perspektive der Gegenwart nicht unbefangen untersucht werden, weil auch der Forscher durch die Kultur, in der er lebt, mit dem Gedankengut Luthers „vorgeprägt" ist. Diese Vorprägung kann bewusst oder unbewusst geschehen.[136] Durch diese Bildungsgeschichte ist nach Gadamers Ansatz auch das Leben und Denken in der Gegenwart des 21. Jahrhunderts bestimmt.

Gadamer definiert Wirkungsgeschichte als das lebendige Fortwirken von geschichtlichen Fakten in unsere Gegenwart hinein und das Bewusstsein von diesem Fortwirken.[137] Habermas umschreibt dieses „Fortwirken" mit Erfahrung: „Hermeneutik ist eine Form der Erfahrung und der grammatischen Analyse zugleich."[138]

Gadamers Theorie ist somit ein Modell für das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart. Für Gadamer steht das Sichhineinversetzen in die Perspektive des Autors im Zentrum.[139] Die Leistung des Interpreten besteht im „Herstellen der konkreten Situation, aus der heraus eine Aussage verstanden werden muss (...)".[140]

---

133 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 283 ff.
134 Vgl. ders., S. 323.
135 Ders., S. 283.
136 Vgl. Danner [5]2006, S. 83.
137 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 284 ff.
138 Habermas 1973, S. 205.
139 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 276 ff.
140 Danner [5]2006, S. 90.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Durch Gadamers Ansatz erhält die Geschichte eine wesentliche Schlüsselrolle beim Verstehensprozess. Geschichte wird in die Hermeneutik eingebracht.[141] Die Leitfrage lautet: „Was muss der Interpret aus seiner heutigen Situation heraus unter dem Gesagten verstehen?“[142] Nach Gadamer kann man die Bildungsaktivität der Landeskirche verstehen, wenn danach gefragt wird, was die Landeskirche aus ihrer heutigen Situation bei Berücksichtigung der historischen Hintergründe unter (politischer) Bildungsarbeit einer Kirche versteht.

Objektive Hermeneutik nach Ulrich Oevermann

In den 70er Jahren setzte mit dem Bedeutungsgewinn empirisch-analytischer Methoden eine Kritik an der Hermeneutik ein. In diesem Kontext entwickelte Oevermann mit der „objektiven Hermeneutik“ einen Ansatz, mit dem die Hermeneutik im Rahmen der Sozialwissenschaft weiterentwickelt werden sollte.[143] Die objektive Hermeneutik ist eine Methode der qualitativen Sozialforschung.[144] Oevermann sieht den Menschen in seiner Existenz primär als soziales Wesen und erst sekundär als Individuum, weshalb bei ihm Sozialität der Subjektivität vorausgeht.[145] Nach Oevermann ist menschliches Verhalten durch Sozialität bestimmt. Sozialität sei durch historisch-soziale Regeln strukturiert. Über die Sozialisation eigne man sich die Regeln unserer historisch-sozial gewordenen Umwelt an.[146]

---

141 Vgl. ebd., S. 95.

142 Ders., S. 95.

143 Vgl. Danner [5]2006, S. 125.

144 Vgl. Oevermann, Ulrich u. a.: Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“, in: Zedler, Peter (Hrsg.): Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zur Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983. Vgl. Bohnsack, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, Opladen [4]2000, S. 93 ff. Siehe ferner: Oevermann, Ulrich: Programmatische Überlegungen zu einer Theorie der Bildungsprozesse und Strategie der Sozialisationsforschung, in: Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Sozialisation und Lebenslauf. Empirie und Methodik sozialwissenschaftlicher Persönlichkeitsforschung, Reinbeck 1976, S. 34 ff.

145 Vgl. Oevermann 1976, S. 35 ff. Vgl. ders.: Kontroversen über sinnverstehende Soziologie. Einige wiederkehrende Probleme und Missverständnisse in der Rezeption der „objektiven Hermeneutik“, in: Aufenanger, Stefan/Lenssen, Margret (Hrsg.): Handlung und Sinnstruktur. Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik, München 1986, S. 56 ff. Vgl. Bollnow, Otto Friedrich: Zur Frage der Objektivität der Geisteswissenschaften, in: Oppolzer, Siegfried (Hrsg.): Denkformen und Forschungsmethoden der Erziehungswissenschaft. Band 1, München 1966, S. 53 ff.

146 Vgl. Oevermann 1986, S. 32 f. Vgl. Danner [5]2006, S. 126.

Textförmigkeit sozialer Wirklichkeit

Die Maxime der objektiven Hermeneutik ist die „Textförmigkeit sozialer Wirklichkeit“.[147] Damit ist gemeint, „dass alle (soziale) Wirklichkeit wie ein sprachlicher Text interpretiert werden kann, ohne Sprache im engeren Sinne zu sein. Alle Handlungen, alle Objektivationen des Menschen können als Sinngebilde verstanden werden und in diesem Sinne als ‚Texte', so auch beispielsweise Bilder oder Musik.“[148]

Das Tagungsverzeichnis einer Akademie oder eine Akademietagung kann nach dieser Definition ebenso einen „Text“ im Sinne dieser Sinngebilde darstellen.

Oevermann drückt dies wie folgt aus: „Die methodisch kontrollierte Rekonstruktion von erfahrbarer Wirklichkeit findet also ihre prinzipielle Grenze an der Differenz von Protokoll und protokollierter Wirklichkeit. Ein direkter Zugang zur protokollierten Wirklichkeit selbst ist methodologisch prinzipiell nicht möglich, vielmehr dem Hier und Jetzt der Lebenspraxis vorbehalten.“[149] An anderer Stelle betont Oevermann, dass Protokolle leicht als Datenblätter angesehen werden würden. Sie seien aber mehr, da sie die Textförmigkeit sozialer Wirklichkeit repräsentieren würden.[150]

Protokolle konkreter sozialer Abläufe

Im Fokus objektiver Hermeneutik stehen „Protokolle konkreter sozialer Abläufe“, ohne die soziale Wirklichkeit nicht greifbar wird: „Soziale Wirklichkeit außerhalb von Protokollen ist methodologisch nicht greifbar.“[151] Die Protokolle repräsentieren bei Oevermann einen „Text“, der Träger von Sinnstrukturen ist.[152] Semantisch erhält der Begriff „Protokoll“ bei Oevermann ebenso wie „Text“ eine andere Bedeutung als im üblichen Sprachgebrauch. Bilder, Fotos, Plakate, Handzettel, Tagungsprogramme, Schul- oder Kirchengebäude, Mu-

147 Vgl. Oevermann 1986, S. 45 ff. Vgl. Wernet, Andreas: Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, Opladen 2000, S. 11 ff.

148 Danner ^{5}2006, S. 126

149 Oevermann, Ulrich: Die objektive Hermeneutik als unverzichtbare methodologische Grundlage für die Analyse von Subjektivität, in: Jung, Thomas/Müller-Dohm, Stefan (Hrsg.): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozess. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt 1993, S. 132.

150 Vgl. ders., 1986, S. 47.

151 Ders., S. 47.

152 Vgl. ders., S. 45. Vgl. Wernet 2000, S. 12 f. Vgl. Nolda 1998, S. 189 ff.

sik und vom Menschen verursachte Landschaftsveränderungen können als „Protokolle“ im Sinne objektiver Hermeneutik gelten.[153] Ein Charakteristikum der objektiven Hermeneutik besteht darin, dass sie bei kleinen, exemplarischen „Protokollausschnitten“ ansetzt.[154]
Deutlicher als bei Gadamer soll der Interpret eine Distanz zum Forschungsobjekt gewinnen und sich nicht hineinversetzen oder nachempfinden.[155] Das Vorwissen über die eigene Kultur sei „ein Schleier, der sich vor die Erkenntnis der tieferen Strukturierungsgesetzlichkeiten und Regeln legt (...) Der objektive Hermeneut sucht dieses trügerische Vorwissen zur Überwindung einer historischen Distanz zum ‚fremden' Gegenstand seines ‚Sinnverstehens' gerade nicht, wie es ihm die geisteswissenschaftliche Hermeneutik empfiehlt, auf, sondern er trachtet es zu vermeiden, indem er explizit sich auf die Ebene jener Regeln begibt, die er mit seinem Gegenstand teilt.“[156]
In der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik stehen hingegen das Individuum und das Hineinversetzen in die historische Situation im Vordergrund. Die gesellschaftlichen Hintergründe werden zum Verstehen herangezogen.[157]
Der politikwissenschaftlichen Maxime dieser Arbeit kommt der gesellschaftswissenschaftlich betonte Ansatz von Oevermann entgegen. Da dieser Ansatz für sich genommen der historischen Komponente des Untersuchungsgegenstandes nicht gerecht wird, erscheint die Berücksichtigung von Gadamers Theorie in Verbindung mit Oevermann erkenntnisgewinnend. Neben Gadamer und Oevermann sollte abschließend noch Wilhelm Flitner genannt werden. Nach Einschätzung von Danner starb mit Flitner 1989 der letzte große Vertreter der Hermeneutik und der geisteswissenschaftlichen Pädagogik.[158]

153 Vgl. Danner [5]2006, S. 127.
154 Vgl. Oevermann 1986, S. 67.
155 Vgl. Danner [5]2006, S. 128 ff.
156 Oevermann 1986, S. 34 f.
157 Vgl. ders. 1976, S. 48 ff. Vgl. Danner [5]2006, S. 128 ff.
158 Vgl. Flitner, Wilhelm: Allgemeine Pädagogik, Stuttgart [14]1974. Vgl. Danner [5]2006, S. 9; S. 29.

3.1.2 Biografische Beispiele zu Repräsentanten politischer Bildung

Die Distanz des Forschers zum Untersuchungsgegenstand kann nicht oder nur schwer hergestellt werden, wenn der Forscher selbst im Horizont der Untersuchung steht. Dies kann bei Fragen der politischen Bildung, wo es in der Regel um aktuelle Gegenwartsfragen geht, der Fall sein. Der Forscher kann sich dann nicht einfach „ausblenden", da er Teil des politischen Systems ist, das er untersucht.

Deshalb steht nach den methodisch-theoretischen Ausführungen in den nachstehenden Ausführungen der Mensch im Mittelpunkt. Es soll gezeigt werden, wie sehr sich eigene biografische Erfahrungen auf die politische Bildungsarbeit auswirken können. Autobiografische Zugänge sind bewährte Methoden in der politischen Erwachsenenbildung, die eine Brücke zum Horizont des Themenfeldes sein können und den Lebensweltbezug des Autors zum Gegenstand verdeutlichen helfen.[159] Auf diese Hilfe wird hier zurückgegriffen.

Vorangestellt werden einige Überlegungen zur Quellengrundlage und zur Notwendigkeit dieses biografischen Exkurses, der zur hermeneutischen Bezugslinie dieser Arbeit zählt.[160]

Schwierigkeiten und Gefahren

Gegenüber autobiografischen Ansätzen in der politischen Bildungsarbeit gibt es Einwände und Bedenken. Der bedeutendste Einwand ist die fehlende Objektivität des Schreibers.

Diesen Kritikpunkt hat Reiner Steinweg bei einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Hofgeismar 1986 zum Thema „Vertrauen in staatliche Institutionen" aufgegriffen: „Seit einem halben Jahr habe ich fast täglich an diesen Vortrag (...) gedacht. Was heißt das, wenn ein Wissenschaftler, von dem man Objektivität, Distanz zu seinem Gegenstand erwartet, plötzlich über sich selber redet? Sie sind nicht vorbereitet auf diese Situation. Jemand redet von sich selber: Das kann peinlich werden. Ich habe Angst, dass es Ihnen peinlich sein könnte. Natürlich möchte ich Ihnen einerseits gern als solider, ordentlicher, ‚ob-

159 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 4.

160 Siehe zur Vertiefung: Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen (^{2}1970 b), in: Mannheim ^{2}1970, S. 509 ff. Vgl. Schleiermacher, Friedrich: Die Vorlesungen aus dem Jahr 1826, in: Schleiermacher, Friedrich: Pädagogische Schriften. Band 1, herausgegeben von Erich Weniger, Düsseldorf/

jektiver' Wissenschaftler erscheinen, wie es der Rollenerwartung an Wissenschaftler entspricht (...) Aber andererseits wäre es paradox, über Subjektivität zu reden, ohne (zumindest auch) von sich selbst zu sprechen, wenn es um eine Frage geht, von der ganz offensichtlich jeder, auch der vortragende Wissenschaftler, ganz unmittelbar und persönlich betroffen ist. (...) Mindestens drei ‚Fallen' sind am Wege der Selbstanalyse aufgestellt: Der Vortragende ist (...) in Gefahr, seine eigene Wahrnehmung der Situation zu überschätzen und zu verallgemeinern (...) Er ist vor allem in Gefahr, seine eigene Wirklichkeit zu glätten, Unangenehmes im Interesse einer positiven Selbstdarstellung auszublenden (...) Oder umgekehrt: mit den eher schrecklichen Elementen der eigenen Wirklichkeit zu kokettieren (...)"[161]

Das Interviewbuch

2004 veröffentlichten Klaus-Peter Hufer, Kerstin Pohl und Imke Scheurich ein Interviewbuch, in dem namhafte politische Bildner wie Klaus Alheim, Peter Faulstich Erhard Meueler und Klaus-Peter Hufer ihren beruflichen Werdegang sowie ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte darlegen. Die meisten der Befragten hatten ihren beruflichen Einstieg in den 70er Jahren, einer Zeit, in der die politische Bildung Konjunktur hatte. Da zwischen dem Berufseinstieg und den Interviews oft mehr als 30 Jahre liegen, zeigt sich an diesen Beispielen der angesprochene Spannungsbogen von Vergangenheit und Gegenwart.[162]

Berufliche Orientierungen und Umorientierungen gehen oft auf biografische Prägungen zurück. Besonders im Bildungsbereich, ein Berufszweig, in dem sich die Lehrenden meist im hohen Maße mit ihrem Beruf identifizieren, kommt dem biografischen Aspekt eine entscheidende Rolle bei der Berufswahl zu. Erlebnisse wie das Aufwachsen in der Nachkriegszeit, die Teilhabe an der Studentenbewegung oder Erfahrungen im Zivildienst können nicht nur persönlichkeitsprägende biografische Momente, sondern mitunter der ausschlaggebende Faktor sein, um sich beruflich für die politische Erwachsenenbildung zu entscheiden.

München 1957. Als angenehmer Nebeneffekt soll die Lektüre der theoretischen Ausführungen durch die „lebendigen" Biografien aufgelockert werden.

161 Steinweg, Reiner: Der Frieden ist der Ernstfall. Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen und die persönliche Identität, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 238. Persönliche Identität und politische Krise. Sozialpsychologie des Friedens II, Hofgeismar 1987, S. 12 ff. Hervorhebungen im Original.

162 Vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004. Vgl. das Vorwort von Ingeborg Pistohl in: ebd., S. 7 f.

Schließlich ist der Weg zur politischen Erwachsenenbildung oft nicht geradlinig.[163]
Viele in diesem Berufszweig Tätige hatten ihren Berufseinstieg in der schulischen oder außerschulischen Jugendarbeit, wie Peter Faulstich über seinen eigenen Werdegang schreibt: „Zur Erwachsenenbildung bin ich, wie viele ihrer Vertreter, keineswegs geradlinig gekommen. Nachträglich und rückschauend aus heutiger Sicht erscheint mir dies schlüssig und konsequent (...) Meine ersten einschlägigen Erfahrungen stammen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. (...) Ein prägendes Erlebnis war - Anfang der 1970er Jahre - die Durchführung von Wochenlehrgängen mit Jugendlichen, die von der damals anschwellenden Jugendarbeitslosigkeit betroffen waren (...) Konfrontiert wurden wir mit Teilnehmenden aus Sozialmilieus, denen Hochschule völlig fremd war.“[164]
In diesem Zitat zeigt sich etwas, was für viele der im genannten Interviewbuch befragten Personen charakteristisch zu sein scheint: die Prägung durch die Studentenbewegung und durch Institutionen wie Gewerkschaften oder Kirchen. Die Auswahl der Befragten ist nicht repräsentativ.[165] Dennoch fällt auf, dass trotz des Anspruchs, ein möglichst breites Spektrum politischer Bildner zu berücksichtigen[166], von den 17 befragten Personen mehr als 50 % direkt der Studentenbewegung der späten 60er Jahre entstammen oder in den 70er Jahren eine entsprechende Prägung erfahren haben.[167]
Bei der Auswertung stellen die Herausgeber fest: „Fünf haben bereits früh bei den Gewerkschaften mitgearbeitet, drei betonen ihre Nähe zur SPD bzw. ihre Mitgliedschaft in dieser Partei. Die politisch-kulturellen Herkünfte sind damit tendenziell deutlich ‚links' - von radikaldemokratisch bis links-liberal - und protestantisch.“[168]
Acht Interviewte gaben an, über einen mehr oder weniger ausgeprägten kirchlichen Hintergrund zu verfügen.[169] Fünf Befragte nannten gewerkschaftliche Erfahrungen als biogra-

---

163 Nur fünf der 17 Befragten verfügen über ein politikwissenschaftliches Studium. Als wissenschaftliche Primärerfahrungen wurden u. a. Theologie, Erziehungswissenschaften, Architektur und Literaturwissenschaft genannt. Vgl.ebd., S. 341.

164 Faulstich, Peter zitiert aus: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 82.

165 Vgl. Ebd., S. 10 f.

166 Vgl. Ebd.

167 Vgl. Ebd., S. 341.

168 Ebd., S. 341.

169 Vgl. Ebd., S. 341.

fisch bestimmende Merkmale des beruflichen Werdeganges.[170]

Im kirchlichen Bildungsbereich entstammen die hauptberuflich Tätigen meist religions- und sozialpädagogischen Berufen.[171] Der Weg zur politischen Erwachsenenbildung über andere Berufe ist allerdings nicht „kirchenspezifisch", sondern für die politische Erwachsenenbildung typisch. Die Bedeutung der biografischen Herkunft für den beruflichen Werdegang und für die Ausübung der Bildungsarbeit soll mit Hilfe der nachstehenden Beispiele nachvollziehbar werden.

Klaus Alheim

Alheim war von 1972 bis 1981 Studentenpfarrer. 1972 promovierte er. 1976 erwarb er das Diplom in Erziehungswissenschaft. 1981 erfolgte die Habilitation in Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung in Frankfurt/Main.

Durch die Tätigkeit als Studentenpfarrer war er bereits in der politischen Bildungsarbeit aktiv, wie er selbst einschätzt: „Wirkliche politische Bildungsarbeit, das wird manchen heute überraschen und hat damals viele meiner Vorgesetzten irritiert, habe ich lange und intensiv als Studentenpfarrer in Frankfurt am Main von 1972 bis 1981 betrieben. Versehen, das war nur damals denkbar und möglich, mit einem besonderen Dienstauftrag für die gesellschafts- und erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche, habe ich politisch unendlich viel gelernt und gelehrt, wobei die Rollen des Lehrenden und Lernenden oft gar nicht auseinander zu halten waren - Kurse, Arbeitsgruppen, Diskussionszirkel, die (...) nicht nur von ‚evangelischen' Studenten, sondern von Studierenden aus vielen Nationen und Fachrichtungen besucht wurden (...) Als Professor für Erwachsenenbildung und Außerschulische Jugendbildung in Marburg dann bin ich dem Thema der politischen Bildung treu geblieben (...) Orientiert an dem (...) ‚Erfahrungsansatz' Oskar Negts habe ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus der ÖTV, in der ich inzwischen organisiert war, Seminare zu einer (...) ‚arbeitsplatzbezogenen Erwachsenenbildung' für kirchliche Mitarbeiter ange-

170 Vgl. Ebd., S. 341. Bei den Ausführungen zu einem möglichen „Blickwechsel ´68" soll das Besondere dieser biografischen Prägungen deutlich werden.

171 Vgl. Beer, Wolfgang: Vielfältige berufliche Sozialisationsprofile. Aus- und Fortbildung der Multiplikatoren für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Bonn 2004, S. 283 f. Vgl. Kirchenamt der EKD 1997, S. 30.

boten, ebenso Gewerkschaftsseminare zu dem damals besonders aktuellen Thema der neuen Informations- und Kommunikationstechniken in Betrieben und Verwaltungen.“[172]
In diesem Werdegang wird gezeigt, wie der berufliche Schwerpunkt „politische Bildung“ in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern verwirklicht werden kann. Interessant erscheint die Verbindung von politischer Bildung und kirchlichem Bezug, der sich wie eine Konstante durch den beruflichen Lebenslauf von Alheim zu ziehen scheint. Als „Streitgefährten“ nennt Alheim Daniel Cohn-Bendit und Rudi Dutschke.[173] Die politischen Erfahrungen aus den 60er und 70er Jahren werden vermutlich auch Alheims spätere Lehrtätigkeit beeinflusst haben.[174]

Wolfgang Beer

Wolfgang Beer studierte Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung sowie politische Wissenschaft und Soziologie. Nach Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Freien Universität Berlin (1981 - 1986), verschiedenen Lehraufträgen, hauptberuflicher pädagogischer Tätigkeit bei der „Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen - Landesorganisation“ (1986 - 1991) begleitet er ab 1991 für einige Jahre das Amt des Geschäftsführers der Evangelischen Akademien in Deutschland (EAD).[175] Gegenwärtig ist er innerhalb der EAD der Geschäftsführer für den Bereich „politische Bildung“.[176] Sein beruflicher Werdegang ist zwar bezüglich der Tätigkeit in der Erwachsenenbildung geradlinig, allerdings kann er als Quereinsteiger bei kirchlichen Einrichtungen angesehen werden.[177]
Zu seinem Wechsel zur EAD schreibt er rückblickend: „Grundsätzlich war es die seltene Kombination aus bildungspolitischer Aufgabe, inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten und konkreter Managementtätigkeit in einem christlich-wertorientierten Kontext, die den Ausschlag gab für den Wechsel (...)“[178]

---

172 Alheim, Klaus, zitiert aus: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 20 ff.
173 Vgl. den Interviewbeitrag von Alheim in: ebd., S. 21.
174 Vgl. Zu diesem Punkt siehe ferner: Gadamer [4]1975, S. 231 f. Vgl. Bollnow 1966, S. 53 ff.
175 Vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 36 f.
176 Vgl. www.ead.dike.de/akteure/geschaeftsstelle.
177 Vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 36 f.
178 Vgl. ebd., S. 40.

Durch die berufliche Herkunft aus dem nichtkirchlichen Bereich und aufgrund der Identifikation mit politischer Bildung entspricht er dem zu Beginn des Kapitels beschriebenen Profils eines kirchlichen Mitarbeiters in der Erwachsenenbildung.

Bei Beer entwickelte sich, beeinflusst von der Studentenbewegung der Jahre 1968/69 und durch ein mehrmonatiges Praktikum bei der örtlichen Volkshochschule, das klare Berufsziel, in der politischen Bildung zu arbeiten.[179] Da er am schulischen Lehrerberuf nicht interessiert war, entschied er sich für die außerschulische politische Bildung: „Also war der Weg in die außerschulische politische Bildung vorgegeben. Er schien damals auch sehr attraktiv: Zum einen wurde im Strukturplan für das deutsche Bildungswesen für die Erwachsenenbildung eine glänzende berufliche Zukunft vorausgesagt mit 55000 neuen Stellen innerhalb von zehn Jahren. Zum anderen war die politische Bildung dem Zeitgeist entsprechend so etwas wie die ‚Königsdisziplin' dieser prognostizierten Entwicklung.“[180]

Beer beschreibt eindrucksvoll, wie frühe Erfahrungen sich nachhaltig auf seine weitere berufliche Arbeit auswirkten: „Und so fiel ich im Sommer 1975 während einer Rechercheriese aus der Freien Universität mitten auf den besetzten Bauplatz für das Atomkraftwerk Wyhl am Kaiserstuhl. Die beobachtende Erfahrung dieser breiten Volksbewegung, die die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen damals waren, hat mein Verständnis von und meine Zielsetzung in der politischen Bildung nachhaltig geprägt (...) Motiviert von diesen Impulsen nahm ich nach Abschluss des Studiums das Angebot an, in einem Aktionsforschungsprojekt des Internationalen Versöhnungsbundes spendenfinanziert als Basisarbeiter in der Ökologiebewegung zu wirken. Neben der Mitwirkung bei der Rettung des ‚Spandauer Forstes‘ vor einem Großkraftwerk waren die Gründung des ‚Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Berlin‘ und die Begründung und Entwicklung der vom ‚Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz‘ herausgegebenen Zeitschrift ‚umweltmagazin' Schwerpunkte der nächsten zwei Jahre. Diese bewusst mit dem Ziel wissenschaftlicher Reflexion verbundenen und von Lehraufträgen an der Freien Universität begleiteten Tätigkeiten mündeten in ein Dissertationsvorhaben zur ökologischen Erwachsenenbildung (...)“[181]

---

179 Vgl. ebd., S. 38.

180 Beer, Wolfgang, zitiert aus: ebd., S. 38 f.

181 Ebd. S. 39.

Bei diesen Ausführungen wird nachvollziehbar, dass die Arbeit in der politischen Bildung nicht neutral, sondern stets interessengebunden ist. Anstelle von interessengebunden könnte auch „biografisch geprägt“ verwendet werden. Beer hat bei seinen späteren beruflichen Tätigkeiten im hermeneutischen Sinne stets sein Vorverständnis von politischer Bildung in die Arbeit eingebracht. Dieses Vorverständnis[182] entwickelte sich nach Gadamers Theorie aus dem Zusammenspiel von Vorprägung (Erfahrung breiter Volksbewegung) und der Wirkungsgeschichte (gesellschaftliche Entwicklung der Folgejahre und persönliche Konsequenzen für die Berufswahl).[183] Die geschichtlichen Fakten wirkten bei Beer durch die Folgen für den beruflichen Werdegang in die Gegenwart hinein. So entwickelte sich sein Vorverständnis von politischer Bildung.

Erhard Meueler

Erhard Meueler studierte zunächst Germanistik, evangelische Theologie, Erziehungswissenschaften und Philosophie für das Lehramt (1960 - 1966). Es folgte ein Studium der Theologie mit Promotionsabschluss (1969 - 1972) sowie ein erziehungswissenschaftliches Ergänzungsstudium (1970 - 1972). Beruflich war er als pädagogischer Assistent für Religionspädagogik und als Kirchenrat/Oberkirchenrat für Erwachsenenbildung in der „Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“ (EKHN) tätig. Zwischen 1981 und 2003 war er Professor für Erwachsenenbildung am Pädagogischen Institut des Fachbereichs Philosophie/Pädagogik der Johannes Gutenberg Universität Mainz.

An seiner Biografie lässt sich die Entwicklung Sozialisation - Berufswahl - berufliche Umorientierung anschaulich verfolgen: „1938 geboren, erlebe ich als Kind intensiv die späten Kriegsjahre und die entbehrungsreiche Nachkriegszeit. In der Kleinstadt Waldbröl bietet der CVJM Raum für soziale und emotionale Erfahrungen mit Gruppen (...) und deren Betreuung als Helfer (...) Ich verwinde die kränkende Niederlage, als einziger meines Jahrgangs beim Abitur durchgefallen zu sein und gewinne zunehmend Sicherheit im Umgang mit Gruppen fremder Erwachsener (...) Nach dem zweiten Staatsexamen führe ich als Pä-

182 Der Begriff „Vorverständnis“ könnte auch durch „Vormeinung“ ersetzt werden. Vorverständnis bezeichnet im hermeneutischen Sinn die Fragestellung, von der aus eine wissenschaftliche Arbeit ausgeht. Die erste Meinung, die Fragestellung muss im Lauf der Arbeit überprüft und ggf. korrigiert werden. Vgl. Gadamer [4]1975, S. 252 ff.

dagogischer Assistent an der PH Göttingen im Sommersemester 1969 ein Seminar zur Geschichte christlicher Barmherzigkeit und zur kirchlichen Entwicklungshilfe durch (...) Die anfänglich eher moralischen Motive, dem ‚fremden Nächsten' als dem hungernden, elenden, kranken und arbeitslosen Bruder helfen zu wollen, sind in eine immer stärkere Politisierung übergegangen (...) Die durch die entwicklungspolitischen Arbeiten bewirkte Politisierung hält an und bestimmt meine nachfolgenden beruflichen Aufgaben (...) So engagiere ich mich z. B. seit vielen Jahren für die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma."[184]

Besonders der letzte Absatz verdeutlicht, wie sehr sich persönliche Erfahrungen auf die politische Bildungsarbeit auswirken können.[185] Die bei Meueler beschriebene Politisierung wirkte sich nach dessen Angaben nicht nur auf seine Arbeit aus, sondern prägte sogar die beruflichen Aufgaben. Ohne diese Vorerfahrungen[186] hätte er bei seiner beruflichen Arbeit mitunter andere Akzente gesetzt. Es wird bei seinen Ausführungen deutlich, dass seine politische Bildungsarbeit aufgrund seiner Biografie nicht neutral sein kann. Seine von ihm formulierten moralischen Motive der christlichen Nächstenliebe beinhalten eine politische Positionierung, die er als Politisierung wahrnimmt.

Abschließend kann zusammenfassend festgehalten werden, dass ohne das Einbringen und Hineinwirken von Erfahrungen eine politische Bildung, die über einen normativen Ansatz hinausgeht, nicht möglich erscheint. Politische Bildung wird von konkreten Menschen für konkrete Menschen geleistet. Die Inhalte haben oft konkreten Lebensbezug zu den Lehrenden und den Lernenden.

Auf die Frage nach „guter" politischer Bildung antwortete Alheim: „Gute politische Erwachsenenbildung? Sie ist natürlich teilnehmerorientiert (mit allen dazugehörigen Facetten), sie ist wissens- und konfliktorientiert und kritikgeleitet, sie ist vor allem Bildung, und sie ist nicht zuletzt politisch, was denn sonst?"[187]

Noch knapper formuliert dies ein Referent bei einer Tagung der Evangelischen Akademie

---

183 Vgl. ebd.

184 Meueler, in: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 179 f.

185 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 231 f. Vgl. Bollnow 1966, S. 53 ff.

186 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 254 f.

187 Alheim, zitiert aus: Hufer/Polhl/Scheurich 2004, S. 35.

Hofgeismar: „Politische und persönliche ‚Biografie' lassen sich nicht voneinander scheiden.“[188]

3.2 Zwei Zugänge zum Forschungsgegenstand

Zunächst sei an Gadamer erinnert, nach dem ein Gegenwartsbezug ohne einen Vergangenheitsbezug nicht denkbar ist und beide ineinander verschmelzen.[189] Ein Ineinander von systematischer und historischer Betrachtung ist Bestandteil geisteswissenschaftlicher Pädagogik, wie sie Wilhelm Flitner (1889 - 1989) vertrat.[190] Nach Flitner muss die jeweilige gegenwärtige Praxis in ihrer historischen Dimension verstanden werden.[191] Der jeweiligen Praxis liegt nach Flitner eine Theorie zugrunde und die Theorie ist wiederum auf Praxis bezogen. Die Praxis ist kein Absolutes, sondern stellt nach Flitner ein historisch Vorgefundenes dar.[192]

Es soll durch den Verweis auf Flitner deutlich werden, dass die historische Herangehensweise ein notweniger Zugang ist, weil mit Hilfe der Darlegung der historischen Entwicklung aufgezeigt werden kann, ob die kirchliche Bildungsarbeit als Anbieter auf dem Bildungsmarkt ein neues Phänomen im Kontext neoliberal geprägter Globalisierung ist und sich das Selbstverständnis der Kirche in Richtung zivilgesellschaftlicher Akteur ändert, oder ob die von der EKKW geleistete politische Bildungsarbeit im Kontext einer historisch kontinuierlichen Entwicklung steht.

Für diese Arbeit bedeutet dies die Symbiose der Leitfragen:

- Aus welcher Motivation heraus wollte der Protestantismus politisch-gesellschaftlich wirken und Bildungsarbeit leisten?
- Wie verändert sich das politisch-gesellschaftliche Wirken und somit die Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck infolge der Globalisierung?

---

188 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 25.

189 Vgl. Gadamer [4]1975, S. 289.

190 Vgl. die entsprechenden Methodenkapitel in dieser Arbeit. Vgl. Danner [5]2006, S. 29. Vgl. Flitner [14]1974, S. 22.

191 Vgl. ebd., S. 19. Vgl. Danner [5]2006, S. 105.

192 Vgl. Flitner [14]1974, S. 19 ff.

3.2.1 Kirchen als traditionelle gesellschaftliche Akteure

Die christlichen Kirchen begründen ihren Missionsbefehl mit der Bibelstelle „Gehet hin in alle Welt“ aus dem Matthäus- und dem Markusevangelium (Mt 28, 18 ff / Mk 16, 15 f.). Dieser Missionsbefehl hat nach dem Soziologen Hartmann Tyrell universalistische Züge mit gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Er disponiere das Christentum zur Universalreligion.[193]

Die protestantischen Kirchen verstehen sich traditionell mit dem Hinweis auf die Reformation von ihrem Selbstverständnis her als Akteure im politisch-gesellschaftlichen Handlungsrahmen „Staat“.[194] Sie haben die Rolle eines zivilgesellschaftlichen Akteurs derart verinnerlicht, dass sie bei Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen häufig nur am Rande einen kirchlichen Bezug oder einen theologischen Begründungszusammenhang herstellen. So heißt es in der EKD-Stellungnahme „Perspektiven für Jugendliche mit schlechteren Startchancen“ lediglich: „Denn es sollen nicht die Kinder den Eltern Schätze sammeln, sondern die Eltern den Kindern, schrieb der Apostel Paulus (...) Das von Paulus zitierte Sprichwort verweist damals wie heute auf das Verpflichtungsgefälle zwischen den Generationen, das in der christlichen Gemeinde ebenso besteht wie in anderen Bereichen der Gesellschaft.“[195]

Am Beispiel der kirchlichen Stellungnahmen lässt sich die traditionelle Rolle der Kirchen als gesellschaftlicher Akteur verdeutlichen: Die Stellungnahmen werden von politischer Seite her wahrgenommen. Politische Parteien untersuchen, welche kirchlichen Positionen sich mit den eigenen Zielsetzungen decken. Kirchenmitglieder gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien an. Nicht zuletzt sprechen Politiker und Staatsoberhäupter bei Synoden Grußworte, so der Bundespräsident Horst Köhler bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 2006. Die Kirchen seien oft „die einzige Stimme derer, die keine Stimme und keine Lobby haben.“[196] Kirchliche Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen wie Ladenöffnungszeiten, Familienpolitik, Bleibe-

193 Vgl. Tyrell 2003, S. 29 f.

194 Vgl. Schweitzer, Friedrich (Hrsg.): Der Bildungsauftrag des Protestantismus, Gütersloh 2002, S. 7 ff.

195 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland 2003, S. 2.

196 Zitiert aus: SZ vom 06.11.2006, S. 7.

rechtsregelungen für Flüchtlinge und Schwangerschaftsabbrüchen werden in Printmedien, Rundfunk und Fernsehen wahrgenommen.[197] Selbst in der Jugendarbeit gibt es gemeinsame Veranstaltungen von Kirche und Politik. So lud der „Landesverband der Evangelischen Jugend in Hessen“ zu einer Veranstaltungsreihe im Juni 2006 unter den Titel „Wir backen keine kleinen Brötchen - Wir backen Brot. Jugendliche und Politiker/innen Hand in Hand“ ein. Die Leitfrage lautete: „Welche Gemeinsamkeiten haben Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit und PolitikerInnen?“[198]

Das gesellschaftspolitische Selbstverständnis musste infolge gesellschaftlicher und politischer Veränderungen wie der Säkularisation und der Gründung der BRD oft neu bestimmt werden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht der Protestantismus vor der Herausforderung, das Selbstverständnis vor dem Hintergrund der Globalisierung neu zu bestimmen. Zahlreiche Stellungnahmen und Schriften entstanden auf protestantischer wie katholischer Seite. Die namhaftesten Verfasser sind Joseph Ratzinger und Habermas, deren Thesen in einem Band der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurden.[199]

Eine ähnliche grundlegende Positionsbestimmung war im 19. Jahrhundert infolge der Reichsgründung von 1871 notwendig, als das Verhältnis der Kirche zum Staat neu bestimmt werden musste. Schließlich war der Nationalstaat in Deutschland ein neues Konstrukt.[200] Zu einer solchen Positionsbestimmung gehört auch die Klärung der Frage, in welchen gesellschaftlichen Handlungsfeldern die Kirche Schwerpunkte setzt.

In den Blickpunkt der Öffentlichkeit wurden die beiden christlichen Kirchen im April 2006 gerückt, als die Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) ein „Bündnis für Erzie-

---

197 Vgl. SZ vom 06.11.2006, S. 7. Die beschriebenen Zusammenhänge von Kirche und Politik gelten für die evangelischen Kirchen und für die Katholische Kirche. In Italien riefen katholische Organisationen zu einer Großdemonstration gegen die Familienpolitik der Links-Regierung auf. Die Kirchen werden in der Berichterstattung bei solchen Meldungen oft als internationale Organisationen wahrgenommen. Die SZ titelte: „Der Griff der Kirche nach der Politik“, SZ vom 12./13.05.2007, S. 8.

198 Veranstaltungstermine: 03.06.2006, Landesjugendfest der Evangelischen Jugend Kurhessen-Waldeck in Gelnhausen; 16.06.2006, Jugendkirchentag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Bad Nauheim; 17.06.2006 Jugendkirchentag der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Friedberger Burg. Informationen gab es im Vorfeld auf der Homepage www.lvejh.de sowie durch ein Informationsblatt, Kontaktadresse: Landesverband der Evangelischen Jugend in Hessen, Erbacher Straße 17, 64287 Darmstadt.

199 Vgl. Habermas, Jürgen/Ratzinger, Joseph: Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion, Bonn 2005, S. 15 ff.

200 Vgl. Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918, München 1988, S. 92 ff.

hung“ initiieren wollte, zu dem die Kirchen als Partner eingeladen werden sollten. Die im vorangegangen Herbst entstandene große Koalition hatte die Familien- und Bildungspolitik als Schwerpunktthema der Legislaturperiode benannt.[201] Das geplante Bündnis ist ein Paradigma für die Zusammenarbeit der Akteure Politik und Kirche. Die Wurzeln dieser Zusammenarbeit gehen zumindest im Protestantismus bis zur Reformation zurück, als von Luther ein flächendeckender Schulbesuch der Bevölkerung als Ziel formuliert wurde, damit die Bevölkerung die Bibel lesen und verstehen könne.[202]

3.2.2 Kirchliche Bildungsaktivitäten als NGO-Tätigkeit

Im Kontext eines sich hypothetisch verändernden Selbstverständnisses der Landeskirche stellt sich die Frage, ob ein neuer Zugang zu den politischen Bildungsaktivitäten der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gewählt werden muss. Dieser neue Zugang könnte die Zuordnung der Bildungsaktivitäten der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck als NGO-Tätigkeiten sein. Für eine solche Zuordnung spricht, dass

- klassische kirchliche Handlungsfelder wie Frieden und Umwelt (Bewahrung der Schöpfung) zu den typologischen NGO-Themen zählen,[203]
- die evangelischen Landeskirchen an Meinungsbildungsprozessen teilnehmen, sie aber kein parlamentarisches Mandat haben,
- die EKKW mit der eigens eingerichteten „Ökumenischen Werkstatt“ Aufgaben wahrnimmt, die als klassische NGO-Aktivitäten angesehen werden können.

In der Ökumenischen Werkstatt agieren Kirchengemeinden über Arbeitskreise, Initiativen und Partnergemeinden in Entwicklungsländern.[204] Das Pädagogisch-Theologische Institut der EKKW bietet für Politik-, Religionslehrer und Pfarrer Materialien und Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex an. In den letzten 30 Jahren hat sich eine Entwicklungspäda-

---

201 Vgl. SZ, vom 21.04.2006, S. 1; S. 4 f.

202 Eine ausführliche Darlegung dieser Bezüge erfolgt in den entsprechenden Kapiteln dieser Arbeit.

203 Vgl. Trotha, Trutz von: Der Aufstieg des Lokalen, in: APuZ 28 - 29/2005, S. 38.

204 Vgl. Oerder, Karl: Kirche als Global Player. Von den Missionsorden zur Entwicklungszusammenarbeit, in: Frantz/Zimmer 2002, S. 107 f. Exemplarisch sei auf die Partnerschaft des Kirchenkreises Witzenhausen mit Meme North in Kamerun verwiesen, die auch globalisierungskritisch begründet wird. Siehe die Broschüre „Glaube der die Welt verändert“ des Partnerschaftsausschusses, zu beziehen über: Partnerschaftsausschuss, Losseweg 9c, 37235 Hessisch-Lichtenau.

gogik innerhalb der politischen Bildung mit fächerübergreifenden Bezügen zum Geografie- und Religionsunterricht herausgebildet, woran die Kirchen, auch die EKKW, maßgeblichen Einfluss haben.[205] Zudem werden die Kirchen bei Untersuchungen zu ihrem gesellschaftspolitischen Engagement als zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet.[206] Im Kontext dieser Arbeit erscheint diese Begriffszuweisung unzureichend, da der globale Aspekt vernachlässigt werden würde. Auch landeskirchliche Aktivitäten können globale Aspekte haben. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck wird von ihren Vertretern als eine Kirche bezeichnet, die in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen in der Welt lebt.[207]

Wolfgang Greive von der Arbeitsstelle Ökumene der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover erörtert die Möglichkeit einer kirchlichen Etablierung als Nichtregierungsorganisation. Für den Protestantismus stelle die Globalisierung Chance und Gefahr gleichermaßen dar, da die historische Verbundenheit des Protestantismus mit den Landesherren die vorrangige Option für das Regionale und Lokale betone. Globalisierung gehöre zum Wesen der Kirche. Andererseits setze die Globalisierung einen Ansatz voraus, der

---

205 Aus der Entwicklungspädagogik gingen die globalen Aspekte der Umweltpädagogik und die Friedenserziehung hervor. Allein zum Stichwort „Dritte Welt, politische Verhältnisse“ bietet die EMZ im aktuellen Medienkatalog 23 Medien für die Jugend- und Erwachsenenarbeit an. Unter dem Stichwort „Dritte Welt, wirtschaftliche Verhältnisse ...“ werden 57 Medien angeboten. Siehe: Evangelisches Medienzentrum Kurhessen-Waldeck, Medienzentrale (Hrsg.): Medien-Verleihkatalog 2002, Kassel 2002. Vgl. Wessely, Uli: Politische Bildung in der globalen Wissensgesellschaft, in: APuZ 7 - 8/2004, S. 34. Vgl. Seitz, Klaus: Lernen für ein globales Zeitalter. Zur Neuorientierung der politischen Bildung in der postnationalen Konstellation, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun: Politische Bildung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 49 f. Vgl. Butterwegge, Christoph: Globalisierung als Heraus-forderung und Gegenstand der politischen Bildung, in: Blömeke, Sigrid u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung, Frankfurt a.M. 2004, S. 331 ff.

206 Zivilgesellschaft kann definiert werden als „Zusammenwirken und (...) Zusammenhalt von friedlichen und freiwilligen Gemeinschaften von Bürgern (...), die um bestimmter, gemeinsamer Ziele willen tätig sind.“ Zitiert aus: Lohmann, Georg: „Zivilgesellschaft“ und bürgerschaftliches Engagement, in: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Zivilgesellschaft neu denken. Aufgabe der politischen Bildung, Berlin 2004, S. 8. Vgl. Frantz/Zimmer 2002. Vgl. Minkenberg, Michael: Zivilreligion, Bürgerreligion, Staatsreligion. Anmerkungen zur deutschen Debatte um das rechte Verhältnis von Religion und Politik, in: Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (Hrsg.): Religion und Poli-tik. Zwischen Universalismus und Partikularismus, Opladen 2000, S. 23 ff.

207 Vgl. Dettmar, Werner u. a. (Hrsg.): Kurhessen-Waldeck. Kirche der Mitte, Kassel 1990, S. 73. Vgl. Mertens, Kerstin: Alte und neue Players. Eine Begriffsbestimmung, in: Frantz/Zimmer 2002, S. 36.

sich nicht auf das Denken in nationalstaatlichen Grenzen beschränken lasse.[208] Nach Greive habe Globalisierung nicht nur wirtschaftliche, sondern in entscheidendem Maße auch kulturelle und bildungsrelevante Bezüge mit Konsequenzen für den Protestantismus:

„Die Globalisierung hat viele Gesichter. Sucht man ein solches Verständnis, das nicht nur die wirtschaftliche und politische Seite der Globalisierung wahrnimmt, sondern auch ihre kulturelle, kommunikative, in Bildung und Wissenschaft relevante Seite, dann wird man auch entdecken, dass der Protestantismus in die moderne Globalisierung mehr verwickelt ist als ihm vielleicht lieb ist (...) Die traditionellen evangelischen Kirchen sind herausgefordert, dieses Phänomen differenziert und selbstkritisch zu verstehen.“[209]

Die evangelischen Akademien scheinen sich darauf einzustellen: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts begründen sie ihre Arbeit unter anderem vor dem Hintergrund der Globalisierung: „Ein fester Bestandteil der Akademiearbeit ist nahe liegend, die Auseinandersetzung der christlichen Religionen im interreligiösen Diskurs, der im Zeitalter der Globalisierung eine immer wichtiger werdende Rolle im Miteinander spielt.“[210]

Kirchliche Arbeit lässt sich in diesem Kontext als Arbeit einer Nichtregierungsorganisation und als zivilgesellschaftliches Engagement definieren, wie der Ansatz von Greive zeigt: „Das globale System des modernen Wirtschaftens (...) schafft Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Zerstörungen, deren Ausmaß in den reichen Ländern verdrängt wird. Auf diese Realitäten reagieren vier globale Bewegungen, die protestantisch und zugleich ökumenisch mitgetragen werden: Menschenrechte, Befreiung, Feminismus und Ökologie. Sie werden von vielen transnationalen Nicht-Regierungsorganisationen verkörpert, und im Kontext dieser globalen Akteure erscheint das Engagement der Kirchen, das sich in diesen vier Bewegungen zeigt, als zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit. Die konfessionellen Weltbünde (...) unterstützen sehr stark diese weltweiten Bewegungen und sind selbst Teil der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit. Indem diese globalen Bewegungen Menschen vor Ort motivieren, involvieren, anstiften, entstehen weltweit neue Lebensräume, in denen das

---

208 Vgl. Greive, Wolfgang: Protestantische Kirche und Globalisierung. Oder: Das Problem des Protestantismus mit seiner Katholizität, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 57 ff. Zum besseren Verständnis dieser Ambivalenz sei auf den historischen Teil dieser Arbeit verwiesen.

209 Greive, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 60.

bedrohte Leben Hoffnung schöpft (...) Man kann dies als Globalisierung ‚von unten' verstehen."[211]

Im nächsten Schritt betont Greive, dass diese zivilgesellschaftliche Arbeit keine Auswirkungen auf die landeskirchliche Struktur des Protestantismus in Deutschland haben müsse: „Protestantische Kirchen in Deutschland unterstützen diese Globalisierung. Dies geschieht jedoch in der Regel durch besondere Zweige und Einrichtungen der Kirche und wird nicht für das Kirchenverständnis und die Kirchengestalt selbst verarbeitet mit entsprechenden Konsequenzen. Die Kirchen bleiben ‚Landeskirchen' in Deutschland."[212]

Im Folgenden soll eine Position vorgestellt werden, welche die Zuordnung kirchlicher Arbeit als NGO-Arbeit negiert.

Nach Volker Heins können Kirchen nicht als Nichtregierungsorganisation neueren Typs bezeichnet werden, da sie klassische Großorganisationen und somit zu sehr interessengebunden seien. NGOs würden hingegen kein geschlossenes Weltbild vertreten, und sich an alle Bürger, unabhängig von sozialer Lage und Geschlecht wenden.[213] Heins übersieht dabei, dass Organisationen wie Kirchen zwar bestimmte Welt- oder Glaubensbilder vertreten, dass sich ihre Angebote jedoch an Menschen aller Religionen richten.

Andererseits, und da ist Heins zuzustimmen, ist eine entsprechende Zuordnung problematisch, da Kirchen als „Global Player" im Wirtschaftsbereich agieren. Ein Beispiel dafür ist die Beteiligung an der „Fair-Trade-Organisation", die sich zum Ziel gesetzt hat, Veredlungsprodukte wie Kaffee und Kakao zu fairen Preisen zu vertreiben.[214] Diese ökonomischen Aktivitäten widersprechen dem allgemein gültigen Merkmal des profitlosen Elements einer NGO. Da die Zuordnung kirchlicher gesellschaftspolitischer Arbeit als NGO-Tätigkeit disputabel ist, kommt der in dieser Arbeit gewählte doppelte Ansatz mit der traditionellen historischen Perspektive und der Perspektive vor dem Hintergrund der Globalisie-

---

210 Evangelische Akademien in Deutschland e.V. (Hrsg.): Tagungen und Schwerpunkte der Akademiearbeit. 2. Halbjahr 2004 (Tagungsverzeichnis), Berlin 2004, S. 5.

211 Greive, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 61.

212 Ders., S. 61.

213 Vgl. Heins, Volker: Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen, Opladen 2002, S. 41 f.

214 Vgl. Hübner, Jörg: Globalisierung mit menschlichem Antlitz. Einführung in die Grundfragen globaler Gerechtigkeit, Neukirchen-Vluyn 2004, S. 59 ff.

rung dem Erkenntnisgewinn zugute.

Unabhängig von den verschiedenen NGO-Definitionen ist in der wissenschaftlichen Diskussion die Zuordnung von Aktivitäten bestimmter kirchlicher Arbeitsfelder wie Projekte in der Umwelt- und Entwicklungspolitik zur NGO-Arbeit weitgehend Konsens. In klassischen kirchlichen Betätigungsfeldern wie der Entwicklungsarbeit haben die Kirchen beider christlicher Konfessionen Pionierarbeit geleistet.[215]

215 Vgl. Eberlei, Walter: Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland. Euphorie, Ernüchterung, Erneuerung, in: APuZ 6 - 7/2002, S. 23 ff. Vgl. Kohout, Franz/Mayer-Tasch, Peter Cornelius: Das ökologische Weltgewissen. Die Arbeit von NGOs im Rahmen der internationalen Umweltpolitik, in: ebd., S. 21 f.

4 Kirche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit - Institutionelle Aspekte und Zeitgegebenheiten

In diesem Kapitel werden die Hintergründe zu den kirchlichen Aspekten der Zeitgegebenheiten im Kontext der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit vorgestellt. Mit diesen Zusammenhängen soll dem Leser eine Hilfe bei der Erschließung der Gesamtkonzeption dieser Arbeit gegeben werden.

4.1 Kirchliche Verlautbarungen zu gesellschaftspolitischen Themen

Die EKD erstellt Orientierungshilfen, Stellungnahmen, Beiträge und Denkschriften zu gesellschaftspolitischen Themen. Dies geschieht im Einvernehmen mit den Landeskirchen. Dennoch haben sie keinen verbindlichen Status für die Landeskirchen. Die Schriften haben eine doppelte Funktion: Sie sollen in der pluralen evangelischen Kirchenlandschaft intern integrierend wirken und nach außen die Positionierung der EKD vertreten.[216]
Mit den kirchlichen Verlautbarungen sollen Antworten auf soziale und politische Herausforderungen der Zeit gegeben und ein Beitrag zum Meinungsbildungsprozess geleistet werden. Die Denkschriften zählen zu den gewichtigsten und politischsten Verlautbarungen der EKD.[217] Sie gelten als Grundlagentexte einer modernen protestantischen Sozialethik.[218]
Für diese Arbeit sind besonders drei Schriften von Interesse, die in den nächsten Abschnitten vorgestellt werden.

- Denkschrift: Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität[219],

---

216 Vgl. Nipkow 2003, S. 213.

217 Vgl. Ders., S. 153 f.

218 Vgl. Greschat, Martin: Die Evangelische Kirche, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3, Gesellschaft, Frankfurt 1989, S. 114 f.

219 Karl Ernst Nipkow, auf dessen Literatur in dieser Arbeit Bezug genommen wird, hat an der Denkschrift mitgearbeitet und war zum Zeitpunkt der Fertigstellung Vorsitzender der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend. Vgl. Kirchenamt der EKD ^{5}2000.

- Stellungnahme: Orientierung in zunehmender Orientierungslosigkeit. Evangelische Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft[220],
- Grundsätze: Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche.[221]

Auf weitere Schriften wird an geeigneter Stelle dieser Arbeit zurückgegriffen.

4.1.1 Grundsätze zur evangelischen Erwachsenenbildung

In den Grundsätzen „Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche“[222] hat der seinerzeitige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Eduard Lohse, die Bedeutung der außerschulischen Erwachsenenbildung hervorgehoben: „Grundsätzlich gehört zu den bleibenden Aufgaben der Kirche die Bildungsarbeit mit Erwachsenen.“[223]

Bei der Adressatenfrage werden zwei Gruppen genannt: „In unserer Zeit ist evangelische Erwachsenenbildung als Angebot an alle Mitglieder in einer ‚offenen' Volkskirche und an alle Menschen in einer von Orientierungskrisen betroffenen Gesellschaft besonders dringlich geboten (...) Sie kommt mit Menschen aus verschiedenen Bildungsschichten, Berufen und Lebenslagen in Berührung, um mit ihnen im gemeinsamen Fragen, Suchen, Lehren und Lernen auf der Grundlage der befreienden und versöhnenden Botschaft von Jesus Christus einen Abschnitt ihres Lebensweges mitzugehen.“[224]

Bei der Begründung der Erwachsenenbildung wird die Offenbarung Gottes genannt: „In der kirchlichen Erwachsenenbildung ist (...) Bildung in ihrem Zentrum theologisch qualifizierte Bildung. Sie ist mit innerer Notwendigkeit im biblisch-christlichen Verständnis von Gottes Offenbarung begründet.“[225]

Entsprechend wirkt die Bildungsintention interessengebunden. Nicht nur der Bezug zur theologischen Herleitung wird betont. In der Schrift wird hervorgehoben, dass es für die Kirche ein Problem ist, dass viele Bildungsnachfragende Angebote im Bereich Lebenspla-

---

220 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997.

221 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche. Grundsätze, Gütersloh 1983.

222 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1983.

223 Lohse, Eduard, in: ebd., S. 5.

224 Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: ebd., S. 8.

nung und berufliche Weiterbildung suchen, ohne an Glaubensfragen interessiert zu sein. Der Bedeutungszusammenhang „Glaube - Leben - Bildung“ würde dadurch auf den Bedeutungszusammenhang „Leben und Bildung“ reduziert werden.[226]

Es wird betont, dass in dieser Entwicklung eine Gefahr für die Begründung der kirchlichen Erwachsenenbildung besteht: „In dieser Lage darf evangelische Erwachsenenbildung nicht einer Zweigleisigkeit verfallen, dürfen nicht zwei unverbundene Formen in der Arbeit entstehen: eine, der es um Lebens- und Glaubenshilfe zu tun ist, eine andere, die sich nur als Lebenshilfe versteht und - von der christlichen Glaubenserfahrung losgelöst - im Grunde theologisch nicht verantwortbar ist. So würde der einheitliche Begründungszusammenhang evangelischer Erwachsenenbildung preisgegeben.“[227]

Bei den Orten der Erwachsenenbildung wird die Pluralität, die von Kirchengemeinden bis hin zu Entwicklungshilfeprojekten reichen würde, erwähnt. Der explizite Bezug auf Handeln als Nichtregierungsorganisation wird nicht gegeben.[228]

Hier wird deutlich, dass sich die Kirche zwar an alle erwachsenen Menschen richtet, die das Bedürfnis nach Orientierung und Bildung haben. Die vom Bildungsangebot der evangelischen Kirche gegebenen Antworten erschließen sich aber letztendlich aus der christlichen Botschaft. Im Bereich der politischen Bildung ist dadurch eine interessenfreie Lehre nicht gewährleistet.

Im Kapitel III „Gestaltung“ werden verschiedene Bereiche, in denen evangelische Erwachsenenbildung geschehen kann, kurz vorgestellt. Die Kammer der EKD für Bildung und Erziehung sieht politische Bildung schwerpunktmäßig im Kontext der Themengebiete Familie und Arbeitswelt. Dies seien die Lebensbereiche, in denen bei Individuen die Suche nach dem Sinn des Lebens besonders zum Ausdruck komme. Zudem seien das Selbstwertgefühl und der Lebenssinn eine Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit, was mit Verweis auf die strukturelle Arbeitslosigkeit erwähnt wird.[229]

---

225 Ebd.
226 Vgl. ebd., S. 10.
227 Ebd., S. 10.
228 Vgl. ebd., S. 12 ff.
229 Vgl. ebd., S. 23.

Beim Verweis auf die schwierige wirtschaftliche Situation in der BRD wird der Bogen zur politischen Bildung gespannt: „In dem Maße, wie die Aufhellung der Hintergründe für die individuellen Probleme des einzelnen eine Analyse der gesellschaftlichen Institutionen und Prozesse erforderlich macht und sich die bildende Reflexion und Aufklärung hierauf bezieht, wird daher die evangelische Erwachsenenbildung notwendig auch zu politisch-gesellschaftlicher Bildung und gewinnt einen gesellschaftsdiakonischen Charakter.“[230]

4.1.2 Religionsunterricht vor dem Hintergrund der Globalisierung

In der Begründung der Denkschrift „Identität und Verständigung“ wird von Seiten der EKD deutlich gemacht, dass die Herausforderungen, vor denen der Religionsunterricht steht, vor dem Hintergrund der Globalisierung und der zweiten Moderne gesehen werden müssen.[231] Dadurch ist diese Denkschrift ein Baustein in den kirchlichen Verlautbarungen zum Bereich „Globalisierung und Bildung“.

„Identität und Verständigung“ wurde 1994 vom Kirchenamt der EKD herausgegeben und erreichte im Jahr 2000 die fünfte Auflage. Bei der Begründung für die Notwendigkeit einer Denkschrift für den Religionsunterricht[232] wird unter anderem auf die Krise der Moderne eingegangen. Die Kirche hätte sich seit der Aufklärung zwar auch im Bereich der Bildung an die neuzeitlichen Bedingungen der Moderne angepasst, nun sei die Moderne aber selbst in eine Grundlagenkrise geraten. Indirekt wird Bezug zu den Folgen der Globalisierung genommen, wenn betont wird, dass es den Individuen zunehmend schwerer falle, sich zu orientieren. Ein weiterer Bezug zur Globalisierung ist der Hinweis auf die sich verschärfenden globalen Folgen des Nord-Süd-Gefälles.[233]

Neben dem Christentum seien auch das Judentum und der Islam herausgefordert. Damit bezieht die EKD die beiden anderen Schriftreligionen bei der Problemfeststellung mit ein.

---

230 Ebd., S. 23.

231 Vgl. Kirchenamt der EKD [5]2000, S. 9 ff. Vgl. Mokrosch, Reinhold: Religionsunterricht - konfessionell, ökumenisch, konfessionell-kooperativ? Welcher Unterricht entspricht dem Bildungsauftrag des Protestantismus?, in: Schweitzer 2002, S. 186 f. Mokrosch geht der Frage nach dem konfessionellen Religionsunterricht historisch an. Er bezieht die EKD-Denkschrift in seine Überlegungen ein.

232 Der Religionsunterricht ist durch Artikel 7 GG verfassungsrechtlich geschützt und war deshalb zum Zeitpunkt des Erscheinens formaljuristisch nicht im Bestand bedroht.

233 Vgl. Kirchenamt der EKD [5]2000, S. 9 f.

Bereits vor den Terroranschlägen in den USA auf das World Trade Center wird die Notwendigkeit eines interreligiösen Dialogs erkannt, um auf die Folgen der Krise der Moderne und der Globalisierung reagieren zu können.[234]

4.1.3 Erwachsenenbildung im Horizont von Bildungsmarkt und Kirche

Im Vorwort der Schrift „Orientierung in zunehmender Orientierungslosigkeit“ stellt der seinerzeitige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Klaus Engelhardt, fest, dass in den Grundsätzen zur Erwachsenenbildung aus dem Jahr 1983 die Spannung zwischen Kirche und Moderne nur eine nachgeordnete Rolle gespielt hätten. Die Aufgabe der Kirche sei es, auf diese Spannung zu reagieren, ohne ihre Grundsätze zu verleugnen.[235]

In dieser Schrift fällt auf, dass es für die evangelische Kirche notwendig geworden ist, die Erwachsenenbildung als Markt zu begreifen: „Die vorliegende Stellungnahme beschreibt die Evangelische Erwachsenenbildung als Teil des modernen ausdifferenzierten Gesellschaftsprozesses zwischen Bildung, Kirche und Markt. Die Funktionskraft des Marktes ist zu respektieren, allerdings darf der Markt das Leben nicht schlechthin allein ausfüllen.“[236]

Im Gegensatz zu den Grundsätzen von 1983 wird jetzt Bezug zur Globalisierung genommen: „Globalisierung, Zeitverdichtung, Zeitdruck und Flexibilisierung sowie die dafür eingesetzten Technologien haben unsere Lebensverhältnisse grundlegend dynamisiert. Der Bildungsbereich hat in den letzten eineinhalb Jahrzehnten eine erhebliche Expansion erfahren, denn Bildung spielte in diesem Prozess eine wichtige Rolle, und sie treibt ihn weiter voran (...) Evangelische Erwachsenenbildung ist - aktiv und passiv - in diese Entwicklung einbezogen. Sie hat ihren Anteil an den verschärften Modernisierungsdynamiken und muss sich ihnen stellen.“[237]

Die Erwachsenenbildung stehe vor der Herausforderung, das Verhältnis der Kirche zur Moderne exemplarisch zu bestimmen.[238] Die Stellungnahme zur evangelischen Erwachse-

---

234 Vgl. ebd., S. 9 f.

235 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 7.

236 Engelhardt, Klaus, in: ebd., S. 7; vgl. ebd., S. 43 ff.

237 Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: ebd., S. 11.

238 Vgl. ebd., S. 11.

nenarbeit ist nicht mehr in dem Maße interessengebunden, wie das bei den „Grundsätzen“ von 1983 der Fall war, was an folgender Stelle deutlich wird:

Die am Individuum orientierte Bildung stehe „stets in einer gewissen Spannung zu den Institutionen und damit auch zur Kirche (...) Institutionelle oder weltanschauliche Trägerinteressen treten demgegenüber (den Lernbedürfnissen der Individuen, der Verfasser) in den Hintergrund. Öffentliche - und das heißt weithin auch: aus öffentlichen Mitteln geförderte - Erwachsenenbildung hat für Frauen und Männer unterschiedlicher religiöser beziehungsweise weltanschaulicher Herkunft oder politischer Prägung offen zu stehen.“[239]

Bei all der bekundeten Offenheit verschweigt die Kammer der EKD für Bildung und Erziehung nicht, dass sich für die Kirche mit dem Betreiben der Erwachsenenbildung auch interessengebundene Fragen stellen: „Andererseits fragt die Kirche mit spezifischem Interesse nach dem Nutzen ‚ihrer' Evangelischen Erwachsenenbildung: Stützt sie die volkskirchlichen Strukturen? Kann sie dem Gemeindeaufbau dienen? Fördert sie die missionarische Kompetenz der Kirche? Genügt sie dem evangelischen Proprium und kirchlichen Auftrag? Lohnt sich der finanzielle Aufwand?“[240]

4.2 Kirchliche Meinungsbildung zu ethischen Themen

Die zentralen ethischen Themen des 21. Jahrhunderts berühren das kirchliche Selbstverständnis und haben zugleich globale Dimensionen. Jeder der folgenden Themenbereiche verfügt aufgrund von internationalen Gesetzesbezügen oder aufgrund der für diesen Bereich bedeutungslosen nationalen Grenzen über einen globalen Aspekt. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- Grüne Gentechnik (genetische Veränderung von Pflanzen),
- Embryonalforschung, die auf die Tötung von menschlichen Embryos angewiesen ist, um mit Stammzellen arbeiten zu können,
- die Frage nach dem ethisch legitimen Zeitpunkt von Abtreibungen,
- die Vertretbarkeit des Klonens von Lebewesen,

239 Ebd., S. 43 f.

240 Ebd., S. 45.

- alternative Lebensgemeinschaften,
- friedliches Nebeneinander unterschiedlicher Religionen,
- die Frage nach einem humanen Lebensende bei technischen Möglichkeiten der Lebensverlängerung. Besonders am letzten Beispiel wird deutlich, dass die ethischen Fragen des 21. Jahrhunderts Dilemmata der Spätmoderne sind, da durch die technischen Mittel der modernen Medizin Probleme entstehen, die es ohne die Technik in dieser Form nicht geben würde.[241]

Eine häufig verwendete Argumentation für eine freie Forschung in diesen Forschungsfeldern lautet: Wenn in den neuen Technologiefeldern nicht gearbeitet und geforscht werden darf, wird dies in anderen Ländern praktiziert und deutsche Forscher wandern aus.

Einige dieser Themenfelder werden nicht nur von naturwissenschaftlichen Wissenschaftsdisziplinen, sondern auch von Geistes- und Sozialwissenschaften wie der Philosophie, der Soziologie und der Theologie untersucht.[242] Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Kirchen beider Konfessionen vor die Aufgabe stellen, ihr Verhältnis zu ethischen Themenfeldern neu zu bestimmen. Neue medizinische Möglichkeiten in der Embryonalforschung haben zum Beispiel nur dann eine Chance auf Anwendung, wenn sie von weiten Bevölkerungskreisen akzeptiert werden.

In diesem Kontext werden die Diskussionen um den § 218 wieder aktuell. Die Frage, ab wann ein Embryo ein Lebewesen und bis zu welchem Zeitpunkt eine Abtreibung ethisch verantwortbar ist, gewinnt vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und medizinischer Möglichkeiten an Aktualität.[243] In der letztgenannten Kommission sind auch Vertreter der Kirchen Mitglieder. Die kirchlichen Positionen zu solch politischen Themen finden sich auch in den Bildungsvorstellungen der Kirchen wieder. So erkennt die EKD den Nutzen neuer Techniken wie der Gentechnik grundsätzlich an, steht ihnen aber gleichzeitig kritisch gegenüber und verlangt eine diesbezügliche gesellschaftliche Diskussion, die auch in den Schulen geführt werden müsse.[244]

---

241 Vgl. den Artikel „Die unliebsamen Reflexe der Toten“ von Alexander Kissler, in: SZ vom 23.06.08, S. 12.

242 Siehe: Rehder, Stefan: Religion im Reagenzglas, in: Das Parlament 10/2006, S. 5.

243 Vgl. ebd., S. 3.

244 Vgl. Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft (EKD Bildungsdenkschrift), Gütersloh ^{2}2003, S. 78 f.

Die evangelischen Kirchen wollen diese Herausforderung annehmen, indem sie nach eigenen Angaben ihr Engagement im schulischen wie außerschulischen Bildungsbereich zielgerichtet ausweiten wollen. Die EKD begründet dieses Vorgehen mit dem Argument, dass die Sicherung des Zugangs zur Bildung, wo diese ethischen Fragen diskutiert werden, eine Voraussetzung sei, um im globalen Wandel bestehen zu können.[245]

Schwierigkeiten des protestantischen Meinungsbildungsprozesses

Der Meinungsfindungsprozess in den protestantischen Kirchen gestaltet sich komplizierter als in der katholischen Kirche, da der Protestantismus über keine zentrale Lehrautorität wie den Papst verfügt. Dies hat in den USA zur Folge, dass protestantische Kirchen über konträre Positionen zur Forschung mit embryonalen Stammzellen verfügen.[246]

Andererseits kann die Pluralität des Protestantismus in der globalisierten Welt mehr eine Stärke als eine Schwäche sein, da durch die Pluralität ein sich Einlassen auf divergierende ethische Einstellungen ohne die Aufgabe von Grundüberzeugungen möglich erscheint:

„Der Protestantismus im weltweiten Horizont gewinnt dadurch an Profil, dass er sich seiner eigenen Pluralität bewusst ist und sich im Dialog mit unterschiedlichen Ausprägungen der eigenen Konfession, aber auch anderer Konfessionen und Religionen jeweils um ein angemessenes Verständnis dessen bemüht, was sein eigener Beitrag sein kann. Der Protestantismus bietet deswegen eine gute Ausgangsbasis und ein großes Potenzial dafür, konstruktive Antworten auf den Pluralismus zu finden; und zwar in der Weise, dass nicht über Differenzen hinweggegangen wird, gleichermaßen aber das Bemühen um eine Verbindung und ein Beieinanderbleiben verschiedener Denominationen im protestantischen Bereich ein Erfahrungspotenzial bereitstellt, das für Fragen des Zusammenhalts unterschiedlicher Religionen und Kulturen von größter Relevanz ist.“[247]

---

245 Vgl. Ebd., S. 60 ff.

246 Vgl. Rehder 2006.

247 Mitchell, Gordon/Weiße, Wolfram: Internationale Perspektiven religiöser Bildung, in: Schweitzer 2002, S. 296 f. Weiße ist Professor für Religionspädagogik und ökumenische Theologie. Mitchell ist Professor für Erziehungswissenschaft/Religionspädagogik.

Meinungsbildungsprozess der EKKW

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck befindet sich diesbezüglich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einem Meinungsbildungsprozess.

Im Jahresbericht 1991 des Erwachsenenbildungswerkes heißt es: „Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck ist vor allem als Volkskirche aufgerufen, diese Herausforderungen anzunehmen und aufzugreifen, um so ihrem Bildungsauftrag nachzukommen und ihren spezifischen Beitrag für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft zu leisten. Dabei wird sie Profil gewinnen, wenn sie ihre ureigensten Traditionen und Themen in die aktuellen Fragen- und Problemhorizonte einbringt und sich in einem kritischen Dialog mit den Zeitgenossen selbst dialog- und lernbereit zeigt. Das erfordert die Einsicht, dass Bildung neben Verkündigung und Diakonie durchaus ein kirchliches Handlungsfeld eigener Dignität ist, dem angesichts der aktuellen kirchlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen ein besonders hohes Gewicht zukommt.“[248]

Im Jahr 2006 gab die Theologische Kammer der Landeskirche ein mehrseitiges „Votum“ zum Thema Sterbehilfe ab. Es soll nach Aussage von Hein bei der weiteren innerkirchlichen Diskussion als Orientierungs- und Argumentationshilfe dienen.[249]

In der Einleitung heißt es: „Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten der modernen Medizin ist die Frage nach der Wahrung der Menschenwürde am Lebensende zu einem Thema geworden, das der sorgfältigen und eingehenden Diskussion bedarf. Von den vielen Aspekten und Herausforderungen, die dieses Thema enthält, hat vor allem die Kontroverse um die ethische Bewertung der so genannten Sterbehilfe in der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit eine zunehmende Aufmerksamkeit erlangt. Verbunden mit einzelnen Fällen, die in den Medien ausführlich präsentiert wurden, ist das ethische Problem der aktiven Sterbehilfe einer breiten Öffentlichkeit bewusst geworden (...) Zunächst ist die Tatsache wahrzunehmen und ernst zu nehmen, dass die europäischen Nachbarländer (...) bereits sehr weit gehende Regelungen zur aktiven Sterbehilfe besitzen. Auch in Deutschland streben

---

248 Vgl. Erwachsenenbildungswerk der EKKW (Hrsg.): Jahresbericht 1991, Kassel 1992, S. 21 f.

249 Siehe: Theologische Kammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Votum): Hilfe im Sterben - Hilfe zum Leben, Kassel 2006, S. 3.

Gruppierungen und Parteien Ähnliches an.“[250]

In diesem Zitat werden von der Theologischen Kammer zentrale Punkte genannt, die exemplarisch für die von der Landeskirche und der EKD zu bewältigenden Gegenwartsherausforderungen stehen und die für das Hintergrundverständnis dieser Arbeit relevant sind:

In vielen Lebensbereichen hat die Gesellschaft neben den positiven Aspekten der Moderne mit den Folgeerscheinungen zu kämpfen. Die „moderne“ Medizin bewirkt nicht nur die durchschnittliche Verlängerung der Lebenserwartung, sondern stellt auch die Frage nach dem Ende des Lebens neu.

Dies hat zur Folge, dass ethische Bewertungen neu bestimmt werden müssen.

Gesetzliche Regelungen zu privaten Entscheidungsräumen wie der Sterbehilfe werden angestrebt. Während den Parteien im „modernen“ Verfassungsstaat eine solche Rolle im Sinne der repräsentativen Demokratie zugebilligt wird, stellt sich aber die Frage nach den Akteuren dieses Meinungsbildungsprozesses.

Durch „moderne“ Medien wie Internet und eine damit verbundene neue „Öffentlichkeit“ ändert sich auch der Meinungsbildungsprozess. Über nationale Grenzen hinweg können in Sekundenschnelle Informationen ausgetauscht werden. Die nationalen Grenzen verlieren durch die genannten Punkte aus unterschiedlichen Gründen an Bedeutung.

Die evangelischen Akademien gelten als geistige und räumliche Orte, an denen der innerkirchliche und der offene Meinungsbildungsprozess vorangetrieben werden. In diesem Kontext wird die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Hofgeismar in dieser Arbeit eingehend untersucht.

4.3 Institutionelle Aspekte außerschulischer politischer Bildungsarbeit

Gesetzliche Grundlage für die außerschulische politische Bildungsarbeit ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII). Die politische Bildungsarbeit wird dort als Schwerpunkt und Pflichtleistung der Jugendarbeit beschrieben, deren Teilnahme freiwillig ist. Damit ist ein gesellschaftspolitischer Bildungsauftrag beschrieben, welcher der Ein-

250 Zitiert aus ebd., S. 6.

übung und Orientierung in der Zivilgesellschaft dienen soll.[251] Zudem ist das Gesetz zur Förderung der Weiterbildung im Lande Hessen (Hessisches Weiterbildungsgesetz, HWBG) zu nennen. Dort sind in § 17 die Voraussetzungen der finanziellen Förderung landesweiter Organisationen, wie kirchlichen Einrichtungen, festgelegt. In § 17,6 heißt es: „Ihr Angebot an Lehrveranstaltungen darf nicht vorrangig Zwecken einzelner Betriebe oder Organisationen dienen."[252]

Dieser Absatz ist bei der Frage der Interessengebundenheit kirchlicher Angebote relevant. Weiter müssen die Angebote von Fortbildungsveranstaltern bestimmten Kriterien genügen, wenn sie von staatlicher Seite bezuschusst werden sollen. Die Berücksichtigung bestimmter Stoffgebiete kann gefordert werden.[253]

Im kirchlichen Bereich ist die Förderung der Jugendarbeit innerhalb der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im „Förderungsplan für Evangelische Jugendarbeit im Bereich der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck" geregelt.

Unter der Richtlinie 4.3 f. wird die Förderung jugendpolitischer Aktivitäten definiert:

„4.3 Gefördert werden Maßnahmen, welche die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung fördern.

4.4 Gefördert werden sozialdiakonische Aktivitäten, die von Jugendlichen getragen werden; (z. B. Arbeit mit Randgruppen, mit ausländischen Arbeitnehmern / Arbeitnehmerinnen, mit Behinderten, Einsätze in Krankenhäusern und Anstalten)."[254]

Träger der politischen Erwachsenenbildung

Die institutionalisierte politische Erwachsenenbildung lässt sich in drei Gruppen einteilen: die öffentlichen Träger, die „freien" Träger und die selbst organisierten Gruppen.

Die bekanntesten öffentlichen Träger sind die Volkshochschulen. Zu den freien Trägern zählen Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände.

---

251 Vgl. Scherr, Albert: Außerschulische Jugendbildung für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft. Rahmenbedingungen, Herausforderungen und programmatische Orientierungen in: Breit/ Schiele 2004, S. 231.

252 § 17, 6 HWBG.

253 Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung Hessen (Hrsg.): Weiterbildung in Hessen. Für Praxis und Wissenschaft der Weiterbildung, Wiesbaden 2003 (Informationsschrift mit Weiterbildungsgesetz).

254 Vgl. Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 8/2006, S. 116 ff.

Ende der 70er Jahre fanden sich im Zuge der Ökologie-, Friedens-, Frauen- und Alternativbewegung Menschen in selbst organisierten Lerngruppen zusammen, da sie sich von den Bildungsabsichten der ersten beiden Gruppen nicht determinieren lassen wollten und weil sie im bürokratischen Apparat der öffentlichen Träger zu große Hindernisse bei handlungsorientierten Aktionsformen sahen.[255]

Interessengebundenheit politischer Bildung in kirchlicher Trägerschaft

Politische Bildung kann zwar den Anspruch erheben, objektive Bildungsarbeit leisten zu wollen, faktisch kann sie aber keine reine objektive Bildung sein, da sie stets aus der Perspektive der Lehrenden vermittelt wird. Sobald die Ebene der Institutionenkunde verlassen wird, spielen Fragen nach den biografischen Hintergründen und Interessen der Lehrenden und Lernenden eine Rolle. Dies ist besonders im Bereich der politischen Erwachsenenbildung der Fall, wo die Lernenden im Gegensatz zur schulischen Bildung intrinsisch motiviert sind und die Lehrenden in der Regel als Quereinsteiger zur politischen Erwachsenenbildung gelangen.[256] Die Bildungsanbieter müssen einen Spagat leisten: Einerseits muss die Lehre objektiv sein, damit die Kriterien der öffentlichen Förderung eingehalten werden und nicht der Eindruck der Indoktrination entsteht. Andererseits muss der Bildungsanbieter ein eigenes Profil entwickeln, um von anderen Anbietern unterscheidbar zu sein. Da Fragen nach der Profilbildung der von der EKKW angebotenen politischen Bildungsarbeit im weiteren Verlauf der Arbeit von zentraler Bedeutung sind, werden an dieser Stelle entsprechende grundlegende Ausführungen vorangestellt.

Helmut Strack hat das Problem der Interessengebundenheit und damit verbunden der Profilbildung in einer „Schriftenreihe zur evangelischen Erwachsenenbildung in der zweiten Moderne“ wie folgt formuliert: „Als dezidiert kirchliche Erwachsenenbildung ist sie den normativen kirchlichen Grundpositionen verpflichtet, zumal sie selbst mit ihren Zielsetzungen der christlichen Tradition in ihrer reformatorischen Ausprägung aufruht (...) Aufgrund des für sie nicht hinterfragbaren normativen Richtungssinns ihrer Anliegen, wie sie zum Beispiel der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Integrität der

255 Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Politische Bildung in der Erwachsenenbildung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Bad Schwalbach 1997, S. 272.

256 Vgl. das Kapitel zu den biografischen Beispielen politischer Bildner in dieser Arbeit.

Schöpfung zum Ausdruck bringt, gerät evangelische Erwachsenenbildung in einen institutionellen Grundkonflikt zwischen ‚Parteilichkeit und Verständigung' (...) Nur durch evangelische Profilierung ist die Evangelische Erwachsenenbildung zudem eine ernstzunehmende Gesprächspartnerin im plural verfassten Bildungssystem (...) Evangelische Erwachsenenbildung ist eine Funktion von Kirche, weil sie der Kirche zu einem angemessenen Ort in der Gesellschaft der Moderne verhilft, indem sie Kirche gleichsam kontextualisiert und infolge davon neu institutionalisiert (...)"[257] Parteilichkeit ist per se nicht verwerflich. Sie muss erkennbar sein und ist durch die Vorgaben öffentlicher Förderungen eingeschränkt. In bestimmten Arbeitsbereichen der Erwachsenenbildung wie der Frauenbildung gilt als didaktisches Prinzip neben der Teilnehmerorientierung explizit die Parteilichkeit.[258]

Kirchliche Träger als Säulen der Weiterbildung

Der erste Weiterbildungsbericht Hessen sieht in kirchlichen Trägern feste Säulen der Weiterbildung. Im Gegensatz zu dem an anderer Stelle oft betonten Vertrauensverlust von Großorganisationen wird hier von einem Vertrauensvorschuss gesprochen.[259] Dadurch könnten durch die Weiterbildungsangebote Bevölkerungsgruppen angesprochen werden, zu denen auf anderem Wege kein Zugang gefunden werden könne. In bestimmten Spezialbereichen, wie Angeboten für Migranten und Trauernde, hätten landesweite Organisationen besondere Fähigkeiten erworben. Ebenso wird die politische Bildung in diesem Kontext genannt.[260]

Die Interessengebundenheit wird von Seiten des Weiterbildungsberichts positiv hervorgehoben: „Des Weiteren haben sie über die jeweilige einrichtungsspezifische Nähe zu bestimmten gesellschaftlichen Kontexten ein profundes und realitätsnahes Problemverständnis, welches die adressaten- und anforderungsgerechte Konzipierung von Weiterbildungsveranstaltungen erleichtert. Schließlich können sie über die Kooperation mit traditionsver-

257 Strack, Helmut: Im Kontext von Pluralität. Einige Gedanken zur Evangelischen Erwachsenenbildung in der Moderne, in: DEAE (Hrsg.): entwürfe. Themen der evangelischen Erwachsenenbildung, Evangelische Erwachsenenbildung in der zweiten Moderne, Karlsruhe 1995, S. 23.

258 Vgl. Nolda 1998, S. 211 ff.

259 Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 20 f.

260 Vgl. Ebd., S. 20 ff. Vgl. Beer 2004, S. 280 ff. Zur Pluralität in der politischen Bildung siehe: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 10.

wandten Organisationen den Teilnehmenden ihrer Veranstaltungen Praxisanbindungen und Veranschaulichungsmöglichkeiten bieten, die sonst nur schwer zu beschaffen sind (z. B. Praktikumsplätze).“[261]

Bei der Sichtung des Quellenmaterials und bei Gesprächen mit kirchlichen Mitarbeitern des Landeskirchenamtes Kassel fiel auf, dass stets Wert auf die Neutralität der politischen Bildungsarbeit gelegt wird. Dies ist vermutlich auf das in § 17 des Hessischen Weiterbildungsgesetzes festgeschriebene Neutralitätsgebot zurückzuführen, nach dem das Angebot nicht vorrangig den Interessen der Organisation dienen darf.[262] Lehrende der politischen Bildung hingegen betonen, dass politische Bildung aufgrund der von den Lehrenden erlebten Erfahrungen und Prägungen nicht neutral sondern allenfalls objektiv sein kann.[263] Der biografische Aspekt ist insbesondere bei kirchlichen Mitarbeitern von Bedeutung, da diese Personengruppe sich oft mehr als bei anderen Arbeitgebern mit der Dienststelle identifiziert.

4.4 Ökonomische, philosophische und bildungspolitische Aspekte der Globalisierung

Für die Thematik dieser Arbeit erscheinen einige Erläuterungen im Kontext der Globalisierung zu den Bereichen Ökonomie, Philosophie und politische Bildung im Vorfeld der inhaltlichen Auseinandersetzung notwendig.

Ökonomie

Im Bereich der Judikative ist zu konstatieren, dass Entscheidungen zunehmend nicht mehr auf nationalstaatlicher sondern auf zwischenstaatlicher oder auf „nichtstaatlicher“ Ebene gefällt werden. Zu nennen sind Schiedsgerichte bei der Welthandelsorganisation (WTO) sowie der Internationale Strafgerichtshof. Diese Institutionen stellen zunehmend mehr Regeln auf und legen Verfahren bei Regelverstößen fest. Dadurch werden die nationalstaatli-

261 Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 21.

262 Vgl. § 17,6 HWBG.

263 Vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004. Vgl. den Methodenteil in dieser Arbeit.

chen Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschränkt.[264] Charakteristisch für zwischenstaatliche Organisationen ist die 1995 gegründete WTO, deren Aufgabe es ist, Rahmenbedingungen des internationalen Handels festzulegen. Jedes der 148 Mitglieder hat eine gleichwertige Stimme. Der Generaldirektor hat wenige Befugnisse. Die Meinungsfindung dieses Gremiums ist allerdings nach Angaben der Mitarbeiter nicht transparent. Die WTO übt eine dreifache Rolle aus: Sie ist „Regierung", Gerichtshof und Weltgericht der Weltwirtschaft zugleich. Diese Organisation ist somit keine eindeutig zuordenbare Organisation: Sie ist weder Partei noch Firma oder Verein. Sie kann als „Vertragswerk mit eigenständigem völkerrechtlichen Status" bezeichnet werden.[265] Die WTO ist ein Mosaikstein der administrativen Globalisierung. In diesem Kontext sind zudem das Internationale Zoll- und Handelsabkommen (GATT, Vorgängerorganisation der WTO) sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationale Währungsfonds (IWF) zu nennen.[266]
In der wissenschaftlichen Diskussion wird bereits von einer „Verselbstständigung" und einer „Eigendynamik" globaler wirtschaftlicher Prozesse gesprochen, bei der die global agierenden Konzerne und die Konsumenten die entscheidenden Akteure sind. Letztere können ihren Einfluss durch bewusste Kaufentscheidungen geltend machen. In diesem Kontext stehen Begriffe wie „ethische Kunden" und „fair gehandelte" Produkte.[267]
Bildung wird zu einem handelbaren Gut, für das es bereits internationale Handelsabkommen gibt. Das erste internationale Dienstleistungsabkommen wurde mit dem GATS (General Agreement on Trade in Services) 1994 abgeschlossen. Darin verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten zu einer Liberalisierung des Bildungsmarktes. Mittlerweile wird bereits von einem „europäischen Bildungsraum", „von Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Bildungsmarkt", „Bildungsexport" und von der Fusion von Universitäten gesprochen. Im universitären Bereich ist dieser internationale Bildungsmarkt am stärksten entwi-

---

264 Vgl. den Lexikonbeitrag zu internationalen Organisationen in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, S. 297 ff. Vgl. Beck 2007, S. 142 ff.

265 Vgl. Vgl. Nohlen 1995, S. 301. Vgl. Der Spiegel 24/2005, S. 95 (Spiegelserie zur Globalisierung).

266 Vgl. Habermas 1998, S. 108 ff. Vgl. Nohlen 1995, S. 297 ff.

267 Vgl. Albert, Mathias: Die Erde auf dem Weg zur Weltstaatlichkeit, in: Das Parlament 31 - 32/2004, S. 18. Vgl. Habermas 1998, S. 105 ff. Vgl. Hippler, Jochen: Failed States und Globalisierung, in: APuZ 28 - 29/2005, S. 3 ff. Vgl. Müller, Klaus: Globalisierung, Bonn 2002 (Lizenzausgabe BzpB). Vgl. SZ, vom 14.03.2006, S. 18.

ckelt. Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungssektors werden von den führenden Industriestaaten aufgrund der steigenden Nachfrage bei sinkenden öffentlichen Mitteln als unausweichlich angesehen.[268]

Im Bereich der Naturwissenschaften und Informationswissenschaften mag ein solcher Bildungsmarkt für die Wissenschaft innovativ sein, da der weltweite Austausch von Forschung und Lehre neue Impulse in den einzelnen Staaten freisetzen kann. Im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaft erscheint ein liberaler globaler Bildungsmarkt problematisch, da die Unabhängigkeit von der Wirtschaft eine Voraussetzung für die wissenschaftliche Arbeit in den einzelnen Disziplinen darstellt. Hinzu kommen Wettbewerbsvorteile für englischsprachige Staaten. Gegen die weitere globale Liberalisierung des Bildungsmarktes gibt es Widerstände von politischen Vereinigungen und Körperschaften, vornehmlich aus EU-Staaten und Entwicklungsländern. Befürchtet wird von diesen Kritikern in erster Linie eine kulturelle Überformung und der Verlust an kultureller und sprachlicher Vielfalt, also eine „McDonaldisierung der Bildungseinrichtungen".[269]

Philosophie

In der Philosophie werden diese Sachverhalte ebenfalls erörtert. Habermas, der als einer der bedeutendsten Philosophen der Gegenwart gilt, schreibt diesbezüglich:

„Märkte, die ja nicht wie staatliche Verwaltungen demokratisiert werden können, übernehmen zunehmend Steuerungsfunktionen in Lebensbereichen, die bisher normativ, also entweder politisch oder über vorpolitische Formen der Kommunikation zusammengehalten worden sind (...) Auch der Bereich, der öffentlichen Legitimationszwängen unterliegt, schrumpft. Verstärkt wird der staatsbürgerliche Privatismus durch den entmutigenden

---

268 Vgl. Scherrer, Christoph: Bildung als Gegenstand des internationalen Handelsregimes, in: Blömeke u. a. 2004, S. 177 ff. Vgl. Lohmann, Ingrid: Universität, Neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen als Ware transformiert werden (Lohmann 2004 a), in: Blömeke u. a. 2004, S. 192 ff.

269 Vgl. ebd., S. 205. Vgl. Kirchhöfer, Dieter: Der Markt und seine wertbildenden Wirkungen in der Jugend, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt. Aufgaben wertorientierter politischer Bildung, Bonn 1995, S. 333 ff. Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1, Opladen 2000, S. 157 ff. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 184 ff. Vgl.: Meyer, Heinz-Dieter: Fröbel oder Head-Start? Religion und Wissenschaft in der Institutionalisierung frühkindlicher Erziehung in Deutschland und den USA. „Säkularisierung" auf dem Prüfstand, in: Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien 2000, S. 225 ff.

Funktionsverlust einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung, die einstweilen nur in den nationalen Arenen halbwegs funktioniert und darum die auf supranationale Ebenen verschobenen Entscheidungsprozesse nicht mehr erreicht. Auch die schwindende Hoffnung auf die politische Gestaltungskraft der internationalen Gemeinschaft fördert die Tendenz zur Entpolitisierung der Bürger (...) Postmoderne Theorien begreifen diese Krisen vernunftkritisch, und damit nicht als Folge einer selektiven Ausschöpfung der in der westlichen Moderne immerhin angelegten Vernunftpotenziale, sondern als logisches Ergebnis des Programms einer selbstdestruktiven geistigen und gesellschaftlichen Rationalisierung."[270] Den von Habermas angesprochenen sinkenden Einfluss öffentlicher Legitimationszwänge machen sich die Bürger in verschiedenen Lebensbereichen zu Nutze: Schwerkranke Menschen lassen sich im Ausland fremde Organe implantieren oder scheiden im Ausland durch Sterbehilfe aus dem Leben. Kommunikationstechniken wie das Internet erreichen eine Öffentlichkeit, für die nationale Grenzen nahezu bedeutungslos sind. Postnationale Konstellationen entstehen.[271]

Über den wirtschaftlichen Bereich hat die Globalisierung Auswirkungen auf andere Politikfelder. Sie werden als Nebeneffekt ebenfalls „globalisiert", da die Ökonomie eine die Gesellschaft beeinflussende Kraft ist.[272] Durch diese Entwicklung werden die privaten und beruflichen Anforderungen komplexer. Fort- und Weiterbildung sind notwendig, um im Alltag bestehen zu können. Beruflich müssen sich die Arbeitnehmer auf sich verändernde Berufsbilder einstellen. Privat müssen die Menschen die mit den beruflichen Veränderungen - wie geforderte innerbetriebliche und räumliche Mobilität - verbundenen Sinnfragen klären. Globalisierung hat nicht die Bedeutungslosigkeit des Lokalen zur Folge, sondern wirkt vielmehr auf die Ebene des Lokalen nachhaltig ein.[273]

---

270 Habermas, zitiert aus: Habermas/Ratzinger 2005, S. 27 f. Vgl. das Vorwort von Florian Schuller, in: Habermas/Ratzinger 2005, S. 7.

271 Vgl. Keller, Martina: Geschäfte machen mit dem Leben, in: GeoWissen, 35/2005, S. 52 ff. Zum theoretischen Hintergrund von postnationalen Konstellationen siehe Habermas 1998. Vgl. Albert, Mathias / Steinmetz, Willibald: Be- und Entgrenzungen von Staatlichkeit im politischen Kommunikationsraum, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 22.

272 Vgl. Hippler 2005, S. 3.

273 Vgl. ebd., S. 4. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Bonn 1990, S. 456 ff. Dort werden die grundlegenden gesetzlichen Regelungen wie Bildungsurlaub und betriebliche Mitbestimmung vorgestellt.

Politische Bildung

Die Globalisierung hat neben wirtschaftlichen auch gesellschaftliche Folgen für die Nationalstaaten und die Menschen, die in ihnen leben.[274] Mit der Globalisierung rücken die globalen Probleme in den gesellschaftlichen Blickpunkt. Viele Menschen verbinden globale Zusammenhänge wie Klimaveränderung, politische Krisenherde, Migration und Hungersnöte mit der Globalisierung. Dadurch wird die Globalisierung auch ein Thema der politischen Bildung.[275] Politische Bildung hat die Aufgabe, den Bürgern Vertrauen in das politische System zu geben und Partizipationschancen zu vermitteln.[276] Da die Freiwilligkeit in der außerschulischen politischen Bildung konstitutionelles Prinzip ist, ist sie nachfrageorientiert. Die Anbieter müssen die Bildungsinteressen der Kunden[277] bei der Konzeption der Kursprogramme berücksichtigen. Bildungsanbieter wie -nachfrager haben somit, anders als bei der schulischen Bildung, einen entscheidenden Einfluss auf das inhaltliche Angebot. Forscher beobachten bei Jugendlichen einen Trend zur Neugier gegenüber politischer Partizipation. Diese bezieht sich allerdings nicht auf parteipolitische Bindungen und Aktivitäten, sondern auf politische Auseinandersetzungen und auf das Engagement im zivilgesellschaftlichen Bereich wie Vereinen, Bildungseinrichtungen und Hilfsorganisationen.[278] Von kirchlicher Seite wird bei Begründungszusammenhängen zur Bildungsarbeit zunehmend ein Bogen von der kirchlichen Tradition über die politische Bildung zur Globalisierung geschlagen, wie mit folgender Ausführung belegt werden soll:

„Einen Kompass (er-)finden, entdecken und entwickeln können mit Hilfe von Tradition, Kultur, Religion und Philosophie und Karten zeichnen mit Hilfe von Wissenschaften und Alltagswissen aller Art, sind die allgemeinen Ziele der Bildung, damit auch der Weiterbildung im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens. Sie helfen zur Orientierung in unübersichtlichem Gelände, in sich überlagernden Kulturen sowie in der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Beide Bilder aufgreifend, wird sich Evangelische Erwachsenenbildung

---

274 Vgl. „Ende des Schau-Geschäfts. Geschichte und Globalisierung“ von Wolfgang Schivelbusch, in: Der Spiegel 23/2007, S. 186 f.

275 Vgl. Mathes, Horst (Hrsg.): Priorität Politische Bildung, Hamburg 2002.

276 Vgl. Schiele, Siegfried: Demokratie braucht politische Bildung, in: Breit/Schiele 2004, S. 5 ff.

277 Zu einer kritischen Betrachtung der Verwendung von ökonomischen Begriffen wie „Kunde“ in der politischen Bildung siehe den Interviewbeitrag von Meueler in Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 190.

278 Vgl. Scherr 2004, S. 232 f. Vgl. Das Parlament 39/2006, S. 14.

beteiligen an der Entwicklung von ‚Spürsinn' - einer detektivischen Neugierde - und zugleich auf die ‚Spuren Gottes' in Natur und Geschichte verweisen“[279], und weiter: „Übertragen auf die Evangelische Erwachsenenbildung: Sie hat das Ziel, die Begabungen der Menschen zu vermehren, die alle in sich tragen.“[280]

Mit diesen Zielen würde die Evangelische Erwachsenenbildung einen Beitrag für die politische Bildung und für die interkulturelle Bildung leisten.[281]

279 Ebbrecht, Günter: Leitbild, Profil und Ziele Evangelischer Erwachsenenbildung. Ein Diskussionsbeitrag zur Profilbildung Evangelischer Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft, in: Lübking, Hans-Martin (Hrsg.): Kirche braucht Bildung - für ein Profil in der Pluralität, Bielefeld 1998, S. 55.

280 Ders., S. 59.

281 Vgl. Ebbrecht 1998, S. 58.

5 Die Bildungsintentionen von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung

Politik ist das in einer Gesellschaft stattfindende Handeln von Individuen, Gruppen und Organisationen. Im Idealfall wird bei diesen Meinungsbildungsprozessen aus Konflikten ein Konsens erzielt. Diese prozessuale Dimension von Politik kann als Kampf um Macht und Herrschaft bezeichnet werden.[282] Zwischen den Kirchen und der Politik gibt es in der Bundesrepublik Deutschland vielfältige Beziehungsmuster. Es gibt zum Beispiel Kindergärten, Krankenhäuser und Altenheime in kirchlicher Trägerschaft. Kirche und Staat treten in diesen Fällen als Partner auf, da die Kirchen Aufgaben wahrnehmen, die primär in der Zuständigkeit des Staates liegen. In öffentlich-rechtlichen Anstalten haben kirchliche Vertreter einen Sitz. Bei der Ausbildung von Religionslehrern sind die Kirchen beteiligt. Trotz der Partnerschaft in diesen Bereichen geht es auch um Einfluss und Machtfragen. Besonders deutlich wird dies, wenn diese beiden Parteien unterschiedliche Auffassungen zu gesellschaftlichen Themen haben. Aus dem partnerschaftlichen Verhältnis kann dann, wie bei dem Kulturkampf im 19. Jahrhundert, ein Konfliktverhältnis werden.[283]

Im folgenden historischen Längsschnitt soll die Entwicklung und Verschiebung dieser Machtverhältnisse im Kontext der Themenstellung dieser Arbeit von der Zwei-Reiche-Lehre bis zur zweiten Moderne aufgezeigt werden. Entsprechende Publikationen und Veranstaltungsdokumentationen belegen die hier skizzierte historisch nachweisbare Verbindung von evangelischer Kirche und Staat.[284]

---

282 Vgl. Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, München [8]1992, S. 571.

283 Vgl. Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866 - 1918. Band 2, Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 364 f. Vgl. Forndran, Erhard: Religion und Politik. Eine einführende Problemanzeige, in: Forndran 1991, S. 9 f. Zu einem Überblick über die verschiedenen Modelle zum Staat - Kirche - Verhältnis mit historischen Bezügen siehe: Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 401 f. Vgl. Hitzler 1998 (a), S. 176 ff.

284 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3, München 1995. Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4, München 2003. Vgl. Greiffenhagen, Martin: Evangelische Kirche und politische Kultur in Deutschland, in: Grubauer/Lenz 1999. Vgl. Forndran 1991. Vgl. Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866 - 1918. Band 1, Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990. Vgl. Straßer, Gerd: Gesellschaftliche Veränderungen als Herausforderung für den Auftrag zur religiösen Bildung und Erziehung in Schule und Kirche, in: Landeskirchenamt Kassel (Hrsg.): Religiöse Bildung und Erziehung. Beiträge zur Tagung der Landessynode der Evangelischen

Ein ausführlicher historischer Längsschnitt erscheint notwendig, da politikwissenschaftliche Verlautbarungen zum Themenkomplex „Religion und Globalisierung“ häufig auf historische Bezüge wie die Reformation, den Augsburger Religionsfrieden oder den Westfälischen Frieden verweisen[285], aber auf der Ebene von Querverweisen bleiben.

Historische Längsschnittuntersuchungen dienen nicht nur dem Aufzeigen von Entwicklungen, sondern auch dem Aufzeigen von historischen Parallelen. Beck spricht bei diesem Punkt mit Bezug auf ein Werk von Tocqueville davon, dass sich die Jahrhunderte vertauschen würden.[286]

Bei der Lektüre dieses historischen Teils muss beachtet werden, dass Bildung der Weg in die Gesellschaft ist. Ein gesellschaftlicher Akteur muss strategisch in Institutionen denken, um Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können und diese gestalten zu können.[287] Die Institution, bei der dies am ehesten möglich ist, ist die Schule. Deshalb muss der gewählte historische Ansatz die Motivation zur schulischen Bildung berücksichtigen, aus dem sich später die Motivation zur außerschulischen Bildung ableiten lässt.

5.1 Die „Zwei-Reiche-Lehre“ als Begründung des Staat-Kirche-Verhältnisses

Bei der Begründung des kirchlichen Engagements im Bereich der Erwachsenenbildung beziehen sich die evangelischen Landeskirchen und die EKD stets auf die Reformation. Nach Martin Luther soll jeder Christ in der Lage sein, die Bibel zu lesen, was eine Voraussetzung für das Verstehen des Evangeliums sei. Zudem gilt im Protestantismus das Prinzip des „Priestertums aller Gläubigen“, wonach auch Laien an der Verkündigung des Evangeliums mitwirken dürfen.[288] Beide Punkte setzen Bildung voraus.[289]

Kirche von Kurhessen-Waldeck im Mai 2001, Kassel 2002. Nachgewiesen ist diese Tradition bis in die Anfangszeit der christlichen Kirchen. Vgl. Wacker, Bernd: Politische Theologie, in: Eicher, Peter (Hrsg.): Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe. Band 4, München 1991, S. 235 ff. Vgl. Minkenberg 2000, S. 23. Vgl. Buchheim, Hans: Religion und Politik. Einige systematische Überlegungen, in: Forndran 1991, S. 65 ff.

285 Leggewie, Claus: Religionen und Globalisierung (Leggewie 2005 a), in: APuZ 7/2005, S. 3 f.

286 Beck [4]1998 (b), S. 333. Vgl. ders. 2007, S. 62 f.

287 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 87; S. 358 ff. Vgl. Beck 2006, S. 211 ff.

288 Vgl. Nipkow, Karl Ernst: Bildung und Protestantismus in der pluralen Gesellschaft, in: Schweitzer 2002, S. 25 f.

Im Protestantismus gibt es durch Luthers „Zwei-Reiche-Lehre“ eine deutliche Trennung zwischen dem Staat und der Kirche. Nach der Zwei-Reiche-Lehre wird die Kompetenz der Obrigkeit geteilt. Der Kaiser gewährleiste eine weltliche Ordnung. In dieser weltlichen Ordnung gebe es eine Ungleichheit zwischen den Menschen. Es gebe reiche und arme Menschen. Die Christen müssten der weltlichen Macht gehorsam sein. Im Reich Gottes regiere Christus. Nur in diesem Reich, dem Jenseits, herrsche Gleichheit, Gnade und Vergebung. Beide Reiche seien von Gott legitimiert.[290]

Mit Hilfe des folgenden Falls aus dem Jahr 1524 soll diese komplexe Theorie verdeutlicht werden. Der hessische Landesfürst Philipp der Großmütige trifft sich mit dem Reformator Philipp Melanchthon, dem Freund und Kollegen Luthers, in der Wittenberger Fakultät zu einem theologischen Gespräch über die politischen Folgen der Reformation. Nach diesem Gespräch strebt der Landgraf durch eine neue Polizeiordnung das Ziel an, durch evangelische Predigt den drohenden Bauernkrieg aufzuhalten. Bis auf wenige Ausnahmen bleibt das Gebiet des Landgrafen von den großen sozialen Auseinandersetzungen weitestgehend unberührt. Nach besagtem Gespräch verfasst Melanchthon eine Schrift zur Darlegung der kirchlichen Lehre. Diese Schrift gilt als eine der ersten Quellen zu den reformatorischen Maßnahmen in Hessen.[291] In dieser Quelle beschreibt Melanchthon auch das Verhältnis von Kirche und Staat durch einen Vergleich mit der kindlichen Erziehung:

„Ein Kind soll also solange unter dem Gesetz als unter einem Vormund sein, bis es in der Christuserkenntnis erwachsen werde. Diese Kinderzucht ist eine weltliche äußerliche Frömmigkeit, die gute Sitten lehrt, um Frieden und Einigkeit, in der einer dem anderen dient und hilft, in Städten und Ländern zu erhalten (...) Aber diese weltliche Frömmigkeit muss man weit vom Glauben und evangelischer Frömmigkeit trennen.“[292]

Nipperdey erläutert diese schwierige Korrelation der Zwei-Reiche-Lehre wie folgt: „Über

---

289 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 30. Neben Martin Luther ist Philipp Melanchthon als weiterer Reformator zu nennen, der sich für eine breit angelegte Schulreform zugunsten der Alphabetisierung der Bevölkerung einsetzte. Vgl. Schreiner, Martin: Evangelische Schulen und der Bildungsauftrag des Protestantismus, in: Schweitzer 2002, S. 216 ff.

290 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 591 f.

291 Vgl. Dettmar, Werner: Auf dem Weg zu der einen Kirche. Eine Kirchenkunde für die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel ^{2}1989, S. 29 f.

292 Melanchthon, Philipp: Eine kurze Darlegung der Lehre, die jetzt angesehen wird, als wäre sie neu, zitiert aus: Dettmar ^{2}1989, S. 36.

der lutherischen Trennung von Kirche und Politik baute sich ein schwieriges Gemenge von unterschiedlichen Verhältnisbestimmungen auf, das ganz unterschiedliche (...) Folgen hatte. Eines der Zentralmotive des Luthertums, der anthropologische Pessimismus (...), verwies aufs Konservative, aufs Misstrauen gegen Massen, Mehrheiten, Mitbestimmung; ein anderes aber - der Personalismus - begründete gerade, wie bei manchen Evangelisch-Sozialen nach 1900, eine Theologie demokratischer Mitbestimmung."[293]

Die Zwei-Reiche-Lehre trug zu einer gewissen „Staatsloyalität" des Protestantismus bei. Die positiven Aspekte dieser loyalen Beziehung sind das gemeinsame Angehen gesellschaftlicher Herausforderungen. So fiel es den protestantischen Kirchen nach Nipperdey nicht schwer, weltliche Zuständigkeiten wie die Zivilehe dem Staat zu überlassen, während der Staat den Kirchen, trotz der Einführung der staatlichen Schulaufsicht, viele Privilegien im Bildungsbereich zugestand. Die negativen Auswirkungen dieser kirchlichen Staatsloyalität haben sich in der Zeit des Nationalsozialismus gezeigt.[294]

Für die positiven Aspekte der dargelegten loyalen Beziehung zwischen Staat und Kirche auf hessischem Gebiet werden im Folgenden zwei exemplarische Ereignisse genannt:

Die Wiedertäufer waren eine Gruppe von frommen Männern und Frauen, die sich nach der Reformation formierte und mit dem Staat-Kirche-Verhältnis unzufrieden war. Ihr gegen die Obrigkeit gerichteter Widerstand wirkte für viele Landesherren als Bedrohung, sodass sie in vielen deutschen Ländern verfolgt und hingerichtet wurden. Landgraf Philipp suchte hingegen das Gespräch mit ihnen. Als Vermittler ließ er aus Straßburg den Pfarrer Martin Bucer nach Hessen kommen, der zunächst in Kassel, später in Marburg wirkte.[295]

1524 machte Melanchthon den Landgraf Philipp auf die Bedeutung von Lehre, Erziehung, Bildung und Wissenschaft aufmerksam. 1527 ließ er in Marburg die erste Universität auf reformatorischem Boden gründen. Der Hauptgrund für diese Maßnahme war die Verbesserung der Bildung der Pfarrer.[296]

---

293 Nipperdey 1988, S. 103.

294 Vgl. ders., S. 100 ff. Vgl. ders. 1992, S. 364 ff. Vgl. Minkenberg 2000, S. 39 f. Siehe auch das Kapitel zum Nationalsozialismus in dieser Arbeit.

295 Zur Biografie von Martin Bucer und zu Hintergründen über die Wiedertäufer siehe: Dettmar ^{2}1989, S. 63 ff.

296 Vgl. Dettmar 1990, S. 23 ff.

In den Unterkapiteln zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus wird gezeigt, wie schwer es dem Protestantismus fiel, das Staat-Kirche-Verhältnis unter grundsätzlich veränderten politischen Voraussetzungen neu zu bestimmen. Dies lässt sich nur vor dem Hintergrund der hier geschilderten erfolgreichen Staat-Kirche-Beziehung erschließen.

5.2 Bildungspartner und Kulturkampf – ein spannungsvolles Gegenüber von Kirche und Staat

Für die evangelischen Kirchen fungierten die Landesherren bis zum Ende des Kaiserreiches als oberste Bischöfe. Diese „Beziehungsform" der beiden gesellschaftlichen Akteure wird „landeskirchliches Summepiskopat" bezeichnet.[297] Diese Doppelfunktion der Landesherren hatte Auswirkungen auf das Staat-Kirche-Verhältnis, welches sich besonders im Kaiserreich entscheidend änderte. In diesem Unterkapitel soll das mit dem landeskirchlichen Summepiskopat zusammenhängende Spannungsverhältnis von Kirche und Staat aufgezeigt werden. Die diesbezügliche Partnerschaft und die Konfliktlinie zwischen Kirche und Staat zeigten sich besonders deutlich in der Frage der Schulpolitik und des Religionsunterrichts. Deutlich wird dies bei Friedrich Adolph Wilhelm Diesterwegs Haltung, dass jeder Lehrer zumindest implizit Religion lehren müsse, die Kirche in der Schule, bzw. in der Schulpolitik gleichwohl keine legitime Rolle habe.[298]

5.2.1 Elementarbildung und christliche Unterweisung

Von der Zeit der Reformation bis zum Deutschen Kaiserreich 1871 war das Ziel der kirchlichen Aktivitäten im Bildungsbereich primär die Unterweisung der Bevölkerung in einer Elementarbildung, die sich auf die Schulung der Lese- und Schreibfertigkeiten konzentrierte. Die Bevölkerung sollte die Bibel lesen, verstehen und am kirchlichen Gemeindeleben partizipieren können. Der typische Stundenplan war in den Dorfschulen von der Dominanz der Fächer Religion und Deutsch geprägt. Religion wurde meistens in der ersten Stunde,

---

297 Kirchliche Oberaufsicht durch die Landesfürsten in den protestantischen Territorien. Der Landesfürst hatte weitreichende kirchliche Befugnisse, wie die Berufung führender Kirchenmänner und die Einberufung der Synoden. Vgl. Wehler 2003, S. 436 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 107; S. 267.

298 Vgl. Schreiner 2002, S. 220 ff. Vgl. Schieder, Rolf: Die Zivilisierung der Religion durch Bildung als Programm und Problem des Protestantismus, in: Schweitzer 2002, S. 41 f.

Deutsch in der zweiten Stunde gelehrt. Im weiteren Verlauf des Vormittags wurden die übrigen Fächer wie Mathematik und Sport unterrichtet. Diese durchgängig nachgewiesene und bis auf die Reformatoren Luther und Melanchthon zurückgehende Konstruktion des Stundenplans[299] lässt auf eine Intention schließen. So strebten die protestantischen Kirchen im 17. Jahrhundert keine weltlichen Bildungsanstalten an, sondern einen Unterricht zur Unterstützung der innerkirchlichen Lehrtätigkeit, also eine kirchliche Laienschulung. Mit kurz gefassten Hilfsbüchern sollten auch Laien in der Lage sein, die Bemühungen der Pfarrer zu unterstützen.[300] Wenn die Bildungsaktivitäten, wie hier beschrieben, über das Vermitteln von Elementarkenntnissen hinausgehen, ist mit der Auswahl der Bildungsinhalte ein politisch-gesellschaftliches Ziel verbunden. Im 17. Jahrhundert war es die Schaffung und Festigung einer Volksfrömmigkeit. Die Motivation, den Bildungsstand der einfachen Bevölkerung zu heben, war somit christlich-religiös geprägt.[301]

5.2.2 Das Staat-Kirche-Verhältnis in Preußen

Preußen entwickelte sich im 19. Jahrhundert zum dominierenden deutschen Staat. Die innenpolitischen Entwicklungen sind exemplarisch für die der meisten anderen deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts. Im protestantisch geprägten Preußen gab es 1763 einen erneuten Erlass zur allgemeinen Schulpflicht. Dennoch wurden lediglich ca. 50 % der schulpflichtigen Kinder unterrichtet. Bis 1848 stieg die Schulbesuchsquote aufgrund staatlicher Bemühungen auf 82 %. Für diese Untersuchung ist dies von entscheidender Bedeutung: Die evangelischen Kirchen waren maßgeblich am Ausbau des Bildungsstandards der Bevölkerung beteiligt. Sie förderten die Lese- und Schreibfertigkeit, damit der Christenmensch nicht nur die Bibel lesen, sondern auch der zeitgemäßen Kontroverse um die Aus-

299 Vgl. Weber-Kellermann, Ingeborg: Landleben im 19. Jahrhundert, München 1987. Vgl. Rutschky, Katharina: Deutsche Schulchronik, Köln 1987. Vgl. Mokrosch 2002, S. 181 f. Vgl. Schweitzer, Friedrich: Die Verantwortung der Kirche für das öffentliche Schulwesen (Tagungsbeitrag), in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Hofgeismarer Protokolle Nr. 249. Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule, Hofgeismar 1988, S. 76. Vgl. Schreiner 2002, S. 217 ff. Vgl. Rothe, Aribert: Evangelische Erwachsenenbildung in der DDR und ihr Beitrag zur politischen Bildung, Leipzig 2000, S. 34, FN 165.

300 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 30. Vgl. Flitner, Wilhelm: Die vier Quellen des Volksschulgedankens, Hamburg 1949, S. 35 ff.

301 Historische Zeugnisse dieses Bildungserfolges sind Hausinschriften und Grabsteine, in denen auf Bibelstellen verwiesen wird, sowie Briefe aus jener Zeit. Vgl. Flitner 1949, S. 35 ff.

legung der Bibel folgen konnte. Die Dorf- und Stadtpfarrer waren oft Schulinspektoren und konnten durch diese Doppelfunktion sowohl Einfluss auf den Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung, den Stand der allgemeinen schulischen Bildung und auf die gesellschaftliche Diskussion über Kirche und Bibelauslegung nehmen. Diese Doppelfunktion führte oft zu einem Spannungsverhältnis zwischen den Funktionen Lehrer, Pfarrer und Schulaufsicht.[302] Durch diese, auf pragmatische Gründe zurückzuführende, Ämterhäufung hatte die untere kirchliche Ebene eine hohe bildungspolitische Machtfülle.

Infolge des Kulturkampfes wurde diese Macht deutlich reduziert. So wurde 1871 durch Bismarcks Politik als eine der ersten administrativen Maßnahmen im neuen Reich die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium geschlossen. Mit dem Schulaufsichtsgesetz 1872 wurde der Kirche in Preußen die geistliche Aufsicht über die Schulen entzogen. Schließlich wurde das staatliche Aufsichtsrecht ausgedehnt, die kirchliche Disziplinargewalt eingeschränkt, die Zivilehe als allein gültige Ehe eingeführt (1875) und die Geldzuwendungen an die Katholische Kirche gesperrt.[303] Dennoch war der Staat im Bildungsbereich auf die Zusammenarbeit mit den Kirchen angewiesen, da er aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in den Städten die schulische Bildung allein nicht leisten konnte. Zudem gab es soziale Spannungen. Die schulische Bildung sollte durch die Erziehung zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit einen Beitrag zur Festigung des politischen Systems und zur Vorbeugung von Revolutionen leisten. Durch Luthers Zwei-Reiche-Lehre eigneten sich insbesondere die evangelischen Kirchen zur Vermittlung dieser Bildungsziele und somit als Bildungspartner des Staates.[304] In den deutschsprachigen Ländern wurden zunehmend Schulen in evangelischer Trägerschaft gegründet, obwohl die protestantischen Kirchen ihre Interessen auch in den staatlichen Schulen grundsätzlich gewahrt sahen.[305]

---

302 Den Ortsgeistlichen oblag meistens die dienstliche Aufsicht über den Dorfschullehrer. Zudem war der Ortspfarrer im 19. Jahrhundert oft Vorgesetzter des Lehrers, da viele Lehrer zusätzlich als Küster oder Organist tätig waren. Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 2, München 1987, S. 478 ff. Vgl. Nipperdey 1990, S. 531 ff. Vgl. Grane, Leif: Die Kirche im 19. Jahrhundert. Europäische Perspektiven, Göttingen 1987, S. 126.

303 Vgl. Uhlig, Christa: Die Trennung von Schule und Kirche - ein ungelöstes Problem deutscher Bildungsgeschichte, in: Gamm, Hans-Jochen u. a. (Hrsg.) Jahrbuch für Pädagogik 2005. Religion - Staat - Bildung, Frankfurt 2006, S. 165 f.

304 Vgl. ebd., S. 165 f.

305 Vgl. Schreiner 2002, S. 221.

Mit dem „Schulunterhaltungsgesetz“ endete der Kulturkampf 1906 mit einem Kompromiss. Die staatliche Schulaufsicht wurde bestätigt, die Konfessionalität der Schule wurde festgeschrieben und den Kirchen wurden weit reichende Einflüsse im Bereich des Religionsunterrichts eingeräumt.[306]

5.2.3 Staat und Kirche in Kurhessen

Der Kulturkampf war zwar in erster Linie ein Konflikt zwischen Bismarck und der katholischen Kirche, hatte aber auch Auswirkungen auf die protestantischen Kirchen und auf das Bildungssystem im Deutschen Reich und in der BRD. So ist die in der Zeit des Kulturkampfs eingeführte staatliche Schulaufsicht heute noch gültig. Der Kanzelparagraf, nach dem Geistliche mit Amtsentlassung und Gefängnisstrafe rechnen mussten, wenn ihre Predigten allzu staatskritisch waren, blieb bis 1953 bestehen.[307]

Die protestantischen Predigten waren in den deutschen Ländern ab 1870 pro oder kontra Reichsgründung ausgerichtet. Die evangelischen Kirchen nahmen auf diesen Meinungsbildungsprozess starken Einfluss. In dieser Zeit zeigt sich deutlich, dass die Kirchen auf politisch-gesellschaftliche Änderungen reagieren können und in der innerorganisatorischen Erneuerung keineswegs so schwerfällig sind, wie es vermutet werden könnte.

Schließlich haben die protestantischen Kirchen am Ende des Kulturkampfes gesellschaftliche Reformen wie die Zivilehe schnell anerkannt. Innerhalb des Protestantismus gab es auch keine nennenswerten Bestrebungen, die Zivilehe wieder rückgängig zu machen.[308]

In vielen Gebieten setzte diese säkulare Gesellschaftsentwicklung allerdings schon vor dem Kulturkampf ein. 1803 stieg Hessen-Kassel zum Kurfürstentum auf. 1821 setzte Kur-

---

306 Vgl. Uhlig 2006, S. 165 f.

307 Vgl. Grane 1987, S. 138. Vgl. ebd., S. 190 ff. Vgl. Nipperdey 1988, S. 104. Vgl. ders. 1992, S. 364 ff. Vgl. ders. 1990, S. 533 ff. Vgl. Müller, Helmut: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn ^{2}1990, S. 186 f. Vgl. Wehler 1987, S. 478 f. Im Gebiet des Fürstentums Waldeck-Pyrmont galt bereits 1849 die Zivilehe. Die kirchliche Trauung konnte nur nach der Vollziehung des „Civil-actes“ vollzogen werden. Unterschiedliche Konfessionen waren kein bürgerliches Ehehindernis. Das Unterrichts- und Erziehungswesen unterstand der Oberaufsicht des Staates und war mit Ausnahme des Religionsunterrichts der kirchlichen Beaufsichtigung enthoben. Vgl. §§ 13 - 22 Staatsgrundgesetz für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Titel I vom 29. Mai 1849, in: Waßmann, Dieter: Waldeck. Geschichte einer Landeskirche, Kassel 1984, S. 228 f.

fürst Wilhelm II. eine Zäsur im Staat-Kirche-Verhältnis. Er erklärte kirchliche Angelegenheiten als Aufgabe des Staates. Als Ausgleich für wegfallende Staatsleistungen an die Kirchen wurde die Kirchensteuer eingeführt. Ab 1848 gab es in Kurhessen Religionsfreiheit. Der Herrscher konnte nicht mehr sein Bekenntnis für vorrangig erklären und andere bestenfalls dulden. Dies schränkte den Einfluss des Herrschers auf die Kirchen ein. Der Ruf nach einer strikten Trennung von Kirche und Staat kam in Kurhessen nicht nur von Seiten des Staates. Es gab auch einflussreiche Theologen, die eine solche Trennung befürworteten. Zu nennen ist der evangelische Theologe August Vilmar. Zunächst setzte er sich für eine stärkere Mitwirkung der Gemeindeglieder ein. Bestrebungen nach einer kirchlichen Selbstverwaltung durch Generalsynoden unter Beteiligung von Laien gingen ihm zu weit. Deshalb forderte er 1849 in Jesberg die völlige Trennung der Kirche vom Staat, womit er sich aber nicht durchsetzen konnte.[309]

Das Spannungsverhältnis von Staat und Kirchen im 19. Jahrhundert sollte mit diesem Kapitel aufgezeigt werden. Nipperdey spricht von einem Schulstaat, in dem Schulpolitik ein Normalbestand der Politik wurde und sich politisch aktuelle Konflikte auch schulpolitisch niederschlugen. In dieser gesellschaftspolitisch konfliktreichen Phase waren die Kirchen die dominierenden Akteure in der Bildungsarbeit, deren Monopol allerdings im Zuge der Säkularisierung zu bröckeln begann. Die gesellschaftlichen Akteure Staat und Kirchen waren trotz grundsätzlicher Differenzen und Machtkämpfe aufeinander angewiesen.[310]

---

308 Der „Pastorennationalismus“, der Kaiser, Reich und Protestantismus als zusammengehörende Elemente ansieht, konnte sich durchsetzen. Die in der Bildung tätigen Pastoren konnten die Bildungstätigkeit nutzen, um diese Gesellschaftsauffassungen zu verbreiten. Vgl. Nipperdey 1988, S. 93 ff.

309 Von 1866 an gehörte das Kurfürstentum Kurhessen zu Preußen. Die Kirchen wurden zunächst unter Aufsicht des Kultusministeriums gestellt. 1848 wurde von der preußischen Regierung ein Gesamtkonsistorium geschaffen. Vgl. Unglaube, Peter: Einblicke in Kurhessens Kirchengeschichte, Kassel 1996, S. 54 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 124 f.

310 Vgl. Nipperdey 1990, S. 531 ff. Vgl. Grane 1987, S. 157 ff.

5.2.4 Bildungsvereine im 19. Jahrhundert

Im Zuge der entstehenden Arbeiterbewegung gründeten sich in den deutschen Staaten Vereine zur Arbeiterbildung. Diese waren meist interessenorientiert, gesellschafts- und kirchenkritisch.[311] Anfang des 19. Jahrhunderts wurden diese Vereinstätigkeiten durch die restriktive Anwendung der Vereinsgesetze in Kurhessen und Hessen-Darmstadt behindert. Dennoch kam es zu weiteren Vereinsgründungen. 1859 wurde der „Arbeiterfortbildungsverein Cassel“ gegründet, der 1863 bereits 1000 Mitglieder zählte. Organisatorisch arbeitete der Verein auf hohem Niveau. Unterricht fand im eigenen Gebäude in den Fächern Deutsch, Rechnen, Französisch, Englisch, Zeichnen und Gesang statt. Darüber hinaus wurden wöchentliche Vorträge angeboten. In anderen hessischen Städten wie Frankfurt (1861), Fulda (1862), Eschwege, Melsungen, Gießen, Hanau und Offenbach (1863) gab es ähnliche Vereinsgründungen. Ab 1863 schlossen sich diese Vereine zu Verbänden zusammen. Das Vereinswesen dieser Zeit kann als Gründungszeit der institutionalisierten Erwachsenenbildung im deutschsprachigen Raum angesehen werden.[312]

Neben dem staatlichen Anbieter entstand den Kirchen mit diesen Vereinen und Verbänden ein weiterer Konkurrent im Bildungsbereich. Auf kirchlicher Ebene entstand als Antwort auf diese Entwicklung ein Vereinsleben für Erwachsene in kirchlicher Trägerschaft.

Die heutigen Bereiche der kirchlichen Frauen- und Männerarbeit wurzeln in diesen Vereinsgründungen.[313]

---

311 Der „Rhein-Mainische Verband für Volksbildung“ war ein Zusammenschluss örtlicher Bildungsvereine im Rhein-Main-Gebiet. Er wurde 1899 gegründet. Bis 1915 entwickelte er sich zu einem regionalen Verband mit 243 körperschaftlichen und 643 Einzelmitgliedern. Er war klassenübergreifend ausgerichtet und erhob den Anspruch einer neutralen Bildungsarbeit. Der erwachsene Mensch solle sein Urteil selbst bilden. Für weitere Informationen siehe: Vogel, Rudolf Martin: Volksbildung im ausgehenden 19. Jahrhundert, Stuttgart 1959, S. 23 ff. Vgl. Uhlig 2006, S. 166 f.

312 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 30 ff. Die Entstehung der Vereine ist in erster Linie ein städtisches Phänomen und Resultat der Industrialisierung. Dennoch umfasste die Vereinskultur tendenziell alle Lebensbereiche. Vereine im 19. Jahrhundert gelten als typische Organisationsform bürgerlicher Lebenswelt. Ihr sozialer Träger war überwiegend das Bildungsbürgertum. Vgl. Sachße, Christoph: Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen 2000, S. 78.

313 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 30 ff.

Innerhalb der Arbeiterverbände kam es zwischen 1863 und 1869 zu Richtungskämpfen zwischen den Gruppen des Bürgertums und der Arbeiter. Auf die Einzelheiten soll hier nicht näher eingegangen werden.[314] Es soll deutlich werden, dass Bildungsarbeit besonders bei nichtstaatlichen Organisationen stets mit Interessenorientierung verbunden ist, auch wenn die Vorsätze zunächst frei von Interessengebundenheit sind.

Der „Rhein-Mainische Verband für Volksbildung" nennt als Grundprinzip seiner Aufgabenstellung im ersten Jahresbericht 1900 unter Punkt drei: „Vollständige Neutralität gegen jede politische Bestrebung."[315]

Die kirchlichen und weltlichen Vereine und Verbände hatten bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert adressatenbezogene Schwierigkeiten: Der Zweigverein Wiesbaden klagte 1875 in der Mitgliederzeitschrift „Bildungsverein", dass man die Arbeiterkreise nicht erreiche. 1890 bat in Frankfurt das „Komitee für Veranstaltungen unentgeltlicher volkstümlicher Vorträge" das freie deutsche Hochstift um Unterstützung, damit die Arbeiterkreise verstärkt in die Kulturarbeit einbezogen werden können.[316] Der Rhein-Mainische Verband suchte die Lösung in einer Doppelstrategie: Er trennte in seinem Angebot inhaltlich und methodisch zwischen Stadt- und Landklientel. In Städten stand die Belebung des Kulturlebens im Vordergrund. Der Verband setzte sich dort für Nachmittagsvorstellungen in Theatern mit vergünstigten Preisen und unentgeltliche Museenöffnungszeiten zu bestimmten Zeiten ein. In ländlichen Gebieten standen in Vortragsreihen allgemeinbildende Themen zu den Bereichen Ortsgeschichte, Natur, Volksbräuche, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Vordergrund.[317]

5.3 Das Gegenüber von Staat und Kirche in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik wurde die Trennung von Kirche und Staat im Bereich der weltlichen Aufgaben mit dem Ende des landeskirchlichen Summepiskopats endgültig vollzogen. Durch das Summepiskopat war der Protestantismus staatsloyal eingestellt. Das Ende

314 Dittrich, Eckhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert, Bensheim 1980.

315 Zitiert aus: Vogel 1959, S. 32.

316 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 47 f.

317 Vgl. Vogel 1959, S. 25 ff.

der Monarchie bedeutete das Ende des bisherigen Staats-Kirche-Verhältnisses, das mit dem Begriff „Symbiose“ treffend charakterisiert werden kann.[318]

Der Beginn der Weimarer Republik war aufgrund dieser Entwicklungen historisch ein günstiger Zeitpunkt, Grundzüge einer protestantischen Erwachsenenbildung zu entwickeln.[319] Schließlich war mit der Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses auch die Neubestimmung der gesellschaftlichen Aktionsfelder der evangelischen Kirchen verbunden, was mit Hilfe der rechtlichen Stellung der Kirchen in der Weimarer Republik gezeigt werden soll.

Aufgrund von erheblichen Widerständen gegenüber einer strikten und kompromisslosen Trennung von Kirche und Staat wurde 1919 durch die Nationalversammlung ein Kompromiss beschlossen: Kirche und Staat wurden getrennt (Art. 137, Reichsverfassung). Dennoch war die Kirche eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit der Garantie des Kirchensteuereinkommens. Die Kirchen hatten somit noch immer einen höheren rechtlichen Status als Vereine. So wurde die Tradition der Symbiose zwischen Kirche und Staat annähernd erhalten, wenngleich es ein Ressentiment der Kirchen, insbesondere der protestantischen, gegenüber dem Staat gab.[320] In der Weimarer Republik gab es, stärker als in anderen Epochen, nicht nur ein Gegenüber von Staat – Kirche, sondern auch von Protestantismus - Katholizismus. Besonders die Allianz von politischem Katholizismus und Sozialdemokratie verfestigte in protestantischen Kreisen die republikkritische Haltung.[321]

1923 ermöglichte die preußische Regierung in Kurhessen die Selbstverwaltung der Kirche. Als Preußen 1929 das Fürstentum Waldeck übernahm, wurde auch dort die kirchliche

---

318 Für die Waldecker Landeskirche war das Ende des Summepiskopats ein schwerwiegender Einschnitt. In einer im kirchlichen Amtsblatt Nr. 16 vom 16.11.1914 veröffentlichten Verlautbarung heißt es dementsprechend: „Es ist noch nicht zu übersehen, welche Einwirkung diese Vorgänge nach Gottes Ratschluß auf unsere Landeskirche und ihr Verhältnis zu ihrem Landesbischof haben werden. Mag das Band, das die Landeskirche mit ihrem Landesbischof verbindet, auch äußerlich gelöst werden, in Liebe und Dankbarkeit wird die Kirche stets der treuen Fürsorge gedenken, in der ihr Bischof das Wohl der Kirche auf dem Herzen getragen hat ...“ Da der Fürst im Sinne des Summepiskopats die Oberaufsicht über die Kirche hatte, ist mit dem Bischof der Fürst gemeint. In der Quelle wird das traditionell enge Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Waldeck betont. Zitiert aus: Waßmann 1984, S. 169.

319 Vgl. Seiverth, Andreas: Auf dem Weg in die Moderne. Zur Konstitutionsproblematik Evangelischer Erwachsenenbildung - eine historische Skizze, in: DEAE 1995, S. 60.

320 Vgl. Wehler 2003, S. 439. Vgl. Waßmann 1984, S. 172. Vgl. Seiverth 1995, S. 64.

321 Vgl. Schieder 2002, S. 40 f.

Selbstverwaltung eingeführt. Die evangelischen Landeskirchen gaben sich einen Aufbau, in dem jede Ebene ihre eigene Leitung wählte. In Kurhessen sah das wie folgt aus: Kirchenvorstände führten die Gemeinden. Die Gemeinden bildeten 26 von Kreispfarrern geleitete Kirchenkreise, die sich auf drei Sprengel verteilten. Diese unterstanden den Landespfarrern, von denen einer die Kirchenregierung leitete. Die Landeskirche erhielt, wie auch die übrigen Landeskirchen seit 1919, die Eigenschaft einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zuvor hatte sie den Rang eines kirchlichen Verwaltungsbezirks.[322]

Für das kirchliche Engagement im Bildungsbereich hatte die neue Staat-Kirche-Beziehung weit reichende Folgen: Die Kirche büßte endgültig ihre dominierende Rolle im Bildungsbereich ein. Schulgründungen in evangelischer Trägerschaft blieben die Ausnahme.[323] Die Erwachsenenbildung gewann innerhalb der evangelischen Kirchen an Bedeutung, da dieses Betätigungsfeld zur Positionierung der evangelischen Kirchen gegenüber dem neuen, fremd anmutenden demokratischen Staat beitrug.[324] Der Religionsunterricht blieb ein wichtiges Bindeglied im Staat-Kirche-Verhältnis. Im kirchlichen Amtsblatt der Waldecker Landeskirche Nr. 2 aus dem Jahr 1919 wird ein Passus der badischen Generalsynode zitiert, in dem vor einer vollkommenen Trennung von Kirche und Staat gewarnt und die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen gefordert wird.[325] Allerdings war es gerade der Religionsunterricht, der zu den ersten Spannungen im Staat-Kirche-Verhältnis der Weimarer Republik führte. Im Februar 1919 initiierte das Fürstlich Waldeckische Konsistorium eine Unterschriftensammlung für den Erhalt des christlichen Charakters der Schule. Diese sollte der Weimarer Nationalversammlung überreicht werden. Die Folge dieser Unterschriftensammlung war die Durchführung eines reichsweiten Volksbegehrens für die christliche Schule.[326]

---

322 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 19. Vgl. Wölbing, Werner (Hrsg.): Handbuch der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Beschreibung der Kirchengemeinden und Kirchenkreise, Kassel 1994, S. 29. Vgl. Unglaube 1996, S. 58. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 107. Vgl. Wehler 2003, S. 437. Vgl. Waßmann 1984, S. 172 ff. Die Kirchenkreis- und Sprengeleinteilung wurde später noch verändert.

323 Vgl. Rothe 2000, S. 29 f.

324 Vgl. Wehler 2003, S. 439. Vgl. Seiferth 1995, S. 73. Vgl. Schreiner 2002, S. 222.

325 Vgl. Waßmann 1984, S. 170 f.

326 Vgl. ebd. S. 171 f. Vgl. Seiverth 1995, S. 63 f.

Während der Weimarer Republik blieb das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Staat auf ein distanziertes Gegenüber beschränkt. Entsprechend der kritischen Grundeinstellung des Protestantismus gegenüber der Republik bildete sich eine völkisch-nationalistische Strömung, die „Politische Theologie“ heraus.[327] Die ideologische Maxime dieses Begriffs formulierte Erik Peterson 1933.

Politische Theologie sei „nicht etwa ihrem Wesen nach ein Bestandteil der Theologie, sondern vielmehr des politischen Denkens.“[328]

Die Intention, durch religiöse Verklärung eine politische Ideologie zu begründen und zu legitimieren, wird durch diese Definition angedeutet. Im Kapitel zum Nationalsozialismus wird im Abschnitt zur Institutionalisierung einer Säkularreligion aufgezeigt, wie dies mit Hilfe der politischen Bildung realisiert werden sollte. Karl Barth und Paul Tillich versuchten mit einer Theologie ohne politische Einflüsse einen Gegenpol zu setzen.[329] Der Klärungsprozess konnte nicht abgeschlossen werden, da er durch den Nationalsozialismus unterbrochen wurde.[330] Die „Politische Theologie“ prägte das geistliche Fundament der „Deutschen Christen“, auf die im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird.

5.4 Die Zeit des Nationalsozialismus

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Kirchen in politische Auseinandersetzungen hineingezogen. Eine gesellschaftspolitische Positionierung war für die evangelischen Kirchen dringend geboten, da der Nationalsozialismus einen Staat ohne christliche Kirchen schaffen wollte. Die konstitutive, obrigkeitsloyale Grundeinstellung des Protestantismus erwies sich in dieser Zeit als ein Manko.[331] Die evangelischen Kirchen waren gegenüber der nationalsozialistischen Beeinflussung aufgrund der obrigkeitsloyalen Zwei-Reiche-Lehre anfälliger als die katholische Kirche und somit mehr als die katholische Kirche an

---

327 Vgl. Wehler 2003, S. 440 ff. Vgl. Wacker 1991, S. 239 ff. Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts taucht der Begriff unter „neue politische Theologie“ in der theologisch-politischen Diskussion mit neuer Bedeutung, u. a. mit Bezügen zu den Barmer Thesen und zur Befreiungstheologie, wieder auf. Vgl. Wacker 1991, S. 242 f.

328 Peterson, Erik. Zitiert aus: Wacker 1991, S. 240.

329 Vgl. ebd., S. 329 ff. Vgl. Wehler 2003, S. 440 ff.

330 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 110 f.

331 Vgl. ebd. Vgl. Seiverth 1995, S. 65.

der Regimeförderung des Nationalsozialismus beteiligt.[332]

5.4.1 „Deutsche Christen“ und „Bekennende Kirche“

Zwei Strömungen, die sich zu politischen Gruppen innerhalb der evangelischen Kirchen entwickelten, versuchten, den Protestantismus im Staat-Kirche-Verhältnis neu zu positionieren: die den Nationalsozialismus ablehnende „Bekennende Kirche“ und die dem Nationalsozialismus nahe stehenden „Deutschen Christen“. Die innerkirchlichen Konflikte zwischen diesen beiden Gruppen werden als „Kirchenkampf“ bezeichnet. Die Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen Christen und den Anhängern der Bekennenden Kirche drohten die evangelischen Kirchen zu spalten.[333] Beide Gruppen werden im Folgenden vorgestellt.

„Deutsche Christen“

Im Mai 1932 wurde die Vereinigung „Deutsche Christen“ gegründet. Der Berliner Pfarrer Hossenfelder war die zentrale Figur der Deutschen Christen. Im Juni desselben Jahres trat sie mit den von Hossenfelder vorbereiteten völkisch geprägten „Richtlinien“, in denen ein arteigenes Christentum propagiert wurde, an die Öffentlichkeit. Weitere Maximen waren der Schutz der Substanz des deutschen Volkes vor Minderwertigen, das Verbot der Mischehen mit Juden und die Aufhebung der Judenmission. Inhaltlich wie sprachlich finden sich mit diesen Leitgedanken Parallelen zum Schrift- und Gedankengut der NSDAP. Dementsprechend forderten sie 1933 eine Bejahung des Nationalsozialismus und die Anwendung des Führerprinzips auf allen kirchlichen Leitungsebenen.[334] Im theologischen Bereich setzten sie sich für das Entfernen tradierter jüdischer Elemente aus der Bibel, dem Liedgut und

---

332 Vgl. Wehler 2003, S. 795 ff. Vgl. ebd., S. 958 f.

333 Im Gebiet der Evangelischen Kirche Waldeck-Pyrmont war der Kirchenkampf besonders stark ausgeprägt. In diesen Kontext erfolgte die „Vereinigung“ der Landeskirchen Waldeck-Pyrmont mit der Evangelischen Landeskirche Hessen-Kassel. Das Gebiet von Pyrmont wurde mit der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover vereinigt. Auf die Einzelheiten kann an dieser Stelle verzichtet werden. Zur weiteren Beschäftigung mit diesem Teil der Kirchengeschichte siehe: Waßmann 1984, S. 192 ff. Vgl. Hederich, Michael: Dem Unrecht widerstehen. Der Kampf des waldeckischen Pfarrers Wilhelm Menge um seine Kirche und Gemeinde in Nieder-Ense von 1933 bis 1936, Korbach 2004. Der Begriff des Kirchenkampfes wird auch im Kontext des Gegenübers von Kirche und Staat im Nationalsozialismus verwendet. Zu den einzelnen Definitionen siehe Wehler 2003, S. 795 f.

334 Zu den Hintergründen dieser Gründung siehe ebd., S. 443. Zu den Zielen siehe ebd., S. 800.

aus der Symbolik ein. In letzter Konsequenz hätte das die Herauslösung des Alten Testaments aus der Bibel bedeutet. Im öffentlichen Leben zeigte sich der starke Einfluss der Deutschen Christen im Zuge der Gleichschaltung, als 80 0000 Mitglieder des Evangelischen Jugendwerks Ende 1933 der Hitlerjugend überstellt wurden.[335]

Die evangelischen Landeskirchen hatten mit dem Kirchenbundesrat einen Verband, der die Landeskirchen in der Gesamtheit repräsentieren sollte. Vom strukturellen Aufbau her ist dieser Verband mit der späteren EKD vergleichbar. Der Präsident des Kirchenbundesrates bezog keine deutliche Stellung zu den Deutschen Christen, die aus ihrer Nähe zur NSDAP kein Geheimnis machten. Die Entwicklungen wurden vom Kirchenbundesrat beobachtet und toleriert.[336] Zwischen 1932 und 1933 gewannen die Deutschen Christen innerhalb der evangelischen Landeskirchen zunehmend die Oberhand. Aus dem Gegenüber von Staat und Kirche aus der Zeit der Weimarer Republik entwickelte sich zu Beginn des Nationalsozialismus ein innerkirchlicher Richtungskampf, den die Deutschen Christen für sich entscheiden konnten. Wehler spricht in diesem Kontext von einem radikalisierten Nationalprotestantismus.[337]

„Bekennende Kirche“

In den 30er Jahren entstand eine Kirchenbewegung innerhalb der evangelischen Kirchen, die sich 1934 auf der „Barmer Bekenntnissynode“ als Opposition gegen den Nationalsozialismus und gegen die Deutschen Christen formierte. Ziel dieser Bewegung war die Erneuerung der protestantischen Kirchen, was in der „Barmer Theologischen Erklärung“ festgehalten wurde. In dieser Erklärung bekannte sich die „Bekennende Kirche“ um den Pfarrernotbund Martin Niemöller zum politischen Auftrag der Kirchen.

In der Schrift heißt es, dass die Kirche den zur Sorge um Recht und Frieden verpflichteten Staat „an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit auch an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“[338] erinnert.

---

335 Vgl. Waßmann 1984, S. 182 ff. Vgl. Wehler 2003, S. 802 ff.

336 Vgl. ebd., S. 443.

337 Vgl. ebd., S. 445; S. 795 ff.

338 Zitiert aus: Burgsmüller, Alfred / Weth, Rudolf (Hrsg.): Die Barmer Theologische Erklärung, Neukirchen-Vluyn 1983, S. 38. Vgl. Wehler 2003, S. 803 ff.

Die Angehörigen der Bekennenden Kirche verfügten zwar über eine „nationalprotestantische Mentalität“[339]. Eine völkische oder antisemitische Gesinnung lag bei den Anhängern der Bekennenden Kirche in der Regel jedoch nicht vor.[340] Die Bekennende Kirche stellte, so weit überschaubar und von der Zwei-Reiche-Lehre abgesehen, erstmals in der evangelischen Kirchengeschichte einen ausdrücklichen Zusammenhang zwischen politischer Verantwortung und kirchlicher Verkündigung her. Das zentrale Merkmal besteht in der Auffassung, dass der kirchliche Auftrag an die Gesellschaft gerichtet sei und dass das Evangelium auch einen in den politischen Bereich wirkenden Anspruch habe. Die Barmer Theologische Erklärung ist mehr als ein Schlüsseldokument des protestantischen Kirchenkampfes in der Zeit des Nationalsozialismus. Diese Schrift wird von protestantischen Theologen als „Grunddokument der kirchlichen Entwicklung des 20. Jahrhunderts“[341] angesehen. Nach Ansicht von Wolfgang Huber bildet sie den „wichtigsten Bekenntnistext, den der deutsche Protestantismus seit dem Jahrhundert der Reformation überhaupt hervorgebracht hat.“[342]

Der Einfluss der Bekennenden Kirche und die Wirkung der Barmer Theologischen Erklärung waren im politischen Widerstand allerdings gering.[343] Die Erklärung enthält zwei zentrale Merkmale, ein theologisches und ein gesellschaftspolitisches. Beide Merkmale haben eine reformatorische Charakteristik: Jesus Christus wird als das eine Wort Gottes in den Mittelpunkt der Argumentation gestellt. Glaube, Gnade und Bibel sind die zentralen Bezüge des ersten Punktes. Das zweite Merkmal ist die Öffentlichkeit der Kirche.

Dazu heißt es: „Der Auftrag der Kirche (...) besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“[344]

Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche besteht demnach in einem Missionsauftrag.

---

339 Ders., S. 804.

340 Vgl. Ebd.

341 Huber ^{2}1999, S. 108.

342 Ders., S. 108. Huber ist Ratsvorsitzender der EKD und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Vgl. www.ekbo.de (Homepage der Landeskirche, Stand: 29.03.2008).

343 Vgl. Lenthe, Christian: Zur politischen Betätigung von kirchlichen Mitarbeitern in den evangelischen Landeskirchen der EKD und ihrer Zusammenschlüsse, Frankfurt/Main 1991, S. 94. Vgl. Drechsler/ Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 73. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 108 ff.

344 Barmer Theologische Erklärung, These 6, zitiert aus: Huber ^{2}1999, S. 110.

Die Entwicklung in Kurhessen-Waldeck

Im Fürstentum Waldeck hatte sich ein enges Staat-Kirche-Verhältnis bewährt. Von der Weimarer Republik mit den wechselnden politischen Führungen, wirtschaftlichen Krisen und fehlenden Identifikationsfiguren waren deshalb viele Protestanten enttäuscht.[345]

Dennoch wurde in Kurhessen-Waldeck im November 1933 mit dem „Bruderbund Kurhessischer Pfarrer" ein organisatorischer Zusammenschluss von Gegnern der Deutschen Christen gegründet. Die Maxime des Bruderbundes war die Wehr der Kirche gegen die Einflussnahme des Staates.[346] In der Satzung bekennt sich der Bruderbund in Punkt 5 zur Zwei-Reiche-Lehre, lehnt aber in Punkt 6 eine Einflussnahme des Staates in kirchliche Belange ab und fordert die Besinnung der Kirche auf ihre missionarische Kernaufgabe.[347] Der Bruderbund hatte seine Hochburg in Marburg. Die Deutschen Christen trennten sich in Kurhessen-Waldeck 1934 von der reichsweiten Organisation der Deutschen Christen, was einen Bedeutungsverlust der Deutschen Christen in Kurhessen-Waldeck zur Folge hatte. Der Bruderbund sah sich weniger als Gegenpol zu den Deutschen Christen, sondern mehr als Sammlungsbewegung kurhessischer Pfarrer. Der Bruderbund verschickte an seine Mitglieder Rundbriefe, die das Mitteilungsmedium der Sammlungsbewegung waren. Eine systematische Organisationsform gab es nicht. Neben dem Bruderbund existierte ab 1934 mit der „Bekennenden Kirche" in Kurhessen-Waldeck eine weitere Gruppe, die den Deutschen Christen und dem nationalsozialistischen Staat gegenüber ablehnend eingestellt war.[348]

5.4.2 Säkularreligion mit Hilfe der Bildungspolitik

Die Reduzierung des protestantischen Mainstreams der 30er Jahre auf die vorgestellten innerkirchlichen Strömungen würde den religiösen Zeitgeist unzureichend beschreiben. Der nationalsozialistische Staat hatte die Zielsetzung, mit einer Säkularreligion einen neuen gesellschaftspolitischen Akteur hervorzubringen. Damit wäre eine Verdrängung der christli-

345 Vgl. Waßmann 1984, S. 108 ff.

346 Vgl. Hein, Martin (Hrsg.): Kirche im Widerspruch. Die Rundbriefe des Bruderbundes Kurhessischer Pfarrer und der Bekennenden Kirche Kurhessen-Waldeck 1933 - 1935, Darmstadt 1996, S. 13.

347 Vgl. Satzung des Bruderbundes Kurhessischer Pfarrer, in: Hein 1996, S. 43 f.

348 Vgl. ebd., S. 13 ff. Für einen detaillierten chronologischen Überblick zu den diesbezüglichen Ereignissen in Kurhessen-Waldeck und den kontextualen reichsweiten Entwicklungen siehe: ebd., S. 16 ff.

chen Kirchen verbunden gewesen. Mit dem Kult um Hitler und der Mythologisierung der „arischen Rasse“ nahm der Nationalsozialismus religiöse Elemente an, die nach dem Endsieg kirchenähnlich institutionalisiert werden sollten.[349]

Zur Errichtung einer Säkularreligion griff der nationalsozialistische Staat auf die Bildungspolitik zurück. Religionsunterricht wurde ebenso wie religiöse Schulfeiern und Schulgottesdienste verboten, womit zugleich die Geistlichen aus den Schulen verdrängt wurden. Konfessionsschulen wurden bis 1941 durch entkonfessionalisierte Gemeinschaftsschulen ersetzt.[350] Dort, wo religiöse Elemente in den Schulen nicht verboten wurden, wurden sie politisch instrumentalisiert, wie das Beispiel der kurhessischen Nachbarregion Weimar zeigt. Das Thüringische Ministerium für Volksbildung schlug im April 1930 in einem Erlass fünf mögliche Schulgebete vor.

Eines dieser „Gebete“ lautet: „Vater im Himmel / Ich glaube an deine allmächtige Hand, / Ich glaube an Volkstum und Vaterland, / Ich glaub' an der Ahnen Kraft und Ehr, / Ich glaube, du bist uns Waffe und Wehr, / Ich glaube, du strafst unsres Landes Verrat / und segnest der Heimat befreiende Tat! / Deutschland, erwache zur Freiheit!“[351]

Exkurs: Thüringen

An dieser Stelle erscheint ein Exkurs hilfreich, um das Spannungsfeld, in dem sich die evangelischen Kirchen befanden, zu verdeutlichen.[352] Thüringen eignete sich mit Weimar als Zentrum einer neuen Säkularreligion, da diese Region mit Goethe, Kyffhäuser und Wartburg über eine symbolträchtige Kulturlandschaft mit Identifikationsobjekten verfügt.[353] Die nationalsozialistische Führung stand den evangelischen Kirchen zunächst

---

349 Vgl. Wehler 2003, S. 795 ff.

350 Vgl. ebd., S. 820.

351 Zitiert aus: Ulbricht, Justus H.: „Glaube und Heimat“ oder „pädagogisch-politische Reformation“. Kulturelle Antworten auf gesellschaftliche Identitätskrisen im „grünen Herzen Deutschlands“, in: Palmbaum. Literarisches Journal aus Thüringen 4/1996, S. 6. Der Verfasser des Gedichtes ist nicht bekannt. Nach Angaben von Ulbricht liegen aber Hinweise für dessen Nähe zu den Deutschen Christen vor.

352 Für die Entwicklungen in Waldeck siehe: Waßmann 1984, S. 184 ff. An dieser Stelle wurde der Exkurs gewählt, da sich das Bemühen um eine politische Vereinnahmung der Kirchen mit Hilfe der Bildungspolitik an den aufgeführten Beispielen deutlicher nachzeigen lässt.

353 Der Goethekult während der Zeit der Weimarer Republik ist im Kontext des Goethe-Gedenkjahres 1932 zu sehen. Siehe den Artikel „Keine Konzessionen an den schlechten Geschmack“, in: SZ vom 28.08.2007, S. 14.

wohlwollend gegenüber, um sie später zur Institutionalisierung der zu schaffenden Säkularreligion missbrauchen zu können.

Mit Hilfe der geschichtsträchtigen Symbole in und um Weimar konnte ein Gegenpol zur Moderne gesetzt werden, wie Ulbricht herausstellt: „Gerade Thüringen (...) war dabei bevorzugtes Identifikationsobjekt wie aktueller Handlungsraum einer programmatisch antimodernen kulturellen Abwehrbewegung, die in einzelnen Volks- und ‚Heimat'-Schulen, (...) Einrichtungen der Landeskirche und kirchennahen Gruppen ihren organisatorischen, politischen, finanziellen und ideellen Rückhalt fand. Konservative, deutschnationale, völkische und schließlich auch nationalsozialistische Überzeugungen stehen dabei neben ästhetisch höchst heterogenen Vorlieben sowie unterschiedlichen religiösen Überzeugungen, die zwischen nationalprotestantischen, deutschchristlichen und neuheidnischen Ideen changierten.“[354]

Im Oktober 1933 war Luthers 450. Geburtstag. In Weimar und Eisenach wurde dieser Tag gefeiert. An den Feierlichkeiten beteiligten sich die Institutionen des kulturellen Lebens wie Schulen, Bibliotheken, Museen, Kirchen. Höhepunkt der Inszenierungen war der 19. November. Oberpfarrer Kades stilisierte Luther nicht nur zum Künder der Wahrheit auf kirchlichem Gebiet, sondern auch im Bereich des staatlich-völkischen Lebens. Luthers Zwei-Reiche-Lehre wurde für die Legitimierung des nationalsozialistischen Gedankenguts missbraucht und verfälscht. Unter Berücksichtigung dieser Hintergründe ist es kein Zufall, dass die Deutschen Christen die Schlosskirche in der Lutherstadt Wittenberg als Sitz des Reichsbischofs favorisierten.[355]

Die Erwachsenenbildung war der geistige Ort, an dem dieses Gedankengut gepflegt wurde. Zum Zwecke der Institutionalisierung wurden mehrere Organisationen gegründet oder gleichgeschaltet. Eine dieser Organisationen war die „Thüringer Bauernhochschule Neudietendorf. Volkshochschule für Thüringen und die Provinz Sachsen“. Im „Staatshandbuch für Thüringen“ von 1931 ist diese Einrichtung als Genossenschaft mit staatlicher Unterstützung vermerkt. 1933 wurde sie gleichgeschaltet. Gegründet wurde „Neudietendorf“

---

354 Ulbricht 1996, S. 7.

355 Vgl. ders.: Von der „Heimat“ zum „Trutzgau“, in: Ehrlich, Lothar/John, Jürgen/Ulbricht, Justus (Hrsg.): Das Dritte Weimar. Klassik und Kultur im Nationalsozialismus, Köln 1999, S. 206 f. Vgl. Waßmann 1984, S. 184.

1921 von Pfarrer Ernst Weigelt mit der Zielsetzung, Jungbauern, Landarbeiter und junge Mädchen vom Lande in christlicher und deutscher Gesinnung heranzubilden. Zuverlässige, treue, gewissenhafte Menschen für Haus, Gemeinde, Staat, Volk und Vaterland sollten das Ergebnis der Bildungsbemühungen sein. Bei der Zielsetzung fällt auf, dass politische Inhalte mit Agrarthemen und religiösen Inhalten verbunden wurden. Kirchlich-religiöse Bildung vermischt sich mit politischen Zielsetzungen zum Nationalprotestantismus.[356]
Entsprechend dieser Zielsetzung fanden sich Begriffe wie Rassenlehre, Gesundheitslehre, Siedlungspolitik, deutsche Geschichte und Volkstum in den Veranstaltungsplänen.[357] Neudietendorf ist ein Beispiel für protestantische Bemühungen, durch die Aufnahme nationalsozialistischen Gedankenguts in die kirchliche Lehre das Staat-Kirche-Verhältnis neu zu bestimmen. Durch die Gleichschaltung wurde dieser Prozess abgebrochen.[358]

5.5 Die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste im Protestantismus der Versuch einer Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses erneut aufgegriffen werden. Dieser nach dem Ende des Kaiserreichs begonnene Prozess konnte weder in den Jahren der Weimarer Republik und erst recht nicht in der Zeit des Nationalsozialismus abgeschlossen werden.
In der Nachkriegszeit prägte die Verarbeitung der Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus den Klärungsprozess zum Staat-Kirche-Verhältnis. Die evangelischen Kirchen waren bis zum Ende des Kaiserreichs staatstragende Kräfte, wofür der Beitrag zur schulischen Bildung der Bevölkerung exemplarisch zu nennen ist. Die Schulpolitik war deshalb in der entstehenden Bundesrepublik ein für das Staat-Kirche-Verhältnis richtungweisendes Politikfeld, was in diesem Kapitel dargelegt wird. Von der Schulpolitik aus erschließen sich die wesentlichen Entwicklungen zwischen Staat und Kirche, weshalb neben der Be-

356 Vgl. Ulbricht 1996, S. 11 ff.

357 Vgl. ebd.

358 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 48. Ein weiterer Hinweis für die geplante Säkularreligion ist die Heroisierung verstorbener SA-Führer. Für Horst Wessel wurde 1933 eine Gedenkstätte errichtet. Seine Mutter wurde mit einem marienähnlichen Kult bedacht. Eine moderne Passionsgeschichte entstand 1932 in dem Roman „Horst Wessel. Ein deutsches Schicksal“ von Hans Ewers. Vgl. „Der Sänger des Herrenvolkes“ von Daniel Siemens, in: SZ vom 08.10.2007, S. 12. Vgl. „Zu schön zum Kämpfen“ von Ernst Piper, in: SZ vom 26./27.04.2008, S. VI.

handlung der Themenbereiche evangelische Bildungspolitik und Entwicklung der Erwachsenenbildung auch auf das kirchliche Engagement in der schulischen Bildung eingegangen wird.[359] Zuvor erscheinen einige Ausführungen zu den ersten Versuchen einer Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses und zu diesbezüglichen Verfassungsfragen notwendig, da das Engagement im Bildungsbereich stets im entsprechenden Verfassungskontext gesehen werden muss.[360]

5.5.1 Religionspolitik ab 1945

Die Kirchen beider Konfessionen nahmen in der Nachkriegszeit eine Sonderstellung ein, da sie organisatorisch intakt blieben. Die staatlichen Institutionen hingegen funktionierten noch nicht. Die Kirchen konnten durch internationale Kontakte Hilfen zur Bewältigung des Alltags leisten. Zudem genossen sie bei den Entscheidungsträgern der Alliierten großes Vertrauen, da sie von allen gesellschaftlichen Gruppen während des Naziregimes am ehesten eigenes Profil behielten. Bei der Bevölkerung wurden die Kirchen als die einzige funktionierende Organisation und Institution wahrgenommen.[361]

In einem Bericht der amerikanischen Erziehungskommission heißt es 1946: „Um in der Form der repräsentativen Regierung voll wirksam zu werden, muss die neue Demokratie ihren Geist der Gegenseitigkeit tief hineinversenken in die Familie; er muss den Spielplatz der Jugend durchdringen, hoch hinauf in die Kirche reichen, die einfachsten Lebensvorgänge gestalten.“[362]

Noch vor Kriegsende einigten sich Großbritannien, die USA und die Sowjetunion 1944 auf eine im besiegten Deutschland durchzuführende gemeinsame Religionspolitik. Wesentliche Merkmale waren das Recht der selbstständigen Neuordnung des kirchlichen Lebens; die Erteilung von Religionsunterricht; das Recht, Kirchensteuern einzuziehen; die kirchli-

---

359 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 110 f. Vgl. Nipkow, Karl Ernst: Bildung als Lebensbegleitung und Erneuerung. Kirchliche Bildungsverantwortung in Gemeinde, Schule und Gesellschaft, Gütersloh ^{2}1992, S. 193.

360 Zur Entwicklung der evangelischen Erwachsenenbildung in der DDR siehe Rothe 2000, S. 50 ff.

361 Vgl. Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1990, Frankfurt a.M. 1996, S. 45 ff. Vgl. Greschat 1989, S. 87 ff.

362 Amerikanische Erziehungskommission: Erziehung in Deutschland. Bericht und Vorschläge der amerikanischen Erziehungskommission, zitiert aus: Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter/Skuhr, Werner (Hrsg.): Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung, Stand, Perspektiven, Opladen ^{2}1993, S. 119.

che Jugendarbeit und der Wiederaufbau einer kirchlichen Presse. Diese Bestimmungen waren für den raschen inneren Aufbau und für das kirchliche Leben der Kirchen im Deutschland der Nachkriegszeit entscheidend.[363] Dem Bereich der Bildung wurde dabei ein bedeutender Stellenwert beigemessen, da man den Kirchen am ehesten zutraute, eine Erziehung zu ethisch gefestigten Menschen zu erreichen.[364]

Bei der zweiten Sitzung des Rates der EKD am 18./19. Oktober 1945 gab der Rat der EKD mit der Stuttgarter Schulderklärung eine Stellungnahme ab. Die Erklärung war umstritten, da sie je nach Interpretation das Schuldbekenntnis der evangelischen Kirche oder die Betonung des Neuanfangs und somit die Forderung nach einem „Schlussstrich" hervorhob.[365]

5.5.2 Entstehung der EKD

1945 gab es in Treysa eine mehrtägige Kirchenkonferenz, bei der sich die evangelischen Landeskirchen zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zusammenschlossen. Die Konferenz in Treysa behandelte an ihrem letzten Tag die Schulfrage. Ein drei Punkte umfassender Beschluss wurde verabschiedet. Dieser Beschluss fordert eine christliche Volksschule und eine allgemeine christliche Ausrichtung der Schule durch evangelische Lehrerbildungsanstalten, Arbeitsgemeinschaften zwischen Pfarrern und Lehrern und durch die Bildung evangelischer Schulgemeinden. Darüber hinaus sollten die Kirchen für den Religionsunterricht verantwortlich sein. Die den Religionsunterricht Lehrenden müssten über einen kirchlichen Lehrauftrag verfügen.[366] Diese Quelle zeigt die hohe Bedeutung, die die EKD der Bildung von Beginn ihres Bestehens an beimaß.

---

363 Vgl. Waßmann 1984, S. 209 ff. Vgl. Greschat 1989, S. 87 ff.

364 Vgl. ebd. Im Gebiet der heutigen Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck verdoppelte sich die Bevölkerungszahl in den einzelnen Ortschaften aufgrund der Flüchtlingsströme. Damit waren zahlreiche soziale Spannungen verbunden. Die Kirchen wirkten bei diesen vielfältigen Alltagsproblemen oft vermittelnd. Vgl. Waßmann 1984, S. 204 ff.

365 Vgl. Greschat, Martin (Hrsg.): Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982. Vgl. Wehler 2003, S. 796 f; S. 958 ff. Vgl. Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997, S. 93. Vgl. Thränhardt 1996, S. 45. Für eingehende Studien zu diesem Abschnitt der Kirchengeschichte der EKKW siehe: Wölbing 1994, S. 29 f.

366 Vgl. Beschlußvorlage zur Schulfrage (Treysa, 31. August 1945), abgedruckt unter Dokument 39, in: Besier, Gerhard/Ludwig, Hartmut/Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirch in Deutschland (EKD), Weinheim 1995, S. 313. Einen komprimierten Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen der Konferenz von Treysa gibt Greschat 1989, S. 92 f.

Im Gegensatz zu der zentral organisierten katholischen Kirche mit dem Papst als weltweitem Oberhaupt ist die evangelische Kirche dezentral ohne weltweites Oberhaupt organisiert und verfügt in der Bundesrepublik Deutschland mit Landeskirchen über eine föderale Struktur. Im Gegensatz zu den katholischen Diözesen sind die Landeskirchen gegenüber der Dachorganisation weitestgehend eigenständig, wodurch sich eine landeskirchliche Pluralität entwickeln konnte. Die EKD kann als Bund selbstständiger Kirchen bezeichnet werden, in dem die Landeskirchen die entscheidenden Machtinstanzen darstellen.[367]

Diese Organisationsstruktur hat mehrere Gründe. Zum einen hat die landeskirchliche Struktur Tradition. Zum anderen war in der Nachkriegszeit die Struktur der Landeskirche günstig, um einen zügigen inneren Aufbau zu gewährleisten. Da die Grenzen mit denen der Bundesländer nicht übereinstimmen, lagen sie oft in mehreren Besatzungszonen. Dadurch hatten sie für die jeweils zuständigen Besatzungsmächte eine vermittelnde Funktion. Eine zentrale kirchliche Organisation wäre zudem aufgrund der in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterschiedlichen Interessenlagen der Alliierten nur mit erheblichen Schwierigkeiten durchführbar gewesen.[368]

Für Bildungsfragen sind bei der EKD folgende Organe zuständig: die Bildungsabteilung im Kirchenamt der EKD (Sitz Hannover); die Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend; die Synode der EKD mit einem Ständigen Ausschuss für Bildungs- und Jugendfragen und der Rat der EKD.

5.5.3 Erste Schritte einer Neubestimmung des Staat-Kirche-Verhältnisses

Zwei Strömungen dominierten die Diskussion zum Staat-Kirche-Verhältnis: Die Fraktion derer, die aufgrund der Kirchenfeindlichkeit des Naziregimes eine Partnerschaft zwischen Kirche und Staat anstrebten und die Position derer, die für einen Öffentlichkeitsauftrag der Kirche eintraten. Die erste Richtung ist die als traditionell einzustufende, die eine enge Verbindung von Kirche und Staat anstrebt. Die zweite Richtung war seinerzeit eine neue, distanzierte Form der Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Staat. Die Kirche wird

---

367 Vgl. ebd., S. 87 ff. Siehe ferner: Rat der EKD (Hrsg.): Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert, Impulspapier des Rates der EKD, Hannover 2006, S. 34 ff.

368 Vgl. Greschat 1989, S. 87 ff.

nicht als Partner, sondern eher als Interessenvertreter der Öffentlichkeit definiert. Huber merkt in diesem Kontext kritisch an, dass auch die zweite Strömung auf ein enges Miteinander von Staat und Kirche und weniger auf ein kritisch-distanziertes Gegenüber angelegt war.[369]

In der BRD kristallisierte sich das Thema „Frieden" vor dem Hintergrund der Teilung der beiden deutschen Staaten als eines der großen politischen Themen der evangelischen Kirchen heraus. Während der Synode der EKD in Berlin-Weißensee wurde das „Wort zum Frieden" verabschiedet. Hier gab es einen erneuten Bezug zur Zwei-Reiche Lehre: Es wurde im Vorfeld diskutiert, wie weit zu den politischen Ereignissen der Staatsgründungen des Kalten Krieges Stellung genommen und Position bezogen werden dürfe. Darüber hinaus bestätigte die Synode das kirchliche Engagement für den Religionsunterricht in dem „Wort zur Schulfrage".[370] Mit der Denkschrift „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe" versucht die EKD, einen Kompromiss zu finden:

„Charakteristisch für die Geschichte des deutschen Protestantismus ist die Bejahung der jeweils bestehenden Staatsform. Über diese Tradition führt eine positive Bewertung der freiheitlichen Demokratie dadurch hinaus, dass sie auch die gegebene Form der Demokratie daraufhin befragt, an welchen Stellen sie so verändert werden kann, dass Freiheit und Menschenwürde besser gewahrt, dass Gerechtigkeit und Frieden wirksamer gefördert werden können. Um dieser Aufgaben willen trägt auch die christliche Annahme der freiheitlichen Demokratie notwendigerweise den Charakter kritischer Solidarität mit einer verbesserungswürdigen, aber auch verbesserungsbedürftigen Ordnung."[371]

Mit der Normalisierung des Alltags und der wirtschaftlichen Entwicklung wurden die evangelischen Kirchen politischer. Diese Einschätzung wird nicht nur durch die unterschiedlichen innerkirchlichen Strömungen und der zitierten Denkschrift gestützt. Folgende

---

369 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 110 ff.

370 Vgl. Greschat 1989, S. 104 f. Vgl. Lott, Jürgen: Religionsunterricht in Deutschland, in: Gamm u. a. 2006, S. 146. Vgl. Basse, Ottokar: Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule (Tagungsbeitrag), in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 13 f.

371 Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh ^{2}1985, S. 17.

drei Bereiche können ebenfalls als Beleg für diese Einschätzung genannt werden:

1) Studentengemeinden

Der Anteil der Bibelarbeitsangebote sank zugunsten gesellschaftspolitischer Themen wie der Entwicklungshilfe. Dieses Thema zählt noch immer zu den klassischen Programmangeboten der evangelischen Studentengemeinden.[372]

2) Akademien

Die in der BRD gegründeten evangelischen Akademien widmen sich in erster Linie gesellschaftlichen Themen.[373]

3) Evangelische Kirchentage

Seit 1949 finden im zweijährigen Rhythmus evangelische Kirchentage statt. Sie gelten als Foren des Protestantismus, auf denen aktuelle Themen aus Politik, Gesellschaft und Kirche behandelt werden. Zudem dienen sie der Mobilisierung und Motivierung der kirchlichen Laien. Die Kirchentage gehen ideengeschichtlich auf die erwähnte kirchliche Laienbewegung des 19. Jahrhunderts zurück. Im Rahmen des Evangelischen Kirchentages 1981 in Hamburg kam es zu ersten Massenprotesten der Friedensbewegung infolge des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung neuer Raketen in Westeuropa (1979).[374]

5.5.4 Das Staat-Kirche-Verhältnis im Grundgesetz

Im Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland wurden einige Passagen aus der Weimarer Reichsverfassung zum Staat-Kirche-Verhältnis im Wortlaut übernommen. Zu nennen ist der Artikel 137 der Weimarer Verfassung, der den Kirchen den Rechtsstatus einer Körperschaft des bürgerlichen Rechts und das Recht Kirchensteuern zu erheben zuspricht (Art. 140 GG). Übernommen wurde auch die finanzielle Verpflichtung des Staates gegenüber den Kirchen, die Garantie des kirchlichen Eigentums, der Schutz des Sonntags und der kirchlichen Feiertage.[375]

---

372 Vgl. Greschat 1989, S. 96 ff.

373 Siehe das Kapitel zur Evangelischen Akademie Hofgeismar in dieser Arbeit.

374 Vgl. Greschat 1989, S. 99. Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 32 f. Vgl. Bullmann, , Udo: Politische Partizipation - soziale Teilhabe. Die Entfaltung der demokratischen Idee, in: Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien. Band 1, Opladen 1995, S. 85 f.

375 Artikel 138 ff. der Weimarer Reichsverfassung.

Die Kirchen entwickelten sich, vermutlich auch aufgrund der staatlichen Unterstützung, zu demokratiestabilisierenden Institutionen, was in der EKD-Denkschrift zum Grundgesetz hervorgehoben wird. Die EKD bekennt sich in dieser Schrift ausdrücklich zur Religionsfreiheit: „Die Demokratie beruft sich nicht auf ein bestimmtes religiöses Bekenntnis. Sie verlangt keine Zustimmung im Sinne eines Glaubensbekenntnisses (...) Diese Verantwortung vor Gott und den Menschen gilt der in der Verfassung niedergelegten Ordnung der staatlichen Aufgaben. Sie schließt ausdrücklich ein, dass die staatsbürgerlichen Rechte ‚unabhängig von dem religiösen Bekenntnis' sind (Art. 33 Abs. 3) und dass niemand wegen seines Glaubens oder seiner religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf (Art. 3 Abs.3).“[376]

Die Zwei-Reiche-Lehre wird als vereinbar mit der Demokratie ausgelegt: „Die klare Unterscheidung zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates ist die bleibende Voraussetzung für die Bereitschaft zur Demokratie. Die Kirche Jesu Christi lebt allein in der Bejahung dessen, was Gott für uns getan hat. Die Bereitschaft evangelischer Christen zur Demokratie gilt der besonderen Art und Weise, in der die menschliche Verantwortung für das Politische im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat Gestalt annimmt. Die Unterscheidung von Kirche und Staat entspricht deshalb dem Selbstverständnis der Kirche ebenso wie dem der Demokratie. Erst die Unterscheidung zwischen dem Auftrag der Kirche und dem Auftrag des Staates erlaubt und ermöglicht eine positive Beziehung zwischen beiden. Sie bedeutet nicht ein gleichgültiges Nebeneinander.“[377]

Mit Hilfe dieses Selbstverständnisses begründen die evangelischen Kirchen ihr Engagement in weltlichen Aufgabenbereichen wie der Bildung. Dieser Begründungsansatz ist für die evangelischen Kirchen nach wie vor aktuell. Er ist für das Verständnis des Engagements der Kirchen im Bildungssektor elementar.

In den Folgejahren gelang es den evangelischen Kirchen, die im Grundgesetz zugesagten Rechte auf Bundes- und Landesebene mit Leben zu füllen, was konkret in der Diakonie, der Sicherung der theologischen Fakultäten an Universitäten und dem Aufbau einer

376 Kirchenamt der EKD ^{2}1985, S. 12. Die Klammern sind Bestandteile des Zitats.

377 Kirchenamt der EKD ^{2}1985, S. 12 f.

„Infrastruktur“ für den Religionsunterricht, bestehend aus Fortbildungsmöglichkeiten für Religionslehrer, Medienbibliotheken und pädagogischen Bibliotheken zum Ausdruck kommt.[378] Zudem entstand ein Netz direkter Mitwirkungsmöglichkeiten auf Verbandsebene. Die Kirchen entsenden Vertreter zu den Aufsichtsräten der Rundfunk- und Fernsehanstalten, der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates und den Gremien der Lehrer- und Erwachsenenbildung.[379]

Der Bundesgerichtshof bestätigte 1961 die exponierte Stellung der Kirchen in der Gesellschaft, indem er den Kirchen eine eigene Hoheitsgewalt neben der staatlichen einräumte. Diese bezieht sich auf die ureigensten kirchlichen Belange wie das Satzungsrecht in Sachen der Glaubenslehre, der Kirchenverfassung und der geistlichen Seite des Mitgliedschaftsrechts. Am Ende des 20. Jahrhunderts hatten die Kirchen zwar weltliche Zuständigkeiten im Schulbereich aufgegeben, es kamen in der Nachkriegszeit allerdings neue gesellschaftliche Aufgaben hinzu. Eine dieser Aufgaben ist die Erwachsenenbildung.[380]

5.5.5 Die rechtliche Stellung des Religionsunterrichts nach 1945

1949 bestätigte die EKD die Teilhabe der evangelischen Kirche am politisch-gesellschaftlichen Leben in einer Erklärung und durch mehrere synodale Beschlüsse. In der Praxis wurde dies Bekenntnis zur Verknüpfung der kirchlichen Arbeit mit politischem Engagement durch die Gründung evangelischer Akademien umgesetzt.[381]

Im Grundgesetz wurde der Religionsunterricht in der Verfassung der BRD verankert. Die Alliierten und der parlamentarische Rat erhofften, dass der Religionsunterricht einen Beitrag zu einer die Menschenwürde achtenden ethischen Erziehung beitragen kann. Die Bewältigung der Folgen der nationalsozialistischen Diktatur spielte bei diesen Überlegungen eine entscheidende Rolle. Im Artikel 7 GG wird die Zusammenarbeit zwischen Kirchen

---

378 Vgl. Greschat 1989, S. 101 ff. Vgl. die Ausführungen zur Evangelischen Akademie Hofgeismar, dem PTI und der EMZ in dieser Arbeit.

379 Weitere Beispiele werden bei Greschat 1989, S. 103 genannt. Siehe auch: Huber, Wolfgang: Kirche und Öffentlichkeit, Stuttgart 1973.

380 Vgl. Greschat 1989, S. 103. Vgl. Hach, Jürgen: Gesellschaft und Religion in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1980, S. 141 f.

381 EKD (Hrsg.): Entschließung der Kirchenkonferenz der EKD zur Mitarbeit der Kirche im politischen Leben vom 3. Mai 1949, ABL. EKD 1949, S. 143. Vgl. Lenthe 1991, S. 95 ff. Vgl. das Kapitel zur Evangelischen Akademie Hofgeismar in dieser Arbeit.

und Staat für die BRD bestätigt:

„(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. (2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. (3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.“[382]

Durch diesen Verfassungsbezug ist der Religionsunterricht auf Staat und Gesellschaft bezogen. Dadurch wird auch den Religionsgemeinschaften, die sich am Religionsunterricht beteiligen, eine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung zugesprochen. Da dieser Artikel unter den Grundrechten steht, darf der Wesensgehalt dieses Artikels nicht verändert werden. Durch die Betonung, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, ist er innerhalb des Fächerkanons den übrigen Fächern gleichgestellt. Dennoch wird den Religionsgemeinschaften das Recht eingeräumt, den Religionsunterricht mitzugestalten. Evangelische und katholische Religionslehrer müssen nach der zweiten Staatsprüfung eine Lehrbefähigung ihrer Kirche einholen.[383]

Durch die frühe Verankerung des Religionsunterrichts im staatlichen Schulwesen wurde den Kirchen eine „Brücke“ gebaut. Entsprechend dieser Brücke blieb die evangelische Bildungspolitik nach 1945 primär auf den Schulbereich konzentriert. Es ging um die gesellschaftliche Positionierung nach der von der Kirche favorisierten Schulform: Ob die evangelische Kirche bildungspolitisch für eine Bekenntnisschule oder für den gemeinsamen Unterricht eintritt.[384]

5.5.6 Profilbildung der Weiterbildungsanbieter

Weiterbildung fand in den Jahren des Neubeginns allgemein nur sehr rudimentär statt und war von Einzelinitiativen und den Einflüssen der Besatzungsmächte abhängig.[385] Dennoch

---

382 Art. 7 GG.

383 Vgl. Kirchenamt der EKD [5]2000, S. 37 ff. Vgl. Nipkow [2]1992, S. 432 f. Vgl. Lott 2005, S. 143 ff.

384 Vgl. Nipkow 2003, S. 153 ff. Vgl. Becker, Hellmut: Bildungspolitik, in: Benz, Wolfgang: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 1, Politik, Frankfurt 1989, S. 327.

385 Vgl. Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Bonn 2001, S. 311 ff.

zeichnete sich bereits in den ersten Nachkriegsjahren ein gewisses „Konkurrenzdenken“ unter den Anbietern ab. Die Frage der „Marktfähigkeit“ ist für die Anbieter die entscheidende Frage im beginnenden 21. Jahrhundert und kann im Themenhorizont dieser Arbeit nicht ausgeklammert werden. Dieses Kapitel soll die Ausgangssituation zentraler staatlicher und nichtstaatlicher Anbieter näher beleuchten.

1946 schlossen sich zwölf Volkshochschulen und Volksbildungsvereine in Hessen zum „Großhessischen Landesverband für Erwachsenenbildung“ zusammen.[386] In den folgenden Jahren war der „Deutsche Volkshochschulverband“ bemüht, ein sich von den anderen Bildungsanbietern abzuhebendes Profil zu entwickeln. Im Zentrum der politischen Bildung stand die demokratische Erziehung. In einer 1959 von diesem Verband herausgegebenen Veröffentlichungsreihe zur Erwachsenenbildung zeigt Martin Rudolf Vogel die neutrale, nicht interessengebundene Bildungsabsicht des „freien Volksbildungswesens“ entwicklungsgeschichtlich auf.[387] Bei Vogels Arbeit nimmt der im Kapitel „Bildungsarbeit und Kulturkampf“ erwähnte Rhein-Mainische Verband für Volksbildung exemplarischen Stellenwert ein. Deutlich distanziert er sich in der Einleitung von den interessengebundenen Kirchen und Parteien auf der einen Seite und schulischer Bildung auf der anderen Seite. Im Gegensatz zu diesen Gruppen sei die freie Volksbildung keine Gesinnungsschulung und würde keinen Beitrag zu einer speziellen Berufsertüchtigung leisten.[388] An diesem Beispiel lässt sich aufzeigen, dass die Akteure der außerschulischen Bildung in dieser Zeit bemüht waren, eigenes Profil herauszustellen.

Die evangelischen Kirchen konnten auf Erfahrungen im Bereich der Erwachsenenbildung aus der Zeit der Weimarer Republik, in der erste Akademien und Heimvolkshochschulen[389] gegründet wurden, zurückgreifen. Entsprechend dieser ehemals vorhandenen Strukturen konzentrierte sich die Arbeit der evangelischen Kirchen im Bereich der Erwachsenenbil-

---

386 Volksschulgründungen gab es bereits in der Weimarer Republik. Der „Verein Volkshochschule Cassel“ wurde am 1. Mai 1919 gegründet. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 25 ff. Vgl. Olbrich 2001, S. 335 ff. Vgl. Weißeno, Georg (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung. Band 2, Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach 1999, S. 103 f.

387 Vgl. Vogel 1959, S. 7. Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Politische Bildung in der Erwachsenenbildung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach 1997, S. 275.

388 Aufgrund der Konzeption seiner Arbeit geht Vogel auf die Zuordnung der Kirchen als interessengebundene Bildungsanbieter nicht näher ein. Vgl. Vogel 1959, S. 7.

389 Vgl. Weißeno 1999, S. 103.

dung auf die Gründung von Akademien. Sie stellten neben dem Engagement im schulischen Bildungsbereich einen zweiten Arm in der Adressatengruppe dar: Während die schulische Bildungsarbeit der evangelischen Kirchen in der Nachkriegszeit konfessionell geprägt war, war die Akademiearbeit überkonfessionell und galt durch den Wissenschaftsbezug als weltoffen, gegenwartsbezogen und problemorientiert.[390] Neben den Kirchen begannen auch die Gewerkschaften und die Parteien mit dem Erstellen von Konzepten zur schulischen und außerschulischen Bildung.[391] Trotz der Betonung des Neutralitätsgebots bemühten sich besonders in den 50er und 60er Jahren die Gewerkschaften und die Volkshochschulen um Kooperationen. Die Gewerkschaften begründeten dies mit ihrem traditionellen Engagement in der Arbeiterbildung.

Als Zielvorstellungen wurde im Geschäftsbericht des Bundesvorstands des DGB 1952/53 genannt: „Soziale Probleme denkerisch gestalten, erfassen und über den Beruf hinaus zu zentralen Problemen des Lebens vorzustoßen.“[392]

Ideengeschichtlich ging es in den 50er Jahren um die Frage, ob die Erwachsenenbildung im Kontext einer „personalen Existenz“ oder in einem kollektiven Zusammenhang gesehen werden müsse. Werner Picht vertrat die erste Richtung, die auch individualistische Begründung genannt wird. Im Unterschied zu den anderen Zweigen des Bildungswesens gehe es in der Erwachsenenbildung um die Lernintentionen des Individuums. Fritz Borinski sprach sich für einen sozialen Begründungsansatz der Erwachsenenbildung aus. Die Volksbildung sei in Gefahr, sich zu zersplittern und kein eigenes Profil zu entwickeln. Die Vertreter der einzelnen Strömungen betonten das Gegeneinander der Begründungszusammenhänge, während Vogel die Gemeinsamkeiten hervorhebt.[393]

---

390 Siehe das Kapitel zur Evangelischen Akademie Hofgeismar in dieser Arbeit. Vgl. Olbrich 2001, S. 340 ff.

391 Vgl. ebd., S. 343 ff.

392 Zitiert aus: ebd., S. 337. Vgl. ebd., S. 336 f.

393 Vgl. Vogel 1959, S. 108 ff. Zu einer intensiveren Auseinandersetzung siehe: ebd., S. 101 ff.

5.5.7 Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

Die Gründung der DEAE geschah nach eigenen Angaben 1961 nicht durch zielgerichtete kirchlich-politische Strategien. Angedacht war eine Arbeits- und Interessengemeinschaft, die die bildungspolitischen Interessen der evangelischen Erwachsenenbildung in Verhandlungen mit staatlichen Stellen vertritt. Darüber hinaus sollte die Arbeit der noch im Aufbau befindlichen kirchlichen Bildungseinrichtungen unterstützt und koordiniert werden. Entwickelt hat sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte mit Hilfe der DEAE ein Netz institutionell verfasster Erwachsenenbildung.[394] 1991 gab die DEAE zum Anlass des 30. Jahrestages der Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik heraus, in der auch auf die politische Bildung eingegangen wird. Die Förderung der politischen Bildung sei notwendig, da die politische Kultur auf Verständigungsbereitschaft, Einfühlungs- und Reflexionsfähigkeit ebenso angewiesen sei wie auf technische und wirtschaftliche Fähigkeiten.[395]

Bei der Formulierung des Bildungsverständnisses und der Motivation der Bildungsarbeit wurden Begriffe gewählt, die dem politischen wie dem theologischen Vokabular zugeordnet werden können: „Für die Begründung und Planung zukünftiger Bildungsmaßnahmen in öffentlicher Verantwortung hält es die DEAE für geboten, einen Bildungsbegriff zugrunde zu legen, der Menschen nicht auf funktionelle Tätigkeiten einschränkt, sondern vom Eigenrecht der Bildung und der Entfaltung und Entwicklung personaler Kompetenzen ausgeht. Aus ihrer Einbindung in die weltweite Ökumene weiß sich die DEAE in ihrer Arbeit und ihrem Aufgabenverständnis zugleich den Leitbegriffen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet.“[396]

---

394 Vgl. Seiverth 2002, S. 11 f. Vgl. Strunk, Gerhard: Evangelische Erwachsenenbildung vor der Jahrhundertwende. Zur Entwicklung und Aktualisierung ihrer Konzeption, in: DEAE 1995, S. 80.

395 Vgl. DEAE: Recht auf Bildung für alle. Zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik, in: Seiverth 2002 S. 197 f.

396 DEAE (Erklärung): Recht auf Bildung für alle. Zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik, Erklärung der DEAE zum Anlass des 30-jährigen Bestehens, in: Seiverth 2002, S. 199.

5.5.8 Bildungsnotstand in der BRD

In der Praxis stand in den 60er Jahren nicht die Frage der Interessengebundenheit der Bildungsanbieter im Vordergrund, sondern eher, warum die vielfältigen Bildungsangebote auf wenig Resonanz stießen. Das im Kapitel zur Milieufrage erörterte Problem der Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Anbietern und Adressaten gibt es nicht nur im kirchlichen Bereich, sondern auch in der außerschulischen Bildung. Wissenschaftler empörten sich darüber, dass die Arbeiter- und Mittelstandsfamilien ihre Freizeit nicht für Fortbildungen, sondern für die Steigerung des Konsums nutzten. Die in den 60er Jahren zunehmende freie Zeit wurde oft für Zusatzverdienste verwendet, um Konsumwünsche wie Radio, Plattenspieler und Waschmaschine zu realisieren. Angestellte sahen in der Lektüre von Büchern eine Form der Weiterbildung, während Arbeiter bereits den Konsum von Radio- und Fernsehsendungen als Weiterbildung definierten.[397] 1964 prangerte der evangelische Kulturpolitiker Georg Picht den Bildungsrückstand in der BRD im internationalen Vergleich an.[398] Hintergrund war die Bildungsdiskussion. Der Begriff der „Bildungskatastrophe“ tauchte in der gesellschaftlichen Diskussion auf. Industrie, Staat und Großorganisationen standen vor Nachwuchsproblemen. Gewerkschaften und Kirchen sahen sich vor einem Legitimationsproblem.[399] In dieser Zeit wurden evangelische Schulen in freier Trägerschaft durch die Landeskirchen gegründet. Begründet wurde dies mit der Mitverantwortung der Kirche für die Bildungsplanung, verbunden mit dem Bestreben um ein besonderes pädagogisches Angebot. Die Stichworte ganzheitliche Pädagogik, Individualisierung der Lernwege und Demokratisierung aller an der Schule Beteiligten sind zu nennen.[400]

Gleichzeitig fand im Bereich der Weiterbildung bezüglich der Institutionalisierung, der öffentlichen Förderung und der Professionalisierung eine Expansion statt. Für die Anbieter ergab sich die Chance einer neuen Profilbildung.[401]

---

397 Vgl. Vogel, Angela: Familie, in: Benz 1989. Band 3, S. 58 ff.

398 Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten 1964. Vgl. ders.: Mut zur Utopie. Die großen Zukunftsaufgaben, München 1970. Vgl. ders. 1969.

399 Vgl. Nolte 2006, S. 39. Vgl. Nipkow 2003, S. 177 f. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 25.

400 Vgl. Schreiner 2002, S. 224 f.

401 Vgl. Nipkow 2003, S. 177 f. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 25. Vgl. Vogel 1989, S. 58. Vgl. Becker 1989, S. 334 f.

Diese Chance wurde durch die so genannte „realistische Wende“[402] eröffnet, wie Faulstich u. a. festhalten: „Das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen stellt hier die erste umfassende und folgenreiche Stellungnahme zum Bereich Erwachsenenbildung dar. Hier wurde die ‚realistische Wende' eingeleitet, deren Stichworte waren: Institutionalisierung, Professionalisierung, gesetzlich geregelte Finanzierung, langfristige Curricula, einheitliche Zertifikate, Evaluation (...)“[403]

Der Bildungsrat legte nach vierjähriger Amtszeit 1970 mit dem „Strukturplan für das Bildungswesen“ einen Bericht zur Bildungssituation in der BRD mit einem entsprechenden Handlungskatalog für die kommenden Jahre vor. Die dort aufgeführten Stichworte und Unterpunkte ähneln denen der gegenwärtigen Bildungsdiskussion: „ständige Weiterbildung“, „Lernen und Leisten“, „individuelles Lernen“, „soziales Lernen“.[404] Erwachsenenbildung sollte in ein umfassendes Konzept mit der Intention der Modernisierung einbezogen werden. Der Schwerpunkt sollte bei den Volkshochschulen liegen, da diese sich als staatliche Einrichtungen eher in Konzepte integrieren lassen würden als nichtstaatliche Anbieter. Angestrebt wurde eine Verzahnung der allgemeinen und der beruflichen Bildung.[405] Einige Forscher sehen in den sich etablierten Volkshochschulen die einzigen Institutionen, die Erwachsenenbildung um ihrer selbst willen und nicht interessengebunden betreiben würden.[406]

Die hier vorgenommene thematische Schwerpunktbildung verweist bereits auf die tief greifenden gesellschaftlichen Änderungen, die sich Ende der 60er Jahre ankündigten. Politischen Ausdruck finden sie bereits 1966 in Form der Großen Koalition.

---

402 Zu der „realistischen Wende“ siehe: Olbrich 2001, S. 352 ff.

403 Faulstich u. a. 1991, S. 25. Das Gutachten ist aus dem Jahr 1960 und nicht mit dem Strukturplan des Deutschen Bildungsrates zu verwechseln. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 27. Dort ist eine Übersicht über die Gutachten und Entwicklungspläne zur Weiterbildung für den Zeitraum zwischen 1960 und 1990 aufgelistet.

404 Vgl. Nipkow 2003, S. 177 f. Vgl. Becker 1989, S. 334 f.

405 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 25 ff.

406 Vgl. Becker 1989, S. 345.

5.5.9 Blickwechsel '68

Die Bildungsdiskussion der späten 60er und 70er Jahre war insgesamt ideologisch geprägt. Dies zeigte sich exemplarisch am Bildungs- und Erziehungsbegriff. Das Wort „Erziehung" galt in pädagogischen Kreisen als autoritär vorbelastet.[407]

Gesellschaftlicher Hintergrund war in erster Linie die Protestbewegung der späten 60er Jahre. Die Studentenbewegung gewann ab 1966 an Schwungkraft. Organisatorisch manifestierte sich diese Bewegung im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Als weiterer Arm dieser Protestbewegung sind die Ostermärsche zu nennen, die sich insbesondere gegen den Vietnamkrieg wandten.[408] Als Höhepunkt dieser Protestbewegung können die Schüsse auf Benno Ohnsorg (1967) und Rudi Dutschke (1968) sowie die in diesen Jahren stattfindenden Straßenschlachten und Massendemonstrationen genannt werden.[409]

Historisch lässt sich die 68er-Bewegung im Kontext der Nachkriegsentwicklung einordnen: Nachdem die wirtschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkrieges weitestgehend bewältigt sind und die erste Nachkriegsgeneration in das Erwachsenenalter eintritt, nehmen für die Menschen dieser Altersgruppe auch die Fragen nach der Gestaltbarkeit von Gesellschaft und Staat zu. In diesem Kontext taucht für die Kirchen die Frage nach der Positionierung zu den Themen der „68er-Generation" auf.[410]

Kirchliche Reaktionen

Im Mittelstand vollzogen sich weit reichende Änderungen bezüglich gesellschaftlicher Vorstellungen und bezüglich privater Lebensgestaltung. Kirchliche Rituale um Heirat, Taufe und Tod bröckelten ebenso ab wie die Partizipation hoher kirchlicher Feier- und Gedenktage wie Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Buß- und Bettag. Sie wurden zur Freizeitgestaltung genutzt, während der kirchliche Bezug in Vergessenheit zu geraten drohte.[411]

Die evangelischen Landeskirchen und die EKD reagierten so, wie es nach protestantischer

---

407 Vgl. Nipkow 2002, S. 14 f. Vgl. das Interview mit Faulstich in: Hufer/Pohl/Scheurich, Band 2004, S. 86 ff.

408 Vgl. Rucht, Dieter: Protestbewegungen, in: Benz 1989. Band 3, S. 317 ff.

409 Vgl. ebd., S. 319.

410 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neuman [8]1992, S. 708 ff. Vgl. Rucht 1989, S. 311 ff. Zur Periodisierung dieses Zeitabschnitts siehe Nolte 2006, S. 28 ff.

411 Vgl. Vogel 1989, S. 63 f. Vgl. Rucht 1989, S. 311 ff.

Tradition üblich war: Die gesellschaftlichen Veränderungen wurden kritisch beobachtet. In der Bildungsfrage schlossen sich die evangelischen Kirchen zunächst dem staatlichen Mainstream an. Sie wurde überwiegend schulpolitisch und -didaktisch geführt. Damit standen die evangelischen Kirchen im Trend der Zeit. Schließlich wurde in den als Zeit der „realistischen Wende" bezeichneten 60er Jahren für eine „Verschulung" der Erwachsenenbildung plädiert.[412]

Die DEAE wandte sich hingegen von der schulpolitischen und konfessionellen Bildungsdiskussion ab. Sie leistete einen Beitrag zur Stärkung der weltlichen Themenfelder der beruflichen, politischen und soziokulturellen Bildung.[413] Die gesellschaftlichen Veränderungen der „68er-Bewegung" gingen an den evangelischen Kirchen nicht unbemerkt vorüber. Das politische Thema „3. Welt" setzte sich zu Beginn der 70er Jahre in den Landeskirchen ebenso durch wie die Themen Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Zusammenleben der Kulturen und Erhaltung der Umwelt.[414]

Begründet werden diese Themenfelder von der „Evangelischen Erwachsenenbildung Hessen" wie folgt: „Krisenhafte Entwicklungen fordern den einzelnen ethische Urteilsbildung und politische Verantwortung ab. Die Gestaltung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse nach den Grundsätzen von Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Umwelt, ist eine Aufgabe, zu der sich Protestanten auch mit anderen verpflichtet wissen. Erinnerungsarbeit hilft die Zukunft zu gestalten. Die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfordern ständige Aufmerksamkeit und Dialogbereitschaft."[415]

---

412 Vgl. Hufer 1997, S. 275. Vgl. Nipkow 2003, S. 177. Nipkow sieht Parallelen zur gegenwärtigen von der PISA-Diskussion geprägten Bildungsdiskussion. Ab den 90er Jahren hätte eine Diskussion zur Schulentwicklung und Bildung eingesetzt, die mit der kirchlichen Bildungsdiskussion der 60er Jahre vergleichbar sei. Nipkow tritt für eine Überprüfung der kirchlichen Bildungstheorie und -politik sowie für eine Überprüfung der diesbezüglichen theologischen Begründung ein.

413 Vgl. Olbrich 2001, S. 341 f.

414 Vgl. Evangelische Erwachsenenbildung Hessen / Landesorganisation (Hrsg.): Erwachsenenbildung weiterentwickeln. Positionen der Evangelischen Erwachsenenbildung in Hessen, Darmstadt 1996. Die Veröffentlichung ist im Internet unter: www.erwachsenenbildung ekhn.de/organisation/positionen_elo.html abrufbar (Stand: 01.12.2005). Vgl. Greschat 1996, S. 111 f.

415 Evangelische Erwachsenenbildung Hessen / Landesorganisation 1996.

Die Studentengemeinden engagierten sich zunehmend politisch. Letzteres geschah nicht im traditionellen kirchlich-konservativen Umfeld, sondern im politisch linken Bereich, einem für Kirchen eher untypischen Milieufeld.[416] Diese Entwicklungen stehen im Kontext eines Blickwechsels ´68, den die Kirchen beider Konfessionen vollzogen. Dieser Blickwechsel zeigte sich 1970 exemplarisch in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Jugoslawien und 1980 in der Proklamierung von Franz von Assisi zum Patron des Umweltschutzes durch Papst Johannes Paul II.[417] Ein solcher Blickwechsel muss, selbst wenn er wie in diesem Fall von weiten Kreisen der Basis getragen wird, gegenüber dem eigenen Klientel erklärt werden. Dies lässt sich am ehesten mittels Bildungsveranstaltungen durchführen. Die zunehmende Institutionalisierung wie der DEAE verhalf diesem Prozess vermutlich zu einer professionellen Durchführung.

Kritische Stimmen bezüglich eines Blickwechsels ´68

Es gibt auch Stimmen, die die Wirkung der 68er-Bewegung in der Bildungspraxis deutlich geringer einschätzen, wie folgender Beitrag zeigt. Der Oberstudiendirektor Albrecht Danneberg vom Studienseminar Marburg/Lahn resümiert bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Jahr 1980:

„Durch die damalige studentische Auflehnung gegen Konformismus, Anpassung, Bürokratisierung mit veranlasst und durch antiautoritäre Schülerbewegungen zu Bewusstseinsschüben gebracht, wagte sich das bis dahin recht verhaltene Lehrer-Ich (...) vor zur Analyse seines Zustandes. Es waren vor allem Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Untersuchungen seiner Rolle, die dem Bewusstsein des Lehrers von den engen Grenzen pädagogischer Wirksamkeit, von der Ohnmacht Kontur zu geben schienen. Mit großem Ernst, der selbst die Gruppe der eher zurückhaltenden, konservativen ‚Unterrichtsbeamten' erfasste, wurde die Dominanz staatlicher Selbstgewissheit angeprangert, für unerträglich erklärt. Es schien, als sei pädagogische Freiheit endlich auf dem Wege, in ihr Recht eingesetzt zu werden. Was wurde aber aus solchen Auffassungen und Aktivitäten?

---

416 Vgl. Greschat 1989, S. 111 f.

417 Vgl. Kotzula, Stephan (Hrsg.): Kirchengeschichte in Daten und Fakten. 2000 Jahre in vergleichender Übersicht, Leipzig ^{3}2002, S. 177 ff. Obwohl diese Beispiele von katholischer Seite stammen, sind sie

Wir kennen alle die weitere Entwicklung und können heute bei zeitlicher Distanz einschätzen, warum sich solche Aufbruchbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland kaum weiterentwickelten, keine anhaltenderen Wirkungen hatten (...) Die Freiheit, sich in der Schule sanktionslos, sozusagen einseitig produktiv aussprechen zu können, viel rückhaltloser als je zuvor, rief bei den meisten Lehrern ziemlich bald das Schreckbild konkurrierender pädagogischer und politischer Missionsarbeit am Schüler wach. Die Funktionstüchtigkeit von Schule schien gefährdet, die Idee, dass diejenige Schule die freieste sei, die bei größtmöglichem Dissens voll handlungsfähig bleibt, verlor an Befürwortern. Der kurz vor dem Ende der 1960er Jahre aus der Weimarer Zeit herübergeholte oder wiederbelebte Gedanke von der ‚Partnerschaft' (...) schien dem durch so viel Aufbruch irritierten Pädagogen letzten Endes tragfähiger und dem schwerblütigen deutschen Hang zur Synthese wahrscheinlich gemäßer. Pädagogische Freiheit sollte sich im ‚gewaltfreien Innenraum' der Austauschbeziehung von Lehrer und Schüler auswirken. Die politische Absichtslosigkeit, das Überkonfessionelle, das Überparteiliche wurden nach der Aufbruchsituation wieder zu konsensfähigen Formen."[418] Als Gegenthese können die Ausführungen von Paul Nolte herangezogen werden, der im Kontext der Reformära der 70er Jahre konstatiert:

„Eher von ihrem Ende als von ihrem nicht zufällig diffuseren Beginn her markiert die Reformzeit eine deutliche Zäsur. Das heißt nicht, dass die Reformen wirkungslos verpufft oder plötzlich bedeutungslos geworden wären. Viele ihrer Impulse entfalteten sich erst nach längerer Inkubationszeit, und bis heute stehen wir in vieler Hinsicht auf dem Boden dieser Reformzeit und ihrer Errungenschaften - auch wenn uns manchmal die Ambivalenz dieser Errungenschaften klarer zu Bewusstsein kommt."[419]

5.6 Kirchliche Krisenanalyse und deren Folgen seit den 70er Jahren

1969 meldete die kirchliche Statistik für beide großen Kirchen überdurchschnittliche Austrittszahlen. Im Vergleich zum Vorjahr hatten sich die Kirchenaustritte von 61 000 auf

---

in diesem Kontext angemessen, da bei diesen gesellschaftlichen Themen keine nennenswerten inhaltlichen Unterschiede in den Verlautbarungen der Kirchen auftreten.

418 Danneberg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 181/1981. Der pädagogische Freiheitsraum des Lehrers, Hofgeismar 1981 (a), S. 8 f.

419 Nolte 2006, S. 45.

112 000 fast verdoppelt. Bei der Suche nach den Gründen für diese Austrittswelle überprüfte die EKD in der ersten EKD-Mitgliedschaftsstudie ihr Selbstverständnis unter der Leitfrage, ob die evangelische Kirche eine gesellschaftliche Großorganisation geworden sei, bei der die Mitglieder durch Ein- und Austritte und nicht mehr durch die traditionelle Form der Taufe als geistliches Beitrittsritual die Organisation bestimmen.[420]

Bei der Austrittsanalyse ging die EKD als Arbeitshypothese davon aus, dass die Kirche eine Organisation sei. Bei der Untersuchung wurden die Einstellungen der Kirchenmitglieder zur Relevanz gesellschaftlicher Themen innerhalb der Kirche berücksichtigt. Es stellte sich heraus, dass diese Themen für die Mitglieder zwar von Bedeutung sind, allerdings nicht in dem Maß, wie von den Forschern vermutet. Für die Kirchenmitglieder hatten die Themen Seelsorge, Verkündigung und Diakonie Priorität. Die Mitglieder sahen es im Gegensatz zum Zeitpunkt der zweiten Untersuchung in den 80er Jahren als selbstverständlich an, in der Kirche zu sein, da man zur Kirche gehöre. Kirche wurde nicht als gesellschaftliche Organisation wahrgenommen.[421] Dieser Blick der EKD auf sich selbst war eine ungewohnte Perspektive für eine Kirche und hatte für die weitere Kirchenpolitik und insbesondere für die Bildungspolitik der EKD Folgen. Auch auf der Führungsebene der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck wurden die Themen dieser Kirchenkrise erkannt und diskutiert, wie einem Bischofsbericht zu entnehmen ist.[422] In den nächsten Unterkapiteln wird auf die für diese Arbeit relevanten Folgen eingegangen.

5.6.1 Auf dem Weg zu einer „evangelischen Bildungspolitik“

Die EKD-Synode vom 07. - 10. November 1971 in Frankfurt unter Leitung von Ludwig Raiser war für die Bildungspolitik der EKD von entscheidender Bedeutung. Sie wird von kirchlicher Seite auch als „EKD-Bildungssynode“ bezeichnet. In der Folgezeit ging es der EKD nicht mehr primär um die Frage nach einer christlich geprägten Schulform. Vielmehr wurde die evangelische Schulpolitik zur evangelischen Bildungspolitik, zu der evangeli-

420 Die Studie ist veröffentlicht unter: Hild, Helmut (Hrsg.): Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung. Ergebnisse einer Umfrage, Gelnhausen/Berlin 1974.

421 Vgl. Engelhardt, Klaus/Loewenich, Hermann/Steinacker, Peter (Hrsg.): Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh 1997, S. 19 ff.

sche Kindergärten ebenso zählen wie kirchliche Schulen, der Religionsunterricht und die Erwachsenenbildungseinrichtungen. Diese Einrichtungen bestanden zwar zum großen Teil bereits in den Jahren zuvor. Die EKD und die Landeskirchen wurden sich allerdings erst Anfang der 70er Jahre der innerkirchlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der eigenen Bildungsaktivitäten bewusst. Zudem stellte sie mit dieser Synode stärker heraus, dass die EKD und der Protestantismus mit der Reformation eine theologisch verwurzelte gesamtgesellschaftliche pädagogische Mitverantwortung bzw. Aufgabe für alle Menschen habe.[423]
Folgerichtig sieht die EKD seit den 70er Jahren die Bildung verstärkt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, deren kirchliche Angebote sich an alle Menschen – unabhängig von Religion und Konfession – richten sollen.[424] Seit dieser Neubestimmung der kirchlichen Bildungspolitik und damit auch des Adressatenkreises spricht die EKD zunehmend von einer Bildungsmitverantwortung. 1975 wird die Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck offiziell institutionalisiert.[425]
Im Protokoll zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Jahr 1976 erinnert der damalige Oberlandeskirchenrat der EKKW Hans-Gernot Jung im Rahmen der Bildungsoffensive an die Versäumnisse der kirchlichen Bildungsarbeit: „In der ‚Bildungsgesellschaft' war und ist die Rede von Bildungskatastrophe, Bildungsökonomie, Bildungsreform, Bildungspolitik, Erwachsenenbildung (...) Die Evangelische Kirche in Deutschland hat erkannt, dass gerade die Ambivalenzen und Aporien der neueren Bildungsdiskussion die christliche Verantwortung herausfordern. In der Auseinandersetzung mit dem ‚Strukturplan für das Bildungswesen' des Deutschen Bildungsrates hat sie durch ihre Synode schon 1971 in Frankfurt wichtige Hinweise gegeben. Seither haben die Landeskirchen ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Jugend- und Erwachsenenbildung beträchtlich verstärkt. Das Interesse an der bildungspolitischen Diskussion hat zugenommen. Es bestehen allerdings erhebliche Unklarheiten über den Beitrag, den die Kirche zur Bildung leistet und leisten sollte. Soll sie das öffentliche Bildungswesen unterstützen und ergänzen? Ist das

---

422 Vgl. Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Kirche in der Krise. Bericht von Bischof D. Vellmar, Kassel 1970.

423 Vgl. Nipkow 2003, S. 177 ff.

424 Vgl. ebd., S. 178 ff.

425 Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 2001, S. 6.

überhaupt nötig und möglich? Oder soll die Kirche modellhaft Alternativen entwickeln? (...) Als ein empfindlicher Mangel erweist es sich, dass die evangelische Theologie der letzten 50 Jahre das Thema Bildung so gut wie ganz vernachlässigt hat. Die wissenschaftlichen Bemühungen um Soziologie, Psychologie und Pädagogik haben in diesen Jahren entscheidende und praktisch folgenreiche Fortschritte gemacht. Ihre theologisch zu artikulierenden Voraussetzungen und Implikationen fanden bisher kein Interesse; sie kommen nun erst (...) wieder zu Wort.“[426]

Mit diesen Sätzen spricht Jung nicht nur die vermeintlichen Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte an, sondern stellt auch die entscheidenden Fragen nach der Motivation kirchlicher Bildungsarbeit.

Ein ähnlich kritisches Fazit zieht Bischof Hein rückblickend auf diese Jahre:

„Erwachsenenbildung schien selbstverständlich zu sein - ganz gleich, was man darunter verstand. Sie musste nur ‚geordnet' werden. Und selbst die schärfsten Kritiker kirchlicher Erwachsenenbildungseinrichtungen deklarierten seither ihre Bibelstunden oder Freizeiten als Erwachsenenbildung, um in den Genuss von Zuschüssen zu kommen. Diese Diffusität hat der Erwachsenenbildung insgesamt nicht gut getan.“[427]

Bildungseuphorie der 70er Jahre

Die kirchliche Bildungsoffensive hat Parallelen in der staatlichen Bildungspolitik und in der politischen Bildung. Die 70er Jahre sind die Zeit der allgemeinen Bildungseuphorie.[428] Die politische Bildung gewinnt an Stellenwert.[429] Das dreigliedrige Schulsystem wird infrage gestellt, Gesamtschulen werden gegründet. Neue und aus der Zeit der Reformpäda-

---

426 Zitiert aus: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 116/1976. Bildung und Entfremdung, Hofgeismar 1976, S. 1 f. Das Zitat entstammt aus dem Vorwort des Protokolls, das Hans-Gernot Jung rückblickend zur Tagung geschrieben hat.

427 Zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg): Jahresbericht 2000, Kassel 2001, S. 6.

428 Siehe die biografischen Beispiele im Methodenteil dieser Arbeit.

429 Gerade in den 1970er Jahren wurde deutlich, dass es nicht „die“ politische Bildung gibt, sondern dass es sich bei politischer Bildung um ein äußerst plurales Feld handelt. Im Beutelsbacher Konsens wurde eine minimale gemeinsame Basis formuliert. Für die Erwachsenenbildung wurde festgeschrieben, dass gesellschaftlich kontroverse Sachverhalte aus unterschiedlichen Perspektiven thematisiert werden sollen. Vgl. Scherb, Armin: Der Beutelsbacher Konsens, in: Lange 2007, S. 31. Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 4.

gogik stammende Methodenkonzepte werden entdeckt und weiterentwickelt.[430] Doch nicht nur die Bildungslandschaft ändert sich in dieser Zeit. Auch in der wissenschaftlichen Forschung wird durch eine erweiterte Methodenvielfalt besonders im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften ein neuer Abschnitt eingeleitet: „Zudem kann wohl nicht geleugnet werden, dass die Methodendiskussion in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer gewissen Modeerscheinung geworden war (...) In Deutschland hatte das den geschichtlichen Hintergrund, dass in den sechziger Jahren damit begonnen worden war, die empirisch-analytischen und sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse und -methoden zu übernehmen, die in der übrigen westlichen Welt erzielt bzw. angewandt wurden.“[431]
Die sich durch die Methodenvielfalt ergebenden neuen Möglichkeiten werden die Bildungseuphorie, von der auch die Kirchen ergriffen wurden, weiter unterstützt haben.[432] Schließlich bestätigte die EKD 1978 die Schwerpunktsetzung des Bereichs Bildung während der Synode in Bethel.[433]

5.6.2 Kirche und Klassenbildung

Neben den Adressaten stieß auch die soziale Herkunft der eigenen Mitarbeiter in den Blickpunkt kirchlicher Untersuchungen. In den 70er Jahren wurde durch die Ergebnisse einer Untersuchung zum Thema „Kirche und Klassenbildung“ gezeigt, dass sich die Kirchenvorstände und Synoden einseitig durch Beamte und Selbstständige zusammensetzen würden, während die Gruppe der Arbeiter unterrepräsentiert sei. Gleiches gelte für die soziale Herkunft der Pastorenschaft, die sich bis zur Führungsebene aus den eigenen Reihen rekrutiere. Damit werde unbewusst ein Beitrag zur Schließung des eigenen Milieus geleistet.[434] Dies war aber kein neues Phänomen. Wie einer Beilage zum Amtsblatt 4/1956 der EKD zu entnehmen ist, lag in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges der Anteil der Arbeitersöhne unter den Pfarrern bei lediglich 3,3 %, weitere 8 % entstammten

---

430 Vgl. Nipkow 2003, S. 181 f.

431 Danner [5]2006, S. 18.

432 Vgl. Mickel, Wolfgang/Zitzlaff, Dietrich (Hrsg.): Methodenvielfalt im politischen Unterricht, Schwalbach [3]1995.

433 Vgl. Nipkow 2003, S. 181 f.

434 Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 40. Vgl. Beck 2006, S. 127 ff. Vgl. ders. 2007.

landwirtschaftlichen Familien. Dagegen waren 25,4 % Söhne von Pfarrern und 34,3 % kamen aus Akademikerkreisen.[435]

Die Entwicklung in Kurhessen-Waldeck

In Kurhessen-Waldeck lag der Anteil der Arbeitersöhne sogar nur bei 2 %, der Anteil der Pfarrer mit landwirtschaftlicher Herkunft bei 8,3 %. Mit 35,6 % lag der Anteil der Pfarrer mit akademischer familiärer Herkunft noch höher als der Gesamtdurchschnitt dieser Gruppe in Westdeutschland. Noch größer zum Gesamtdurchschnitt ist der Unterschied bei Pfarrern, die selbst geistlichen Familien entstammen. Mit 28,3 % entstammten in Kurhessen-Waldeck fast 3 % mehr Pfarrer aus geistlichen Familien als im deutschen Gesamtdurchschnitt. Bei den Kirchenvorständen sah es in den 50er Jahren in Kurhessen-Waldeck hingegen anders aus. 1955 waren 41,9 % der männlichen Kirchenvorstände Landwirte, während der Anteil der männlichen Kirchenvorstandsmitglieder mit akademischer Ausbildung bei gerade 2,3 % lag. 9,4 % der männlichen Kirchenvorstände waren Beamte. Bundesweit verteilen sich diese Zahlen wie folgt: 13,1 % Beamte; 37,3 % Landwirte; 5 % Akademiker.[436] Diese Disparität zwischen sozioökonomischer Herkunft der Geistlichen und der sozioökonomischen Herkunft der in den Kirchengemeinden engagierten Kirchenglieder spricht dafür, dass das beschriebene Adressatenproblem der evangelischen Kirchen kein neues Phänomen ist, sondern dass es eine historische Kontinuität bei der Disparität zwischen der sozioökonomischen Herkunft der Geistlichen und ihrer Adressaten gibt.[437] Diese Disparität führt zu einem Kommunikationsproblem zwischen den Gruppen „Ortsgeistliche“ und „Gemeindeglieder“. Mit Hilfe des Engagements in gesellschaftlichen Bereichen wie der Bildung, in denen von Seiten der Kirchen nicht nur Theologen, sondern auch andere Berufsgruppen beschäftigt werden, kann diesem Kommunikationsproblem begegnet werden. Hier kann ein Grund für die kirchliche Motivation des Engagements im Bildungsbereich liegen.

---

435 Vgl. Statistische Beilage Nr. 16 zum Amtsblatt der EKD 4/1956, S. 10; S. 26 f (Tabelle 12).

436 Vgl. ebd. Vgl. ferner Beck 2006, S. 127 ff. Seinerzeit gab es nur wenige Frauen in den Kirchenvorständen. Über deren ausgeübte Berufe liegen keine Angaben vor. Es wird lediglich der Anteil der berufstätigen unter ihnen angegeben, der in Kurhessen-Waldeck bei 1,1 % und im Gesamtdurchschnitt bei 1,5 % lag. Vgl. Statistische Beilage Nr. 17 zum Amtsblatt 10/1956, S. 29 ff.

437 Vgl. Beck 2006, S. 134 ff.

Die Ergebnisse der zweiten EKD-Mitgliedschaftsstudie von 1984 können als Beleg für das „Kommunikationsproblem“ herangezogen werden: Kirchenaustritte kommen häufiger bei höher Gebildeten vor. In den Funktionen Kirchenvorstand und Synodenmitglieder waren die Arbeiter und Angehörigen der Unterschicht nach wie vor unterrepräsentiert. Daraus folgt, dass Kirchenpolitik in erster Linie vom „Bildungsbürgertum“ betrieben wurde. Diese Gruppe wendet sich aber eher von der Kirche ab als Arbeiter und Landwirte. Die Masse der Mitglieder wurde von einer Elite repräsentiert, die aufgrund ihrer Milieuzugehörigkeit eine andere „Sprache“ als die breite Basis spricht.[438] Bei der zweiten EKD-Kirchenmitgliedschaftsstudie wurden die Einstellungen der Mitglieder zu gesellschaftlichen Themen stärker berücksichtigt. Zu nennen ist hier das Interesse der Gemeindeglieder am Thema „3. Welt“. Dieses Interesse der Kirchenmitglieder kann ebenfalls als Beleg für eine erfolgreiche kirchliche Bildungsarbeit herangezogen werden.[439]

Allerdings gibt es auch Interpreten wie Friedrich Schweitzer, die mit Hilfe der Studie herleiten, dass das Bildungsengagement der Kirchen bei den eigenen Mitgliedern nicht oder nur marginal wahrgenommen werde. Schweitzer belegt seine These mit den in der Studie erhobenen Zahlen, wonach sich nur 33 % der Befragten sicher seien, dass die Kirche um die Erziehung der Kinder bemüht sei.[440]

5.6.3 Institutionelle Bedingungen

In der Bildungspolitik der Bundesrepublik und der Bundesländer gab es neue Schwerpunktsetzungen. In den 70er Jahren wurde der administrative Rahmen der außerschulischen Weiterbildung gelegt. Die in den Landesgesetzen geregelte staatliche Förderung der Erwachsenenbildung verhalf auch der Erwachsenenbildung der evangelischen Landeskirchen zu ihrer institutionellen Verankerung in der Bildungslandschaft. Zu nennen sind für

---

438 Vgl. Hanselmann, Johannes/Hild, Helmut/Lohse, Eduard (Hrsg.): Was wird aus der Kirche? Ergebnisse der zweiten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh 1984. Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 41.Vgl. ebd., S. 81.

439 Vgl. Hanselmann u. a. 1984. Vgl. Engelhardt u. a. 1997, S. 25. Vgl. Greschat 1989, S. 111 f. Zur Auswertung dieser Studie bot die Evangelische Akademie Hofgeismar im Jahr 1985 unter dem Titel „Was wird aus der Kirche? Die neue Umfrage der EKD über Kirchenmitgliedschaft.“ (Nr. 2492) eine Tagung an. Es liegt kein veröffentlichtes Tagungsprotokoll vor.

440 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 85 (Tagungsbeitrag). Vgl. Hanselmann u. a. 1984, S. 95 ff.

Hessen das „Gesetz über die Volkshochschule vom 12.5.1970“ und das „Gesetz zur Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung vom 24.6.1974“, im Folgenden „Hessisches Erwachsenenbildungsgesetz“ genannt. In Letzterem wurde festgelegt, dass gewerkschaftliche und kirchliche Bildungseinrichtungen förderungswürdig sind. Mit der Schaffung der Rahmengesetzgebung zog sich der Staat aus seiner aktiven Rolle zurück und überließ die Erwachsenenbildung weitestgehend der Regulierung durch den Bildungsmarkt.[441] Ein Jahr später, im Jahr 1975, wurde die institutionalisierte Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck offiziell eingerichtet.[442] Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck bezieht sich bei entsprechenden Begründungszusammenhängen auf das Hessische Erwachsenenbildungsgesetz: „Auf der Grundlage dieses Gesetzes leistet die Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft (...) seit 1974 als anerkannte Landesorganisation für Erwachsenenbildung eigenständig und in Kooperation mit Einrichtungen anderer Träger ihren Beitrag zum Weiterbildungssystem (...)“.[443]

In den Folgejahren verstärkte die EKD die Aktivitäten in der Erwachsenenbildung. 1983 wurden die Grundsätze „Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche“ verabschiedet.[444] Im Kapitel „Kritische Kooperation“ dieser Grundsätze wird auf den Bereich des lebenslangen Lernens eingegangen, was sehr kritisch gesehen wird:

„Lebenslanges Lernen kann jedoch in einer leistungsorientierten Gesellschaft auch zu einem Zwang werden, weil einem Erfolgsdenken die Erfahrungen des Misserfolgs, des Versagens, des Zurückbleibens als Kehrseite anhaften. Evangelische Erwachsenenbildung ist es demgegenüber daran gelegen, einseitige Trends in der allgemeinen Erwachsenenbildung zu vermeiden. Dies gilt wie für ein eindimensionales Lernverständnis so auch für einen verkürzten Bildungsbegriff.“[445] Schwerpunkte setzte die Evangelische Kirche von

441 Vgl. Seiverth 1995, S. 60.

442 Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2001, S. 3 ff. Zur Diskussion, die um das Erwachsenenbildungsgesetz geführt wurde siehe die Protokollauswertung zur Tagung „Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und Freien Trägern.

443 Evangelische Erwachsenenbildung Hessen / Landesorganisation 1996.

444 Vgl. Kammer der EKD, in: Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland 1983. Vgl. Nipkow 2003, S. 194.

445 Kammer der EKD, in Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland 1983, S.29. Vgl. Klatt, Hans-Gerhard: Gefangen im Netz des lebenslangen Lernens?, in: Seiverth 2002, S. 589 ff.

Kurhessen-Waldeck im Bereich der Abendgymnasien.[446]

Von der staatlichen Bildungsförderung profitierte auch die politische Bildung. Politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft waren sich darin einig, dass der Weiterbildung ein größeres Gewicht beigemessen werden müsse. Der politischen Erwachsenenbildung sollte dabei im Sinne der Demokratieschulung der Bevölkerung eine Schlüsselrolle zukommen.[447]

5.6.4 Wachstum der „Weiterbildungsbranche"

Seit der ersten Erhebung zur Weiterbildung von 1979 bis zur Jahrtausendwende stieg der Anteil der an Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmenden erwachsenen Bevölkerung von ca. 1/5 auf die Hälfte an, wobei die Fehlerquote sehr hoch sein dürfte. Lediglich für einzelne Anbieter wie die Volkshochschulen gibt es detaillierte Statistiken.[448] Allerdings zählten die Volkshochschulen im Bereich der politischen Bildung eher zu den kleineren Trägern, während Kirchen und Gewerkschaften zu den größeren Bildungsanbietern im Bereich der außerschulischen politischen Bildung zählten.[449]

Hier haben sich die Verhältnisse seit den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit, als die Volkshochschulen zu den „großen" Anbietern in der außerschulischen politischen Bildung galten, geändert. Die „freien Träger" gewannen an Bedeutung. Im gleichen Zeitraum, in dem das Weiterbildungsangebot der Kurse und Institutionen wuchs, stagnierte das öffentliche Engagement im Bereich der Finanzierung von Weiterbildungsmöglichkeiten.[450] Die Zahl der geleisteten Unterrichtsstunden stieg in Hessen zwischen 1984 und 1988 von

---

446 Faulstich u. a. heben das kirchliche Engagement der hessischen Landeskirchen hervor.. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 49 ff.

447 Vgl. Picht, Georg: Leitlinien der Erwachsenenbildung. Aufsätze zu Entwicklungstendenzen der Weiterbildung. Zusammengestellt von Hans Tietgens, Braunschweig 1972. Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 33. Vgl. Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 7. Vgl. Hufer 1997, S. 275. Trotz des Bedeutungszugewinns der politischen Bildung in den 70er Jahren wurde von wissenschaftlicher und politischer Seite in den 80er Jahren im Bereich der Weiterbildung Forschungsbedarf festgestellt und Gutachten in Auftrag gegeben. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 428 ff.

448 Es kann belegt werden, dass die Zahl der Volkshochschulkurse in Hessen von 1965 bis 1989 von 7 300 auf 41 500 angestiegen ist. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 21. Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 15 f.

449 Vgl. Beer 2004, S. 280.

450 Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 15 f. Vgl. Beer 2004, S. 280.

4,6 Millionen auf 4,9 Millionen und die Zahl der Kurse von 52 654 auf 63 766 an. Für Einzelveranstaltungen liegen ebenfalls Daten vor. Die Zahl der Einzelveranstaltungen stieg im besagten Zeitraum von 17 965 auf 23 133 an. Das ist bei den Kursen ein Wachstum von 21 % und bei den Einzelveranstaltungen ein Wachstum von 29 %.[451] Dennoch fiel das Wachstum des Weiterbildungszweiges in den 70er und 80er Jahren geringer aus als von den Experten erwartet.[452] In der Literatur werden folgende Gründe für die steigende Weiterbildungsnachfrage seit den 70er Jahren genannt:

- einsetzende Globalisierung,
- Strukturwandel: Bedeutungsverlust des sekundären Sektors bei Bedeutungszuwachs des tertiären Sektors,
- häufigere Berufs- und Arbeitsstellenwechsel als in den Jahrzehnten zuvor,
- Verlegung der Fortbildungen in den Freizeitbereich.[453]

5.6.5 Der Staat zieht sich zurück

Der Grundstein für eine defensivere Rolle des Staates im außerschulischen Bildungsbereich wurde in den 80er Jahren gelegt. Belegbar ist diese Umorientierung mit Stellungnahmen und Empfehlungen, die auf die Forderung nach Weiterbildungsaktivitäten von Verbänden und Unternehmen abzielen. Exemplarisch zu nennen ist hier die „Qualifizierungsoffensive“ in den 80er Jahren, in welcher der Beitrag der Weiterbildung für Beschäftigung und Berufstätigkeit im Mittelpunkt stand.[454] Trotz des eigenen Rückzugs aus der Weiterbildungsarbeit maß der Staat diesem Bildungsbereich hohe Bedeutung bei. Dem wurde in den 80er Jahren durch die Einrichtung der „Konzertierten Aktion Weiterbildung“ durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und durch die Einsetzung der „Enquete-Kommission: Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ durch den Bundestag

---

451 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 22 ff. Mögliche Fehlerquellen können unterschiedliche Erhebungsmethoden sein.

452 Vgl. ebd. S. 20. Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 11.

453 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 16; S. 226 ff. Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 15 f.

454 Vgl. ebd., S. 17. Vgl. Faulstich 2001, S. 76 ff. Vgl. ders. u. a. 1991, S. 28. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 215 ff.

Rechnung getragen.[455] Das Bundesbildungsministerium gab eine Studie zum Stand und den Perspektiven der betrieblichen Weiterbildung aus Sicht der Betriebe und der Arbeiter in Auftrag.[456]

Mit dem Rückzug aus dem außerschulischen Bildungsbereich gab der Staat Aufgaben ab, die er vermutlich allein nicht hätte wahrnehmen können. Dies führt in der Gegenwart zunehmend dazu, dass sich die Bundesländer durch in Auftrag gegebene Gutachten Beratung einholen, wie das Beispiel Hessen zeigt.[457] Ende der 80er Jahre wurde die auf politischer Seite herrschende Euphorie bezüglich des Weiterbildungsmarktes gedämpft. Das „Soziologische Forschungsinstitut Göttingen" distanzierte sich in einer für das Bundesbildungsministerium erstellten Studie vom Begriff eines Weiterbildungsmarktes für die betriebliche Weiterbildung. Die betriebliche Weiterbildung sei lediglich ein Teil des betrieblichen Produktionssteuerungssystems.[458]

Aus der Perspektive des Staates wuchs im außerschulischen Bereich ein intransparentes Feld von Akteuren im Bildungsbereich heran. Aus der Perspektive der Anbieter wurde die unzureichende finanzielle Förderung durch den Staat moniert.[459] Im Jahresbericht 1999 der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck heißt es diesbezüglich: „1999 konnten erstmals alle Bildungsmaßnahmen entsprechend den Verwaltungsvorschriften finanziell gefördert werden (..). Sollten die Landesmittel tatsächlich um 30 % gekürzt werden, steht die Erwachsenenbildung vor schwierigen Entscheidungen, da die fehlenden Landesmittel nicht zu kompensieren sind!"[460]

Es wurde erkannt, dass die Wachstumserwartungen des Bildungsministeriums im Weiterbildungsbereich geringer ausfielen als prognostiziert. Dies galt für die recherchierbaren Bereiche Volkshochschulen und Teile der beruflichen Weiterbildung. In einigen Bereichen gab es geringes Wachstum, in einigen Stagnation und in manchen Bereichen waren die

---

455 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 28.

456 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990.

457 Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 17. Vgl. Faulstich 2001, S. 76 ff. Vgl. Faulstich u. a. 1991.

458 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 216.

459 Vgl. Nuissl/Schlutz 2001 (a), S. 56 f.

460 Claudia Zahn, zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Kassel 2000, S. 3 f.

Zahlen rückläufig.[461] Ein Grund für die nicht erreichten Wachstumsziele kann in fehlenden systematischen Bedarfsanalysen für die berufliche Weiterbildung liegen.[462]

5.6.6 Evaluationsversuche kirchlicher Weiterbildungsangebote in Hessen

Die Auswertung einer im Jahr 1989 durchgeführten Umfrage zur Art und Anzahl der Weiterbildungsinstitutionen in Hessen ergibt für den kirchlichen Bereich 52 Einrichtungen. Im kommerziellen Bereich kam die Untersuchung auf 89 Organisationen, im öffentlichen Dienst auf 34, gewerkschaftlich 21 und im Bereich der Fachverbände auf 57 Organisationen.[463]

Nach dieser Umfrage wurden 1988 in Hessen im kirchlichen Bereich 314 hauptberufliche und 6 111 nebenberufliche Mitarbeiter beschäftigt.[464] Im gewerkschaftlichen Bereich gab es laut dieser Umfrage in besagtem Jahr 327,5 hauptberufliche und 1 144 nebenberufliche Mitarbeiter. Die Fachverbände verfügten über 322,3 hauptberufliche und 3 479 Mitarbeiter. Diese Zahlen sind nur bedingt aussagefähig, da nicht erkennbar ist, in welchen Bereichen die Mitarbeiter beschäftigt waren. Der kirchliche Orgellehrer kann ebenso berücksichtigt sein wie ein Gemeindemitglied, das für die örtliche Kirchengemeinde Bastelkurse anbietet. Die Zahlen vermitteln zumindest eine grobe Übersicht über den Aufwand, den die einzelnen Weiterbildungsanbieter diesem Bildungszweig beimessen.[465]

Die geleisteten Unterrichtsstunden und Teilnehmerzahlen können für diese Gegenüberstellung ebenfalls herangezogen werden: Nach eigenen Angaben leisteten die kirchlichen Anbieter 32 4861 Stunden bei 139 507 Teilnehmern, die Gewerkschaften 42 1718 Stunden bei

---

461 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 29. Vgl. BIBB/IAB (Hrsg.): Neue Techniken: Verbreitungsgrad, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen, Berlin 1987, S. 99. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft/Institut der Deutschen Wirtschaft/Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.): Forschungssymposion Betriebliche Weiterbildung. Gutachten zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven im Bereich betrieblicher Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Betriebe/der Mitarbeiter. Kurzfassung, Bonn 1989, S. 23.

462 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 217. Bei den kirchlichen Zahlen ist nicht erkennbar, ob Institutionen beider Konfessionen gemeint sind.

463 Die Angaben erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 49 f.

464 Zahlen zum haupt-, frei-, nebenberuflich und ehrenamtlich tätigen kirchlichen Personal im Bereich der Erwachsenenbildung auf Bundesebene (2002 - 2005) siehe Seiverth 2007, S. 51 ff.

465 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 49 ff.

39 322 Teilnehmern und die Fachverbände 1 811 657 Stunden mit 104 842 Teilnehmern.[466] In der inhaltlichen Ausrichtung der Bildungsangebote fand in den 80er und auch in den 90er Jahren eine Umorientierung statt, die den kirchlichen Angeboten zu Gute kommen müsste: Die Institutionenkunde und die Klassentheorien verloren an Bedeutung, während die Entdeckung des Politischen im Alltag an Bedeutung gewann. Ernährung, Wohnen, Umwelt und Kultur waren die Themenbereiche, von denen aus das Politische erfahren werden sollte.[467]

5.7 Zukunftsfragen und Kostendruck am Ende des Jahrhunderts

Die Bundesregierung bekannte sich im Bildungsbericht 1991 formal zur politischen Bildung: „Politische Bildung ist (...) als ein Element lebenslangen Lernens konzipiert und hat ihren festen Stellenwert in Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung. Ein dichtes Netz staatlicher und staatlich geförderter gesellschaftlicher Träger sorgt für ein umfassendes pluralistisches Angebot politischer Bildungsmaßnahmen.“[468]
Während des vorangegangenen Berichts aus dem Jahr 1968 habe sich ein breiteres Seminar- und Publikationsangebot entwickelt, welches sich an interessierte Bürger richte.[469] Als Perspektive für die 90er Jahre wird vermerkt, dass im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren die aktuellen Probleme und Zukunftsfragen stärker berücksichtigt werden sollen. Als Beispiele werden die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der technologischen Entwicklungen, ökologische Aspekte, die Wiedervereinigung sowie die anstehenden globalen politischen, ethnischen und ökonomischen Herausforderungen genannt.[470]

Kirchliche Stellungnahmen und Schulgründungen

Am Meinungsbildungsprozess zu diesen Themen beteiligen sich auch die Kirchen. Hier liegen Anknüpfungspunkte für mögliche kirchliche Bildungsveranstaltungen. Dies wird umso deutlicher, wenn im Bildungsbericht vermerkt wird, dass die Vermittlung von Inhal-

---

466 Vgl. ebd., S. 55. Vgl. Seiverth 2007, S. 51 ff.

467 Vgl. Hufer 1997, S. 278 f.

468 Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestagsdrucksache 12/1773, 10.12.1991, zitiert aus: Kuhn u. a. ^{2}1993, S. 398.

469 Vgl. ebd., S. 399.

ten nicht ausreiche, sondern die mit den Inhalten verbundenen Werte und Verhaltensweisen bei der Lehre berücksichtigt werden müssten.[471] Aus kirchlicher Sicht dürfte dieser Passus geradezu wie eine Einladung zur politischen Bildungsarbeit gewirkt haben.

In den 90er Jahren wurde die theoretische Begründung der kirchlichen Bildungsaktivitäten mit mehreren Schriften untermauert. Zu nennen sind die Schriften „Identität und Verständigung“ (EKD-Denkschrift zum Religionsunterricht und dessen Verortung gegenüber dem Ethik- und Islamunterricht 1994), „Orientierung in zunehmender Orientierungslosigkeit“ (Stellungnahme der EKD-Kammer für Bildung und Erziehung 1997) und „Glaube entwickeln. Konfirmandenarbeit und Konfirmation im Wandel“ (Orientierungshilfe des Rats der EKD 1998).

Interessant ist, dass die EKD-Denkschrift „Maße des Menschlichen“ wieder mehr die schulische Bildung als die Erwachsenenbildung im Zentrum hat.[472] Diese Denkschrift wurde wenige Monate nach der Veröffentlichung durch die EKD-Stellungnahme „Perspektiven für Jugendliche mit schlechteren Startchancen“ konkretisiert. Von wenigen kirchlich-theologischen Begründungsverweisen abgesehen, handelt es sich um eine reine bildungspolitische Schrift, die im Kontext der seinerzeitigen Bildungsdiskussion um PISA zu verorten ist.[473]

Kirchliche Schulgründungen in den neuen Bundesländern sind der Ausdruck praktizierter Umsetzung protestantischer Bildungspolitik und die Konsequenz aus der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Denkschrift „Maße des Menschlichen“.

In einer Presseerklärung der EKD vom 26.08.1999 heißt es: „Die Gründungswelle von Schulen in evangelischer Trägerschaft in den neuen Bundesländern rollt auch im Jahr 1999. Nachdem allein in den vergangenen zwei Jahren mit Unterstützung der Evangelischen Schulstiftung in der EKD zehn evangelische Schulen gegründet wurden, können nach den diesjährigen Sommerferien weitere acht evangelische Schulen - sieben Grundschulen und ein Gymnasium - ihren Unterrichtsbetrieb in den östlichen Bundesländern aufnehmen.“[474]

---

470 Vgl. ebd., S. 399 ff.

471 Vgl. ebd., S. 400.

472 Vgl. Nipkow 2003, S. 210. Vgl. Kirchenamt der EKD ^{2}2003.

473 Vgl. Kirchenamt der EKD 2003.

474 Zitiert aus: Schreiner 2002, S. 226.

Der Religionsunterricht gilt für die Kirchen in diesem Kontext als Prüfstand evangelischen Bildungshungshandelns und kirchlicher Bildungspolitik. Die dritte EKD-Mitgliedschaftsstudie (1997) kommt zu dem Ergebnis, dass die Bildung eine große Bedeutung bei der Milieuzugehörigkeit hat und sich auf die Kirchenaktivitäten auswirkt.[475]

Nachlassende öffentliche Unterstützung

Die nachlassende Unterstützung der Weiterbildung durch staatliche Stellen setzte sich Ende der 90er Jahre fort. In Hessen wurde 1999 der Etat für die Weiterbildung um 30 % der 24,5 Millionen DM gekürzt.[476] Die politischen Bildungsangebote gingen in den 90er Jahren eher zurück, was sich nach den Angaben von Schiele für den Bereich der Volkshochschulen nachweisen lässt. Besonders der Kostendruck machte den Bildungsanbietern zu schaffen. Zunehmend war von „marktgerechten Preisen" die Rede. Angebote, die nicht nachgefragt wurden, mussten, sofern sie nicht subventioniert wurden, eingestellt werden.[477]

Für die vom Land Hessen geförderten politischen Bildungsangebote der EKKW lässt sich diese Entwicklung nicht bestätigen. Mit den vom Landeskirchenamt gemäß dem Hessischen Weiterbildungsgesetz erstellten Stoffgebietsstatistiken kann belegt werden, dass die entsprechenden vom Land geförderten Angebote zwischen 1998 und 2003 zunahmen:

1998: 27 Kurse,

1999: 32 Kurse,

2000: 18 Kurse,

2001: 32 Kurse,

2002: 28 Kurse,

2003: 42 Kurse.[478]

---

475 Vgl. Nipkow 2003, S. 230. Vgl. Vögele 2002, S. 41 f. Vgl. Engelhardt u. a. 1997, S. 67 ff.

476 Vgl. Faulstich 2001, S. 89.

477 Vgl. Schiele 2004, S. 6 f.

478 Die Zahlen wurden den Stoffgebietsstatistiken entnommen. Das LKA gewährte Akteneinsicht. Vgl. die Übersicht „Erwachsenenbildungsveranstaltungen der EKKW – Jahresberichte nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz" im Materialband.

Fazit

Für die Weiterbildungsstruktur in Hessen kann für das beginnende 21. Jahrhundert folgendes Fazit gezogen werden: Es gibt eine unüberschaubare Trägerstruktur mit inhaltlich unterschiedlichen Kursen und Programmen. Darunter befinden sich auch von staatlicher Seite anerkannte kirchliche Einrichtungen. Die Entwicklung bezüglich der Gesamtheit der Anbieter ist nicht immer mit der landeskirchlichen Entwicklung identisch.

Der Gesamtheit der Angebote wird eine „marginale Professionalisierung" attestiert, was überwiegend auf die geringe Zahl der hauptberuflichen Stellen und somit auf die Personalstruktur zurückgeführt wird. Die eingesetzten finanziellen Mittel geben einen „Eindruck über die Anteile der verschiedenen Segmente"[479]. Nach Faulstich gibt es eine Adressatenorientierung zugunsten verschiedener Problemgruppen und gute Nutzungsmöglichkeiten für Personen in beruflich hohen Positionen. Die gegenwärtige Mittelaufbringung berücksichtige sozial ausgegrenzte Personengruppen ebenso wie besondere Innovationsträger. Jüngere Personen würden häufiger an Weiterbildung teilnehmen als ältere. Mit steigender Schulbildung nehme auch die Weiterbildungsbeteiligung zu. Entsprechend wachse mit steigender beruflicher Qualifikation die Teilnehmerquote. Beamte würden häufiger als Arbeiter an Weiterbildungen teilnehmen. Die Anbieter würden schnell auf die Bedürfnisse der Nachfrager reagieren und es gebe bezüglich der Inhalte und Lernformen ein großes Maß an Vielfalt.[480]

Ein Rückgang des kirchlichen Engagements im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildungsaktivitäten ist nicht zu erwarten, da sich der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck den Bereich Bildung „als Aufgabe unserer Kirche auf die Fahne geschrieben"[481] hat.

Zudem lehnt die Landeskirche neoliberale Tendenzen im Bereich der Erwachsenenbildung ab: „Evangelische Erwachsenenbildung lehnt generell Tendenzen ab, Erwachsenenbildung zur Privatsache zu erklären und Angebote allein über den Markt regeln zu lassen. Es be-

---

479 Faulstich 2001, S. 81.

480 Vgl. ebd., S. 83 f. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 242 ff. Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 25 f.

steht die Gefahr, dass damit nur beruflich verwertbare Angebote verwirklicht werden.“[482]

5.8 Die EKD im 21. Jahrhundert

Die EKD hatte im Jahr 2001 26,5 Mill. Mitglieder, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 32,1 % entspricht. Die Zahl der Mitglieder hat sich von 1980 bis zum Jahr 2001, trotz des Zugewinns der Bevölkerung aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), nur unwesentlich verändert. Insgesamt ist die EKD stärker als die Katholische Kirche von Kirchenaustritten betroffen. Im Jahr 2001 wurden im Durchschnitt von zwei Zählsonntagen ca. 1,0 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, wobei die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Gottesdienstbesuchern seit Beginn der 90er Jahre (bezogen auf das alte Bundesgebiet) stark rückläufig ist.[483]

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts deutet sich innerhalb der evangelischen Kirchen eine Machtverschiebung zu Gunsten der EKD ab, da die demografischen Entwicklungen und damit verbunden sinkende Einnahmen Zusammenschlüsse von Landeskirchen unumgänglich zu machen scheinen. Ein im Jahr 2006 veröffentlichtes Impulspapier des Rates der EKD mit dem Titel „Kirche der Freiheit“ geht davon aus, dass die Zahl der Landeskirchen bis zum Jahr 2030 von 23 auf acht bis zwölf konsolidiert ist. Die Grenzen der neu strukturierten Landesgrenzen sollen sich an denen der Bundesländer orientieren. Darüber hinaus sei es notwendig, so der Ratsvorsitzende der EKD und Berliner Bischof Huber, dass sich die evangelischen Kirchen auf die Kernaufgaben beschränken. Die in diesem Kontext genannten Stichworte lauten: geistliche Profilierung, Schwerpunktsetzung, Außenorientierung statt Selbstgenügsamkeit. Als Ziele werden die Steigerung der Gottesdienstbesucherzahlen von vier auf zehn Prozent der Kirchenmitglieder und Ausbau des evangelischen Bildungsangebotes genannt. Das Papier wurde in den darauf folgenden Jahren innerkirch-

---

481 Hein, Martin: Grußwort des Bischofs anlässlich des 25jährigen Bestehens der institutionalisierten Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, in: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2001, S. 7.

482 Evangelische Erwachsenenbildung Hessen / Landesorganisation 1996.

483 Vgl. Statistisches Bundesamt 2004, S. 186; S. 559.

lich diskutiert und von der medialen Öffentlichkeit beachtet.[484]

Mit der Umstrukturierung ist demnach auch eine Schwerpunktsetzung bzw. Neuorientierung der inhaltlichen Arbeit verbunden.

5.8.1 Systematische Erfassung evangelischer Erwachsenenbildung

Die DEAE und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten (BAG) erstellten für die Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung eine Statistik für das Jahr 2002.[485] Nach eigenen Angaben handelt es sich um die erste umfassende diesbezügliche Statistik. Für die Folgejahre sollte die statistische Erfassung fortgeführt werden, was mit der Statistik für 2005 zeitlich versetzt geschah.[486] Mit „umfassend" war gemeint, dass die bisherigen verfügbaren Daten zu Veranstaltungen und Teilnehmenden um die Informationen „statistische Angaben über institutionelle Strukturen", „Personal" und „Finanzierung" ergänzt wurden.[487]

Statistik 2002

Zweck dieser aufwändigen Erhebung war die Intention, ein unverwechselbares Profil der evangelischen Erwachsenenbildung gegenüber anderen Anbietern zu belegen. Die Statistik diente somit der Öffentlichkeitsarbeit.[488]

Für die politische Bildungsarbeit in evangelischer Trägerschaft ist interessant, dass im Jahr 2002 8,8 %[489] der erfassten evangelischen Erwachsenenbildungsveranstaltungen zum Themenbereich „Politik und Gesellschaft" zählen. Wenn die Angebote des Themenbereichs „Umwelt" hinzugezählt werden, sind es sogar 9,3 % der Veranstaltungen.[490] Die meisten

---

484 Vgl. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 2006, S. 93 ff. Vgl. SZ vom 06.07.2006, S. 1. Vgl. SZ vom 21.07.06, S. 8. Vgl. SZ vom 26.01.2007, S. 6. Vgl. SZ vom 27./28.01.2007, S. 7. Vgl. SZ vom 25.01.2007, S. 6.

485 DEAE/BAG (Hrsg.): Statistik 2002. Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung, Frankfurt 2004.

486 Vgl. Seiferth 2007.

487 Vgl. DEAE/BAG 2004.

488 Vgl. ebd., S. 5.

489 Dies entspricht bundesweit 14547 Veranstaltungen im Jahr 2002.

490 Dies würde insgesamt 15336 Veranstaltungen entsprechen.

Veranstaltungen fanden mit 31,7 %[491] im Themenkomplex „Familie, Gender, Generationen“ statt.[492] Ein Mangel der Statistik sind die undifferenzierten Informationen zu den Zielgruppen. Es werden zwar die Gruppen Analphabeten, Arbeitssuchende, Aussiedler, Menschen mit Behinderungen, Familien, Frauen, Multiplikatoren, Senioren und „Sonstige“ aufgeführt. Für die im Bereich der EKD geführte Milieudiskussion[493] gibt es allerdings keine spezifischen Angaben. Es ist zudem unklar, ob sich die Veranstaltungen explizit an die aufgeführten Gruppen richteten, was nach den Überschriften zu vermuten wäre, oder ob die Veranstaltungen ohne Adressateneinschränkung angeboten wurden und von diesen Personengruppen besucht wurden. Letzteres wäre anhand der Gruppenunterscheidungen zu vermuten.[494]

Statistik 2005

Das Idealziel für die Statistik 2005 war eine Vollerhebung der evangelischen Erwachsenenbildungseinrichtungen mit ihren Angeboten.[495]

Im Vorfeld gab es Probleme bei der Datenerhebung, wie der Einleitung zu entnehmen ist:

„Im Februar 2004 wurden für eine zweite Projektphase (...) die folgenden Ziele formuliert:

1. Mit dem Idealziel einer Vollerhebung vor Augen soll der Deckungsgrad der durch die Weiterbildungsstatistik erfassten Einrichtungen erweitert werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Komplettierung der Erhebungsmodelle (...) als auch auf den Versuch, bisher nicht integrierte Einrichtungen und Träger von Evangelischer Erwachsenenbildung auf Bundesebene (...) ebenfalls in die Statistik einzubeziehen.

2. Orientiert an dem Ziel der Dauerhaftigkeit (...) des eingeführten Erhebungsmodells und der etablierten Verfahren ist es notwendig, die Akzeptanz bei den beteiligten Einrichtungen zu stabilisieren (...)“[496]

Mit der vorangegangenen Statistik 2002 kann die Statistik 2005 nur bedingt verglichen werden, da sich die Erhebungsdaten geändert haben. Zu nennen ist die „Gesamtheit der

---

491 Dies entspricht 52188 Veranstaltungen.

492 Vgl. ebd., S. 43.

493 Vgl. die entsprechenden Unterkapitel in dieser Arbeit.

494 Vgl. DEAE/BAG 2004, S. 46 ff.

495 Vgl. Seiverth 2007, S. 8.

Evangelischen Familienbildungsstätten“, die nicht mehr in die „Grundgesamtheit“ aufgenommen wurde.[497]

Dass sich die Erhebung evangelischer Erwachsenenbildungsdaten im Jahr 2005 nach wie vor in den Anfängen befand, zeigen die deutlichen Einleitungsworte des Berichts:

„Die Daten des Jahres 2005 sowie die Zeitreihen 2002 - 2005 werden in dieser Veröffentlichung unkommentiert wiedergegeben. Eine von der DEAE zu verantwortende Auswertung und Interpretation der Verbandsstatistik muss erst sorgfältig vorbereitet werden (...) Das Ziel dieses Berichtes ist es zunächst, praktische Wege und konzeptionelle Lösungen dafür aufzuweisen, um die Diskussion über die Erarbeitung eines kirchlichen Bildungsberichtes anzuregen und dadurch auch in einer neuen Form die Mitverantwortung der evangelischen Erwachsenenbildung für das gesellschaftliche und öffentliche Bildungssystem wahrzunehmen.“[498] Nach Fertigstellung der Statistik gab es innerhalb der DEAE offensichtlich unterschiedliche Meinungen zu einer Fortführung der Statistik. In einer Vorlage zur Vorstandssitzung am 25.01.2007 schreibt der Bundesgeschäftsführer der DEAE:

„Wenn die EEB (Evangelische Erwachsenenbildung, der Verf.) ein substantielles Interesse daran hat, als Teil der gesellschaftlich relevanten Bildungspraxis wahrgenommen werden zu können, dann muss sie sich auch in fundierten Zahlen ausweisen können (...) Wenn ein bildungspolitisch agierender Verband sich aus Sorge oder Furcht vor Missdeutungen oder Fehlschlüssen statistischer Daten gar nicht erst bereit findet oder in der Lage sieht, sich dauerhaft und kontinuierlich an der Generierung von relevanten statistischen Daten zu beteiligen, manövriert er sich dadurch nach meiner Überzeugung mit einiger Sicherheit aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion.“[499]

---

496 Zitiert aus Seiverth 2007, S. 8.

497 Vgl. ebd.

498 Zitiert aus ebd., S. 10.

499 Vorlage von Andreas Seiverth zur Vorstandssitzung der DEAE am 25.01.2007, in: Seiverth 2007, S. 13 f.

Datenbasis

Die Statistik bietet, bezogen auf das Jahr 2005, eine umfassende Datenbasis zu den Punkten strukturelle Daten, Personal, Finanzierung, Veranstaltungen.[500]

Unter dem Punkt „Veranstaltungen“ wird zwischen den Themengebieten

- Politik - Gesellschaft,
- Familie - Gender - Geerationen,
- Religion - Ethik - Philosophie,
- Umwelt,
- Kultur,
- Gesundheit,
- Sprachen,
- Arbeit - Beruf,
- Grundausbildung – Schulabschlüsse

differenziert.

8,6 % der von der DEAE erfassten Veranstaltungen zählen zum Themenfeld Politik - Gesellschaft. Mit 10,8 % bot die EKKW im prozentualen Verhältnis mehr Angebote speziell zur politischen Bildung an.[501]

Die meisten von der DEAE erhobenen Veranstaltungen wurden 2005 zum Themenfeld Religion - Ethik - Philosophie angeboten.[502] 44,7 % der Veranstaltungen waren an keine spezielle Zielgruppe gerichtet. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Veranstaltungen adressatenorientiert ausgeschrieben waren. Es werden folgende Zielgruppen benannt:

- Analphabeten,
- Arbeitssuchende,
- Migranten,
- Menschen mit Behinderung,
- Familien,
- Frauen,
- Multiplikatoren/Mitarbeiterfortbildung,
- Senioren,
- Sonstige.

---

500 Vgl. ebd., S. 30 ff.

501 Die Themenfelder sind mit denen aus den Jahresberichten der „AG für Erwachsenenbildung der EKKW“ identisch, sodass die Daten miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg): Jahresbericht 2005, Kassel 2006, S. 10.

502 Vgl. Seiverth 2007, S. 41 f.

Mit 26,4 % richten sich die meisten adressatenorientierten Angebote an Frauen. Für Multiplikatoren und Mitarbeiterfortbildung wurden mit 9 % vergleichsweise wenige Veranstaltungen adressatenorientiert ausgeschrieben. Die Besucher der politisch-gesellschaftlichen Veranstaltungen setzten sich zu 73,7 % aus weiblichen und zu 26,3 % aus männlichen Teilnehmern zusammen. Bei den Veranstaltungen zum Themenfeld „Politik - Gesellschaft“ waren 43,7 % an keine bestimmte Adressatengruppe gerichtet.[503]

5.8.2 Der erste Weiterbildungsbericht Hessen im Horizont kirchlicher Arbeit

Im ersten Weiterbildungsbericht des Landes Hessen wird im Jahr 2005 kritisch angemerkt, dass an den Weiterbildungsbereich zu hohe Erwartungen geknüpft wurden, wodurch dieser Bildungsbereich überfordert und in eine „Versagensposition“ gedrängt werde. Bei der Beschreibung der Ausgangssituation wird die Bedeutung der Weiterbildung mit den Herausforderungen der Globalisierung begründet. Kontextuell werden Sprachkurse und Seminare zur interkulturellen Bildung genannt. Neben der Globalisierung werden Individualisierung, Strukturwandel, Entwicklung einer Zivilgesellschaft und demografische Entwicklung als Begründungszusammenhang für ein erforderliches Weiterbildungssystem aufgeführt.[504] Diese Begründungszusammenhänge sind im Wesentlichen mit den kirchlichen Begründungszusammenhängen identisch. Dadurch wird die außerschulische Erwachsenenbildung für die Kirchen als ein entscheidendes Aktionsfeld innerhalb der nichttheologischen Arbeit bestätigt.

Nachdem die finanzielle Förderung der Erwachsenenbildung von 1993 bis 2001 rückläufig war, stieg die Landesförderung ab 2001 wieder an. Auch in anderen Bundesländern ist zu beobachten, dass die Landesregierungen trotz Haushaltsproblemen bemüht sind, das Förderniveau der Erwachsenenbildung zu halten. In Bayern wurden die für 2006 geplanten Kürzungen der öffentlichen Förderung der Erwachsenenbildung nicht vorgenommen.[505]

In Kurhessen-Waldeck zählt Bischof Hein auch in finanziell schwierigen Zeiten die Bildungsarbeit zu einem Kernbereich kirchlichen Handelns auf Gemeindeebene. In einer Re-

503 Vgl. ebd., S. 43. Vgl. ebd., S. 59.

504 Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 9.

de betont er den hohen Stellenwert der Bildungsarbeit, in dem er dieses Aufgabenfeld separat neben dem Religionsunterricht und der Konfirmandenarbeit aufführt: „Sollte sich abzeichnen, dass sich finanzielle und personelle Mittel der Kirchengemeinden weiter verknappen, muss sich ihre Arbeit auf Kernbereiche konzentrieren: Für mich sind diese Gottesdienste, Seelsorge, Religionsunterricht, Konfirmandenarbeit und Bildungsarbeit, Mitgliedergewinnung, diakonische Arbeit unterhalb der professionellen Diakonie.“[506]
Es ist unter Synodalen und kirchlichen Mitarbeitern in Kurhessen-Waldeck bekannt, dass der Bischof dem Bereich Bildung eine Schlüsselrolle zukommen lässt. Es ist zu vermuten, dass das kirchliche Engagement in diesem Aufgabenfeld eher zunimmt als nachlässt.

5.9 Zusammenfassung

In diesem Kapitel sollten folgende historische Entwicklungen und Zusammenhänge deutlich werden:
Die Kirchen waren von Beginn des flächendeckenden Schulbesuchs der Bevölkerung an als „Bildungspartner“ in der Bildungspolitik tätig. Zuvor verfügten sie, zumindest im ländlichen Bereich, über ein Bildungsmonopol.
In den Anfangsjahren der flächendeckenden Schulversorgung waren die Kirchen Lehrmittellieferanten, indem sie durch die Bereitstellung von Bibeln und Gesangbüchern Material für den Deutsch-, Religions- und Musikunterricht bereitstellten.
Die Kirchen beschäftigten Lehrer als Küster und Organisten. Eine Existenz als Lehrer wäre vielerorts ohne diese Zusatzeinkommen nicht möglich gewesen.
Die Kirchen waren und sind durch den Unterhalt von Schulen Einrichtungsträger.
Im 19. Jahrhundert haben die Kirchen weltliche Aufgaben (Bildungsmonopol, Zivilehe) verloren. Dennoch bleiben die Kirchen im Bildungsbereich Partner des Staates. Mit dem Entstehen der Bildungsvereine verstärken die Kirchen ihr Engagement in der institutionell entstehenden außerschulischen Erwachsenenbildung.
Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges liegt der Schwerpunkt der außerschulischen Bil-

---

505 Vgl. ebd., S. 17. Vgl. SZ vom 07./08. Januar 2006, S. 18.

506 Auf einer Kreissynode stellte Hein bei einem Vortrag Thesen zur Zukunft der EKKW vor. Der Beitrag liegt vor unter: Martin Hein: Wohin bewegt sich unsere Kirche? Thesen zur Frühjahrstagung der Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Witzenhausen am 06.03.2004, S. 3.

dungsaktivitäten bei der kirchlichen Akademiearbeit. Davon partizipiert überwiegend ein elitärer Kreis. Der Religionsunterricht etabliert sich. Er erhält durch seine Verankerung in der Verfassung eine exponierte Stellung innerhalb des schulischen Fächerkanons. Die Kirchen sind bei der Ausbildung der Religionslehrer und der Durchführung des Religionsunterrichts beteiligt.

In der BRD gibt es Parallelen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen, außerschulischer politischer Bildungspolitik und kirchlicher außerschulischer Bildungsarbeit.

Im 21. Jahrhundert sind die evangelischen Landeskirchen und die EKD in Politik und Gesellschaft anerkannte Akteure. Sie gehören zum Erscheinungsbild des öffentlichen Lebens. „Der Ruf nach Trennung von Schule und Kirche, wie er im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert vielstimmig und lautstark erschollen war, ist heutzutage kaum noch hörbar und wird auch retrospektiv kaum noch wahrgenommen. “[507]

Die Bemühungen der EKD und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im Bereich der Erwachsenenbildung der vergangenen Jahrzehnte müssen unter Berücksichtigung dieser geschichtlichen Entwicklung gesehen werden. Es ist zu überprüfen, ob diese Bemühungen als Antworten der Kirchen auf eine sich verändernde, globaler werdende Welt zu verstehen sind und wie diese Bildungsbemühungen im traditionellen Bildungsverständnis der Kirchen eingeordnet werden müssen. Die politische Bildung verliert im 21. Jahrhundert weiter an Stellenwert. Der Staat zieht sich nach wie vor aus der politischen Bildung zurück. Selbst Programme, die einen geringen finanziellen Aufwand erfordern - wie im Unterricht vorbereitete Gesprächsrunden mit Politikern - werden von den Landeszentralen für politische Bildung seltener angeboten. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung bestätigt diesen Trend: „Abgesehen von wenigen Ausnahmen gibt es einen Abschwung der politischen Bildung, was Mittel und Personal betrifft.“[508]

---

507 Uhlig, 2006, S. 163.

508 Zitiert aus: SZ, 20.03.2006, S. 16.

6 Zur Motivation der kirchlichen Bildungsarbeit

Die evangelische Kirche ist eine Kirche des „Wortes“. Das Lesen und Interpretieren der biblischen Texte und die Anwendung der daraus gewonnenen Erkenntnisse auf das eigene Leben und auf die Entwicklungen in der Welt sind zentrale Merkmale des evangelischen Glaubens.

Daraus leitet der Protestantismus auch seine Bildungsverantwortung ab: „Die evangelische Kirche hat als Kirche des Wortes ihr Proprium in der öffentlichen und persönlichen mündlichen Bekanntmachung des Evangeliums zusammen mit der darin eingeschlossenen Freigabe und Verpflichtung zu einer mit allen geteilten weltlichen Verantwortung. In diesem Sinne muss sich evangelische Bildungsverantwortung zu jeder Zeit der allgemeinen Lage stellen.“[509]

Diese Maximen sind die Grundlage für das protestantische Bildungsverständnis, dass in den nächsten Kapiteln hergeleitet wird.

6.1 Das protestantische Bildungsverständnis

Über die protestantische Bildungsverantwortung gibt es zahlreiche Abhandlungen.[510] Der Stellenwert der Bildung im Kontext des christlichen Menschenbildes und die diesbezüglichen historischen Entwicklungen werden in der Literatur ebenso untersucht wie religionspädagogische Modelle.[511] Einzelne Landeskirchen werden in der Fachliteratur eingehend behandelt. Anlass sind häufig landeskirchliche Jubiläen, weshalb zahlreiche Untersuchungen im kirchlichen Auftrag verfasst werden. Viele Veröffentlichungen erzeugen zudem den Eindruck, dass sie der innerkirchlichen Meinungsbildung dienen und sich nicht an Adressaten außerhalb der kirchlichen Funktionsträger richten.[512]

---

509 Nipkow ^{2}1992, S. 195.

510 Einen umfassenden Überblick bieten die Beiträge in Schweitzer 2002.

511 Siehe: Preul, Reiner: Kirche als Bildungsinstitution, in: Schweitzer 2002, S. 101 ff.

512 Siehe: Ochel, Joachim: Bildung in evangelischer Verantwortung auf dem Hintergrund des Bildungsverständnisses von F.D.E. Schleiermacher, Göttingen 2001. Vgl. Marre, Heiner u. a. (Hrsg.): Der Beitrag der Kirchen zur Erfüllung des staatlichen Erziehungsauftrags, Münster 1998. Vgl. Betz, Georg: Dokumente der katholischen Kirche zur Bildungsdiskussion, München 1983. Vgl. Kirchenamt der EKD ^{2}2003. Vgl. Landeskirchenamt Kassel 2002. Vgl. Grubauer/Lenz 1999. Vgl. Valtink, Eveline:

Konfessionelle Gegenüberstellung

Mit Hilfe einer konfessionellen Gegenüberstellung soll der Ausgangspunkt des protestantischen Bildungsverständnisses verdeutlicht werden.

Die protestantische Kirche war im Gegensatz zur katholischen nie eine Kirche des Kultes. Während bei der Katholischen Kirche die heilige Messe im Zentrum des gelebten Glaubens steht, ist die Verkündigung des Evangeliums, also die Predigt, das zentrale Element des Protestantismus. In den meist prunkvoller ausgestatteten katholischen Kirchen im Vergleich zu den häufig schlichten evangelischen Gotteshäusern wird dieser Unterschied sichtbar.[513] Bei der Verkündigung geht es neben der Glaubenslehre um Fragen nach dem Zusammenleben in einer Gesellschaft, nach den Wechselbeziehungen zwischen Religion und Staat und um zwischenmenschliche Verhaltensnormen.[514] Die protestantische Bildungstheorie muss vor dem Hintergrund dieses Religionsverständnisses betrachtet werden. Karl Ernst Nipkow schreibt zum protestantischen Bildungsverständnis: „Die evangelische Kirche versteht Bildung umfassend als einen Kulturanspruch im Sinne der Kultivierung des ganzen Menschen zur Förderung der kulturellen Qualität der Gesellschaft.“[515]

Bildungsreligion

Der Protestantismus wird als „Bildungsreligion“ bezeichnet, da der Elementarbildung im Protestantismus historisch eine hohe Bedeutung beigemessen wird.[516]

Die in der Längsschnittuntersuchung erwähnte protestantische Maxime, nach der ein Christ die Fähigkeit haben soll, die Bibel zu lesen und zu verstehen, besteht auch in der Gegenwart. Eine von der EKD in Auftrag gegebene Studie der Erziehungswissenschaftlichen Fa-

---

Zum Begegnungsfeld Bildung, in: Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Protestantismus und Kultur. Beiträge aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck zum Konsultationsprozess „Gestaltung und Kritik. Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert“, Kassel 2001, S. 17 ff. Vgl. Ziegert, Richard: Kirche ohne Bildung. Die Akademiefrage als Paradigma der Bildungsdiskussion, Frankfurt 1997. Vgl. Schweitzer 2002.

513 Vgl. Nipperdey 1990, S. 475. Vgl. Nipkow 2003, S. 202.

514 Vgl. ebd. Vgl. Nipperdey 1990, S. 475.

515 Nipkow 2003, S. 216. Vgl. ders.: Bildung und Entfremdung. Überlegungen zur Rekonstruktion der Bildungstheorie in der Gegenwart (Tagungsbeitrag), in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1976, S. 28 ff. Der Vortrag enthält im ersten Teil Ausführungen zum Bildungsbegriff.

516 Vgl. Nipperdey 1988, S. 38 ff. Siehe ferner: Ulbricht, Justus/Werner, Meike (Hrsg.): Romantik, Revolution und Reform. Der Eugen Diederichs Verlag im Epochenkontext 1900 - 1949, Göttingen 1999.

kultät Erlangen-Nürnberg ergab, dass die Lesekompetenz der Haupt- und Realschüler von Evangelischen Schulen bei vergleichbaren Voraussetzungen um ein Drittel besser sei als die Lesefertigkeiten der Schüler von staatlichen Schulen.[517]

In einer Stellungnahme zu diesem Untersuchungsergebnis verwies der Vorsitzende des Rats der EKD, Bischof Huber, auf die reformatorischen Interessen an einem eigenverantwortlichen Verstehen der biblischen Tradition, mit der man das gute Abschneiden der evangelischen Schulen erklären könne.[518]

Die Konfessionen unterscheiden sich in ihren Bildungsaktivitäten weniger in der praktischen Bildungstätigkeit als in der Motivation und Begründung der Bildungsarbeit. Das lässt sich am Beispiel des Gottesdienstverständnisses veranschaulichen: Während für die Katholische Kirche der Gottesdienst in einem sakralen Raum stattfinden sollte, ist dem Protestantismus die Vorstellung von einem geschlossenen Raum der Frömmigkeit als Voraussetzung für den Gottesdienst fremd. Der protestantische Christ versteht sich durch sein Handeln im ständigen „Gottesdienst". Bildungsaktivitäten können nach diesem Verständnis eine Form von Gottesdienst sein.[519]

Historische Bezüge zum Begriff der protestantischen Bildungsreligion finden sich in der Forschung zum Bildungsniveau der Landbevölkerung. Es ist belegt, dass im 19. Jahrhundert mehr Protestanten als Katholiken weiterführende Schulen besuchten. Selbst für den „religionsfreien Bildungsbereich" ist nachgewiesen, dass die Protestanten eher als die Katholiken agrarische Verbesserungsvorschläge in der Praxis anwandten. Weitere belegte Beispiele ließen sich aufführen.[520]

---

517 In ev. Schulen gibt es nur wenige Schüler mit muslimischer Herkunft. Der Anteil der Aussiedlerschüler ist höher als in staatlichen Schulen. Der Anteil der Schüler mit fremdländischer Muttersprache ist in ev. und staatlichen Schulen in etwa gleich hoch. In Deutschland besuchen 5% der Realschüler und 7,5 % der Gymnasiasten konfessionelle Privatschulen. Vgl. Das Parlament 30 - 31/2005, S. 13.

518 Vgl. Das Parlament 30 - 31/2005, S. 13.

519 Vgl. Greiffenhagen 1999, S. 59. Vgl. Nipkow 2003, S. 202. Bei der Begründung für dieses Gottesdienstverständnis beziehen sich die Vertreter der evangelischen Kirchen in der Regel auf die Paulusbriefe des Neuen Testaments. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 152 ff.

520 Vgl. Dietrich, Tobias: Konfessionelle Gegnerschaft im Dorf im 19. Jahrhundert, in: Blaschke, Olaf: Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970 - ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002, S. 189 ff. Vgl. Nipperdey 1988, S. 38 ff.

Profilbildung - Beispiel Jugendarbeit

In den vorangegangen Kapiteln wurde an verschiedenen Stellen auf den Versuch von Profilbildungen der Bildungsanbieter verwiesen. Vordergründig scheint zu einem Bildungsverständnis auch eine Profilbildung zu gehören.

Es gibt durchaus Stimmen, die einer Profilbildung evangelischer Kinder- und Jugendarbeit kritisch gegenüberstehen. Beim Neujahrsempfang des „Referats Schule und Unterricht/Kinder- und Jugendarbeit" der EKKW im Landeskirchenamt Kassel am 23.01.2008 äußerte sich der Referent Ulrich Schwab von der Ludwig-Maximilian-Universität München in seinem Festvortrag kritisch gegenüber Profilbildungen in der evangelischen Jugendarbeit.

Das Vortragsthema lautete: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders - Evangelische Jugendarbeit und ihr evangelisches Profil".[521] Schwab bezieht sich zu Beginn seines Vortrags unter Punkt eins auf die Reformation. Der Begriff „evangelisch" habe in dieser Zeit eine Abgrenzung zur kirchlichen Lehrautorität bedeutet.[522]

Unter Punkt drei stellt er die evangelische Kinder- und Jugendarbeit vor dem Horizont der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor: Die Form einer sich evangelisch verstehenden Kinder- und Jugendarbeit kristallisiere sich erst heraus, wenn auch die gegenwärtigen Bedingungen von Bildung in den Blick genommen werden würden. Das müsse in individueller und gesellschaftlicher Perspektive geschehen. Es gehe dann um die Frage, wie Bildung im Kontext der reflexiven Moderne durch Reflexionsarbeit immer wieder neu konstruiert werden könne. Jugendarbeit müsse sich auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einstellen und die Bedürfnisse würden von Generation zu Generation andere sein. Mit einer engen Profilbildung könne man Jugendliche deshalb nicht erreichen.[523]

Es geht ihm mehr um eine Wertschätzung der Person mit ihren gegenwärtigen Fragen als um eine Rekrutierung für zukünftige Gemeindearbeit: „Evangelische Jugendarbeit ist ein Arbeitsfeld, das der Kirche in den letzten 150 Jahren zugewachsen ist. Dabei hat es das eine Konzept der Jugendarbeit nie gegeben, wir finden vielmehr zu unterschiedlichen Zeiten

---

521 Die schriftliche Fassung des Vortrags liegt dem Verfasser vor. Das Manuskript ist mit Seitenzahlen versehen. Im Folgenden: Schwab 2008 (Manuskript).

522 Vgl. Schwab 2008 (Manuskript), S. 1 f.

unterschiedliche Ansätze der Jugendarbeit, die nicht einfach aus purer Beliebigkeit entstanden sind, sozusagen aus einer modischen Laune heraus, sondern jeweils streng auf die Zeitumstände hin bezogen waren (...) Ich warne sehr davor, Kinder und Jugendliche als ‚Zukunft der Kirche' zu sehen - das bedeutet nämlich, dass ihre realen gegenwärtigen Anliegen ausgeblendet werden. So wie der evangelische Glaube insgesamt den Menschen - in seiner Beziehung zu Gott - in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit stellt, so ist auch die evangelische Kinder- und Jugendarbeit an den Jugendlichen selbst orientiert. Evangelische Kinder- und Jugendarbeit dient also zunächst einmal nicht der institutionellen Nachwuchspflege - das wäre wieder die Flucht vor den gegenwärtigen Fragestellungen in die Zukunft - sondern den Kindern und Jugendlichen als Subjekte ihrer lebensweltlichen Praxis in der Gegenwart.“[524]

6.2 Öffentlichkeitsanspruch und Bildungsauftrag

Für den Ratsvorsitzenden der EKD sind die drei maßgeblichen Kennzeichen für das gesellschaftsbezogene Handeln der Kirchen Bildung, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit. Das Paradigma Bildung begründet Huber wie folgt: „Christliche Verkündung zielt auf das Verstehen des Glaubens und auf die Fähigkeit der Glaubenden zur Verständigung und zur Kommunikation. Glauben ist also immer - unabhängig von der formalen Bildung - ein personales Bildungsgeschehen; darin ist ein Impuls zu Bildungsbemühungen in einem umfassenderen Sinn enthalten.“[525]

Damit definiert die Kirche ihr Engagement über einen intrinsischen Öffentlichkeitsauftrag. Mit Verweis auf Bibelstellen des Neuen Testaments wird von Seiten der evangelischen Kirchen argumentiert, dass die christliche Kirche traditionell ein gesellschaftlicher Akteur sei, der den Auftrag habe, durch die Verbreitung des Evangeliums Gesellschaft und Gemeinschaft positiv zu gestalten.[526] Dabei ist bedenklich, dass sich die Kirche diesen Öffentlichkeitsauftrag selbst gibt, da sie nicht für sich in Anspruch nehmen kann, auch für dieje-

---

523 Vgl. ebd., S. 7.
524 Ders., S. 9 f.
525 Huber [2]1999, S. 158.
526 Vgl. ebd., S. 102 ff.

nigen einen Auftrag wahrzunehmen, die sich nicht mit der Institution Kirche identifizieren. Dennoch erhebt Huber den Öffentlichkeitsanspruch der evangelischen Kirchen in Bildungsfragen, da die Inhalte und Traditionen des christlichen Glaubens, ihre ethischen Konsequenzen, ihr Verhältnis zu anderen Religionen und Überzeugungen sowie ihre kulturelle Bedeutung zu den wichtigen Grundelementen allgemeiner Bildung gehören würde. Deshalb würde der Bildungsauftrag der evangelischen Kirchen in die Schulen und andere öffentlichen Bildungseinrichtungen gehören. Es gehe neben dem Interpretieren der geschichtlichen Grundlagen des Christentums um das Interpretieren der gegenwärtigen Lebenswirklichkeit. Huber bezeichnet diese Bildungsaktivität als sekundäres Kennzeichen von Kirche.[527] Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung seien „ein wichtiger (...) Beitrag der Kirche zur kulturellen Diakonie“[528].

Huber betont, dass sich die Bildungsangebote an die breite Öffentlichkeit und nicht nur an die Mitglieder der Kirchen richten müssen.[529]

Ähnlich argumentieren Vertreter der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck: „Nie war Evangelische Bildungsarbeit so bedeutsam wie heute, in einer Zeit, in der sich Werte auflösen oder wandeln, gerade auch christliche, eine Zeit, in der antidemokratische Tendenzen Hochkonjunktur haben und Rechtsradikalismus sein Unwesen treibt. Was gefragt ist, ist Bildung und Information (...) Evangelische Erwachsenenbildung ist auch und gerade Öffentlichkeitsarbeit für die Kirche (...) Evangelische Erwachsenenbildung hat in der Vergangenheit für die politische Kultur und Öffentlichkeit Konzepte entwickelt und Erfahrungen gesammelt.“[530]

Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen, wenn es denn einen solchen gibt, wird greifbarer, wenn man die christlichen Kirchen im Kontext anderer Großorganisationen sieht.

Ekkehard Nuissl hat die kirchliche Motivation zur politischen Bildungsarbeit im Kontext anderer Organisationen, die sich ebenfalls einen Selbstauftrag zur politischen Bildung ge-

---

527 Vgl. ebd., S. 158 f.

528 Ders., S. 295.

529 In diesem Kontext erwähnt er auch, dass die Mitarbeit anderer Glaubensrichtungen im Bildungssektor unerlässlich sei. Vgl. ebd., S. 296.

530 Pfarrer Reinhard Heubner, seinerzeit Vorsitzender des Erwachsenenbildungswerkes der EKKW, in: Erwachsenenbildungswerk der EKKW 1992, S. 1 f.

ben, zusammengefasst: „Letztlich ist der öffentliche Auftrag zu politischer Bildung ein gesamtgesellschaftlicher Grundkonsens, getragen durch Sozialpartner, Großorganisationen (wie Kirchen und Verbände), Parlamente und Administrationen. Dieser Grundkonsens bedeutet kurz zusammengefasst: In einer demokratisch organisierten Gesellschaft ist politische Bildung notwendig, um die einzelnen Mitglieder dieser Gesellschaft zu dem zu befähigen, was das Funktionieren derselben voraussetzt: Teilhabe, Mitwirkung, Interessenartikulation etc.“[531]

6.3 Weiterbildungsinteressen von Kirche und Wirtschaft

Kirche und Wirtschaft stehen sich im Bereich der Weiterbildung zugleich als Partner und Konkurrenten gegenüber. Dieses spannungsvolle Verhältnis soll in den nächsten beiden Abschnitten herausgearbeitet werden.

Kirchliche Interessen

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck erhebt als Volkskirche den Anspruch, als gesellschaftliches Sprachrohr in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Deshalb ist es nahe liegend, dass sie sich in den öffentlichkeitsrelevanten Bereichen einbringt.[532]

Das Bildungsangebot der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck deckt im Bereich der Erwachsenenbildung die Stoffgebiete Sprachen, Arbeit/Beruf, Politik/Gesellschaft, Familie/Generationen, Religion/Ethik, Umwelt, Kultur und Gesundheit ab. Die nicht dem Stoffgebiet Politik/Gesellschaft zugeordneten Veranstaltungen haben nach eigenen Angaben oft Bezugspunkte zur politischen Bildung.[533] Die Bildungsveranstaltungen sind nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz geförderte Veranstaltungen.

Nach eigener Auskunft engagiert sich die Landeskirche in der Erwachsenenbildung, um

---

531 Nuissl, Ekkehard: Zwischen öffentlichem Auftrag und Markt, in: Sander 1997, S. 520.

532 Der Begriff der Volkskirche ist in protestantischen Schriften erstmals bei Schleiermacher Anfang des 19. Jahrhunderts nachweisbar. Kennzeichnend für das protestantische Verständnis von Volkskirchen sind die flächendeckende Präsenz, der öffentlich-rechtliche Kirchenstatus, die Praxis der Kindertaufe, Anspruch auf Öffentlichkeitsrelevanz. Vgl. den Lexikonbeitrag von Bischof Hein, in: Kaspar, Walter u. a. (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Band 10, Freiburg 2001, S. 864.

533 Vgl. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Jahresbericht 2003, Kassel 2004, S. 13 f. Den interdisziplinären Aspekt gibt es auch bei der nichtkirchlichen politischen Bildung, bei der die Multiplikatoren auf Fachkenntnisse anderer Disziplinen angewiesen sind. Vgl. Beer 2004, S. 279.

„ein vielfältiges Angebot zur Sinn- und Wertorientierung“[534] zu leisten.

Die These, dass die Kirchen durch ihre Arbeit im Weiterbildungsbereich eine Verkündungsfunktion ausüben würden[535], ist auf dem ersten Blick einleuchtend. Belegt ist sie allerdings nicht. Zumindest soll nach Angaben des „Evangelischen Kindertagesstätten-Verband in Kurhessen-Waldeck“ durch religionspädagogische Arbeit christliche Erziehung erfolgen.[536] Ob dies die primäre Motivation zur Aktivität im Bildungssektor ist oder ob die kirchlichen Aktivitäten im Bildungssektor primär im Kontext des Selbstverständnisses der evangelischen Kirche als Bildungsreligion und Teil des Staates zu finden sind[537], wird zu untersuchen sein. Schließlich sieht sie sich selbst als eine „ecclesia semper reformanda“, eine immer wieder zu reformierende Kirche.[538] Nach eigenen Angaben ist der von den Landeskirchen unterstützte evangelische Religionsunterricht kein Instrument kirchlicher Bestandssicherung.[539]

Zwischen kirchlichen Interessen in der Bildungspolitik und den bildungspolitischen Interessen der Wirtschaft kann es zu Schnittmengen kommen. Dies wird deutlich, wenn sich Kirche und Wirtschaft in Arbeitskreisen zusammenfinden. Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, vertrat vor dem „Arbeitskreis Wirtschaft und Kirche Nordhessen“ im Jahr 2007 die Auffassung, dass es zwischen dem christlichen Menschenbild und der ökonomischen Vernunft keinen Gegensatz gebe. Allerdings sei die Wirtschaft um des Menschen willen da und nicht umgekehrt.[540]

Interessen der Wirtschaft

Die von der Wirtschaft angebotenen und geforderten Weiterbildungsmöglichkeiten gehen über fachliche Angebote hinaus. Nachgefragt werden von Führungskräften allerdings in erster Linie Veranstaltungen zur Mitarbeiterführung, zu neuen Technologien und zur Be-

534 Klaus Pust, seinerzeit Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Jahresbericht 2001, Kassel 2002, S. 14.

535 Vgl. Becker 1989, S. 345.

536 Vgl. Dettmar 1990, S. 47.

537 Vgl. Kirchenamt der EKD ^{2}2003.

538 Vgl. Dettmar 1990, S. 29.

539 Vgl. Kirchenamt der EKD ^{5}2000, S. 11 f. Vgl. Nipkow 2003, S. 234.

540 Vgl. „blick in die kirche“ 5/2007, S. 15.

wältigung des technologischen Wandels.[541] Bei der Gruppe der Ingenieure in Führungsfunktionen wurde in den 80er Jahren aus der Sicht der Wirtschaft ein Defizit im „Verhaltens-Management“ festgestellt. Von Vertretern der Wirtschaft wurden Veranstaltungsangebote im Bereich Unternehmensphilosophie und -politik für die in Führungspositionen tätigen Ingenieure als bedeutend angesehen. Das Bundesbildungsministerium ermittelte in diesem Bereich Forschungsbedarf.[542]

Obwohl die betrieblichen Weiterbildungsangebote nach Ansicht der Unternehmer in erster Linie für den Betrieb einen Nutzen haben und sich mit innerbetrieblichen Themen befassen sollen[543], gibt es bei den Bildungsangeboten von Wirtschaft und Kirchen deckungsgleiche Themenbereiche. Da die demografische Entwicklung, die Zuwanderung aus anderen Staaten, der Umweltschutz und die Folgen der Entwicklung und des Einsatzes neuer Technologien unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft und einzelne Betriebe haben, sind diese Themenbereiche, die zu den klassischen Themen kirchlicher Akademieangebote zählen, für die betriebliche Weiterbildung relevant. Bereits Ende der 80er Jahre wurde die wachsende Bedeutung einer Weiterbildungsstrategie, die über reine betriebliche und berufliche Interessen hinausgeht und gesamtgesellschaftliche Themen berücksichtigt, erkannt.[544] Die evangelische Kirche vertritt hingegen die These, dass für die Wirtschaft der Aspekt der beruflichen und betrieblichen Qualifizierung der Mitarbeiter im Vordergrund des Weiterbildungsinteresses liegt.[545]

Von Seiten der Wirtschaft gibt es bereits konkrete Überlegungen zu einer neu strukturierten Bildungspolitik im schulischen und außerschulischen Bereich. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) beauftragte die Schweizer Prognos AG mit dem Entwurf der Studie „Bildung neu denken“. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Umgestaltung des Bildungssystems 26,7 Milliarden Euro kosten würde, die vom Staat, der Wirtschaft

---

541 Vgl. Baethge-Kinsky, Volker/Holm, Ruth/Tullius, Knut: Berufliche Weiterbildung am Scheideweg, in: APuZ 28/2004, S. 11 ff. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 108 f.

542 Vgl. ebd., S. 109 f.

543 Nach einer Umfrage des DIHK würden sich mehr Betriebe im Bereich der Weiterbildung engagieren, wenn sich die Weiterbildung in angemessener Zeit für den Betrieb lohne. Vgl. SZ vom 07.08.2007, S. 17 „Firmen sparen bei Weiterbildung“.

544 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 14 ff; S. 110 f; S. 130 f; S. 234 f.

545 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 19 ff.

und von Privatpersonen aufgebracht werden müssten. Die Aufgabe der Unternehmen läge in der Finanzierung der Weiterbildung.[546]

Die Interessen der Wirtschaft wurden ausreichend beschrieben. Die Weiterbildungsinteressen der Individuen lassen sich in die Gruppen berufliches Weiterbildungsinteresse und Lebensgestaltung unterteilen.

Die berufliche Weiterbildungsnotwendigkeit ergibt sich aus den Anforderungen der Wirtschaft. Die Nachfrage nach Hilfsangeboten zur Lebensgestaltung erschließt sich nach Ansicht der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung aus der gefühlten Verunsicherung, die unter anderem eine Folge der Globalisierung sei und aus den Veränderungen durch die Moderne. Viele Individuen würden nach Orientierungshilfen suchen, da mit der ökonomischen Globalisierung auch kulturelle Entwicklungen verbunden seien.[547]

6.4 Kooperationen zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Anbietern

Vereinzelt versuchen Kirchen, durch Kooperation mit Betrieben und Gewerkschaften herkömmliche Milieus aufzubrechen, was durch Kooperationen im Bereich des Bildungsurlaubs praktiziert wird. Dies sind allerdings Ausnahmen.[548] Die DEAE fügte in einer Erklärung zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik aus dem Jahr 1991 an, dass sie zur Kooperation mit allen Trägern und Verantwortlichen der Weiterbildung bereit sei.[549]

Obwohl die Kooperation der Träger im Fortbildungsbereich unzureichend ist, gibt es Bestrebungen der Akteure Schule, Wissenschaft, Kirchen und NGOs, die vorhandenen Kapazitäten zu bündeln und das Konkurrenzdenken zu beenden.[550]

Ein solcher Versuch ist die „Arbeitsgemeinschaft Globales Lernen Hessen (AGGL)“, in der sich 20 Akteure aus NGOs, Schulen und aus der außerschulischen Bildungsarbeit 1997 zusammengeschlossen haben, um die Einrichtung einer „Schulberatungsstelle Globales Lernen“ zu begleiten. Zwischen dem „Hessischen Landesinstitut für Pädagogik“ (HELP), seit 2005 „Amt für Lehrerfortbildung“ (AfL) und der AGGL wurde eine Zusammenarbeit

546 Vgl. Das Parlament 47/2004, S. 12.
547 Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 19.
548 Vgl. Bundesminister 1990, S. 110 f.
549 Vgl. DEAE 2002, S. 199.
550 Vgl. Becker 1989, S. 345.

im Bereich Schule - Zivilgesellschaft festgelegt. Die AGGL initiierte 2004 die Tagung „Eine Welt-Spur(t)en in Hessen“. Ziel der Veranstaltung, an der Vertreter von Schule, Wissenschaft, Kirchen und HELP teilnahmen, war das Aufzeigen regionaler Aspekte der Globalisierung aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Dabei sollten Impulse für neue Beziehungen der verschiedenen Akteure gefunden und angestoßen werden. Die Kirchen sahen ihren Beitrag in diesem Projekt nicht primär im pädagogischen Bereich, sondern im praktischen Handeln wie der Flüchtlingsbetreuung, in der kirchliche Sozialpädagogen und Ehrenamtliche tätig sind.[551]

Begründungszusammenhänge für Kooperationen

Melanie Zeller-Rudolf nennt Gründe, die für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Bildungsanbietern sprechen. Zeller-Rudolf spricht zwar nicht explizit kirchliche Anbieter als Kooperationspartner an, einige dieser Punkte erscheinen für den Kontext dieser Arbeit dennoch relevant, zumal es mit dem Arbeitskreis Wirtschaft und Kirche Nordhessen bestehende Kooperationen zwischen Kirche und Wirtschaft gibt.[552]

- Die berufstätigen Menschen würden ca. ein Drittel ihrer Lebenszeit am Arbeitsplatz verbringen. Dort sei das zentrale Strukturprinzip gesellschaftlicher Integration. Es läge nahe, dieses Aktionsfeld für politische Bildungsthemen zu nutzen.
- Zwischen gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und politischem Handeln gebe es Wechselbeziehungen, die stärker thematisiert und geschichtlich eingeordnet werden müssten.
- Unternehmen würden zunehmend an der Wahrnehmung ethischer, sozialer und ökologischer Verantwortung gemessen werden.
- Über die Zukunft der Demokratie würde auch in der Arbeitswelt entschieden. Die Erfahrungen am Arbeitsplatz würden das Bild, das Menschen vom politischen System haben, prägen.
- Empirische Untersuchungen würden belegen, dass sich ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung für Mitbestimmungsmöglichkeiten in Betrieben und für Fragen der Aus-

551 Vgl. Geßner, Martina/Rinneberg, Christoph (Hrsg.): Eine Welt - Spur(t)en in Hessen. Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Kommunen und Wissenschaft im Dialog, Wiesbaden 2004, S. 33.

552 Vgl. „blick in die kirche“ 5/2007, S. 15.

wirkung der Globalisierung vor Ort interessiere.

- Es gebe bereits zahlreiche Aktionen und Programme der Betriebe zu gesellschaftlichen Themenbereichen wie Ökologie oder Bekämpfung des Rechtsextremismus. Diese Ressourcen müssten im Sinne politischer Bildungsarbeit ausgebaut und vernetzt werden.
- Vorurteile zwischen Wirtschaft und politischen Bildnern könnten ausgeräumt werden.
- Politische Bildungsarbeit in Betrieben könnte der Förderung des Betriebsklimas dinen.
- Von der Wirtschaft geforderte Qualifikationen wie Teamfähigkeit und Flexibilität würden vorausschauendes Handeln, Verantwortungsbewusstsein und interkulturelle Bildung voraussetzen. Diese Kompetenzen könnten durch politische Bildungsarbeit vermittelt werden.
- Politische Bildung müsse dort, wo die Bürger sind, präsent und finanzierbar sein.
- Da in vielen Bereichen der beruflichen Bildung Themen der politischen Bildung eine Rolle spielen, würde sich die Zusammenarbeit mit Firmen anbieten.[553]

Es ist zu bezweifeln, dass die Wirtschaft an allen von Zeller-Rudolf aufgeführten Punkten interessiert ist. Besonders die Bereiche, welche die unternehmerische Transparenz und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer betreffen, zielen darauf ab, dass die Unternehmer oder die Unternehmensführung bei deren Realisierung einen Bereich ihrer Macht aufgeben. Bei anderen Bereichen wie der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und dem Fördern von Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Umwelt bevorzugen Unternehmen tendenziell interne Lösungen.[554]

Einige Unternehmer wie Ludwig Georg Braun aus Melsungen engagieren sich als Synodale in ihren Landeskirchen. In solchen Funktionen sind sie an weit reichenden kirchenpolitischen Entscheidungen beteiligt. Diese personellen Schnittstellen könnten zum Ausbau der Kooperationen nutzbar gemacht werden.

Die seinerzeitige Kultusministerin Wolff verweist im ersten Weiterbildungsbericht für das Land Hessen auf die im Aufbau befindliche Vernetzung der an der Weiterbildung beteilig-

---

553 Vgl. Rudolf, Karsten/Zeller-Rudolf, Melanie: Politische Bildung. Gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen, Bielefeld 2004, S. 43 ff.

554 Vgl. ebd., S. 56 f. Zu Schlüsselqualifikationen siehe die Definition von Dieter Mertens, in: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990, S. 386 ff.

ten Anbieter, Behörden und Institutionen.[555]

6.5 Adressaten der politischen Bildungsarbeit

Wenn die Motivation zur politischen Bildungsarbeit einer Großorganisation untersucht werden soll, ist die Frage nach den Adressaten von entscheidender Bedeutung. Hinter einem politischen Bildungsangebot, das sich an Schulabbrecher richtet, steht eine andere Bildungsabsicht als hinter einem Angebot, dass sich an Akademiker richtet, die in der freien Wirtschaft beschäftigt sind. Nach Siegfried Schiele[556] kann man den Adressatenkreis in verschiedene Grundtypen einteilen:

Die qualitativ anspruchsvollste Gruppe sind die aktiven Demokraten. Für diese Gruppe sind Parteimitglieder, Angehörige von Bürgerinitiativen und Aktive in politischen Verbänden charakteristisch. Dieser Personenkreis hat sich bewusst für die jeweilige politische Tätigkeit entschieden und möchte entsprechende Qualifikationen weiter ausbauen. Es dürfte sich nach Schiele um maximal fünf Prozent der Bevölkerung handeln. Wer diese Gruppe durch Bildungsangebote anspricht, verfolgt ein Maximalziel.

Die Gruppe der interventionsfähigen Bürger zeichnet sich durch sporadisches politisches Engagement aufgrund aktueller Gegebenheiten aus. Angehörige dieser Gruppe sind durch spezifische Themen ansprechbar. Die Interventionsmotivation ist innerhalb dieses Personenkreises unterschiedlich und hängt meistens vom Grad des politischen Bildungsgrades ab. Nach Schiele benötigt eine demokratische Gesellschaft mindestens 20 - 30 % interventionsfähige und -bereite Bürger. In der Weimarer Republik habe es von diesem Personenkreis deutlich weniger gegeben.

Die reflektierenden Zuschauer sind nach Schiele eine wenig anspruchsvolle Kategorie. Es handelt sich um Bürger, die sich nicht aktiv in das politische Geschehen einschalten wollen, aber Notiz von politischen Abläufen nehmen. Durch Medien wie Zeitungen und Nachrichtensendungen informieren sie sich über gesellschaftliche Abläufe. Politisches Elementarwissen ist vorhanden. Am ehesten wird diese Gruppe durch die Wahrnehmung des akti-

555 Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 6.

556 Vgl. Schiele, Siegfried: Möglichkeiten der politischen Bildung im 21. Jahrhundert, in: Butterwegge/Hentges 2002.

ven Wahlrechts aktiv. Es fehlen allerdings die Übernahme politischer Verantwortung und der politische Gestaltungswille. Nach Schiele ist eine Demokratie nicht überlebensfähig, wenn sie lediglich über diese Personengruppe verfügt. In der BRD beträgt ihr Anteil nach Schiele in etwa 40 % der Bevölkerung. Das Aufsteigen in eine höhere Gruppe von möglichst vielen Gruppenangehörigen ist erstrebenswert.

Die vierte Gruppe bildet der Personenkreis der Desinteressierten. Diese Bürger wollen von Politik nichts wissen und zeigen teilweise Antipathie gegenüber dem politischen System der BRD. Bei Jugendlichen macht sie nach Schiele ca. 27 % aus, wobei sich Schiele auf die Shell-Jugendstudie 2000 bezieht.[557]

Schiele gesteht ein, dass die Prozentangaben eine große Dunkelziffer beinhalten, da die Übergänge zwischen den einzelnen Gruppen fließend seien. Die von ihm gegebenen Informationen zu den statistischen Zahlen sind zudem dürftig. Schiele gibt nicht an, ob sich die Zahlen auf die Gesamtbevölkerung, die Wahlberechtigten oder die Staatsbürger beziehen. Für diese Untersuchung kann dennoch mit Schieles Einteilung gearbeitet werden, da für dieses Thema weniger die von ihm gegebenen statistischen Zahlen als die Gruppendefinition von Interesse ist.

Die schulische politische Bildung kann im Politikunterricht, wo meist Vertreter aller vier Gruppen gleichzeitig anwesend sind, selbst bei Lerngruppendifferenzierungen nicht alle Anwesenden erreichen. Eine Zielgruppendifferenzierung kann in der Schule nur ansatzweise gelingen. Die von Reinhardt Hildebrandt vertretene Auffassung, dass sich das zivilgesellschaftlich ausgerichtete Bildungssystem zum Ziel setzt, die in der Bevölkerung vorhandenen Bildungspotenziale zu heben und jedem die Möglichkeit zu geben, sich selbst nach den individuellen Möglichkeiten zu entfalten, ist eine zu befürwortende Ansicht. Die vorangegangenen Ausführungen zeigen jedoch, welche Schwierigkeiten damit im außerschulischen Bereich wie im Bereich der schulischen Bildung verbunden sind.[558]

Die außerschulische politische Bildung ist dann Erfolg versprechend, wenn das Angebot adressatenorientiert konzipiert ist. Die außerschulische Bildung kann aber nur dann die un-

---

557 Vgl. ebd., S. 300 ff. Vgl. Deutsche Shell 2000, S. 269 f.

558 Vgl. Hildebrandt, Reinhard: Staat und Gesellschaft unter dem Einfluss der Globalisierung, Frankfurt 2002, S. 88.

terschiedlichsten Bevölkerungsgruppen erreichen, wenn sie entsprechend vielfältige Angebote unterbreitet.

Nach Schiele gehören folgende Themenbereiche zu den klassischen Themenfeldern politischer Bildung:
- Umwelt,
- Frieden,
- Entwicklungspolitik,
- Fundamentalismus,
- Technologiefolgenbewertung.[559]

Alle genannten Themengebiete haben Bezüge zum Themenfeld Globalisierung und berühren in unterschiedlichem Maße das kirchliche Selbstverständnis. Zu den weiteren klassischen Themen politischer Bildung zählen: Rassismus, Partizipation, europäischer Vereinigungsprozess.[560]

In diesem Kapitel wurde sollte bereits anklingen, dass die Adressatenausrichtung in der außerschulischen politischen Bildung ein entscheidendes Moment darstellt. Bei den anschließenden Ausführungen zu den kirchlich-sozialen Milieus wird dieser Punkt im Abschnitt „Profile zu kirchlichen Milieus“ genauer untersucht.

559 Vgl. Schiele 2002, S. 303. Vgl. die Kapitel zum Themenkomplex „Inhaltsbezogene Aufgabenfelder politischer Bildung und Erziehung“, in: Sander 1997. Dort werden zusätzlich die Bereiche Institutionenkunde, Ökonomie, Rechtserziehung, Moral- und Werteerziehung genannt.

560 Vgl. Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Loccumer Protokolle 20/95. Die Zukunft der politischen Bildung - Die politische Bildung der Zukunft. Dokumentation eines Kolloquiums der Evangelischen Akademie Loccum vom 29. bis 31. Mai 1995, Loccum 1996.

7 Soziale Milieus und Kirche - Kirche in der Krise

Zum Angebot der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck zählen neben den Gottesdiensten ebenso Seniorenfreizeiten, landwirtschaftliche Sozialberatung, Dienstleistungen im Pflegebereich, Bildungs- und Jugendarbeit. Unabhängig von der Nachfrage müssen die Landeskirchen ihr Engagement aufgrund sinkender Kirchensteuereinnahmen in verschiedenen Bereichen zukünftig überdenken. Teilweise steht die Neuordnung kirchlicher Arbeitsbereiche an.[561]

Matthias Viertel bezeichnete die Geschichte der christlichen Kirchen in einem Vortrag als „2000 Jahre Krisengeschichte“[562]. Kirchenaustritte sind dabei nur eine von vielen Krisenerscheinungen und kein Phänomen der Gegenwart oder der Moderne, wie Huber überzeugend darlegt. Es sei für die christlichen Kirchen eher typisch, mit Krisen und Mitgliederschwund umgehen zu müssen.[563] Dabei kam es in protestantisch geprägten Regionen wie dem Norden und Osten Deutschlands im 19. Jahrhundert durch den gesellschaftlich eher liberal eingestellten Protestantismus zu größeren Kirchenaustrittszahlen als im traditioneller eingestellten katholischen Westen und Süden Deutschlands.[564] In der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kirchen trotz ihrer Sonderstellung mit Austrittswellen konfrontiert.[565] 1951 standen in Kurhessen-Waldeck 899 Eintritten 1 080 Austritte gegenüber. In den Folgejahren waren die Proportionen ähnlich.[566]

Auch wenn die Kirchensteuer seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als wesentlicher Grund für den Mitgliederschwund und für sinkende finanzielle Einnahmen ge-

---

561 Vgl. Anhelm, Fritz Erich: Evangelische Akademien. Orte orientierender Reflexion in den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft, in: ANSTÖSSE 2 - 3/2005, S. 3 (seit 2007 „Anstöße“).

562 Viertel, Matthias: Brücke für Zukunft oder: Grundlegung einer „Ja-und-Theologie“, in: ANSTÖSSE 1/2005, S. 3.

563 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 229 ff.

564 Vgl. ebd., S. 52 ff.

565 Vgl. Beckmann, Joachim (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1951 (im Folgenden „Kirchliches Jahrbuch 1951“), Gütersloh 1952, S. 381. Vgl. Amtsblatt der EKD Nr. 9/1957, Statistische Beilage Nr. 18.

566 Vgl. Statistische Beilage Nr. 17 zum Amtsblatt der EKD 10/1956, S. 2; S. 21. Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1951, S. 381 ff.

nannt wird[567], sind die Gründe vielfältiger und nur selten identisch. Deshalb muss stets von Neuem nach den Ursachen für Kirchenaustrittswellen gefragt werden.

Huber relativiert die Brisanz der Kirchenaustritte. Mit empirischen Zahlen sei ein Bedeutungszuwachs oder Bedeutungsschwund der Kirche in der Gesellschaft nicht messbar: „Mitgliedszahlen und Angaben über das Ausmaß formaler Kirchlichkeit - also insbesondere den Kirchenbesuch - geben allerdings keine erschöpfende Auskunft über die gesellschaftliche Rolle der Kirchen. Denn die Bedeutung religiöser Institutionen findet ihren Ausdruck ebenso im Zugang zu und im Umgang mit religiösen Überzeugungen; sie zu messen ist ungleich schwieriger. Kein erschöpfendes Bild also, aber doch einen ersten Zugang ermöglicht der Weg über Mitgliedschaftsdaten.“[568]

7.1 Das Bild des Pfarrers in der modernen Gesellschaft - biografisches Beispiel

Wenn von kirchlichen Milieus die Rede ist, wird, wie auch in den nächsten Kapiteln, in der Regel über die Profile der Kirchenmitglieder geschrieben. Vernachlässigt wird dabei oft die sich ändernde Rolle des Pfarrers oder die Wahrnehmung des Geistlichen bei den Gemeindegliedern.

1998 regte der damalige Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck bei der Theologischen Kammer der EKKW angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen eine Überprüfung der Aufgaben und des Dienstverständnisses des Pfarrerberufs an.[569] Daraufhin wurde ein Diskussionspapier zum „Bild des Pfarrers in der modernen Gesellschaft“ entworfen.[570]

Dem eigentlichen Diskussionspapier vorangestellt ist ein autobiografischer Text einer Pfarrerin der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

---

567 Vgl. ebd., S. 385.

568 Huber [2]1999, S. 51 f.

569 Vgl. Landeskirchenamt der EKKW (Hrsg.): Das Amt des Pfarrers und der Pfarrerin in der modernen Gesellschaft. Ein Diskussionspapier der Theologischen Kammer der EKKW, Kassel 2001 (Vorwort von Bischof Hein).

570 Vgl. ebd.

Die nachstehenden zitierten Stellen verdeutlichen sehr gut den Wandel der Rolle des Pfarrers in der Gesellschaft: „Mein Dienst in der ersten Gemeinde begann an einem Erntedankfest in einem kleinen Dorf im Zonenrandgebiet (...) Dass ich blutige Anfängerin war, gerade mal mit Vikariatserfahrung ausgestattet, wurde nicht realisiert. Ich war Pfarrerin im Dorf und als solche Respektsperson, auch wenn ich noch jung war und unerfahren in meinem Beruf (...) Ich hatte Pfarrer studiert und die Kirche hatte mich mit dem Dienst in ihrer Gemeinde beauftragt. Das machte eindeutig für alle klar, wo und wofür ich in ihrer Mitte stand (...)

Diese Selbstverständlichkeit und Geschlossenheit in der Erwartung und Zuordnung des Pfarrers war in der nächsten Gemeinde schon aufgebrochen. Zwar stand die Kirche auch da mitten im Ort, längst aber nicht mehr für alle an zentraler Stelle in ihrem Bewusstsein und für ihre Lebensdeutung (...) Die Pfarrerin hatte dafür zu sorgen, dass in der Brüchigkeit und bisweilen Heillosigkeit des eigenen Lebens die heilende, heilsame Gegenwart Gottes aufleuchten kann (...)

Das war in den folgenden Stationen nicht immer an feste, traditionelle Formen oder Rituale gebunden. Manchmal war es gerade das Neue, eine neue Sprache, ein neues Zeichen (...) in dem wir Gottes Gegenwart erleben (...)

Meine bisher letzte Station: eine Kathedrale (...) Hier stehe ich nicht in der Mitte wie die Pfarrerin in der kleinen Zonenrand-Gemeinde. Ich verschwinde fast in der Weite des Raumes (...) Auch in der Gemeinde kennen wohl die meisten Gemeindeglieder ihre Pfarrerin nicht aus persönlicher Begegnung. Scheinen auch gar kein Bedürfnis danach zu haben. Aber zu Hause im Pfarrhaus angekommen, erwartet die Pfarrerin ein randvoller Anrufbeantworter.“[571]

Da der Bezug zur Kirchengemeinde in ländlich geprägten Regionen ausgeprägter sein dürfte als in Ballungszentren, kann dieses Zitat nicht als Beleg für einen repräsentativen Wandel dieses Berufsbildes in der modernen Gesellschaft herangezogen werden. Dennoch lässt dieser berufsbiografische Längsschnitt erahnen, dass sich bereits innerhalb einer Generation das Bild des Pfarrers für die Gemeindeglieder wie auch für die Geistlichen selbst

571 Zitiert aus: ebd., S. 6 f.

ändern kann.[572]

In besagtem Diskussionspapier heißt es in diesem Sinne: „Wie in anderen Berufen auch gelten alte Rollenmuster nicht mehr unbesehen, neue Rollenmuster werden gesucht bzw. in individueller Ausgestaltung versucht und erprobt.“[573]

Die von der Landeskirche geleistete Bildungsarbeit wird mittelbar von diesem Rollenfindungsprozess betroffen sein, da Bildungsarbeit Bestandteil des Pfarrerberufs ist.

7.2 Kirche im Umbruch

In kirchlichen Verlautbarungen wird neben den Inhalten auch durch die Wortwahl deutlich, dass sich die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck in einer Umbruchphase befindet:

Im Rahmen einer Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ging Viertel bei einem Vortrag auf die Probleme der evangelischen Kirche im Kontext der Globalisierung ein.[574] Dieser Vortrag hatte einen ermutigenden Grundtenor.

Mit Hilfe einer Bibelstelle aus dem Johannesevangelium spricht der Redner den Synodalen Mut für die kirchliche Arbeit zu. Auffallend ist die Wortwahl. An mehreren Stellen verwendet er Begriffe, die eher dem Vokabular von Wirtschaftsreferenten eigen sein dürften: schlechtes Management, Erfolgsstory, weltweites Unternehmen, Erfolgskurs, Globalisierung, Technologisierung und Ökonomisierung. Diese Begriffe im Kontext einer Bibelperikope muten zunächst fremd an. Der Referent beschreibt damit die Herausforderung, der sich die Kirchen stellen müssen: den Übergang von der Moderne zur zweiten Moderne.[575]

In der Fachliteratur ist weitestgehend unstrittig, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein Wertewandel stattfindet.[576] Allenfalls in der Bewertung dieses Phänomens gibt es kon-

---

572 Auf der Herbstsynode des Kirchenkreises Witzenhausen am 21.09.2007 betonte Bischof Hein, dass die herkömmliche „Stadt - Land - Einteilung“ überholt sei. Das Dorf mit den intakten Sozialstrukturen gebe es aufgrund verschiedener Strukturwandel nicht mehr. Das Protokoll liegt dem Verfasser vor.

573 Vgl. Landeskirchenamt der EKKW 2001, S. 10.

574 Veröffentlicht unter dem Titel: Brücke für Zukunft oder: Grundlegung einer „Ja-und-Theologie“, in: ANSTÖSSE 1/2005, S. 3 f.

575 Vgl. Viertel 2005. Vgl. Beck 2006. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund der Moderne siehe Habermas 1998, S. 195 ff.

576 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 39 ff. Vgl. den Beitrag „Offen, aber nicht notwendig tolerant“ von Stefan Kornelius, in: SZ vom 17.07. 2008, S. 13.

troverse Meinungen. Im kirchlichen Kontext fällt oft der Begriff der Säkularisierung, womit ein Prozess umschrieben wird, der historisch vor anderen Hintergründen bereits mehrfach auftrat.[577]

Vom gegenwärtigen Säkularisierungsprozess sind neben den Schriftreligionen auch asiatische Religionen betroffen. Die Säkularisierung ist nur eine Bedingung des Wertewandels. Als weitere Bedingungen werden die Erziehung, die Individualisierung und die grenzenlose Möglichkeit der Kommunikation genannt.[578]

7.2.1 Bedürfnis nach Religion

Zwischen kirchlichen Repräsentanten und von ihnen Repräsentierten findet eine zunehmende Entfremdung statt, wie folgende Beispiele zeigen:

Bei einer Befragung von Jugendlichen zeigte sich zwar ein negativer Befund gegenüber der Zukunftsbewertung der Kirchen. Allerdings waren die befragten Jugendlichen nicht davon überzeugt, dass das menschliche Bedürfnis nach Religion in der modernen Gesellschaft verschwinden wird. Für viele Jugendliche ist zudem die Konstellation einer religiösen Praxis ohne kirchliche Bindung denkbar.[579]

Religiöse Großveranstaltungen wie der Deutschlandbesuch von Papst Benedikt XVI. werden von Jugendlichen gut angenommen. Dies dürfte nicht nur mit der Herkunft des Papstes zusammenhängen. Schließlich war der Tod seines Vorgängers Papst Johannes Paul II bei europäischen Jugendlichen ein zentrales Thema. Viele Jugendliche reisten nach dem Ableben des Kirchenoberhauptes nach Rom. In der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion wird bereits über eine Renaissance der Religion unter Jugendlichen nach-

---

577 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 86 ff.

578 Vgl. Kallscheuer, Otto: Die Trennung von Politik und Religion und ihre „Globalisierung“ in der Moderne, in: APuZ 42 - 43/2002, S. 3 f. Zum Begriff der Individualisierung siehe: Weißeno 1999, S. 105 ff. Vgl. Beck ^{4}1998 (b), S. 393. Vgl. Wilkinson ^{4}1998, S. 92 ff. Vgl. Büttner, Friedemann: Zwischen Politisierung und Säkularisierung. Möglichkeiten und Grenzen einer islamischen Integration in der Gesellschaft, in: Forndran 1991, S. 137 ff. Vgl. Kirchenamt der EKD ^{2}2003, S. 55 f.

579 Dieser Trend ist in vielen Industriestaaten zu beobachten. Einige Interpreten setzen diesen Vertrauensschwund in den Kontext der Globalisierung. Vgl. Wilkinson ^{4}1998, S. 109 f. Vgl. Müller 2002, S. 71 ff. Vgl. Schiele 2004, S. 8 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 277 f. Vgl. Ziebertz, Hans-Georg: Christliche Religion und ihre empirische Präsenz in Deutschland, in: Gamm 2006, S. 88 ff. Vgl. Beck 2006, S. 158.

gedacht.[580]

Bei einer Erhebung zur 15. Shell-Jugendstudie antworteten 30 %, dass sie an einen „persönlichen Gott“ glauben. 19 % waren der Überzeugung, dass es eine „überirdische Macht“ gebe. Laut dieser Studie können 49 % der Jugendlichen als religiös eingestuft werden.[581] Dieser vermeintlich hohe Wert sagt aber noch nichts über die Kirchenbindung oder gar das kirchliche Engagement aus. So glauben nur 30 % der evangelischen Jugendlichen an einen persönlichen Gott.[582] 15 % der Jugendlichen sind oft oder gelegentlich in Kirchengemeinden aktiv.[583] Vertrauen in die Großorganisation Kirche haben lediglich 2,7 %. Bei diesem Wert spricht die Shell-Jugendstudie von „sehr wenig Vertrauen“.[584] Diese Daten sind ein Hinweis dafür, dass es bei Jugendlichen eine Disparität zwischen religiöser Einstellung und Kirchenbindung gibt.

Ähnliche Tendenzen gibt es bei den Erwachsenen.[585] Mit 8 % der Bevölkerung ab 16 Jahren engagieren sich mehr Menschen ehrenamtlich in Sportvereinen als in Kirchen (5 %) und Parteien (4 %).[586] Teilnehmer von kirchlichen Fortbildungsveranstaltungen gaben an, aus intrinsischem Interesse an den von kirchlichen Akademien angebotenen Seminaren teilzunehmen. Gleichzeitig sprachen einige der Organisation Kirche aber keine große Problemlösungskompetenz bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zu.[587]

Solche Daten werden in Hinblick auf eine Individualisierung unterschiedlich interpretiert. Während Beck zu dem Schluss kommt, dass in der Gesellschaft eine Individualisierung auszumachen sei und Organisationen wie Kirchen mit Marketingtechniken auf die veränderten Einstellungen reagieren müssen, kommt Michael Vester zu dem Schluss, dass die

---

580 Vgl. Deutsche Shell Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie, Frankfurt 2006, S. 203.

581 Die Zahlen beziehen sich auf konfessionell gebundene Christen, konfessionslose Christen und Moslems. Vgl. ebd, S. 207 ff. Vgl. SZ vom 22.09.2006, S. 11. Vgl. Das Parlament 39/2006, S. 14. Vgl. Ziebertz 2006, S. 88.

582 Vgl. Deutsche Shell Holding 2006, S. 209.

583 In Parteien und Gewerkschaften sind jeweils 2 % der befragten Jugendlichen oft oder gelegentlich aktiv. Vgl.ebd., S. 126.

584 Vgl.ebd., S. 113 f. Vgl. Shell Deutschland 2000, S. 157 ff. Vgl. Mokrosch 2002, S. 187.

585 Vgl. Huber ^{2}1999, S. 56 ff.

586 Vgl. Das Parlament 45/2004, S. 7. Vgl. Greiffenhagen, Martin: Politische Legitimität in Deutschland, Gütersloh 1997, S. 334 ff.

587 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 41 f.

Folgerung von Beck zu kurz greife. Die Methode, aus großen ökonomischen Daten Epochentendenzen abzuleiten, würde zu Trugschlüssen führen. Nach dem qualitativen Sozialforschungsansatz von Vögele u. a., an dem auch Vester beteiligt ist, könnten mit einer „typenbildenden Mentalitätsanalyse“ die in der Gesellschaft vorhandenen „Alltagsethiken“ näher ermittelt werden.[588]

Ergebnisse wie die der Shell-Jugendstudie werden als Hinweise gewertet, dass sich die Gesellschaft nach der Säkularisierung bereits in Richtung einer „postsäkularen Gesellschaft“ entwickelt, in der sich die Religionen in einer säkularen Umwelt behaupten.[589] Interessant sind in diesem Kontext administrative Entwicklungen: Die Große Koalition aus CDU und SPD beschloss Ende 2007 bei einer Neufassung des Personenstandsgesetzes, dass ab dem 01. Januar 2009 kirchliche Ehen auch dann geschlossen werden können, wenn sich ein Paar zuvor nicht zivil trauen ließ.[590]

7.3 Profile zu kirchlichen Milieus

In einem von der Evangelischen Akademie Loccum angeregten und von einer sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppe der Universität Hannover in Zusammenarbeit mit Vertretern der Kirche durchgeführten Forschungsprojekt wird der Frage der kirchlichen Milieus nachgegangen.[591] Ausgangsfrage der Untersuchung war, wie die sozialen Milieus und Mentalitäten des Alltags heute zu Kirche und Religion stehen.[592] Aus kirchlicher Perspektive kann die Untersuchung unter der Frage gelesen werden, ob sich der gesamtgesellschaftliche Anspruch von Kirche aufrechterhalten lässt.[593]

Die Milieufrage sei vielschichtig und könne, so die Ergebnisse der Untersuchung, nicht allein über ein soziales Profil des Adressatenkreises definiert werden, was an einem Beispiel veranschaulicht wird: Menschen mit gleichem Einkommen unterscheiden sich dennoch in

588 Vgl. Beck [4]1998, S. 11 ff. Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 87 ff. Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 39 ff.

589 Vgl. Habermas, in: Habermas/Ratzinger 2005, S. 32 ff. Vgl. den Beitrag von Stefan Kornelius, in: SZ vom 17.07.2008, S. 13.

590 Vgl. SZ vom 08.07.2008, S. 1.

591 Die Ergebnisse des Projekts sind in der Publikation von Vögele u. a. 2002 dokumentiert.

592 Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 57.

593 Vgl. ebd., S. 13; S. 34.

Lebensstil und Lebensgewohnheiten und können über andere Ansichten in Bezug auf Gehorsam gegenüber Autoritäten verfügen.[594]

Hier zeigt sich das „Modernisierungsproblem“: Das kleinbürgerliche Milieu, das im 20. Jahrhundert den Großteil der Kirchgänger stellte, ist seit dem Ende des 20. Jahrhunderts stark geschrumpft. Der Wandel der soziologischen Bevölkerungszusammensetzung wirkt sich auf die Kirchen aus, was sich anhand der zurückgehenden Gottesdienstbesucherzahlen zeigen lässt. Die neu entstandenen Gruppen der „Moderne“ konnten nach Erkenntnissen von Vögele u. a. nicht in ausreichendem Maße angesprochen werden.[595] Kirchliche Gemeindegruppen, in denen sich überwiegend Arbeiter engagieren, sind die Ausnahme.[596]

Das Milieuproblem wird bei den EKD-Denkschriften deutlich. Diese Schriften haben meistens einen intellektuellen Anspruch und werden von der EKD ohne Vor- und Nachbereitung in den Gemeinden beschlossen. Allerdings sprechen sie eine andere „Sprache“ als der Großteil der Kirchenchristen.[597]

Drei Milieugruppen

Nach der Milieustudie spricht die Kirche drei unterschiedliche Milieus an, die in den nächsten Abschnitten vorgestellt werden. Vereinfacht könnten diese Gruppen wie folgt beschrieben werden: Neben der kleiner werdenden Gruppe der traditionellen Kirchenchristen gibt es diejenigen, die ihre Kirchenmitgliedschaft über das Zahlen der Kirchensteuer und über die Lebensstationen Taufe, Konfirmation, Heirat und Beerdigung definieren. Schließlich gibt es die Gruppe, welche die religiöse Biografie nicht über die Kirchenmitgliedschaft, sondern über gewählte Lebensabschnittsreligionen gestaltet.[598] Eine genauere Be-

---

594 Vgl. ebd., S. 96.

595 Vgl. ebd., S. 131 sowie S. 135, wo zu diesen Erkenntnissen methodische Anmerkungen gegeben werden.

596 Das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD in Bochum untersucht diesen Teil kirchlich-gesellschaftlicher Arbeit. Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 39.

597 Vgl. Greschat, 1989, S. 115.

598 Die Autoren, auf deren Untersuchung sich der Verfasser in diesem Kapitel bezieht, schreiben aus protestantischer Perspektive, nehmen allerdings keine spezifische konfessionelle Trennung vor. Zur intensiven Auseinandersetzung mit der kirchlichen Milieutheorie siehe Vögele u. a. 2002, S. 151 ff. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 93 ff. Für Milieufragen zur katholischen Konfession siehe: Horstmann, Johannes/Liedhegener, Antonius (Hrsg.): Konfession, Milieu, Moderne. Konzeptionelle Positionen und

trachtung zeigt allerdings ein differenzierteres Bild:

Milieu a)

Zum Milieu a) zählen die höher gebildeten Schichten, die so genannte „humanistische Intelligenz“ und die „Idealisten“. Beide Gruppen zeichnen sich durch hohe Bildungsabschlüsse aus, wobei die Vertreter der humanistischen Intelligenz auch Bildungselite genannt werden kann. Die Personen stammen meist aus traditionell akademischen Familien. Für sie ist Individualität wichtig. Wenn sie sich engagieren, wollen sie gestalten und keine „Konsumenten“ sein, die einer vorgegebenen Linie kritiklos nachfolgen. In ländlichen und kleinstädtischen Regionen ist diese Klientel im kirchlichen Bereich kaum zu finden, da ihnen die Kommunikationsebene mit breiten Massen der Bevölkerung, die zum Beispiel in der Feuerwehr oder im Sportverein aktiv sind, fehlt.[599]

Die Idealisten entstammen ebenfalls akademischen Familien. Die Elterngeneration hat meistens einen sozialen Bildungsaufstieg vollzogen. Man kann diese Untergruppe auch „modernes Arbeitnehmermilieu“ nennen. Die Einstellungen dieser Untergruppen gegenüber der Kirche sind nahezu identisch. Typisch ist eine kritische Haltung gegenüber autoritären Strukturen. Sie messen der Kirche eine gesellschaftliche Aufgabe zu, verfolgen die Kirchenpolitik aber kritisch. Eine vorübergehende Distanz zur Kirche kommt nicht selten vor. Die Angehörigen dieser Bildungsgruppe sind meistens zwischen 18 und 25 Jahren alt und nur schwer für kirchliche Arbeit zu mobilisieren.[600]

Milieu b)

Das Milieu b) setzt sich aus Kreisen der Facharbeiter und der „praktischen Intelligenz“[601] zusammen. Die Gruppe wird in die Untergruppen „Alltagschristen“, „Nüchtern-Pragmatische“ und „Anspruchsvolle“ unterteilt.

Kontroversen zur Geschichte von Katholizismus und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Schwerte 2001. Zu einer Typologie über kirchliche Milieus von Jugendlichen siehe: Ziebertz 2006, S. 94 ff.

599 Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 153 ff.

600 Vgl. ebd., S. 165 ff.

601 Ebd., S. 183.

Die Untergruppe der Alltagschristen besteht aus Handwerkern und Facharbeitern. Typisch ist das Vorhandensein einer Familie, der Altersdurchschnitt liegt bei 40 Jahren. Sie leben im ländlichen Raum und sind in Sportvereinen, Feuerwehr und Berufsverbänden aktiv. Aus kirchlicher Sicht sind sie eine interessante Adressatengruppe, da sie bewusst oder unbewusst über eine „protestantische Arbeitsethik“[602] verfügen und das dörfliche Leben gesellschaftlich prägen. Diese Merkmale gleichen den Nachteil aus, dass sie nicht zu den regelmäßigen Kirchgängern zählen. Die Gruppe verfügt über ein „praktisches Religionsverständnis“. Für sie zählen Taten statt Worte. Es besteht keine grundsätzliche Kirchendistanz. Das „Christsein“ soll bei ihnen in erster Linie gelebt und nicht bekannt werden. Entsprechend hat für diese Gruppe die diakonische Arbeit im Rahmen der kirchlichen Einrichtungen und Aktionsfelder einen hohen Stellenwert. Die Mitglieder dieser Gruppe sehen sich selbst als „einfache Leute“, während für sie der Pfarrer zu den „Gebildeten“ zählt. Die Untergruppe der „Nüchtern-Pragmatischen“ besteht ebenfalls aus dem Milieu der leistungsorientierten Arbeiter. Sie verfügen meistens über den Realschulabschluss und sind überwiegend als qualifizierte Facharbeiter und Angestellte tätig. Der Altersdurchschnitt liegt zwischen 30 - 50 Jahren. Sie sind familiär eingestellt und nehmen an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil.[603]

Die Untergruppe der „Anspruchsvollen“ ist Teil des „modernen Arbeitnehmermilieus“. Der Altersdurchschnitt liegt bei 25 - 40 Jahren. Gesamtgesellschaftlich gesehen wächst diese Gruppe. Sie sind in sozialen Berufen, technischen Bereichen und in der Verwaltung tätig. Berufe mit eigenverantwortlichen Spielräumen werden von den Angehörigen dieser Gruppe bevorzugt. Sie suchen Herausforderungen. Bildung und Qualifizierung dienen nicht nur der beruflichen, sondern auch der persönlichen Entwicklung. Gesellschaftliches Engagement ist ihnen wichtig. Es besteht eine kritische Haltung gegenüber streng hierarchischen und autoritären Organisationsstrukturen, was sich auch in einem distanzierten Verhältnis zur Kirche ausdrückt. Sie wollen als gleichberechtigtes Gegenüber wahrgenommen werden. In der Kirche sehen die Angehörigen dieser Gruppe meist eine gesellschaftliche Instanz, die für soziale Werte, also faktisch für den eigenen Ethikanspruch,

602 Zu einer zeitlichen Einordnung dieses Begriffes im Kontext der Moderne siehe Nolte 2006, S. 178.

603 Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 183 ff.

steht. Schließlich sind für diese Gruppe Werte wie soziale Gerechtigkeit, verantwortungsvolles Verhalten und Solidarität wichtig. Durch Bildung haben sie oft einen sozialen Aufstieg erfahren. Durch diesen Aufstieg haben sie Kompetenzen erworben, die sie scheinbar unabhängiger von Institutionen und somit auch unabhängiger von der Kirche machen.[604]

Milieu c)

Das Milieu c) setzt sich aus Mitgliedern des ständisch-kleinbürgerlichen Milieus zusammen. Es wird in die Gruppen „Traditionellen Kirchenchristen" und „Moderne Kirchenchristen" unterteilt.

Die „Traditionellen Kirchenchristen" verfügen über eine geringe Formalbildung und sind in der Regel über 50 Jahre alt. Sie arbeiten in Handwerk, Landwirtschaft, Handel oder als industrielle Facharbeiter. Der Personengruppe ist es wichtig, dass sie es zu einem gewissen Ansehen und zu bescheidenem Wohlstand bringen.

Leitbilder sind anerkannte Autoritäten wie Väter, Vorgesetzte und Politiker. Moralische Grundsätze und Werte wie Pflicht, Fleiß und Ordnung haben einen hohen Stellenwert. Das Milieu ist tendenziell konservativ eingestellt, was sich durch Ängste und Verunsicherung gegenüber Modernisierung und Technisierung zeigt. Ängste bestehen zudem vor dem Verlust „alter Sicherheiten" und „Orientierungen". Mit großer Skepsis steht dieser Personenkreis modernen Lebensentwürfen gegenüber.

Diese Gruppe grenzt sich von den bisher vorgestellten deutlich ab. Gesellschaftliches Engagement ist oft in Vereinen vorhanden. Der Pflege des privaten Bereichs, bestehend aus Familie, Heim und Garten, wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Man kann dieses Milieu als traditionelle Kerngemeinde bezeichnen. Sie besuchen regelmäßig Gottesdienste, wobei die traditionellen Formen der Gottesdienste bevorzugt werden. Angebote der Kirchengemeinde wie Seniorentreffs, Bibelkreise, Besuchsdienste werden angenommen. Die traditionelle Form des Gottesdienstes wird befürwortet. Politische Diskussionen in der Kirchengemeinde und politische Parteinahme des Pfarrers lehnt diese Gruppe ab, da der kirchliche Raum frei von politischen Streitigkeiten bleiben solle.[605] Für diese Gruppe ist es

---

604 Vgl. ebd., S. 211 ff. Vgl. Huber [2]1999, S. 93 ff.

605 Vgl. Vögele u. a. 2002, S. 227 ff.

selbstverständlich, in der Kirche zu sein, weil sie in die Kirche „hineingetauft“ wurde. Die modernen Kirchenchristen hingegen sehen Kirche mehr als Organisation an, aus der man ein- und austreten kann.[606] Die Untergruppe der modernen Kirchenchristen wird dem „modernen bürgerlichen Milieu“[607] zugeordnet.

Die Angehörigen dieser Gruppe sind meistens zwischen 30 und 50 Jahre alt. Es ist die jüngere Generation des familiär eingestellten, kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus. Sie verfügt über mittlere Schulabschlüsse. Allerdings sind Bildungsaufstiege sowie die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen eher selten. Es werden Berufe angestrebt, die Sicherheit und einen relativen Wohlstand gewährleisten. Entsprechend dieser Einstellung gibt es in dieser Gruppe Verwaltungsangestellte im öffentlichen Dienst, kaufmännische Angestellte in Banken und Versicherungen und Selbstständige mit kleinen Betrieben. Ihre gesellschaftlichen Einstellungen können als modern bezeichnet werden. Gegenüber Partnerschaftlichkeit, Toleranz und Gleichberechtigung sind sie offen eingestellt. Sie sind liberaler als ihr zuvor beschriebenes Herkunftsmilieu, dessen Einstellungen sie oft als überholt und nicht mehr zeitgemäß bezeichnen. Die Freizeitaktivitäten sind mit denen des Herkunftsmilieus vergleichbar. Von der Mentalität her gibt es Berührungspunkte zu dem „modernen bürgerlichen Milieu“ und dem „leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu“. Für die Kirchen ist dies eine interessante Adressatengruppe, wenngleich sie in den letzten Jahren zunehmend weniger von der Kirche erreicht wird. Der Bereich Glaube und Religion wird bei dieser Gruppe eng mit Kirche assoziiert. Kritisiert wird die aus ihrer Sicht altmodische und überholte Form der Gottesdienstgestaltung. Entsprechend des Herkunftsmilieus ist diese Gruppe tendenziell konservativ eingestellt. Modernisierungen und Liberalisierungen innerhalb der Kirche und in der Gesellschaft werden zwar befürwortet, sollen aber das Profil der Gesellschaft bzw. der Kirche nicht verwässern. Kirche als Institution wird grundsätzlich als wichtig erachtet, auch wenn sich diese Gruppe nicht aktiv im Gemeindeleben engagiert.[608]

---

606 Vgl. Engelhardt u. a. 1997, S. 26 f. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 61.

607 Vögele u. a. 2002, S. 240.

608 Vgl. Ebd. 2002, S. 240 ff.

8 Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck wurde 1934 durch den Zusammenschluss der „Evangelischen Landeskirche von Waldeck“ und der „Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel“ gegründet.[609] Das Gebiet der Landeskirche umfasst die vier Sprengel Waldeck/Marburg, Kassel, Hersfeld und Hanau. In diesen Sprengeln befinden sich 28 Kirchenkreise mit ca. 967 Kirchengemeinden.[610]

In den ersten Jahren ihres Bestehens traf die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck gesellschaftspolitische Grundentscheidungen und ist seit Bestehen der BRD am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess beteiligt.[611] Eine Grundentscheidung war die Einrichtung eines gezielten Angebots im Bereich der Erwachsenenbildung. Institutionell wurde diese Positionierung durch die Gründung der Evangelischen Akademie Hofgeismar bestätigt. Gemeinsam mit den anderen Landeskirchen entwickelte sich die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck zu den dominierenden Trägerorganisationen der Erwachsenenbildung in der BRD.[612]

1955 umschrieb die Landeskirche die Rechte und Pflichten der Pfarrer, regelte 1960 vertraglich die Beziehungen zum Bundesland Hessen und legte 1967 den inneren Aufbau in einer Grundordnung fest. Der Kirchenkreis Schmalkalden, der 1972 der Thüringer Landeskirche zwangsangegliedert wurde, kehrte 1991 infolge des Beitritts der DDR zur BRD nach Kurhessen-Waldeck zurück. Im landeskirchlichen Wappen waren mit dem Löwen und dem Waldecker Stern die Wahrzeichen der weltlichen Vorgängerorganisationen bis

---

609 Vgl. Vertrag vom 12.6.1934, in: Kirchliches Amtsblatt. Gesetz- und Verordnungsblatt der evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel 10/1934, S. 73 ff. (archiviert im Landeskirchlichen Archiv Kassel). Vgl. Waßmann 1984, S. 192 ff. Siehe ferner die historische Längsschnittuntersuchung in dieser Arbeit.

610 Vgl. Landeskirchliches Archiv Kassel (Hrsg.): Landeskirchliches Archiv Kassel. Kassel 1997, S. 3. Vgl. Wölbing 1994, S. 21 sowie die statistische Übersicht in ebd., S. 36. Aufgrund von Zusammenschlüssen kann die Zahl der Kirchengemeinden variieren. Siehe die Karten im Materialband.

611 Die Notwendigkeit zur Bestimmung gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen war in den protestantischen Kirchen aufgrund ihrer Rolle im Nationalsozialismus größer als in der Katholischen Kirche. Vgl. Minkenberg 2000, S. 30 ff. Vgl. Dettmar 1990, S. 73. Vgl. Wehler 2003, S. 958 ff. Vgl. Glaser 1997, S. 93. Vgl. Thränhardt 1996, S. 45.

612 Vgl. Olbrich 2001, S. 340 ff. Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 33.

2005 vorhanden.[613]

1994 wurde das Landeskirchliche Archiv gegründet, in dem das Archivgut der landeskirchlichen Dienststellen gesichert wird.

Gelagert sind Dokumente und andere Quellen ab dem Jahr 1529.[614]

8.1 Struktureller Aufbau und Mitgliederzahlen

Die vom Bischof geleitete Landessynode ist sowohl Exekutive wie Legislative. Die geistliche Vertretung des Bischofs liegt beim Prälaten, die juristische Vertretung beim Vizepräsidenten.[615]

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederzahlen gingen in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im Jahr 2003 um rund 1,02 % auf 972 000 zurück. Neben Kirchenaustritten (0,45 %) sind die demografische Entwicklung und der Wegzug von Gemeindegliedern entscheidende Faktoren für den Mitgliederverlust. Damit steht diese Landeskirche im Vergleich zu anderen Landeskirchen, wo allein die Austrittsquote zum Teil bei einem Prozent liegt, noch recht gut da. Auch im Bundesdurchschnitt ist der Mitgliederverlust mit 1,6 % größer als in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Die Zahl der Gottesdienstbesucher im Verhältnis zu den Gemeindegliedern sinkt langsamer als die Zahl der Gemeindeglieder, woraus geschlossen werden kann, dass die verbleibenden Gemeindeglieder bewusst am kirchlichen Leben teilhaben.[616]

---

613 Vgl. Unglaube 1996, S. 62 f. Vgl. Waßmann 1984, S. 173 ff. Der Waldecker Stern und der hessische Löwe sind seit der zweiten Jahreshälfte 2005 aus dem Wappen entfernt worden. Vgl. „blick in die kirche“, Mitarbeiterzeitschrift, 1/2006, S. 15 (auf den Zusatz „Mitarbeiterzeitschrift“ achten, da es zwei Versionen der Zeitschrift gibt). Zur Geschichte der EKKW vgl.: Landeskirchliches Archiv Kassel 1997. Vgl. Dettmar 1990. Vgl. Dettmar ^{2}1989. Vgl. Albrecht, Achim (Hrsg.): Unterwegs in Kurhessen-Waldeck, Spangenberg 1990 (informative Lektüre).

614 Vgl. Landeskirchliches Archiv Kassel 1997, S. 2 ff.

615 Vgl. EKKW (Hrsg.): Eine Kirche, Kassel 1998. Vgl. Unglaube 1996. Vgl. Waßmann 1984. Vgl. Wölbing 1994.

616 Vgl. „blick in die kirche“ 6/2004, S. 17. Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 24.11.2004, S. 32. Vgl. SZ vom 07.12.2004, S. 6. Vgl. Huber ^{2}1999, S. 228 f.

Ländliche und bischöfliche Prägung

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck ist eine konservativ und ländlich geprägte Landeskirche mit den Zentren Kassel im Norden und Hanau im Süden. Der konservative Charakter wird in der Bezeichnung des Kirchenoberhauptes als „Bischof" deutlich. Die benachbarte „Evangelische Kirche in Hessen und Nassau" bezeichnet ihr Oberhaupt als „Präsidenten". Es wird deshalb in kirchlichen Kreisen zwischen „präsidialen" und „bischöflichen" Landeskirchen unterschieden.[617] Der ländliche Charakter wird bei landeskirchlichen Angeboten berücksichtigt. Das Referat Schule und Unterricht/Kinder- und Jugendarbeit bot im Jahr 2007 ein Fortbildungsseminar zur Kirchenraumpädagogik an.
In der dazugehörenden Informationsbroschüre heißt es: „Wenn Kinder das Dorf oder die Stadt malen, in der sie leben, wird auf kaum einem Bild die Kirche fehlen. Markant, wie sie vielerorts die übrigen Häuser überragt, gehört sie für fast jedes Kind dazu."[618]

Kirche der Mitte

Vom obersten Repräsentanten Bischof Hein wird die Landeskirche als „Kirche der Mitte" bezeichnet[619], wobei eine geografische Verortung ebenso gemeint ist wie eine programmatische. Der geografische Aspekt wird bei einem Blick auf die Landkarte verständlich: Das in Kassel ansässige Landeskirchenamt liegt in der Mitte der BRD.[620]
Bei dem programmatischen Aspekt wird von Seiten der EKKW auf die historische Entwicklung verwiesen: „Vielfalt in der Einheit könnte daher das Motto der nordhessischen Kirche lauten (...) 1529 lud Philipp der Großmütige Luther, Zwingli und andere zum Marburger Religionsgespräch ein, um eine Einigung im Abendmahlsstreit zu erzielen. Martin

---

617 Um sich einen Überblick zu verschaffen, sei auf die Internetseiten der Landeskirchen verwiesen: www.ekkw.de und www.ekhn.de . Unter dem Link „Aufbau und Leitung der EKHN" wird dieser Unterschied angedeutet: „An der Spitze der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) gibt es keinen Bischof mit weitreichenden Vollmachten." www.ekhn.de vom 05.04.2008.

618 Informationsbroschüre des Landeskirchenamtes, Referat Schule und Unterricht/Kinder und Jugendarbeit: Wenn die alten Mauern zu erzählen beginnen, Kirchenraumpädagogik. 23. - 25.08.2007, Ev. Jugendbildungsstätte Frauenberg Bad Hersfeld.

619 Hein referierte den inoffiziellen Namensanhang „Kirche der Mitte" im Jahr 2000 während einer Vokationstagung, bei der die neu eingestellten Religionslehrer die kirchliche Lehrbefähigung zum Erteilen von Religionsunterricht (Vokatio) erwarben. Zu diesem Referat gab Hein den Teilnehmern ein Exzerpt mit dem Titel „Profile der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck seit 1945" aus, das dem Verfasser vorliegt.

620 Vgl. die Internetseite: www.ekkw.de/unsere_kirche/portrait.html.

Bucer regte hier einen versöhnenden Umgang mit dem ‚linken Flügel' der Reformation an. Zahlreiche Hugenotten fanden im 17. und 18. Jahrhundert in Kurhessen eine neue Heimat, in der sie ihren Glauben ohne Angst vor staatlicher Repression leben konnten. Der Grundstein für das Zusammenleben von lutherischen und reformierten Gemeinden wurde im 19. Jahrhundert gelegt. Bei all dem war die Devise der Kurhessen: Versöhnen statt spalten, lieber vermitteln als polarisieren. Und diese Devise wird auch heute noch in Kurhessen-Waldeck befolgt: Bei den halbjährlichen Treffen der Landessynode (...) geht es zwar lebhaft und kontrovers zu, doch feste Fronten und klare Fraktionen sucht man hier vergeblich. Im Gegenteil: Mehrheiten bilden sich je nach Sachlage immer wieder neu, das garantiert hohe Beweglichkeit - ein Umstand, um den die Kurhessen von mancher Landessynode beneidet werden.“ [621]

Die landeskirchliche Bibliothek im Landeskirchenamt und die Bibliothek im PTI verfügen über ein thematisch breites Angebot, das deutlich über kirchliche und religiöse Themen hinausgeht.

In staatlichen Gremien sind Vertreter der Kirchen vorhanden. Die „Evangelische Erwachsenenbildung Hessen“ ist Mitglied im Landeskuratorium für Weiterbildung.[622]

Es gibt eine Vielzahl von Arbeitsfeldern innerhalb der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, die bis 2006 dem im Landeskirchenamt in Kassel ansässigen „Amt für Kirchliche Dienste“ zugeordnet waren. Die „Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“ (AG EB) ist eines dieser Arbeitsfelder.[623]

8.2 Umstrukturierung der Verwaltung

Im Jahr 2005 wurde im Landeskirchenamt eine Verwaltungsumstrukturierung eingeleitet. Das Amt für Kirchliche Dienste wurde im Zuge dieser Neugliederung abgeschafft. Die

---

621 Zitiert aus: ekkw.de/unsere_kirche/portrait.html (Stand: 05.04.2008). Zum Problem des unterschiedlichen Abendmahlverständnisses siehe: Maurer, Wilhelm: Bekenntnisstand und Bekenntnisentwicklung in Hessen, Gütersloh 1955. Vgl. Dettmar 1990.

622 Die Mitglieder des Landeskuratoriums werden vom HKM berufen. Weitere Mitglieder sind u. a. die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern und das DGB-Bildungswerk Hessen e.V. Vgl. Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium 2005, S. 24. Vgl. ders. 2003, S. 20 ff. Vgl. Faulstich/Vespermann 2002, S. 184.

623 Vgl. Ordnung des Amtes für kirchliche Dienste vom 24.02.1998. Vgl. Dettmar 1990, S. 39.

entsprechenden Aufgabenfelder wurden neu verteilt. Dieser Umstrukturierungsprozess wurde erst im Jahr 2007 abgeschlossen. Trotz der aufwändigen Umstrukturierung stieg im Jahr 2005 die Zahl der abgerechneten Förderanträge im Bereich der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung an.

Johannes Altmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2005, resümiert: „In dem letzten Jahr hat sich in der AG EB viel getan. Das hing zum großen Teil an den Umwälzungen, die das Landeskirchenamt erfasst hatten. Die tief greifenden Umstrukturierungen im Haus der Kirche führten zu vielen heftigen, häufig auch sehr emotionalen Diskussionen, die auch an der AG EB und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht spurlos vorübergingen (...) Strukturen im Haus umgebildet, Vorstand umgebildet. Doch es wurde auch ‚gebildet' über die AG EB, indem Gelder an Gruppen und Einrichtungen gezahlt wurden, die damit sinnvolle Bildungsarbeit durchführten. Die Zahl der abgerechneten Anträge war gar von 574 in 2004 auf 585 im Jahre 2005 gestiegen."[624]

8.3 Neudefinition der Kernbereiche kirchlichen Handelns

Ziel der Umstrukturierungen war das Schaffen einer effizienteren Verwaltung, um bei einem enger werdenden finanziellen Budget eine handlungsfähige Großorganisation bleiben zu können.

8.3.1 Selbstverständnis als Sprachrohr ländlicher Interessen

Auf der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im November 2004 hob Hein die gesellschaftliche Bedeutung der Institution Kirche im ländlichen Raum hervor. In diesen durch den Strukturwandel geprägten Regionen sei die Kirche vor Ort oft die einzige verbliebene selbstständige und gesellschaftlich anerkannte Institution. Der Bischof vertrat die These, dass der Kirche die Aufgabe zukomme, zum „Sprachrohr ländli-

624 Zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2006, S. 3. Gemäß dem Förderungsplan für die Erwachsenenbildungsarbeit der AG EB sollen insbesondere Vorhaben bezuschusst werden, die nicht öffentlich gefördert werden. Veranstaltungsformen sind Kurse, Tageskurse, Kompaktkurse und Familienfreizeiten. Vgl. Amtsblatt der EKKW 1/2003, S. 22 ff.

cher Interessen“ zu werden.[625] Dieser Profilbereich ist für die Landeskirche nicht neu. Bereits in den 60er Jahren bot die landeskirchliche Akademie Tagungen an, die sich mit dem Strukturwandel auseinandersetzen. Die Veranstaltung „Strukturwandel des Dorfes und der Gemeinde. Tagung für Bürgermeister, Lehre, Pfarrer und alle, die im Dorf Verantwortung tragen“[626] sei an dieser Stelle exemplarisch genannt.

Aufgrund der sinkenden Einnahmen (im ersten Halbjahr 2004 Mindereinnahmen von ca. 10 % gegenüber dem Vorjahr) strebt die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck eine Konzentration auf die Kernaufgaben an, in der Verkündigung und Dienst ein klares evangelisches Profil haben sollen. Zum Erreichen dieser Ziele wurde eine externe Unternehmensberatung mit dem Erstellen von Konzepten beauftragt. Es ist zu vermuten, dass als Erstes solche Aufgaben auf den Prüfstand kommen, die von nichtkirchlichen Anbietern ebenso wahrgenommen werden können. Dabei kann es sich um Aufgaben in der Diakonie handeln.[627]

8.3.2 Bildung als Kernbereich kirchlichen Handelns

Zu den Kernbereichen des kirchlichen Handelns hat die Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck in der Vorlage zu einem Reformpapier neben den klassischen Feldern Gottesdienste, Seelsorge, Mission und diakonisches Handeln an dritter Stelle den Punkt „Bildung und Erziehung“ aufgeführt: „Es ist ein Kennzeichen des evangelischen Profils, dass die Kirche von der evangelischen Kindertagesstätte über die Schule bis hin zu unterschiedlichen Formen der Erwachsenen- und Seniorenbildung Bildungsprozesse ermöglicht und begleitet (...) Insbesondere ist es eine wichtige Aufgabe kirchlicher Bildungsarbeit, der

---

625 Vgl. FR 23.11.2004, S. 30. Vgl. EKKW (Hrsg.): Bericht des Bischofs auf der 11. Landessynode der EKKW vom 21. - 24.11.2004, S. 8; S. 16 f. Das Bild von der Kirche als Sprachrohr der ländlichen Interessen wurde in der Folgezeit von der EKKW häufig aufgegriffen und zitiert. Siehe: Beirat Familie & Betrieb - Ländliche Familienberatung im Auftrag der EKKW, Dezernat Bildung - Referat Bildung und Gesellschaft (Hrsg.): Familie & Betrieb - Ländliche Familienberatung, Schwalmstadt 2006, S. 5.

626 Nr. 666.

627 Vgl. „blick in die kirche“ 6/2004, S. 4 f. Vgl. FR 24.11.2004, S. 32. Trotz der sinkenden finanziellen Einnahmen steht die Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck nach Angaben des Bischofs im Vergleich zu anderen Landeskirchen gut da. Die EKKW sei in personeller und finanzieller Hinsicht angemessen ausgestattet. Vgl. Bericht des Bischofs zur 11. Landessynode der EKKW vom 21. - 24. 11.2004, S. 4.

nächsten Generation das Evangelium zu bezeugen und Familien darin zu unterstützen.“[628] Als ein Schritt zur Institutionalisierung dieses Kernbereichs kann die 2007 errichtete „Schulstiftung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck“ angesehen werden.[629] Zur Aufgabe der Stiftung heißt es in der Stiftungsverfassung unter § 2,1: „Zweck der Stiftung ist die Förderung der von der Landeskirche in Erfüllung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags an der Jugend zu leistenden Arbeit in Schulen evangelischer Trägerschaft.“[630]

Selbstverständnis als Bildungsanbieter

Zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern wie dem Betreiben von Kindergärten, schulischer Bildung, Konfirmandenarbeit, Jugendarbeit und den vielfältigen Formen der Erwachsenenbildung müssen verbindende Begründungszusammenhänge definiert werden, wenn die einzelnen Handlungsfelder nicht zum Selbstzweck betrieben werden sollen. Freimut Schirrmacher, Vorstandsmitglied der AG EB seit 2005, hat diesen Begründungszusammenhang für die Erwachsenenbildung in einem Jahresbericht angesprochen: „Allerdings ist die EB bis heute weniger als einheitliches Handlungsfeld im Bewusstsein der Gemeinde wie etwa die Jugendarbeit. Dennoch stellt sie einen bedeutsamen Ansatzpunkt für Gemeindeentwicklung dar, wenn es darum geht, die Gesprächsfähigkeit von Kirche in die Gesellschaft hinein (wieder-)zu gewinnen. Neben der gemeindlichen Bildungsarbeit hat sich mit Familienbildungsstätten, Akademie, Foren etc. daher zu Recht ein Ensemble kirchlicher Erwachsenenbildungseinrichtungen gebildet, das diesem Anliegen zugeordnet ist. Es liegt auf der Hand, dass Erwachsenenbildung an Bedeutung gewinnen muss, wenn kirchliche Milieus zerfallen, der Bezug zu Glaube und Kirche vieler Menschen sich lockert oder abbricht und andererseits Pluralisierung und Individualisierung den Menschen vor Orientierungsprobleme und Entscheidungszwänge stellen. Wenn sich die Komplexität des Lebens erhöht, christliche Sozialisation und Traditionsweitergabe aber abbrechen, fallen

628 Reformprozess der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Vorlage des Rates der Landeskirche vom 11.09.2006 zur Herbsttagung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (im Folgenden: Vorlage des Rates der Landeskirche vom 11.09.2006 zur Herbsttagung der Landessynode der EKKW).

629 Vgl. Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 5/2007, S. 114 f.

630 Zitiert aus: ebd., S. 115.

der Er-wachsenenbildung zunehmend kompensatorische Aufgaben zu (...) Schaut man sich allerdings die kirchliche Bildungslandschaft an, zeigt sich eine derart große Vielfalt an Themen und Inhalten, dass sich fast der Eindruck einer Beliebigkeit einstellen will. Sollen Mal- oder Kochkurse, Sprachunterricht und Exkursionen in gleicher Weise evangelische Erwachsenenbildung sein wie etwa Familienfreizeiten, Gesprächsabende oder Bibelarbeit? Es stellt sich also die Frage nach dem Besonderen gegenwärtiger kirchlicher Bildungsarbeit und d.h. die Frage nach ihrer Qualität. Oder sollte man auf einen theologischen Gesamthorizont evangelischer Erwachsenenbildung verzichten?“[631]

Im weiteren Verlauf des Textes vertritt Schirrmacher die These, dass seelsorgliche Aufgaben im Sinne von Profilbildung zum konstitutiven Element evangelischer Erwachsenenbildung werden müssen. Schirrmacher legt dar, dass sich dieses Ziel beim Basteln ebenso verwirklichen lasse wie bei politischen oder kulturellen Seminaren. Der seelsorgliche Bezug zeige sich in den pädagogischen Prozessen und im Anschluss der Prozesse.[632]

Auch wenn sich Schirrmacher nicht gegen kreativ-weltliche Angebote wie Handarbeitskurse ausspricht, so wird in seinem kritischen Beitrag dennoch die Notwendigkeit der konzeptionellen Umstrukturierung der landeskirchlichen Erwachsenenbildung deutlich. Diese Umstrukturierung ist im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Verwaltungsneuordnung zu sehen. Schirrmacher strebt keine Neuausrichtung mit dem Schwerpunkt zivilgesellschaftlicher Akteur an. Ihm geht es um eine Reform im eigentlichen Sinne des Wortes: Die landeskirchliche Erwachsenenbildung soll sich mit der seelsorglichen Maxime des kirchlichen Hintergrundes der Bildungsarbeit bewusst werden. Dies ist ein Unterschied zur Zeit der Bildungsarbeit in den 70er und 80er Jahren, in der – getragen von der allgemeinen Bildungseuphorie – ein weit gefasstes Bildungsverständnis praktiziert wurde.

---

631 Zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2006, S. 5 f. Die Schreibweise „Er-wachsenenbildung“ ist aus dem Original übernommen.

632 Vgl. ebd., S. 6 ff.

8.4 Bildungseinrichtungen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

Auf den nächsten Seiten werden die Bildungseinrichtungen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vorgestellt. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Vielmehr handelt es sich um eine Schwerpunktsetzung. Mit Blick auf die Auswertung des Quellenmaterials der Evangelischen Akademie Hofgeismar wird die Geschichte der Akademie ausführlich behandelt.

Die Ausbildung der in der kirchlichen Bildung Tätigen findet in der Evangelischen Akademie Hofgeismar, im Pädagogisch-Theologischen Institut (PTI), in den Ausbildungsstätten für Erzieherinnen und Erzieher und in kirchlichen Freizeitstätten statt.[633] In Kassel ist im „Martin-Bucer-Haus“ seit 1975 das Informationszentrum der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck untergebracht. Dort sind das PTI und die Evangelische Medienzentrale (EMZ) ansässig. Weiter ist die Ökumenische Werkstatt Kassel mit einer Außenstelle in Main-Kinzig zu nennen. Ein in der Entstehung befindender Teil der Erwachsenenbildung ist die Seniorenarbeit. Die EKKW ist durch das Ev. Gemeindebildungszentrum in Bad Orb damit beschäftigt, Konzepte für die Bildungsarbeit mit Senioren zu erstellen. Die Einrichtungen sind über das LKA vernetzt.[634]

8.4.1 Pädagogisch-Theologisches Institut und Evangelische Medienzentrale

Das PTI verfügt über eine umfassende Bibliothek, in der Lehrern, Pfarrern und anderen in der Bildungsarbeit tätigen Personen Lehrmaterial und pädagogische Literatur zur Verfügung gestellt wird. Neben dem religionsspezifischen Unterrichtsmaterial wird zudem Material für die politische Bildungsarbeit angeboten, was in erster Linie auf den fächerübergreifenden Bezug einiger Themen wie Armut, Frieden und Risiken neuer Technologien zurückzuführen sein dürfte.

Mit Angeboten zu Seminaren und überregionalen Veranstaltungen kommt das PTI der Aufgabe der Betreuung, Beratung und Fortbildung von Religionslehrern und Pfarrern nach.

---

633 Vgl. Dettmar 1990, S. 25.

634 Vgl. Bericht des Bischofs auf der 11. Landessynode der EKkW vom 21.- 24.11.2004, S. 21. Vgl. Dettmar 1990, S. 39 f.

Zudem wird die Verbindung zu den Schulen, zu Schulämtern, Lehrern, Eltern, pädagogischen Bildungsstätten und den pädagogisch-theologischen Instituten anderer Landeskirchen gepflegt.[635]

Die EMZ

Vorläufer der EMZ war der am 01. Januar 1965 gegründete „Ton- und Bilddienst". Er verfügte über eigene Räume, gehörte aber bis 1967 dem Ev. Presseverband an. 1978 erfolgte eine Namensänderung in „Evangelische Medienzentrale". Die EMZ ist seit 1999 ein Teil des Evangelischen Medienzentrums, das zur Öffentlichkeitsarbeit des Landeskirchenamtes gehört.[636]

Die von Religionspädagogen und kirchlichen Mitarbeitern ausleihbaren Medien bestehen aus Dokumentar- und Spielfilmen, CD-ROMs, Tonbildreihen, Diareihen und Arbeitstransparenten, die teilweise von der Kirche erstellt und teilweise von der Kirche erworben und verliehen werden. Der Medienkatalog wird kontinuierlich aktualisiert. Veraltetes Material wird aussortiert. Im März 2005 umfasste das Verleihprogramm 4 268 Titel. Der größte Posten waren die Videokassetten mit 2 410 Stück. Ein Drittel der entliehenen Medien waren Spielfilme.[637]

Die meisten Medien haben religiöse Inhalte zum Thema. Es werden auch Medien der politischen Bildung wie die Ausgaben der Reihe „Politik betrifft uns" angeboten. Von den Nutzern werden überwiegend Medien mit religiösen Themen ausgeliehen. Im Jahr 2004 wurden nachstehende Dokumentarfilme am häufigsten ausgeliehen: „Satanismus - zwischen Subkultur und Panikmache", „Moskito: Okkultismus", „Bowling für Columbine". Bei den Spielfilmen rangierten „Luther" und „Good bye Lenin" auf den ersten Plätzen.[638]

---

635 Vgl.ebd., S. 41.

636 Vgl. Evangelisches Medienzentrum Kurhessen-Waldeck, Medienzentrale (Hrsg.): 40 Jahre Evangelische Medienzentrale Kurhessen-Waldeck. Kassel 2005 (Broschüre).

637 Siehe ders. 2002. Für das Jahr 2004 ist ein Ergänzungskatalog erschienen. Vgl. ders. 2005, S. 2.

638 Vgl. ebd., S. 7 ff.

8.4.2 Ökumenische Werkstatt

Das griechische Wort „oikumene“ bedeutet „die ganze bewohnte Welt“. Ökumene bezeichnet innerkirchlich die Menschen auf dieser Welt, die durch den christlichen Glauben miteinander verbunden sind. Nach außen bezeichnet der Begriff die gemeinsame Verständigung der einzelnen Kulturen und Religionen zum Wohle der Menschheit.[639]

Dieses Begriffsverständnis wurde im Jahr 2004 auf einer Konsultation der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung anhand von verschiedenen Projektbeispielen verdeutlicht. Viele ökumenische Projekte bestehen aus Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden aus Europa und Afrika oder Lateinamerika. Beide Partner sollen von der Partnerschaft profitieren. Wenn ein Europäer für einige Tage oder Wochen an einer entwicklungspolitischen Bildungsfreizeit in Mosambik teilnehme und die Lebenswirklichkeit dieser Menschen kennen lerne, erschließt sich nach dem ökumenischen Lernen auch für den Europäer ein neuer Blick auf Europa.[640]

Im Bereich der EKKW gibt es die Ökumenische Werkstatt Kassel und die Ökumenische Werkstatt Main-Kinzig.[641] Die Dienst- und Fachaufsicht liegt beim Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck / Referat Weltmission und Partnerschaft. Von den ökumenischen Werkstätten werden Kirchengemeinden, Pädagogen, Jugend- und Kindergruppen zu entwicklungsbezogener Bildungsarbeit beraten. Didaktische Konzepte, Projektbegleitung, Material und Veranstaltungen zählen zu den Angeboten der beiden Einrichtungen.[642]

Die Ökumenische Werkstatt Kassel führte im Jahr 2004 gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern wie der Attac-Regionalgruppe Kassel, dem DGB-Bildungswerk Nordhessen und dem Weltladen Kassel eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Wie wollen wir le-

---

639 Vgl. Eicher 1991, S. 78.

640 Vgl. Seitz, Michael/Grobe-Slopjanka, Birgit: Ökumenisches Lernen. Neue Perspektiven durch den Blick in den Welt-Spiegel in: Ruf, Anja/Seiverth, Andreas (Hrsg.): Globales Lernen in der Evangelischen Erwachsenenbildung. Zwischenergebnisse eines Konsultationsprozesses, Frankfurt o.J. S. 41 ff. Im Impressum der Schrift ist kein Erscheinungsjahr angegeben. Aufgrund der Beiträge kann vom Erscheinungsjahr 2004 ausgegangen werden. An der Konsultation nahmen nach eigenen Angaben Vertreter aus 21 Einrichtungen teil. Vgl. Ruf/Seiverth o.J., S. 11.

641 Die Ökumenische Werkstatt Main-Kinzig verfügt über eine Internetseite: www. oew-mk.de.

642 Vgl. www.oew-mk.de. Vgl. www.ekkw.de/einrichtungen.

ben? Alternative Modelle und Strategien in einer globalisierten Welt“ durch. Insgesamt fanden 15 Veranstaltungen in Form von Seminaren, Vorträgen, Talkrunden und ein „privatisierungskritischer Stadtrundgang“ statt.[643]

8.4.3 Evangelisches Forum Kassel

Das „Evangelische Forum“ in Kassel versteht sich als Ort städtischer Kommunikationskultur. Im Forum werden lokale wie überregionale gesellschaftliche Themen aufgegriffen, wobei sich die Verantwortlichen bei der Programmgestaltung bemühen, die aktuellen Fragen der Gegenwart zu berücksichtigen.[644]

Eine Parteilichkeit ist erkennbar, wenn es heißt: „An dieser Stelle werden gesellschaftspolitische, ethische und soziale Fragen debattiert, wobei die Kirche ihre vom Evangelium her vorgegebene Anwaltschaft für die Opfer gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen ins Gespräch, in die Fragen- und Problemhorizonte einbringt.“[645]

Das Forum wirkt nicht nur nach außen in die Öffentlichkeit, sondern hat auch innerkirchliche Aufgaben. Bildungsangebote der Gemeinden und anderer kirchlicher Einrichtungen sollen über das Forum vernetzt werden.[646]

Veranstaltungen werden in den Bereichen Stadt- und Kulturpolitik, Kirchen in Kassel, Soziales, Gesellschaft - Religion - Politik, Judentum, Kunst, Geschichte, Studienreisen und Kultur angeboten. Im politischen Bildungsbereich gab es zwischen September 2005 und Juli 2006 Angebote zu den Themen Europa, Globalisierung, Geld, Regionalwährung, Partizipation, Schule, interkultureller Dialog, Dietrich Bonhoeffer.[647]

---

643 Die Informationen wurden einem Faltblatt der Veranstalter entnommen. Das Faltblatt trägt den Titel: „Wie wollen wir leben? Alternative Modelle und Strategien in einer globalisierten Welt. Veranstaltungsreihe vom 06. November - 4. Dezember 2004 in Kassel“. Der Leiter der ökumenischen Werkstatt Kassel bestätigte den Erfolg der Veranstaltung. Aufgrund von Abstimmungsschwierigkeiten zwischen den teilnehmenden Organisationen hätte das Projekt im Folgejahr nicht wiederholt werden können.

644 Vgl.: Evangelisches Forum Kassel (Hrsg.): Programm September 2005 - Juli 2006, Kassel 2005, S. 2.

645 Ebd..

646 Ebd.

647 Vgl. ebd. Die Programme können bezogen werden über: Evangelisches Forum Kassel, Lutherplatz 6, 34117 Kassel oder über: www.ev-forum.de (Stand: 07.04.2008).

8.4.4 Die Evangelische Akademie Hofgeismar

Die Evangelische Akademie Hofgeismar kann als Mittelpunkt der landeskirchlichen Erwachsenenbildung angesehen werden.

Im Einleitungstext zu einem Halbjahresprogramm heißt es: „Die Evangelische Akademie versteht sich als Ort, an dem der Protestantismus seinen Bildungsauftrag ernst nimmt und seine Sprach- und Kommunikationsfähigkeit mit den diversen Teilbereichen unserer Gesellschaft jeweils neu entwickelt.“[648] Die Evangelische Akademie Hofgeismar hat die Geschichte der Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck entscheidend geprägt.[649]

Kirchenrechtliche Stellung der Akademie

Im „Kirchengesetz über die Evangelische Akademie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck“ vom 15. März 1974 ist der organisatorische Aufbau der Akademie festgelegt. Nach § 1 des Akademiegesetzes ist die Evangelische Akademie eine Einrichtung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. In § 2,1 wird der Akademieauftrag beschrieben:

„Die Akademie bemüht sich um Beiträge zum besseren Verständnis der Gegenwart, zur aktuellen Verkündigung des Evangeliums und zur Lösung der in Kirche und Gesellschaft anstehenden Aufgaben. Diesen Auftrag erfüllt sie in eigener Verantwortung. Sie fördert durch ihre Veranstaltungen das offene, wissenschaftliche Gespräch.“[650]

Der Leiter der Akademie wird entsprechend § 3,1 auf Vorschlag des Bischofs vom Rat der Landeskirche für die Dauer von acht Jahren berufen. Weiter heißt es in Absatz drei, dass der Akademieleiter dem Bischof regelmäßig über die Arbeit der Akademie berichtet.

---

648 Zitiert aus: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Halbjahresprogramm 1/07, Hofgeismar 2007, S. 1. Der Themenkomplex Bildung stellt für die evangelischen Akademien einen Schwerpunkt dar. Vgl. Evangelische Akademien in Deutschland 2004, S. 5.

649 Vgl. ANSTÖSSE 4/2003, S. 18. Vgl. Jaspert, Bernd: Geschichte der Evangelischen Akademie. Band 1, Hofgeismar 1997. Vgl. Olbrich 2001, S. 340 ff. Vgl. Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 33.

650 Zuletzt geändert vom 23. April 1982 (Amtsblatt der EKKW, S. 48). Im Folgenden „Akademiegesetz“.

Gemeinsames Profil evangelischer Akademien

Die evangelischen Akademien haben sich der Demokratisierung von Bildung verschrieben, indem überwiegend aktuelle gesellschaftliche Fragen thematisiert werden sollten.[651]

Aus Sicht der EKD war das Interesse der Akademien „Menschen verschiedener Herkunft und aus differierenden Lebensverhältnissen miteinander ins Gespräch zu bringen und auf diese Weise Demokratie zu erfahren, zu lernen und zu praktizieren."[652]

Dies soll in den nächsten Kapiteln am Beispiel der Evangelischen Akademie Hofgeismar gezeigt werden.

Den evangelischen Akademien gemein ist ihr Selbstverständnis, das zunehmend mit globalen Bezügen begründet wird: „Als besondere kirchliche Orte haben sie ein gemeinsames Ziel und einen gemeinsamen Auftrag: Sie verstehen sich als Anwälte des Gemeinwohls und übernehmen Mitverantwortung für Projekte, Modelle und neu gegründete Institutionen im zivilgesellschaftlichen Kontext - national und zunehmend auch international. Darüber hinaus beteiligen sie sich immer häufiger an Mediationen und Politikberatung und werden als Träger solcher Prozesse angefragt."[653]

Die Akademieverantwortlichen erheben den Anspruch, ein glaubwürdiger Akteur der Zivilgesellschaft zu sein, was sie mit ihrer quantitativen Arbeit und ihrer, nach eigenen Angaben, Einzigartigkeit begründen: „Die Vielfalt der Themen, die die Akademien aufgreifen, schaffen eine Tagungskultur, die es ansonsten in dieser Form in Deutschland nicht gibt. Mit ihren annähernd 2.000 jährlichen Tagungen und ca. 700 Tagesveranstaltungen mit mehr als 100.000 Teilnehmern haben die 16 Akademien Gewicht als einer der glaubwürdigen Akteure der Zivilgesellschaft in Deutschland."[654]

---

651 Siehe die Antworten des Leiterkreises der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V., Bad Boll zu Fragen zur politischen Bildung der Evangelischen Akademien, in: Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung, politische Bildung 16/90, S. 300 ff. Vgl. Olbrich 2001, S. 340 ff. Vgl. Glaser 1997, S. 76 f.

652 Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, in: Kirchenamt der EKD 1997, S. 30.

653 Zitiert aus: Evangelische Akademien in Deutschland e.V. 2004, S. 5.

654 Ebd.

Aufbau

Das Kuratorium ist die oberste Instanz der Akademie. Es wird aus 15 vom Bischof berufenen Mitgliedern gebildet. Dabei sollen die Kuratoriumsmitglieder über unterschiedliche berufliche und gesellschaftliche Hintergründe verfügen. Das Kuratorium tagt in der Regel zweimal im Jahr. Es kann Beschlüsse fassen, ist aber keine Entscheidungsinstanz. Da das Kuratorium laut Akademie-Gesetz zu allen wesentlichen Aufgaben der Akademie zu hören ist und Voten für die Kirchenleitung abgibt, haben die Voten so viel Gewicht, dass sie als Vorbereitungen zu Entscheidungen gewertet werden können.[655] Nach § 8 des Akademiegesetzes ist das Kuratorium auch bei der Aufstellung des Tagungsplanes und der Auswertung der Tagungen anzuhören.

Anstöße

Die von der Evangelischen Akademie seit 1954 herausgegebene Zeitschrift „ANSTÖSSE" ist das Mitteilungsblatt für die Förderer der Akademie mit einer gegenwärtigen Auflage von 2 600 Exemplaren.[656] Nach eigenen Angaben richtet sie sich an „einen breiten Leserkreis, vor allem Akademiker"[657]. Die Zeitschrift bietet Einblicke in die Geschichte der Akademie, die innerhalb der Akademie diskutierten Themen und den damit verbundenen Meinungsbildungsprozess.

Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklungen

Die für diese Arbeit gewählte Schwerpunktsetzung ist nicht nur mit dem Bildungsangebot und -verständnis, sondern auch mit der Rolle, die sich die Akademie innerhalb der Gesellschaft zuschreibt, begründbar. Dadurch, dass sich die Akademie mit den angebotenen Veranstaltungen den jeweiligen Fragen der Gegenwart widmet, kann mit Hilfe der Akademiearbeit ein hermeneutischer Blick in die gesellschaftlichen Entwicklungen der jeweiligen Zeit gelingen. Dieser Blick wird durch die kirchliche Perspektive gefiltert.

---

655 Vgl. „Die Erdung der Akademie" von Dirk Schwarze in: Anstöße 2/2007, S. 9. Insgesamt gibt es in Deutschland 16 evangelischen Akademien, die im Dachverband „Evangelische Akademien in Deutschland" mit dem Ziel, sich bei der Wahrung der eigenen Identität gegenseitig zu unterstützen und Synergieeffekte zu nutzen, zusammengeschlossen sind. Vgl. Evangelische Akademien in Deutschland e.V. 2004, S. 5.

656 Vgl. ANSTÖSSE 4/2003, S. 19 (seit 2007 „Anstöße").

657 Pöhls, Joachim: ANSTÖSSE 50 Jahre jung, in: ANSTÖSSE 4/2003, S. 18.

In einer Publikation zur Geschichte der Akademie heißt es in diesem Kontext, dass die Akademiegeschichte ein Spiegelbild der deutschen und europäischen Gesellschaftsgeschichte seit 1945 sei.[658] Der Anspruch, mit der Akademiegeschichte zugleich die Gesellschaftsentwicklung der Bundesrepublik widerzuspiegeln und dies auf die europäische Gesellschaftsentwicklung zu erweitern, passt zu dem historischen Ansatz dieser Arbeit. Der Vergangenheit-Gegenwarts-Zukunftsbezug, den Jaspert in der Akademiegeschichte sieht, entspricht dem Bogen, der in dieser Arbeit vom historischen Hintergrund der landeskirchlichen Bildungsmotivation zur Frage nach der Verortung der Landeskirche in einer globalisierten Welt gespannt werden soll.

Die Entstehungsgeschichte der Evangelischen Akademie Hofgeismar wird nachstehend ausführlich beschrieben, da durch die Berücksichtigung dieser historischen Hintergründe die Motivation der Akademie für die angebotene politische Bildungsarbeit erschlossen werden soll.

8.4.4.1 Vorläufer und Gründungsphase

Die Akademie wurde 1947 gegründet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es während der Zeit der institutionellen Formierungsphase in vielen Landeskirchen Überlegungen zur Gründung evangelischer Akademien.[659] In den folgenden Ausführungen soll mit Blick auf die Fragestellung dieser Arbeit auf die Entwicklungen in Kurhessen-Waldeck eingegangen werden.

Viele der gegründeten Akademien hatten Vorläufer in der Zeit der Weimarer Republik oder in der Zeit des Nationalsozialismus. In Kassel gab es bereits 1933 eine landeskirchliche Akademie im Stadtteil Wolfsanger. Sie wurde zum Zweck der Schulung der Pfarrer und interessierter Laien in Fragen der zeitgenössischen religiösen und ideologischen Themen eingerichtet. Die Hauptaufgabe lag in der Gewinnung der Pfarrerschaft zu einer „Volksmission“, einer durch die Ideologie des Nationalsozialismus begründeten Religion, welche die einfachsten Elemente christlicher Glaubenslehre ins Bewusstsein des Volkes bringen sollte. Das Ziel war ein politischer Katechismusunterricht für Erwachsene. Die

---

658 Vgl. Jaspert 2003, S. 10.

659 Vgl. ANSTÖSSE 4/2003, S. 18. Vgl. Jaspert 1997.

Zielgruppen waren neben den Pfarrern Kirchgänger, Arbeitslose, SA- und HJ-Mitglieder. Die Leiter und Lehrenden der Kasseler Akademie sollten nicht nur in theologischen Fragen, sondern auch mit der nationalsozialistischen Ideologie vertraut sein und diesbezüglich jährlich geschult werden.[660]

Unter Federführung des Bischofs der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Adolf Wüstermann, entstanden 1946 Überlegungen zur Gründung einer evangelischen Akademie. Der Pfarrer Dr. Hans-Rudolf Müller sollte entsprechende Konzepte entwerfen und sie vor landeskirchlichen Konferenzen vorstellen. Die Überlegungen zur Gründung einer evangelischen Akademie entstanden aus der Notwendigkeit, das Verhältnis der evangelischen Kirche zum Staat nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus neu zu bestimmen sowie im Bewusstsein einer kirchlichen Verantwortung für eine menschenwürdige Gesellschaft.[661]

Besonders die Frage nach der Positionierung der protestantischen Lehre zur Demokratie war entscheidend, wie Müller in einem Thesenpapier verdeutlichte: „Erstens werden heute unter dem Namen Demokratie und Liberalismus europäische Werte vertreten, die dem Deutschen Volk im Namen des Christentums angeboten, ja zum Gesetz gemacht werden. Die Kirche predigt falsche Gesetzlichkeit, wenn sie nicht verkündigt, dass Jesus Christus das Ende auch dieser Werte ist. Nicht im Namen Christi kann die liberale und demokratische Weltordnung verkündigt werden. Zweitens machen sich Bestrebungen bemerkbar, im Namen des Christentums bestimmte geschichtliche Lösungen, etwa den Föderalismus als christliche Lösung hinzustellen. Wieder tritt damit eine falsche Gesetzlichkeit auf den Plan.“[662]

Nach Müllers Konzept gibt es mehrere Bezugspunkte für die inhaltliche Arbeit einer evangelischen Akademie. Ein solcher Punkt sei das Gebiet „Christentum und Politik“. Adressa-

---

660 Zu dieser Vorstellung gab es eine innerkirchliche Opposition, die sich allerdings nicht durchsetzen konnte. Vgl. ders. 2003, S. 28 ff. Vgl. ders.: Die Anfänge der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck, Sonderdruck aus: Jahrbuch der hessischen kirchengeschichtlichen Vereinigung. Band 47, 1996, S. 187 ff.

661 Vgl. ders. 2003, S. 39. Vgl. das Vorwort von Florian Schuller, in: Habermas/Ratzinger 2005, S. 10 f.

662 Müller, Hans-Rudolf: Über Aufgabe und Plan einer Evangelischen Akademie für die Evang. Landeskirche von Kurhessen Waldeck. Thesenpapier zum Vortrag über die Aufgabe und den Plan einer evangelischen Akademie am 31. Juli 1946 vor der Dekanatskonferenz in Hephata bei Treysa. Zitiert aus: Jaspert 2003, S. 39.

ten seien die breiten Bevölkerungsschichten: Akademiker, Handwerker, Kaufleute, Bauern, Arbeiter, Juristen, Techniker, Studenten, Wissenschaftler, Hausfrauen. Die möglichen Themen teilte er in Unterpunkte auf. Den Bereich politische Bildung nennt er nicht explizit, erwähnt ihn aber bei den geistigen Gebieten, zu deren Fragen die Akademiearbeit einen Beitrag leisten solle.[663]

Der weitere Gründungsprozess verlief gemäß den innerorganisatorischen Statuten. 1947 fand in Echzell eine „Arbeitstagung der Evangelischen Akademien in Deutschland" statt, zu der Dr. Eberhard Müller (Bad Boll) einlud. Auf dieser Tagung wurde die Erklärung über „Auftrag und Dienst der Evangelischen Akademie" beschlossen. In Bad Boll entstand am 29. September 1945 die erste evangelische Akademie der Nachkriegszeit.[664]

Eberhard Müller verfasste einige grundsätzliche Überlegungen für evangelische Akademien. Diese waren auch für die Einrichtung der Akademie in Kurhessen-Waldeck prägend. Er geht dabei auf die historischen Hintergründe ein: „Mit der Einrichtung der Evangelischen Akademie zieht die evangelische Kirche eine Lehre aus ihren Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte (...) Die evangelische Kirche hat sich im neunzehnten Jahrhundert in die Verteidigung drängen lassen (...) für einen großen Teil der überzeugten Christen war es nahezu selbstverständlich geworden, dass eine Einflussnahme der Kirche auf die anderen Bezirke des Lebens, auf die Bezirke der Kunst und Wissenschaft, der Politik und Wirtschaft, der Schule, des Rechtslebens und der sozialen Ordnung eine Einmischung in ein fremdes Amt darstelle."[665]

Die Aufgabe der Akademie sei: „… aufzuzeigen, wie die einzelnen Gebiete des weltlichen Lebens und Denkens sachgemäß auf diesem Fundament (dem Fundament eines persönlichen Glaubenslebens, der Verf.) gegründet werden können. Denn nicht nur der Sonntag bedarf der religiösen Begründung, sondern auch der Alltag (...) auch das berufliche Han-

---

663 Vgl. das genannte Thesenpapier von Müller, in: Jaspert 2003, S. 40 ff.

664 Für einen Überblick über die Akademiegründungen der evangelischen Kirchen nach 1945 siehe: Olbrich 2001, S. 340 ff.

665 Müller, Eberhard: Evangelische Akademie, Stuttgart 1946, S. 3, zitiert aus: Jaspert 2003, S. 47. Vgl. Müller-Schwefe, Hans-Rudolf: Bericht über die EV. Akademie Guntershausen, erstattet auf der Synode der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck am 4. 12. 1951. Abgedruckt in: Jaspert 2003, S. 127 ff. Hans-Rudolf Müller führte ab 1947 den Doppelnamen Müller-Schwefe. Vgl. Jaspert 2003, S. 63, FN 87.

deln; nicht nur die Familie, (...) auch der Staat."[666]

Entsprechend dieser Intention waren bei den ersten Tagungen Mitglieder der unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten anwesend: Juristen, Ökonomen, Ärzte, Lehrer, Pfarrer, Arbeiter, Landwirte, Künstler.[667]

Die Gründung einer Akademie in Kurhessen-Waldeck gestaltete sich trotz des Einsatzes von Bischof Wüstermann schwierig, da der von ihm vorgesehene Akademieleiter, Hans-Rudolf Müller, wegen seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur NSDAP und SA bei einem Verfahren in die Gruppe III – Minderbelastete – eingestuft wurde. Dieser Spruch hatte berufliche Einschränkungen für 1 1/2 Jahre zur Folge. Mit Erfolg legte Müller Beschwerde ein. Die Berufungsspruchkammer in Kassel änderte am 15. November 1946 den Spruch ab und reihte Müller in die Gruppe der Mitläufer ein. Im September 1947 hob der Wiesbadener Minister für politische Befreiung den Kasseler Spruch wieder auf. Vermutlich aufgrund eines Einspruchs des Landeskirchenamtes Kassel kam es allerdings zu keiner erneuten Verhandlung. Der Vorgang endete im April 1948.[668]

Der Beginn des Akademiebetriebs

Müller erhielt den bischöflichen Auftrag zur Gründung der Akademie. In der Sitzung des Rats der Landeskirche im Februar 1947 wurde die Einrichtung der Akademie als vordringliche Aufgabe betont. Als Akademieort wurde das südwestlich von Kassel gelegene Guntershausen favorisiert. Im September 1947 wurde die Akademie offiziell eröffnet und im Juli 1947 wurde die Arbeit im Rahmen einer Juristentagung in Guntershausen aufgenommen. Vortragsthemen waren: „Die Krise des Reichs", „Der Christ und die Probleme der Welt", „Glaubensgemeinde und Staat". Auf Müllers Vorschlag sollte eine Pädagogen-Tagung folgen.[669]

Da die Kapazitäten in Guntershausen sehr begrenzt waren, wurde der Betrieb in Guntershausen 1952 eingestellt und in Hofgeismar aufgenommen. Dort bot sich für die Landeskir-

---

666 Müller, Eberhard 1946, zitiert aus Jaspert 2003, S. 49.

667 Vgl. Ebd.

668 Die Einzelheiten dieses langwierigen Verfahrens werden hier nicht dargestellt. Zu einer ausführlichen Darlegung mit Quellenverweisen siehe: ebd., S. 54 ff.

669 Vgl. ebd, S. 62 ff.

che die günstige Gelegenheit, das Schlösschen Schönburg vom Land Hessen käuflich zu erwerben. Die Akademie hatte sich zu einer weit über die Grenzen der Landeskirche hinaus beachteten Einrichtung entwickelt. Während der Zeit in Guntershausen hatten über 6000 Menschen an den Veranstaltungen teilgenommen.[670]

8.4.4.2 Forum oder Faktor? Mehr als eine Adressatenfrage

Viertel, Leiter der Akademie Hofgeismar von 1996 bis Februar 2005, beschreibt evangelische Akademien als „gesellschaftspolitische Debattierstellen im Rahmen der Kirche“[671].
Evangelische Akademien seien in ihrer Gesamtheit eine Institution, die einen Beitrag zur sozialen Ordnung der Gesellschaft und des Staates erbringen wolle.[672] Seit dem Bestehen der landeskirchlichen Akademien sei umstritten, ob die Akademien ihre primäre Aufgabe im Schaffen von Rahmenbedingungen für einen politischen Diskurs sehen (Forum) oder ob sie nicht selbst ein Faktor der Politikbildung sein müssten (Faktor). Die Forum-Faktor-Begrifflichkeit geht auf Eberhard Müller zurück, der in den 50er Jahren das Schlagwort „Forum und nicht Faktor“ prägte.[673]
Die Vertreter der Akademie möchten beide Bereiche abdecken, wie in der Einleitung zum Halbjahresprogramm 1/07 hervorgehoben wird: „In Form des interdisziplinären Gesprächs wird auch die christliche Perspektive in die aktuellen Diskussionszusammenhänge von Politik, Wirtschaft, Natur- und Humanwissenschaften, in Fragen von Umwelt und Recht, von Sozial- und Bildungspolitik wie auch in die Debatten um die politische Kultur unserer Gesellschaft eingebracht. Die Evangelische Akademie möchte sowohl Forum wie auch Faktor für die politische Willensbildung und die notwendige Wertediskussion unserer Zeit sein und nicht zuletzt zur Orientierung in zentralen Sinn- und Lebensfragen beitragen.“[674]
An anderer Stelle bezeichnet Viertel die evangelischen Akademien als „kulturelles Kapital“ der Kirche. Er begründet dies mit folgenden Worten: „Ob Diskurse oder Dialoge, ob also das Wetteifern um Argumente oder das Vertrauen in die Begegnung durch Worte im

---

670 Zu den Einzelheiten des Umzugs nach Hofgeismar siehe ebd., S. 111 ff.
671 Viertel 2002, S. 5.
672 Vgl. Anstöße 2-3/2005, S 7. Vgl. Viertel 2002, S. 5.
673 Vgl. Berger 1999, S. 11 f. Vgl. Viertel 2002, S. 5 f.
674 Zitiert aus: Halbjahresprogramm 1/07, S. 1.

Vordergrund steht, immer geht es um die politische Kultur und zugleich um die kulturellen Grundlagen unseres Zusammenlebens.“[675]

In der Evangelischen Akademie Hofgeismar werden Seminare angeboten, die sich nicht nur an Theologen, sondern an Mitglieder der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen richten. Der Anspruch der Akademie besteht darin, kulturelle Arbeit zu leisten, Menschen aller Generationen anzusprechen, den gesellschaftlichen Diskurs zu begleiten und Bildungsarbeit zu leisten. Diese Punkte müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Da für die finanzielle externe Förderung die Kriterien nach dem Erwachsenenbildungsgesetz des Landes Hessen eingehalten werden müssen, muss ein Spagat zwischen Eigenanspruch und Einhaltung formeller Kriterien geleistet werden. Dies hat Auswirkungen auf die methodischen und inhaltlichen Angebote, welche politisch/gesellschaftliche Themen berücksichtigen müssen. Die Akademieverantwortlichen sehen die Herausforderung darin, einen für alle Beteiligten fruchtbaren Austausch zu ermöglichen.[676]

Die außerschulische politische Bildung muss stets die angebotenen Themen und Vermittlungsformen auf ihre Aktualität und Attraktivität überprüfen. Dies gilt aufgrund des Mitgliederschwundes insbesondere für Anbieter aus dem kirchlichen Bereich und hat Auswirkungen auf die Adressatenausrichtung.[677] Im nächsten Abschnitt werden deshalb einige Informationen zu der sich verändernden Adressatenausrichtung der Evangelischen Akademie Hofgeismar gegeben.

Adressatenausrichtung im Wandel

Zwischen 2001 und 2006 stieg die Zahl der Akademiegäste von 3 343 auf 4 527 an. Der größte Anstieg ist zwischen 2005 und 2006 zu beobachten. In diesem Zeitraum stieg die Besucherzahl von 2 691 auf 4 527 an. Durchschnittlich nahmen im Jahr 2006 73 Teilnehmer an den Akademietagungen teil.[678]

---

675 Zitiert aus: Evangelische Akademien in Deutschland e.V. 2004, S. 24.

676 Vgl. Anhelm 2005, S. 3. Vgl. Viertel, Matthias: Wie die Jugend in die Akademie kam, in: ANSTÖSSE 2/2004, S. 3.

677 Vgl. Hufer, Klaus-Peter (2004 a): Demokratie braucht politische Bildung - braucht sie auch die Erwachsenenbildung?, in: Breit/Schiele 2004, S. 251.

678 Vgl. Anstöße 2/07, S. 10. Bei diesen Zahlen sind Konzertbesucher, Besucher von Ausstellungseröffnungen, Referenten und Teilnehmer von internen Gremienarbeiten nicht berücksichtigt.

Was für die Entwicklung des kirchlichen Milieus festgestellt wurde, trifft in ähnlicher Weise auf den sich verändernden Adressatenkreis der Akademien zu. Der feste Klientenkreis des Bildungsbürgertums, der insbesondere bis in die 70er Jahre die Gästestruktur der Akademie prägte, nimmt bei den Veranstaltungsteilnehmern ab.

In wechselnden Zusammensetzungen kommen, insbesondere seit der Jahrhundertwende, verstärkt die „technischen und intellektuellen Eliten der Gesellschaft (...) je nach den zu bearbeitenden Problembereichen“[679] zusammen. Zur „neuen“ Klientel zählen auch Akteure zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich eher selten aktiv in den Kirchengemeinden engagieren, aber die Trends in der gesellschaftlichen Entwicklung setzen. Nach Fritz Erich Anhelm müsse sich die Kirche den Zugang zu diesen Milieus erhalten, da sie sonst auf die Möglichkeit verzichte, am gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess adäquat teilzunehmen.[680]

Nicht nur der Teilnehmerkreis, auch die Veranstaltungsstrukturen ändern sich: Themenzyklen werden kürzer; Veranstaltungen werden vom zeitlichen Umfang her straffer; zunehmend nehmen Teilnehmer nicht mehr an der gesamten Tagung teil, sondern reisen später an oder früher wieder ab. Diese veränderten Nachfragegewohnheiten haben Auswirkungen auf die Jahresprogramme.[681]

---

679 Anhelm 2005, S. 4.

680 Ebd.

681 Vgl. Krannich, Margret: TeilnehmerInnenzahlen, Themenkonjunkturen, Altersgruppen, in: Ruf/ Seiverth o.J., S. 49 ff. Ähnliche Entwicklungen bestätigte Viertel gegenüber dem Verfasser für die Akademie in Hofgeismar.

9 Die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Akademie Hofgeismar

In der Akademie werden jährlich ca. 15 Tagungen zu politischen Themen angeboten, die teilweise von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert werden.[682] Die Referenten sind überwiegend externe Fachleute sowie kirchliche Repräsentanten und Funktionsträger.

Die Frage nach dem Stellenwert der politischen Bildungsangebote im Verhältnis zu denen der allgemeinen und zur beruflichen Bildung beantwortet der damalige Leiter der Evangelischen Akademien in Deutschland bei einem Interview mit einem Hinweis auf die Entstehungsgeschichte: „Die Entstehung der Evangelischen Akademien ist eng mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und den daraus resultierenden politischen, moralischen und menschlichen Folgen für den einzelnen und die Gesellschaft verbunden. Die Evangelische Kirche wollte mit ihren Akademien eine besondere Mitverantwortung für die Gestaltung des sozialen und politischen Lebens in der Nachkriegsgesellschaft wahrnehmen (...)“[683]

Interdisziplinäre Bezüge und Begriffsverständnis

Kirchliches Handeln steht in einer Wechselbeziehung zum Bildungs-, Rechts-, Wirtschafts- und politischem System. Dadurch gibt es Wechselbeziehungen innerhalb dieser kirchlichen Betätigungsfelder. Diese interdisziplinären Bezüge können zwischen prakti-

682 Tagungsbeispiele aus der jüngeren Akademiegeschichte: „Hunger auf Daten. Sicherheitsinteressen und informationelle Selbstbestimmung im Widerstreit“ vom 26. - 27.09.2008, „Ethik der Energieversorgung“ vom 18.09.2008, „Das Programm ‚Soziale Stadt'. Städtebauförderung oder gesellschaftliche Herausforderung?“ vom 29. - 31.08.2008, „Der Markt im Klimaschutz. Wie erreichen wir die Klimaziele in Deutschland und Europa“ vom 30.05. - 01.06.2008, „Amok. Lagen und Emotionen“, vom 04. - 06.02.2008, „Die Türkei und ihre christlichen Minderheiten“ vom 02. - 04.11.2007, „Geheimnisse des Wissens. Eine interdisziplinäre Betrachtung“ vom 26. - 28.10.2007, „Rufer in der Wüste? 10 Jahre Sozialwort der Kirchen“ vom 27. - 28.09.2007. Von der BzpB geförderte Akademietagungen der Evangelischen Akademie Loccum: „Das Kreuz mit dem Kreuz. Der Tod Jesu im Protestantismus“ vom 01. – 03. 10.2008, „Der Mensch als Vorbild, Partner & Patient von Robotern. Bionik an der Schnittstelle Mensch-Maschine“ vom 01. - 02.10.2008, „Vernünftiger Glaube zwischen Fundamentalismus und Säkularismus. Protestanten in der globalisierten Welt“ vom 21. - 22.06.2008.

683 Leiterkreis der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. zu Fragen zur politischen Bildung der Evangelischen Akademien, in: Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung, politische Bildung 16/90, S. 300 f.

scher Theologie, Religionsunterricht und politischer Bildungsarbeit entstehen.[684] Sie sollen am Bildungsangebot der Akademie gezeigt werden.

Die landeskirchlichen Akademien verfügen über ein breites Begriffsverständnis von politischer Bildung, wie der „Leiterkreis der Evangelischen Akademien" herausstellt: „Politische Bildung geschieht jedoch nicht nur dort, wo Verantwortliche, Experten und Betroffene den Widerstreit ihrer jeweiligen Positionen erleben und zu begrenztem gemeinsamen Handeln finden."[685]

Sie geschehe auch dort, wo mit sehr unterschiedlichen Zielgruppen unter Berücksichtigung ihrer konkreten Erfahrungen und Interessenlagen Lernsituationen geschaffen werden, die gewohntes verfremden würden. Nur so könne jene Spannung entstehen, die neugierig mache und dadurch zum Lernen anrege.[686]

Politische Programmangebote aufgrund formeller Notwendigkeit?

Vertreter der Akademien wie Anhelm betonen, dass die Berücksichtigung politisch-gesellschaftlicher Themen keine organisatorische Notwendigkeit ist, um Fördergelder zu erhalten.

Anhelm sieht die Akademie als Schnittstelle zwischen Kirche und Gesellschaft: „Hier geht es um Profil, Aufgabe und Wirkung, also darum, was diese Investition der Kirchen in die politische Kultur unserer Gesellschaft zum Ziel hat."[687]

Entsprechend den Förderkriterien des Landes Hessen richtet sich das Veranstaltungsangebot an die breite Öffentlichkeit. Ziel der landeskirchlichen Akademien ist es, einen Ort für den gesellschaftlichen Dialog zu bieten, an dem der politisch-gesellschaftliche Meinungsbildungsprozess bei Berücksichtigung der jeweils kontroversen Positionen vorangebracht werden kann. Damit ist die Arbeit der Akademien dem Spannungsverhältnis zwischen der Vertretung kirchlicher Interessen und neutraler Initiierung der Meinungsbildung ausgesetzt. Dieses Spannungsverhältnis kommt einem Spagat gleich. Auf der einen Seite müssen die Akademien als Einrichtung eines kirchlichen Trägers wahrnehmbar sein. Auf der ande-

684 Vgl. Nipkow 2003, S. 202.
685 Leiterkreis der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. 1990, S. 303.
686 Vgl. ebd.
687 Anhelm 2005, S. 3.

ren Seite müssen sie eine Plattform des Dialogs für die prekären Sachlagen der Gesellschaft bieten und auch kirchenkritische Stimmen zu Wort kommen lassen.[688]

Veranstaltungsarten

Das quantitativ größte Angebot der Evangelischen Akademie Hofgeismar besteht in mehrtägigen Tagungen. Im Tagungsverzeichnis, in den Halbjahresprogrammen sowie in den Veranstaltungsankündigungen wird selten eine genaue Veranstaltungstypisierung vorgenommen. Eine Differenzierung zwischen Tagungen, Seminaren und Fortbildungen lässt sich oft aus den Zeitangaben ableiten. In den folgenden Kapiteln werden die genannten Veranstaltungsarten aufgrund stilistischer Überlegungen austauschbar verwendet, sofern vonseiten der Akademie in der Veranstaltungsbeschreibung keine explizite Typisierung vorgenommen wurde.[689]

In den Kapiteln zum methodischen Zugang und zur Quellengrundlage wurden der methodische Rahmen sowie die Besonderheiten des Tagungsverzeichnisses „Akademietagungen 1947 - 1997“ ausführlich beschrieben, weshalb im Folgenden einige grundlegende Anmerkungen zum Umgang mit dem Quellenmaterial genügen.

9.1 Das Tagungsverzeichnis als „Protokoll konkreter sozialer Abläufe“

Nach Oevermanns Theorie der Objektiven Hermeneutik kann das Tagungsverzeichnis als „Protokoll konkreter sozialer Abläufe“[690] angesehen werden.

Entsprechend dieser Theorie genügen bereits wenige und kurze Protokollausschnitte, „damit man zu einer konvergierenden und zugleich hinreichend allgemeinen und expliziten Fallrekonstruktion gelangt.“[691] Diese Rekonstruktion bedeutet stets „eine Strukturgeneralisierung in Richtung auf einen allgemeineren Typus, auf die Explikation möglicher anderer milieuspezifischer Typen, auf die Strukturlogik der umgebenden Lebenswelt (...)“[692]

Es geht somit um eine Rekonstruktion der konkreten und latent vorhandenen Sinnstruktu-

688 Vgl. ebd., S. 4.

689 Die unklare Veranstaltungstypisierung ist ein allgemeines Problem bei der Programmauswertung der Erwachsenenbildung. Vgl. Nolde 1998, S. 157.

690 Vgl. das Methodenkapitel in dieser Arbeit. Vgl. Danner [5]2006, S. 127.

691 Oevermann 1986, S. 67.

ren. Die im Tagungsverzeichnis aufgeführten Veranstaltungsangaben und -beschreibungen zu den politischen Bildungsveranstaltungen können als Protokollausschnitte im Sinne Oevermanns bezeichnet werden, da es sich um intentionale Texte handelt. Mit Hilfe dieser Protokollausschnitte soll ein Beitrag zum Verstehen eines allgemeinen Zusammenhangs geleistet werden: der Entwicklung der Struktur der politischen Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.[693]

Zur Anwendung von Oevermanns Theorie schreibt Danner: „Methodisch wird von kleinen ‚Protokoll'-Ausschnitten ausgegangen, die (...) erörtert und erläutert werden, bis man über verschiedene Lesarten desselben Ausschnitts zu einer plausiblen Interpretation gelangt (...) Über die Angemessenheit der Lesart urteilt der Interpret intuitiv. Denn er verfügt über Sinnstrukturen und verlässt sich auf sein intuitives Regelbewusstsein."[694]

Die zu dieser Arbeit erstellte Tabellenkonstruktion zu den Angeboten der Evangelischen Akademie Hofgeismar stellt eine solche vom Verfasser gewählte Lesart dar. Die Legitimität des intuitiven Regelbewusstseins ist bei Oevermann begründet.[695]

Nach Oevermann sind die Kriterien für die Gültigkeit der Auslegung „jene Regeln, die in der Realität selbst an der Erzeugung der Sinnstrukturen beteiligt waren und über die der Interpret mehr oder weniger gut per Sozialisation in seiner gesellschaftlichen Lebenspraxis verfügt."[696]

9.2 Erkenntnisgewinn mittels Titelauswertung

Das Tagungsverzeichnis wirkt mit 366 Seiten und 507 Anmerkungen wie ein zeitgeschichtliches Dokument.[697] Es stellt sich die Frage nach einer adäquaten Auswertung dieses Datenmaterials. Selbst wenn man die für die politische Bildung relevanten Titel aus dieser Chronik selektiert, sind es noch zu viele, um die dazugehörenden Tagungsprotokolle und Tonbandaufzeichnungen in einer Arbeit zu analysieren. Eine deutlichere Reduktion er-

---

692 Ebd.

693 Zur Textlinguistik der Veranstaltungstitel und -ankündigungen siehe: Nolda 1998, S. 160 ff.

694 Danner [5]2006, S. 127.

695 Vgl. Nolda 1998, S. 189 ff.

696 Oevermann 1986, S. 22.

697 Vgl. Jaspert 2003, S. 12 f.

scheint notwendig, um dem Quellenumfang gerecht zu werden, um Transparenz herzustellen und um eine Entwicklungslinie aufzeigen zu können.[698]

Eine Fokussierung auf die Auswertung der im Tagungsverzeichnis und in den Halbjahresprogrammen dokumentierten Veranstaltungstitel kann ein angemessener Weg sein, um den drei Punkten gerecht zu werden. Nachstehende Argumente stützen ein solches Vorgehen:

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Veranstalter fokussiert ausschreiben und die Veranstaltung bereits im (Unter-)Titel präzise charakterisieren und definieren. Durch eine Ausschreibung soll schließlich klar werden, worum es bei der Tagung geht und wer angesprochen werden soll. Für Interessenten sind die Angaben zum Veranstaltungstitel, dem Tagungsort und dem Termin maßgebliche Kriterien für die Teilnahme an einer Veranstaltung.

Durch die Reduktion auf die Titelauswertung gewinnt der Aspekt „historische Entwicklung“ an Bedeutung, da ähnlich wie an einer Zeitleiste durch knappe Informationen eine nachweisbare und überprüfbare Entwicklung gezeigt werden kann. So wie man bei einer Zeitleiste die Möglichkeit hat, bei einem interessant erscheinenden Ereignis in einem Lexikon nachzuschauen, besteht bei der Titelauswertung die Option, bei einer Tagung auf das Veranstaltungsprotokoll, auf eine publizierte Rede oder auf einen Lexikonbeitrag zurückzugreifen.[699]

Die Titelauswertung ist der Schwerpunkt des ersten Auswertungsteils zu den Bildungsangeboten der Akademie. Mittels der detaillierten Auswertung ausgewählter Tagungen im zweiten Auswertungsteil wurden die aufgezeigten Entwicklungen exemplarisch überprüft und der Gefahr einer willkürlichen Interpretation vorgebeugt. Bei den detaillierten Tagungsauswertungen wurde auf Tonbandaufzeichnungen, Tagungsprotokolle und Tagungsprospekte zurückgegriffen.

---

698 Zum wissenschaftlich relevanten Gehalt von Veranstaltungstiteln siehe: Nolda 1998, S. 153 f.

699 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 5.

Von der ersten Sichtung zur analytischen Interpretation

Mit Hilfe einer mehrfachen Lesart (Auswertung) wurden die im Tagungsverzeichnis und in den Halbjahresprogrammen aufgeführten Titel hermeneutisch interpretiert.[700] Dies geschah in drei Schritten.

Im **ersten Schritt** wurde das Material mit Blick auf das Herausfiltern politischer Bildungsveranstaltungen gesichtet (erste Lesart).[701] Während der ersten Sichtung fiel auf, dass sich Veranstaltungsschwerpunkte herausbilden. So gibt es in den ersten Jahren des Akademiebetriebs Tagungen, die sich an Berufsgruppen im Sinne der Berufsstände des 19. Jahrhunderts orientieren. Ein weiterer Schwerpunkt sind Veranstaltungen, bei denen die Interessen von Berufsgruppen, Vereinen und Verbänden thematisiert werden. Die quantitativ größten Schwerpunkte stellen Tagungsangebote dar, bei denen der Aspekt der Meinungsbildung im Vordergrund steht. Auffallend ist die quantitativ steigende Zahl an Veranstaltungen mit internationalen Bezügen, bei denen Angebote zu den Bereichen Ost-West-Beziehungen, Dritte Welt, Länderkunde, Naher Osten, Europa und Globalisierung dominieren.

Bei einer zweiten Lesart wurden die für die politische Bildungsarbeit relevant erscheinenden Titel entsprechend den erkannten Schwerpunkten vier Tabellenkategorien zugeordnet. Das Ergebnis dieser Lesart ist die im Materialteil abgebildete Tabelle „Politische Bildungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar“. Sie ist die Grundlage für die weitere Arbeit. Bei dieser ersten Sichtung erschloss sich die weitere methodische Vorgehensweise.

Die „erste Sichtung“ bildet mit ihren Ergebnissen die Grundlage für die in zwei Teilen vorgenommene Auswertung:

- eine deskriptive Auswertung der Tabellenkategorien (zweiter Schritt),
- eine analytische Auswertung der Bildungsangebote vor dem Hintergrund des bei Beck beschriebenen Übergangs von der ersten zur zweiten Moderne (**dritter Schritt**).

Dieser Differenzierung liegt die in der Forschung zur Postmoderne gängige Unterscheidung zwischen deskriptiver (beschreibender) und präskriptiver (bewertender) Auslegung

700 Vgl. Danner [5]2006, S. 61.

701 Vgl. Nolda 1998, S. 189 ff. Dort wird ein ausführliches Interpretationsbeispiel gegeben.

zugrunde.[702]

Bei der **deskriptiven Auswertung** stehen die Veranstaltungstitel und -zeiten im Zentrum der Auswertung. Die Veränderungen in der Veranstaltungsprogrammatik werden für jede der vier Kategorien chronologisch beschrieben. Insbesondere in diesem Auswertungsteil werden die Veranstaltungen in den historischen Kontext der gesellschaftlichen Entwicklungslinien der BRD gesetzt.

Bei der **analytischen, präskriptiven Auswertung** wird der Frage nachgegangen, ob sich das politische Bildungsangebot der Akademie im Zuge der Globalisierung grundlegend verändert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass aufgrund des Übergangs von der ersten zur zweiten Moderne eine eindeutige Kategorienzuordnung zunehmend schwieriger wird, teilweise sogar nicht mehr möglich erscheint.

9.3 Das Grundschema der Auswertungstabellen

Das Ergebnis des im vorangegangenen Kapitel beschriebenen **ersten Auswertungsschrittes** ist ein Grundschema, mit dem in den Auswertungskapiteln gearbeitet wird:

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1947				

Die Tabelle besteht aus vier Kategorien, denen die für die politische Bildung relevanten Veranstaltungen zugeordnet wurden. Die Kategorisierung ist im Kontext der von der Akademie geleisteten politischen Bildungsarbeit zu sehen. Es wird kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben. Bei anderen Untersuchungsfragen sind mitunter andere Einteilungen vorteilhafter.[703]

Gegen die vorgenommene Tabellenkonstruktion gibt es viele Einwände. Die wesentlichen Kritikpunkte werden an geeigneten Stellen im deskriptiven und im analytischen Auswertungsteil genannt. Die Kategorisierung nach Veranstaltungsthemen wäre eine Alternative gewesen. Anschaulich hätte gezeigt werden können, wie die Akademie die für die politi-

---

702 Vgl. Weißeno 1999, S. 198.

703 Vgl. Nolda 1998, S. 165 ff.

sche Bildung relevanten Themen im jeweiligen Zeitabschnitt meinungsbildend diskutiert. Der gewählten Auswertungsmethode kommt entgegen, dass sich auch die Programmverantwortlichen der Akademie bei Stellungnahmen zur Konzeption der Angebote mehrfach auf die Entwicklung von der ersten zur zweiten Moderne beziehen. Im Akademieprogramm 1/2001 wird ein Hinweis zu den „Fragen der postmodernen Gesellschaft" gegeben und im Akademieprogramm 2/2002 wird der Anspruch erhoben, einen Beitrag zur Entwicklung der Zivilgesellschaft leisten zu wollen.[704]
Die Begriffsbildung der einzelnen Kategorien wird in den nächsten Abschnitten erläutert.

Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung

Im 19. Jahrhundert definierten sich die Gesellschaftsgruppen über die jeweiligen Berufsstände, deren hierarchischer Aufbau nach protestantischer Auffassung mit dem christlichen Glauben vereinbar sei.[705] Die Ständeorientierung verlor im beginnenden 20. Jahrhundert an Bedeutung. In den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland wirkte das Ständebewusstsein nach.[706] Entsprechend dieser Entwicklung bezeichnet Jaspert die in den ersten Akademiejahren angebotenen Berufsgruppentagungen als „Stände-Arbeit".[707]
Die Angebote der Akademie zur Stände-Arbeit waren aufgrund der zeitgeschichtlichen Entwicklung eine Tagungsform, die zugleich einen Übergang in die Interessenvertretung markiert, da sich der Protestantismus in der BRD neu orientierte. Im Gegensatz zu der auf die Zwei-Reiche-Lehre zurückgehende Affirmation weltlicher Herrschaft während der Kaiserzeit und der republikkritischen Haltung in der Weimarer Republik verstärkte sich im Protestantismus seit 1945 eine herrschaftskritischere Tendenz.[708]

---

704 Vgl. Vorwort zum Programm 1/2001 der Evangelischen Akademie Hofgeismar, S. 1. Vgl. Vorwort zum Programm 2/2002 der Evangelischen Akademie Hofgeismar, S. 1.

705 Vgl. Nohlen 1995, S. 230 ff.

706 Im Sprachgebrauch ist das „Standesdenken" noch immer präsent. Am 11.07.2008 titelte die SZ auf Seite 34 zum Thema Bauernprotest: „Milchbauern planen Massenaustritte. ‚Unser größtes Problem ist der Bauernverband' - Konkurrenzkampf der Standesorganisationen wird schärfer". Eine zeitgemäße Formulierung für Standesorganisation wäre Berufsverband gewesen. Vgl. SZ vom 15.07.2008, S. 32.

707 Vgl. Jaspert 2003, S. 138.

708 Siehe die historische Längsschnittuntersuchung in dieser Arbeit. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 591 f. Vgl. Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.): Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938, Stuttgart 1996. Vgl. Traugott, Jähnichen (Hrsg.): Protestantismus und soziale Fragen. Profile in der Zeit der Weimarer Republik, Münster

Bei der Kategorisierung werden dieser Kategorie solche Veranstaltungen zugeordnet, bei denen das Individuum über seinen Beruf definiert wird bzw. wo sich der Beruf unmittelbar auf das Familienleben auswirkt. Dies ist bei Tagungen wie „Der Soldat und seine Vergangenheit“ (Nr. 610) oder „Geborgenheit. Die Bedeutung von Familie und Ehe für den Dienst in der Truppe. Tagung für Unterführer im BGS-Kommando Mitte“ (Nr. 632) der Fall. Der Einzelne soll mit seinen Problemen, die in dieser Zeit allzu oft bei persönlichen Kriegserlebnissen zu finden sein dürften, über den Beruf, mit dem sich das Individuum identifiziert, angesprochen werden.

Müller-Schwefe hebt diesen Aspekt hervor: „Die Problematik der einzelnen Berufe war der Anknüpfungspunkt. Entscheidend war (...), dass die Menschen sich persönlich ernstgenommen und angesprochen fühlten.“[709]

Bei Jasperts Ausführungen zu den ersten Akademietagungen wird eine missionarische Intention deutlich. Der Ständebezug diente als Medium: „In den Berufsgruppentagungen (Stände-Arbeit) wurden, auch wenn das aus dem oft gewählten Titel ‚Tage der Stille und Besinnung für ...' nicht hervorging, selbstverständlich Fach- und Sachthemen in Referaten und Aussprachen behandelt. Dass diese aber nicht im luftleeren Raum schwebten, sondern zum Fundament der Kirche, dem Evangelium, in Bezug gebracht wurden, und dass sich die Teilnehmenden mit ihren offenen Fragen und Problemen unter dem Horizont der christlichen Botschaft treffen und als Menschen neu verstehen lernten, sah Müller-Schwefe als seine spezifische Aufgabe an (...)“[710]

In der Verwendung des Ständebezugs als Medium liegen für die Akademie Chance und Risiko beieinander. Die Chance, eine Adressatenansprache über den Beruf zu finden, korreliert mit dem Problem, dass für die Adressaten mitunter diese Identifikation nicht gegeben sein kann, wie Beck herleitet: „Die Industriegesellschaft war und ist nie als Nurindustriegesellschaft möglich, sondern immer nur als halb Industrie- halb Ständegesellschaft, deren ständische Seite kein traditionales Relikt, sondern industriegesellschaftliches Pro-

---

2000. Vgl. Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Tübingen 1972. Vgl. Schieder 2002, S 40 f.

709 Müller-Schwefe 1951, zitiert aus: Jaspert 2003, S. 138. Müller Schwefe war seinerzeit der Akademieleiter. Vgl. Jaspert 2003, S. 62 ff.

710 Ders., S. 138.

dukt und Fundament ist. Mit der Durchsetzung der Industriegesellschaft wird insofern immer schon die Aufhebung ihrer Familienmoral, ihrer Geschlechtsschicksale, ihrer Tabus von Ehe, Elternschaft und Sexualität, ja die Wiedervereinigung von Haus- und Erwerbsarbeit betrieben.“[711]

Politik als Interessenvertretung

Als Nachfolger der Stände können Interessengruppen und -verbände angesehen werden.[712] Folgende Definition liegt der Interessenvertretungskategorie zugrunde:

Interessen sind „jene Antriebe des Menschen, die ihn aufgrund seiner psychologischen, sozialen oder politischen Lage veranlassen oder veranlassen können, bestimmte Ziele zu verfolgen. Wenn der Mensch also etwas bekommen, sich erhalten oder anderen Menschen vorenthalten will, dann hat er ein Interesse.“[713]

Nach Lothar Döhn, dem Verfasser dieser Definition, sind politisch und gesellschaftlich wichtige Interessen stets die Interessen von Gruppen oder Klassen. Da es sich um Teilinteressen handelt, werden sie „Partikularinteressen“ genannt. Parteien, Verbände und Gewerkschaften vertreten Partikularinteressen.[714] In diesem Sinne können Kirchen zu den „Interessenverbänden sozialer Art“ zählen.[715] Den Partikularinteressen stehen die „Gemeinwohlinteressen“ gegenüber, wobei dieser Begriff strittig ist. Döhn merkt kritisch an, dass Gemeinwohl eine nicht näher bestimmte gesellschaftliche Richtschnur sein solle, an der sich jegliche Politik und alle Interessen orientieren sollten. Was das Gemeinwohl wirklich sein solle, ließe sich zunächst überhaupt nicht beantworten. So oft man sich auch auf das Gemeinwohl berufen möge, es stelle in der Regel nichts anderes dar als eine unbestimmte Phrase. Der Begriff bewirke vielmehr, dass Gegensätze verschleiert werden. Wer sich auf das Gemeinwohl beruft, meine damit in der Regel die eigenen Interessen.[716]

Der Kategorie „Interessenvertretung“ werden in der vorliegenden Kategorisierung solche Tagungen zugeordnet, bei denen es um die Interessen von Berufsgruppen (Partikularinte-

---

711 Beck 2006, S. 118.

712 Vgl. Nohlen 1995, S. 365 ff.

713 Lothar Döhn, in: Drechsler/Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 360.

714 Vgl.ebd., S. 361.

715 Franz Neumann, in: ebd., S. 362.

ressen) oder Gesellschaftsgruppen geht. Bei der Tagung „Leitbilder für neue Gemeindestrukturen im ländlichen Raum“ (1007) wird zum Beispiel keine Gruppe angesprochen, die sich durch einen „Berufsstand“ identifiziert. Die Interessen aller Menschen, die im ländlichen Raum leben, stehen im Zentrum. Es handelt sich um ein „Gemeinwohlinteresse“. Ein Zuordnungskriterium für Partikularinteressen kann ein möglicher Kooperationspartner sein: Bei der Tagung „Integrierte Gesamtschule“ (Nr. 1076) wird die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als Kooperationspartner genannt. Es geht nicht um den „Berufsstand Lehrer“, sondern um eine Organisation, die für ein bestimmtes Bildungssystem wirbt. Wenn der Adressatenkreis auf eine bestimmte Gruppe eingeschränkt ist, handelt es sich in der Regel um ein Partikularinteresse. Die Tagung „Lebendiges Lernen. Ansätze ganzheitlichen Lernens in der politischen Bildung“ im Jahr 1998 vertritt Partikularinteressen, da explizit „Multiplikatoren der politischen Bildung“ angesprochen werden.

Für eine Differenzierung zwischen berufsständisch orientierten Veranstaltungen und Interessenvertretungsangeboten spricht die Erläuterung von Jaspert zum Tagungsverzeichnis, bei der er den Ständebezug der ersten Akademietagungen betont.[717]

Diese Kategorie könnte auch „Politik als Interessenvertretung zu Grundproblemen der jeweiligen Zeit“ genannt werden, was mit Jasperts Beobachtungen begründbar wäre: „Bereits 1950/51 erkannte Müller-Schwefe, auch durch seinen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den Leitern der anderen damals schon bestehenden Evangelischen Akademien, dass sich inzwischen die Problematik, der sich die Akademiearbeit zu stellen hatte, auf allen Feldern ins Grundsätzliche verlagert hatte (...) Nun ging es darum, Tagungen zu zeitgemäßen Fragen, das heißt thematische Tagungen zu organisieren.“[718] Jaspert zitiert in diesem Kontext Müller-Schwefe mit den Worten: „Hinter den beruflichen Fragen erschienen die Grundprobleme der Zeit. Es wurde deutlich, dass es nicht genügt, die Menschen vom Beruf her anzusprechen.“[719]

---

716 Vgl. ebd., S. 293 f.
717 Vgl. Jaspert 2003, S. 138.
718 Ebd., S. 141.
719 Zitiert aus: ebd., S. 141.

Politik als Diskurs

Der Anspruch, die gesellschaftlichen Themen der jeweiligen Zeit in den Fokus der Angebote zu rücken, wird zum konstitutiven Prinzip der Akademiearbeit. Dementsprechend lassen sich seit den 50er Jahren kontinuierlich Veranstaltungen der Kategorie „Politik als Diskurs“ zuordnen.

Im Zentrum dieser Kategorie ist der Begriff „Meinungsbildung“ zu sehen. Es geht um unterschiedliche Meinungen und Argumente zu den Kernfragen der jeweils aktuellen Politik. Bei den Diskurstagungen steht die Akademie durch den Tagungsleiter vor der Herausforderung, einer breiten Öffentlichkeit ein Thema anzubieten, bei dem der Meinungsbildungsprozess in der Gesellschaft noch nicht abgeschlossen ist. Für den Bereich Bildung können hier die Veranstaltungen „Das Problem der Leistung und der Leistungsbeurteilung in der Schule“ (Nr. 1591) aus dem Jahr 1975 und „Grundlegende Bildung oder produktive Einseitigkeit“ (Nr. 1789) aus dem Jahr 1977 genannt werden.

Im analytischen Teil soll herausgearbeitet werden, ob sich anhand von Entwicklungslinien bei den Veranstaltungsthemen ein Trend zur Interessengebundenheit der Akademie finden lässt oder ob die Akademie ihrem „Neutralitätsgebot“ gerecht werden kann. Die Forum-oder-Faktor-Frage ist in diesem Kontext zentral.

Internationale Politik

Im Vergleich mit den ersten drei Kategorien nimmt die Spalte IV „Internationale Politik“ eine Sonderstellung ein, da sich die entsprechenden Angebote in der Regel mit einem Politikfeld befassen.[720] Sie könnten deshalb der Kategorie „Politik als Diskurs“ zugeordnet werden, wie nachstehendes Beispiel verdeutlicht. Bei der Veranstaltung „Auf dem Weg zum gesamteuropäischen Agrarmarkt. Öffnung nach Osteuropa - Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft“[721] handelt es sich einerseits um eine Veranstaltung der Kategorie „Internationale Politik“, da sie über einen europaspezifischen Schwerpunkt verfügt. Auf der anderen Seite ist es zugleich ein Diskursthema, da es um die Auswirkungen dieser Politik auf die Betroffenen „vor Ort“ geht.

---

720 Die länderkundlichen Angebote und Studienreisen bilden eine Ausnahme.

721 Nr. 3184. Bei der Auswertung wird das Beispiel Landwirtschaft wieder aufgegriffen.

Für eine Differenzierung zwischen „Diskurs-“ und „internationalen“ Veranstaltungen spricht die durch die Trennung transparenter werdende zunehmende Bedeutung internationaler und globaler Themen innerhalb des Akademieangebots. Zudem zeichnet sich mit der sich verdichtenden Globalisierung der Übergang in die „zweite Moderne“ ab. Dies hat grundlegende Auswirkungen auf die Partizipation der Bürger an Politik und somit auch auf die politische Bildung.[722]

9.4 Deskriptive Auswertung

Dieser Teil der Auswertung ist analog zu der Tabellenkategorie in vier große Abschnitte gegliedert. Um auffallende Entwicklungen im Akademieprogramm historisch einordnen zu können, wurden diesbezügliche Akademiethemen den entsprechenden gesellschaftlichen Entwicklungslinien der Bundesrepublik Deutschland zugeordnet.
Durch die deskriptive Auswertung erhält der Leser einen Überblick über die Entwicklung der politischen Bildungsangebote der Akademie. Darüber hinaus soll sich dem Leser die Veränderung im Politikansatz der Akademie durch die Titelauswertung erschließen. Dieser zweite Punkt wird bei der analytischen Auswertung vertieft. Da zu den frühen Akademietagungen keine Protokolle zur Verfügung stehen, erscheint die deskriptive Auswertung für diesen Erkenntnisgewinn notwendig.
Fehlinterpretationen sind bei diesem Vorgehen nicht auszuschließen. Dieses Vorgehen wurde dennoch gewählt, da diese Methode gewährleistet, dass der gesamte Zeitraum des Akademiebetriebs bei der Herleitung der Veränderungen im Politikansatz der Akademie berücksichtigt werden kann.

9.4.1 Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung

Beck konstatiert: „Im Zentrum steht das ständische Gepräge und die soziale (Selbst-) Wahrnehmbarkeit der Klassen im Sinne real in ihrem Handeln und Leben aufeinander bezogener Großgruppen, die sich durch Kontakt-, Hilfs- und Heiratskreise nach innen abgrenzen und in Prozessen wechselseitiger Identitätszuweisung mit anderen Großgruppen

722 Vgl. Steffens 2007, S. 8 ff. Vgl. Habermas 1998.

ihre bewusste und gelebte Besonderheit immer wieder suchen und bestimmen."[723]

Entsprechend der Analyse von Beck wendet sich die Akademie bis zum Ende der 1960er Jahre primär an solche Großgruppen, die sich über ihren Beruf identifizieren. Dies wird bei der Veranstaltungsausschreibung deutlich, die oft eine berufsspezifische Adressatenbenennung enthält. 1950 lautet die 88. Tagung entsprechend „Frage der Autorität. Tagung für Junglehrer".

Weitere Beispiele für die berufsgruppenspezifische Adressatenorientierung aus den Jahren 1956 bis 1958 sind die Angebote: „Das Werk unserer Hände. Tagung für Handwerker. 1. Handwerkertagung der Ev. Handwerkerbewegung", „Menschenführung in der Welt des Soldaten heute. Offizierstagung", „Betrieb und Bildung. Fragen der Menschenführung in der modernen Arbeitswelt. Tagung für Wirtschaftler" sowie die Besinnungstage für einzelne Berufsgruppen.[724] In Anlehnung an die Klassifizierung nach Berufsständen werden Landwirte, Bergwerksarbeiter, Bergwerksdirektoren, Bundeswehroffiziere, Bundesgrenzschutzbeamte, Zollgrenzdienstbeschäftigte, Polizisten, Lehrer (differenziert nach Schulstufen) und Handwerker angesprochen.

Im Materialband ist unter dem Titel „Berufsspezifische Angebote" eine Tabelle enthalten, die die Entwicklung der berufsgruppenspezifischen Adressatenorientierung im Akademieprogramm quantifizierend bis 1970 beschreibt.[725] Die Eingrenzung auf den Zeitraum bis 1970 wurde gewählt, weil sich bis zu diesem Zeitpunkt prägnant zeigen lässt, dass die Akademie bis in die späten 60er Jahre hinein vom Gesellschaftsbild der Ständegesellschaft und dem protestantischem Bild des „Berufsmenschentums" geprägt war.[726]

Seit den 70er Jahren ändert sich die Adressatenorientierung der Akademie in entscheidender Weise. Es werden weniger Angebote zum Bereich der berufsständisch orientierten Veranstaltungen unterbreitet. Zwischen 1983 und 1985 kann keine Veranstaltung eindeutig der ersten Spalte zugeordnet werden.

---

723 Beck 2006, S. 140.

724 Veranstaltungen Nr. 385, Nr. 425, Nr. 445. Vgl. Materialband.

725 Vgl. ebd.

726 Vgl. Seyfarth, Constans: „Ein Gespenst geht um in unserem Leben". Max Webers Konzeption des modernen Berufsmenschentums, in: Burkholz, Roland u. a. (Hrsg.): Materialität des Geistes. Zur Sache Kultur - im Diskurs mit Ulrich Oevermann, Weilerswist 2001, S. 163 ff.

Die Akademieschwerpunkte der nächsten Kapitel sollen diese am Tagungsverzeichnis erkannten Beobachtungen stützen.

9.4.1.1 Akademieschwerpunkt Bergbau

Bis in die 1960er Jahre hinein ist der Bergbau mit den dazugehörenden Themen wie Arbeitsbedingungen ein Schwerpunkt der Akademiearbeit. Zwischen 1949 und 1966 werden insgesamt 59 Veranstaltungen für Angehörige des Bergbaus mit dem Titel „Der Mensch im Bergbau“ angeboten.[727] Hier wird die Berücksichtigung des Lokalen im Akademieprogramm deutlich: In Nordhessen gibt es unter anderem mit dem Meißner eine ehemals bedeutende Bergbauregion.[728] Der Meißner gilt mit der Inbetriebnahme des Schwalbenthaler Reviers 1571 als das älteste Braunkohlebergwerk Deutschlands.[729]

Die folgende Auflistung zur Geschichte des Bergbaus in Nordhessen soll die regionale Bedeutung dieses in Nordhessen mittlerweile aufgegebenen Wirtschaftszweiges veranschaulichen. Bereits vor Regierungsantritt Philipp des Großmütigen (1509 - 1567), der den Bergbau in Nordhessen nachhaltig begünstigte, waren diese Bergwerke in Betrieb:

1460 Kupferschiefer Richelsdorf (älteste Nachricht, vermutlich bereits älter),
1480 Ober-Ellenbach a. d. Fulda bei Rotenburg,
1494 Bergbau bei Bieber im Spessart,
1497 Kupferbergwerk Bielstein bei Eschwege (Albungen a. d. Werra),
1497 Kupfererzbergwerk Sontra a. d. Werra,
Kupfererzbergwerk Richelsdorf und Iba bei Bebra,
1503 Tonbergbau bei Großalmerode.[730]

---

727 Vgl. Fußnote Nr. 396 im Tagungsverzeichnis.

728 Vgl. Träger, Harry/Marzela, Clemens: Der Braunkohle-Bergbau am Meißner: 1558 - 1974. Ein historischer Rundblick und Begleitbroschüre für montanhistorische Wanderungen auf dem Meißner, Horb am Neckar 2006. Vgl. Magistrat der Stadt Borken (Hrsg.): Zur Geschichte des Braunkohlebergbaus. Die Braunkohle und ihre Bergleute, Borken 2006. Vgl. Landau, Georg: Geschichte der Glashütten in Hessen und andere Beiträge, Vellmar 2001.

729 Es ist unklar, ob 1571 lediglich die Untersuchungsarbeiten begannen oder ob bereits der Abbau erfolgte. Vgl. Bergbaulicher Verein Kassel e.V. (Hrsg.): Chronik des hessischen Bergbaus, Kassel 1956, S. 22. Vgl. Träger/Marzela 2006, S. 16 ff.

730 Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vgl. Bergbaulicher Verein Kassel 1956, S. 18 ff.

Der Bergamtsbezirk Kassel in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges

1956 sind im Bergamtsbezirk Kassel folgende Werke im Betrieb:

I Braunkohle

1. Altenburg,
2. Frielendorf,
3. Meißner[731] ,
4. Hirschberg,
5. Freudental,
6. Glimmerode,
7. Stellberg-Wiesenschacht,
8. Herkules/Marie,
9. Ihringshausen-Ost,
10. Holzhausen,
11. Gahrenberg,
12. Steinberg/Boolsgraben,
13. Burghasungen,
14. Van-Dyck.

II Kali

1. Wintershall,
2. Herfa-Neurode,
3. Hattorf.

III Ton

1. Vereinigte Großalmeroder Thonwerke,
2. Epteroder Werke,
3. Tonwerk Fastner,
4. Goebel-Werk.

IV Schwerspat

1. Chattenberg,

---

731 An dieser Stelle sei auf das Salzwerk Sooden bei Allendorf a. d. Werra (Bad Sooden-Allendorf) hingewiesen. Eine erste schriftliche Erwähnung geht auf das Jahr 744 zurück. Karl der Große belehnte das Kloster Fulda mit den Solequellen. Verdienste um das Salzwerk erwarb sich der Pfarrer Rhenanus, der 1555 seinen Dienst in Allendorf a. d. Werra antrat. Aufgrund seines Verständnisses für die technischen Fragen der Saline stellte ihn Landgraf Philipp als Salzgrafen an die Spitze der Saline. Unter seiner Leitung nahm die Saline einen Aufschwung. Auf Anregung von Rhenanus wurde 1571 mit Untersuchungsarbeiten bezüglich des Braunkohlevorkommens am Meißner begonnen, da die Wälder um Sooden aufgrund des Brennholzbedarfs der Saline bereits abgeholzt waren. Die ab 1578 bei Schwalbenthal geförderte Braunkohle wurde hauptsächlich zum Salzsieden in Sooden verwendet. Für diese Arbeit ist der Aspekt wichtig, dass sich ein Pfarrer im Auftrag des Landesherren für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt einsetzt. Vgl. Reccius, Adolf: Geschichte der Stadt Allendorf in den Soden. 1. Auflage 1930. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage von Dr. Horst Schütt, herausgegeben von der Stadt Bad Sooden-Allendorf, Bad Sooden-Allendorf 2000. Vgl. Bergbaulicher Verein Kassel 1956, S. 20 ff. Vgl. Träger/Marzela 2006, S. 16 ff.

2. Franziska,
3. Gustav,
4. Mahlanlage Sontra,
5. Richelsdorfer Hütte.

V Kleinere Quarzitbetriebe

1. Didier-Werke Leimsfeld,
2. Ton- und Quarzitbetriebe Borken,
3. Steuler Industriewerke, Holzhausen,
4. Brohltal A.G., Spieskappel.[732]

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Wiederaufnahme des Bergbaus am Meißner. Aus dem Meißner-Tagebau Grebestein wurden in der Nachkriegszeit ca. 350 000 Tonnen Kohle gefördert.[733]

9.4.1.2 Gesellschaftsbild und –wandel

Die vorangestellten komprimierten Ausführungen sollen verdeutlichen, dass der Bergbau in Nordhessen in der Zeit vom 16. - 19. Jahrhundert und in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wirtschaftszweig war, der für diese Zeit aus einer anderen Perspektive zu sehen ist, als es heute der Fall ist. In der Nachkriegszeit war er für die Bevölkerung ein Zeichen wirtschaftlicher Hoffnung. Im 21. Jahrhundert spielt der Bergbau in Nordhessen keine Rolle mehr.[734] Die Akademie sprach die Menschen über das Thema Bergbau an, mit dem sich ein Großteil der Bevölkerung durch ein Vorverständnis identifizierte. Obwohl der Meißnerbergbau vor dem Zweiten Weltkrieg zwischenzeitlich aufgegeben worden war, war der Bevölkerung die ehemalige Bergbauförderung vermutlich noch bewusst.
Auf ähnliche Weise wurde das Vorverständnis der Adressaten bei anderen traditionellen Berufsgruppen wie Handwerkern und Landwirten angesprochen. Die Akademie spricht mit den Berufsangeboten die im Kapitel „Profile zu kirchlichen Milieus“ vorgestellte Gruppe „Traditionelle Kirchenchristen“ an. Bei der Lektüre der Programmpassagen der 50er und 60er Jahre des Tagungsverzeichnisses kann der Eindruck entstehen, dass diese Gruppe be-

732 Vgl. Bergbaulicher Verein Kassel 1956, S. 44 f.

733 Vgl. Träger/Marzela 2006, S. 63 f.

734 Zu dem ökonomischen Aspekt kamen mit dem Ausbau des Bergbaus gesellschaftliche Herausforderungen hinzu: Ab 1950 bestand mit ca. 66 % der überwiegende Teil der Arbeiter im Meißner-Bergbau aus Flüchtlingen, die in der Region integriert werden mussten. Vgl. Träger/Marzela 2006, S. 65 ff.

reits einer „vergangenen Zeit“ angehört. Veranstaltungsformulierungen wie „Bauerntum und Tradition. Bauernführertagung“ (Nr. 198) oder „Der Bauernglaube in der Wandlung“ (Nr. 347) wären in der Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts nicht mehr zeitgemäß. Dementsprechend gibt es in den Akademieprogrammen seit Beginn des 21. Jahrhunderts kaum noch Angebote, die sich speziell an Ortslandwirte, Angehörige des Bergbaus oder ähnliche Gruppen richten.

Staatsdienst in der Nachkriegszeit

Große Aufmerksamkeit widmet die Akademie den zur Ordnungsmacht des Staates zählenden Berufsgruppen Polizei, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz. Entsprechend den in der einschlägigen Literatur zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschriebenen historischen Entwicklungen[735] werden für diese Berufsgruppen Veranstaltungen zum Themenkomplex „Grenze“ angeboten. Der Titel „Der Mensch an der Grenze. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes“ aus dem Jahr 1956 steht exemplarisch für diese Veranstaltungsgruppe.[736] Diese Tagungen haben oft denselben Titel, sie wenden sich aber an unterschiedliche Berufsgruppen. Für diese Arbeit ist der Aspekt relevant, dass der private Lebenshorizont zum berufsspezifischen Thema erhoben wird. Zu nennen sind die Veranstaltungen Nr. 554 und Nr. 597 mit dem Titel „Ehe und Familie“. Im Untertitel werden die Adressatengruppe und die Verbindung von Berufs- und Lebensweltbezug spezifiziert: „Innere Reserven für den Dienst in einer Polizeigruppe. BGS-Offizierstagung“ bzw. „... für den Dienst in der Bundeswehr. Für Offiziersehepaare“. Bei diesen Berufsgruppen sind die überwiegend in den 60er und 70er Jahren offerierten Angebote an Veranstaltungen zum privaten Lebensbereich auffallend. Die Themenstichworte „Ehe und Familie“ gibt es bei zahlreichen Veranstaltungen. Einige richten sich direkt an Ehepaare.[737] Bereits zwischen 1960 und 1962 finden sich vier Veranstaltungen mit dem Titel „Ehe und Familie“ in den Programmen.[738] Ab 1974 gibt es allenfalls sporadische Angebote dieser Art. Ein Erklärungsversuch

735 Vgl. Benz 1989. Band 1, S. 33 ff. Vgl. Schubert, Klaus: Sicherheitspolitik und Bundeswehr, in: Benz 1989. Band 1, S. 280 ff.

736 Zu diesem Tagungsthema gibt es zwei Angebote: Nr. 365 und Nr. 388.

737 Z. B. Nr. 554, Nr. 632, Nr. 597, Nr. 614.

738 In den Folgejahren gibt es weitere kontextuelle Angebote, im Jahr 1965: Nr. 872; im Jahr 1967: Nr. 999; im Jahr 1969: Nr. 1116 und Nr. 1145; im Jahr 1973: Nr. 1434.

zu diesem Phänomen wird im nächsten Abschnitt unternommen.

Die thematische Verknüpfung von Berufs- mit Lebensweltbezug wird nachvollziehbar, wenn bedacht wird, dass viele Ehen in der Nachkriegszeit „Notgemeinschaften“ waren. Die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Ehegatten mussten mit ihren körperlichen und seelischen Leiden erst wieder in den übrigen Teil der Familien integriert werden. Die Mütter hatten gemeinsam mit ihren Kindern Formen der Alltagsbewältigung unter außergewöhnlichen Bedingungen entwickelt. Lebensmittel mussten beschafft und das Leben auf engem Raum aufgrund der Wohnungsnot organisiert werden. Der heimgekehrte Ehemann und Vater konnte eher zu einer Belastung als zu einer Hilfe werden. Diese Erfahrungen der Nachkriegsjahre werden auch noch das Zusammenleben in den 50er Jahren geprägt haben, als den Ehemännern wieder die klassische Rolle des „Familienernährers“ zukam.[739]

Für Veranstaltungen, die im Kontext der beschriebenen Gesellschaftssituation stehen, sind folgende Titel zu nennen: „Wie schlagen wir die Zeit tot?“ (1958, Nr. 486 und Nr. 451), „Plan und Pause. Der Grenzgänger im Dienst und in der Freizeit“ (1958, Nr. 446) und „Das ‚erkannte' Ziel. Sinn und Aufgabe meines Lebens. Tagung für Grenzjäger des BGS-Kommandos Nord“ (1962, Nr. 672).

Bezüge zur Zwei-Reiche-Lehre

Eine obrigkeitsloyale protestantische Charakteristik fällt ab 1959 bei Angeboten wie „Was suche ich beim BGS? Für Grenzjäger“, „Über die Linie. Grenzfragen eines jungen Offiziers. Für Offiziere der Bundeswehr“ sowie bei „Die Weiche. Können wir noch frei entscheiden? Für Angehörige des Zollgrenzdienstes“ auf.[740]

Bezüge zur Zwei-Reiche-Lehre werden bei Zuhilfenahme der EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“[741] nachvollziehbar: „Erst die Unterscheidung zwischen dem Auftrag der Kirche und dem Auftrag des Staates erlaubt und ermöglicht eine

739 Vgl. Vogel 1989, S. 38 ff.

740 Veranstaltungen Nr. 523, Nr. 532, Nr. 560.

741 Wenngleich es sich um eine Denkschrift zum Staat-Kirche-Verhältnis aus dem Jahr 1985 handelt, finden sich dennoch entsprechende Passagen, die zum genannten Themenkomplex herangezogen werden können. Schließlich steht der Beruf des Soldaten oder des BGS-Beamten in unmittelbarem Zusammenhang zum Staat - Kirche - Verhältnis, wenn sich der Staatsbedienstete als Christ versteht.

positive Beziehung zwischen beiden.“[742]

Diese Aussage ermöglicht einem evangelischen Christen, als Soldat eine bejahende Einstellung gegenüber dem Dienstherren und der Kirche zu finden.

Die Aufgabe des Staates wird konkretisiert: „Der Staat ist verpflichtet, das Leben seiner Bürger vor Gewalt zu schützen. Zur Wahrung politischer Freiheit und des Rechts muss er seine Machtmittel einsetzen, um Angriffen auf das Recht und die staatliche Ordnung, dem Terror und der Zerstörung des politischen Gemeinwesens entgegenzutreten.“[743]

In der BRD kristallisierte sich das Thema „Frieden“ vor dem Hintergrund der Teilung der beiden deutschen Staaten als eines der großen politischen Themen der evangelischen Kirchen heraus. Während der Synode der EKD in Berlin-Weißensee wurde das „Wort zum Frieden“ verabschiedet. Auch hier gibt es einen Bezug zur Zwei-Reiche Lehre: Es wurde im Vorfeld der Synode diskutiert, wie weit zu den politischen Ereignissen der Staatsgründungen des Kalten Krieges Stellung genommen und Position bezogen werden dürfe.[744]

Trotz dieses Bekenntnisses zur Zwei-Reiche-Lehre hat sich bei den evangelischen Kirchen seit 1945 eine herrschaftskritische Tendenz durchgesetzt. Als entscheidende Gründe können neben der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung angesehen werden.[745]

Auf der Institution Bundeswehr lastete zu dieser Zeit die Vergangenheit wie auf keiner anderen staatlichen Institution.[746] Dementsprechend steht die Vergangenheitsbewältigung der zur Ordnungsmacht des Staates zählenden Berufsgruppen oft im Zentrum der Veranstaltungsangebote, wie der Titel „Der Soldat und seine Vergangenheit. Für Offiziere der Bundeswehr“ aus dem Jahr 1961 zeigt.

Die Akademie bietet für die Betroffenen ein Forum zur persönlichen Auseinandersetzung. Im Mittelpunkt steht dabei nicht der Diskursaspekt, sondern die Fragen der Teilnehmer,

---

742 Kirchenamt der EKD [2]1985, S. 13.

743 Ebd., S. 20.

744 Vgl. Greschat 1989, S. 104 f. In der jungen BRD setzten sich innerhalb der EKD zwei Richtungen zum Staat-Kirche-Verhältnis durch: 1) die konservative Überzeugung, die sich auf die Zwei-Reiche-Lehre berief, 2) das „Modell der Königsherrschaft Christi“, deren Befürworter sich auf Karl Barth bezogen. Vgl. Greschat 1989, S. 108 f.

745 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 592.

746 Vgl. Schubert 1989, S. 299 f.

wenngleich bei solchen Tagungen die Grundfragen des Verhältnisses vom Protestantismus zur politischen Bildung angesprochen werden.

Zusammenfassung

Es sollte deutlich werden, dass ein Merkmal der Berufsstandsorientierung die Ausrichtung der Angebote an jeweils weitestgehend homogene Adressatenkreise ist. Die Kontinuität und Geltung ständischer Traditionen wirkt in die Industriegesellschaft der jungen Bundesrepublik Deutschland hinein. Beck spricht in Anlehnung an Max Weber von „milieuspezifischen Kollektiverfahrungen.“[747] Diese Kollektiverfahrungen seien bis in die 50er Jahre wirksam gewesen. Von den 60er Jahren an sei die labile Einheit ständisch geprägter Gemeinschaftlichkeit der sozialen Klassen auseinander gebrochen.[748]

Beim Aufzeigen der Entwicklung der ständisch geprägten Akademieangebote sollte dies mit den Beispielen zur Entwicklung des Bergbaus und der Familie in der Nachkriegszeit hergeleitet werden. Dabei wurde bewusst der Bereich Familie gewählt, da die wirtschaftliche Entwicklung mit Auswirkungen auf den Bereich der Familie verbunden ist. Schließlich macht die aufgezeigte Entwicklung nach Beck nicht an den sozialen Klassenlinien halt, sondern wird auch ins Private, in die Familie hineinverlängert. Visuell deutlich werde dies an der Veränderung des Wohnraumes: Während die Einheit ständisch geprägter Gemeinschaftlichkeit auseinandergebrochen sei, seien auch die traditionalen Wohnverhältnisse und Siedlungsstrukturen mehr und mehr durch neuartige ‚urbane' Stadtsiedlungen ersetzt worden.[749]

Mit einer Bilanz von Beck zur Nachkriegsentwicklung in der BRD wird zur Kategorie der Interessenvertretung übergeleitet: „Das Denken und Forschen in traditionalen Großgruppen-Kategorien - in Ständen, Klassen oder Schichten - wird fragwürdig.“[750]

---

747 Vgl. Beck 2006, S. 136 f.
748 Vgl. ebd., S. 137.
749 Vgl. ebd.
750 Ebd., S. 139.

9.4.2 Politik als Interessenvertretung

Im Vergleich zu den berufsständisch orientierten Veranstaltungen lassen sich bis 1980 nur sporadisch Veranstaltungen dem Bereich der Interessenvertretung zuordnen.
Von 1947 bis 1960 fällt der Schwerpunkt der Angebote zur Interessenvertretung in den Bereich Betriebsfrieden, Verhältnis der Kirchen zu den Gewerkschaften und Interessenvertretung der Arbeiter. Die Veranstaltung Nr. 346 mit dem Titel „Kirche und Gewerkschaften. Fronten von gestern, Partner von morgen. Tagung für Gewerkschaftsfunktionäre“ aus dem Jahr 1956 sei hier für die Veranstaltungen genannt, die in diesem Zeitraum der Interessenvertretung zugeordnet werden können.[751]

9.4.2.1 Das Beispiel Bundeswehr

Akademieangebote zur Bundeswehr werden der Kategorie der Interessenvertretung zugeordnet, wenn der Titel darauf schließen lässt, dass bei dem Seminar die Interessen der Soldaten und nicht der Berufsstand als solcher im Vordergrund stehen. In diesem Kapitel soll dies transparent werden.

Historischer Hintergrund

Zwei Jahre nach Gründung der Bundeswehr bietet die Akademie 1957 mit der Veranstaltungsnummer 411 die erste Offizierstagung an, womit die Akademie bereits in ihrer Gründungsphase Mut zur Auseinandersetzung mit konfliktreichen Themen beweist. Schließlich war die Wiederbewaffnung ein Thema, welches zwischen den politischen Parteien und in der Gesellschaft aufgrund der Erfahrungen mit zwei Weltkriegen äußerst kontrovers diskutiert wurde.[752] Im Interesse der Bundeswehr war eine Akzeptanz der Streitkraft bei der Bevölkerung. Aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik, in der die Reichswehr in einer politischen Distanz zur Demokratie stand, erwuchsen in der BRD die Forderungen nach einer Integration der Bundeswehr in die gesellschaftliche Ordnung des Staates und nach grundsätzlicher Geltung demokratischer Strukturen für den militärischen Bereich.[753]

---

751 Weitere gleichnamige Veranstaltungen sind: Nr. 374, Nr. 452, Nr. 503.

752 Vgl. Schubert 1989, S. 290 ff. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 123 ff.

753 Vgl. ebd., S. 124.

Im administrativen Bereich sollten diese Ziele durch das Soldatengesetz, in dem auch die Rechte der Soldaten geregelt sind, verwirklicht werden. Nach diesem Gesetz verfügt der Soldat über die bürgerlichen Freiheitsrechte wie das passive und aktive Wahlrecht. Sie können als Mitglieder politischer Parteien am Willensbildungsprozess mitwirken.[754] Der Begriff „Staatsbürger in Uniform" umschreibt diese Rechte.[755] Der Wehrbeauftragte kann von Soldaten bei empfundener Rechtsverletzung kontaktiert werden.[756]
Eine für die Industriegesellschaft zeitgemäße Menschenführung sollte in der Bundeswehr durch das Konzept der „Inneren Führung", einer Verhaltenslehre für den täglichen Umgang miteinander, realisiert werden.[757]

Bundeswehrtagungen als Interessenvertretung

Es könnte das Anliegen der Akademie gewesen sein, den beschriebenen Prozess der Integration der Bundeswehr in die moderne Gesellschaft mit Hilfe der Offizierstagungen zu unterstützen. Da es bei der Inneren Führung primär um den zwischenmenschlichen Umgang zwischen Soldaten und Vorgesetzten geht, nimmt die Akademie mit den diesbezüglichen Angeboten eine Art der Interessenvertretung der Soldaten wahr. Diese Interessenvertretung ist nicht durch ein Mandat oder durch eine Gewerkschaftszugehörigkeit legitimiert. Deshalb sind die Akademieangebote auch nicht als Verhandlungsrunden unterschiedlicher Parteien zu sehen, sondern als Forum, wo sich die Anwesenden über ihre Vorstellungen bezüglich der Menschenführung beim Militär austauschen. In diesem Kontext ist die Veranstaltung Nr. 425 aus dem Jahr 1957 mit dem Titel „Menschenführung in der Welt des Soldaten heute. Tagung für Offiziere der Bundeswehr" zu nennen.
Vermutlich zur Stärkung des Bewusstseins, dass das Konzept der Inneren Führung Parallelen in der Arbeitswelt der modernen Industriegesellschaft hat, bietet die Akademie Offizierstagungen an, die beide Gesellschaftsbereiche miteinander verbinden. Schließlich änderte sich auch in den Industriebetrieben die Form der Mitarbeiterführung. Der vormals als fachlicher Experte eingesetzte Meister erhält mit der zunehmenden Technisierung neue

754 Vgl. Schubert 1989, S. 307.
755 Vgl. ebd., S. 308.
756 Vgl. ebd., S. 307.
757 Vgl. Weißeno 1999, S. 39. Vgl. Schubert 1989, S. 308 ff.

Anforderungen im Bereich der Menschenführung.[758] Im Akademieprogramm von 1958 werden diese Zusammenhänge durch die Tagung „Mir sind Menschen anvertraut. Tagung für Wirtschaftler und Offiziere der Bundeswehr“[759] angedeutet. Weitere in diesem Kontext stehende Angebote aus dem Zeitraum von 1958 bis 1960 lauten: „Köpfe, die für andere denken?“[760], „Korrektheit ohne Kompromiss. Wochenendtagung für Offiziere des Standortes Kassel“[761] sowie „Führung und Verführung. Tagung für Angehörige des Bundesgrenzschutzkommandos Nord“[762]. Für das Jahr 1974 ist die Veranstaltung „Freiheit und Bindung als Prinzipien der Menschenführung. Tagung für Offiziere, Verwaltungsbeamte und Lehrkräfte des BGS“ zu nennen.[763] Bei den genannten Angeboten wird der Unterschied zu früheren Akademieangeboten der berufsständischen Kategorie deutlich: Es geht weniger um die persönlichen Aspekte zum Themenkomplex „Soldat in der Nachkriegszeit“, sondern um Fragen der Menschenführung.

9.4.2.2 Abkehr von der Ständeorientierung

Es fällt auf, dass bei zahlreichen Veranstaltungen die Zuordnung zu einer benachbarten Kategorie ebenso vertretbar gewesen wäre. Einige Veranstaltungen könnten sowohl der berufsständischen Kategorie wie auch der Interessenvertretung zugeordnet werden. Besonders bei staatlichen Dienstleistungsberufen wie Lehrer, Polizist, Zollgrenzdienstbeamter ist dies der Fall. Die diesbezüglichen Veranstaltungen wurden der ersten Kategorie zugeordnet, da es sich nicht um Veranstaltungen handelt, bei denen Interessenvertretungsorganisationen wie Gewerkschaften oder Industrieverbände als Kooperationspartner der Akademie beteiligt waren. Zudem haben die zur ersten Kategorie zugeordneten Veranstaltungen nicht den Charakter einer Interessenvertretung gegenüber einer anderen (Tarif-)Partei. Es sind Veranstaltungen, bei denen sich der Berufstätige mit dem Sinn seines Berufes überhaupt auseinandersetzt, wie bei den Tagungen: „Menschen in West und Ost. Die Frage nach dem

758 Vgl. Kehl 1989, S. 312 f.
759 Nr. 471.
760 Nr. 439.
761 Nr. 510.
762 Nr. 557.
763 Nr. 1491.

Menschenbild unserer Zeit. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes“, „Unsere Aufgaben in einer verantwortlichen Gesellschaft. Für Meister und Wachtmeister im BGS“[764].

Bei Veranstaltungen aus den Jahren 1958 und 1959 mit Titeln wie „Sind Sie sicher ...? Gespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ und „Wir setzen uns an einen Tisch. Fragen zur Erneuerung der Betriebsgemeinschaft“[765] wird deutlich, dass sich die Akademie bemüht, als neutraler Mittler zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen erkennbar zu sein. Der seinerzeit neue Aspekt der „Betriebspsychologie“ wird mit solchen Angeboten im Akademieprogramm berücksichtigt. Auch die Betriebe selbst boten Schulungen zur Menschenführung an, um den verbreiteten hierarchischen Führungsstil durch einen kooperativen zu ersetzen.[766]

Die genannten Angebote sind Hinweise für die Distanzierung von der Berufsstandsorientierung im Akademieprogramm. Dies ist nachvollziehbar, wenn man die veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen bedenkt. Die Arbeitswelt der modernen Industriegesellschaft ist eine andere als die des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verändert sich: Die Individuen werden nicht mehr in Stände „hineingeboren“. Es entsteht eine gewisse soziale Durchlässigkeit, da sich ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insbesondere bei den Bildungsverantwortlichen die Auffassung durchsetzt, dass Begabungen und somit die Chancen, Bildung zu erwerben, nicht in erster Linie durch Vererbung bedingt sind.[767] Eine generelle Chancengleichheit ist durch diese Entwicklung noch nicht gewährleistet. Zunächst ändern sich die formellen beruflichen Zugangsvoraussetzungen wie die Notwendigkeit des Realschulabschlusses und der erleichterte Zugang für junge Frauen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.[768]

Die Akademie begleitet diesen Prozess mit den Angeboten zur „Interessenvertretung“.

Der Zeitraum zwischen 1960 und 1964 fällt bei diesen Beobachtungen aus dem Rahmen: Es lassen sich keine Akademieveranstaltungen eindeutig dem Bereich der Interessenvertre-

764 Nr. 712, Nr. 1015.

765 Nr. 480, Nr. 503, Nr. 538 sowie Nr. 444, Nr. 491.

766 Vgl. Benz 1989, S. 313.

767 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 87 ff.

768 Vgl. Becker 1989, S. 330 ff. Vgl. Nolte 2006, S. 33.

tung bestimmter Gesellschaftsgruppen zuordnen. Die in diesen Zeitraum fallenden Veranstaltungen mit Bezügen zur Arbeitswelt sind entweder den berufsständisch geprägten Veranstaltungen („Alt und Jung. Für Polizeibeamte“, Nr. 769) oder dem Bereich „Politik als Diskurs“ (Stadt und Land. Für Landwirte und Verbraucher. Vom Bauernvolk zur Industriegesellschaft. Spannung zwischen Dorf und Stadt, Nr. 555) zuordenbar.

Findungsprozess

Diese Lücke könnte mit dem „Findungsprozess“ neuer Interessenlagen erklärbar sein. Die ersten Aufbaujahre der BRD sind vorüber. Eine Restrukturierung der Industriegesellschaft zeichnet sich ab. Dennoch wirkt die Ständegesellschaft mit ihren traditional geprägten Berufszweigen wie dem des Landwirts nach. So waren in der BRD 1950 im primären Sektor (Landwirtschaft) noch 23,2 % der Erwerbstätigen beschäftigt, während diese Zahl 1960 bereits auf 14,1 % geschrumpft ist. Im sekundären Sektor (Industrie) wuchs die Zahl der Beschäftigten im selben Zeitraum von 42,3 % auf 47,8 % an.[769]

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre ist bei dem Findungsprozess eine Neuorientierung zu beobachten: Ab 1965 finden schulpolitische Themen in der Art Berücksichtigung im Akademieprogramm, dass sie dem Bereich der Interessenvertretung zugeordnet werden können. Ein Indiz für diese These ist das Hinzuziehen der GEW als Kooperationspartner wie bei der Veranstaltung „Integrierte Gesamtschule“ (Nr. 1076) aus dem Jahr 1968.

Obwohl die Ständeorientierung und später auch die Interessenvertretung im Akademieprogramm an Bedeutung verlieren, bezieht sich die Akademie auch bei jüngeren Verlautbarungen zu gesellschaftlichen Prozessen auf die Entwicklung von der Ständegesellschaft zur Industriegesellschaft. Das Titelthema des Akademiemagazins „Anstöße“ 4/2006 lautet „Gesellschaft im Umbruch“. Die für die Redaktion des Magazins verantwortliche Direktorin, Eveline Valtink, schreibt: „Gesellschaft im Umbruch oder im Wandel, das ist ein permanentes Geschehen. Solcher Umbruch kann grundlegend sein (beispielsweise beim Wandel von der Stände- zur Klassengesellschaft), er kann auch Veränderungen innerhalb einer bestehenden Gesellschaftsstruktur bezeichnen (etwa den Wandel im Altersaufbau eines Landes) oder in Teilbereichen (z. B. in der Wirtschaft). Er kann sehr allmählich erfolgen

769 Vgl. Kehl 1989, S. 294 f.

(etwa beim Wertewandel) oder rasch (z. B. in kulturellen Bereichen als Modeerscheinung), kann sich evolutionär oder revolutionär vollziehen."[770]

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen ändern sich auch die Interessenlagen der Bevölkerung. Interessenlagen beziehen sich mehr auf Prozesse, von denen Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer beruflichen oder sozialen Herkunft betroffen sind. Notwendig werden deshalb Interessenvertretungen wie Bürgerinitiativen, denen es weniger um eine Berufsgruppe oder eine soziale Gruppe, sondern um ein gesellschaftliches Konfliktfeld im persönlichen Nahbereich geht.

Neue Verbindungen und Koalitionen treten zunehmend quer zu den traditionellen Klassengrenzen auf: „Der Gegensatz der Arbeitsmarktparteien tritt als bestimmter Gegensatz zurück, und ins Zentrum rücken die vielfältigen Formen, in denen die verdrängte Gesellschaftlichkeit in der Privatexistenz jeweils konflikthaft durchschlägt: Vielleicht sind es Ereignisse wie der geplante Straßenzug in der Nähe des eigenen Gartens, die sich verschärfende Schulsituation der Kinder oder die in der Umgebung entstehende Atommülldeponie, die Aspekte eines ‚Kollektivschicksals' ins Bewusstsein dringen lassen."[771]

Diese Entwicklung erkennt in den 70er Jahren die Akademie. Neue Themen- und Adressatenausrichtungen werden berücksichtigt.

9.4.2.3 Schwerpunkt Migration

Thematisch fallen bezüglich der neu ausgerichteten Interessenvertretungsangebote die Veranstaltungen zur Migration und zur Schulpolitik auf. Sie stehen im Zentrum der Interessenvertretungsveranstaltungen der 80er Jahre, weshalb auf diese Bereiche detaillierter eingegangen werden soll.

In der BRD gab es, bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung, bereits in den 50er Jahren einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften, der zunächst durch Übersiedler aus der ehemaligen DDR gedeckt werden konnte. Nachdem diese Zuwanderungsmöglichkeit seit 1961 von Seiten der DDR unterbunden wurde, kam der Beschäftigung ausländischer Mit-

770 Valtink, Eveline in: Anstöße 4/2006, S. 2.

771 Beck 2006, S. 215 f.

bürger eine wachsende Bedeutung zu.[772]

Im Rahmen der Familienzusammenführung folgten den männlichen Zuwanderern nach einigen Jahren meistens die Frauen und Kinder.[773] Nicht zuletzt aus diesem Grund stieg die Zahl der ausländischen Mitbürger im alten Bundesgebiet zwischen 1970 und 1990 von ca. 2 438 600 (4,3 % der Bevölkerung) auf 5 241 800 Personen (8,2 % der Bevölkerung) an.[774] Neben dem gezielten Zuzug von ausländischen Arbeitskräften stieg ebenfalls die Zahl der Asylsuchenden. Hier ist der Zeitraum zwischen 1975 und 1985 zu nennen, in dem es in der BRD erstmals einen auffallenden Anstieg der Asylsuchenden von 9 627 auf 73 832 Personen gab.[775]

Akademieangebote zur Migration in den 80er Jahren

Das Bildungssystem der BRD wurde durch die unterschiedlichen Zuwanderergruppen vor neue Herausforderungen gestellt, an dessen Diskurs sich auch die Evangelische Akademie Hofgeismar beteiligte. Die Interessen der ausländischen Mitbürger werden bei folgenden Veranstaltungen thematisiert, die meist an die mit der Interessenvertretung beauftragten Personenkreise gerichtet waren:

1978: „Politisches Asyl für Verfolgte aus der Dritten Welt. Zur Reform des Asylrechts“,

1980: „Schulpolitik für Ausländer. Probleme und Modelle regionaler Schulentwicklungsplanung“,

1981: „Schulpolitik für Ausländer II. Integration durch eine gemeinwesenorientierte Schule? Probleme und Möglichkeiten in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil“,
„Die Reform des Ausländerrechts“,

1983: „Neue Entwicklungen in der Asylrechtsprechung“,

1988: „Flüchtlingsrecht und Flüchtlingsalltag. Bestandsaufnahme zur Situation von Asylbewerbern und de-facto-Flüchtlingen am Beispiel Nordhessen“,

1989: „Sozialarbeit mit Aussiedlern. Sozialpädagogische Ansätze der Eingliederungsarbeit“,

772 Vgl. Statistisches Bundesamt 2004, S. 48.

773 Vgl. ebd.

774 Vgl. ebd., S. 49.

775 Vgl. ebd., S. 51.

1994: „Das neue Asyl- und Asylbewerberleistungsrecht. Informations- und Erfahrungsaustausch für Synodenmitglieder zur Vorbereitung auf die Herbstsynode 1994 der EKD in Halle, Asylkonsultation“,[776]

1998: „Fremd als Deutsche in Deutschland. Studientag zur Arbeit mit Aussiedlern im Bereich Kurhessen-Waldeck. Für alle, die in dieser Arbeit in den Gemeinden stehen“,

1999: „ ‚... zwischen allen Stühlen?' Zur Situation der Arbeit mit und für Ausländer und Ausländerinnen. Tagung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausländerämtern, im BGS und in der Sozialarbeit“.

An zwei Veranstaltungen soll das Besondere dieser Interessenvertretungen verdeutlicht werden:

Thomas Eppenstein betont bei einer Veranstaltung mit dem Titel „**Schulpolitik für Ausländer II**“, dass es bei kirchlicher Ausländerarbeit um die Wahrnehmung von Interessenvertretungen geht. Als Vertreter des Diakonischen Werkes äußert er sich zu dieser Form der Interessenvertretung: „Wenn wir von Integration sprechen, und in diesem Kontext versteht sich auch unsere Arbeit für ausländische Kinder, so immer unter der Zielsetzung von Partizipation, Selbstbestimmung, Chancengleichheit, von grundsätzlicher Gleichberechtigung und Gleichbehandlung. Den hier lebenden Ausländern muss ein Recht auf eigene Identität als Ausländer in der Bundesrepublik zugestanden werden.“[777]

Vertreter der landeskirchlichen Initiativgruppen würden sich ein Beratungsrecht bei Zeugniskonferenzen wünschen. Eine weitere Form der Interessenvertretung sei das Bemühen um Partizipation an schulpolitischen Diskussionen. Er bringt das Selbstverständnis mit dem Anspruch, sich als Anwalt der betroffenen ausländischen Kinder zu sehen, auf den Punkt.[778] Eppenstein zeigt darüber hinaus, dass kirchliche Stellen im Bereich der Integration politische Bildung leisten können, wo der Schule die Einflussnahme verwehrt bleibt und wo der schulischen Arbeit aufgrund mangelnder Kapazitäten Grenzen gesetzt sind. Hier spricht er den Kontakt zum Elternhaus der Migrantenkinder und die Hausaufgabenbetreuung an, die von ca. 1000 Kindern wahrgenommen werde und zu einer unverzichtba-

---

776 Nr. 1898, Nr. 2096, Nr. 2177, Nr. 2230, Nr. 2367, Nr. 2670, Nr. 2711, Nr. 3092.

777 Eppenstein, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1982, S. 63. Eppenstein spricht für die diakonischen Einrichtungen in der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau.

778 Vgl. ebd., S. 72.

ren Institution außerhalb der Schule geworden sei.[779]

Die vom Diakonischen Werk der EKHN geleistete Hausaufgabenhilfe kann durchaus als politische Bildung betrachtet werden, da Probleme zwischen Migrantenkindern und einheimischen Kindern von den betroffenen Kindern artikuliert werden und weil notwendige Korrekturen zu Tage treten: „Das vorhin zitierte Zitat des deutschen Jungen, der über seinen ausländischen Mitschüler sagt, der habe ja keinen Schreibtisch (...) ist ein weiteres Indiz für das, was an vielen Stellen zu beobachten war, nachdem die ausländischen Kinder in die deutschen Klassen kamen. Was ist nämlich passiert? Man hatte wohl einfach erwartet, gegenseitige Integration werde sich schon von selber vollziehen, wenn man die Kinder nur gemeinsam in eine Klasse stecken würde. Erfahrungen im außerschulischen und Freizeitbereich haben gezeigt, dass unter positiven Bedingungen keine besonderen Schwierigkeiten zwischen deutschen und ausländischen Kindern auftreten, im Gegenteil. In der Schule ist die Realität allerdings viel härter, und hier werden die gesamtgesellschaftlichen Widersprüche bereits von den Kindern reproduziert.“[780]

Mit den gegenwärtigen schulischen Verhältnissen ist dieses Zitat nicht vergleichbar. Durch Programme des Hessischen Kultusministeriums und durch Förderungen der schulischen Mittagsbetreuung ist die Unterrichtsabdeckung und die Hausaufgabenbetreuung anders organisiert und strukturiert als in den 80er Jahren. Mittlerweile verfügen die Schulen über ein flächendeckendes Netz von Sozialarbeitern, das zugegebenermaßen noch mehr Lücken als Fäden enthält.

Es kann konstatiert werden, dass die EKHN zu einem Zeitpunkt im Bereich der Schulsozialarbeit tätig war, als dies von Seiten des hessischen Kultusministeriums noch nicht bedacht war. Die Kirche hatte in diesem Fall eine gewisse Vorreiterrolle.

Ein weiteres Beispiel für die neue Interessenvertretung der Kirchen ist eine Veranstaltung aus dem Jahr 1994: „**Das neue Asyl- und Asylbewerberleistungsrecht.** Informations- und Erfahrungsaustausch für Synodenmitglieder zur Vorbereitung auf die Herbstsynode 1994 der EKD in Halle, Asylkonsultation“ (Nr. 3092). Die Veranstaltung fällt auf, da sie sich an die Mitglieder der Synode richtet. Bei dieser Veranstaltung sollen die Synodalen im Mei-

779 Vgl. ebd., S. 64 f.

780 Ebd., S. 66 f.

nungsfindungsprozess bezüglich der Asylfrage unterstütz werden.

Bei diesen Angeboten entsteht der Eindruck, dass die Landeskirche gemeinsam mit der Akademie Hofgeismar eine Rolle als Interessenvertreter für eine Gruppe wahrzunehmen versucht, die über keine institutionalisierte Interessenvertretung wie Gewerkschaften verfügt. Da zu der Tagung kein Protokoll vorliegt, kann sie nicht detailliert untersucht werden.

9.4.2.4 Schwerpunkt schulische Bildungspolitik

In der Bundesrepublik Deutschland gab es zwischen 1965 und 1980 eine Bildungsexpansion, die sich in den erhöhten finanziellen Bildungsausgaben des Staates und in der Verfünffachung der Abiturientenzahlen manifestieren lässt. 1965 betrug der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt rund 3,4 %. Bis 1985 war dieser Anteil auf 5,3 % gestiegen.[781]

Weitere Merkmale der Bildungsexpansion:

Die Kultusministerkonferenz der Länder beschließt 1965 mit der Einführung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium, drei weiterführende und formal gleichberechtigte Schulformen einzurichten.[782]

1969 empfiehlt der Deutsche Bildungsrat, 40 Gesamtschulen in der BRD als Versuchsschulen einzurichten. Die hessische Bildungspolitik formulierte in den Folgejahren das Ziel, die Gesamtschule bis zum Beginn der 80er Jahre weitgehend flächendeckend einzuführen.[783] 1989 gab es in Hessen 79 Gesamtschulen.[784] In den 70er Jahren wird die Möglichkeit geschaffen, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben.[785]

Entsprechend dieser gesellschaftlichen Entwicklung nehmen zwischen 1978 und 1980 schulpolitische Interessenvertretungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar überproportional zu. Wie bereits zu Beginn der 70er Jahre werden Veranstaltun-

---

781 Vgl. die historische Längsschnittuntersuchung in dieser Arbeit. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 91.

782 Vgl. ebd., S. 93.

783 Vgl. Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1994, S. 520 f.

784 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 298.

785 Vgl. Statistisches Bundesamt 2004, S. 68.

gen zum Thema Ganztagsschule angeboten. In diesen Kontext gehören ebenfalls die Angebote zur flächendeckenden Einführung der Förderstufe in Hessen.[786]

Weitere Akademiethemen sind die (Religions-)Lehrerausbildung in Hessen, das Lehrer-Schüler-Verhältnis und Beiträge der Kirche für eine zukunftsfähige Schule.[787]

Bei diesen Veranstaltungen werden die Interessen der Gruppen Lehrer und Eltern angesprochen. Die Interessenlagen überschneiden sich, weil die Individuen zu beiden Gruppen gehören können und weil beide Gruppen ein gemeinsames Ziel haben: die Erziehung des Kindes.

In den 90er Jahren wird der Themenschwerpunkt Schulpolitik im Bereich der Interessenvertretungsveranstaltungen quantitativ weiter ausgebaut. Fragen der Partizipation in der Schule, die Herausforderungen, vor denen der Religionsunterricht steht sowie die Ressourcen der Schulen stehen im Fokus.[788]

Explizit der politischen Bildung widmet sich ein Methodenseminar im September 1998, bei dem die Multiplikatoren der politischen Bildung angesprochen werden.

9.4.2.5 Zivilgesellschaft und Erwachsenenbildung

Seit der Jahrtausendwende fällt auf, dass zwei Interessengruppen stärker als zuvor angesprochen werden: In der Erwachsenenbildung tätige Personenkreise und Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren.

Die Grenzen zwischen den Interessengruppen gehen ineinander über. Wenn für Lehrer und Mitarbeitende in Weltläden eine Veranstaltung zum fairen Handel als außerschulischer Lernort angeboten wird, handelt es sich nicht nur um eine methodische Fortbildungsveranstaltung, sondern gleichzeitig um eine Interessenvertretungsveranstaltung für die Mitarbeiter in Weltläden und für die mit den Weltläden vertraglich verbundenen Kleinbauern der Entwicklungs- und Schwellenländer. Schließlich besteht die Adressatengruppe „Lehrer“

786 Veranstaltungen Nr. 1885, Nr. 1921, Nr. 1954, Nr. 1980, Nr. 2009.

787 Im Jahr 1981: Nr. 2231; im Jahr 1983: Nr. 2331, Nr. 2346; im Jahr 1984: Nr. 2422; im Jahr 1985: Nr. 2496; im Jahr 1986: Nr. 3314; im Jahr 1987: Nr. 2573.

788 Im Jahr 1993: Nr. 3000; im Jahr 1994: Nr. 3049, Nr. 3099. Es wurden nicht alle Veranstaltungen zum Themenkomplex schulische Interessenvertretung aufgezählt. Thematisch stehen die übrigen Veranstaltungen im Kontext der aufgeführten. Vgl. die Tabelle im Materialband.

zugleich aus Multiplikatoren.[789] Wie der einschlägigen politikdidaktischen Literatur zu entnehmen ist, haben die Kirchen seit dem Ende der 80er Jahre dazu beigetragen, dass die entwicklungspolitische Bildung neu akzentuiert und somit thematisch erweitert wird: Die Aspekte Ökologie, zivilgesellschaftliches Handeln, interkulturelles Lernen und soziale Mindeststandards für Arbeitnehmer sind Begriffe, welche im entwicklungspolitischen Bildungsdiskurs an Bedeutung gewinnen.[790]

Ineinander übergehende Interessenlagen, die sich nicht in ein klar definiertes Schema wie die politische links-rechts-Zuordnung pressen lassen, sind eine Erscheinung der zweiten Moderne, die in vielen Gesellschaftsbereichen beobachtet werden kann.

Beck drückt dieses Phänomen wie folgt aus: „Man kann gleichzeitig etwa zur Verhinderung des Fluglärms mit Anrainern in einer Bürgerinitiative koalieren, Mitglied der Industriegewerkschaft Metall sein und politisch rechts wählen. Koalitionen sind in diesem Sinne situations- und personenabhängige Zweckbündnisse im individuellen Existenzkampf auf den verschiedenen gesellschaftlich vorgegebenen Kampfschauplätzen.“[791]

Beispiel Gesundheitspolitik

Ein Beispiel aus der Gesundheitspolitik verdeutlicht dies: Die Pharmaindustrie versucht durch Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte, Einfluss auf deren Verordnungsentscheidungen zu nehmen. Viele dieser „Fortbildungsseminare“ wie ein kostenloser Stadionbesuch bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 sind verdeckte Freizeitveranstaltungen. Parallel nimmt die Pharmaindustrie Kontakt zu Patientenvertretungen und Selbsthilfegruppen auf, die durchaus andere Interessen als Ärzte haben können. Schließlich gibt es Patientenselbsthilfegruppen, die sich aufgrund von negativen Erfahrungen mit Ärzten gegründet haben. Für die Pharmaindustrie scheint diese „Arbeit an zwei Fronten“ kein Widerspruch zu sein.[792] Sie bedient aus ökonomischer Motivation heraus gleichzeitig zwei Gruppen, die

---

789 Veranstaltung vom 31.01. - 01.02.2003 mit der Ausschreibung: „Schule im Weltladen. Der faire Handel als außerschulische Lerngelegenheit. In Zusammenarbeit mit dem Weltladen-Dachverband und dem Hessischen Landesinstitut für Pädagogik/BLK21, Zielgruppe: Mitarbeitende in Weltläden, entwicklungspolitisch Interessierte, Lehrer, in der Jugendarbeit engagierte“.

790 Vgl. Weißeno 1999, S. 52.

791 Beck 2006, S. 159.

792 Vgl. Jantzer, Markus: Big-Pharma ist überall, in: Das Parlament 50/2006, S. 10. Der Autor des Artikels ist leitender Redakteur Soziales beim Evangelischen Pressedienst (epd).

über gegensätzliche Interessen verfügen. Die deutlich werdende Vermischung von Partikular- und Gemeinwohlinteressen (hier: Interessen der Verbandsmitglieder und Interessen der Bevölkerung) ist ein Grundproblem des etablierten Verbandssystems.[793]

Neben den Veranstaltungen zur Interessenvertretung von Einzelpersonen, die sich für eine gesellschaftliche Sache engagieren[794], werden von der Akademie auch Interessenvertretungsangebote an Organisationen unterbreitet: Der Titel „Solidarität gegen Globalisierung? Gewerkschaften und Kirchen suchen ihre Rolle in Südafrika und Deutschland“[795] impliziert bereits, dass sich die Kirchen und die Gewerkschaften im Meinungsbildungsprozess befinden und Gemeinsamkeiten ausloten. Bei dieser Veranstaltung lässt der Titel erahnen, dass sich die Kirchen als Interessenvertreter derjenigen verstehen, die durch die Globalisierung benachteiligt werden.

9.4.3 Politik als Diskurs

Politik als Diskurs ist ein epochenspezifisches Moment der Moderne[796], welches Öffentlichkeit und die Beteiligung der Bürger als Diskursteilnehmer[797] voraussetzt: „Erst unter den Bedingungen von Öffentlichkeit als Sphäre gesellschaftlicher Selbstverständigung und Volkssouveränität als Legitimationsquelle politischer Macht kann der Begriffskern von Politik sich wandeln: Er verschiebt sich von Politik als einer Kunst / Technik der Machtausübung zu Politik als der Form, in der Gesellschaften sich selbst steuern. Die Frage, wie Gesellschaften sich selbst steuern und wie sie Heranwachsende zur Teilnahme an dieser Selbststeuerung befähigen können, ist seitdem eine zentrale Frage politischer Theorie und politischer Bildung.“[798]

---

793 Vgl. Beck 2007, S. 79 f. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 361.

794 Zu nennen sind stellvertretend die Veranstaltungen: „Ohne Lohn, doch mit Gewinn. Von Freude und Frust freiwilligen Engagements“, November 2000. „Einmischen - Mitmischen. Neue Wege und Chancen der Partizipation. Forum Junge Erwachsene“, März 2005. Ebenso die Veranstaltung: „Wir mischen mit! Kompetenzen für junge Erwachsene. Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene ab 15 Jahre, die sich in kommunalen oder kirchlichen Gruppen engagieren. Besonders für junge Menschen der zweiten oder dritten Einwanderergeneration“, November 2001.

795 In Kooperation mit dem „AfKD Bereich Kirche und Arbeitswelt“ sowie der IG Metall, August 2002.

796 Vgl. Nolda 1998, S. 204 ff.

797 Steffens, Gerd: Politik als Diskurs (Steffens 2007 a):, in: Lange 2007, S. 10. Vgl. Beck 2006, S. 76 ff.

798 Steffens 2007 (a), S. 10.

Im Folgenden wird der für den Diskurs zentrale Begriff der Öffentlichkeit, der besonders ab den 70er Jahren eine neue Bedeutung gewann[799], näher bestimmt.

Öffentlichkeit

Für das Gelingen von rationalen Diskursen sind nach Habermas, einem der namhaftesten Diskurstheoretiker[800], folgende Voraussetzungen notwendig:

- Öffentlichkeit muss gewährleistet sein. Niemand darf ausgeschlossen werden.
- Es muss sichergestellt sein, dass jeder Teilnehmer die gleiche Chance hat, Beiträge zu leisten.
- Die Teilnehmenden müssen ernsthafte und aufrichtige Beiträge leisten.[801]

Die Akademie erhebt den Anspruch, eine solche Öffentlichkeit zu schaffen, was durch eine heterogene Referentenzusammensetzung und durch eine neutrale Tagungsleitung, die auf das Einbringen einer „Akademiemeinung" verzichtet, erreicht werden soll. Bei Angeboten der Akademie wird zudem von „kleinen Öffentlichkeiten" gesprochen, da ein Forum geboten wird, bei dem frei von politischen Entscheidungs- und Handlungszwängen der Diskurs über gesellschaftliche Themen geführt werden kann.[802]

Neben diesem Öffentlichkeitsbegriff gibt es im kontextuellen Rahmen der zweiten Moderne die „Gefahrenöffentlichkeit". Während es bei der Definition von Habermas um Partizipation und um freiwillige Öffentlichkeit geht, nennt Beck Unfreiwilligkeit und existenzielle Relevanz als Merkmale der Gefahrenöffentlichkeit. Als Beispiel nennt er die Medienpräsenz bei Naturkatastrophen, durch die einzelne Schicksale instrumentalisiert werden können.[803] Im Kontext der Gefahrenöffentlichkeit spricht Beck auch von der „Globalisierung des Mitgefühls", da sich Katastrophen wie ein Tsunami oder die Terroranschläge vom 11. September meistens im Ausland ereignen, vor Ort eine Spendenbereitschaft aktivieren

---

799 Vgl. Nolte 2006, S. 32.

800 Vgl. Weißeno 1999, S. 50 f.

801 Vgl. Habermas, Jürgen: Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt 2005, S. 89. Vgl. Steffens 2007 (a), S. 15. Vgl. Weißeno 1999, S. 50 f.

802 Vgl. das Vorwort von Florian Schuller, in: Habermas/Ratzinger 2005, S. 10 f. Vgl. Weißeno 1999, S. 51. Zur Herstellung von „Öffentlichkeit" bei zivilgesellschaftlichen Institutionen siehe auch: Gellner, Winand/Glatzmeier, Armin: Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft, in: APuZ 36/2007, S. 13 ff.

803 Vgl. Beck 2007, S. 114 f.

und zugleich die Frage der Nationalitäten der Opfer im Raum steht.[804] Für die Kategorisierung der Akademieangebote bedeutet dies, dass es bei entsprechenden Themenangeboten zu Überschneidungen mit dem Bereich „Internationale Politik“ kommen kann, was bei den aktuellen Akademieveranstaltungen schon fast konstitutiv wird.

Diskursangebote der frühen Akademiejahre

In den 50er Jahren gibt es bei der Evangelischen Akademie Hofgeismar Diskursangebote, die auch der Kategorie „Interessenvertretung“ zugeordnet werden könnten. Es sind Veranstaltungen, die eine Berufsgruppe ansprechen. Da das Veranstaltungsthema auf die intensive Auseinandersetzung mit einem Politikfeld schließen lässt und weil nicht primär die Interessen der Kursteilnehmer, sondern das Thema im Zentrum der Veranstaltung steht, wurden solche Veranstaltungen der Kategorie „Politik als Diskurs“ zugeordnet. Ein Beispiel ist das Seminar mit dem Titel „Der Eiserne Vorhang - Grenze zweier Welten. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes“ (Nr. 436).

Die Diskursveranstaltungen der 50er Jahre befassen sich überwiegend mit Fragen der Vergangenheitsbewältigung, Problemen des Wiederaufbaus und mit den Fragen zur Neugestaltung des Staatswesens in der Nachkriegszeit. In diesem Kontext sind die Gespräche mit den Gewerkschaften und mit den hessischen Landesverbänden von FDP, SPD, und CDU zu erwähnen.[805] Ebenso zählen geschichtsphilosophische Veranstaltungen mit „Letztbegründungen gesellschaftlicher Gegenwart und Zukunft“[806] wie Marxismustagungen zu einem Schwerpunkt der 50er Jahre.[807]

9.4.3.1 Blickwechsel '68 im Kontext der Akademiearbeit

Seit den 60er Jahren wird das Themenangebot der Akademie vielschichtiger und politischer. Veranstaltungen im Kontext des Kalten Krieges dominieren in der Kategorie „Politik als Diskurs“ das Bildungsangebot der 60er Jahre.[808]

---

804 Vgl. ebd.

805 Veranstaltungen Nr. 267, Nr. 214, Nr. 220, Nr. 222. Vgl. Materialband.

806 Paul Ciupke, zitiert aus: Weißeno 1999, S. 50.

807 Im Jahr 1951: Nr. 118, Nr. 153; im Jahr 1956 Nr. 352 (Interessenvertretung). Vgl. Materialband.

808 Als kontextuale Themen sind zu nennen: „Bedingungen des Friedens“, „gewaltloser Widerstand“, „Kriegsdienstverweigerung“, „Verteidigung“ und „Ost-West-Konflikt“. Veranstaltungen: im Jahr

Der Themenkomplex Frieden bleibt in den folgenden Jahrzehnten nicht nur innerhalb dieser Kategorie, sondern im gesamten Akademieprogramm ein konstitutives Element. In den 70er Jahren gibt es im Bereich „Politik als Diskurs“ sieben Veranstaltungen zum Thema Frieden. In den 80er Jahren werden 19 Seminare, Tagungen und Vorträge zu Friedenskonzepten angeboten. Kein anderes Diskursthema wird im Akademieprogramm derart kontinuierlich und dicht frequentiert berücksichtigt.[809]

Die Veranstaltungstitel lassen zwischen 1968 und 1970 aufgrund der Dominanz der Themenkomplexe „Frieden“ und aufgrund der Angebote zum „Staat - Kirche - Verhältnis“[810] einen „Blickwechsel ´68“ seitens der Akademie Hofgeismar und somit auch seitens der Landeskirche vermuten. Die häufige Anzahl entsprechender Veranstaltungen allein reicht für eine solche Hypothese nicht aus. Die Veranstaltungstitel bestätigen allerdings diese Einschätzung, welche durch die Zunahme kulturpolitischer Offerten wie „Das politische Gedicht“ aus dem Jahr 1961, „Politik im Drama“ (1967) und „Politik in Literatur und Film am Beispiel von Peter Handkes ‚Falsche Bewegung'“ (1977) untermauert wird.[811]

Die These des durchgeführten „Blickwechsel ´68“ manifestiert sich in den 70er Jahren durch Angebote, die mit der **Verbindung von Demokratisierung und Verwaltung** einen neuen thematischen Zweig im Veranstaltungsprogramm erkennen lassen: „Demokratisierung der Schulverwaltung“ im Jahr 1970, „Was heißt Demokratisierung der Kirche?“ (1971), „Sozialistische Theologie“ (1974).[812] Die Titel „Öffnung nach links? Marxisten im

---

1962: Nr. 670; im Jahr 1963: Nr. 739; im Jahr 1964: Nr. 790; im Jahr 1966: Nr. 944; im Jahr 1967: Nr. 954; im Jahr 1968: Nr. 1017; im Jahr 1969: Nr. 1112, Nr. 1113, Nr. 1127. Vgl. Materialband.

809 Z. B. im Jahr 1970: Nr. 1170, Nr. 1207; im Jahr 1971: Nr. 1248; im Jahr 1977: Nr. 1797, Nr. 1812; im Jahr 1979: Nr. 1971, Nr. 2023. In den 80er Jahren: 1981: Nr. 2155, Nr. 2173, Nr. 2184; im Jahr 1982: Nr. 2300, Nr. 2304; im Jahr 1983: Nr. 2334, Nr. 2338, Nr. 2352, Nr. 2365, Nr. 2380; im Jahr 1984: Nr. 2419, Nr. 2434, Nr. 2464, Nr. 2482; im Jahr 1985: Nr. 3289, Nr. 3298; im Jahr 1986: Nr. 2533, Nr. 3324; im Jahr 1988: Nr. 2634; im Jahr 1989: Nr. 2710 sowie eine Veranstaltung im September 2002 zu den Aufgaben der Bundeswehr. Vgl. Materialband.

810 Nr. 1025, Nr. 1070, Nr. 1124, Nr. 1217. Vgl. Materialband.

811 Nr. 656, Nr. 974, Nr. 1782. Vgl. Materialband. Seminare zu historischen Personen verschiedener Staats- und Gesellschaftstheorien sind Indizien für einen geschichtsphilosophischen Diskurs. Zu nennen sind die Tagungen „Bismarck“, „Marx, Lenin, Mao“, „Adorno, Marcuse, Habermas. Karl Marx und seine gegenwärtigen Schüler“ mit den Veranstaltungsjahren und -nummern: 1965: Nr.874; 1968: Nr. 1050; 1969: Nr. 1160; 1970: Nr. 1165. Vgl. Materialband.

812 Nr. 1231, Nr. 1244, Nr. 1516. Vgl. Materialband.

kirchlichen Dienst“ und „Die neue Linke. Deutscher Ev. Frauenbund“[813] aus den Jahren 1972 und 1974 sprechen ebenfalls für den Blickwechsel. Inhaltlich geht es bei diesem Blickwechsel auch um die Bedeutung des Begriffs „konservativ“ in der Gegenwart, mögliche Alternativen zur parlamentarischen Demokratie und die „neue“ Linke. Dies ist nicht nur als Berücksichtigung eines Zeitgeistes anzusehen, da in den 90er Jahren ebenfalls Veranstaltungen dieser Art angeboten wurden.[814]

Auch bei Angeboten aus den 80er Jahren, bei denen es um die Zukunft der Schule geht, wird die Zäsur in der Bildungspolitik der späten 60er Jahre stets betont.[815] Mit Hilfe der Analyse von Beck über die Risikogesellschaft lassen sich die hier genannten Thesen festigen. Im Kontext des Blickwechsels ´68 zieht Beck das etwas pathetisch klingende Fazit: „Es ist nicht übertrieben zu sagen: Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Bewegungen haben die Initiative ergriffen. Sie waren es, die gegen den Widerstand der etablierten Parteien seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Gefährdung der Welt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Die Themen, die jetzt in aller Munde sind, sind nicht der Weitsichtigkeit der Regierenden oder den Parlamentsdebatten entsprungen, schon gar nicht den Kathedralen der Macht in Wirtschaft, Wissenschaft und Staat. Sie sind gegen den geballten Widerstand dieser institutionalisierten Ignoranz von den in sich verhaspelten, moralisierenden, sich um den richtigen Weg streitenden, vom Zweifel geplagten und zerstrittenen Gruppen und Grüppchen zum Gegenstand weltpolitischer Auseinandersetzung gemacht worden. Die demokratische Subversion hat einen ganz unwahrscheinlichen thematischen Sieg errungen.“[816]

Langzeitwirkung

Wenn über mehrere Jahrzehnte Veranstaltungen angeboten werden, welche die These eines „Blickwechsel ´68“ untermauern, liegt die Vermutung nahe, dass nicht nur ein Perspektiv-

---

813 Nr. 1392; Nr. 1494.

814 Ebenso: im Jahr 1973: Nr. 1416; im Jahr 1974: Nr. 1503, Nr. 1521, Nr. 1526; im Jahr 1977: Nr. 1811; im Jahr 1979: Nr. 1940; im Jahr 1991: Nr. 2844, Nr. 2881; im Jahr 1996: Nr. 3198 sowie eine Veranstaltung im Oktober 1999. Vgl. Materialband. Vgl. das Kapitel zum Blickwechsel '68 im historischen Teil dieser Arbeit. Vgl. Greschat 1989, S. 111 ff.

815 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 78 f.

816 Beck 2007, S. 90.

wechsel, sondern gar eine Neuausrichtung der Akademiearbeit stattgefunden haben könnte, die im Sinne der angesprochenen „Forum-Faktor-Diskussion“ zugunsten der Faktor-Richtung stattgefunden hat. Dies würde eine interessengebundene Neuausrichtung der Akademie bedeuten. Ein solch weit reichender Schritt wäre in einer traditionell konservativ geprägten kirchlichen Bildungseinrichtung vermutlich nicht zu realisieren, zumal die Akademie den Anspruch erhebt, einen breiten Diskurs zu garantieren.

Die These, dass der im Akademieprogramm wahrnehmbare „Blickwechsel ´68“ nicht mit einem institutionellen Richtungswandel gleichzusetzen ist, wird durch die zumindest unmittelbar ausbleibenden institutionellen Erfolge der Protestbewegung bestätigt: „Dieser nur wenige Jahre währende Spannungsbogen zeigt, dass sich hier weitgehend naturwüchsig eine Dynamik von Aktion und Reaktion entfaltet hatte (...) Unmittelbare institutionelle Erfolge blieben der Studentenbewegung weitgehend versagt (...) Kaum zu überschätzen sind jedoch die eher tiefgründigen Langzeitwirkungen der Studentenbewegung auf das Alltagsleben und die politische Kultur - ihr Beitrag zum unverkrampfteren Umgang mit Autoritäten, das Zurückdrängen des plumpen Antikommunismus, die Verstärkung partizipativer Forderungen, die kritischere Sicht auf den parlamentarischen Betrieb (...)“[817]

Die im Zitat beschriebenen tiefgründigen Langzeitwirkungen umschreiben zugleich Merkmale des hier verwendeten Begriffs „Blickwechsel ´68“.

Dass die Akademie trotz dieses Blickwechsels dem Forum-Anspruch gerecht wird, zeigt das breite Themenangebot zu den geistigen Strömungen der jeweiligen Zeit, wie die Tagungsbeispiele aus den Jahren 1972, 1973, 1985 und 1987 zu politischen und wirtschaftlichen Theorien zeigen: „Freie Marktwirtschaft oder Sozialismus“, „Die Sprache des Marxismus“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Wirtschaftskonzentration in West und Ost“, „Wirtschaftsliberalismus“, „Konservative Zukunftsentwürfe“.[818] Diese Themenformulierungen und breit gefächerten Angebote lassen einen Diskurs und keine einseitige Meinungsbildung erwarten.

---

817 Rucht 1989, S. 319 f.

818 Nr. 1333, Nr. 1358, Nr. 1363, Nr. 1407, Nr. 2614, Nr. 3295.

9.4.3.1.1 Parteiendemokratie im Veranstaltungsprogramm

In der Gründungsphase der BRD werden regelmäßig Angebote mit und über Parteien offeriert, womit die Akademie den demokratischen Willensbildungsprozess, der in den jungen Jahren der BRD an der Frage nach der Entwicklung der Parteienlandschaft orientiert war, begleitet. Seit den 70er Jahren werden in regelmäßigeren Abständen als in den Jahrzehnten zuvor Veranstaltungen mit und über die im Bundestag vertretenen Parteien angeboten.[819] Die Parteien werden gleichmäßig berücksichtigt. Eine Präferenz gegenüber einer politischen Richtung ist nicht erkennbar, was das Bemühen um eine neutrale Ausrichtung des Akademieprogramms erkennen lässt.[820]

Veranstaltungen zu Gruppierungen am rechten und linken Rand des Parteienspektrums werden ebenfalls berücksichtigt, wobei der Fokus auf die Frage nach der streitbaren Demokratie gerichtet ist.[821] In diesem Kontext ist eine Veranstaltung aus dem Jahr 2001 zu den Vor- und Nachteilen eines möglichen NPD-Verbots zu sehen.

Im Kontext der Angebote zur streitbaren Demokratie fallen diverse Veranstaltungen seit der Jahrhundertwende auf, die den Neutralitätsanspruch der Akademie infrage stellen lassen: Während bei einigen Veranstaltungen zum Bündnis90/Die Grünen oft Sympathisanten und Kritiker der Partei eingeladen werden, sieht der angesprochene Adressatenkreis bei einer Veranstaltung zur Neuen Linken im Jahr 2005 die Kritiker linker Positionen nicht explizit vor.[822] Bei einer interdisziplinären Veranstaltung mit wirtschaftspolitischem Schwerpunkt werden hingegen Globalisierungskritiker direkt angesprochen.[823] Beim Thema „Die

---

819 Vgl. Olzog, Günter/Liese, Hans-Jürgen: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München [21]1992, S. 11 ff. Ab den 80er Jahren werden „Die Grünen“ im Veranstaltungsprogramm berücksichtigt.

820 Teilweise finden diese Tagungen mit den Landtagsfraktionen der Parteien statt. SPD: Nr. 1667, Nr. 1858, Nr. 2243, Nr. 2718; CDU: Nr. 1746, Nr. 1778, Nr. 2040, Nr. 2256; Die Grünen: Nr. 2028. Im Jahr 1989 gibt es eine Veranstaltung über die politische Rechte in der BRD (Nr. 2744). Vgl. Materialband.

821 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 276 f.

822 Siehe: „Sind die Grünen schon verblüht? Zielgruppe: Parteimitglieder aller Couleur, Sympathisanten und Kritiker der Grünen“ vom 15. - 17. Juni 2001 sowie vom 01. - 03. 02. 2002. Vgl.: „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand. Zielgruppe: Politisch Interessierte und Engagierte, Sympathisanten von ‚linken' Parteien und Gruppierungen.“ vom 04. - 05.02.2005.

823 „Gerechtigkeit in der Wirtschaft. Quadratur des Kreises? Zielgruppe: Wissenschaftler aus Theologie / Ökonomie / Philosophie / Rechtswissenschaft, wirtschafts- und sozialpolitisch Interessierte, Kritiker von Sozialabbau und Globalisierung“, November 2004.

Polizei in der staatlichen Gewaltenteilung“ werden Vertreter und Kritiker staatlicher Institutionen als Adressaten genannt.[824]

Hier finden sich Hinweise für den beschriebenen nachhaltig wirkenden Blickwechsel ´68, da eine gelenkte Adressatenausrichtung bei den Diskursveranstaltungen erkennbar ist. Eine Präferenz gegenüber Adressatengruppen mit politisch links einzustufenden Haltungen scheint gegeben zu sein, sie kann aber nicht eindeutig belegt werden. Zumindest verliert der neutralere Forumaspekt zugunsten des Faktoraspekts an Bedeutung.

Dieser Trend war bereits in den 70er Jahren bei einigen Angeboten zu erahnen: 1976 wird unter dem Titel „Widerstände gegen den Umweltschutz“ (Nr. 1707) eine Tagung ohne Adressateneinschränkung angeboten. Der Veranstaltungstitel reduziert die Adressatengruppe allerdings indirekt auf Mitglieder und Sympathisanten der Umweltbewegung. Rückblickend lässt das Thema interessengebundene Bezüge erahnen.

Es könnte eingewendet werden, dass die Argumentationslage für einen wahrnehmbaren Blickwechsel ´68 nicht ausreichend sei. Dem ist entgegenzusetzen, dass mit Hilfe qualitativer Forschungsmethoden sehr wohl entsprechende Erkenntnisse gewonnen werden können: „Den Diskursen in Veranstaltungsankündigungen nachzugehen heißt also nicht, auf der Basis von Vortexten oder erkennbaren Ausrichtungen der Anbieter Konkretisierungen der dort angegebenen Richtung zu suchen. Es geht vielmehr darum, durch genaue Text- bzw. Wortanalysen Spuren unterschiedlicher Diskurse in ihrer spezifischen Mischung und ihrer Bedeutung zu erfassen bzw. soziale Veränderungen in ihrer Verbindung mit veränderten Diskursen zu erkennen.“[825]

Die Kirche nutzt seit den 70er Jahren das Akademieangebot mehr als zuvor zum internen Meinungsbildungsprozess, was durch die dichter werdende Frequenz der Staat-Kirche-Veranstaltungen innerhalb der Kategorie „Politik als Diskurs“ erkennbar wird. In den 70er Jahren werden fünf, in den 80er Jahren bereits sieben und in den 90er Jahren drei Veranstaltungen zum Staat-Kirche-Verhältnis angeboten. Einige dieser Angebote richten sich an

824 Vgl.: „Cops & Co. Die Polizei im Gefüge staatlicher Gewalt. Zielgruppe: Polizisten, Juristen, Angehörige der Bundeswehr, Vertreter und Kritiker weiterer staatlicher Institutionen“.

825 Nolda 1998, S. 206.

gezielte Adressatengruppen.[826] Solche Angebote können Auswirkungen auf den Meinungsbildungsprozess der Akademie haben, da der Veranstaltungsverlauf oft in publizierten Protokollen festgehalten wird und weil die Ergebnisse durch die Multiplikatoren der Veranstaltungsleitung in den internen Akademiediskurs eingebracht werden können.
Inhaltlich geht es bei den Staat-Kirche-Angeboten um die Rolle der Kirche bei der Staatsgründung der BRD, das Verhältnis des Protestantismus zur Demokratie, das Verhältnis zwischen Kirche und Polizei und um die Perspektiven des Sozialismus nach dem Zusammenbruch des Ostblocks.[827]

9.4.3.2 Schwerpunkt Bildung im Akademiediskurs

Parallel zu dem im Akademieprogramm wahrnehmbaren Blickwechsel ´68 etabliert sich „Bildung“ zu einem Schwerpunktthema des Akademiediskurses.
Allerdings kann sich der Bereich **Erwachsenenbildung** mit zwei Veranstaltungen in den Jahren 1964 und 1966 als Diskursthema nicht etablieren. Die Angebote lauten „Erwachsenenbildung. Jahrestagung des Leiterkreises der Evangelischen Akademien Deutschlands“ und „Bundestagung der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung“.[828] In den 70er und 80er Jahren hält dieser Trend mit lediglich vier Veranstaltungen an. Von 1990 an wird dieser Bereich weitestgehend vernachlässigt.[829]
Ähnlich verhält es sich mit speziellen Angeboten zur **politischen Bildung**, von denen im Jahr 1970 die Tagung „Politische Bildung. Ergebnisse und Entwürfe“, 1975 „Bildungspolitische Kompetenz. Seminartagung zum Curriculum-Projekt ‚Bildungspolitik als Gegenstand politischer Bildung’“ und 1976 „Das Machbare und das Notwendige. Fantasie für po-

826 Beispiele: „Die Dimension des Politischen in der Kirche“ (Nr. 1549) und „Staat und Kirche. Für Zollgrenzdienstbeamte“ (Nr. 1594) aus dem Jahr 1974.

827 Im Jahr 1970: Nr. 1217; im Jahr 1974: Nr. 1549, Nr. 1594; im Jahr 1976: Nr. 1685; im Jahr 1978: Nr. 1877 (Vortrag). 1980: Nr. 2118; im Jahr 1981: Nr. 2204, Nr. 2217, Nr. 2240; im Jahr 1982 Nr. 2244; im Jahr 1984: Nr. 2424; im Jahr 1987: Nr. 2603; im Jahr 1990: Nr. 2785; im Jahr 1995: Nr. 3141 sowie eine Veranstaltung im März 1999 zu den Positionen von Polizei und Kirche zu Fragen der Sicherheit. 2000: „Credo. Wie viel Bekenntnis verträgt die Postmoderne?“ Vgl. Materialband.

828 Nr. 806, Nr. 919 (geschlossene Veranstaltung).

829 „Erwachsenenbildung als Politikum“ (Nr. 1277 im Jahr 1971), „Erwachsenenbildung. Klausurtagung mit gezielten Einladungen ...“ (Nr. 1435 sowie die Folgetagung Nr. 1456 im Jahr 1973), ein Fachgespräch im Jahr 1980 (Nr. 2118). Im Jahr 2002 wird eine Erwachsenenbildungsveranstaltung mit einem kirchengeschichtlichen Thema angeboten.

litisches Handeln“ angeboten werden.[830] Dass es zum Bereich der politischen Bildung in den 70er Jahren keinen Akademieschwerpunkt gibt, muss nicht bedeuten, dass die Akademie diesen Bereich vernachlässigt hat, da politische Bildung ein konstitutives Moment der Akademiearbeit darstellt.

1991 erfährt die politische Bildung innerhalb des Akademieprogramms mit zwei Veranstaltungen zum Thema „Schule und demokratische Erziehung. Ihr Beitrag zur politischen Kultur im geeinten Deutschland“[831] eine kleine Renaissance. Im Kontext explizit politischer Bildung sind zudem die Angebote zum Nationalsozialismus und zum Rassismus zu nennen.[832]

Schulpolitische Themen und Lernzielorientierung

Anders als im Bereich der Erwachsenenbildung und der politischen Bildungsangebote, bei denen kein Schwerpunktcharakter im Akademieangebot festgestellt werden konnte, stellen die Angebote zur Gestaltung der Schulsysteme und die Tagungen zu Lernzielen den Schwerpunkt zum Themenkomplex Bildung dar. Sie sind mit 15 Veranstaltungen in den 70er Jahren im Akademieprogramm vertreten. Der Vortrag „Bildungspolitische Initiativen der Kirche?“ sowie die Tagungen „Lernziel Frieden. Aufgaben der Friedenspädagogik“ und „Schulbuch als Politikum“ stehen exemplarisch für die Angebote zum Bildungsdiskurs.[833]

Diese Schwerpunkte entsprechen der seinerzeitigen didaktisch-methodischen Bildungsdiskussion. Die Konzeption von lernzielorientierter Unterrichtsplanung ist infolge der Curriculum-Theorie in den 70er Jahren entstanden und prägte ebenso wie der Schulsystemdiskurs die didaktische Diskussion in den 70er und 80er Jahren, wie in der einschlägigen Lite-

---

830 Nr. 1197, Nr. 1609, Nr. 1732.

831 Nr. 2830 und Nr. 2855.

832 Im Jahr 1991: Nr. 2871; im Jahr 1992: Nr. 2906; im Jahr 1993: Nr. 2969; im Jahr 1994: Nr. 3097; im Jahr 1995: Nr. 3116, eine Veranstaltung mit außerschulischer Adressatenorientierung zum Widerstandsrecht am Beispiel Dietrich Bonhoeffer im Jahr 2001. Die Veranstaltungen zum Bereich Nationalsozialismus gehen mit den Veranstaltungen Nr. 2906, Nr. 2970 und Nr. 3082 aus den Jahren 1992 - 1994 überwiegend auf die AG „Kirche 1933 - 1945 in der EKKW“ zurück.

833 Im Jahr 1972: Nr. 1377; im Jahr 1973: Nr. 1409, Nr. 1462; im Jahr 1974: Nr.1495. Weitere Angebote zum Bildungsdiskurs: 1971: Nr. 1283, Nr. 1292, Nr. 1303; im Jahr 1972: Nr. 1336, Nr. 1369, Nr. 1390; im Jahr 1973: Nr. 1447, Nr. 1466; im Jahr 1977: Nr. 1789, Nr. 1792; im Jahr 1978: Nr. 1863. Vgl. Materialband.

ratur nachzulesen ist.[834] Die wissenschaftlichen Standardaufsätze aus dieser Zeit fanden in der hessischen Lehrerausbildung der späten 90er Jahre noch Verwendung.[835]

In den 80er Jahren gibt es mit acht Veranstaltungen deutlich weniger didaktisch-methodische Angebote. Der Bereich ökologisches Lernen ist mit einer Tagung und der Bereich Friedenserziehung mit zwei Angeboten vertreten.[836] Globales Lernen wird im April 1999 mit der gleichnamigen Tagung berücksichtigt.[837] Ein Jahr später, im September 2000, bietet die Akademie gemeinsam mit dem Amt für kirchliche Dienste eine Konsultation mit dem Titel „Bildung als Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln?“ an. Diese Programmkonzeption verdeutlicht den Meinungsbildungsprozess der EKKW im Hinblick auf die Bildungsfrage: Bildung wird im globalen Kontext gesehen, wobei die protestantischen Wurzeln nicht in Vergessenheit geraten sollen. Da die Konsultation gemeinsam mit dem Landeskirchenamt geplant war, ist zu vermuten, dass sich die Führungsebene der Landeskirche Erkenntnisgewinne durch diese Akademieveranstaltung erhofft hat.

Zwischen 2000 und 2003 wird das Augenmerk mit sieben Veranstaltungen wieder mehr auf die Schulpolitik gelenkt. Die PISA-Diskussion wird zu diesem Bedeutungsgewinn beigetragen haben.[838] Im Oktober 2000 gibt es ein Angebot mit dem Titel „PISA und die Folgen. Pädagogische Tagung“.

---

834 Siehe Bloom, Benjamin u. a.: Taxonomie von Lernzielen im kognitiven Bereich. Weinheim 1972. Vgl. Meyer, Hilbert: Einführung in die Curriculum-Methodologie. München 1972. Vgl. Roth, Heinrich/Blumenthal, Alfred (Hrsg.): Zum Problem der Lernziele, Hannover 1973.

835 Vgl. Peterßen, Wilhelm: Handbuch Unterrichtsplanung. Grundfragen, Modelle, Stufen, Dimensionen, München ^{7}1996, S. 114 ff. In diesem Werk werden die verbreitetsten didaktischen Modelle vorgestellt. Vgl. Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick, Hamburg 1994, S. 217 ff; S. 517 ff.

836 Ökologisches Lernen: 1981: Nr. 2196; Friedenserziehung: 1984: Nr. 2444 und Nr. 2464. Die übrigen Veranstaltungen: 1981: Nr. 2193; im Jahr 1984: Nr. 2417; im Jahr 1988: Nr. 2632 und Nr. 2677.

837 Hinweis aus dem Programmheft 1/99: „Im interdisziplinären Gespräch werden schulische Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen eines globalen Lernens erörtert.“

838 Vgl. Nolte 2006, S. 247.

9.4.3.3 Friedens- und Ökologiebewegung im Spiegel der Programmgestaltung

Seit den 80er Jahren wird das Themenspektrum deutlich erweitert. Das Ziel, den Meinungsbildungsprozess zu aktuellen gesellschaftlichen Themen intern und extern mitzugestalten, wird durch Angebote zu regionalen politischen Themen deutlich. Zu nennen ist hier eine Veranstaltungsreihe zu einem möglichen Kernkraftwerk im nordhessischen Borken ab 1976.[839]

Themengebiete, die im Bereich des politischen Diskurses etabliert werden, sind:

- Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie,[840]
- Umwelt- und Naturschutz,[841]
- Ausländerpolitik,[842]
- Nationalsozialismus.[843]

Zudem sind nach wie vor friedenspolitische Themen bei den politischen Akademieangeboten dominierend.

Tschernobyl als umweltpolitisches Synonym

Die sich entwickelnde Themenvielfalt im Bereich der Umweltthemen steht vermutlich im Kontext einer für umweltpolitische und für globale Themen sensibler werdenden Gesellschaft, wofür einige gesellschaftspolitische Entwicklungen und Ereignisse sprechen:

1972 erscheint der Bericht „Grenzen des Wachstums“ des „Club of Rome.[844]

---

839 Nr. 1728, Nr. 1731, Nr. 1734, Nr. 1739, Nr. 1749. Vgl. Materialband.

840 Im Jahr 1983: Nr. 2339; im Jahr 1984: Nr. 2423, Nr. 2428, Nr. 2465, Nr. 2475; im Jahr 1985: Nr. 3283; im Jahr 1988: Nr. 2663, Nr. 2674; im Jahr 1990: Nr. 2775; im Jahr 1991: Nr. 2834; je eine Veranstaltung in den Jahren 2001 und 2004 und zwei Veranstaltungen im Jahr 2005. Innerhalb dieses Themengebietes nimmt der medizinische Aspekt quantitativ seit den späten 80er Jahren zu. Vgl. Materialband.

841 1980: Nr. 2070; im Jahr 1982: Nr. 2280, Nr. 2399; im Jahr 1984: Nr. 2426, Nr. 2441; im Jahr 1987: Nr. 2570; im Jahr 1989: Nr. 2725, Nr. 2749 sowie drei Veranstaltungen im Jahr 2000 und je eine in den Jahren 2001 und 2005. Es wurden weitere Veranstaltungen zum Thema „Umwelt“ angeboten. Hier sind diejenigen mit deutlich politischen Bezügen berücksichtigt, so zum Beispiel „Schutz der Tiere im politischen und kirchlichen Diskurs“ im März 2000. Vgl. Materialband.

842 Im Jahr 1983: Nr. 2336, Nr. 2396; im Jahr 1986: Nr. 2543; im Jahr 1989: Nr. 2746; im Jahr 1991: Nr. 2827; im Jahr 1994: Nr. 3074; im Jahr 1995: Nr. 3134 sowie je eine Veranstaltung im Mai 1998 und im Januar 2000. Vgl. Materialband.

843 Im Jahr 1986: Nr. 3330, Nr. 3336; im Jahr 1987: Nr. 2562; im Jahr 1988: Nr. 2679 sowie eine Veranstaltung im Januar 2004. Vgl. Materialband.

Ende der 70er Jahre erreicht die neue Partei „Die Grünen“ eine für damalige Verhältnisse erstaunliche Medienpräsenz und erzielt bei der Europawahl 1979 einen Achtungserfolg.
1982 erhalten Die Grünen bei der Landtagswahl in Hessen 8 % der Zweitstimmen.
1985 zieht die Partei bei den hessichen Kommunalwahlen in die Parlamente von 17 Landkreisen und fünf kreisfreien Städten ein.[845]
Nach der Landtagswahl entsteht die erste rot-grüne Landesregierung.[846] Nachdem sich Die Grünen in Hessen etabliert haben[847] und der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl **1986** die globalen Folgedimensionen der „modernen“ Technologie erfahrbar macht[848], gewinnen die Themenfelder „Ökologie“, und „Die Grünen“, im Akademieprogramm an Bedeutung.[849] Allerdings wird das Thema „Tschernobyl“ im Akademieprogramm nicht direkt beachtet. Angebote mit Bezügen zu den Folgerisiken der Atomtechnik sind:
1976: Die Problematik unseres wirtschaftlichen Wachstums. 1. Seminarabend des Arbeitskreises „Kernkraftwerk Borken“ (Veranstaltungsreihe, die erste Veranstaltung hat die Nr. 1728),
1983: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Das künftige Sicherungssystem kerntechnischer Anlagen (Nr. 2399),
1991: Kern: Energie. Die Energiebilanz als ökologischer Maßstab der Industriegesellschaft. Umweltkonsultation der EKKW (2837),

---

844 Der Club of Rome ist ein informeller Zusammenschluss von ca. 70 Mitgliedern (Wissenschaftler, Industrielle, Humanisten) aus 25 Staaten. Er wurde 1968 gegründet, um die Zusammenhänge der Menschheitsprobleme zu ergründen. Vgl. Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart [16]1994, S. 10. 1992 erscheint das Folgewerk: Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Randers, Jorgen: Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1994. Vgl. Wüst, Jürgen: Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt 1993, S. 96 ff.

845 Vgl. Wüst 1993, S. 107 ff. Vgl. Relke, Frank: Ökorepublik Deutschland? Die Ökologisierung der Wirtschaft in den Programmen der bundesdeutschen Parteien, Frankfurt 1997, S. 76 ff. Vgl. Olzog/Liese [21]1992, S. 166 f.

846 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 329. Vgl. SZ vom 12.04.2008.

847 Vgl. Olzog/Liese [21]1992, S. 167 ff. Vgl. SZ vom 12.04.2008.

848 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 395 ff.

849 Exemplarisch seien die Veranstaltungen „Sinnlich Wissen schaffen. Zur Veränderung der Wissenschaft durch ökologisches Denken“ (Nr. 2530), „Wohin mit dem Müll? Wochenende für Kinder und Erwachsene“ (Nr. 2531) und „Ethik des Lebens. Gespräch mit der Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag“ (Nr. 2537) aus dem Jahr 1986 genannt.

1996: 10 Jahre nach Tschernobyl. Überlebens-Strategien angesichts atomarer Potenziale - Denk-Tag (Nr. 3192, Ev. Studentinnen- und Studentengemeinde Kassel).

Für Ulrich Beck ist das Kraftwerkunglück in Tschernobyl das symbolische Synonym für die ausgehende Moderne. Das technologische Weltbild der Moderne sei auf den Kopf gestellt worden.[850]

In der Fachliteratur wird konstatiert, dass der Bevölkerung in Europa nie zuvor auf derart reale Weise bewusst wurde, dass es globale Bedrohungen gibt, die keine politischen und geografischen Grenzen kennen. Selbst 19 Jahre nach dem Reaktorunglück wird in Aufsätzen zur Umwelt-, Entwicklungspolitik und zur Globalisierung auf „Tschernobyl" verwiesen.[851]

Ein weiteres plakatives und von der Öffentlichkeit beachtetes Beispiel ist die Entdeckung von Pflanzenschutzmitteln im Fleisch arktischer Pinguine, obwohl in der Antarktis, dem Lebensraum der Pinguine, keine Landwirtschaft betrieben wird.[852]

Wirtschafts- und Agrarpolitik

In den 90er Jahren gewinnen die Themenbereiche Wirtschaft-[853] und Agrarpolitik[854] an Bedeutung. Diese Diskursfelder wurden in den Akademieprogrammen der vorangegangenen Jahre bereits berücksichtigt. Es fällt jedoch auf, dass diese Bereiche im Akademieprogramm quantitativ zunehmen und die Themenfelder ineinander übergehen.

Der globale Aspekt wird im Jahr 2002 durch eine Veranstaltung berücksichtigt, in der Großküchenbetreibern Ratschläge zum Einkauf von fair gehandelten Produkten gegeben

---

850 Vgl. Beck 2006, S. 7; S. 29. Beck kommt sowohl in „Risikogesellschaft" wie auch in späteren Veröffentlichungen bei der Charakterisierung der Risikogesellschaft stets auf das Beispiel Tschernobyl zurück. In Becks Risikogesellschaft finden sich auf mehr als sechs Seiten Verweise auf Tschernobyl und die atomare Bedrohung. Siehe Beck 2006, S. 7; S. 28; S. 79; S. 98; S. 294.

851 Vgl. Uexküll, Jakob von: Welche Art Fortschritt brauchen die Menschen, braucht die Welt heute? in: Bundeszentrale für politische Bildung 1995, S. 391. Vgl. Beck 2007, S. 212 ff. Vgl. Nolte 2006, S. 11.

852 Vgl. Beck 2006, S. 30 ff.

853 Im Jahr 1991: Nr. 2853, Nr. 2873; in den Jahren 1992/93 (Veranstaltungsreihe) Nr. 2953, Nr. 2954, Nr. 2958, Nr. 2962, Nr. 2965; im Jahr 1994: Nr. 3094, Nr. 3095; im Jahr 1995: Nr. 3136; im Jahr 1996: Nr. 3220; im Jahr 1997: Nr. 3248, Nr. 3259. Vgl. Materialband.

854 Im Jahr 1991: Nr. 2802, Nr. 2828; im Jahr 1994: Nr. 3101; im Jahr 1995: Nr. 3161, Nr. 3212 sowie eine Veranstaltung im November 2001, bei der es um die Rolle der Landwirte als „Energiewirte" geht. Vgl. Materialband.

werden. In diesem Kontext sind die Veranstaltungen zum Diskursfeld Umwelt[855] zu sehen, die thematisch zunehmend mehr Berührungspunkte mit den Wirtschafts- und Agrarangeboten haben.

Die Umweltkonsultation „Grünes Geld. Investieren zugunsten der Umwelt - aber wie?“ vom 13. März 1997 ist zugleich eine wirtschaftspolitische Veranstaltung und die Umweltkonsultation „Landwirtschaft zwischen Produktionszwang und Umweltauflagen“ vom 5. September 1990 gleichfalls eine Landwirtschaftstagung.

9.4.4 Internationale Politik

Im thematischen Zentrum der Akademieangebote zur internationalen Politik stehen in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges friedenspolitische Veranstaltungsangebote.

Weitere Schwerpunkte sind die Themengebiete Entwicklungspolitik, Länderkunde, interreligiöser Dialog sowie postnationale Konstellationen im europäischen und internationalen Kontext.

9.4.4.1 Friedenssicherung in Europa

Die Veranstaltungstitel sind in den 50er Jahren sehr offen formuliert: Formulierungen wie „Die christliche Verantwortung für Europa“ im Jahr 1951 oder „Europa - der Ausweg?“ (1954)[856] erlauben einen großen inhaltlichen Gestaltungsspielraum.[857]

Seit den 60er Jahren werden die Themenformulierungen konkreter, wobei sich das Oberthema „Friedenssicherung in Europa“ herauskristallisiert.[858] Der Titel „Die Gräber von gestern - Mahnung für morgen. Das Vermächtnis der Kriegsgräber für die Friedensarbeit Europas“[859] lässt 1962 erkennen, dass die Veranstaltung im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Vergangenheitsbewältigung steht. Eine weitere thematische

---

855 Im Jahr 1990: Nr. 2774, Nr. 2791, Nr. 2796, Nr. 2798; im Jahr 1991: Nr. 2837, Nr. 2863; im Jahr 1992: Nr. 2931; im Jahr 1995: Nr. 3129, Nr. 3156; im Jahr 1996: Nr. 3192, Nr. 3227 sowie je eine Veranstaltung im Januar 1998 und im Oktober 1999. Vgl. Materialband.

856 Nr. 129, Nr. 292.

857 Weitere Veranstaltungen mit europäischen Bezügen im Jahr 1954: Nr. 292; im Jahr 1956: Nr. 349; im Jahr 1958: Nr. 457; im Jahr 1959: Nr. 516.

858 1965: Nr. 892; im Jahr 1966: Nr. 935; im Jahr 1969, Nr. 1108.

859 Nr. 703.

Fokussierung ist das Verhältnis der BRD zu den östlichen Nachbarstaaten und zu Amerika.[860]

Die Akzentuierung der Akademieangebote in den 50er und 60er Jahren auf die Vergangenheitsbewältigung und auf das Verhältnis zu den beiden Weltmächten ist aufgrund der außergewöhnlichen Situation der Nachkriegszeit leicht nachvollziehbar. Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland ist kein souveräner Staat und die erste Bundesregierung hat keinen Außenminister. Der Staat verfügt weder über einen diplomatischen Dienst noch über eine Armee.[861] 1955 werden die ersten Verbände der Bundeswehr aufgestellt. Ein Jahr später wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.[862]

Perspektivwechsel

Ein Perspektivwechsel wird im Akademieprogramm in den Jahren 1968 und 1969 durchgeführt: Für ausländische Gäste werden in Kooperation mit anderen Organisationen zwei Seminare über Deutschland angeboten.[863] In diesem Zusammenhang ist auch die 1970 angebotene Tagung „Die politische Verantwortung der Kirche - The political Responsibility of the Church. Kurs für Akademieleiter aus Asien, Afrika und Lateinamerika“ (Nr. 1201) zu sehen.

Seit den 70er Jahren finden im Bereich „Internationale Politik“ signifikant mehr Veranstaltungen statt. Es gibt zunehmend Angebote, die von den Kirchengemeinden initiiert oder mit Kooperationspartnern durchgeführt werden.[864] Der Trend der europäischen friedenspo-

---

860 Im Jahr 1961: Nr. 620; im Jahr 1962: Nr. 681; im Jahr 1966: Nr. 895; im Jahr 1968: Nr. 1036, Nr. 1077; im Jahr 1969: Nr. 1101 sowie eine Studienreise in die Sowjetunion (Nr. 1133).

861 Vgl. Graml, Hermann: Die Außenpolitik, in: Benz. Band 1, 1989, S. 220.

862 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 123.

863 Seminarausschreibung: „Deutschland-Seminar. International Educators' Conference (Atlantik-Brücke Hamburg und Canadian Department of National Defence Dependants' Schools Overseas) Nr. 1056 und Nr. 1134.

864 Von Kirchengemeinden initiiert (Auszug): 1970: „Rußland und Deutschland“ (Nr. 1167), Kirchengemeinde Homberg; 1972: „Deutschland zwischen Ost und West“ (Nr. 1329), Kirchengemeinde Schlüchtern. Veranstaltungen mit Kooperationspartnern (Auszug): 1971: „Die amerikanische Herausforderung“ (Nr. 1264), Kooperationspartner Deutsch-amerikanische Gesellschaft und Landesverband Hessen der Europa-Union; 1974: „Das Europa von morgen“ (Nr. 1511), Landesverband Hessen der Europa-Union; 1976: „Widerstand oder Ergebung? Christen und Kirchen in Osteuropa“ (Nr. 1806), Kooperationspartner Christliche Ostmission e.V.; 1979: „Brasilien. Ein Land der Dritten Welt an der Schwelle zum Industriestaat“ (Nr. 1974), Kooperationspartner Amnestie International; 1981: „Ökonomische Grundlagen der Entwicklungspolitik“ (Nr. 2224) in Kooperation mit der Ökumenischen

litischen Themen hält an. Das Augenmerk liegt in den 70er Jahren mit sieben Angeboten beim Verhältnis von Deutschland zu seinen östlichen Nachbarstaaten.[865] In diesem Kontext sind für die 70er und 80er Jahre ebenso wie zuvor für die 60er Jahre die Themen „Kalter Krieg", „Sowjetunion" und „Amerika" zu nennen.[866]

Historischer Hintergrund ist die 1969 gebildete sozialliberale Koalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler und Walter Scheel als Außenminister. 1970 schließen Brandt und Scheel mit der Sowjetunion einen Vertrag, durch den die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze sowie die Grenze zwischen der DDR und der BRD als unverletzlich anerkennt. Im selben Jahr unterzeichnen Brandt und Scheel den Warschauer Vertrag mit Polen, der die Respektierung der Oder-Neiße-Grenze bekräftigt.[867]

Christliche Verantwortung für Europa

Eine weitere Motivation für die europapolitischen Veranstaltungen dürfte die von Glaubenskonflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen geprägte Geschichte Europas sein.[868]

Die Veranstaltungen

„Die christliche Verantwortung für Europa" aus dem Jahr 1951,
„Die Gräber von gestern - Mahnung für Morgen" aus dem Jahr 1962,
„Übungen in Mitmenschlichkeit. Europäische Meditation" aus dem Jahr 1978,
„Die Rolle Europas und seiner Kirchen im Friedensprozess" im Jahr 1983,[869]
„Die Zukunft auf dem Balkan" vom 15.-17.09.2000 und
„Militärmacht EU. Neue Strategien für das alte Europa" vom 24. bis 26.10. 2003

zeigen im Längsschnitt das Bemühen der Akademie um die Berücksichtigung einer christ-

---

Werkstatt der EKKW; 1984: „Kriege in der Dritten Welt. Wissenschaftliches Kolloquium der AFK in Zusammenarbeit mit der Ev. Akademie Hofgeismar" (Nr. 2466). Vgl. Materialband.

865 Im Jahr 1970: Nr. 1224; im Jahr 1971: Nr. 1318; im Jahr 1972: Nr. 1329; im Jahr 1973: Nr. 1478; im Jahr 1974: Nr. 1568, Nr. 1582; im Jahr 1977: Nr. 1806. Vgl. Materialband.

866 Im Jahr 1970: Nr. 1202, Nr. 1167, Nr. 1221, sowie die Studienreise Nr. 1214; im Jahr 1971: Nr. 1264; im Jahr 1974: Nr. 1511; im Jahr 1978: Nr. 1897, Nr. 1903; im Jahr 1982: Nr. 2246, Nr. 2261, Nr. 2307; im Jahr 1983: Nr. 2383; im Jahr 1986: Nr.3334; im Jahr 1987: Nr. 2616; im Jahr 1988: Studienreise Nr. 2648; im Jahr 1989: Nr. 2709, Nr. 2748. Die Veranstaltungen Nr. 2494 aus dem Jahr 1985 und Nr. 2637 aus dem Jahr 1988 befassen sich mit den Themen „Frauen und Militär" und „Kirche und Weltfrieden". Vgl. Materialband.

867 Vgl. Graml 1989, S. 258.

868 Vgl. Habermas 1998, S. 155 f.

869 Veranstaltungen: Nr. 129, Nr. 703, Nr. 1897, Nr. 2261.

lichen Verantwortung für „Europa“.

Neben den friedenspolitischen Themen gewinnen seit den 80er Jahren europäische Themen zu weiteren Politikfeldern an Bedeutung. In der ersten Hälfte der 80er Jahre gibt es sieben Tagungen, welche die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, die Rolle der Kirchen in Europa, die Osterweiterung der EU und die innereuropäische Migration thematisieren.[870] Seit den 90er Jahren werden von der Akademie Angebote zu Verkehrsströmen in Europa mit lokalem Bezug, Föderalismus in Europa, Nation, soziale und wirtschaftliche Unterschiede in Europa und europäische Agrarpolitik mit lokalem Bezug unterbreitet.[871]

9.4.4.2 Entwicklungspolitische und länderkundliche Schwerpunkte

Nachdem es in den 60er und 70er Jahren erst wenige entwicklungspolitische Angebote gab, wird dieses Themengebiet zusammen mit dem Thema „Dritte Welt“ in den 80er Jahren mit 14 Programmpunkten zu einem Schwerpunkt in der Kategorie „Internationale Politik“.[872] Das Thema Entwicklungspolitik gewinnt innerkirchlich in den 80er Jahren an Bedeutung, was institutionell durch die 1980 gegründete Ökumenische Werkstatt Kassel zum Ausdruck gebracht wird.[873]

Diese Schwerpunktsetzung könnte im Rahmen des von den Vereinten Nationen Anfang der 70er Jahre formulierten Ziels, die „absolute Armut“ zu überwinden und die weltweite Sicherung der Grundbedürfnisse herzustellen, zu sehen sein.[874] Um die Überwindung der absoluten Armut afrikanischer, südamerikanischer und asiatischer Staaten zu erreichen, sollten die Industrieländer nach Vorstellung der Vereinten Nationen 0,7 % des jeweiligen

---

870 Im Jahr 1980: Nr. 2077; im Jahr 1981: Nr. 2182; im Jahr 1982: Nr. 2220, Nr. 2283, Nr. 2310; im Jahr 1983: Nr. 2340; im Jahr 1984: Nr. 2446.

871 Im Jahr 1992: Nr. 2890, Nr. 2897, Nr. 2934, Nr. 2945; im Jahr 1993: Nr. 3005, Nr. 3034; im Jahr 1994: Nr. 3152; im Jahr 1996: Nr. 3184, Nr. 3225; im Jahr 1997: Nr. 3266 sowie zwei Veranstaltungen im Jahr 1998, je eine Veranstaltung 1999 und im Jahr 2000, je drei Tagungen in den Jahren 2002 und 2003 und eine im Jahr 2004.

872 Im Jahr 1980: Nr. 2112, Nr. 2131; im Jahr 1981: Nr. 2185, Nr. 2198, Nr. 2224; im Jahr 1982: Nr. 2236, Nr. 2322;
im Jahr 1984: Nr. 2446, Nr. 2466, Nr. 2485; im Jahr 1986: Nr. 3306, Nr. 3310, Nr. 2549; im Jahr 1987: Nr. 2623.

873 Siehe das Faltblatt mit dem Titel „Ökumenische Werkstatt Kassel“, zu beziehen über: Ökumenische Werkstatt Kassel, Querallee 50 - 52, 34119 Kassel.

874 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann ^{8}1992, S. 235.

Sozialprodukts für Entwicklungshilfemaßnahmen zur Verfügung stellen. Diese Zahl wurde allerdings zu keinem Zeitpunkt erreicht. Für die Entwicklungshilfe stellte die BRD in den 70er und 80er Jahren, der „Hochphase" der Entwicklungshilfe, nicht mehr als 0,5 % des Sozialprodukts zur Verfügung.[875]

In seiner Analyse zur „Risikogesellschaft" stellt Beck einen Zusammenhang zwischen der Armut in Afrika und den dort auftretenden, aus den Industriestaaten exportierten Gefahrenlagen der industriellen Produktion her. Für die Menschen in den Armutsregionen seien chemischen Fabriken mit ihren imposanten Tanks Symbole des Erfolgs. Die darin enthaltene Todesdrohung bleibe hingegen unsichtbar.[876] Vor diesem Hintergrund sind die kontextualen Akademieangebote zu sehen. Kirchliche Entwicklungshilfe geschah von Beginn an unter der Prämisse der Hilfe zur Selbsthilfe und hatte zu keinem Zeitpunkt den Export von Industrieanlagen zum Ziel.

Von der „Dritten" zur „Einen" Welt

Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation wird bei der Beschreibung des Verhältnisses zwischen reichen und armen Ländern weniger von der „Dritten Welt" als von der „Einen Welt" gesprochen.[877] Ebenso wie es bei dem Dritte Welt-Begriff eine Begriffsumbildung gab, ist in der politischen Bildung seit den 90er Jahren zunehmend von „globalem Lernen", „globalen Problemen" oder von „entwicklungspolitischer Bildung" und nicht mehr von der „Dritten Welt-Pädagogik" die Rede.[878] Mit der „Arbeitsgemeinschaft Globales Lernen in Hessen", in der sich 1997 zwanzig Akteure aus Nichtregierungsorganisationen, Schule und außerschulischer Bildung zusammenschlossen, bildet sich zudem eine neue pädagogische Arbeitsform. Ein Kongress dieser AG lautete „Eine Welt - Spur(t)en in Hessen".[879]

Im Veranstaltungsprogramm der Akademie verlieren in den 90er Jahren klassische entwicklungspolitische Themen wie die Armutsbekämpfung, Sicherung der Gesundheitsfür-

875 Vgl. ebd.

876 Beck 2006, S. 55. Vgl. Küster, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 41 ff.

877 Vgl. Weißeno 1999, S. 51 f.

878 Vgl. ebd., S. 52.

879 Vgl. Geßner/Rinneberg 2004.

sorge und Bildung an Bedeutung.[880] Dies entspricht der veränderten Ausrichtung der Entwicklungspolitik sowie der Nichtregierungsorganisationen, die seit den 90er Jahren verstärkt die Themenbereiche ökologische Nachhaltigkeit, Demokratieförderung, Krisenprävention und globale Strukturpolitik in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen.[881]
Die länderkundlichen Angebote der Akademie haben oft wirtschaftspolitische Bezüge. Einige Tagungen sind Begleitveranstaltungen zu Studienreisen. Offerten gibt es zu einzelnen Kontinenten, Regionen und Staaten wie Lateinamerika[882], Afrika[883], Asien[884], dem Nahen Osten[885], dem Baltikum[886] und dem Balkan[887]. Veranstaltungen zu den Vereinten Nationen und den Menschenrechten werden vereinzelt im Programm berücksichtigt.[888]

9.4.4.3 Interreligiöser Dialog

Die kulturelle und religiöse Verständigung findet im Akademieprogramm der 90er Jahre zunehmend Berücksichtigung, wobei es neben den Angeboten zu den Weltreligionen auch Veranstaltungen zu den indigenen Völkern gibt.[889]

---

880 Entwicklungspolitische Angebote: eine Veranstaltung zum „Erlassjahr 2000“ im Mai 1999, eine Veranstaltung im September 1999 zu den Auswirkungen des Tourismus auf die „Länder des Südens“. Im Jahr 2004 werden vier entwicklungspolitische Angebote unterbreitet. Vgl. Materialband.
Zur Eingrenzung der klassischen entwicklungspolitischen Themen siehe auch: Eberlei 2002, S. 23 ff.

881 Vgl. Debiel, Tobias/Sticht, Monika: Entwicklungspolitik, Katastrophenhilfe und Konfliktbearbeitung. NGOs zwischen neuen Herausforderungen und schwieriger Profilsuche, in: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Bonn 2005, S. 129. Vgl. Müller 2002, S. 65 ff.

882 Im Jahr 1983: Nr. 2332; im Jahr 1985: Nr. 2493; im Jahr 1987: Nr. 2609; im Jahr 1988: Nr. 2654, Nr. 2664; im Jahr 1991: Nr. 2856. Vgl. Materialband.

883 Im Jahr 1975: Nr. 1573; im Jahr 1982: Nr. 2274; im Jahr 1984: Nr. 2450 sowie die Studienreise für Asylrichter Nr. 2474; im Jahr 1986: Nr. 3322; im Jahr 1992: 2914; im Jahr 1996: Nr. 3197 sowie je eine Veranstaltung in den Jahren 2000, 2001 und 2005. Vgl. Materialband.

884 Im Jahr 1972: Nr. 1339, Nr. 1395; im Jahr 1977: Nr. 1791; im Jahr 1980: Nr. 2084; im Jahr 1981: Nr. 2139; im Jahr 1992: Nr. 2944; im Jahr 1994: Nr. 3081, sowie eine Veranstaltung im Februar 1999 zum Thema „Asien Values“ und eine Studienreise nach China im März/April 2002.

885 Im Jahr 1970: Nr. 1181 (Thema: religiöse Begründung des Staates Israel, eine ähnliche Veranstaltung wird im Oktober/November 1998 angeboten); im Jahr 1988: Nr. 2686; im Jahr 1989: Nr. 2740. Vgl. Materialband.

886 Im Jahr 1993: Nr. 3009 sowie die Studienreise 1994 mit der Nr. 3080.

887 Im Jahr 1993: Nr. 2998 sowie eine Veranstaltung im September 2000.

888 Z. B. Nr. 2986, Nr. 3017.

889 Im Jahr 1992: Nr. 2930; im Jahr 1993: Nr. 2994; im Jahr 1997: Nr. 3257, Nr. 3272 sowie eine Veranstaltung im März 1998 zu einem „ökumenischen Programm für das neue Jahrtausend“ und die Veran-

Es ist zu vermuten, dass die Entwicklung hin zur Ausweitung des interreligiösen Dialogs nicht nur eine Randerscheinung aufgrund aktueller weltpolitischer Ereignisse bleibt, da Beer als Vertreter der EAD den interreligiösen Dialog im Kontext politischer Bildung als notwendige zukünftige Angebotsform nennt: „Wenn in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft den kulturellen Spezifika vielfältiger Milieukulturen eine zunehmende politische Prägekraft zukommt, so wird es (...) für politische Bildung unumgänglich, diese Schnittmenge mit kultureller Bildung und Kulturarbeit zu verstärken und dabei auch interreligiöse Dialoge in die eigene Angebotspalette einzubeziehen."[890]

Schwerpunkt Nah-Ost

Im Akademieprogramm fallen seit den 80er Jahren Angebote zum Themengebiet „Politisch-religiöse Entwicklungen im Nahen Osten" auf.

Die politische Bedeutung des Islam wird 1980 unter dem Titel „Iran. Islam und Politik", 1983 unter „Pakistan. Islamische Kultur und politische Struktur" und im Juni 1998 bei der Tagung „Der Islam. Eine Herausforderung zum politischen Dialog in Deutschland" thematisiert.[891] 2003 wird eine Studienreise in die Türkei mit begleitender Tagung angeboten.[892]

Politischer Hintergrund für diese Angebote dürfte im Wesentlichen die „islamische Revolution" 1979 im Iran sein, mit welcher der Nahe Osten das Interesse der Industriestaaten auf sich zog. Im Iran wurde ein islamisch-fundamentalistischer Staat institutionalisiert.[893] 1980 erklärte der Nachbarstaat Irak unter dem Diktator Saddam Hussein dem Iran den Krieg. Für diesen Krieg gab es mehrere Gründe: Der Irak beanspruchte den Grenzfluss Schatt al-Arab, wollte die iranische Erdölprovinz Khuzistan einnehmen und das irakische Regime befürchtete einen größer werdenden ideologischen Einfluss des muslimischen „Gottesstaates" auf die übrigen arabischen Staaten. Es handelte sich dabei keineswegs um

---

staltung „Native People will survive. Zielgruppe: Engagierte für Menschenrechte und die Kulturen indigener Völker" im Mai 2001.Vgl. Materialband.

890 Beer, zitiert aus: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 44 f.

891 Nr. 2047 und Nr. 2381. Die Tagung im Juni 1998 fand in Zusammenarbeit mit dem „Evangelischen Wehrbereichsdekan IV Mainz" statt. Vgl. Materialband.

892 „Zwischen Rechtsstaat und Gottesstaat - Grundkonflikt der modernen Türkei."

893 Vgl. Rieck, Andreas: Der ideologische Faktor. Panarabismus, Nationalismus, arabischer Sozialismus, islamischer Fundamentalismus, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfass Nahost, Reinbeck 1991, S. 118 f.

einen innerarabischen Konflikt, was an der Tatsache zu erkennen ist, dass der Irak von vielen westlichen Staaten wie den USA und Frankreich hoch entwickelte Rüstungsgüter erhielt. Ein Grund für diese Unterstützung könnte in der Furcht der westlichen Staaten vor einer Ausbreitung fundamentalistischer Strömungen liegen.[894]

Das Thema „Nahost" ist allerdings nicht erst seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert für die westlichen Staaten von Aktualität, wie der ehemalige Nahost-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Arnold Hottinger, herleitet: „Die islamische Welt und die westliche - sich einst christlich nennende, heute wohl eher als postmodern auftretende - postindustrielle Zivilisation haben als zwei nebeneinander liegende Kulturkreise stets gemeinsame Grenzen besessen. Diese haben sich im Lauf der 1400-jährigen gemeinsamen Geschichte beständig verschoben und sie sind oftmals - doch keineswegs immer - Kampfgrenzen gewesen."[895]

Nach Hottinger besteht das Gleichgewicht der beiden Weltreligionen nicht mehr, seit das Gegenüber von Islam - Christentum durch das Gegenüber von Islam - nationalistisch/ westliche Kolonialmacht abgelöst worden sei.[896]

Der Einfluss des Islams aus kirchlicher Perspektive

Aus der Perspektive des Protestantismus stellt der Islam im 21. Jahrhundert eine Herausforderung für die Kirchen und für den Staat dar. Nach Angaben des Islamarchivs in Soest wurden im Jahr 2007 in Deutschland 159 Moscheen genutzt, 184 seien im Bau oder in der Planung. Neben diesen durch Minarett und Kuppelbau als islamisches Gotteshaus erkennbaren Gebäuden gebe es etwa 2 600 Gebetshäuser und islamische Bildungsstätten.[897]

In einer Publikation der Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen heißt es: „Der religiöse Pluralismus, vor allem die Präsenz des Islam, fordert Staat und Gesellschaft in Bezug auf Menschenrechte und Demokratieverständnis heraus. Für die Kirchen bedeutet der Pluralismus die Notwendigkeit zum Dialog, zur Mission (...)"[898]

---

894 Vgl. Rieck 1991, S. 118.

895 Hottinger, Arnold: Alte Mythen erwachen zu neuem Leben, in: Das Parlament 32-33/2005, S. 17.

896 Vgl. Hottinger 2005, S. 17.

897 Vgl. SZ vom 09.10.2007, S. 5.

898 Nüchtern, Michael: Religiöser Pluralismus und christliches Abendland, in: Hempelmann, Reinhard/ Dehn, Ulrich (Hrsg.): Dialog und Unterscheidung. Religionen und neue religiöse Bewegungen im Gespräch, Berlin 2000, S. 11.

Von außen betrachtet erscheint allerdings vom Islam weder für die Christen in Deutschland noch für die christliche Kultur in Europa eine Bedrohung auszugehen. Ein US-amerikanischer Professor für Religion und Geschichte, Philip Jenkins, legt dar, dass der Anteil der muslimischen Bevölkerung in den westeuropäischen Staaten lediglich 4,3 % betrage. Selbst bei großzügigen Berechnungen werde die von Moslems abstammende Bevölkerung im Europa des Jahres 2050 nur bei 15 % liegen. Es sei zudem davon auszugehen, dass ein Großteil dieser Menschen eine westlich-säkulare Kultur annehme und die Geburtenrate dieser Bevölkerungsgruppe zurückgehe. Im Gegensatz zum Islam habe sich das Christentum auf einen säkularen Staat eingestellt. Der viel zitierte Mitgliederschwund der christlichen Kirchen müsse sich nicht zwangsweise zum Nachteil der Kirchen auswirken. Vielmehr sei es wahrscheinlich, dass die christlichen Kirchen aus diesem Strukturwandel gestärkt hervorgingen, was Jenkins anhand einiger Beispiele verdeutlicht.[899]

Interreligiöse Verständigung und Verstimmung

Im März 2006 findet in Hofgeismar eine Diskurstagung mit dem Titel „Religionen im säkularen Staat - Dialogtagung mit Muslimen, Pfarrern und Pfarrerinnen sowie Multiplikatoren“ statt. Ziel der Tagung ist es, in einem geschlossenen Teilnehmerkreis, bestehend aus Verantwortungsträgern aus Deutschland und der Türkei, einen Austausch über deren Arbeit zu initiieren.

Den Beteiligten sollte ein geschützter Raum geboten werden, „in dem sie einander kennen lernen und miteinander reden konnten, ohne sich allzu sehr in Diplomatie üben zu müssen und ohne abwägen zu müssen, ob diese oder jene Formulierung nach außen hin missverständlich sein könnte.“[900]

Die Akademie führt die Veranstaltung in Kooperation mit dem Islambeauftragten der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Türkisch-Islamischen Anstalt für Religion e. V. (DITIB) durch. Unterstützt wird sie vom Bundesinnenministerium. Im November desselben Jahres findet eine für die Öffentlichkeit zugängige Tagung mit dem Titel „Das Bild Mohammeds - Religion - Men-

899 Vgl. Jenkins, Philip: Neuer Wein in alten Bräuchen. Die erstaunlich religiöse Zukunft Europas, in: SZ vom 01.10.2007, S. 11.

900 Goldbach, Michael: Türkischer Besuch in der Akademie, in: Anstöße 3/2006, S. 16.

schenrechte - Politik“ statt, zu der in der Akademiezeitschrift „Anstöße“ im Zusammenhang der Berichterstattung über die geschlossene Islamveranstaltung bereits hingewiesen wird.[901]

Konfliktbetonter wurde hingegen das Verhältnis zwischen Islam und Christentum auf dem Evangelischen Kirchentag in Köln im Juni 2007 thematisiert.[902]

Über eine Podiumsdiskussion zwischen muslimischen Vertretern und dem Ratsvorsitzenden der EKD berichtet die Süddeutsche Zeitung: „(...) zwischen den muslimischen Vertretern und dem obersten Vertreter des Protestantismus in Deutschland entwickelt sich zum Thema ‚Wie hältst du es mit der Religionsfreiheit?' eine der hitzigsten Debatten, die der Kirchentag seit langem erlebt hat. Das Publikum, das auch den letzten der 2 000 Pappho-cker besetzt hat, geht mit: Schon als Huber die Bühne betritt, bekommt er so viel Jubel, dass er ein wenig linkisch ins Publikum winkt. Und immer, wenn er den Islam kritisiert, gibt es donnernden Applaus, wohingegen Bekir Alboga ausgebuht wird, als er das ‚gespannte Verhältnis' der evangelischen Kirche zu den Muslimen kritisiert und Huber vorwirft, nichts zum Abbau der Spannungen getan zu haben. Eine Szene, wie sie vor drei, vier Kirchentagen noch undenkbar gewesen wäre.“[903]

Die Akademie Hofgeismar greift nicht erst seit dieser scheinbaren Aktualität durch Tagungsangebote einen entsprechenden Diskurs auf.[904] Diese Veranstaltungen werden in der

---

901 Das Vorgehen, zu brisanten Diskursthemen zunächst eine geschlossene Veranstaltung mit Experten und anschließend eine für die Öffentlichkeit zugängige Tagung anzubieten, hat bei der Akademie Prinzip. Eine entsprechende Veranstaltungsreihe ist auch möglich: Januar 1999: „Was soll die Schule (noch) alles leisten“, offene Tagung, Kategorie III, April 1999: „Globales Lernen“, offene Tagung, Kategorie III, April 1999: „Bildungspolitisches Fachgespräch“, geschlossene Tagung, Kategorie III, November 1999: „Die Verantwortung des Lehrers für ...“, offene Tagung, Kategorie III. Vgl. Materialband. Vgl. Anstöße 3/2006, S. 16. Es gibt auch geschlossene Veranstaltungen, zu denen keine Veranstaltungen mit offenem Teilnehmerkreis folgen. Dies ist zwar ein Widerspruch zum Prinzip der „Öffentlichkeit“ von Politik als Diskurs. Innerhalb dieser Teilnehmerkreise wird jedoch eine Öffentlichkeit hergestellt, da die Teilnehmer als Multiplikatoren wirken. Die Akademie schafft durch solche Veranstaltungen eine Plattform des Dialogs unter den Meinungsbildnern.

902 Bereits im Verlauf des Jahres 2007 wurde bei christlichen und moslemischen Repräsentanten aufgrund von verschiedenen Verlautbarungen und Veröffentlichungen eine gewisse Gereiztheit konstatiert. Vgl. Das Parlament 24/2007, S. 15. Vgl. SZ vom 09.10.2007, S. 6.

903 SZ vom 09./10.06. 2007, S. 2. Vgl. SZ vom 08.06.2007, S. 4 f.

904 Im Jahr 1991: Nr. 2847, Nr. 2867 sowie die Studienreise nach Ägypten Nr. 2870; im Jahr 1996: Nr. 3185; im Jahr 1997: Nr. 3249; je zwei Veranstaltungen in den Jahren 1998 und 1999; eine Veranstaltung im März 2000, je drei Veranstaltungen in den Jahren 2001 und 2002; zwei Veranstaltungen im Jahr 2003 und eine im März 2004.

Regel mit der „Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft“ (DPG) geplant. Das Seminar „The European Role in the Israeli - Palestinian Conflict ...“ aus dem Jahr 2003 richtet sich an internationale Adressaten. Die Akademie scheint bemüht zu sein, nicht nur ein Forum für den gesellschaftlichen Diskurs in der BRD zu bieten, sondern auch einen länderübergreifenden Diskurs anzustreben.

Das Themengebiet Islam bietet Angebote für die Kategorien III (Politik als Diskurs) und IV (Internationale Politik). Zum interreligiösen Dialog mit dem Islam gibt es bezüglich wirtschafts-politischer Themen einige Diskursangebote. Eine Offerte im Jahr 2002 geht Fragen nach Grundwerten in christlichen und islamischen Gesellschaften nach. 2005 gibt es eine Tagung zur Vereinbarung von Grundgesetz und Koran sowie eine Studienreise nach Berlin mit dem Thema „Muslimisches Leben in Deutschland“. Die Angebote zu den Grundwerten und zur Vereinbarung von Grundgesetz und Koran sind vermutlich vor den Hintergründen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA und dem anschließenden Irakkrieg zu sehen.[905]

Die entsprechenden politikwissenschaftlichen Diskussionen bezogen und beziehen häufig das Verhältnis der Weltreligionen zueinander sowie politische und religiöse Zusammenhänge ein. In einem politikwissenschaftlichen Beitrag können die Themenbereiche Antisemitismus, muslimische Einwanderer in Europa, Nahostkonflikt, antiamerikanische Hetze, globalisierungskritische Bewegungen unter dem Oberthema „Antisemitismus im islamischen Einwanderer-Milieu“ miteinander in Beziehung gebracht werden.[906]

Interreligiöse Verständigung in der Risikogesellschaft

Bei den kontextualen Akademieangeboten wird deutlich, dass die Akademieverantwortlichen bemüht zu sein scheinen, eine Herausforderung der Risikogesellschaft anzunehmen: Aufgrund der Unwissenheit über die Risiken, die von fundamentalistischen Moslems ausgehen können, wird der Versuch unternommen, die bei Beck beschriebene „Unkalkulier-

905 Vgl. Beck 2007, S. 81 sowie S. 264 ff. Beck spricht von einem „symbolischen Code 9/11“. Siehe hierzu ders. 2007, S. 131 ff. Vgl. Küster, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 41 ff. Vgl. Nolte 2006, S. 246 ff.

906 Vgl. Leggewie, Claus: Fatale Dialektik der Vorurteile, in: Das Parlament 32 - 33/2005, S. 18.

barkeit des Risikos“[907] durch den Dialog mit islamischen Vertretern und durch die Auseinandersetzung mit dem Islam zu thematisieren. Das Problem von Risiken wie Terrorismusgefahr liegt nach Beck gerade darin, dass es aufgrund von Nichtwissenkönnen Verunsicherungen gibt, die Ängste erzeugen. Diese Ängste mündeten nach Beck in den letzten Irak-Krieg.[908]

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass an diesem Thema gezeigt werden kann, wie eng verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und Ängste in der Risikogesellschaft miteinander verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Kategoriezuordnung der entsprechenden Veranstaltungen zu sehen. Das Verhältnis des Christentums zum Islam im Religion - Staat - Kontext ist ein Schwerpunktthema der Akademie, das als länderkundliches Thema der Kategorie IV „Internationale Politik“ beginnt und sich zu einem Diskursthema entwickelt. 1980 bietet die Akademie die Tagung „Iran. Islam und Politik“[909] an. 1983 folgt eine länderkundliche Veranstaltung zu Pakistan.[910] Ebenfalls, wenn auch mit stärkerem Diskursgehalt, der Kategorie IV zuzurechnen sind die Tagungen „Welcher Frieden nach dem Krieg? Wirtschaftsinteressen und Kulturkonflikte in der Ursprungsregion von Judentum, Christentum und Islam“ im Jahr 1991[911] und „Der Islam. Eine Herausforderung zum politischen Dialog in Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Wehrbereichsdekan IV Mainz“ im Juni 1998. In den Jahren 2002 bis 2005 werden fünf weitere Veranstaltungen zum Themengebiet Islam - Staat - Gesellschaft angeboten, von denen vier den Diskursveranstaltungen zugeordnet wurden.[912]

---

907 Beck 2007, S. 104.

908 Vgl. ebd., S. 104 f.

909 Nr. 2047.

910 Nr. 2381.

911 Nr. 2847.

912 Kategorie III: „Grundwerte in christlicher und islamischer Gesellschaft. Auf der Suche nach einer Ethik der Zivilisation“, vom 22. - 24.02.2002; „Christliche, jüdische und islamische Wirtschaftsethik“, vom 12. - 14.04.2002; „Streitfall Islam. Recht in Deutschland zwischen den Kulturen“, vom 26. - 28. 03.2004; „Grundgesetz kontra Koran. Das Verhältnis von Demokratie und Islam in Deutschland“, vom 21. - 23.01.2005; „Muslimisches Leben in Deutschland“, vom 30.03. - 03.04.2005. Die Tagung „Islamismus als road block? Palästina und seine Zukunft neben Israel“ ist der Kategorie IV zugeordnet.

9.4.4.4 Postnationale Konstellationen im europäischen Kontext

Bevor auf die von der Akademie angebotenen Tagungen eingegangen wird, erscheinen einige grundlegende Ausführungen zur EU als Gestalt einer postnationalen Demokratie notwendig. Als Vorläufer postnationaler Konstellationen können auf europäischer Ebene die Verträge und Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit angesehen werden.

Auf dem Weg zur EU

Nach dem Zweiten Weltkrieg streben die westeuropäischen Staaten Frankreich, BRD, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg eine wirtschaftliche Zusammenarbeit an, um die Kräfte zur Überwindung der Kriegsfolgen zu bündeln. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) erhielt dieser wirtschaftliche Zusammenschluss 1957 einen administrativen Rahmen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist neben der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) eine der drei Teilgemeinschaften der EG. 1986 bekunden die mittlerweile zwölf EG-Staaten mit der „Europäischen Akte" den Willen zur Schaffung der politischen Gemeinschaft „Europäische Union" (EU), die 1992 mit der Unterzeichnung des „Vertrages über die Europäische Union" (Maastrichtvertrag) beschlossen wird.[913]

Die Europäische Union verfügt im Gegensatz zur EG nicht nur über wirtschaftspolitische Komponenten sondern über die klassischen Institutionen und Arbeitsfelder eines modernen Staatsapparates wie ein Parlament und die Zusammenarbeit im Bereich der Außen-, Innen- und Justizpolitik.[914] Im Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 wurden die genannten Politikfelder gestärkt.[915]

Mit der Gründung der EG und den weiteren Bestrebungen nach einem zusammenwachsenden Europa wird der Fortbestand der in Europa seit dem 19. Jahrhundert dominierenden

---

913 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 241. Vgl. ebd., S. 243. Vgl. Fritzler, Marc/Unser, Günther: Die Europäische Union, Bonn 1998, S. 27. Vgl. Bogdandy, Armin: Die europäische Republik, in: APuZ 36/2005, S. 21.

914 Vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2006. Vgl. Fritzler/Unser 1998.

915 Vgl. Läufer, Thomas: Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000, S. 10 f. Vgl. EU-Vertragstext (bei Läufer abgedruckt).

Staatsform „Nationalstaat“ infrage gestellt,[916] da die Gründung der EWG als der entscheidende Schritt zur Globalisierung Westeuropas angesehen werden kann.[917]

Dementsprechend wird der Entwicklungsprozess der über Jahrzehnte entstehenden EU von Habermas und Beck als Beginn der ersten „Gestalt einer postnationalen Demokratie“[918] bezeichnet. Inwieweit dieser Zusammenschluss von Nationalstaaten die Chance hat, zu einem Bundesstaat zu werden, wird in der wissenschaftlichen Diskussion erörtert.[919] Die diesbezüglichen Positionen von Habermas und Beck werden im Folgenden vorgestellt. Anschließend werden die Akademieangebote, die im Kontext der entstehenden Europäischen Union angeboten werden, beschrieben.

Europäische Identität als Voraussetzung für postnationale Konstellationen

Nach Habermas ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen von postnationalstaatlichen Konstellationen eine entsprechende Bewusstseinsentwicklung bei der Bevölkerung der einzelnen Nationalstaaten:

„Nur unter diesem Druck einer innenpolitisch wirksamen Veränderung der Bewusstseinslage der Bürger wird sich auch das Selbstverständnis global handlungsfähiger Akteure dahingehend ändern können, dass sie sich zunehmend als Mitglieder einer Gemeinschaft verstehen, die alternativenlos zur Kooperation und damit zur gegenseitigen Interessenberücksichtigung genötigt sind.“[920]

Habermas sieht die Herausforderung darin, dass die europäischen Bürger eine staatsbürgerliche Solidarität entwickeln, die über die Akzeptanz einer gemeinsamen Währung hinausgeht. Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung beteiligt sich durch Pub-

---

916 Vgl. Goodman, James: Die Europäische Union. Neue Demokratieformen jenseits des Nationalstaats, in: Beck 1998, S. 333 f.

917 Vgl. Greven, Thomas/Scherrer, Christoph: Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards, Bonn 2005, S. 38.Vgl. Ley, Michael/Lohrmann, Klaus: Projekt Europa. Erfolge - Irrtümer - Perspektiven, Düsseldorf 2007.

918 Habermas 1998, S. 135. Vgl. Beck 2007, S. 289 ff.

919 Vgl. Bogdandy 2005, S. 21 ff. Vgl. Papier, Hans-Jürgen: Die Neuordnung der Europäischen Union, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 31/2004, S. 753 f. Siehe auch den Essay-Beitrag von Ludger Kühnhardt „Quo vadis Europa?“, in: APuZ 36/2005, S. 3 ff. Vgl.: Albert/Steinmetz 2007, S. 23.

920 Habermas, Jürgen: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung (Habermas 1998 a), in: Beck 1998, S. 71 f. Vgl. Habermas 1998, insbesondere S. 149 ff. Eine eingehende Beschäftigung mit dieser Frage würde zu weit vom eigentlichen Thema wegführen, weshalb nur auf den relevanten Bezugsrahmen eingegangen wird.

likationen und Projekte an der Gestaltung eines solchen Bewusstseins.[921]

Für die beginnende Verwirklichung dieser Herausforderung spricht die Beobachtung, dass die Globalisierungsdebatte perspektivisch nicht in erster Linie zwischen den Akteuren Nationalstaat - globale Welt sondern vor dem Gegenüber von Europa - globale Welt geführt wird.[922] In diesem Kontext kritisiert Habermas, dass das europäische Einigungsprojekt elitär, bürokratisch und wenig bürgernah betrieben werde. Die Notwendigkeit der europäischen Einigung begründete Habermas bei einem Gespräch mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier auch mit den Problemen der Weltgesellschaft.[923]

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung drückt dies im Jahr 2000 unter Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wie folgt aus: „In der ‚einen Welt' voller Herausforderungen hat Europa nur eine Chance: es muss globale Verantwortung übernehmen. Europa kann es sich nicht länger leisten, wirtschaftlich als Goliath, weltpolitisch jedoch als Zwerg aufzutreten."[924]

In der vom Ministerium angesprochenen Disparität zwischen ökonomischer und politischer Bedeutung sieht Habermas ein Grundproblem im europäischen Einigungsprozess.[925] Zu einem ähnlichen Fazit kommt Beck. So sei die EU eine Instanz, mit der gegen den Klimawandel vorgegangen werden könne.[926]

Akademieangebote im Kontext der entstehenden Europäischen Union

Mit den europapolitischen Veranstaltungen scheint die Akademie den von Habermas beschriebenen Entwicklungsprozess zur Schaffung größerer politischer Einheiten zu beglei-

---

921 Vgl. Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Wir gestalten Europa. Hessen - ein gutes Stück davon, Wiesbaden 2007.

922 Vgl. Globalisierung - Europas Chance, in: Das Parlament 39/2006, S. 11. Vgl. „Gruß von der Insel. Die Europäische Union soll das Klonen von Menschen fördern", SZ vom 24.03.2006, S. 13. Vgl. „Globalisierung für Europa fair gestalten", SZ vom 14./15.08.2006, S. 17.

923 Habermas bei einem SPD-Kulturforum mit Frank-Walter Steinmeier. Zitiert aus SZ vom 24./25.11. 2007, S. 17.

924 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2000, Berlin 2000, S. 192.

925 Vgl. Habermas' Beiträge „Ein Lob den Iren", SZ vom 17.06.2008, S. 7 und „Verständnis für die Iren", SZ vom 24.06.2008. Habermas schreibt im Kontext des ablehnenden Referendums der Iren zum Vertrag von Lissabon.

926 Vgl. Beck 2007, S. 121.

ten.[927] Hier sind die Tagungen „Der Beitrag Griechenlands zur EG. Folgen für das Ausländer-, Arbeits- und Sozialrecht", „Die Nation im Haus Europa. Der Einzelstaat zwischen Identitätsverlust und Neuorientierung" und „Die Stunde der Wahrheit. Polen an der Schwelle zur EU" zu nennen.[928]

Diese sowie die übrigen Veranstaltungsthemen zu den europapolitischen Tagungen stehen im Kontext der seinerzeit aktuellen politischen Debatten um eine wirtschaftspolitische Positionierung der europäischen Staaten gegenüber amerikanischen und asiatischen Wirtschaftsräumen. Die Diskussionen über die Beitritte weiterer Staaten in die EG und später in die EU haben den Akademiediskurs zu internationalen Themen ebenfalls geprägt.[929]

Eine weitere Zunahme globalisierter Wirtschaftsstrukturen würde nach Ansicht von Habermas die historische Konstellation des Sozialstaates auflösen.[930] Die Akademie greift dieses Problem mit der Tagung „Schlüssel zur Gerechtigkeit? Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte"[931] auf und beteiligt sich dadurch am Diskurs zur Frage nach dem möglichen Folgemodell des Sozialstaats. In diesem Kontext ist die Veranstaltung „Jenseits des Kanals. Großbritannien nach der Wahl"[932] zu sehen. Mit „New Labour" wurde die Strategie der vorauseilenden und zugleich möglich schonenden Anpassung der nationalen Verhältnisse an den globalen Wettbewerb verfolgt.[933] In der BRD wurde der Sieg von Tony Blairs New Labour besonders von Seiten der SPD mit Blick auf die 1998 anstehende Bundestagswahl verfolgt. Schließlich bestanden nach der Wahl in Großbritannien in drei großen EU-Staaten sozialdemokratische Regierungen.[934]

---

927 Vgl. Habermas 1998 (a), S. 74.

928 Veranstaltungsnummern: 2220 und 2934 sowie die Veranstaltung zu Polens Beitritt zur EU vom 27. - 29.09.2002.

929 Vgl. Goodman 1998, S. 333 ff.

930 Vgl. Habermas 1998 (a), S. 73. Vgl. ders., in: Habermas/Ratzinger 2005, S. 26.

931 Vom 25. - 26.11.2004.

932 Vom 17. - 19.06.2005.

933 Vgl. Habermas 1998 (a), S. 72.

934 Vgl. Gow, David: Tony Blair und die SPD. Was die deutschen Sozialdemokraten von New Labour lernen können, in: Die politische Meinung 332/1997, S. 5.

9.4.4.5 Postnationale Konstellationen im globalen Kontext

Bei Sichtung der einschlägigen Literatur zu postnationalen Konstellationen fällt die These der Entwicklung einer „Weltstaatlichkeit“ auf, womit gemeint ist, dass Funktionen politischen Handelns und der Rechtsprechung auf unterschiedliche Orte im und jenseits des Nationalstaats diffundieren. Damit ist nicht die Abschaffung der Nationalstaaten gemeint. Es wird aber zunehmend mehr Akteure geben, die sich bei politischen Fragen der Nationalstaaten und bei politischen Fragen auf zwischenstaatlicher Ebene zu Wort melden und auf Entscheidungen einwirken. Zudem wird es zwischen den einzelnen Nationalstaaten, unabhängig von ihrer Staatsform, vermehrt zu wirtschaftspolitischen Absprachen kommen.[935]

Alte und neue Bedrohungslagen

Während in der Zeit der „Bonner Republik“ die Herausforderungen der Sicherung und Schaffung von Frieden vor dem Hintergrund des Gegenübers von „Ost“ und „West“ sowie die entwicklungspolitischen Fragestellungen das Akademieangebot zu internationalen Themen prägten, ändert sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit den globalen Problemen auch die Perspektive der Akademieangebote. Die Veranstaltungsthemen sind zunehmend mehr von interdisziplinären Ansätzen bestimmt, was in den nachstehenden Unterkapiteln gezeigt werden soll. Parallelen finden sich in der wissenschaftlichen Diskussion:

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gilt es wissenschaftlich als Konsens, dass herkömmliche Formen nationalstaatlicher Steuerung zur Bewältigung der globalen Herausforderungen wie Klimawandel, und Terrorismusbekämpfung unzureichend sind.[936] Die Bedrohungslagen werden unübersichtlicher. Nach Beck entwickeln sich die Nationalstaaten von einer Welt der Feinde zu einer Welt der Gefahren und Risiken.[937] Der Kalte Krieg zähle zu den „alten“ Kriegen des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz zu diesen benennt er mit organisierten Formen privatisierter Gewalt „neue Kriege“. Die Akteure dieser Kriege seien nicht-

---

935 Vgl. Habermas 1998, S. 96 ff. Vgl. Albert 2004, S. 18. Vgl. Der Spiegel 24/2005, S. 94 ff.

936 Vgl. Risse, Thomas/Lehmkuhl, Ursula: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 3. Vgl. GuÈhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie, München 1994. Vgl. Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard: Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 10 ff. Vgl. Beck 2007, S. 121 ff.

937 Vgl. ebd., S. 82

staatliche Kommandeure und Lokaldiktatoren.[938]

Neben der vermeintlichen Notwendigkeit einer verstärkten transnationalen Zusammenarbeit gewinnt der interdisziplinäre Aspekt bei Lösungsansätzen zu globalen Problemen an Bedeutung.[939] In diesem Kontext sieht Habermas nicht die Regierungen, sondern soziale Bewegungen und NGOs als maßgebliche Akteure bei postnationalen Prozessen, weil die grenzüberschreitende Ausweitung wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Handlungszusammenhänge nachweisbar schneller voranschreite als politische Instanzen reagieren könnten.[940]

Angleichende Lebensumstände

Neben den globalen Herausforderungen gleichen sich auch die Lebensumstände an, wie Beck feststellt: „Die Lebensumstände verschiedener Nationen, Klassen und Individuen gleichen sich immer mehr an. Früher lebten unterschiedliche Kontinente, unterschiedliche Kulturen, unterschiedliche Ränge, unterschiedliche Gewerbe und Berufe in verschiedenen Welten, jetzt mehr und mehr in einer Welt. Die Menschen lesen heute ähnliche Dinge, hören ähnliche Dinge, sehen ähnliche Dinge, pendeln im täglichen Muss zwischen ähnlichen Orten hin und her. Sicher, die Gegensätze zwischen Arm und Reich wachsen. Aber im Zuge von Modernisierungen, die immer mehr Länder und Nischen der Welt erfassen, vewandeln sie sich in gleichartige Unterschiede. Jede Ausdehnung der Ausbildung fördert diese Verwandlung. Alle Verbesserungen des Verkehrs fördern sie. Die Wissenschaften und die Technik fördern sie. Die Globalisierung der Wirtschaft fördert sie ebenso wie das Entstehen weltweiter Netzwerke der Telekommunikation.“[941]

Der Soziologe Ulrich Bielefeld ergänzt Becks Einschätzung. Nach Bielefeld müssen Nationen eine Entwicklungsreife herausbilden, um eine Internationalität im empathischen Sinn zu konstituieren. Diese Reife manifestiere sich darin, dass die Nationen postmodern seien. In diesem Sinne bedeute postmodern, dass die Nationen reflexiv ihre Modernität steuern

---

938 Vgl. ebd., S. 264 f.

939 Vgl. Risse/Lehmkuhl 2007, S. 3.

940 Vgl. Habermas 1998 (a), S. 75 ff. Vgl. Genschel/Zangl 2007, S. 12 ff. Vgl. Goodman 1998, S. 361 ff. Vgl. Ecker-Ehrhardt, Matthias/Zürn, Michael: Die Politisierung internationaler Institutionen, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 25. Vgl. Beck 2007, S. 83 f. Vgl. Zürn, Michael: Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Beck 1998, S. 302 ff. Vgl. Goodman 1998, S. 361 ff.

941 Beck [4]1998 (b), S. 336.

könnten. Der Handlungs- und Wertehorizont ist nach dieser Theorie nicht an nationale Grenzen gebunden. In diesem Stadium könnten die Nationen auf Teile ihrer Souveränität verzichten, weil sie supranationale Souveränitätsgewinne erkennen würden.[942]

Interdisziplinäre Akademieangebote

Entsprechend der oben genannten These von Habermas zu den Akteuren postnationaler Prozesse ist die Adressatenausrichtung der Akademie konzipiert, die bei entsprechenden Veranstaltungen in der Regel stets Globalisierungskritiker und NGO-Vertreter anspricht. Bei der Tagung „Auf der Suche nach globaler und sozialer Gerechtigkeit" im Jahr 2005 werden neben Philosophen, Juristen, Theologen und Ökonomen ausdrücklich Globalisierungskritiker eingeladen. Die interdisziplinäre Referenten- und Adressatenausrichtung könnte bei Tagungen mit globalen Themen zu einem Veranstaltungsmerkmal werden.

In diesem Sinne fordert Beer (EAD): „Eine (...) durch die zunehmende Globalisierung hervorgerufene Ausdehnung der Reichweite politischer Bildung ist die Internationalisierung der Arbeit, in der Analyse von Begründungszusammenhängen und in der Perspektive der Strategieentwicklung ebenso wie in der Zielgruppenansprache und in kooperativen Arbeitsbeziehungen zwischen Einrichtungen und Trägern."[943]

Bereits 1982 gibt es mit der Tagung „Global 2000 und die Folgen" sowie 1989 mit der Veranstaltung „Auf dem Weg zu einer ökumenischen Ethik. Südafrikanische, südkoreanische und deutsche Erfahrungen christlicher Solidarität in Befreiungsprozessen"[944] Angebote zu dem bei Habermas beschriebenen Problem des nachlassenden nationalstaatlichen Handlungsspielraumes aufgrund territorial entgrenzter und unregulierter Märkte.[945] Während bei den international einzustufenden Tagungen durch die erwähnten Angebote bereits Überlegungen zu postnationalen Konstellationen angestellt werden, wird bei den Diskursangeboten zur Rolle Deutschlands in der Welt die nationalstaatliche Perspektive gewählt. Entsprechend den zeitgeschichtlichen Entwicklungen des Beitritts der DDR zur BRD fin-

---

942 Vgl. den Artikel „Abkehr vom Westfälischen Frieden", in dem über Bielefelds Thesen berichtet wird, in: SZ vom 09.01.2008, S. 13. Vgl. Bielefeld, Ulrich: Nation und Gesellschaft. Selbstthematisierungen in Deutschland und Frankreich, Hamburg 2003.

943 Beer, zitiert aus: Hufer/Pohl/Scheurich 2004, S. 44.

944 Veranstaltungen Nr. 2287 und Nr. 2704.

945 Vgl. Habermas 1998 (a), S. 77.

det der Themenkomplex „Deutschland - Nation - die neue Rolle in der Welt“ seit 1991 Berücksichtigung in der Diskurskategorie des Akademieprogramms. Zu diesem Thema gibt es 1991 eine Vortrags- und Gesprächsrunde mit dem Titel „Aus Sorge um unser Land - Nachdenken über Deutschland“.[946]

Angebotsvielfalt bei Globalisierungstagungen

Das Themenspektrum der im Horizont der Globalisierung angebotenen Veranstaltungen ist entsprechend der kontextualen Themen sehr breit. Seit den 1990er Jahren werden bei den Akademieangeboten intensiv gesellschaftspolitische Antworten auf die Folgeprobleme der wirtschaftlichen Globalisierung gesucht. An einigen Beispielen soll dies verdeutlicht werden:

1992: Hans Küng erhält eine Plattform für sein „Projekt Weltethos“,[947]

1994: Angebote zu den Handlungsperspektiven der Frauen im internationalen Wirtschaftssystem,[948]

2000: „Colloquium 2000. Faith - Theology - Economy in the Context of Churches and Social Movements Facing Globalisation. Closed conference“,

2002: „Wenn das Brot, das wir teilen ... Die Agrarverhandlungen der WTO. Zielgruppe: Landwirte, Agrarverwaltung, entwicklungspolitische Gruppen und entwicklungspolitisch Interessierte“,[949]

2004: „Schlüssel zur Gerechtigkeit? Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte“ (Adressaten: NGO-Fachleute aus der Entwicklungszusammenarbeit).

Diese Themen stehen im Horizont der bei Beck beschriebenen globalen Probleme der zweiten Moderne, die unabhängig von nationalstaatlichen Grenzen bestehen.[950]

---

946 Nr. 2988, Nr. 2993, Nr. 2995, Nr. 2997, Nr. 3004. Weitere Veranstaltungen zum Themengebiet „Nation“ im Jahr 1991: Nr. 2859; im Jahr 1996: Nr. 3215. Vgl. Materialband.

947 Der katholische Theologe Hans Küng initiierte 1990 mit der Publikation „Projekt Weltethos“ das religionsübergreifende Bemühen zur Schaffung eines Regelwerkes gemeinsamer ethischer Grundforderungen. An diesem Vorhaben sollten sich neben den drei großen Schriftreligionen auch weitere Religionen wie der Buddhismus beteiligen. Vgl. Küng, Hans: Projekt Weltethos, München ^{3}1996.

948 Veranstaltungen Nr. 2943, Nr. 3051.

949 Die Richter des WTO-Gerichtshofes verkündeten 2006, dass EU-Staaten über keine rechtlichen Grundlagen verfügen, um Importverbote zu verhängen. Vgl. Beck 2007, S. 142 f.

950 Vgl. ebd., S. 103 f.

Der hypothetischen Frage, ob bestehende transnationale Konstellationen in eine Weltregierung münden könnten,[951] hat sich die Akademie durch Tagungsangebote bislang nicht gewidmet. Es bleibt abzuwarten, ob sich aus den vielfältigen Globalisierungsthemen ein eigener Akademieschwerpunkt entwickelt. Nach Beck wäre eine solche Ausweitung die Konsequenz aus dem Erkennen der Weltrisikogesellschaft. Die einzige Antwort auf den globalen Terror, auf die globalen Finanzkrisen und auf den Klimawandel bestehe in der transnationalen Kooperation.[952]

Internationales Publikum und Subpolitik

Vereinzelt bietet die Akademie Tagungen an, die sich an ein internationales Publikum richteten. Exemplarisch werden genannt: ,,Colloquium 2000: Faith - Theology - Economy in the Context of Churches and Social Movements Facing Globalisation. Closed conference" (09. - 15.06.00); ,,Die politische Verantwortung der Kirche - The Political Responsibility of the Church. Kurs für Akademieleiter aus Asien, Afrika und Lateinamerika." (Nr. 1201, Jahr 1970); ,,The European Role in the Israeli-Palestinian Conflict: Past European Initiatives and Future Possibilities. In Zusammenarbeit mit der International Politics Working Group of AEGEE-Europe" (24. - 28.02.03).

Solche Veranstaltungen können im Kontext des bei Beck beschriebenen Begriffs von der „Entgrenzung des Politischen" gesehen werden: „Es ergeben sich Konstellationen einer globalen und direkten ‚Subpolitik', welche die Koordinaten und Koalitionen nationalstaatlicher Politik relativieren, unterlaufen und zu weltweiten ‚Bündnissen sich ausschließender Überzeugungen' führen können."[953]

Mit der Ausweitung von Angeboten, die sich an eine internationale Adressatengruppe richten, könnte sich die Akademie intensiver als bisher am Diskurs einer „Weltbürgergesellschaft" beteiligen. Ob die Akademie Position gegenüber einem bei Beck formulierten „Zeitalter der Gleichheit" annimmt, ist bislang nicht absehbar. Beck selbst sieht ein solches Zeitalter äußerst kritisch.[954]

---

951 Vgl. Habermas 1998, S. 159 ff.

952 Vgl. Beck 2007, S. 85.

953 Ebd., S. 154.

954 Vgl. Ders. [4]1998 (b), S. 337.

9.5 Bildungsangebot der Akademie vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen

Nachdem das Akademieprogramm historisch-deskriptiv erläutert wurde, steht im zweiten Auswertungsschritt die Analyse der Akademiearbeit unter der Berücksichtigung des bei Beck beschriebenen gesellschaftlichen Übergangs in die zweite Moderne im Zentrum der Deutung. Quellengrundlage sind in diesem Teil in erster Linie die von der Akademie herausgegebenen Protokolle. Die Auswahl der zu untersuchenden Protokolle wurde durch zwei Faktoren eingeschränkt:

- Die Akademieverantwortlichen lassen nicht zu allen Veranstaltungen Protokolle veröffentlichen. Im Materialband sind in der Tabelle „Hofgeismarer Protokolle zu bildungspoli-tischen und pädagogischen Tagungen“ die für das Politikfeld Bildung relevanten Protokol-le aufgeführt.
- Das Publikationsverzeichnis beginnt mit dem Protokoll Nr. 50 aus dem Jahr 1971. Bei der Recherche konnten weder Protokolle der Nummern 1 - 49 noch entsprechende Publika-tionsverzeichnisse ausfindig gemacht werden. Selbst die älteren Publikationsverzeichnisse der Akademie beginnen stets mit dem Protokoll Nr. 50.

Bei der Analyse der Protokolle werden weite Passagen der protokollierten Referentenbeiträge zitiert. Dadurch liegen dem Leser die relevanten analysierten Textpassagen vor. Zudem wird durch die Zitate die Möglichkeit gegeben, die hinter dem Vortrag befindliche Stimmung des Redners nachzuvollziehen. Schließlich sind einige Beiträge sehr emotional geprägt. Das Gesamtbild des Vortrags soll durch die Zitate deutlicher werden.

Auch in diesem Auswertungsteil sind die im Materialteil abgebildeten Tabellen zu den Akademieangeboten eine Arbeitsgrundlage. Deshalb erscheinen einige vorausgehende Erläuterungen zur Lesart der Tabellen im Kontext dieses Auswertungsteils notwendig. Als Orientierungshilfe wird das Grundschema der Tabelle erneut abgebildet:

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1947				

9.5.1 Die Tabellenkonzeption vor dem Hintergrund der zweiten Moderne

In der deskriptiven Auswertung wurde gezeigt, dass die ersten drei Kategorien historisch aufeinander aufbauen. Des Weiteren orientiert sich der Leitgedanke der Tabelle an der bei Beck beschriebenen Entwicklung von der ersten zur zweiten Moderne.[955]

Bei den Überlegungen zur Tabellenkonzeption stellte sich die Frage, ob die Tabelle ab den 70er Jahren um die Kategorie „Bildung" erweitert werden muss. Quantitativ gewannen Veranstaltungen, die sich mit Fragen nach der Notwendigkeit eines veränderten Bildungssystems und mit der thematischen Behandlung verschiedener Politikfelder in Schule und außerschulischer Weiterbildung befassen, an Bedeutung. Von dieser Erweiterung wurde abgesehen, da die entsprechenden Veranstaltungen trotz der neuen Aspekte jeweils einer der vier bestehenden Kategorien zugeordnet werden konnten.

Statt der angedachten Erweiterung wurden separate Tabellen zu den Themenbereichen „politische Bildung", „Erwachsenenbildung" und „Politikfeld Bildung" erstellt. Die Kategorisierung wurde beibehalten. Wenn es zu einer Kategorie keine Angebote gab, wurde bei der Tabelle auf die Abbildung der entsprechenden Kategorie verzichtet.

Interessenvertretung im Wandel

Im ersten Auswertungsteil wurde gezeigt, dass die für die Berufsstände konzipierten Angebote im Laufe der Jahre an Bedeutung verlieren, während der Dienstleistungsbereich und somit die Fragen nach den Interessenvertretungen in diesen neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsfeldern zunehmen.[956] Das „Ständebewusstsein" verschwindet nach Beck allerdings nicht, sondern wirke mindestens bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts nach.[957] Für die gewählte Tabellenkonzeption ergibt sich dadurch die Schwierigkeit der zunehmend unklarer werdenden Kategorisierung der Akademietagungen. Schließlich ist nach Beck die Industriegesellschaft nie „als Nurindustriegesellschaft möglich, sondern immer nur als halb Industrie-, halb Ständegesellschaft, deren ständische Seite kein traditionales Relikt, son-

---

955 So ist die Kategorie „Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung" der ersten Moderne zuzuordnen, während die Veranstaltungen der Kategorie „Politik als Interessenvertretung" eher auf eine Dienstleistungsgesellschaft schließen lassen.

956 Vgl. Beck 2006.

957 Zur Stützung dieser These zieht Beck das Beispiel der Geschlechterrolle heran. Vgl. ebd., S. 162 ff.

dern industriegesellschaftliches Produkt und Fundament ist (...)“[958]

Dieses Problem verschärft sich bei den Interessenvertretungsveranstaltungen. Stärker als die berufliche Interessenvertretung gewinnt die Interessenvertretung gesellschaftlicher Gruppen an Bedeutung. In der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts und in der Industriegesellschaft der jungen Bundesrepublik stehen die Interessen Bekämpfung der materiellen Not, Klassensolidarität und das Abwenden eines sozialen Abstiegs im Zentrum der Interessenvertretung. Die Interessen wurden von den Gewerkschaften vertreten. In der Risikogesellschaft stehen, wenn die Analyse von Beck zum Erkenntnisgewinn herangezogen wird, das Abwenden von zivilisatorischen Gefahren und die Fähigkeit, die mit den Gefahren verbundenen Herausforderungen biografisch und politisch zu bewältigen, im Fokus.[959]

9.5.1.1 Politik als Diskurs - Auf dem Weg zur zweiten Moderne

Ein Merkmal der zweiten Moderne ist nach Beck die offensichtliche Überlagerung von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, während in der ersten Moderne die Klassenfrage dominierte.[960] Dieser Vielschichtigkeit gerecht zu werden und dennoch den Blick auf die politische Bildungsarbeit der zur Landeskirche gehörenden Evangelischen Akademie Hofgeismar zu konzentrieren, stellte die Herausforderung für diesen Teil der Arbeit dar. Besonders bei der Auswertung der Protokolle zu den agrarpolitischen Veranstaltungen wurde die von Beck angesprochene „Überlagerung“ deutlich.

Diese hier angedeutete Komplexität hängt in entscheidendem Maße mit dem Blickwechsel zusammen, den die Akademie seit den 70er Jahren vollzogen hat. Dieser Blickwechsel steht im Kontext der damaligen Diskursdiskussion. „Politik als Diskurs“ ist ein Merkmal der zweiten Moderne, wurde ab den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu einem theoretischen Schlüsselbegriff des Gesellschaftsverständnisses[961] und gilt unter der Voraussetzung, dass Politik die Form ist, in der eine Gesellschaft sich selbst steuert. Der Bürger beteiligt sich nicht nur durch Wahlen am politischen Prozess, sondern er partizipiert an Politik, in-

---

958 Ebd., S. 179.

959 Vgl. ebd., S. 101 f. Vgl. Habermas [5]1982, S. 529 ff.

960 Vgl. Beck 2007, S. 162.

961 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 10. Vgl. Weißeno 1999, S. 50 f.

dem er sich aktiv in den Meinungs- und Willensbildungsprozess einbringt.[962]
Vor diesem Hintergrund sind die Diskursangebote der Akademie ab den 70er Jahren zu sehen. Bei der deskriptiven Auswertung wurde gezeigt, dass bei den Akademieangeboten bis zu den frühen 70er Jahren der Blick auf die Parteien und Gewerkschaften als Adressaten gerichtet war. Mit „Politik als Diskurs" wird der Blick zunehmend auf den Bürger als Akteur gerichtet.[963] Bei der Analyse der Adressatenausrichtung der Akademieangebote wird dies deutlich werden, weshalb die Adressatenausrichtung ein Schwerpunkt der Veranstaltungsauswertung darstellt.
Politik als Diskurs ist bei diesem normativen Ansatz subjekt- und partizipationszentriert.[964] Weil dieser Ansatz für die politische Bildung entscheidend ist, soll er in den nächsten Abschnitten genauer betrachtet werden.

Gesellschaftswandel in der Moderne

Nach Beck und Meueler hat die Individualisierung eine „neue Form von Vergesellschaftung der Individuen entstehen lassen."[965] Da die schützenden Puffer von Klasse/Schicht und Familie weggefallen seien, würden sich gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte in individuelle Konflikte, Leiden und Belastungen umsetzen.[966] Nach Beck ist dieser Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne ähnlich folgenreich wie der Gesellschaftswandel im Kontext der Reformation. In der Reformation seien die Menschen aus der weltlichen Herrschaft der Kirche in die Gesellschaft „entlassen" worden.[967] Im Zuge der Aufklärung hat die Überzeugungskraft traditionaler, religiöser Welterklärungen nachgelassen. Dem auf sich gestellten Einzelnen muss eine neue Orientierung für seine moralischen Entscheidungen gegeben werden.[968]
In der Bundesrepublik Deutschland habe sich, so Beck, ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub vollzogen, der die Menschen „in einem historischen Kontinuitätsbruch aus

962 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 19.
963 Vgl. ebd., S. 18.
964 Zur Unterscheidung des normativen vom analytischen Diskursansatz siehe ebd., S. 10 f.
965 Meueler ^{2}1998, S. 59.
966 Vgl.ebd.
967 Vgl. Beck 2006, S. 115.
968 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 11 ff.

traditionalen Klassenbindungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“[969] habe.

An die Stelle von Ständen würden nicht mehr soziale Klassen treten und an die Stelle der sozialen Klassen trete nicht mehr der stabile Bezugsrahmen der Familie. Der Einzelne würde zur lebensweltlichen Reproduktionseinheit des Sozialen mit Auswirkungen auf die eigene Biografieplanung.[970] Es gibt Hinweise darauf, dass die Evangelische Akademie Hofgeismar die angesprochene „Überlagerung“ von zivilisatorischen Problemen und die damit verbundenen möglichen biografischen Auswirkungen bei Angeboten mit politischen Bildungselementen berücksichtigt. Dies kann der Fall sein, wenn das Plenum die Möglichkeit erhält, eigene Erfahrungen in eine Tagung zu einem gesellschaftspolitischen Thema einzubringen. Bei der Auswertung des Protokolls „Persönliche Krise und politische Identität“ soll dieser These nachgegangen werden.

In diesem Kontext gehört Politik als Diskurs in den Zusammenhang der epochalen Umstellung gesellschaftlicher und individueller Selbstverständnisse in der Herausbildung der Moderne.[971]

Gesellschaftliche Deutungsmuster in der Moderne

In der Moderne wurden mehrere Deutungswege zur Erklärung der Gesellschaftlichkeiten im Diesseits hervorgebracht. Zu nennen sind

- der Weg von Hobbes, nach dem sich das Individuum aufgrund des Bedürfnisses nach Selbsterhaltung unter ein Gewaltmonopol des Staates unterordnet,
- der liberale Weg, (Besitzindividualismus, Vertragsfreiheit, Bürger als Wirtschaftsbürger) und
- der republikanische Weg nach Kant, der auf die Bestimmung individueller Autonomie des Einzelnen setzt (partizpationsorientierter Weg).[972]

---

969 Beck 2006, S. 116.
970 Ders., S. 119.
971 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 11.
972 Vgl. ebd.

Die gegenwärtige Diskurstheorie orientiert sich in erster Linie an dem dritten Weg, weshalb auf diesen näher eingegangen wird.

Merkmale des republikanischen Weges sind:

- die zentrale Stellung der Öffentlichkeit,
- die Verschränkung individueller und gesellschaftlicher Autonomie in der Teilhabe am Gebrauch gesellschaftlicher Vernunftinteressen und
- das Motiv eines einschließenden Universalismus, wobei das Prinzip der Autonomie die Probe auf die gesellschaftliche Verallgemeinerungsfähigkeit der Moralentscheidung darstellt.[973]

Die evangelischen Kirchen, die mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre die Gesellschaftlichkeit im Diesseits stets mit Deutungsmustern im Jenseits verbanden, haben in der späten Moderne mit den landeskirchlichen Akademien vermutlich den Diskursweg gewählt, um zeitgemäße Methoden gesellschaftlicher Deutungsmuster mit den religiösen Fragen der Menschen zu verbinden.

Diskurstheorie als Theorie des politischen Lernens in der Moderne

Das Grundmotiv des partizipationsorientierten Ansatzes besagt, dass individuelle Autonomie nur gesellschaftlich gedacht werden kann. Das heißt, dass der Einzelne über die moralische Berechtigung seiner Handlung nachdenkt. Die Lösung findet er dabei nur, wenn er die Frage zugleich aus der Perspektive aller stellt. Der Grundsatz, nach dem gehandelt wird, muss verallgemeinerungsfähig sein.[974]

Im Fall der Akademie bedeutet dies: Die Teilnehmer kommen mit ihren Fragen zu gesellschaftlich aktuellen Themen zu den Veranstaltungen. In den Diskussionsrunden können sie ihre Beiträge einbringen. Als Akteur wird der Tagungsgast durch diese teilnehmerzentrierten Angebote ernst genommen und seinem Anspruch auf gleichberechtigte Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten entsprochen. Durch diese Teilhabe am Meinungsbildungsprozess beteiligt sich der „citoyen“ an Politik als Form gesellschaftlicher Selbststeue-

973 Vgl. ebd., S. 12 f.

974 Vgl. ebd., S. 13.

rung.[975] Die Wahrnehmung des Teilnehmers als Akteur ist eine Konkretisierung der Diskurstheorie als Theorie des politischen Lernens in der Moderne.[976]

Die zweite entscheidende Konkretisierung besteht in der Unterscheidung zwischen unmittelbarer Betroffenheit und reflektierter Einstellung des Lernenden. Jeder Teilnehmer hat zunächst eine persönliche Einstellung zum Tagungs- oder Vortragsthema. Der Betroffene verhält sich im Sinne politischen Lernens erst dann politisch, wenn er von der persönlichen Betroffenheit zu einer reflektierten Einstellung gelangt, die seine Frage aus der Perspektive der anderen Betroffenen zu sehen vermag. Sein erkannter Lösungsweg muss gesellschaftlich verallgemeinerungsfähig sein.[977]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Attraktivität des diskurstheoretischen Entwurfs politischer Bildung darin besteht, dass er Politik aus der Perspektive des staatsbürgerlichen Akteurs entwirft. Durch die landeskirchlichen Akademien steht dem citoyen eine diskursive Öffentlichkeit zur Verfügung, in der die Zukunftsfragen der Gesellschaft behandelt werden.[978]

Für die Evangelische Akademie Hofgeismar bedeutet dies, dass die Diskursangebote in erster Linie Angebote im Sinne politischer Bildung darstellen, da sie dem Einzelnen eine Möglichkeit der Partizipation eröffnen. In diesem Deutungshorizont sind die Protokollauswertungen der folgenden analytischen Auswertung zu lesen. Von besonderem Interesse sind dabei jene Protokolle, in denen auch die Beiträge aus dem Plenum veröffentlicht sind.

Nicht zuletzt zeigt sich nach Gerd Steffens eine weitere Stärke eines diskurstheoretisch angeleiteten Politikverständnisses unter den Herausforderungen der Globalisierung. Da die Diskurse aus der Perspektive der Diskursteilnehmer angelegt seien, würden sie einen Gegenentwurf gegen Politikverständnisse bilden, die aus der Perspektive der professionellen Akteure der Macht konzipiert seien.[979] Für das Akademieprogramm sind in diesem Kontext Veranstaltungen zu nennen, die bei der Adressatenbeschreibung explizit Vertreter einer po-

---

975 Vgl. ebd., S. 18.
976 Vgl. ebd., S. 17 f.
977 Vgl. ebd., S. 19.
978 Vgl. ebd., S. 14 f.
979 Vgl. ebd., S. 16.

litischen Einstellung, wie Globalisierungskritiker, nennen.[980]

9.5.1.2 Kategoriebildung im Spiegel der Risikogesellschaft

Die Verdichtung der Diskursangebote ab den 70er Jahren ist offensichtlich nicht nur auf das gesellschaftliche Interesse an der Mitgestaltung des Staates zurückzuführen. Ein Merkmal der Industriegesellschaft der BRD sind die unterschiedlichen Interessen der „Modernisierungsakteure", die ihre Positionen insbesondere bei den Fragen nach den Folgen der von den Menschen verursachten Risiken artikulieren. Als klassisches Beispiel für solche Risiken nennt Beck die unterschiedlichen Positionen zur Sicherheit der Kernreaktoren und die Gefährdung des Friedens durch die atomare Bedrohung.[981]

Bei den Akademieangeboten ab den 60er Jahren sind diese Interessengruppen erkennbar.[982] Die ökologischen Folgen der Moderne sowie ethische Fragen des technisch Möglichen treten spätestens seit dem Ende der 70er Jahre in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.[983] In diesem Zusammenhang gehen zuvor unterschiedliche Interessen ineinander über. Der für die Moderne charakteristisch gewordene Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, das Gegenüber von Unternehmer- und Gewerkschaftsblock löst sich auf, wenn beide Seiten für gemeinsame Interessen kämpfen. Solche neuen Blockbildungen konstituierten sich exemplarisch nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl, als sich in der BRD die Betriebsräte und Arbeitgeberverbände gemeinsam für die Beibehaltung der bisherigen Energiepolitik einsetzten. Die gesellschaftlichen Koalitionsbildungen wurden unübersichtlicher und die Öffentlichkeit kritischer.[984]

Die Risiken der modernen Industriegesellschaft hatten und haben nicht nur Auswirkungen auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Industrie. Die Folgerisiken wirken sich auch auf

---

980 Hier sind die Tagungen „Gerechtigkeit in der Wirtschaft. Quadratur des Kreises? Zielgruppe: Wissenschaftler aus Theologie / Ökonomie / Philosophie / Rechtswissenschaft, wirtschafts- und sozialpolitisch Interessierte, Kritiker von Sozialabbau und Globalisierung" vom November 2004 und „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand. Zielgruppe: Politisch Interessierte und Engagierte, Sympathisanten von ‚linken' Parteien und Gruppierungen." vom 04. - 05.02.2005. zu nennen.

981 Vgl. Beck 2006, S. 38 f.

982 Im Akademieprogramm wird diesem Thema z. B. durch die Veranstaltungen „Der Mensch im atomaren Zeitalter" (Nr. 547, im Jahr 1960), „Das Atom" (Nr. 731 im Jahr 1963) und „Der Mensch und seine Umwelt" (Nr. 761 im Jahr 1963) Rechnung getragen.

983 Vgl. Beck 2007, S. 57 ff. Vgl. ebd., S. 153 ff.

das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft, Politik und gegenüber verschiedenen Berufsgruppen aus. Dadurch vermischen sich die Interessen der einzelnen gesellschaftlichen Klassen. Ein Beispiel für diesen Umbruch ist die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2007 an Al Gore und den Weltklimarat IPCC, da sich für oberflächliche Betrachter erst auf den zweiten Blick erschließt, warum ein ehemaliger Politiker, der sich dem globalen Umweltschutz annahm, gemeinsam mit dem Weltklimarat den Nobelpreis für FRIEDEN erhalten.[985]

Im nachstehenden Auswertungsteil werden Veranstaltungen ab den 70er Jahren genauer untersucht. Diese Zäsur wurde aufgrund der sich abzeichnenden Risikogesellschaft gewählt, für die es nach Beck ab den 70er Jahren deutliche Hinweise gibt.[986] Der zeitliche Abstand von bis zu drei Jahrzehnten kann entsprechend dem gewählten hermeneutischen Ansatz helfen, bestimmte Grundmotive des in dieser Zeit stattfindenden kirchlichen Handelns zu erhellen.[987]

Folgen für die Kategorisierung der Akademieangebote

Die zunehmende Verschränkung und Komplexität gesellschaftlicher und globaler Prozesse spiegelt sich im Akademieangebot wider. Die Konturen zwischen den Kategorien werden unschärfer.

Insgesamt erscheinen bei der Kategoriezuordnung diejenigen Zeiträume, in denen zu zwei Kategorien Veranstaltungen desselben Themenfeldes angeboten werden, problematisch. Die Kategoriezuordnung einer solchen Tagung kann infrage gestellt werden.

---

984 Vgl. Beck 2006, S. 41 ff.

985 Vgl. SZ vom 13./14.10.2007, S. 3. Vgl. Gore, Al: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt a.M. [10]1992. Vgl. Beck 2007, S. 138 f.

986 Vgl. ders. 2006.

987 Vgl. Nolte 2006, S. 38.

Die Tagungen wurden in solchen Fällen den Kategorien zugeordnet, die dem Tagungsthema am ehesten gerecht zu werden scheinen. In dem Tabellenausschnitt ist ein solches Beispiel zu sehen.

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1947	Besinnungstage für Lehrer (2, 7,12, 43 ...)			
1950	Frage der Autorität. Tagung für Junglehrer (88)			
1951		Brauchen wir Lebenskunde an unseren Landwirtschaftsschulen? Tagung für Landwirtschaftslehrer (139)		

Die Tagung für Junglehrer wurde der berufsständischen Kategorie zugeordnet, da der Tagungsgast im Mittelpunkt steht. Das Thema lässt erahnen, dass es darum geht, wie ein Berufseinsteiger gegenüber seiner Klientel Autorität ausstrahlt. Der Berufstätige steht mit seinen Fragen und Problemen, die im Kontext seiner Berufsausübung stehen, im Zentrum. Bei der Tagung für Landwirtschaftslehrer stehen hingegen Fragen mit Bezügen zum Lehrplan im Vordergrund. Die Frage, ob an Landwirtschaftsschulen lebenskundliche Inhalte behandelt werden sollen, ist eine Frage, die in eine politische Entscheidung mündet und trifft die Interessen der betroffenen Lehrkräfte. Diese wollen mitunter auf diese Entscheidung einwirken, bzw. bei dem Entscheidungsfindungsprozess ihre Interessen gewahrt sehen.[988]

Bei den Diskursangeboten des ausgehenden 20. Jahrhunderts und des frühen 21. Jahrhunderts ist mit den nicht eindeutig zuordenbaren Akademieangeboten zu den Kategorien Interessenvertretung, Diskurs und internationale Politik etwas Ähnliches zu beobachten. Allerdings fällt die Kategoriezuordnung noch schwerer als bei den Angeboten der frühen Akademiejahre. Bei einem Umweltdiskurs kommt die Tagungsleitung selten umhin, internationale Aspekte zu berücksichtigen, da Schadstoffe keine nationalen Grenzen kennen.[989] Die Schlagzeile „Müllentsorger der Globalisierung. Indien erlebt die Fortsetzung des alten Ko-

988 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 571 f.

lonialismus“[990] verdeutlicht diese Zusammenhänge. Kennzeichnend für die Risikogesellschaft sind nicht die Fragen nach der Nutzbarmachung der Natur und der berufsständischen Interessenvertretung, sondern im Wesentlichen die Fragen nach den Folgeproblemen der technisch-ökologischen Entwicklung und der weltweiten Verteilungsgerechtigkeit.[991]

9.5.1.3 Adressatenausrichtung als Kernfrage der Akademiearbeit

Bei den berufsständischen Angeboten der Akademie ist eine eingegrenzte Adressatenformulierung kategoriebedingt gegeben. Bei der Diskursrubrik werden die Adressaten zunehmend differenzierter beschrieben. Es werden nicht Angehörige eines Berufs, sondern zunehmend gezielt mehrere Gruppen benannt. Diese Entwicklung ist für die Erwachsenenbildung typisch. Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts waren knappe Adressatenbeschreibungen allgemein üblich.[992]

Die Frage nach der Erreichbarkeit der verschiedenen Milieus ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive seit den 1990er Jahren zu einer Kernfrage der Ausrichtung der politischen Erwachsenenbildung geworden. Gleiches gilt für die Veranstaltungstitel. Während in den ersten Jahren des Akademiebetriebs der Adressatenkreis knapp und präzise beschrieben wird[993], werden die Veranstaltungstitel und die Adressatenformulierungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts durchgängig umfangreicher. Seit dem Ende der 90er Jahre fällt ebenso auf, dass es bei den Tagungsausschreibungen zunehmend Konkretisierungen bezüglich Inhalt und Methodik der Veranstaltungen gibt. Im Programmheft zur Tagung „Konkurrenz“ heißt es ergänzend: „Die Tagung will die Auswirkungen von Konkurrenz auf Einzelne und auf Systeme untersuchen und diskutieren“[994]. Das Seminar „Globales Lernen“ wird mit folgendem Hinweis angekündigt: „Im interdisziplinären Gespräch werden schulische Er-

---

989 Vgl. Beck 2006, S. 30 ff.

990 Das Parlament 40 - 41/2006, S. 6.

991 Vgl. Beck 2006, S. 26.

992 Vgl. Nolda 1998, S. 155 f.

993 Vgl. Hufer 1997, S. 281.Tagungsbeispiele: „Tagung für Junglehrer“, Nr. 56; „Brauchen wir Lebenskunde an unseren Landwirtschaftsschulen? Tagung für Landwirtschaftslehrer“, Nr. 139.

994 Zitiert aus dem von der Akademie herausgegebenen Ankündigungsprospekt. Die Tagung fand vom 19. - 21.03.1999 statt.

fahrungen, Möglichkeiten und Grenzen eines globalen Lernens erörtert."[995]

Im Übrigen finden häufiger Veranstaltungen mit Kooperationspartnern statt.[996] Im Jahr 2006 wurden nach eigenen Angaben mit dem Hessischen Sozialministerium, der Ernst Fromm-Gesellschaft, dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und den hessischen Regionalforen deutlich mehr neue Kooperationspartner gefunden als in den Jahren zuvor.[997]

Angebote für politische Bildner

Im Materialband ist unter der Überschrift „Angebote für politische Bildner im Akademieprogramm" eine Tabelle vorhanden, in der die Angebote der Akademie, die an Multiplikatoren der politischen Bildung gerichtet sind, erfasst wurden.

Dabei fällt auf, dass die ersten relevanten Tagungen im Jahr 1965 stattfanden. Zur Kategorie der berufsständisch ausgerichteten Angebote konnten keine Tagungen eindeutig zugeordnet werden. Zwei Angebote gab es im Bereich der Interessenvertretung, sechs in der Kategorie „Politik als Diskurs" und eine Tagung, die der Sparte „Internationale Politik" zugewiesen wurde. Die Angebote für diesen Personenkreis werden erstmals in der Zeit von der Akademie berücksichtigt, in der die politische Bildung in der Bundesrepublik an Bedeutung gewinnt. Bei weniger als zehn Angeboten zwischen 1965 und 2005 kann zwar nicht von einem neuen Akademieschwerpunkt gesprochen werden. Dennoch fällt auf, dass für diesen Personenkreis auch in den folgenden Jahrzehnten Angebote unterbreitet werden, in denen von politischen Bildnern ein Bedeutungsverlust der politischen Bildung konsta-

---

995 Zitiert aus dem von der Akademie herausgegebenen Ankündigungsprospekt. Die Tagung fand vom 16. - 18.04.1999 statt. Weitere Beispiele ließen sich anführen. Vgl. Materialband.

996 „Perspektiven ländlicher Entwicklung im südlichen Afrika. In Zusammenarbeit mit Initiative Südliches Afrika e.V. (INISA)" vom 07. - 09.12.2007, „Wenn die Seele stark gemacht wird ... Widerstandsfähigkeit und Bewältigungskompetenzen bei Kindern fördern" (Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung) vom 12.11.2007, „Festung Europa? Die Zukunft der Migration in die EU" (In Zusammenarbeit mit ai, Unterstützung durch das EU-Forum-Nordhessen e.V.) vom 19. - 21. 01.2007, „Solidarität gegen Globalisierung? Gewerkschaften und Kirchen suchen ihre Rolle in Südafrika und Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem ‚AfKD Bereich Kirche und Arbeitswelt' sowie der IG Metall, Zielgruppe: Gewerkschaftlich oder/und ökumenisch an Kirche und Arbeitswelt, Südafrika und seiner Entwicklung Interessierte" vom 26. - 28.08.2002, „Weit voraus und mitten drin. Förderkonzepte für Hochbegabte. In Zusammenarbeit mit Synapse e.V. und dem Hessischen Kultusministerium, Zielgruppe: Betroffene Eltern, Lehrer, Psychologen, Vertreter aus Bildungsverwaltung und Wissenschaft" vom 15. - 17.02.2002.

997 Vgl. Anstöße 2/07, S. 10.

tiert wird.[998]Gestützt werden diese Beobachtungen bei der separaten Betrachtung der Angebote für die Multiplikatoren der Erwachsenenbildung.[999] Zwischen 1955 und 2002 werden acht solcher Angebote unterbreitet, wobei sechs dieser Tagungen in den für die politische Bildung günstigen Zeitraum zwischen 1964 und 1980 liegen.

Veranstaltungsausschreibungen in der zweiten Moderne

Di99e präziser werdende Tagungsausschreibung scheint für die zweite Moderne charakteristisch zu werden, was auch in der Begriffswahl deutlich wird. In der Ära der Bildungsreform der 1970er Jahre werden in der Erwachsenenbildung die als veraltet angesehenen Begriffe „Schüler“ und „Hörer“ durch „Adressaten“ abgelöst.[1000] Während in den jungen Jahren der BRD durch die tradierten gesellschaftlichen Rollen (Mann, Frau, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Landwirt, Lehrer) Teilnehmereingrenzungen in der Regel nicht notwendig sind, wäre zu Beginn des 21. Jahrhunderts bei einer Veranstaltungsbeschreibung ohne Adressatenspezifizierung oft nicht erkennbar, wer angesprochen wird: der Landwirt, der Verbraucherschützer, der Berufsschullehrer, der Hochschulprofessor oder alle Gruppen gleichzeitig?[1001]

In der Erwachsenenbildung ist es ein konstitutives Ziel, für die Teilnehmer die Voraussetzung zu verbessern, sich aktiv an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Faulstich bestätigt, dass die nachgefragten Weiterbildungsthemen immer weniger klar abgegrenzten Lebensbereichen oder wissenschaftlichen Disziplinen zugeordnet werden können. Weiter bestätigt Faulstich die bei der Auswertung des Tagungsverzeichnisses festgestellte Entwicklung, dass die Grenzziehung zwischen den Bereichen der allgemeinen, politischen und beruflichen Weiterbildung schwindet. Die Neuartigkeit der nachgefragten Themenstellung stelle oft eine Überforderung für die Bildungsveranstaltungen dar. Erschwerend komme hinzu, dass viele Weiterbildungsanbieter wie Stiftungen, Gewerschaften und Kirchen selbst Bestandteil des Systems seien, dass von den Nachfragern zunehmend kri-

---

998 Vgl. das Kapitel zu den biografischen Beispielen politischer Bildner sowie die historische Längsschnittuntersuchung in dieser Arbeit.

999 Vgl. die Tabelle „Erwachsenenbildung im Akademieprogramm“ im Materialband.

1000 Vgl. Weißeno 1999, S. 1.

1001 Vgl. Faulstich u. a. 1991, S. 40 f.

tisch gesehen werde.[1002]

Klaus-Peter Hufer stellt in puncto Entwicklung des Adressatenkreises der politischen Bildungsangebote einige kritische Thesen auf. Da die Bildungsangebote zunehmend von betriebswirtschaftlichen Faktoren wie der Kostenoptimierung bestimmt seien, befürchtet er die Ausrichtung der Bildungsangebote an einen finanzkräftigen Adressatenkreis. Seine Thesen lauten:

- Potenzielle Teilnehmer könnten sich Weiterbildung nicht mehr leisten.
- Mehrfachbelegungen seien zurückgegangen.
- Die Breite des Bildungsprogramms schrumpfe.
- Die Sozialstruktur der Teilnehmer werde nach oben geliftet.
- Die Bildungserwartungen und das Lernverhalten der mittlerweile fast ausschließlich finanzstarken Teilnehmer würden sich ändern.
- Am Personal der politischen Erwachsenenbildung werde gespart, da frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden und das Honorar für nebenberufliche pädagogische Mit-arbeiter gedrückt werde.[1003]

9.5.2 Analytische Auswertung ausgewählter Themenschwerpunkte

Aufgrund der Themen- und Veranstaltungsmasse ist eine exemplarische Schwerpunktsetzung notwendig, um eine überschaubare Analyse bieten zu können. Anderenfalls wäre die Gefahr, die jeweiligen Politikfelder und nicht das Akademieprogramm zu analysieren, zu groß. Exemplarisch sollen akademiespezifische Entwicklungslinien hergeleitet werden. Dabei wird der Schwerpunkt auf Themen mit regionalen Bezügen gelegt. Ein Grund für diese Schwerpunktsetzung ist die bei der Sichtung des Quellenmaterials erfolgte Beobachtung, dass bei der politischen Bildungsarbeit der EKKW globale Themen, bei denen lokale Hintergründe beleuchtet werden, an Bedeutung zu gewinnen scheinen.

Wenn eine Kirchengemeinde eine Partnerschaft mit einer afrikanischen Kirchengemeinde unterhält oder wenn ein Referent im ländlichen Kurhessen-Waldeck einen Vortrag über die

---

1002 Vgl. ebd. S. 54 ff.

1003 Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Politische Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt (Hufer 2002 a), in: Butterwegge/Hentges 2002, S. 287 f.

Eigentumsverhältnisse landwirtschaftlicher Flächen in Lateinamerika hält, haben diese Themen nachvollziehbare lokale Bezüge.[1004] Globale Zusammenhänge lassen sich leichter erschließen, wenn das Lokale am Globalen, und somit nach Möglichkeit ein persönlicher Bezug, gezeigt werden kann.[1005]

Die Auswahl der ausgewerteten Protokolle und Themenbereiche erfolgte unter Berücksichtigung der vorangestellten Überlegungen systematisch.[1006] Bei der ersten Sichtung des Tagungsverzeichnisses fiel auf, dass die Akademie nicht nur die Fragen der Zeit aus der Perspektive der Kirche aufgreift, sondern dass regionale Aspekte bestimmter Politikfelder aufgrund ihrer Aktualität und angesichts der geografischen Nähe zum Akademiestandort aufgegriffen werden. Hier sind die Komponenten ehemaliges Zonenrandgebiet, Grenzbereich zu benachbarten Bundesländern sowie ländlich strukturierte Region zu nennen.

Besonders bei den Diskursangeboten ab den 90er Jahren fällt der prägende regionale Charakter auf. Die Regionen Nordhessen und Thüringen stehen mit folgenden Angeboten im Fokus: „Zwischen LPG und Nebenerwerb“[1007], „Kultur als Wirtschaftsfaktor. Vom Synergieeffekt zur kulturellen Visitenkarte einer Region“[1008], „Regionale Agenda 21 und die Landwirtschaft“[1009], Hessisch-Thüringische Schulgespräche[1010].

Das Gebiet der EKKW hat zu mehreren Bundesländern Grenzberührungen. Die Akademie in Hofgeismar liegt näher an Niedersachsen als an Thüringen. Dennoch wird die Nachbarregion Thüringen mehr in das Akademieangebot einbezogen als andere Bundesländer. Der Grund für die Zusammenarbeit mit Thüringen kann in der Enklave Schmalkalden und in den nach der Wende von 1989 entstandenen Städtepartnerschaften zu finden sein.[1011]

1004 Vgl. die Übersicht „EKKW-Veranstalter des Stoffgebiets ‚Politik – Gesellschaft’ (Stoffgebiet 1) 2000 – 2004“ im Materialband.

1005 Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Zwischen Globalität und Lokalität. Dilemma und Chance außerschulischer politischer Bildung, in: Butterwegge/Hentges 2002, S. 59 ff.

1006 Vgl. Nolda 1998, S. 163 ff.

1007 Nr. 2828 im Jahr 1991. Zu der LPG-Tagung gab die Akademie ein Protokoll heraus (s.u.).

1008 Nr. 3259 im Jahr 1997.

1009 In Zusammenarbeit mit den kirchlichen Diensten auf dem Land in der EKKW, der Ev.-Lutherischen Kirche in Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsen sowie der Ländlichen Heimvolkshochschule Donndorf im Kloster Donndorf, Thüringen, im Jahr 2000.

1010 Nr. 3151, Nr. 3242 sowie eine Veranstaltung vom 02. - 04.10.1998. Vgl. Materialband.

1011 Diese Beobachtung ist nicht auf die Herkunft der Tagungsgäste übertragbar. Nach Dirk Schwarze (Kuratoriumsvorsitzender) stammen die meisten Gäste aus der Region Kassel, gefolgt von Südnieder-

Vermutlich aufgrund dieser regionalen Ausgangsbedingungen kristallisieren sich politische Bildungsschwerpunkte der Akademie heraus, die mit den schulischen Lehrplänen und den außerschulischen politischen Bildungsangeboten anderer Träger nicht immer identisch sind. Dies bietet die Grundlage für einen Erklärungsansatz, weshalb die Akademie bei der politischen Bildung den Bereichen Agrarpolitik und Bergbau ebenso Beachtung schenkt wie den länderübergreifenden Veranstaltungsthemen im Bereich der Schul- und Wirtschaftspolitik. Sollte sich diese Annahme durch die Analyse bestätigen, könnte dies bedeuten, dass die Akademie vor der Herausforderung steht, in einer globalisierten Welt eine Neuausrichtung vorzunehmen, da bisherige Schwerpunkte wegen des Strukturwandels entfallen.

9.5.2.1 Agrarpolitische Bildungsveranstaltungen

Dem Leser stellt sich vermutlich die Frage, warum der Bereich der Agrarpolitik im Kontext kirchlicher politischer Bildungsangebote behandelt wird. Schließlich, so könnte eingewendet werden, gibt es auch andere Themen mit regionalem Bezug und die Geschichte der BRD ist nicht die einer Agrargesellschaft, sondern die Geschichte einer ausgeprägten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Im vorangegangenen Abschnitt wurde der regionale Aspekt als ein Auswahlkriterium für die Untersuchung der Hofgeismarer Protokolle genannt.

Die Bedeutung der Agrarwirtschaft für die Region ist ein Grund für die Untersuchung der agrarpolitischen Bildungsveranstaltungen. Nordhessen macht den größten Teil des Gebiets der EKKW aus. In Hessens flächengrößtem Landkreis Waldeck-Frankenberg waren von Beginn der Bundesrepublik bis zum Ende des letzten Jahrhunderts überdurchschnittlich viele Personen in der Landwirtschaft beschäftigt.[1012]

Zwischen 1979 und 1989, als der Agrarstrukturwandel stärker als in den Jahren zuvor voranschritt, sank die Zahl der Betriebe von 6 032 auf 4 750 Betriebe (79 %).[1013] In einer Bro-

---

sachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Thüringen und NRW. Vgl. den Beitrag „Ort der nationalen und regionalen Fragen“ von Schwarze, in: Anstöße 2/2008, S. 12.

1012 Siehe die Tabelle „Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen“ im Materialband.

1013 Vgl. Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Korbach (Hrsg.): Die Landwirtschaft in Waldeck-Frankenberg. Zahlen, Fakten, Entwicklungen, Korbach 1991, S. 17.

schüre des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung Korbach heißt es zur Bedeutung der Beschäftigten im primären Wirtschaftsbereich in Waldeck-Frankenberg: „Die große Bedeutung der Landwirtschaft im Kreisgebiet spiegelt sich wider in dem immer noch relativ hohen Anteil von 5,5% der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen.“[1014]

Diese regionale Besonderheit der Landwirtschaft in Nordhessen wird durch die agrarpolitischen Bildungsangebote im Akademieprogramm berücksichtigt. In den folgenden Kapiteln sollen die für die politische Bildung relevanten Aspekte herausgearbeitet werden. Im Protokoll zur Veranstaltung „Zwischen LPG und Nebenerwerb“ wird im Beitrag von Gottfried Senff der Bogen zwischen den Aspekten Landwirtschaft, Dorfentwicklung, Kirche und Beratung bzw. Erwachsenenbildung gespannt. An der Entwicklung des agrarpolitischen Veranstaltungsangebots lassen sich allerdings nicht nur der Strukturwandel dieses Wirtschaftszweiges und die Übergänge von der Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft herleiten. Auch der Aufbruch der Milieuausrichtung der Akademie ist bei keinem anderen Themenbereich derart deutlich nachweisbar, da diese Veranstaltungen Bildungselemente der politischen Bildung mit den Lebensweltbezügen der Betroffenen vereinen.

Bei den Aspekten regionale Besonderheiten, Strukturwandel und Milieuausrichtung muss stets die jeweilige Zeit, in der die Akademieangebote unterbreitet werden, berücksichtigt werden. Die Tagung „Auf der Suche nach der heilen Welt“ wird 1971 angeboten. Von Vertretern der Theorie der Risikogesellschaft werden die 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts als „Brückenzeit“ bezeichnet, welche durch die letzte Euphoriephase der klassischen Moderne gekennzeichnet sei, „bevor Fortschrittsbewusstsein und Modernitätswillen in eine tiefe, jahrzehntelange Krise gerieten.“[1015]

In dieser Brückenzeit müssen sich auch die kirchlichen Einrichtungen programmatisch neu positionieren. Dabei wird der Spagat zwischen Neuorientierung und Bindung der Stammklientel eine der großen Herausforderungen gewesen sein. Am Beispiel der agrarpolitischen Tagungen lassen sich diese Spannungen aufzeigen.

Die Veranstaltung „Zwischen LPG und Nebenerwerb“ findet zu Beginn der 90er Jahre

---

1014 Zitiert aus: ebd., S. 16.

1015 Nolte 2006, S. 29.

statt. Es ist eine Zeit, in der die Landwirte aufgrund des Beitritts der DDR zur BRD in beiden Teilen Deutschlands höchst verunsichert sind und vor Existenznöten stehen. Hier unternimmt die Akademie die Forum-Rolle und bringt Vertreter der hessischen und der thüringischen Landwirtschaft zu einem Gedankenaustausch zusammen. Diese Vermittlerrolle trägt zu einem Verständnis der jeweils anderen Position bei und ist somit höchst politisch anzusehen. Die entsprechenden Aspekte werden in den folgenden Kapiteln aufgezeigt.
Das Besondere dieser Tagungen zeigt sich ebenfalls an der von der Akademie vorgenommenen Auswahl bei der Herausgabe der Protokolle. Da nicht zu allen Akademieveranstaltungen Protokolle publiziert werden, ist in der Entscheidung für die Veröffentlichung eines Protokolls eine Wertung durch die Akademie zu vermuten. Selbst Jahrzehnte nach der Tagung können bei der Akademie diese Protokolle bzw. Protokollkopien bezogen werden.

9.5.2.1.1 Veränderte Adressatenausrichtung am Beispiel agrarpolitischer Bildungsveranstaltungen

Seit den 60er Jahren steht die Berufsgruppe „Landwirte“ bei politischen Angeboten im Adressatenfokus der Akademie. Der in dieser Zeit einsetzende Strukturwandel stellt die Landwirte in den folgenden Jahrzehnten vor existenzielle Herausforderungen.[1016]
Bei den Akademietagungen werden 1961 zunächst Antworten auf Fragen zum familiären Generationenproblem gesucht: „Jung und alt auf dem Bauernhof. Für Angehörige der Landwirtschaft“. Doch schon in den folgenden beiden Jahren orientiert sich das Themenangebot an existenziellen Fragen: „Kleine Äcker - große Sorgen. Tagung für Angehörige der Landwirtschaft“, „Grund und Boden als Erbe und Auftrag. Für Landwirte“.[1017] Die letztgenannte Veranstaltung enthält mehr als die vorangegangenen politischen Bildungsinhalte. Schließlich ist die Eigentumsfrage in dieser Zeit vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts ein politisch brisantes Thema.[1018]
Fast zeitgleich deutet sich bei der Adressatenorientierung eine Abkehr vom bisherigen

---

1016 Vgl. Strehlow, Karen: Agrarstrukturwandel und agrarpolitische Krisenbewältigung in Deutschland. Baden-Baden 1992, S. 46 ff. Vgl. Herbst, Ludolf: Die Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften, in: Benz 1989. Band 2, S. 231 ff. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 449 ff.

1017 Veranstaltungen: Nr. 616, Nr. 675, Nr. 733.

1018 Vgl. Seifert, Jürgen: Die Verfassung, in: Benz 1989. Band 1, S. 44.

Weg an. Besonders seit 1963 werden bei Landwirtschaftsveranstaltungen nicht nur wie bisher die Landwirte, sondern auch weitere Personen- und später sogar weitere Milieugruppen angesprochen. Die schrittweise Abkehr von der ständisch ausgerichteten Angebotsstruktur ist für die Akademie in den 50er bis späten 60er Jahren charakteristisch und mit der Nachkriegsentwicklung, die Beck kontextual aufzeigt, kongruent.[1019] Folgende Tagungsbeispiele verdeutlichen diese Neuorientierung:

1963: „Der Bauer und der Markt. Tagung für Landwirte und Genossenschaftler",

1964: „Was bleibt vom Bauerntum in der Industriegesellschaft? Tagung für Landwirte und Verantwortliche im Dorf",

1964/65: „Person und Betrieb in bäuerlicher Sicht. Tagung für Landwirtschaftsberater, Landwirtschaftslehrer und landwirtschaftliche Berufsschullehrer."[1020]

Mit dem letztgenannten Angebot „Person und Betrieb ..." versucht die Akademie, eine Verständigung zwischen zwei Milieugruppen zu erreichen, die aufeinander angewiesen sind. Die Landwirte sprechen eine andere „Sprache" als diejenigen, die sie beraten und unterrichten. Ihre Sicht auf die Probleme des Betriebs ist eine andere als die Sicht der Berater. Für die Landwirte ist es wichtig, dass sie den von der Vorgängergeneration übernommenen Hof weiterführen können. Die kapitalistischen Ziele der Gewinnmaximierung und des Expandierens stehen oft nur an zweiter Stelle. Die Berater der Landwirtschaftsämter und Berufsverbände wie des Deutschen Bauernverbands sehen die Beratung primär aus der volkswirtschaftlichen Perspektive. Sie sprechen, nach Beck, eher die fortschrittsgläubige Sprache der Moderne.[1021]

Bei der Veranstaltung zu einer EKD-Denkschrift im Jahr 1966 lässt sich ein Milieubruch erahnen, da die Landwirte bei einem landwirtschaftlichen Thema nur einer von mehreren Adressaten sind: „Die Neuordnung der Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe. Denkschrift der EKD. Für Bauern, Verantwortliche im Dorf und Pfarrer auf dem Lande".[1022] Ebenso deutlich ist die veränderte Milieuansprache 1968 bei der Tagung „Land-

---

1019 Vgl. Beck 2006, S. 208 ff.

1020 Nr. 770, Nr. 787, Nr. 831, Nr. 865.

1021 Vgl. Beck [4]1998 (b), S. 380 f.

1022 Nr. 903.

wirtschaft in Grenzbetrieben? Tagung für Landwirte, Bürgermeister der Landgemeinden und an der Landwirtschaft Interessierte“ erkennbar.[1023] Es stellt sich bei dieser und ähnlich ausgeschriebenen Tagungen die Frage, wer mit „an der Landwirtschaft Interessierte“ angesprochen werden soll. Ein solcher unkonkreter Adressatenhinweis ist bei Veranstaltungen zu anderen Berufsmilieus kaum zu beobachten.

Die Antwort ist mutmaßlich im Sozialisationshintergrund der Angesprochenen zu finden: 1995 lebten ca. 50 % der Bevölkerung in ländlich geprägten Gebieten. 80 % der Fläche der BRD ist dem ländlichen Raum zuzuordnen.[1024] Viele Dorfbewohner fühlen sich der Gruppe der Landwirte zugehörig oder verbunden, da sie auf dem landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern aufgewachsen sind, durch Besitz von verpachteten landwirtschaftlichen Flächen Mitglied der Jagdgenossenschaft sind oder durch die Verwurzelung in der bäuerlichen Dorfgemeinschaft an der Landwirtschaft Interesse haben.[1025]

Demnach werden zunehmend mehr Menschen über themenverwandte Angebote angesprochen, die beruflich nicht oder nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sind, sich aber mit der ländlichen Region identifizieren. Diese These wird durch Akademieangebote gestützt, welche die Weiterentwicklung der Orte als Thema beinhalten und auf eine eingeschränkte Adressatenausrichtung verzichten.[1026]

Tagungsangebote im Spiegel eines modifizierten Berufsbildes

Die veränderte Milieuansprache geht einher mit dem transformierten Berufsbild des Landwirts. Ab den 60er Jahren sinkt die Zahl der Vollerwerbsbetriebe, während die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe steigt.[1027]

1023 Nr. 1085. Vgl. Nr. 1161 sowie Nr. 1186.

1024 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Agrarbericht der Bundesregierung 1995, Bonn 1995, S. 113 f.

1025 Vgl. Bundestagsdrucksache V/2540 (1968), Grüner Bericht. Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1995, S. 33 ff. Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 449 f. Vgl. Luyken, Reiner: Was für Bauern braucht das Land?, in: Die Zeit Nr. 29/1991.

1026 „Leitbilder für neue Gemeindestrukturen im ländlichen Raum“ (1967, Nr. 1007). Diese Veranstaltung wurde dem Bereich „Politik als Interessenvertretung“ zugeordnet, da es um die Interessenvertretung der Gruppe „Dorfbewohner“ geht.

1027 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 449 f.

Dementsprechend werden seit 1969 die Aspekte des Neben- und Zuerwerbs in der Landwirtschaft im Akademieprogramm verstärkt aufgegriffen. Die Akademie bemüht sich spätestens seit diesem Jahr, den Strukturwandel durch Veranstaltungen mit Sachkundigen zu begleiten, wofür folgende Tagungen exemplarisch genannt werden: „Landwirtschaft als Nebenerwerb - ein Weg für die Zukunft? Für Landwirte und an der Landwirtschaft Interessierte“ (1969), „Weitermachen - aber wie? Probleme und Chancen der Einkommenssicherung in der Landwirtschaft Nordhessens“ (1987).[1028]

Solche Veranstaltungen sind Hinweise auf den bei Beck beschriebenen Epochenwechsel. Die Berufsstandzugehörigkeit wird aufgelöst. Landwirte, die sich über den von der Vorgängergeneration übernommenen Betrieb mit dem Beruf identifizieren, müssen sich nicht nur nach neuen Einkommensmöglichkeiten umsehen, sondern auch eine für sie ungewohnte Form des Arbeitsverhältnisses annehmen.[1029] Die Ölkrise, zuvor für unmöglich gehaltene Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und beginnende Existenzängste in der Landwirtschaft lassen bei breiten Bevölkerungsgruppen das Gefühl entstehen, keine Macht mehr über die Verhältnisse zu besitzen.[1030]

Nolte beschreibt dies mit einem Vergleich: „Es war, als hätte man das Steuerpult verlassen; die gesellschaftliche Entwicklung war auf Autopilot geschaltet, und der von irgendwem programmierte Kurs schien in eine völlig falsche Richtung zu führen. Man fühlte sich den Anforderungen nicht mehr gewachsen, sondern von anonymen Systemen, die auf weitere Beschleunigung drängten, an die Wand gedrückt.“[1031]

Das hier beschriebene gesellschaftliche Klima werden die Landwirte, die eher konservativ eingestellt sind und Veränderungen kritisch gegenüberstehen, besonders empfunden haben. Die ebenfalls tendenziell gesellschaftlich konservativ eingestellte Akademie unternimmt den Versuch, diese Klientel bei einer veränderten Adressatenausrichtung weiterhin anzusprechen, wie folgendes Tagungsbeispiel zeigt.

1028 Nr. 1161, Nr. 2563. Siehe auch Nr. 1186; Nr. 1256.

1029 Vgl. Beck 2006.

1030 Vgl. Nolte 2006, S. 12 f.

1031 Ebd., S. 13.

„Auf der Suche nach der heilen Welt“

Besonders deutlich wird die Suche der Akademie nach einer neuen Adressatenausrichtung 1971 bei der Tagung „Auf der Suche nach der heilen Welt. Begegnungstage für Landwirte, Industrielle und Offiziere des BGS“.[1032]

Die Tagungsteilnehmer setzten sich nach Angaben der korrigierten Teilnehmerliste wie folgt zusammen:[1033]

Offiziere, Angehörige des Militärs:	16 Teilnehmer,
Landwirte:	11 Teilnehmer,
Industrielle:	0 Teilnehmer,
sonstige[1034]:	14 Teilnehmer.

Das Verhältnis von teilnehmenden Landwirten und Vertretern des Bundesgrenzschutzes, bzw. des Militärs ist in etwa ausgeglichen. Interessant ist, dass keine Vertreter der Industrie teilnahmen. Die Tagung wurde vom Grenzschutzdekan Fritz-Georg Ulbrich geleitet. Bei den Referenten liegt weder ein Hinweis auf die Lehrtätigkeit noch eine Berufsbezeichnung vor.

Die Referate trugen die Titel:

„Ist Küstenschutz eine Sache der Landwirtschaft?“,
„Aggression - Schicksal oder Notwendigkeit“,
„Die Biologie und das ‚so genannte Böse’“,
„Utopien“,
„Illusion und Realismus in der Politik“ (Bundestagsabgeordneter),
„Die heile Welt“,
„Freie Bauern gestern und morgen“ (Kreislandwirt).

Bei der Betrachtung der Zusammensetzung des Plenums deutet sich an, dass in der Zeit der 70er Jahre der Beruf seine identitätsstiftende Funktion einzubüßen beginnt. Landwirte, Offiziere und Industrielle werden bei einem gesellschaftstheoretischen Thema gleichermaßen angesprochen, wobei die letztere Gruppe nicht erreicht wurde. Zudem gab es keinen Referentenbeitrag, der die Perspektive der Industrie berücksichtigt hätte.

1032 Nr. 1287 (Zuordnung „Politik als Interessenvertretung“).

1033 Einige Personen erschienen mit Ehepartnern. Die Ehepartner wurden den Berufsgruppen der Partner zugeordnet.

1034 Darunter Pfarrer, Politikwissenschaftler sowie Personen, bei denen in der Teilnehmerliste kein Hinweis auf die Berufszugehörigkeit angegeben ist.

Kontext zur Risikogesellschaft

An diesem Tagungsbeispiel sollen die bei Beck allgemein beschriebenen Zusammenhänge eines möglichen Gesellschaftswandels exemplarisch beschrieben werden.

Becks Thesen lauten: „Ebenso wie die Familie hat auf der Gegenseite der Beruf seine ehemaligen Sicherheiten und Schutzfunktionen eingebüßt. Mit dem Beruf verlieren die Menschen ein mit der industriellen Epoche entstandenes, inneres Rückgrat der Lebensführung. Die Probleme und Vorgaben der Erwerbsarbeit durchstrahlen die gesamte Gesellschaft (...) Wenn ihr ein Systemwandel der Erwerbsarbeit bevorsteht, dann steht ihr ein Gesellschaftswandel bevor.“[1035]

Der Tagungstitel „Auf der Suche nach der heilen Welt“ impliziert Sehnsüchte. Die Tätigkeiten der angesprochenen Berufsgruppen verfügen vordergründig betrachtet über kein identitätsstiftendes Merkmal. Dennoch muss es etwas Gemeinsames geben. Nolte greift dieses Motiv auf. Vor dem Hintergrund aus diffusen Mentalitäten und generationellen Umbrüchen im Horizont offenbar noch nicht bewältigter romantischer Sehnsüchte habe sich die Risikogesellschaft zu einer Bedrohung statt zu einer Herausforderung aufgebaut.[1036]

Trotz dieser Bedrohung nahmen die Betroffenen nach Noltes Theorie in den sozialen Risiken Chancen zum Erlangen neuer Freiheitsspielräume wahr: „Während für die technischen Risiken das Prinzip des Ausstiegs galt, konnte man den sozialen Risiken durchaus mehr Positives abgewinnen. Angesichts der Chancen und Freiheitsspielräume der Individualisierung breitete sich manchmal sogar etwas wie eine kleine Euphorie aus. Endlich konnte man sich selbst ungehindert von anderen verwirklichen, solange der Planet noch nicht untergegangen war. Denn die Kleinfamilie war in der ‚Lesart' der Risikogesellschaft nichts anderes als eine ‚ständische' Struktur, ein vormodernes Relikt wie der Adels- und Bauernstand einer zu Recht versunkenen Welt.“[1037]

Für die mit der Tagung angesprochenen Berufsgruppen trifft diese Perspektive der Lesart der Risikogesellschaft jedoch nicht zu, da sie weniger die Chancen der Veränderung als das Verlorene der Vergangenheit sehen. Die gemeinsame Sehnsucht der Berufsgruppen

---

1035 Beck 2006, S. 222.

1036 Vgl. Nolte 2006, S. 13.

1037 Ebd.

Landwirte, Industrielle und Offiziere ist das Verlangen nach Sicherheit.[1038]
Nolte gibt weitere Erklärungsansätze, die zum Verständnis des Tagungstitels beitragen können. Nach Nolte waren die 70er Jahre eine Zeit der „Emanzipation der Gesellschaft". Die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus noch verbliebenen obrigkeitsstaatlichen Traditionen des 19. und 20. Jahrhunderts sollten, so Nolte, zurückgedrängt werden. Für konservative und obrigkeitsloyal eingestellte Berufsgruppen wie Landwirte und Offiziere müsse dieser Wandel befremdlich gewirkt haben. Ein spannungsgeladener Konflikt habe sich angebahnt.[1039] Die Akademie scheint die Bedenken der Betroffenen erkannt und mit Tagungen wie der hier vorgestellten thematisiert zu haben.

„Politik zwischen Globalisierung und Regionalisierung"

Ein Perspektivwechsel beim Politikfeld Landwirtschaft und den dazugehörigen Adressaten kann 1997 mit der Veranstaltung „Kommunen und Landwirtschaft im Dialog. Politik zwischen Globalisierung und Regionalisierung" vom 14. bis 15. November beobachtet werden. Thema ist nicht mehr der Landwirt und seine „Scholle", wie es in den 60er Jahren der Fall war. Die Landwirtschaft wird im Kontext der Globalisierung wahrgenommen. Aus der Beschäftigung mit einer Berufsgruppe und deren biografischen Problemen wurde in diesem Politikfeld ein globales Thema, wofür nicht nur der Veranstaltungstitel, sondern auch der Organisatorenkreis einen Hinweis bietet: Die Tagungsleitung bestand neben einer Akademievertreterin aus Vertretern des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Vertretern des Hessischen Landesamtes für Regionalentwicklung und Landwirtschaft (ehemals Landwirtschaftsamt) sowie Mitarbeitern vom Kirchlichen Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und in Hessen-Nassau.[1040]
Bei diesem und themenverwandten Angeboten zur Landwirtschaft in Schwellen- und Entwicklungsländern ist erkennbar, dass die Akademie dort wo es angemessen erscheint mit Becks Theoremen arbeitet.[1041] Die für die zweite Moderne charakteristische Verunsicherung wird bereits im Titel erkennbar: Landwirtschaft im Kontext der Globalisierung bei ei-

---

1038 Vgl. ebd., S. 28.
1039 Vgl. ebd., S. 35 f.
1040 Vgl. Programm der Evangelischen Akademie Hofgeismar von Juli - Dezember 1997.
1041 Vgl. Beck [4]1998 (b), S. 380 f.

ner kirchlichen Bildungsveranstaltung. Die Landwirte in Nordhessen werden zunehmend als „Energiewirte“ wahrgenommen, die auf den landwirtschaftlichen Produktionsflächen nachwachsende Rohstoffe anbauen. Ähnliche Entwicklungen sind in den Regionen der Regenwälder zu beobachten, wo auf ehemaligen Regenwaldflächen Rohstoffe für Biobenzin angebaut werden. Hier wie dort sind die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen noch nicht absehbar. Dies hat zur Folge, dass ein globaler Diskurs nicht aus einem Konsens bei Entscheidungen, sondern vielmehr aus einem Dissens über die Konsequenzen von Entscheidungen entsteht.[1042]

9.5.2.1.2 Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft (Protokoll Nr. 161/1980)

Im Zuge der stärker werdenden Ökologiebewegung bietet die Akademie ab den späten 70er Jahren Tagungen zum Themenbereich ökologische Agrarwirtschaft an. Als gesellschaftspolitischer Hintergrund ist die an Bedeutung gewinnende Ökologiebewegung zu vermuten.[1043] „Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft“ lautet der Titel einer Tagung im Jahr 1979.[1044] Eine Adressateneinschränkung wird nicht gegeben.

Im Veranstaltungsprotokoll bezieht der Tagungsleiter Konrad v. Bonin zum Teilnehmerkreis Stellung: „Von den mehr als 80 Teilnehmern waren etwa die Hälfte Mitarbeiter des Hessischen Landesamtes. Die meisten der übrigen Teilnehmer waren praktische Landwirte; unter ihnen auch einige, die nach der ‚biologisch-dynamischen' oder ‚biologisch-organischen' Wirtschaftsweise arbeiten.“[1045]

Die Tagung war gemeinsam mit dem Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung geplant. Da ungefähr die Hälfte der Teilnehmer dem Landesamt angehörten, sprachen die Referenten in erster Linie zu Vertretern der Organisatoren.[1046] Von den vier Referenten waren mit Dr. Konrad Graß (Landwirtschaftsdirektor des

1042 Vgl. ders. 2007, S. 116.

1043 Vgl. Wüst 1993, S. 43 ff.

1044 Tagungsnummer 2022.

1045 Zitiert aus: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 161/1980. Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft (Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a)), Hofgeismar 1980, S. 1.

1046 Vgl Ebd., S. 1.

Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung)[1047] und dem Präsidenten des Hessischen Landesamtes für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung, Dr. Ernst Wilke, die Hälfte der Referenten Angehörige des Landesamtes. Die beiden anderen Referenten waren Hochschuldozenten: Dr. Horst Grimme (Universität Bremen) und Dr. Ulrich Hampicke (Universität Essen Gesamthochschule).[1048] Die Tagung wird vor dem Hintergrund der nachstehenden Gründe genauer untersucht:

Die Beiträge von Grimme, Hampicke und Wilke haben Bezüge zu Becks Theorie der Risikogesellschaft, die für diese Arbeit konstitutiv ist.

Die Forderungen nach einer ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft wurden in erster Linie von den eher links eingestellten Kreisen gestellt, die sich Ende der 70er Jahre in der Partei DIE GRÜNEN sammelten. Die konservativ und ökologisch eingestellten Vertreter konnten sich in dieser Partei nicht durchsetzen.[1049] Die Forderungen der Ökologiebewegung richten sich allerdings an eine konservative Bevölkerungsgruppe. Am Beispiel dieser Tagung kann gezeigt werden, wie die Akademie im Spannungsfeld von konservativen und ökologischen Interessen den Meinungsbildungsprozess begleitet. Dabei ist von besonderem Interesse, dass sich die Akademie in dieser Zeit aufgrund des Blickwechsels ´68 in einem vergleichbaren Spannungsfeld befindet.

Die ökologische Bewegung hat zu diesem Zeitpunkt eine ausgeprägte „ökologisch-aufklärerische“ Ausrichtung. Von den vermuteten ökologisch negativen Folgen der Industriegesellschaft ist die Bevölkerung insgesamt nicht überzeugt. Das Waldsterben infolge der industriellen Produktion und das Artensterben infolge der konventionellen Landwirtschaft sind letztendlich noch nicht belegt. Als „Ein-Punkt-Bewegung“ ist es für die Akteure notwendig, die Bevölkerung zu überzeugen.[1050] Dies versucht die überwiegend akademisch geprägte Klientel der Ökologiebewegung über die Vermittlung von Informationen. Vor diesen Hintergründen erschließt sich der politische Bildungsgehalt der entsprechenden Akademietagungen.

1047 Der Beitrag von Graß enthält für diese Arbeit keine relevanten Bezüge, weshalb auf eine eingehende Betrachtung verzichtet werden kann. Vgl. Graß, Konrad: Produktion von hochwertigen Nahrungsmitteln, in: ebd., S. 37 ff.

1048 Vgl. ebd., S. 52.

1049 Vgl. Wüst 1993, S. 92 ff.

1050 Vgl. ebd.

Die Referentenbeiträge

Grimme referiert zum Thema „Forderungen der Biologie an einen zukunftsorientierten verantwortbaren Landbau". Seine Positionen waren kritisch gegenüber den konventionellen Produktionsmethoden. An einigen Stellen erinnern seine Ausführungen an das Vokabular von Becks Risikogesellschaft: „Während die unmittelbaren Wirkungen dieser Chemikalien den Herstellern und ein wenig auch den Anwendern bekannt sein mögen, sind die Auswirkungen ihres Einsatzes überhaupt nicht übersehbar (...) Die Abhängigkeit der modernen, inzwischen schon konventionellen Landwirtschaft von energieaufwendigen Produktionsmitteln aus der Industrie macht sie zu einem risikoreichen, auf Dauer nicht überlebensfähigen Produktionsbetrieb."[1051]

Ähnlich fragt Beck 1986 ob die Landwirte für kontaminierte Böden verantwortlich seien, oder ob diese Berufsgruppe von der chemischen Industrie determiniert werden würde.[1052]

Hampicke vermittelt unter dem Thema „Probleme und Scheinprobleme im Bereich Landwirtschaft - Umwelt" Sachinformationen zur intensiven Bodennutzung.

Er wägt die Pro- und Kontraargumente moderner und traditioneller Anbaumethoden ab und gelangt zu der These, dass intensive landwirtschaftliche Anbaumethoden als solche nicht ökologisch zu verdammen seien. Bedenklich sei lediglich ihre dominierende Stellung innerhalb der Landwirtschaft, was negative Folgen für benachbarte Ökosysteme habe.[1053]

Obwohl Hampicke sehr ausgewogen argumentiert, wirkt auch bei seinen Ausführungen die „Risikogesellschaft" präsent, wenn er darauf dringt, dass der Mensch zwar die Natur zu seinem Nutzen beeinflussen, sich aber vor irreversiblen Eingriffen hüten solle, solange die Konsequenzen nicht überschaut werden könnten.[1054]

Hampicke nennt zwei Zukunftsstrategien: die Rückwärts- und die Vorwärtsstrategie. Die Rückwärtsstrategie bedeute die Wiederaufnahme der vorindustriellen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden. Diese Strategie bezeichnet er als politisch illusionär und zudem

---

1051 Grimme, Horst: Forderungen der Biologie an einen zukunftsorientierten verantwortbaren Landbau, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 13.

1052 Vgl. Beck 2006, S. 43 ff.

1053 Vgl. Hampicke, Ulrich: Probleme und Scheinprobleme im Bereich Landwirtschaft - Umwelt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 21.

1054 Vgl. ebd., S 23.

sachlich nicht haltbar.

Die Vorwärtsstrategie befürworte den begrenzten Einsatz intensiver landwirtschaftlicher Produktionsmethoden. Voraussetzung sei die Akzeptanz und die Identifikation der Landwirte mit den alternativen Anbau- und Produktionsmöglichkeiten. Ein langfristiges Ziel dieses Weges sei die Reduzierung des Pestizideinsatzes.[1055] Die von Hampicke genannte Formel von der „ökologisch verantwortungsbewussten Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“[1056] klingt wie ein Widerspruch. Hier werden die Verunsicherungen, die Beck als konstitutiv für den Übergang in die zweite Moderne bezeichnet, exemplarisch deutlich.[1057] Die Bundesrepublik Deutschland ist in dieser Zeit eine ausgeprägte Industriegesellschaft, in der die konventionelle Landwirtschaft aufgrund des sinkenden Beitrages zum Bruttosozialprodukt und aufgrund der vermuteten negativen Folgen für das Ökosystem in einer Legitimationskrise ist.[1058] 1984 werden Milchquoten eingeführt. Es folgt das Flächenstilllegungsprogramm.[1059] Beides sind Maßnahmen, die im Widerspruch zu einer marktwirtschaftlichen Industriegesellschaft stehen. Vertreter des Deutschen Bauernverbandes betonten die Bedeutung der konventionellen Landwirtschaft, während von Seiten der Ökologiebewegung eine Agrarwende gefordert wurde.[1060] Die EKD nahm 1984 zu diesem Spannungsfeld Stellung.[1061]

Als Voraussetzung für die Durchführung einer solchen Agrarwende nennt Hampicke den zu schaffenden politischen Willen.[1062] An dieser Stelle wird Hampickes Beitrag zum Meinungsbildungsprozess deutlich: Während er zuvor naturwissenschaftliche Sachverhalte darlegt, bezieht er bei der Frage nach den Zukunftsstrategien eine eigene Position. Hier zeigt sich der interdisziplinäre Aspekt, ohne den politische Bildung und Meinungsfindung in der Regel nicht auskommt. Um zu einer Erkenntnis oder Meinung zu gelangen, sind zu-

---

1055 Vgl. ebd., S. 26 ff.

1056 Ebd., S. 32.

1057 Vgl. Beck 2006, S. 42 ff.

1058 Vgl. ebd., S. 43. Vgl. Strehlow 1992, S. 98 f.,

1059 Vgl. Bundestagsdrucksache 10/3821. Zehnter Subventionsbericht vom 12. September 1985.

1060 Vgl. Heeremann, Constantin: Nicht nur durch die grüne Brille, Stuttgart 1981. Vgl Heinze, Rolf u. a. (Hrsg.): Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl. Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh 1992.

1061 Vgl. EKD (Hrsg.): Landwirtschaft im Spannungsfeld. Gütersloh 1984.

nächst Hintergrundinformationen aus einer anderen wissenschaftlichen Disziplin notwendig.

Wilke spricht in seinem Vortrag „Ökonomie und Ökologie im Gleichgewicht? - Aufgabe unserer Zeit“ die Verunsicherung der Bevölkerung und der Landwirte bezüglich der Verantwortung der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft an. Bei Diskussionen über Umweltprobleme sehe sich die Landwirtschaft als ein Teil der Gesellschaft in zunehmendem Maße in die Enge getrieben, obwohl ihr früher eine uneingeschränkt umwelterhaltende oder sogar verbessernde Wirkung zugeschrieben worden sei. Er stellt die rhetorische Frage: „Wird nicht übersehen, dass hier gar keine individuelle Schuld der Angehörigen eines Berufsstandes vorliegt, der in einer feinst spezialisierten hochindustrialisierten Wohlstandsgesellschaft die Aufgabe der Ernährungssicherung selbstverständlich bei Erhaltung seiner eigenen Existenzen zu erfüllen hat?“[1063]
Im Gegensatz zu den Referaten von Grimme und Hampicke wird deutlich, dass bei Wilke nicht die Informationsvermittlung im Fokus steht. Die Formulierung von der „Aufgabe der Ernährungssicherung“, die der Landwirtschaft zukomme, erscheint unsachlich, da die Landwirtschaft in einer kapitalistischen Industriegesellschaft einer von vielen Wirtschaftszweigen ist. Eine autarke Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten ist in einer exportorientierten Marktwirtschaft, in der die Bevölkerung auch nach Nahrungsmitteln nachfragt, die nicht im eigenen Land hergestellt werden können, illusorisch.[1064] Die Wahl des Begriffs „Berufsstand“ zeigt, wie die Ständegesellschaft in die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft der BRD nachwirkt.

Weitere kontextuale Angebote

Es gibt in den Folgejahren weitere Angebote zum Themenbereich Zukunftsfragen in der Landwirtschaft. Exemplarisch werden genannt:
1987: „Moderner ökologischer Landbau“ (Nr. 2612),

1062 Vgl. Hampicke, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 33.

1063 Wilke, Ernst: Ökonomie und Ökologie im Gleichgewicht? Aufgabe unserer Zeit, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 41.

1064 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 59; S. 449 ff. Vgl. Ludolf 1989, S. 224 ff.

1994: „Abbruch - Umbruch - Aufbruch. Armut auf dem Lande - was tun? Kirchliche Dienste auf dem Lande der Ev. Kirchen in Thüringen und Kurhessen-Waldeck; Ländliche Heimvolkshochschule Thüringen e. V." (Nr. 3050),
„Wenn die Scholle allein nicht mehr ernährt. Strategien und Beispiele zur Existenzsicherung in der Landwirtschaft. Dienst auf dem Lande der EKKW" (Nr. 3101),
1995: „Unsere Bauern: Die Letzten von gestern - die Ersten von morgen? Landwirtschaft als Schrittmacher für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise" (Nr. 3161),
2005: „Zukunft mit Wald - Wald mit Zukunft. Landwirtschaftstagung. In Zusammenarbeit mit dem Dienst auf dem Lande der EKKW, Zielgruppe: Land- und Forstwirte, Fachleute aus Energie- und Bauwirtschaft, Tourismusexperten, Politiker und Waldliebhaber" (18. - 19.11.2005).

9.5.2.1.3 Zwischen LPG und Nebenerwerb (Protokoll Nr. 289)

Wie der Tagungsleiter Martin Schindehütte laut Protokoll einleitend bemerkt, wurde die Tagung mit der Fachgruppe Landvolkarbeit des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKKW und dem Kirchlichen Dienst auf dem Lande in Thüringen organisiert. Beratend hinzugezogen wurden Gottfried Senff, Leiter eines Saatzuchtbetriebes in Schöndorf bei Weimar und Bernd Apfel, Leiter der LPG in Mihla.[1065]
Nach Schindehütte ist der regionale Bezug vor dem Hintergrund der zu schaffenden ökonomischen Rahmenbedingungen der Tagungsschwerpunkt. Es müsse danach gefragt werden, welche Bedingungen auf Länderebene und in der Region geschaffen werden müssten. Dieser Ebene gelte während der Tagung das besondere Interesse.[1066] Hier wird der partizipationsorientierte Diskursansatz der Akademie deutlich. Durch den Diskurs sollen die Teilnehmer Einfluss auf die Gestaltung von Politik wahrnehmen, wobei die Tagung allerdings nur Begrenztes leisten könne. Schindehüttes Anspruch bestand im gemeinsamen Nachdenken über die Gestaltung eines Gesellschaftsbereiches in dem Unwägbarkeiten und

1065 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 289. Zwischen LPG und Nebenerwerb, Hofgeismar 1991, S. 5.

1066 Vgl. Schindehütte, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 6.

Risiken drohen würden.[1067]

Bei der Tagung referierten acht Referenten zu vier Themen. Bei zwei Themen sowie der Schlussdebatte gab es jeweils einen Vertreter der westdeutschen und einen Vertreter der ostdeutschen Perspektive. Der Aufbau der Tagung ist historisch angelegt. Aufgrund der Referentenbeiträge lässt sich der historische Rahmen allerdings nicht unmittelbar erschließen:

Die deutsche Landwirtschaft im europäischen Kontext

(Joachim Friedrich Heine, Generaldirektion Landwirtschaft bei der EG-Kommission),

Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen und ihre Rückwirkungen auf Nordhessen

(Horst Demme, MdL, verantwortlich für den Aufbau des Thüringer Landesamtes für Landwirtschaft / Manfred Ehlers, Landwirtschaftsdirektor Hess. Bildungsministerium),

Strukturwandel des ländlichen Raums

(Eckhard Engert, Landwirtschaftsoberrat Hessisches Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung),

Die Bedeutung der Strukturveränderung für die soziale Lage im ländlichen Raum und die Dorfentwicklung

(Klaus Schüttler, Verwaltungsdirektor Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz / Dr. Gottfried Senff, Saatzuchtleitender Angestellter),

Schlussdebatte

(Holger Herfurth, Pfarrer / Hellmut Verschuer, stllv. Generaldirektor a. D.).[1068]

1067 Vgl. ebd., S. 6. Die Tagung war Bestandteil einer Veranstaltungsreihe. An dieser Stelle können nicht alle zugehörigen Protokolle analysiert werden. Dem interessierten Leser sei das Protokoll Nr. 263 empfohlen. Es besteht aus Tagungsdokumentationen und Referentenprotokollen zweier agrarpolitischer Tagungen aus den Jahren 1988 und 1989. Der erste Beitrag enthält knappe Informationen über die Schulsituation in Nordhessen. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 263. Landwirtschaft in Nordhessen, Hofgeismar 1989 (a).

1068 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 3.

Durch den **historischen Überblick** über die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in der EG und durch den Beitrag zur Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen erhielten die Tagungsteilnehmer von den Referenten Friedrich und Demme Hintergrundinformationen über die Geschichte der Landwirtschaft in der DDR und in der BRD. Dadurch wurde den Teilnehmern aus Ost- und Westdeutschland die Möglichkeit eröffnet, die Perspektive des jeweils Anderen besser zu verstehen. Darüber hinaus konnten sich die Teilnehmer auch die historische Entwicklung im eigenen Land ins Bewusstsein rufen.

Mit diesem methodischen Vorgehen wird ein Verstehensprozess nach Gadamer ermöglicht. Das im methodischen Teil beschriebene Bewusstsein des Fortwirkens von geschichtlichen Fakten in die Gegenwart hinein kann initiiert werden.[1069]

Für die Thematik dieser Arbeit weisen die Beiträge von Demme, Ehlers, Senff und Herfurth maßgebliche Diskussionsbeiträge auf. Auf deren Referate konzentriert sich die Protokollauswertung.

Historische Längsschnittbeschreibung (Demme)

Nach einleitenden autobiografischen Ausführungen[1070] benennt Demme Zielvorstellungen des Thüringer Landesamtes für Landwirtschaft. Diese seien eine privatwirtschaftlich betriebene Landwirtschaft, ökologische verträgliche Wirtschaftsweise und eine angemessene Entflechtung der Betriebe bezüglich der Betriebsgröße.[1071]

Mit Hilfe der biografischen Angaben wird eine Brücke zum Horizont des Themenfeldes hergestellt. Dem Zuhörer vermittelt Demme den Lebensweltbezug des Themas zu seiner Person.[1072] Dadurch wirkt sein Vortrag nicht wie eine „schulische Wissensvermittlung".[1073] Auf eine pädagogische Belehrung wird zugunsten einer gleichberechtigten Auseinandersetzung zwischen Referenten und Plenum verzichtet. Dies ist für Akademieveranstaltungen, wo

---

1069 Siehe das Kapitel zum historischen Verstehen nach Gadamer in dieser Arbeit. Vgl. Gadamer ^{4}1975, S. 284 ff.

1070 Vgl. Demme, Horst: Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen und ihre Rückwirkung auf Nordhessen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 34.

1071 Vgl. ebd., S. 35.

1072 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 4. Vgl. das Kapitel zu den biografischen Beispielen politischer Bildner in dieser Arbeit.

sich oft fachlich informierte Laien und Experten im Plenum befinden, charakteristisch.[1074]
Bei der anschließenden historischen Längsschnittbeschreibung zur Entwicklung der Landwirtschaft in Thüringen ab 1960 leistet Demme einen Beitrag zur politischen Bildungsarbeit. Die aus den alten Bundesländern anwesenden Zuhörer erhalten von Zeitzeugen Informationen, die zum Verständnis der Gemütslage der ostdeutschen Landwirte beitragen können. Dies wird deutlich, wenn Demme über die gesellschaftspolitische Stellung der LPG in den Dörfern informiert. So hätte ein hoher Anteil der ausgeführten Arbeiten im engeren Sinne nichts mit der Landwirtschaft zu tun gehabt.[1075]
Er führt aus: „Wenn ich von Sonderaufgaben der Landwirtschaft gesprochen habe, dann muss man aus der Sicht der Dörfer etwas dazu sagen. Ja, einige Leiter aus den LPG's waren in den Dörfern die ‚illegalen' Bürgermeister. Sie waren oft im Gemeindevorstand und hatten somit zwei Herzen in ihrer Brust. Manche Leistung wurde nicht in Rechnung gestellt oder nur auf geringem Niveau (...) Denke ich dabei mal an meinen ehemaligen Betrieb zurück, so bauten wir für über 1 Mill. Mark Verbindungsstraßen, eine Arztpraxis und noch einiges mehr. Diese Werte wurden dann später dem Staat ohne Vergütung zur Nutzung übergeben. Die größte Investition, mit Fertigstellung vor der Wende, war ein Kulturzentrum mit über 10 Mill. Mark Eigenmittel, was die Baubrigaden der LPG errichtet und die Bauern finanziert haben."[1076]
Im weiteren Verlauf des Vortrags spricht Demme von sozialen Spannungen: „Die sozialen Spannungen werden immer größer, die Dorfgemeinschaft wird nicht gefördert, sondern sie zerfällt. Uneinigkeit und Hass nimmt zu und das geht bis in die Familien hinein. Die in den Genossenschaften Tätigen sind stärkeren Angriffen ausgesetzt. Hier haben wir gemeinsam viel zu tun, damit die Menschen sich untereinander besser verstehen."[1077]

1073 Vgl. Nolda 1998, S. 207 f.
1074 Vgl. ebd., S. 208 ff.
1075 Vgl. Demme, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 35 f.
1076 Ebd., S. 37 f.
1077 Ebd., S. 44.

Beratung als Bildungsarbeit (Ehlers)

Als Vertreter des Hessischen Bildungsministeriums sind die Ausführungen von Ehlers auch im bildungspolitischen Kontext zu sehen. Punkt vier des in fünf Abschnitte unterteilten Vortrags überschreibt Ehlers mit „Beratung tut not!“. Dieser Part enthält die meisten bildungspolitisch relevanten Bezüge.[1078]

Unter Beratung verstehe er als Vertreter des Ministeriums Entscheidungshilfen.[1079] Im weiteren Verlauf konkretisiert er, das die vom Staat bereitgestellte Beratung das Verhältnis des demokratischen Staates zum freiheitlichen Bürger dokumentiere. Der Staat eröffne dem Bürger Möglichkeiten zu aktiver, selbstgewählter Gestaltung seines Lebens und befähige ihn, gesamtgesellschaftliche Gesichtspunkte bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Vorrangig in der Beratungsarbeit sei die Hilfestellung für die Menschen im ländlichen Raum. Die Beratung orientiere sich am Wohl der Beratungspartner und sei von Firmeninteressen unabhängig. Da es im ostdeutschen Raum eine derartige Beratung nicht gegeben habe, empfiehlt er die Übernahme der westdeutschen Beratungsgrundsätze in den ostdeutschen Bundesländern.[1080] Diese Sentenzen spiegeln den Aufbau des gesamten Beitrags wider: Die ostdeutsche Agrarverwaltung müsse sich an westdeutschen Vorbildern orientieren. Bereits gemachte Erfahrungen führt er als Beleg seiner Thesen an: „Die Erfahrungen, die von Mitarbeitern des Hessischen Bildungsseminars für die Agrarverwaltung Rauischholzhausen im Rahmen der Thüringenhilfe beim Aufbau einer Aus- und Fortbildungseinrichtung für Bedienstete der thüringischen Agrarverwaltung gemacht wurden, decken sich weitgehend auch mit den Erfahrungen anderer Beratungseinrichtungen und freier Berater.“[1081]

Ehlers hebt hervor, dass es ihm bzw. seinem Ministerium bei der geleisteten Bildungsarbeit um das Durchsetzen von Interessen geht. Die Landwirtschaft im benachbarten ostdeutschen Bundesland solle sich nach den Vorstellungen der hessischen Agrarverwaltung entwickeln.

1078 Vgl. Ehlers, Manfred Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen und ihre Rückwirkung auf Nordhessen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 50 ff.

1079 Vgl. ebd., S. 45 ff.

1080 Vgl. ebd., S. 50 f.

1081 Ebd., S. 52.

Entsprechend dieser Forderungen zieht sich ein kritischer Unterton durch den Beitrag, der deutlich macht, dass der Beitritt der DDR zur BRD für die Landwirtschaft in Westdeutschland negative ökonomische Entwicklungen bedeute: „Trotzdem möchte ich einmal in den Raum stellen (...) dass die Rückwirkungen von Thüringen auf Nordhessen in keinem Verhältnis zu dem stehen, was uns der EG-Binnenmarkt und auch die düsteren Perspektiven durch die GATT-Verhandlungen mit ihren unsicheren, ungewissen Aussichten, insgesamt auf alle deutschen Bundesländer zukommt.“[1082]

Mit GATT assoziierten die Landwirte drastisch sinkende Einkommensentwicklungen, da die Erzeugerpreise den deutlich niedrigeren Weltmarktpreisen angepasst werden sollten.[1083]

Die Kirche im Dorf ist noch da (Senff)

Senff referiert über die Bedeutung der Strukturveränderungen für die soziale Lage in ostdeutschen ländlichen Regionen. Dabei stellt er die Zusammenhänge von Landwirtschaft, Dorfentwicklung, Kirche und Erwachsenenbildung anschaulich dar, weshalb sein Beitrag an dieser Stelle vorgestellt wird. Ähnlich wie Demme beginnt Senff mit Ausführungen zur eigenen Person. Er beschreibt die soziale Lage der Menschen vor 1989 und geht dabei auf die Punkte Einkommen, Arbeitszeit, Versorgung, Dorfentwicklung und Kultur ein. Diese Informationen gibt er, um eine Empathie der westdeutschen Anwesenden zu erreichen. Es komme ihn darauf an, dass die westdeutschen Teilnehmer die Befindlichkeit nachempfinden könnten, in der sich viele ostdeutsche Bürger befinden würden. [1084]

Von inhaltlichem Interesse sind für diese Arbeit die Schlussbemerkungen von Senff. Hier spricht, fast am Ende der Tagung, erstmals ein Referent die Stellung der Kirche im Kontext der Landwirtschaft und der Entwicklung der ländlichen Regionen an. Nach der Darlegung, dass das in der DDR aufgebaute kulturelle Dorfleben faktisch zum Erliegen gekommen sei, führt er an:

1082 Ebd., S. 47. Die Äußerung wurde entsprechend der Protokollvorlage zitiert.

1083 Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1995, S. 91 ff.

1084 Vgl. Senff, Gottfried: Die Bedeutung der Strukturveränderungen für die soziale Lage im ländlichen Raum und die Dorfentwicklung - in den neuen Bundesländern, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 82 ff.

„Die Kirche im Dorf ist noch da. Oft etwas baufällig aber, das können wir von Thüringen auch sagen, oft liebevoll erhalten und gepflegt. Unter großem Einsatz (...) haben die Gemeindeglieder die Kirchen restauriert und renoviert. In den letzten Jahren sah dies der SED-Staat nicht ungern. Es gab vereinzelt sogar Zuschüsse zur Kirchturmsanierung weil der Staat spürte, dass ein Dorf ohne Kirchturm völlig stillos ist. So stehen die alten Dorfkirchen noch, nicht nur die Türme sondern die ganzen Gotteshäuser. In den Gemeinden haben die vergangenen Jahre, Jahrzehnte, ihre Spuren hinterlassen. Die Gemeinden sind kleiner geworden (...) Die viele Ratlosigkeit darf aber nicht in Resignation enden. Das steht uns Christen wohl schlecht an. Es gibt viele Suchende, die einen Halt suchen. Geistliche Armut in die sie hineinwuchsen oder von der Schule hineinerzogen wurden, wurde durch manches, was man als organisiertes Kollektiverlebnis bezeichnen kann, übertüncht. Das trägt nun nicht weiter und so droht manchem die Leere (...) Den Kirchgemeinden auf dem Dorf, in Sonderheit den Pfarrern, fallen hier neue Aufgaben in der Seelsorge zu, die sie bisher so nicht kannten. Verängstigte Menschen hatten wir viele, Entwurzelte aber nicht. So ist auch ganz praktische Lebenshilfe dringend erforderlich, von der Berufsberatung, Umschulung, Ermuntern zur neuen Existenzgründung bis zur Begleitung solcher, die an ihrer Ratlosigkeit zu zerbrechen drohen, auch wenn wir oft selbst ratlos sind.“[1085]

Mit diesen Sätzen spricht Senff eine Situation an, die mittlerweile auch auf die Region Nordhessen und somit auf die EKKW zutrifft. Aufgrund von Arbeitslosigkeit, Abwanderung in südhessische Ballungsgebiete und die demografische Entwicklung, verbunden mit einer schwächer werdenden dörflichen Infrastruktur, wird von der Landeskirche in der dörflich geprägten nordhessischen Region eine negative gesellschaftliche Stimmung wahrgenommen.[1086]

1085 Ebd., S. 89.

1086 Der Bischof der EKKW griff in einem Synodalbericht ebenfalls das Bild von der Kirche als einziger verbliebener gesellschaftlicher Institution vor Ort auf. Vgl. Bericht des Bischofs auf der 11. Landessynode der EKKW vom 21. - 24.11.2004, S. 6 ff.

Neue Aufgaben für Kirchengemeinden (Herfurth)

In Herfurths Referat „Auswirkungen des Strukturwandels in der Landwirtschaft für die Menschen auf den Dörfern und die Aufgaben der Kirche“ kommt dem Begriff „Verängstigung“ eine zentrale Rolle zu. Da Angstbewältigung ein konstitutives Merkmal kirchlicher Arbeit darstellt, erscheint ein Blick auf Erfurths Ausführungen für den Erkenntnisprozess dieser Arbeit lohnenswert.[1087]

Eine spezielle kirchliche Jugendarbeit auf dem Land sei seit Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts notwendig geworden, da viele junge Menschen im Zuge der Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft in LPGs verängstigt gewesen seien und sich zunächst eine Perspektivlosigkeit abgezeichnet hätte. 1956 sei mit „Arbeit auf dem Lande“ ein zentraler Arbeitszweig kirchlicher Jugendarbeit gegründet worden, der sich zur Aufgabe gemacht hätte, ein Anwalt des Dorfes zu sein. Die verbreitetste Methode seien Gesprächsabende gewesen.[1088]

Im Zuge des Beitritts der DDR zur BRD habe es wieder Ängste gegeben: „Strukturveränderungen erleben wir im Zeitraffertempo, ohne geordnete Übergänge, es mangelt an klaren Leitlinien und an zeitlichen Rahmenvorstellungen. Die Folgen sind, und dies wurde angesprochen in vielen Gesprächen und Referaten, Unsicherheiten und Ängste, Ängste, die bis zur Gefahr der Entwurzelung reichen.“[1089]

Die von Herfurth beschriebenen Ängste kennzeichnen die Probleme der vom Strukturwandel in der Landwirtschaft betroffenen Personen in den alten wie in den neuen Bundesländern gleichermaßen.

Es sind die Begleiterscheinungen der zweiten Moderne, wie Meueler allgemein formuliert: „Bei einer aufgenötigten Daueranstrengung sind keine Reserven mehr verfügbar, mit denen die vielfältigen Kombinationen von gesellschaftlichen Krisen und privaten Belastungen psychisch abgefangen und aufgefangen werden können. Kleine und größere Lebenskrisen, Formen psychischer Auseinandersetzung mit überfordernden Lebensveränderun-

---

1087 Vgl. Herfurth, Holger: Auswirkungen des Strukturwandels in der Landwirtschaft für die Menschen auf den Dörfern und die Aufgaben der Kirche, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 90 ff.

1088 Vgl. ebd.

1089 Ebd., S. 92. Vgl. Meueler ^{2}1998, S. 55 ff. Meueler spricht das Problem der Entwurzelung im Kontext der Individualisierung an.

gen, werden zur Regel.“[1090]

Chancen der Risikogesellschaft

Mit der Einschätzung Herfurths, dass die derzeitigen Probleme der ostdeutschen Landwirtschaft mit Erklärungsansätzen der DDR-Vergangenheit unzureichend beschrieben sind und dass es sich vielmehr um eine Fragestellung des Stellenwertes der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft handelt[1091], eröffnet sich die Perspektive, das Protokoll im Horizont von Becks Theorie der Risikogesellschaft zu lesen. Schließlich spricht Herfurth mit Fragen der Neubestimmung gesellschaftlicher Paradigmen wie Familie, Bildung, Arbeit und Infrastruktur zentrale Begriffe der Risikogesellschaft an.[1092] Herfurth zieht das Fazit, dass sich aufgrund dieser Verunsicherungen neue Chancen für die evangelischen Kirchen bieten würden. Eine Voraussetzung sei, dass sich die Kirche auf einen Strukturwandel einlasse. Den Kirchengemeinden würden vor Ort neue Rollen zukommen.[1093]

Herfurt fährt fort: „Es ist eine Riesenmenge an Erwartungen da. Wir müssen lernen, den Weg der Kirche, der Gemeinde neu zu entdecken (...) Die Pastorenkirche hatten wir, jetzt ist die Chance da, noch mehr einzubeziehen. Ein Mitarbeiter alleine vor Ort wird es nicht packen. Die evangelische Kirche ist eine Kirche des Mittelstandes und nicht eine Kirche der Arbeiter oder gar Bauern gewesen. Jetzt den Anschluss nicht ganz zu verlieren in der Begleitung und Solidarität mit den Menschen auf dem Land, ist sehr wichtig. Es kommt darauf an, Arbeitsbereiche neu zu sehen und zu verstärken (...)“[1094]

Auch wenn einige Äußerungen wie die der evangelischen Kirche als Kirche des Mittelstandes einer Überprüfung bedürfen, so ist es dennoch beachtenswert, zu welchem frühen Zeitpunkt aus externer Perspektive strukturelle Notwendigkeiten angesprochen werden, die für die EKKW ca. 15 Jahre später aktuell werden.[1095]

1090 Ebd., S. 59.

1091 Vgl. Herfurth, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 92 f.

1092 Vgl. ebd. Vgl. Beck ^{4}1998 (b), S. 366.

1093 Vgl. Herfurth, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 94.

1094 Ebd., S. 94 f.

1095 Vgl. den Abschnitt zur Umstrukturierung der Verwaltung im Landeskirchenamt Kassel in dieser Arbeit.

Politische Bildung

Herfurth spricht auch Fragen zur politischen Bildungsarbeit an: „Kirche muss dranbleiben an diesen Aufgaben, die so ganz dringend sich stellen. Wie macht man das? Wie motiviert man Arbeitslose, Vorruheständler für eine ehrenamtliche Aufgabe? Wie lockt man sie heraus aus ihrem Rückzug in den privaten Bereich? Viele schämen sich ihrer Arbeitslosigkeit und ihres neuen Standes. Deswegen gehört zu den Förderungen von ARBEIT AUF DEM LAND mit die Errichtung von Landvolkshochschulen, die wir in unserem Bereich überhaupt noch nicht haben (...) hier könnten solche Aufgaben angepackt werden, wie fachlich kompetente Beratung, seelsorgerliche Begleitung von jungen Menschen auf dem Land im Angesicht der totalen Umgestaltung ihres Lebens- und Arbeitsraumes. Hier könnte Befähigung vermittelt werden zu einem selbstständigen und eigenverantwortlichen Engagement für den Lebensraum Dorf, hier könnte mitgearbeitet werden an der Förderung von Identitätsfindung, an der Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein und Selbstwertgefühlen bei Jugendlichen im Zusammenhang mit der doch zu erwartenden Herabsetzung des Eigenwertes von Dörfern im ländlichen Raum, auch in unserem Teil Deutschlands. Es muss gelernt werden, demokratische Entscheidungsprozesse mitzugestalten und mitzutragen, wenn jetzt die Bürgerversammlungen nur noch von wenigen besucht werden, öffentliche Gemeindevertretersitzungen von drei Leuten besucht werden, dann ist da irgendetwas noch nicht in Ordnung. Dann gibt es den ganzen Bereich von Auseinandersetzung und Beobachtung und Stellungnahmen zur Entwicklung im agrarpolitischen Sektor, da ist viel Nachholbedarf da. Kirchliche Mitarbeiter müssen angeleitet werden für ihre neue Funktion im ländlichen Bereich (...)“[1096]

Bei den Ausführungen von Herfurth zeigt sich der Gewinn, den die Akademie bei partizipationsorientierten Diskurstagungen erzielen kann: Die Teilnehmer erhalten Anregungen für ihre Arbeit vor Ort, als „citoyens“ partizipieren sie an der Gestaltung von Politik und durch Impulse von außen können die Vertreter der EKKW Anregungen für die Arbeit der eigenen Landeskirche erhalten.

1096 Herfurth, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 95 f.

9.5.2.1.4 Bio- und Gentechnologie als Gefahrenquelle in der Risikogesellschaft

Eine zentrale These von Beck lautet, dass es sich in der Risikogesellschaft ähnlich wie in der Zeit der industriellen Revolution um eine „Verelendung" handele. Im 19. Jahrhundert sei es eine materielle Verelendung gewesen, während es in der Risikogesellschaft mit der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen eine Bedrohung sei, die nicht unmittelbar wahrgenommen werde. Hunger und Armut seien für den Einzelnen sehr greifbar, während atomare Strahlung oder das Nichtwissen um die möglichen Gefahren der Gentechnologie für den Einzelnen nicht greifbar seien.[1097]

Beck kommt in „Risikogesellschaft" zu der These, dass sich die ehemals hochgepriesenen Quellen des Reichtums wie Atom, Chemie und Gentechnologie in unabsehbare Gefahrenquellen verwandeln würden. Der Unmittelbarkeit persönlich und sozial erlebten Elends stehe in der Gegenwart die Ungreifbarkeit von Zivilisationsgefährdungen gegenüber, die erst im verwissenschaftlichten Wissen bewusst werden würden und nicht durch Primärerfahrungen zu beziehen seien. Ein Merkmal der Risikogesellschaft sei, dass sich die „Verelendung" anders zeige. Die Menschen in der Bundesrepublik seien nicht wie im 19. Jahrhundert verarmt, sondern oft wohlhabend und gut gebildet. Da sie gut informiert seien, hätten sie Angst und würden sich engagieren.[1098]

Die Akademie spricht in den 80er Jahren diese Klientel an, was sich an folgendem Programmlängsschnitt zu kontextualen Diskursveranstaltungen zeigen lässt:

1981: „Biotechnologie (wissenschaftliches Kolloquium)", Nr. 2188,
1983: „Mögliche Folgen biotechnischer Forschung (Kolloquium Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW)", Nr. 2339,
1984: „Gesellschaftliche Folgen neuer Biotechniken (VDW)", Nr. 2423,
„Biotechnik - natürliche Technik? Möglichkeiten und Folgen für Menschen, Umwelt, Wirtschaft", Nr. 2428,
„Gentechnik und Biotechnologie. Konsultation Ökologie des Leiterkreises der Ev. Akademien in Deutschland, der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft e.V., des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD", Nr. 2465,
„Gesellschaftliche Folgen neuer Biotechniken (VDW, Schweiz)", Nr. 2475,

1097 Vgl. Beck 2006, S. 67 f.
1098 Vgl. ebd., S. 68 f.

1988: „Konstruiertes und produziertes Leben? Zur Anwendung der Gentechnik in Pflanzen- und Tierzucht (Umweltkonsultation)“, Nr. 2645,
„Wir machen nur, was die Natur tut. Ökologische, evolutionsbiologische, philosophische und politische Dimensionen gentechnischer Risiken (Deutsche Umweltstiftung)“, Nr. 2674,
1990: „Evangelische Ethik und Biotechnologie (Fachtagung Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft)“, Nr. 2775.

Bei der Tagung „Wir machen nur, was die Natur tut“ ist bei der Aufzählung der Dimensionen im Veranstaltungstitel der interdisziplinäre Aspekt erkennbar. Die Veranstaltungen sind an eine gebildete Klientel gerichtet und sprechen existenzielle Fragen der Menschen und auch der Kirchen an. Schließlich stehen die Themen der Bio- und Gentechnologie in der Regel im Kontext kirchlicher Themen wie Schöpfung und Gottähnlichkeit des Menschen.[1099]

9.5.2.2 Bildungspolitische Veranstaltungen

Die in diesem Kapitel ausgewerteten Protokolle haben die Politikfelder schulische und außerschulische Bildung zum Gegenstand. Die Tagungen fanden zwischen 1980 und 2004 statt. In der im Materialband veröffentlichten Tabelle „Veranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Politikfeld ‚Bildung’ “ sind die diesbezüglichen Tagungen aufgeführt.[1100] Die Tabellenstruktur ist mit der Struktur der Tabelle „Politische Bildungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar“ identisch. Bei Zugrundelegung dieser Kategorisierung fällt die unproportionale Verteilung auf:

Kategorie I (berufsständisch):	17 Angebote,[1101]
Kategorie II (Interessenvertretung):	44 Angebote,
Kategorie III (Diskurs):	68 Angebote,
Kategorie IV (Internationale Politik):	drei Angebote.

Entsprechend der Schwerpunktsetzung dieser Arbeit konzentriert sich die Auswertung auf die Wechselbeziehung von „Kirche - Schule“ unter Berücksichtigung der Adressatenorientierung.

Im ersten Teil der Arbeit wurde gezeigt, dass sich die Vertreter der evangelischen Kirchen

1099 Vgl. ebd., S. 324.

1100 Siehe Materialband.

bei der Begründung ihrer Aktivitäten auf das protestantische Selbstverständnis beziehen. Die Evangelische Akademie Hofgeismar hat im Zeitraum von 1972 bis 2004 in sieben Veranstaltungen die Notwendigkeit des kirchlichen Engagements im Bildungsbereich thematisiert. Wenn man die Veranstaltungen hinzuzieht, die sich speziell mit der Rolle der Kirchen bei der Religionslehrerausbildung, der Gestaltung der Rahmenrichtlinien Religion und des Stellenwerts des Religionsunterrichts in der Schule befassen, steigt die Zahl der Angebote auf zwölf.[1102] Somit schenkt die Akademie diesem Bereich ebenso viel Aufmerksamkeit wie den Bereichen Erwachsenenbildung und politische Bildung.

An dieser Stelle kann die Frage gestellt werden, ob die Aktivitäten im schulischen Bildungsbereich für die untersuchte Landeskirche tatsächlich ein konstitutives Element aufgrund ihrer historischen Wurzeln sind, oder ob sich die EKKW diesem Thema stets bewusst wird, wenn gesellschaftliche Veränderungsprozesse eintreten. Schließlich liegen fünf der zwölf Veranstaltungen im Protestzeitraum zwischen 1969 und 1978 und eine Tagung im Jahr 1987, ein Jahr nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl.[1103]

9.5.2.2.1 Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern (Protokoll Nr. 179/1981)

Das Fachgespräch zur Erwachsenenbildung findet im November 1980 statt. Im dazugehörigen Protokoll sind die Tagungseröffnung des Akademiedirektors und Pfarrers Helmut Schmidt sowie die Beiträge von Friedrich Edding vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Berlin), Gerhard Strunk von der Hochschule der Bundeswehr (Hamburg) und von Peter Faulstich, Kontaktstelle für wissenschaftliche, künstlerische und berufliche Weiterbildung der Gesamthochschule Kassel veröffentlicht.[1104] Da in dem Protokoll kein Veranstaltungsprogramm abgedruckt ist, ist nicht feststellbar, ob die protokollierten Vorträge das Tagungsprogramm widerspiegeln oder eine Auswahl darstellen.[1105]

1101 Von diesen 17 Angeboten entfallen 16 auf den Zeitraum von 1947 bis 1965.

1102 Die zwölf Angebote gelten für den Zeitraum von 1957 bis 2004.

1103 Vgl. Rucht 1989, S. 311 ff. Vgl. Biehl/Nipkow 2003. Vgl. Materialband.

1104 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 179/1981. Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern, Hofgeismar 1981.

1105 In der Regel erfolgt im Protokoll ein Hinweis, wenn nicht alle Referate dokumentiert sind. Die Akademieverwaltung konnte aufgrund der zeitlichen Distanz zu dieser Frage keine Antwort geben.

Einleitung (Helmut Schmidt)

In der Tagungseröffnung erwähnt Schmidt die Überlegungen, die zum Tagungsthema geführt haben, wobei er den regionalen Aspekt hervorhebt. Dieser sei die Diskussion über die Erwachsenenbildung in Hessen.[1106] In der Ansprache wird deutlich, dass die Tagung an ein Publikum gerichtet ist, welches mit dem kontextualen Hintergrund vertraut ist.[1107] Am Ende der Einleitungsworte erwähnt Schmidt, dass es bei der Tagung weniger um organisatorisch-institutionelle Fragen wie Finanzierbarkeit von Erwachsenenbildung gehen soll, sondern vielmehr um Ziele und Inhalte:

„Wir haben uns (...) konzentriert auf die hessische Szene und haben unsere Einladung erstreckt auf alle Träger und Institutionen, die in dieser Form an Erwachsenenbildung beteiligt sind. Wir möchten allerdings den organisatorisch-institutionellen Aspekt nicht an den Anfang stellen. Vielmehr ist unsere Absicht, dass wir hier über Ziele und Inhalte von Erwachsenenbildung sprechen, über das Subjekt von Erwachsenenbildung, und zwar sowohl das Lernsubjekt - wie das genannt worden ist - als auch das Lehrsubjekt einschließlich ihrer Interessen, Kompetenzen und Absichten und damit auch über die Frage der Legitimation. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, hier einen deutlichen Akzent zu setzen (...)“[1108]

Hier benennt Schmidt ein Merkmal politischer Bildungsarbeit: Es geht den Tagungsplanern um inhaltliche Diskussionen, die den Anwesenden als Impuls dienen sollen. Aus den Worten von Schmidt wird deutlich, dass die Tagung als „Debatten über die wesentlichen Entwicklungsfragen der Gesellschaft“[1109] angesehen werden kann. Die Frage nach der Struktur der Erwachsenenbildung ist schließlich für die außerschulische Bildung eine grundsätzliche Frage. Da die Teilnehmer aus dem Berufsfeld kommen und sich als Referenten und Gäste mit den Entwicklungsfragen dieses Politikfeldes befassen, handeln die Teilnehmer aus der Perspektive der Individuen als Akteure.[1110]

Das zweite Merkmal politischer Akademiebildung ist der Forum-Aspekt:

1106 Vgl. Schmidt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 1 (Einleitung).

1107 Bei dem von Schmidt angesprochenen Hintergrund handelt es sich um die Diskussion über das im historischen Kapitel erwähnte Hessische Erwachsenenbildungsgesetz vom 24.6.1974.

1108 Schmidt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 3.

1109 Steffens 2007 (a), S. 11.

1110 Vgl. ebd., S. 10 f.

„Die evangelische Akademie schien uns auch ein günstiger Ort hierfür zu sein, weil sie selbst (...) praktisch finanziell minimal beteiligt ist an diesem Geschäft. Und das spielt ja vielleicht für die Unabhängigkeit der Betrachtung eine gewisse Rolle (...) Ich denke, dass das vielleicht auch eine sinnvolle Ausgangsbasis ist, sodass wir in einem Raum diskutieren, wo das Veranstalterinteresse nicht primär das Eigeninteresse ist.“[1111]

Erwachsenenbildung - die Sicht eines Vertreters der freien Träger (Gerhard Strunk)

Strunks Referat trägt den Titel „Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der Sicht der freien Träger - insbesondere der Kirchen“. Dabei schränkt er ein, dass seine Aussagen nicht ohne weiteres auf andere Träger wie Gewerkschaften, Bauernverband oder Katholische Kirche übertragbar seien, da jede dieser Institutionen über ein spezifisches Profil verfüge.[1112]

Theoriebildung im Anschluss an erfolgte Praxis

Die Motivation zum Engagement in der Erwachsenenbildung sei schwer herzuleiten, was historische Ursachen habe: „Das Selbst- und Aufgabenverständnis (...) für die Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft, präzise zu beschreiben, stößt auf vielfältige Schwierigkeiten. Sie haben historische wie aktuelle Gründe. Historisch gesehen ist immer der Vorrang der Praxis vor der Theoriebildung für die Erwachsenenbildung charakteristisch gewesen. Es gab in bestimmten Situationen Menschen, die die Unzulänglichkeit des Bildungssystems für bestimmte benachteiligte Gruppen der Bevölkerung sahen. Man entwickelte Bildungsangebote; später schuf man die dafür erforderlichen Institutionen. Meist wurde erst in diesem Moment die Theorie wichtig - nicht selten als nachträgliche Legitimation der bisherigen Praxis oder auch als Versuch persönlicher Vergewisserung.“[1113]

Der Grund für die Theoriebildung infolge der Praxis sei bei der evangelischen Erwachsenenbildung im Engagement einzelner Personen, die die anstehenden Aufgaben erkannten, zu finden. Darum gebe es eine große Vielzahl von „Subträgern“. Als Beispiele nennt er Kirchengemeinden, berufsständische Werke, regionale Bildungszentren und Evangelische Akademien. Alle würden mehr oder minder ausgeprägt Erwachsenenbildung betreiben. Je-

---

1111 Schmidt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 3.

1112 Vgl. Strunk, Gerhard: Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der Sicht der freien Träger - insbesondere der Kirchen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 14 ff.

de Institution unterliege spezifischen Rahmenbedingungen. Häufig würden sie für spezielle Zielgruppen arbeiten. Dies alles wirke sich auf die Bildungspraxis und die sie begleitenden Theoriebemühungen aus.[1114]

Für die Evangelische Akademie Hofgeismar treffen nicht alle von Strunk genannten Faktoren zu. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den damit verbundenen Herausforderungen des Aufbaus eines Bildungswesens, einer Ursachenforschung für den Zerfall der Demokratie in der Weimarer Republik und dem Schaffen eines Ortes der geistigen und geistlichen Besinnung sind zwar die von Strunk genannten gesellschaftlichen Situationen als ein Grund der Akademiegründung gegeben. Wie im Kapitel zur Gründungsphase der Akademie dargelegt, waren aber in Kurhessen-Waldeck mit Bischof Wüstermann und Pfarrer Hans Rudolf-Müller Personen mit der Akademiegründung befasst, die Wert auf den theoretischen Begründungszusammenhang legten.[1115]

Wissenschaftliches Denken in der Allgemeinbildung

In den Folgen, die das wissenschaftliche Arbeiten fast aller Disziplinen für die Bürger haben würde, sieht Strunk den wesentlichen Bezugspunkt für eine Theorie der Erwachsenenbildung.

Die Folgen wissenschaftlichen Arbeitens würden, so Strunk, die Lebensumstände und -anforderungen derart verändern, dass die Bürger mittelbar betroffen seien: „Ich verweise auf Probleme der Ökologie, der Energieversorgung, der Stadt- und Verkehrsplanung, der Kommunikations- und Informationssysteme, der Erziehung in Familie und Schule (...) Überall haben wir es mittelbaren[1116] oder unmittelbaren Folgen wissenschaftlichen Arbeitens zu tun, die Lebensumstände und Lebensanforderungen verändern. Verstärkt wird diese Problematik dadurch - dies wird besonders deutlich an den Ökologie- und Energieproble-

---

1113 Strunk, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 16.

1114 Vgl. ebd.

1115 Vgl. Müller, Hans-Rudolf: Über Aufgabe und Plan einer Evangelischen Akademie für die Evang. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck. Thesenpapier zum Vortrag über die Aufgabe und den Plan einer evangelischen Akademie am 31. Juli 1946 vor der Dekanatskonferenz in Hephata bei Treysa, in: Jaspert 2003, S. 39. Vgl. das Kapitel zur Gründungsphase der Evangelischen Akademie Hofgeismar in dieser Arbeit.

1116 Hier liegt vermutlich ein redaktioneller Fehler vor. Es ist anzunehmen, dass Strunk sagte: „haben wir es mit mittelbaren ...".

men - , dass Wissenschaftler als Experten in derartige Planungsprozesse verwickelt werden. Projekte werden durch wissenschaftliche Gutachten begründet und häufig genug durch Gegengutachten in Frage gestellt. Wissenschaft wird unmittelbar politisch wirksam (...) Der betroffene Bürger - sollen seine Teilhabeinteressen ernstgenommen und seine Mitwirkungsmöglichkeiten erweitert bzw. nicht gänzlich verschüttet werden - braucht die Kompetenz, die Art wissenschaftlichen Denkens und Argumentierens, der wissenschaftlichen Problemlösungsmethoden und der Ergebnisdarstellung zu verstehen und mit ihnen umzugehen, sie kritisch zu gewichten und zu bewerten. Es gilt also auch hier ein Stück der ‚Expertokratie' abzubauen und demokratischer Kontrolle zuzuführen. Dies ist sicher auch ein zentrales politisches Problem, aber auch ein pädagogisches, nicht zuletzt für jenen Bildungsbereich, der einmal als Volksbildung seine Arbeit in Aufnahme aufklärerischer Tradition begann."[1117]

Die Herleitung der Auswirkungen wissenschaftlichen Arbeitens auf die Bürger dient als Begründung für das von Strunk favorisierte Modell der lebensweltorientierten Erwachsenenbildung. Die Herleitung ist notwendig, da ohne sie ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Wissenschaft und Lebensweltbezug entstehen kann.

Lebensweltorientierte Erwachsenenbildung

Lebensweltorientierte Erwachsenenbildung sei, so Strunk, nicht ohne die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus den verschiedenen Disziplinen zu entwickeln, weil die Lebensweltprobleme auch Folgen wissenschaftlicher Forschung seien. Weil lebensweltorientierte Erwachsenenbildung auch einen Beitrag zur Befähigung leisten möchte, Einfluss auf die Gestaltung der Lebenswelt zu nehmen, werde die Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen Nutzen aus wissenschaftlicher Forschung immer auch Bestandteil dieser Arbeit sein müssen.[1118] Den Schlüssel zur Realisierung eines entsprechenden Konzepts sieht er in der Dezentralisierung der Bildungsangebote. Die Akademien könnten dabei Kooperationspartner sein.[1119]

1117 Strunk, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 25.

1118 Vgl. ebd., S. 25 f.

1119 Vgl. Strunk, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 26 ff.

Die Antwort von Faulstich

Faulstich widerspricht Strunk bei der Einschätzung des spezifisch Kirchlichen: „Die Dilemma-Situation zwischen Alltagsorientierung in der Erwachsenenbildung und Wissenschaftssystematik ist, wenn man nach Konzepten fragt, der Kernpunkt, der zu diskutieren ist. Meistens wird die Diskussion um das Verhältnis von Wissenschaft und Weiterbildung mehr unter institutionellen Aspekten geführt, nämlich ausgehend von bestehenden Einrichtungen, die dann auf Kooperations- oder Konfliktstrategien abgeklopft werden. Selbstverständlich kann auf dieser Ebene (...) eine Klärung dieses Verhältnisses eigentlich gar nicht erfolgen, weil man dann immer in die Notwendigkeit gerät, entweder zu sagen, wir arbeiten zusammen oder wir arbeiten nicht zusammen, aber weiter geht es nicht. Insofern ist die Zielrichtung, die Professor Strunk für Erwachsenenbildungsarbeit genannt hat, so spezifisch für evangelische Erwachsenenbildung gar nicht, sondern ich glaube, dass solche Ziele eine mittlerweile in der Erwachsenenbildung sich durchaus durchsetzende Tendenz beschreiben. Die Formulierung, die er gebraucht hat, Lernhilfen für Individuen in ihren alltäglichen Lebensbewältigungen zu geben, die könnte man bruchlos auch auf andere Einrichtungen übertragen und als Zielrichtung für Erwachsenenbildung insgesamt unterstützen.“[1120]

Für diese Arbeit sind bei den Ausführungen von Strunk die Aspekte interessant, dass bei der Erwachsenenbildung meistens die theoretischen Konzepte der geleisteten Praxis folgen. In der historischen Längsschnittuntersuchung sollte dies deutlich werden. Als Beispiel ist die Gründung der Arbeiterbildungsvereine zu nennen. Interessant erscheinen die Aussagen von Faulstich, nach denen die von Strunk genannten spezifischen kirchlichen Merkmale der Erwachsenenbildung auch auf andere Träger übertragen werden könnten.

Mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Weiterbildung sprechen Strunk und Faulstich die von Beck für die zweite Moderne charakteristisch beschriebenen Überlagerungen von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen an, die Strunk und Faulstich in den Kontext der Erwachsenenbildung stellen.[1121]

1120 Faulstich, Peter: Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der Sicht der Hochschulen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 30.

1121 Vgl. Beck 2007, S. 162.

9.5.2.2.2 Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule (Protokoll Nr. 249)

1987 findet das Fachgespräch „Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule“ statt.[1122] Es referierten Ottokar Basse, Hans Christoph Berg, Armin Füllkrug, Klaus Goßmann, Franz Köller, Christoph Scheilke, Friedrich Schweitzer sowie Klaus Tümmler. Diese Veranstaltung wird genauer betrachtet, da sie mit dem Thema der Perspektiven kirchlicher Bildungspolitik auch der Frage nach der Positionierung der Kirchen in der Risikogesellschaft nachgeht. Bei der Auswertung dieses Protokolls wird der Beitrag von Friedrich Schweitzer eingehend betrachtet, da seine Ausführungen für die hier behandelten Fragestellungen relevante Beiträge enthalten. Zu den übrigen Vorträgen werden zwecks inhaltlicher Orientierung die Leitgedanken vorgestellt, sofern sie nicht zu weit vom Thema dieser Arbeit abweichen.[1123]

Ottokar Basse:

(ehemals Oberkirchenrat in Württemberg, Prediger in der Juister Inselkirche)

Nach Basse hätten die Kirchen im Vergleich zu Gewerkschaften, Berufsverbänden und ähnlichen Organisationen eine Sonderstellung in der Gesellschaft, die sich besonders im Bildungsbereich widerspiegele. Diese Sonderstellung sei nicht nur in kirchlichen Bildungseinrichtungen, sondern insbesonders in staatlichen Schulen wahrnehmbar. Sie zeige sich in dem „Wächteramt“, das die Kirchen beim Religionsunterricht ausüben würden. Zudem wirkten die Kirchen wie eine Konstante bei „pädagogischen Pendelschlägen“. Die kirchliche Mitwirkung im Bildungssektor sei historisch, institutionell und gesellschaftspolitisch begründbar.[1124]

1122 Veranstaltungsnummer 2573. Das Protokoll enthält Originalbeiträge, die, soweit sie auf Tonbandmitschnitten beruhen, von den Autoren überarbeitet und zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1988 (Tagungsprotokoll).

1123 Dem interessierten Leser sei die Lektüre des Protokolls empfohlen. Jeder Referent hat dem protokollierten Beitrag eine Literaturliste beigefügt. Auf das Referat von Klaus Tümmler (ehemals Mitglied der Schulkammer der EKKW, 1988 - 2005 stllv. Mitglied des Rates der Landeskirche) wird nicht eingegangen, da es sich um ein verwaltungsrechtliches Thema handelt. Aufsätze einiger Referenten sind veröffentlicht in: Schweitzer 2002.

1124 Vgl. Basse, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 7 ff. Der Begriff „Wächteramt“ wird im Kirchenvokabular nicht mehr verwendet. Mitte der 80er Jahre wurde er innerkirchlich bereits kritisch gesehen.

Hans-Christoph Berg

(Dipl. Psychologe, emeritierter Professor für Didaktik und Schulpädagogik)

Berg kritisiert, dass die staatlichen Schulen gegenüber den Privatschulen privilegiert werden würden, was historisch bedingt sei.[1125] Er fordert den Ausbau des kirchlichen Schulangebots sowie die Schärfung der korrelierenden kirchlich - theologischen Begründung. Eine fundierte bildungstheoretische Herleitung hält er aufgrund der traditionellen engen Bindung zwischen Protestantismus und Staat für notwendig[1126] Neben der bildungstheoretischen Argumentation müsse ein evangelisches Profil der Bildungseinrichtungen erkennbar sein, was Berg an einigen Beispielen verdeutlich.[1127]

Franz Köller

(Ministerialrat a. D., ehemals Leiter der Schulrechtsgruppe im Hessischen Kultusministerium)

Köller hebt hervor, dass die verfassungsrechtliche Ausgangslage zur Frage, ob es in Hessen eine Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage gebe, nicht eindeutig sei. Für beide Positionen nennt er Belege. So sei die Gemeinschaftsschule[1128] in Hessen nach einer Landtagserklärung vom 30.03.1966 zum Artikel 56 der Hessischen Verfassung nicht bekenntnisfrei, sondern Schule auf christlicher Grundlage in Anerkennung eines historischen Kulturwertekonsenses. Auf der anderen Seite könnten die hessischen Schulen nach einem Kommentar zum Schulgesetz nicht als christliche Gemeinschaftsschulen bezeichnet werden.[1129] Köller konstatiert: „Auch wenn es keine Partnerschaft in der Schule gibt, so gibt es doch die Partnerschaft in der Verpflichtung, den Kulturwertekonsens einer christlichen, humanistischen Tradition als Grundlage der Schule zu erhalten. Dies ist die kulturpoliti-

---

1125 Vgl. Berg, Hans-Christoph: Evangelische Schulen. Konzeptionen, Merkmale, Herausforderungen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 31.

1126 Vgl. ebd., S. 32.

1127 Vgl. ebd., S. 36 ff. Laut einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1987 ist ein Schulmonopol des Staates unzulässig. Vgl. Schreiner 2002, S. 230 f.

1128 Gemeint ist das öffentliche Schulwesen, in dem die Schüler aller Religionen und Bekenntnisse mit Ausnahme des Religionsunterrichts gemeinsam unterrichtet werden.

1129 Vgl. Köller, Franz: Die Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage unter den Bedingungen des real existierenden Pluralismus, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 52 ff.

sche Substanzverordnung des Staates (...)“[1130]

Zumindest hätten die Kirchen bezüglich der schulischen Bildung einen anerkannten Öffentlichkeitsauftrag, der darin bestehe, sich zur Gestaltung von Schule zu äußern und Einfluss zu nehmen.[1131]

Armin Füllkrug

(1960 - 1980 juristischer Stellvertreter des Bischofs der EKKW, +2001)

In einem ausführlichen Diskussionsbeitrag widerspricht der Vizepräsident i. R. den Positionen von Köller. Es gebe sehr wohl die Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage, was Füllkrug mit Hilfe des Artikels 56, Hessische Verfassung herleitet.[1132]

Klaus Goßmann

(Mitglied der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Direktor i. R.)

Goßmann spricht über die Gesprächspartnerschaft von Kirche und Schule, wobei er zwischen drei „Ebenen“ unterscheidet: institutionelle Ebene, Lebensweltebene und Reflexionsebene.[1133] Seine Maxime lautet: Die Schüler müssen ihren eigenen Platz in der „Lebenswelt Kirche“ finden.[1134] Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sei die Kirche als Mitträgerin der öffentlichen Gesamtordnung zur Mitwirkung im Bildungssektor aufgefordert. Daraus ergebe sich ein Öffentlichkeitsauftrag, der dem eigenen kirchlichen Bildungsauftrag entspreche.

Evangelische Akademien und Pädagogisch-Theologische-Institute seien der „Dritte Ort“, an denen eine entsprechende Reflexion von kirchlicher und schulischer Seite geleistet werden könne.[1135] Es stelle sich die Frage nach der Bedeutung der Christlichkeit für die Schule. In diesem Zusammenhang spricht er von einer „postchristlichen Situation“ der Gesell-

---

1130 Ebd., S. 56.

1131 Vgl. ebd., S. 57.

1132 Siehe den Diskussionsbeitrag von Füllkrug, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 64 f. Beide Redner beziehen sich auf Artikel 56 Hess. Verfassung und Hess. Staatskirchenvertrag (1960).

1133 Vgl. Goßmann, Klaus: Gesprächspartnerschaft Kirche - Schule, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 118 ff.

1134 Vgl. ebd.

1135 Vgl. ebd., S. 123.

schaft.[1136] Abschließend stellt Goßmann vier Verantwortungsdimensionen zum Verständnis von Bildung vor, bei denen Kirche und Schule gefordert seien:

- Leben in der Demokratie,
- Leben in der Einen Welt,
- Leben im Frieden,
- Leben im Wandel gesellschaftlicher Werte.

Als Fazit nennt er ökumenisches Lernen als Aufgabe des Religionsunterrichts und entwicklungsbezogenes Lernen als Aufgabe der Schule.[1137]

Christoph Scheilke

(Direktor des Pädagogisch Theologischen Zentrums der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, 1995 - 2002 Direktor des Comenius-Instituts Münster)

Über ein ähnliches Thema wie Goßmann spricht Scheilke in seinem Referat über den evangelischen Beitrag zur Bildungsfrage. Der Beitrag des Protestantismus bestünde in einer pädagogischen und in einer politischen Aufgabe. Die Kirchen müssten als pädagogischen Beitrag ein Gesprächsforum für kirchliche und schulische Positionen anbieten. Die politische Aufgabe liege in einer Erinnerungsarbeit an das Gebot, für Frieden und Gerechtigkeit zu sorgen.[1138]

Moderne Bildung müsse über nachstehende Merkmale verfügen:

- Bildung sei immer politisch, wenn sie einen ganzheitlichen Ansatz verfolge.
- Bildung enthalte utopisches Potenzial, dadurch sei sie kritisch und urteilsfördernd.
- Bildung sei selbstreflexiv und selbstkritisch.
- Bildung sei historisch aufgeklärt.
- Bildung ereigne sich dialogisch in einer Sprachgemeinschaft.[1139]

Nach der Darlegung dieser fünf Thesen zur modernen Bildung schlägt Scheilke einen Bogen zur Postmoderne: „Zu Recht hat sich eine postmoderne Pädagogik, die sich der Dialek-

---

1136 Vgl. ebd., S. 127.

1137 Vgl. ebd., S. 130 ff.

1138 Vgl. Scheilke, Christoph: Der evangelische Beitrag zur Bildungsfrage, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 138 f.

1139 Vgl. ebd., S. 141.

tik der Aufklärung verpflichtet weiß, des Leibes wieder erinnert: Leibhaftige Bildung (...) heißt das Stichwort. Was sinnvoll ist, muss erst wiederentdeckt werden (...) Gegen den Individualismus steht die Tradition des jüdisch-christlichen Gemeinschaftsdenkens, wie es sich z. B. im Gerechtigkeitsverständnis niederschlägt."[1140]

Gerechtigkeit, Frieden und Integrität der Schöpfung müssten die leitenden Prozesse für Bildung sein.[1141] Die Kirchen würden mit einem Synodenbeschluss von 1958 einen freien Dienst an einer freien Schule anbieten. Dabei könnten die Kirchen neue Impulse geben.[1142]

Friedrich Schweitzer

(Professor an der theologischen Fakultät der Universität Tübingen)

In dem Beitrag „Die Verantwortung der Kirche für das öffentliche Schulwesen. Perspektiven kirchlicher Bildungspolitik" skizziert Schweitzer zunächst die historischen Entwicklungsstufen protestantischer Bildungsarbeit vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Theologie und Naturwissenschaften.[1143] Er legt drei Stadien fest:

Erstes Stadium: Religiöse Kosmologie. In der christlichen Schule der vergangenen Jahrhunderte seien alle Wissenschaften und Künste der Theologie dienstbar gewesen.[1144]

Zweites Stadium: Friedliche Koexistenz von staatlicher Schule und kirchlicher Bildungsaktivität. Die EKD habe sich in der Synode 1958 mit folgender Aussage zur weltanschaulich freien Schule bekannt: Über Schule und Lehrer dürfe keinerlei kirchliche Bevormundung ausgeübt werden.[1145]

Drittes Stadium: Orientierung in der Globalisierung. Das alte Abgrenzungsmodell zwischen Theologie und Naturwissenschaft trage nicht mehr. Aufgrund globaler Herausforderungen durch die Gen-, Informations- und Kerntechnologie würde sich die Frage der ethischen Verantwortung der Forschung stellen. In diesem Kontext erhalte die Forderung nach einer christlichen Verantwortung für alle Fächer und für die Schule eine neue Plausibili-

---

1140 Ebd., S. 149 f.
1141 Vgl. ebd., S. 152.
1142 Vgl. ebd., S. 154.
1143 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 74 ff.
1144 Vgl. ebd., S. 75 f.

tät.[1146] Besonders mit der Definition dieses Stadiums steht Schweitzers Argumentation im Einklang mit Becks Theorie von der Risikogesellschaft.[1147]

Mit Blick auf das dritte Stadium nennt Schweitzer Folgerungen für die Aufgaben der kirchlichen Bildungspolitik:

Erstens dürfe die polarisierte Diskussion zwischen Emanzipation und konservativer Werterziehung nicht länger fortgeführt werden. Ein dritter Weg sei notwendig.[1148]

Zweitens könne mit einer neuen Offenheit der Bevölkerung gegenüber globalen ökologischen Themen und gegenüber kirchlichen Orientierungshilfen gerechnet werden.

Drittens bestünde angesichts der Mutlosigkeit und der Verengung, die in der Bildungspolitik betrieben würde, eine Notwendigkeit für solche Orientierungshilfen.[1149]

Verantwortung für das gesamte Schulwesen

Nach Schweitzer müssten die Kirchen bei der Frage nach der künftigen Verantwortung für das öffentliche Schulwesen eine Erweiterung der kirchlichen Bildungspolitik auf die Institution Schule anstreben. Wenn sich die Kirche auf den Religionsunterricht beschränke, wäre es nicht zu vermeiden, dass der Religionsunterricht als konfessioneller Fremdkörper in einer weltanschaulich offenen Schule angesehen werde. Eine Erweiterung der kirchlichen Bildungspolitik bedeute keine Vernachlässigung des Religionsunterrichts, sondern stelle eine Ergänzung der auf den Religionsunterricht gerichteten Bemühungen dar.[1150] Auch so lasse sich die rechtliche Bestimmung der „christlichen Gemeinschaftsschule“ verstehen:

„Sie erinnert nicht nur den Staat an eine wert- und sinnbezogene Grundlage der Schule; sie erinnert zugleich die Kirche an ihre Verantwortung für ein Erziehungswesen, das sie selbst mit aufgebaut und das sie in seiner Entwicklung bis heute mitgetragen, mitgeprägt und mitbestimmt hat.“[1151]

Bei dieser Tagung und insbesondere bei Schweitzers Beitrag wird deutlich, dass der Blick

---

1145 Vgl. ebd., S. 76 f.
1146 Vgl. ebd., S. 77 f. Vgl. Beck 2006, S. 76 ff.
1147 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 79 ff.
1148 Vgl. ebd., S. 82.
1149 Vgl. ebd.
1150 Vgl. ebd., S. 83.
1151 Ebd.

der diskurstheoretischen Akademietagungen in den 80er Jahren auf die Öffentlichkeit als Feld politischer Meinungs- und Urteilsbildung geht. Wenngleich sich das Plenum bei der als Fachgespräch ausgeschriebenen Veranstaltung aus Experten zusammengesetzt haben dürfte, war eine „kleine Öffentlichkeit“[1152] gegeben, bei der die Teilnehmer als Multiplikatoren anzusehen sind. 13 Jahre später wird sich bei der Akademietagung „Schule den ganzen Tag. Chancen für Kirchen und Vereine“ zeigen, dass sich mehrere Landeskirchen in der Verantwortung für die Institution Schule sehen und im Rahmen von Ganztagsunterricht und pädagogischer Betreuung als Partner der Schule auftreten. Kontextuale Tagungen landeskirchlicher Akademien werden ihren Beitrag zu diesen kirchlichen Entscheidungen beigetragen haben.[1153]

Bei Tagungsbeiträgen wie dem von Schweitzer, die darauf hinwirken, die kirchliche Bildungsarbeit durch Gründung von weiteren kirchlichen Schulen oder durch die Ausdehnung der Einflussnahme auf den Schulbetrieb öffentlicher Schulen zu erweitern, stellt sich die Frage, ob die Landeskirchen vor einer historischen Trendwende stehen. Eine solche Trendwende wäre im Kontext der Risikogesellschaft einzuordnen.[1154]

Bei einzelnen in diese Richtung gehenden Verlautbarungen würden solche Hypothesen einer eingehenden Überprüfung nicht standhalten. Die Beiträge im Protokoll zur Tagung „Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule“ zeigen, dass es bei kirchlichen Funktionsträgern durchaus konträre Positionen über den Bildungsauftrag der Kirchen in Kurhessen-Waldeck gibt. Wie aus den gewählten Tagungsbeispielen zu sehen ist, lässt sich aber bereits bei den Veranstaltungsthemen eine Tendenz für einen weit gefassten Bildungsauftrag erahnen. Gestützt wird diese These von der EKD-Mitgliedschaftsstudie von 1984, nach der 40 % der Befragten ein stärkeres Engagement der Kirchen in Bildungsfragen wünschen, während nur 16 % ein entsprechendes Engagement ablehnen.[1155]

Bildungsdilemma

Mit dem Verweis auf die EKD-Mitgliedschaftsstudien von 1974 und 1984 spricht

---

1152 Vgl. Bildungswerk der Humanistischen Union 2006, S. 5. Vgl. Weißeno 1999, S. 51.

1153 Vgl. das Kapitel zu besagter Tagung in dieser Arbeit.

1154 Vgl. Beck 2006. Vgl. ders. 2007.

1155 Vgl. Hanselmann u. a. 1984, S. 122.

Schweitzer das „Bildungsdilemma“ der Kirchen an. Ergänzend führt er aus: „Diese negative Beziehung zwischen Kirche und Bildung wird zu einem Dilemma jedoch erst angesichts einer zweiten Entwicklung, aus der sich eine konstitutive Angewiesenheit der Kirche auf eben diejenige Bildung ergibt, die dann zu einer Distanz zur Kirche führt. Gemeint ist die Ausbildung einer weltanschaulich und religiös pluralistischen Situation in der modernen Gesellschaft, in der sich die Menschen für eine bestimmte Religion entscheiden müssen, weil es stets mehrere Möglichkeiten und Angebote gibt. Eine nur durch Herkunft und Gewohnheit bestimmte Religiosität oder Kirchenmitgliedschaft reicht nun nicht mehr aus - eine pluralistische Situation macht eine reflektierte Form der Kirchenmitgliedschaft notwendig. Eine solche Form der Kirchenmitgliedschaft aber - und damit verdichtet sich die Argumentation zum ‚Bildungsdilemma' - ist abhängig von eben der Bildung, die zugleich von der Kirche zu distanzieren scheint.“[1156]

Die Kirchen seien auf eine kritische Bildung angewiesen. Die aktive Verantwortung der Kirche für das öffentliche Schulwesen stelle deshalb einen wichtigen Aspekt des zu vermittelnden Bildes von Kirche dar. Die Adressaten, an die sich die Formel der Verantwortung der Kirchen für das öffentliche Schulwesen richte, seien deshalb neben den Kirchen auch die Schulen, der Staat und die Öffentlichkeit.[1157] Diese Argumentation entspricht der protestantischen Bildungstheorie, nach der eine Bevormundung der Schule oder der Schüler durch kirchliche Stellen mit den Bildungsidealen der Reformatoren Luther und Melanchthon nicht vereinbar wären.[1158] Dass es Schweitzer nicht um eine Indoktrination geht, wird in der weiteren Begründung für eine Wahrnehmung der kirchlichen Bildungsverantwortung deutlich. Staat und Öffentlichkeit müssten sich der eigenen christlichen Traditionszusammenhänge bewusst werden und diese neu verdeutlichen.[1159]

1156 Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 87. Die eingeklammerten Erläuterungen sind Teil des Zitats. Vgl. die Ausführungen zum kirchlichen Milieuproblem in dieser Arbeit.

1157 Schweitzer betont, dass es bei der Bildungsverantwortung um ein Angebot des Dialogs der Kirche und nicht um eine Bevormundung gehe. Vgl. ebd., S. 88 f.

1158 Luthers Mitstreiter Melanchthon war bemüht, den Lernprozess von kirchlichen oder politischen Zwecken freizuhalten. Vgl. Schreiner 2002, S. 219.Vgl. Zahrnt, Heinz: Martin Luther. Reformator wider Willen, München 1986, S. 114 ff. Vgl. Weber 1972. Vgl. Nipkow 2002, S. 13 ff.

1159 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 89. In Zeiten der Globalisierung kann dies nicht uneingeschränkt gesagt werden, da viele Schüler mit Migrationshintergrund nicht über einen christlich-europäisch geprägten Hintergrund verfügen.

Abschließend leitet Schweitzer her:

a) Eine Begrenzung des pädagogischen Engagements der Kirche auf Religionsunterricht und innerkirchliche Bildungsaktivitäten sei nicht angemessen, was er mit dem Öffentlichkeitscharakter des Evangeliums sowie mit der sozialethischen Verantwortung der Kirche begründet.[1160]

b) Im Sinne einer auch vom Grundgesetz angestrebten Bildungspluralität müsse an kirchlichen Schulen festgehalten werden. An kirchlichen Schulen müssten muslimische Schüler aufgenommen werden, um eine ökumenische Begegnung zwischen Christentum und Islam zu ermöglichen.[1161]

c) Die Kirchen müssten sich um eine bildungspolitische Neuorientierung bemühen, die das Abgrenzungsdenken zwischen Kirche - Schule und zwischen Theologie - Naturwissenschaft überwindet.[1162]

d) Schule und Unterricht müssten reformiert werden. Eine ökumenische und eine ökologische Perspektive müssten im Unterricht konstitutiv sein. Das Leben in der einen Welt müsse als übergreifende Sinndimension allen Unterrichts zur Geltung kommen.[1163] Hier wird der historische Hintergrund der bei Beck beschriebenen Risikogesellschaft deutlich.[1164]

e) In der Schule müsste aufgrund der veränderten Bedingungen des Aufwachsens von Jugendlichen in der modernen Gesellschaft ein modellhaftes Leben der Einen Welt praktiziert werden. Dies sei nicht nur aus Gründen der Empathie geboten, sondern auch vor dem Hintergrund, dass die Schulen zunehmend mehr Erziehungsaufgaben wahrnehmen müssten.[1165]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Schweitzers Ziele eine Re-Form bedeuten.

1160 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 90.

1161 Vgl. ebd., S. 90 f.

1162 Vgl. ebd., S. 92.

1163 Vgl. ebd.

1164 Vgl. die Längsschnittuntersuchung zu den Bildungsintentionen von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung in dieser Arbeit. Vgl. Beck 2006. Vgl. Strack 1995, S. 23. Vgl. Weißeno 1999, S. 51 f.

1165 Vgl. Schweitzer, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 92 f.

Von der Kirche abgegebene Zuständigkeiten im ausgehenden 19. Jahrhundert sollen durch kirchliche Schulen, die den staatlichen Schulen Impulse geben, teilweise zurückgeholt werden.[1166] Die Notwendigkeit für diese Re-Form liegt nach Schweitzer wesentlich in den Folgen der Risikogesellschaft und der Globalisierung.

9.5.2.2.3 Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe (Protokoll Nr. 259)

Seit den 70er Jahren hat sich die Ausbildungssituation der Hauptschüler verschlechtert. Entsprechend dieser Entwicklung nimmt die quantitative Bedeutung der Hauptschule zugunsten der weiterführenden Bildungsgänge ab. 1952 haben noch 81 % der 13-jährigen Mädchen und 78 % der Jungen die Schule nach dem Besuch der Hauptschule verlassen. 1981 erwarben nur noch 35 % der Mädchen und 42 % der Jungen den Hauptschulabschluss. In Hessen verließen 1988 nur noch 23,6 % der Jugendlichen die Schule mit diesem Abschluss.[1167]

Diese Bildungszunahme hat laut Beck zu einem Riss zwischen den Generationen mit Auswirkungen auf das Erziehungsverhalten der Eltern geführt. Mit der Verlängerung der schulischen Bildung würden tradierte Orientierungen durch universalistische Lernbedingungen verändert werden.[1168] Vor diesem Hintergrund sind die Bildungsveranstaltungen der Akademie zu sehen. Die Akademie beteiligt sich am öffentlichen Diskursfeld „Bildung“ und bietet der Landeskirche ein Forum, in dem sie an der Gestaltung dieses Veränderungsprozesses mitwirken kann.[1169]

Hauptschüler als Leidtragende der Bildungsoffensive

Bis in die 70er Jahre hinein wurden die Individuen in ein berufliches Milieu „hineingeboren“. Ab den 80er Jahren steigt das Risiko der Arbeitslosigkeit auch für höher Gebildete.

1166 Vgl. die Kapitel zu den Bildungsintentionen von Kirche und Staat im historischen Kontext der Säkularisierung in dieser Arbeit.

1167 Siehe die Ausführungen zum Bildungsnotstand in der BRD in dieser Arbeit. Vgl. Beck 2006, S. 127 ff. Vgl. ebd., S. 239. Vgl. Becker 1989, S 338. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 259. Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe. Probleme des Unterrichts und des Zugangs zur beruflichen Qualifizierung, Hofgeismar 1989, S. 5.

1168 Vgl. Beck 2006, S. 127 ff.

1169 Vgl.: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 143/1979. 10. Schuljahr: Restschule? Bildungsplanung in Hessen, Hofgeismar 1979. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 159/1980. 10. Schuljahr in Hessen, Hofgeismar 1980.

Realschüler und Gymnasiasten bewerben sich mehr als zuvor auf Ausbildungsplätze des Handwerks. Nach der Analyse von Beck hat das Bildungssystem im Zuge der Bildungsoffensive spätestens seit dieser Zeit seine statusverteilende Funktion verloren. Milieus würden sich weniger über die Berufsausbildung identifizieren. Die Hauptschüler seien die Leidtragenden dieser Entwicklung, da sie oft keinen Ausbildungsplatz finden würden. Als „Ungelernte“ sei für diese Milieugruppe die berufliche Chancenlosigkeit vorprogrammiert.[1170]

Bei dieser Analyse müssten sich die protestantischen Kirchen berufen fühlen, da die Bildung der Bevölkerung eines der gesellschaftlichen Kernziele des Protestantismus ist.[1171]

Nach Beck ist der Hauptschulabschluss mit einer „Nonbildung“ gleichzusetzen, was er wie folgt herleitet: „Pauschal gesagt: Im 18. Jahrhundert war es noch ‚selbstverständlich', ohne Kenntnis des Alphabets seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wird die Beherrschung des Lesens und Schreibens mehr und mehr zur Einstiegsvoraussetzung in das expandierende industrielle Beschäftigungssystem. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts reicht schließlich sogar der Hauptschulabschluss allein immer weniger hin, um arbeitsmarktvermittelt die materielle Existenz zu sichern (...)“[1172]

Akademieveranstaltung

In dem beschriebenen Kontext ist die Tagung „Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe“ einzuordnen, die im November 1988 angeboten wird.[1173] Bei dem Tagungsprogramm fällt auf, dass ein Beitrag zum protestantischen Bildungsauftrag ebenso wenig vorgesehen war wie eine Ausführung des Tagungsleiters zur kirchlichen Begründung des Themas.[1174]

1170 In den ersten Jahrzehnten der BRD gab es im Gegensatz zum Kaiserreich und der Weimarer Republik bereits eine größere soziale Durchlässigkeit. Dennoch belegen Bildungsstudien bis in die Gegenwart hinein, dass die Bildungschancen wesentlich von der sozialen Herkunft abhängen. Vgl. Fend, Helmut: Gesamtschule und dreigliedriges Schulsystem, eine Vergleichsstudie über Chancengleichheit und Durchlässigkeit, Stuttgart 1976. Vgl. SZ vom 03.01.2008, S. 6. Beck verwendet „hineingeboren in das Klassenschicksal“ für die Zeit des 19. Jahrhunderts.
Vgl. Beck 2006, S. 69. Vgl. ebd., S. 244 f.

1171 Zur Verwirklichung dieser Ziele hat der Protestantismus im 19. Jahrhundert gesellschaftliche Zuständigkeitsbereiche aufgegeben. Vgl. die historische Längsschnittuntersuchung in dieser Arbeit.

1172 Beck 2006, S. 245 f. Zu einer kritischen Betrachtung des Begriffs „Bildungsinstitution“, insbesondere im kirchlichen Kontext, siehe: Preul 2002, S. 101 ff.

1173 Protokoll Nr. 259, Veranstaltungsnummer 2677.

1174 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1989, S. 171. Vgl. Materialband.

Die Tagung hätte mit identischen Referatsthemen von einem nichtkirchlichen Institut angeboten werden können.[1175] Die Beiträge spiegeln den seinerzeitigen Stand der wissenschaftlichen Diskussion wider. Eine eingehende inhaltliche Auswertung des Protokolls würde für die Thematik dieser Arbeit keine zusätzlichen Erkenntnisse bringen. An dieser Stelle genügt eine knappe Vorstellung des Protokolls vor dem Hintergrund der kirchlichen Motivation dieser Veranstaltung:

Im Vorwort des Protokolls erläutert der Tagungsleiter Schindehütte die pädagogische Herausforderung der Tagung mit der abnehmenden gesellschaftlichen Anerkennung der Hauptschule und mit den sich verschlechternden beruflichen Perspektiven dieser jungen Menschen. Die Tagung wird mit der Hypothese begründet, dass die gesellschaftliche Anerkennung der Hauptschule abnehme.[1176]

Der fehlende kirchenpolitische Bildungsbezug ist mit dem Akademieanspruch, ein Diskursforum zu bieten, erklärbar. Im Kern geht es um die Möglichkeiten einer Aufwertung der Hauptschule. Die Tagungsbeiträge bestehen aus zwei Erfahrungsberichten von praktizierenden Hauptschullehrkräften und aus Vorträgen über die soziale Herkunft der Hauptschüler, pädagogische Konzepte, Methoden sowie über die Erwartungen der Wirtschaft.[1177] Bei dem Beitrag zur sozialen Herkunft wurde die Milieutheorie, nach der die sozialen Bedingungen der Schüler für die Schullaufbahn ausschlaggebend sind und nach der sich die soziale Umwelt auf die Intelligenz auswirkt, erörtert.[1178]

9.5.2.2.4 Schule in Hessen (Protokoll Nr. 295)

Im November 1991 findet die als „Fachgespräch“ ausgeschriebene Veranstaltung „Schule in Hessen - Eigenverantwortung und Selbstverwaltung. Gestaltungsperspektiven für die kommenden Jahre“ statt.[1179] Ziel der Tagung war es, gemeinsam mit dem Kultusminister

---

1175 Diese Feststellung wurde vom Verfasser durch die Teilnahme an mehreren thematisch unterschiedlichen Tagungen ab den späten 90er Jahren bestätigt.

1176 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1989, S. 5. Siehe auch den Erfahrungsbericht eines Hauptschulzweigleiters in dem Protokoll ab S. 42 ff.

1177 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1989, S. 171.

1178 Zimbrich, Fritz: Gibt es „den“ Hauptschüler? Drei nicht ganz vergebliche Versuche zu sagen, was er ist, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1989, S. 66 ff.

1179 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), Veranstaltungsnummer 2877.

Grundfragen der Gestaltung von Schule im gesellschaftlichen Kontext zu reflektieren.“[1180] Hintergrund der Tagung war der Entwurf zum Hessischen Schulgesetz, das am 04.11.1991 in den Hessischen Landtag eingebracht und am 17. Juni 1992 verabschiedet wurde.[1181] Neben den Vorträgen sind auch die Diskussionsbeiträge des Plenums dokumentiert, was den Wert der Quelle für diese Arbeit erhöht. Durch die Dokumentation der Wortbeiträge wird dies Protokoll zu einem Beispiel für den von der Akademie vorgenommenen Blickwechsel, nach dem sich der Blick auf den Teilnehmer als Akteur richtet, der an der Gestaltung von Politik partizipieren kann. Durch die Dokumentation der Wortbeiträge werden diese zudem einer breiteren Öffentlichkeit als dem Teilnehmerkreis der Tagung zugänglich.[1182]

Teilnehmer

Referenten:

- Becker, Gerold (Mitglied der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung),
- Braun, Ludwig Georg (Unternehmer, B. Braun Melsungen AG),
- Holzapfel, Hartmut (Hessischer Kultusminister),
- Köller, Franz (Leitender Ministerialrat, Hessisches Kultusministerium),
- Stock, Konrad (Seminar für Evang. Theologie der Evang.-theol. Fakultät Bonn).

Entsprechend der Ausrichtung als Fachgespräch war neben den Referenten auch das Plenum mit Repräsentanten des bildungspolitischen Diskurses besetzt. Außer Eltern und Lehrern nahmen Hochschuldozenten, Vertreter des Landeskirchenamtes und der Bildungsgewerkschaft GEW sowie Angehörige weiterer gesellschaftspolitischer Institutionen teil, wie folgender Auszug aus dem Teilnehmerkreis zeigt:

- Döbrich, Peter: (Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung),
- Frenz, Wilhelm (Gesamthochschule Kassel, GhK),
- Geratz, Klaus (Vorsitzender der Schulkammer der EKKW),
- Graauw-Rusch, Hannah (Vorsitzende Elternbund Hessen),
- Grix, Rolf (Studienseminar II, Kassel),
- Kemler, Herbert (Landeskirchenamt Kassel),
- Messner, Rudolf (GhK),
- Mey, Wilhelm (Leiter der Aus- und Weiterbildung der Firma Braun, Melsungen),
- Rauschenberger, Hans (GhK),

1180 Vgl. Schindehütte, zitiert aus: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 5 (Vorwort).

1181 Vgl. ebd., S. 6. Vgl. Hessisches Schulgesetz vom 17.06.1992.

1182 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 11 ff.

- Riegel, Enja (Schulleiterin Wiesbaden),
- Röhner, Charlotte (GEW-Nordhessen),
- Tümmler, Klaus (Leiter der Abteilung Kultus, Schulabteilung beim Regierungspräsidium Gießen, Mitglied der Schulkammer der Landeskirche).[1183]

Durch die Mischung des Teilnehmerkreises, bestehend aus Eltern, Lehrern, Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern von Berufsverbänden partizipieren auch die Teilnehmer, die nicht aus dem Bereich der professionellen Politik stammen, wie Eltern und Lehrer, als „citoyens“ an selbstgestalteter Politik, da jeder Teilnehmer bei den Diskussionen ein Rederecht hat.[1184]

Dies ist ein wesentliches Merkmal diskurstheoretischen Lernens: „Gleichgültig, ob der einzelne sich als Zuhörer oder aktiver Teilnehmer dieser vielstimmigen Debatten in öffentlichen Arenen verhält, so hat seine Teilnahme für ihn nur Sinn, wenn sie in der Gewissheit geteilter Regeln der Geltung erfolgt (...)“[1185]

Ausgewertet wurden die Referate von Köller, Becker und Stock, da die Vorträge von Köller und Becker über Begründungsansätze verfügen, die im Kontext von Becks Überlegungen zur zweiten Moderne stehen. Stock spricht unter den Stichworten „Pluralität“ und „Wertorientierung“ die kirchlichen Begründungszusammenhänge des Tagungsthemas an. Zusätzlich werden relevante Beiträge aus dem Plenum in die Auswertung einbezogen.

Pädagogische und politische Überlegungen von Franz Köller

Zu Beginn der Tagung hebt Köller die Bedeutung der Veranstaltung für den Meinungsbildungsprozess hervor. Eine intensive parlamentarische und öffentliche Diskussion des Entwurfs sei gewollt, das Parlament sei für Anregungen offen. Dieses Fachgespräch sei ein wesentlicher Beitrag zur parlamentarischen Beratung des Gesetzes.[1186]

Bei der Begründung für das Schulgesetz nennt er die notwendige Einbeziehung externer Bildungsanbieter. Die Schule als Lern-, Erziehungs- und Lebensraum werde vor die Auf-

---

1183 Vgl. www.ekkw.de/aktuell/archiv_2925.htm (Recherche zu den Funktionen der kirchlichen Vertreter am 20.01.2008). Es liegt keine vollständige Teilnehmerliste vor.

1184 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 14 ff.

1185 Steffens, zitiert aus: ebd., S. 15.

1186 Vgl. Köller, Franz: Pädagogische und politische Überlegungen zu einem hessischen Schulgesetz, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 6.

gabe gestellt, sich stärker als bisher ihrem Umfeld zu öffnen und die Aktivitäten anderer Bildungsträger und Vereine in die Gestaltung des schulischen Angebots einzubeziehen.[1187]
Köller verweist auf den Bedeutungszuwachs politischer Bildung. Der Bildungsauftrag der Schule werde um den multikulturellen und den ökologischen Aspekt erweitert, die Gleichberechtigung von Mann und Frau werde zum Lernziel. Der Lernbereich Gesellschaftslehre werde nicht wieder als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip eingeführt.[1188]
Bei der Antwort auf eine Frage aus dem Plenum spricht Köller Aspekte von Becks Theorie der zweiten Moderne an: „Die Schule wird sich in zunehmendem Maße mit individuellen Erziehungsschicksalen auseinandersetzen müssen; man wird nicht mehr mit dem bisherigen Selbstverständnis davon ausgehen können, dass eine durch Elternhaus, Umfeld usw. relativ homogen erzogene Gruppe von jungen Menschen in die Schule kommt. Die Schule wird aus diesem Grunde gar keine Alternative mehr dazu haben, als sich mit anderen Formen den Erweiterungen, die angestrebt werden, organisatorisch aber auch inhaltlich zu stellen, sich den individuellen Erziehungsbedürfnissen stärker zu widmen.“[1189]
Herbert Kemler spricht in einem Diskussionsbeitrag das Staat-Kirche-Verhältnis an und kommt zur These, dass sich der Staat durch die Öffnung gegenüber gesellschaftlichen Akteuren zugleich aus der Verantwortung gegenüber dem Aufgabenfeld Bildung zurückziehen würde. Ein Teilnehmer habe gesagt, dass das Gesetz eine Frucht von 20 Jahren Schulgeschichte in Hessen sei, was auch seiner Meinung nach bei der Diskussion bedacht werden solle.[1190]
Kemler: „Ich sehe folgendes Problem hinter dem Gesetz, dass der Staat als der entscheidende Schulträger, der mit verhältnismäßig knappen Mehrheiten oftmals ausgesprochen provokativ Schule gestaltet hat, dass der jetzt versucht, in ein engeres Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kräften zu kommen und es nicht selber autonom machen will, Schule zu gestalten (...) Es wird dann hier im Gesetz ganz konkret angegeben, also beteiligt sollen

---

1187 Vgl. ebd., S. 9.

1188 Vgl. ebd., S. 14. Der letzte Punkt bedeutet, dass die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde (Politik) fächerübergreifend oder in separaten Fächern unterrichtet werden.

1189 Ebd., S. 27. Vgl. den Diskussionsbeitrag von Knut Lehman, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 91.

1190 Vgl. Kemler, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 33.

sein die Eltern, die Schüler, die Lehrer, die Schulaufsicht und der Schulträger. Frage: Ist die Schule nur deren Angelegenheit oder (...) haben auch andere gesellschaftliche Gruppen und Träger hier ein Mitspracherecht?“[1191] Kemler endet mit der Frag, ob es denkbar sei, dass die Schule nachdem der Staat sie sich selber überlassen habe irgendwann wieder enger an den Staat gebunden werde.[1192]

Köller widerspricht Kemler: „Herr Kemler: Ich denke nicht, dass man den Versuch, einer Schule einen größeren Gestaltungsrahmen zu geben und Entscheidungen, die sich bislang der Gesetzgeber vorbehalten hat, in die Schule geben oder teilweise zurückgeben, als Rückzug des Staates aus der Schule setzen kann. Die Schule ist Staat, ist Gesellschaft. Wir können den Staat nicht abstrakt nur als Organisationsform von Gesellschaft sehen (...) Ihre Frage ist, was geschieht, wenn es schiefgeht. Ich denke nicht, dass es schiefgeht. Das Gesetz sieht für den Problemfall immer eine Grundregelung vor, wenn Sie das Gesetz darauf überprüfen.“[1193]

Schule in der Risikogesellschaft (Gerold Becker)

Becker spricht zu Fragen nach der Schule angesichts einer veränderten Kindheit.[1194] Seine Thesen begründet er mit Hilfe eines Beispiels der Leinebergschule in Göttingen, die er allerdings nicht aus eigener Erfahrung kennt.[1195] Der Beitrag steht im Horizont von Becks Theorie der Risikogesellschaft. Im fünften Abschnitt seines Vortrages, der mit „5. Stichwort: Die drohenden Katastrophen“ überschrieben ist, bezieht sich Becker auf Beck.[1196]

Er referiert: „Aufwachsen geschieht heute im Bewusstsein der ständig möglichen oder schon eintretenden Katastrophen. Die ‚Risikogesellschaft' schickt ihre Botschaften an die Kinder und Jugendlichen genauso wie an die Erwachsenen, vom Ozonloch über Tschernobyl bis zu den täglich Verhungernden in der 3. Welt. Das erzeugt, wie wir aus vielen Un-

---

1191 Ebd.

1192 Vgl. ebd., S. 34.

1193 Köller, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 35.

1194 Becker, Gerold: Schule angesichts einer veränderten Kindheit. Der Zusammenhang von innerer Gestaltung von Schule und gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 50 ff.

1195 Vgl. ebd. Vgl. ebd., S. 77 ff (Diskussion zum Vortrag).

1196 Vgl. FN 13, in: ebd., S. 64.

tersuchungen wissen, bei vielen Kindern und Jugendlichen das Gefühl, eigentlich keine Zukunft mehr zu haben, oder nur eine höchst gefährdete, und es erzeugt zugleich eine diffuse, frei flottierende Angst, die alles für möglich hält, während das Vertrauen darauf abnimmt, dass die Erwachsenen (und eines Tages man selbst) dieses Schicksal abwenden könnten. Eine Folge könnte sein, dass es immer schwieriger wird, jeweils altersangemessene Formen von ‚Urvertrauen' in die Verlässlichkeit der Welt zu entwickeln, oder Selbstvertrauen als Zutrauen in die eigene Fähigkeit, in dieser Welt nicht zum Spielball anonymer Mächte und zu hilflosen Opfern werden zu müssen. Solches Selbstvertrauen (...) wäre aber nach meiner Überzeugung das, was die Kinder und Jugendliche von heute am dringendsten bräuchten, um in der Welt von morgen zu bestehen."[1197]

Becker spricht mit den zitierten Worten einen möglichen Anknüpfungspunkt für die Begründung kirchlicher politischer Bildungsarbeit an: Sinnfragen und Zukunftsängste mit der Notwendigkeit, Gesellschaft zu gestalten, verbinden religiöse Motive mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen.[1198] Beck stellt diese Ängste in den Kontext gesellschaftlicher Interessen: „Ihr Zentrum (das der unsichtbaren Bedrohungen. Der Verf.) ist Angst: Welche Art von Angst? In welcher Weise wirkt Angst gruppenbildend? In welchem Weltbild liegt sie begründet? Die Sensibilität und Moral, Rationalität und Verantwortung, die in der Bewusstwerdung der Risikobetroffenheit teils verletzt, teils ausgebildet wird, lässt sich nicht mehr, wie in der bürgerlichen und industriellen Gesellschaft, aus den Interessenverschränkungen des Marktes verstehen."[1199]

In den Zitaten von Becker und Beck wird die Schnittmenge zwischen politischer Bildung und kirchlicher Motivation derselben deutlich: Durch den Übergang in die zweite Moderne entstehen Ängste, die mit herkömmlichen Erklärungsmodellen wie der Klassentheorie nicht mehr transparent werden, da die neuen Bedrohungen nicht „greifbar" sind. Für die politische Bildung stellt sich die Frage nach Erklärungsansätzen mit hohem Empathieanteil. Hier könnten die Kirchen ihre Stärken einbringen. In einem Diskussionsbeitrag gibt **Rauschenberger** für den Zusammenhang von Risikogesellschaft und Schulgestaltung ein

---

1197 Ebd., S. 64.

1198 Vgl. Kirchenamt der EKD 1997, S. 13 ff.

1199 Beck 2006, S. 98 f.

pragmatisches Beispiel. Die Schulträger müssten als Schulreform die Entsorgung von Kieselrot organisieren, während die Gestaltung des Schulwesens vernachlässigt werde.[1200]

Die Sinnfrage als möglichen Begründungszusammenhang für kirchlich motivierte politische Bildung führt Becker weiter aus: „Um welche Erfahrungen geht es? Zum Beispiel darum, dass ich wirklich gebraucht werde; dass ich für etwas Lebendiges verantwortlich bin; dass Regeln schützen und Gemeinschaft erträglich machen können; dass andre mir zuhören und wirklich wissen wollen, welche Gedanken in meinem Kopf sind; dass ich etwas kann (...), was wirklich nützlich ist und mir damit zugleich Lebensangst nimmt, indem es mich sicherer macht, dass ich auch anderen Lebensaufgaben gewachsen sein werde (...) Es ist sozusagen ein ‚Lernen' vor (und parallel zu) dem ‚eigentlichen' schulischen Lernen."[1201]

Mit dem Verweis auf die eher affektiven und weniger auf die normativen Lerninhalte politischer Bildung zeigt er den an der Tagung teilnehmenden kirchlichen Vertretern, dass bei der Sinnfrage im individuellen und gesellschaftlichen Kontext die Kirchen als Experten gefragt sind.[1202]

Auch der Erziehungswissenschaftler Rudolf Messner spricht bei der Diskussion die von Beck analysierten Herausforderungen der Risikogesellschaft im Kontext der Schule an. Die von Becker erwähnte veränderte Kindheit sei aus Veränderungen der Gesellschaft resultiert. Bemerkenswert erscheine, dass die Schule in dramatischer Weise ihre Fähigkeit einbüße, über ihre Inhalte Formen gelungenen Lebens zu tradieren. Es gehe ihm darum, dass die Schule auf die Krisenerscheinungen im Zusammenhang mit den in der Gesellschaft vorherrschenden Lebensformen im Fachunterricht zukunftsfähige Antworten geben müsse. Er führt u.a. die Landwirtschaft als entsprehchenden Politikbereich an.[1203]

Beiträge von kirchlichen Vertretern

Die Vertreter der EKKW vernachlässigen weitestgehend Fragen nach einer möglichen politischen Bildungsarbeit in der Risikogesellschaft, während über die Lehrer-Schüler-

---

1200 Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 103.

1201 Becker, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 67.

1202 Die von Becker vorgestellten Thesen sind nicht neu. Er selbst verweist auf die Bezüge zur Reformpädagogik. Vgl. Becker, in Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 67.

1203 Vgl. Messner, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 101.

Beziehung reflektiert wird:

„Ich bin hier als Vorsitzender der Schulkammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Herr Becker, Sie haben angefangen mit dem Aufsatz: ‚Was ist bloß mit den Kindern los?' von Gebauer. Ich möchte mal überlegen, ob dieser Titelansatz erweiterbar ist auf die Frage, was ist bloß mit uns Lehrern los? Wenn ich an viele Kollegien denke, die ich kenne, und in diesen Kollegien an Lehrerinnen und Lehrer der jüngeren und mittleren Generation, kann ich fast ähnliches feststellen, was Gebauer in den von Ihnen erwähnten sechs Punkten aufzeigt: Diese sehr starke Ich-Zentriertheit auf der einen Seite, verbunden dann auch mit einer fast rührenden, ausgesprochenen oder stummen Bitte nach Zuneigung und Streicheleinheiten, natürlich auf einer anderen Ebene als bei Kindern. Ich kann feststellen, dass in vielen Kollegien auch eine sehr starke Zunahme zumindest verbaler Gewaltbereitschaft vorhanden ist. Ich kann drittens feststellen, dass bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen ein ausgeprägter Wille vorhanden ist, die Zeit der Postadoleszenz so weit wie möglich hinauszuschieben (...) Ich nenne das nur, ich weiß nicht, welche Auswirkung dieser ausgeprägte Wille zum Beispiel auf die zu betreuenden Kinder (...) hat. (...) Ich stelle letztens fest, dass zunehmend jüngere Kolleginnen und Kollegen klagen über Belastung (...) die hervorgerufen wird durch die Bewältigung von Beruf und durch die viel, viel stärker sie beanspruchende Bewältigung der Freizeit.“[1204]

Regionaler Bezug

Bei der Tagung werden mehrfach regionale Bezüge angesprochen. Der Hochschuldozent Wilhelm Frenz spricht die Herausforderungen für die Schulen an, die von den Auswirkungen nationaler und internationaler Migrationsprozesse ausgehen würden.[1205]

Nach Frenz müsse regional unterschieden werden. Hessen erwarte einen Bevölkerungszustrom und werde in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich die sechs Millionen Einwohnergrenze überschreiten. Die Folgen der Migrationsprozesse würden sich in den Schulen unmittelbar bemerkbar machen. Im Zusammenhang mit diesen Bevölkerungsverschiebungen würden Konzentrationen in sozialen Brennpunkten auftreten, welche die dortigen

---

1204 Geratz, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 77 f.

1205 Vgl. ebd., S. 80 f. Vgl. ebd. S. 103 (Diskussionsbeitrag eines Tagungsteilnehmers aus Thüringen).

Schulen vor ganz andere Probleme stellen würde, als sie die zuvor erwähnte Leinebergschule in Göttingen habe. Schulen in Frankfurt hätten andere Probleme als Schulen in nordhessischen Landgemeinden, weshalb Lehrer örtlich in sehr unterschiedlicher Weise gefordert seien.[1206] Ein Lehrer aus Kassel betont ebenfalls die Notwendigkeit des standortspezifischen Vorgehens und begründet dies mit gemachten Erfahrungen:

„Ich erinnere mich: Als wir in den 70er Jahren versucht haben mit Emanzipation an dieser Schule und in diesem Stadtteil umzugehen, ist mir eines deutlich geworden: Dieser Ansatz mochte ein brauchbares Konzept sein für Kinder, die von ihren Eltern sehr behütet, diszipliniert usw. wurden. Aber für Kinder, die in einem solchen Stadtteil aufwuchsen, machte er überhaupt keinen Sinn. Die waren in einer geradezu unglaublichen Weise von gesellschaftlichen Regeln und Einrichtungen ‚emanzipiert', wenn ich den Begriff so gebrauchen darf, dass es eine vordringliche Aufgabe war, erst einmal mit ihnen ein Leben in einer Gemeinsamkeit und ein gemeinsames Lernen möglich zu machen. Also noch einmal: Wir müssten überlegen, ob an verschiedenen Standorten bei verschiedenen Schülern nicht ganz unterschiedliche Strategien gewählt werden müssten."[1207]

Überforderte Schule - Chance für kirchliche Bildungsarbeit

Mit Hilfe der vorgestellten Diskussionsbeiträge lässt sich mitunter ein bildungspolitischer Ansatzpunkt für die EKKW finden: Da das Gebiet der Landeskirche nicht mit dem des Bundeslandes identisch ist, könnte die Landeskirche bei der Konzeption von Bildungsangeboten auf lokaler Ebene unterschiedlich vorgehen. Durch die regionale Profilbildung der vorhandenen pädagogisch-theologischen Institute könnten im Bereich politischer Bildung vor Ort Angebote unterbreitet werden, die die Schulen aufgrund ihrer Lehrplanbindung nicht tief gehend behandeln können.

Dass die Schulen mit Herausforderungen wie denen der Migration überfordert sein können, hebt Schindehütte während der Moderation hervor: „Die Schule könnte möglicherweise, jedenfalls in dem jetzigen gesellschaftlichen Kontext, gar nicht in der Lage sein, das was

---

1206 Vgl. Frenz, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 81. In seiner Antwort bestätigt Becker im Wesentlichen die Aussagen von Frenz. Vgl. Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 87 f.

1207 Ebd., S. 97 f.

Sie beschrieben haben, zu kompensieren. Wenn das so wäre, dann müsste man im Blick sowohl auf die Gestaltung von Schule, wie die Gestaltung von Schulgesetzen noch einmal sehr genau nachdenken. Entspricht eigentlich das Bild, das wir von der Gesellschaft haben, den tatsächlichen Realitäten? (...) Aber nun bin ich aus meiner Moderatorenrolle herausgesprungen (...)“[1208]

Der letzte Satz von Schindehütte sollte nicht vernachlässigt werden, da sich an diesen Worten der Forum-Faktor-Konflikt zeigt. Solange wie der Tagungsleiter moderiert und sich mit inhaltlichen Überlegungen zurückhält, bedient er den Forum-Anspruch der Akademie. Als er sich an der Diskussion beteiligt, gerät er in eine Rolle als Faktor-Vertreter.

Wenn es der Landeskirche mit dem Akademiebetrieb auch um eine innerkirchliche Impulsgebung und nicht um ein säkulares Forum zum gesellschaftlichen Diskurs mit geistlicher Morgenandacht geht, müssten aus Tagungen wie dieser Konsequenzen für die politischen Bildungsarbeit gezogen werden.

Pluralität und Wertorientierung (Konrad Stock)

Stock leitet eine mögliche Themenbegründung der Tagung her. Das zu tradierende Wissen müsste bei jeder neuen Generation auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Dazu könne die Tagung einen Beitrag leisten. Das Kriterium, auf das eine solche Überprüfung bezogen werden müsste, bestünde darin, ob mit dem zu vermittelnden Wissen und den Methoden die Bedingungen erfüllt seien, damit eine neue Generation an die Gestaltung ihres Lebens in den verschiedenen sozialen Funktionen gehen könne.[1209] „Bis zum Beginn der frühen europäischen Neuzeit fand die Überlieferung des Wissens und der Fertigkeiten (...) im Wesentlichen innerhalb des sozialen Systems der Familie statt. Deren ursprüngliche pädagogische Funktion hat im Zuge der Ausdifferenzierung des sozialen Systems in zentralen Punkten der Staat übernommen. Die Einrichtung eines öffentlichen Schulwesens und die Aufstellung eines Lehrplans bedeuteten ja nichts anderes als dies, dass der neuzeitliche Staat wichtige Aspekte der pädagogischen Funktion der Familie gestaltet, um für das gesell-

1208 Ebd., S. 88.

1209 Vgl. Stock, Konrad: Schule zwischen Pluralität und Wertorientierung, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 106. Bei der anschließenden Diskussion leitet Dr. Helmut Kasper den katho-

schaftliche Leben einheitliche Bildungsvoraussetzungen zu gewährleisten. Nun gehört zu dem Wissen, das eine Generation für ihre eigene Lebens- und Handlungsfähigkeit erwerben muss, nicht nur die Sprache und das Alltagswissen und nicht nur das Wissen von den Phänomenen der Natur und des geschichtlich-gesellschaftlichen Lebens; es gehört dazu in gleicher Weise das ethisch orientierte Wissen, also die Einsichten in die Ziele und Verbindlichkeiten des menschlichen Lebens, die wir mit dem Problembegriff der ‚Wertorientierung' bezeichnen können. Aufgrund der eigentümlichen geschichtlichen Voraussetzungen hat jedenfalls in der deutschen Gesellschaft der Staat den Unterricht in ethisch orientiertem Wissen zunächst an die Kirchen als die Organisationsformen des Christentums delegiert. (...) inhaltlich ist der Ethikunterricht - das zeigen jedenfalls die hessischen Rahmenrichtlinien aufs Deutlichste - an den Wertvorstellungen und den Grundsätzen der Tradition des Christentums und des Humanismus ausgerichtet. Wenn die Gesellschaft von einem ethischen Mindestkonsens auf eine Pluralität von Wertorientierungen sich zubewegt - wie soll die Schule mit diesem Phänomen umgehen? Und wenn andererseits die Entscheidung sozialer und ökologischer Fragen grundsätzlich nur auf Grund eines ethisch orientierenden Wissens erfolgt - ist die Schule dann überhaupt in der Lage, die heranwachsende Generation in diese Zusammenhänge einzuweisen, oder wird sich in der Schule nur die Zersplitterung einer Gesellschaft abbilden, die von der Pluralität der Wertorientierungen geprägt ist?"[1210]

Stock weist darauf hin, dass er aus protestantischer Perspektive spricht. Dieser Beitrag ist von Bedeutung, weil ein Referent den konfessionellen Hintergrund seines Vortrags hervorhebt, obwohl das Referatsthema dies nicht verlangt.

Pluralität

Zum Stichwort Pluralität lautet seine These, dass die Schule einen ethischen Mindestkonsens im gesellschaftlichen Leben unterstelle.[1211] Da der Staat aber selbst durch weltanschauliche Neutralität die Substanz der Grundrechte zu schützen habe, stelle sich die Frage

---

lischen Standpunkt zum Thema ethisch-religiöse Bildung im gesellschaftlichen Kontext her. Graauw-Rusch gibt eine Stellungnahme aus konfessionsloser Perspektive. Vgl. ebd. S. 125 ff.

1210 Ebd., S. 106 f.

1211 Vgl. ebd, S. 112.

nach der Begründung und Ausgestaltung des ethischen Mindestkonsenses. Hierzu leitet Stock in einem längeren Begründungszusammenhang die notwendigen kontextualen Bildungsziele zu einem ethischen Mindestkonsens her:

„Nun sind für den gegenwärtigen schulischen Unterricht Bildungsziele maßgeblich, denen normative Entscheidungen zugrunde liegen (...) Diese normativen Entscheidungen hat der Staat nicht willkürlich getroffen. Vielmehr geht er davon aus, dass das Leitbild eines sittlich handlungsfähigen personalen Lebens, wie es die Verfassung zeichnet, einem ‚Mindestkonsens' entspricht, der sich geschichtlich den Traditionen des Christentums und des (...) christlich geprägten Humanismus verdankt und der insoweit in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit in Geltung steht, als diese selbst diesen Traditionen nach wie vor verbunden ist. Der Staat lässt also keine ‚Staatspädagogik' walten (...) Die entscheidende Frage ist nun aber diese, ob von einem ethischen Mindestkonsens, der für die Bildungsziele des öffentlichen Schulwesens maßgeblich sein könnte, ernsthaft die Rede sein kann. Die Beantwortung dieser Frage wird auf zwei deutlich unterschiedene Sachverhalte Bezug nehmen müssen. Erstens: Das vergangene Vierteljahrhundert hat zahlreiche Indizien dafür gezeigt, dass die deutsche Gesellschaft in einen Zustand des ‚Pluralismus' überzugehen im Begriff ist (...) Nicht nur sind die großen christlichen Kirchen von einem dramatischen Erosionsprozess erfasst. (...) Da aber die großen Zukunftsaufgaben der Gesellschaft - nämlich die Stärkung des inneren Friedens durch soziale Gerechtigkeit und den Aufbau einer umweltschonenden Produktionsweise - ein hohes Maß an Kooperation aller Gesellschaftsmitglieder erfordern, wird eine solche Kooperation durch die Differenzen der Wertorientierung problematisch gemacht (...) Zweitens (...) gehe ich davon aus, dass Begriff und Theorie der ‚Säkularisierung' den eigentümlichen Funktionswandel religiös-weltanschaulicher Überzeugungen in den modernen Gesellschaften nicht richtig erfassen. Es ist ein Vorurteil zu meinen, moderne Gesellschaften würden (...) eine Lebensführung ohne religiöse Erfahrung zur Folge haben (...)“[1212]

Stock sieht demnach das Dilemma, dass die Gesellschaft in einen religiös-gesellschaftlichen Pluralismus mit unterschiedlichen Wahrheitsansprüchen übergehe. Zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben wie Frieden, soziale Gerechtigkeit und Einklang von

Ökonomie und Ökologie wäre allerdings eine Kooperation aller Gesellschaftsmitglieder notwendig.

Er beendet den Abschnitt zur Pluralität mit der Forderung, dass es deutlich zu machen gelte, dass niemand weltanschaulich neutral zu handeln in der Lage sei. Die Wertorientierungen, denen wir faktisch folgen würden, seien religiös-weltanschaulich geprägt. Es könne der Gesellschaft nicht gleichgültig sein, welche Wertorientierung für ihre Mitglieder und insbesondere für ihre führenden Repräsentanten maßgeblich sei. Aus diesem Grund komme der Schule für die geistige Situation einer pluralen Gesellschaft eine Rolle der Aufklärung und der Einübung zu.[1213] Hier wählt Stock den Begründungszusammenhang, der zu Beginn dieser Arbeit erwähnt wurde: Die Schule dient als Schlüsselinstanz, in der die Grundlagen für die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben gelegt wird.

Religionsunterricht und politische Bildung

Seinen dritten Abschnitt leitet Stock mit folgender These ein: „Die gesellschaftliche Öffentlichkeit im Zeichen der ‚Pluralität' ist charakterisiert durch die Vielzahl inhaltlich andersartiger religiös-weltanschaulicher Überzeugung. Eine Schule, die die Lebens- und Handlungsfähigkeit der heranwachsenden Generation in diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorbereiten will, muss im Unterrichtsgeschehen die handlungsleitende Kraft des religiös-weltanschaulich fundierten ethischen Wissens thematisieren. Sie muss zum wechselseitigen verstehenden Respekt vor dem Fremden, und zu einem kritischen Unterscheidungsvermögen einleiten.“[1214]

Der Religionsunterricht sei nicht in der Lage, diese Aufgabe wahrzunehmen. Er teile die Geringschätzung, die auch dem Kunst- und Musikunterricht entgegengebracht werde. Auf ein Leben im gesellschaftlichen Pluralismus bereite die Schule nur unzureichend vor.[1215] Stock stellt an dieser Stelle eine Verbindung zwischen Religionsunterricht und politischer Bildung her. Er begründet dies mit der in der Gesellschaft vorhandenen weltanschaulichen Pluralität. Dem Staat sei daran gelegen, dass die Bürger eine staatstragende Weltanschau-

---

1212 Ebd., S. 113 ff.
1213 Vgl. ebd., S. 116.
1214 Ebd., S. 117.
1215 Vgl. ebd., S. 117 f.

ung entwickeln oder annehmen. Der Schule komme damit die Aufgabe zu, den jungen Menschen zu einem kritischen Unterscheidungsvermögen bei verstehendem Respekt vor dem Fremden zu erziehen. Bei dieser Argumentation zeigt sich die im historischen Teil der Arbeit dargelegte und für den Protestantismus charakteristische staatsloyale Grundhaltung. In der Schlussfolgerung steckt mit der These, dass der schulische Religionsunterricht nicht in der Lage sei eine solche Werteerziehung zu leisten, die Forderung, dass staatsloyale und zugleich religiöse Institutionen wie die Kirchen gefordert seien. Dies begründet er ausführlich.

Folgendes Zitat ist ein Auszug aus der Begründung: „Ausgangspunkt eines wohl verstandenen Religionsunterrichts und einer wohl verstandenen kirchlichen Schule ist eine in der christlichen Glaubenslehre selbst beschlossene Einsicht. Sie besagt: Die Gewissheit, die der Glaube an Gott ist, ist dem Menschen unverfügbar (...) Die Wertorientierung, die dem Glauben eigentümlich ist und die ja zu erheblichen Teilen auch in die Formulierung des Bildungszieles eingegangen ist, beruht auf dem Offenbarwerden dieser bestimmten Wahrheit. In ihr ist gerade eine Zielbestimmung für das individuelle Leben enthalten, nämlich im Rahmen der sozialen Funktionen den konkreten anderen Menschen zu achten und an seinen Lebens- und Handlungsmöglichkeiten ein unmittelbares Interesse zu nehmen; anders gesagt: im Rahmen der sozialen Funktionen so zu handeln, dass der konkrete andere Mensch die Chance zur Gewissheit des Glaubens und der ihm eigentümlichen Wertorientierung hat.“[1216]

Im weiteren Verlauf des Vortrags folgert Stock, dass dem christlichen Glauben bei der Begleitung des weltanschaulichen Findungsprozesses eine Schlüsselrolle zukomme. Die theologische Begründung mündet schließlich in der für Nichtchristen provokanten These, dass dies ein Beitrag zum Erhalt der bestehenden staatlichen Ordnung darstelle:

„Wer immer der Wahrheit des Evangeliums auf gefühlsmäßige oder intuitive Weise gewiss geworden ist, wird sie in seiner individuellen Perspektive verstehen und mitteilen. Wo diese Aufgabe - etwa im Religionsunterricht oder in der gesamten Ausrichtung einer Schule in kirchlicher Trägerschaft - wahrgenommen wird, da soll ja auch die freie Zustimmung des Schülers nicht erzwungen und nicht normiert werden; vielmehr soll dreierlei gezeigt wer-

den: erstens, dass die individuelle und freie Zustimmung zu der interpretierten und erschlossenen Wahrheit des Evangeliums (...) unverfügbar ist; zweitens, dass die Gewissheit des Glaubens wesentlich individuell und deshalb pluralistisch ist, und drittens, dass die Gewissheit des Glaubens einen spezifischen Beitrag zur Ordnung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens leistet. Ein wohlverstandener Religionsunterricht (...) übt in den religiösen Diskurs ein; er kann gerade dadurch es möglich machen, im sozialen und im ökologischen Diskurs das religiös-weltanschauliche Fundament unserer Wertorientierungen nicht zu verschweigen, sondern zu veröffentlichen."[1217]

Wertender Meinungsfindungsprozess

Bei der Begleitung des dargelegten Meinungsfindungsprozesses solle durchaus eine Wertung vorgenommen werden. Zum Beispiel sei der Islam tendenziell totalitär und auf die Knechtung der individuellen Person angelegt.[1218]

Der politische Aspekt dieses Meinungsfindungsprozesses solle deutlich angesprochen werden. Es sei zu vermitteln, dass jede religiös-weltanschauliche Überzeugung auch eine spezifische Sicht der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens einschließe. Wo dies gezeigt werde, da könne sich ein Wissen bilden, das die Schüler dazu befähige, nicht nur das Gegensätzliche und Fremde zu respektieren, sondern vor allem auch ein kritisches Unterscheidungsvermögen zu entwickeln. Wertorientierungen, die in sich selbst Pluralität nicht zulassen würden, könnten einer Gesellschaft unter den Bedingungen religiös-weltanschaulicher Pluralität nicht förderlich sein und könnten auch nicht zur Kooperation in den großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben anleiten.[1219]

Dass es auch die Aufgabe der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sei, an dem von Stock beschriebenen Bildungsziel mitzuwirken, hebt Stock am Ende seines Beitrags hervor. Das Bildungsziel habe fächerübergreifenden Charakter. Zumindest die sprachlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer seien gefordert, die in den Lernstoffen enthaltenen Wertorientierungen der handelnden Personen samt ihrer religiös-weltanschaulichen

---

1216 Ebd., S. 118 f.
1217 Ebd., S. 119.
1218 Vgl. ebd., S. 121.
1219 Vgl. ebd.

Fundierung zu erschließen und zur Auseinandersetzung damit anzuleiten.[1220]

Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag entstand eine kontroverse Diskussion. Zur Frage, ob der Religionsunterricht der einzige Ort der Werteerziehung in der Schule sein solle, antwortet Stock, dass er nicht die Meinung vertreten habe, der Religionsunterricht sei der einzige Ort in der Schule, an dem Wertorientierung vermittelt werden könne. Er wollte vielmehr deutlich machen, dass man sich einen wohlverstandenen Religionsunterricht zum Vorbild oder als Beispiel nehmen kann für das, was in jedem einzelnen Fach geschehen müsse. Die Ausgrenzung der Frage nach dem ethisch orientierenden Wissen aus den übrigen Schulfächern sei von Übel. Den Schülern müsste vermittelt werden, dass auch unser Handeln in scheinbar nichtreligiösen Situationen von Überzeugungen geprägt sei, die letztlich in einen weltanschaulich-religiösen Rahmen hinein gehören. Zudem müsste gelehrt werden, dass religiös-weltanschauliche Überzeugungen eine Bedeutsamkeit für die Gestaltung des öffentlichen Lebens haben würden. Er würde sich wünschen, dass die Erschließung dieser Zusammenhänge nicht nur im Ethik- und Religionsunterricht erfolge.[1221] Eine Teilnehmerin spricht in diesem Zusammenhang die Wertneutralität des Grundgesetzes an.[1222]

Stocks Antwort: „Zu Ihrer Anfrage, Frau Dingeldey, was nun die Wertneuralität des Staates betrifft, möchte ich folgendes sagen. Wir haben zwischen der Wertneutralität des Staates, als der politischen Organisationsform mit hoheitlichen Befugnissen in der Gesellschaft und der Wertordnung des Grundgesetzes, an die ja dann auch der Staat in seinem Handeln gebunden ist, zu unterscheiden (...) Auf der anderen Seite muss man sich darüber im Klaren sein, dass eine pluralistische Gesellschaft in der Zukunft auch von einer wachsenden Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern bewohnt sein wird, die nicht nur nicht irgendeiner Organisationsform des Christentums angehören, sondern aus kulturellen und religiösen Traditionen stammen, mit denen nur geringe Gemeinsamkeiten festzustellen sind.“[1223]

Der Beitrag von Stock wurde bewusst umfangreicher behandelt, da in dessen Ausführun-

---

1220 Vgl. ebd.
1221 Vgl. ebd., S. 126 f.
1222 Vgl. ebd., S. 124.
1223 Ebd., S. 127.

gen die protestantischen Argumentationslinien der Gegenwart deutlich angesprochen werden.

9.5.2.2.5 Schule den ganzen Tag - Chancen für Kirchen und Vereine (Audiothek)

Vom 13. - 14. Februar 2004 findet die Tagung „Schule den ganzen Tag. Chancen für Kirchen und Vereine“ statt, die gemeinsam mit dem PTI-Kassel und der EKHN organisiert wird.[1224] Der Moderator weist zu Beginn darauf hin, dass die Veranstalter mit der Veranstaltung „über den eigenen Tellerrand schauen“[1225] wollen. Hintergrund dieser Themenstellung ist das Ziel der hessischen Landesregierung, das Angebot an Ganztagsschulen und an Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung auszubauen. Zur Realisierung dieses Vorhabens erwägt die Landesregierung, auf externe Kooperationspartner zurückzugreifen. Neben Vertretern der EKKW referierten auch Angehörige anderer Landeskirchen. Zunächst werden die beiden Beiträge der Vertreter der EKKW vorgestellt.

Grundbedingungen einer Kooperation (Gudrun Neebe)

Gudrun Neebe, Leiterin des PTI-Kassel, benennt die Fragen, die sich bei einem möglichen kirchlichen Engagement im schulischen Nachmittagsangebot für die EKKW stellen würden. Diese seien:

- Welche Kooperationspartner strebt die Landesregierung an?
- Sollten sich die Kirchen als Kooperationspartner anbieten?
- Welche Form der Kooperation wird gewünscht: Freizeit-, Betreuungs- oder Bildungsangebote?
- Wie lässt sich kirchliche Arbeit in das pädagogische Konzept der jeweiligen Schule integrieren?

Neebe stellt klar, dass es der Kirche nicht um eine Mitarbeit um jeden Preis gehe. So sei eine reine Betreuung, damit sie „nicht zuhause hocken, vor Glotze, PC oder auf der Stra-

---

1224 Die Veranstaltung wurde der Kategorie II zugeordnet. Zu dieser Tagung hat die Akademie bislang kein Protokoll veröffentlicht. Der Verfasser hat an der Veranstaltung teilgenommen. Ein von der Akademie erstellter Tagungsmitschnitt der Reihe „Audiothek der Ev. Akademie Hofgeismar“ liegt vor. Der Mitschnitt besteht aus zwei Tonbändern. Weitere schulpolitische Tagungen der jüngeren Vergangenheit: „Zukunftsfähige Schule. Bedingungen und Chancen guter Schulentwicklung - ein Perspektivwechsel“ vom 19. - 21. Januar 2007, „Schule gemeinsam entwickeln. Zukunftsfähige Schule II“ (Kooperationspartner: Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung) vom 18. - 20.01.2008, „Hauptschule als Netzwerk – Zukunftsfähig?“ am 30.10.2008.

1225 Tonband 1 zur Veranstaltung „Schule den ganzen Tag“, Seite B.

ße“[1226] unzureichend. Wichtig sei ihr, als „echte Kooperationspartner“[1227] mit kirchlichem Profil erkennbar zu sein. Von der Frage, ob mehr diakonische Arbeit im Sinne von Deutschkursen für Migranten oder eher religiöse Bildungsangebote nachgefragt werden, hänge auch die Finanzierung ab. Eine Anbindung des Konfirmandenunterrichts an den schulischen Betrieb wird abgelehnt, da der Konfirmandenunterricht über ein eigenes Profil verfüge und keinen „schulischen Anstrich“[1228] erhalten solle.

Eberhard Stock, Notwendige Profilbildung

Eberhard Stock, Leiter des Bereichs „Bildung“ im Landeskirchenamt, bestätigt die Ansichten von Neebe. Er betont im ersten Punkt seines in vier Thesen gegliederten Vortrags, dass aus Sicht des Landeskirchenamtes eine Kooperation „wenig interessant“ sei, wenn es lediglich um die „Aufbewahrung“ von Jugendlichen gehe. Wenn hingegen mehr als die reine Betreuung vorgesehen wäre, sei die Kirche an einer Zusammenarbeit „hoch interessiert“.[1229] Die außerunterrichtlichen Angebote, welche die Kirche stellen könnte, hätten „den Anspruch, Bildungsangebote zu sein.“[1230]

Im zweiten Punkt hebt Stock die innerkirchlichen Herausforderungen eines möglichen Engagements im Nachmittagsangebot der Schulen hervor: „Das nimmt uns als Kirche in die Pflicht auf unserer Seite einen Klärungsprozess voranzutreiben: Was ist denn das Spezifische, das wir beitragen können in solchen Kooperationsmodellen? Und dieser Klärungsprozess darf nicht nur intern erfolgen, sondern er muss so erfolgen, dass die Ergebnisse präsentiert werden können (...) Wenn die Schule ‚Nein' sagt (zum kirchlichen Angebot. Der Verf.) sollten wir das auch akzeptieren.“[1231]

Mit den Worten des letzten Zitats spricht Stock das sich in dieser Arbeit herauskristallisierende Problem der EKKW an: die notwendige Klärung des Profils der landeskirchlichen Bildungsarbeit. Im Kontext dieses Klärungsprozesses steht auch die in dieser Arbeit angesprochene Frage nach dem protestantischen Bildungsverständnis.

1226 Ebd.
1227 Ebd.
1228 Ebd.
1229 Tonband 2 zur Veranstaltung „Schule den ganzen Tag“, Seite A.
1230 Ebd.

Zur Frage der Klassifizierung und Finanzierung bestätigt Stock unter Punkt drei die von seiner Kollegin aus dem PTI gegebene Einschätzung, nach der es nicht darum gehen könne, mit Hilfe des kirchlichen Engagements eine „Billigvariante“ zu realisieren.[1232]

Die von Neebe vorgenommene Differenzierung zwischen diakonischem Auftrag und Bildungsauftrag greift Stock unter den Begriffen „schulinterne Formen der Kooperation“ (Seelsorge, Religionsunterricht, Einsatz von Pfarrern als Religionslehrer) und „externe Formen der Kooperation“ (regelmäßige Nachmittagsangebote, Studientage, Wochenendveranstaltungen an dritten Orten) auf. In diesem Kontext äußert er sich zur Frage der Finanzierung: „Wenn wir mitwirken - mit unseren Aktivitäten an dem originären Bildungsauftrag der Schule - dann müsste es auch so sein, dass die Angebote gegenfinanziert werden von den Schulen, die vom Schulgesetz einen Auftrag zugewiesen bekommen haben.“[1233]

Wenn es hingegen überwiegend kirchliche Angebote wie Schulgottesdienste zu besonderen Anlässen seien, dann handele es sich um Aktivitäten, die sich die Kirche etwas kosten lässt und mit eigenen Ressourcen finanzieren müsse. Bei dieser Differenzierung gebe es Schnittmengen. Eine eindeutige Zuordnung sei nicht immer möglich.[1234]

In These vier spricht Stock die außerunterrichtliche Zeit an. Er sei gegen eine hundertprozentig durchorganisierte Freizeit: „Es muss auch Zeiten der Freiheit geben. Die beglückende Erfahrung der Freiheit darf nicht verloren gehen.“[1235]

Stock begründet diese Haltung mit dem Aspekt, dass Schule nicht alles leisten könne und nicht zu viel Zeit besetzen dürfe.[1236] In seinem Schlusswort bekennt sich Stock als Vertreter der Landeskirche grundsätzlich zu einer möglichen Kooperation. Die Kirche müsse nun

---

1231 Ebd.

1232 Vgl. ebd.

1233 Ebd.

1234 Ebd.

1235 Ebd. Dieser Freiheitsbegriff ist nicht mit Luthers Freiheitsbegriff aus der Schrift „Freiheit des Christenmenschen“ gleichzusetzen, bei dem Freiheit nicht als grundsätzliche Freiheit des Individuums in der Gesellschaft definiert wird. Für Luther liegt der Grund aller Freiheit des Menschen in seiner Bindung zu Gott. In der Schrift „Von der Freiheit des Christenmenschen“ hat Luther diese Theorie dargelegt. Vgl. Zahrnt 1986, S. 120 ff.

1236 Tonband 2 zur Veranstaltung „Schule den ganzen Tag“, Seite A.

aufwachen und Angebote machen.[1237]

Kooperationsmodelle im Kontext der historischen Hintergründe

In den übrigen Referentenbeiträgen werden eine Kooperationsvereinbarung zwischen den evangelischen Kirchen und dem Land Rheinland-Pfalz sowie die Schuljugendarbeit der Kirchen in Thüringen mit den dazugehörenden Projektfördermöglichkeiten vorgestellt.

Bei einer Rahmenvereinbarung in Rheinland-Pfalz geht es im Wesentlichen um kirchliche Angebote zur pädagogischen Mittagsbetreuung in Ganztagsschulen bzw. Schulen mit Ganztagsangeboten. Kirchengemeinden, Kirchenkreise oder diakonische Werke können Angebote zum Aufsuchen außerschulischer Lernorte im kirchlichen Bereich anbieten und das notwendige Personal stellen. Verträge werden zwischen dem Anbieter (kirchliche Einrichtung, Kirchengemeinde usw.) und der Schule geschlossen. Bei diesem Vortrag fällt das weltliche „Dienstleistungsvokabular" auf: Begriffe wie „Kooperationsvertrag", „außerunterrichtliches Bildungsangebot" und „Dienstleistung" prägen den Beitrag.[1238]

Die Details der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und den evangelischen Kirchen sind an dieser Stelle nicht von Bedeutung. Von Interesse ist allerdings der historische Horizont, in dem solche Staat-Kirche-Verträge stehen: Während die Kirchen im 19. und 20. Jahrhundert weitreichende Kompetenzen im Aufgabenfeld Schule abgeben mussten, werden im beginnenden 21. Jahrhundert neue Wege der Zusammenarbeit gesucht. Die Kirchen bieten Dienstleistungen an und auf Seiten der Bundesländer gibt es eine entsprechende Nachfrage. Die Landeskirche hat nach § 13 der Rahmenvereinbarung die Kompetenz, bei den kirchlichen außerunterrichtlichen Angeboten eine Schulaufsicht wahrzunehmen. Die Kirche behalte sich dadurch das Kontrollrecht über die von kirchlichen Mitarbeitern geleistete Bildungsarbeit vor.

Zu dem Tagungsbeitrag gab es Rückfragen bezüglich der Kostenstruktur. Ein Teilnehmer wollte wissen, ob es für das Bundesland nicht günstiger sei, auf eigenes Personal zurückzugreifen. Die Referentin bestätigt, dass der Einsatz kirchlicher Honorarkräfte für das Land nicht günstiger sei, als zusätzliches eigenes Personal einzustellen. Ob die Kostenfrage, der

1237 Ebd.

1238 Ebd.

Aspekt der Öffnung der Schule oder das Hereintragen des wirklichen Lebens in die Schule das zentrale Motiv für die Rahmenvereinbarung sei, vermochte die Referentin nicht zu beurteilen. Falls für das Bundesland der finanzielle Aspekt im Vordergrund gestanden hätte, sei diese Kalkulation nicht aufgegangen.

Eine Vertreterin des Thüringischen Kultusministeriums wies in ihrem Beitrag darauf hin, dass die Stärkung der Regelschulen durch das Nachmittagsprogramm ein zentrales Motiv bei dem thüringischen Modell gewesen sei. Ihr Zwischenfazit fällt positiv aus: Schule und Kirche würden auf neuem Weg zusammenarbeiten. Startschwierigkeiten bestünden in den Bereichen Verwaltung und Abrechnung. Probleme gebe es eher bei der praktischen Umsetzung als bei der konzeptionellen Begründung.[1239]

9.5.2.3 Friedenspolitische Veranstaltung „Persönliche Identität und politische Krise“ (Protokoll Nr. 238)

Im Protokoll zur friedenspolitischen Tagung „Persönliche Identität und politische Krise“[1240] werden die Punkte historischer Zugang, biografische Aspekte, Risikogesellschaft und Adressatenausrichtung im Kontext politischer Bildungsarbeit unter dem Leitwort „Identität“ miteinander verknüpft. Diese Verzahnung macht das Protokoll für diese Untersuchung interessant.

Nach Meueler wird der Begriff „Identität“ zumeist unter den Perspektiven von Selbstvergewisserung und Selbsteinschätzung gebraucht.[1241] Diese Beschreibung zeigt die für die zweite Moderne charakteristische Ambivalenz von Selbstgestaltung des eigenen Lebens und Außenbedingungen der Lebensbewältigung, die der Einzelne nicht beeinflussen kann.[1242] Bei der „Identitätstagung“ ist diese Ambivalenz für die Teilnehmer und für einige Referenten ein zentraler Aspekt, wie zu zeigen sein wird.

Eine Besonderheit am Tagungsprotokoll ist die Dokumentation des Vortrages von Reiner Steinweg zum Thema „Der Frieden ist der Ernstfall. Verlust des Vertrauens in staatliche

---

1239 Ebd.

1240 Evangelische Akademie Hofgeismar 1987.

1241 Vgl. Meueler ^{2}1998, S. 69.

1242 Vgl. ebd., S. 59.

Institutionen und die persönliche Identität".[1243] Weil anhand dieser Tagungsdokumentation die gängigen von der Akademie praktizierten Methoden der politischen Bildungsarbeit nachvollzogen werden können, soll das Protokoll ausführlich untersucht werden. Die Protokollauswertung beginnt mit dem Vorstellen der Besonderheiten des Protokolls.

Besonderheiten des Protokolls

Zunächst fällt auf, dass im Protokoll nicht alle Referentenbeiträge dokumentiert sind. Ein Grund für die Einschränkung - wie etwa nicht fristgerecht eingegangene Manuskripte - wird nicht genannt. Eine vom Veranstaltungsleiter vorgenommene Schwerpunktsetzung ist möglich; mit den Ausführungen im Vorwort aber nicht belegbar.[1244]

Mit Hilfe dieses Protokolls kann gezeigt werden, dass neben dem Vortrag mit Diskussion auch solche Methoden der politischen Bildung eingesetzt werden, bei denen die Teilnehmer nicht nur Rezipienten sind, sondern durch Arbeitsgruppen aktiv werden. Darüber hinaus ist dieses Protokoll ein Beleg dafür, dass auch die Referenten an der politischen Bildung der Tagung partizipieren können, wie bei der Auswertung von Steinwegs Referat gezeigt werden wird.

Eine weitere Besonderheit ist das von Steinweg im Anschluss an die Tagung verfasste und im Protokoll abgedruckte Auswertungskapitel. Zu diesem Auswertungskapitel schreibt er: „Diesen vierten Abschnitt habe ich in Hofgeismar aus Zeitgründen (und auch, weil ich gemeinsamen Schlussfolgerungen auf der Basis der Arbeitskreisergebnisse nicht vorgreifen wollte) nicht mehr vorgetragen. Ich ergänze ihn um einen fünften: Beobachtungen nach diesem Vortrag."[1245] Diesen fünften Abschnitt hat Steinweg mit „Anhang: Notizen zum Verlauf der Tagung und zur Rezeption dieses Vortrags" überschrieben.[1246]

Tschernobyl, Angst und Meinungsbildunsprozess

Die Tagung fand vom 10. bis 12. Oktober 1986 statt. Fast genau ein halbes Jahr zuvor ereignete sich am 26. April das Reaktorunglück in Tschernobyl. In dieser Arbeit wurde ge-

---

1243 Vgl. Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 7 ff. Steinweg referierte als Vertreter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

1244 Evers, Tilman/Kempf, Wilhelm, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 5 (Vorwort).

1245 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 25. Hervorhebung im Original.

1246 Vgl. ebd., S. 27.

zeigt, wie sehr das Ereignis von Tschernobyl im öffentlichen Bewusstsein nachwirkte und für Beck zum Synonym für „Risikogesellschaft“ wurde. Mit Hilfe dieses Protokolls kann die zeitnahe Wirkung des Unglücks auf den Meinungsbildungsprozess gezeigt werden. Bereits im Vorwort zum Protokoll finden sich mit der Aufzählung von Krisenmomenten Textstellen, die Becks Theorie der Risikogesellschaft stützen:

„In den letzten Jahren waren es insbesondere die Auseinandersetzungen vor und nach dem Stationierungsbeschluss von 1983, der dieses Wechselspiel von politischen Erwartungen und persönlichen Übertragungen sichtbar machte. Dazu kam eine Reihe weiterer politischer Krisenmomente wie die Parteispendenaffäre, der doppelte Anlauf zu einer Volkszählung und die neuen Sicherheitsgesetze, die Luftangriffe der USA auf Libyen im April 1986 und - Tage später - die verharmlosende und zugleich hilfslose Reaktion der Bundesregierung auf Tschernobyl, die jeweils dazu beitrugen, einerseits das Vertrauen in bestehende politische Institutionen in Frage zu stellen und andererseits den Einzelnen mit Zweifeln am Bild der eigenen Person und Handlungsfähigkeit zu belasten.“[1247]

Die Akademie gibt den Bürgern mit solchen Diskurstagungen die Möglichkeit, die Ängste und Zweifel des Einzelnen zu artikulieren. Doch erst, wenn diesem ersten Schritt der Mitteilung persönlicher Betroffenheit im zweiten Schritt das Entwickeln einer reflektierten Einstellung gelingt, ist die Maxime der Methode „Politik als Diskurs“, nach welchen Gesichtspunkten sich die Gesellschaft weiter entwickeln soll, gelungen.[1248]

Lebensweltbezug und Identitätsarbeit (Reiner Steinweg)

Wenn Steinweg in seinem Vortrag auf das Reaktorunglück von Tschernobyl zu sprechen kommt, ist ihm die persönliche Betroffenheit durch die affektiven Formulierungen anzumerken:

„Die Identitätswunde, die diese Ereignisse, Erlebnisse und Selbstwahrnehmungen hinterlassen hatten, riss noch tiefer auf nach der Katastrophe von Tschernobyl. Diese Katastro-

1247 Evers/Kempf, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 5. Auf die im Protokoll häufig Bezug genommenen Ereignisse Parteispendenskandal und NATO-Doppelbeschluss wird bei der Auswertung nicht eingegangen.

1248 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 19.

phe traf mich, als ich selbst noch keine vier Wochen Vater eines Sohnes geworden war, traf mich angesichts einen kleinen Menschen, der zwanzigmal soviel Radioaktivität aufnahm (...) wie ich selbst; traf mich in einem Moment, als ich in fast jeder Hinsicht ein neues Leben angefangen hatte und nun sehen musste, dass nach allen mir glaubwürdig erscheinenden Prognosen dieses neue Leben unter der sicheren Gewissheit steht, dass Tschernobyl erst der Anfang war (...) Mehr noch als alle anderen Schreckensnachrichten im Zusammenhang mit Tschernobyl hat diese absolute Unumkehrbarkeit auf dem Todespfad, die Endgültigkeit dieser Emission zusammen mit den genannten Verharmlosungen seitens der Regierung mein Vertrauen in die Lernfähigkeit dieses politischen Systems heftig erschüttert (...) "[1249]

Der von Steinweg hergestellte Lebensweltbezug ist als Methode eng mit Identitätsarbeit verknüpft. Nach Meueler wird Identitätsarbeit als permanente Bemühung beschrieben, etwas Unvereinbares miteinander zu vermitteln. Trotz aller Anpassung an das Vorgegebene werde versucht, eine eigene Linie, widerständige Authentizität zu entwickeln. Es scheine so, als werde Identität immer dann hergestellt, wenn von lebensgeschichtlichen Zusammenhängen erzählt werde.[1250]

Ein Merkmal politischen Lernens mit der Diskurstheorie ist die Teilnehmerzentriertheit. Bei dieser Methode werden die Lernsubjekte als Autoren der Volkssouveränität ernst genommen.[1251] Diesem Methodenanspruch wurde Steinweg unter Zuhilfenahme einer kleinen Übung gerecht. Zu den Stichworten „eins-sein-mit-mir / uneins-sein-mit-mir" sollten die Teilnehmer nach einer fünfminütigen Ruhephase ihre Assoziationen notieren. Die Zettel wurden, sofern die Teilnehmer dem zustimmten, an eine Wand geheftet.[1252] Die Notizen sollten weniger der direkten Seminararbeit dienen. Vielmehr sollte die Übung auf die im Anschluss von Steinweg vorgenommene Selbstanalyse einstimmen. In Arbeitsgruppen sollte ein Kommunikationsprozess über die verschriftlichten Assoziationen angeregt werden.[1253]

1249 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 23 f. Hervorhebung im Original.

1250 Vgl. Meueler ^{2}1998, S. 72.

1251 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 18.

1252 Steinweg beschreibt im Protokoll den genauen Ablauf der Übung. Vgl. Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 15 f.

1253 Vgl. ebd., S. 16 f.

Im Protokoll sind einige Ergebnisse der Schreibübung anonym veröffentlicht. Die Beiträge sechs und neun, auf die im Anschluss kurz eingegangen wird, lauten: „6. (Einssein): Wenn ich einen guten Text schreibe - (Uneins): Wenn ich eine Rede für jemanden konzipieren muss.“[1254]

„9. Einssein, (fast) immer, wenn ich für andere Verantwortung habe. Abend, weglos bei Melbrichstadt/Wustensachsen; es fällt mir ein, was zu tun ist, und es gelingt, weil ich spüre, was die Pferde erschreckt. Bedroht: a) Wenn jemand in mein Leben, meinen Arbeitsplatz zerstörend oder missgünstig eingreift - totale Hilflosigkeit, trotz aller Bemühungen, etwas für mich zu tun. b) Demo Bonn gegen Großkrankenhäuser, Oktober 1980 ... Nazi-Söhne-Gewäsch (in einer Kneipe danach): Mein Gedanke, wenn ich doch jetzt eine Bombe auslösen könnte, damit wir nicht alle wieder so, bzw. schlimmer, entsetzlich leiden und dann auch sowieso ‚verenden'.“[1255]

Solche Übungen sind gängige geisteswissenschaftliche und politikdidaktische Methoden, die vornehmlich der Kommunikationsinitiierung im Unterricht bzw. im Seminar dienen.[1256] Für diese Arbeit ist die von Steinweg vorgenommene und im „Beobachtungsteil“ des Protokollbeitrags veröffentlichte Auswertung der Zitate von Interesse, da sich dem Leser die Bedeutung der Übung für die politische Bildungsarbeit erschließen kann:

„Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob ‚Identität' für diese neun Teilnehmer von der politischen Sphäre fast völlig geschieden wäre (...) Bei näherem Zusehen und Nachfragen stellte sich dies zumindest teilweise als Irrtum heraus. So erläuterte mir die Verfasserin von Nr. 9, dass die Situation mit den Pferden einen hochpolitischen Hintergrund hatte: Sie habe nach dem Krieg nachts Verwandte mit dem Pferdewagen aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone geholt und glücklicherweise richtig reagiert, als die Pferde spürten, dass sie den Weg verloren.“[1257]

1254 Zitiert aus: Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 28.

1255 Zitiert aus ebd., S. 28 f. Hervorhebungen und Zeichensetzung im Original.

1256 Vgl. Ackermann, Paul u. a. Politikdidaktik kurzgefasst. Planungsfragen für den Politikunterricht, Bonn 1995, S. 133 ff. Vgl. Meyer, Hilbert: Unterrichtsmethoden II. Praxisband, Frankfurt ^{8}1996, S. 210. Vgl. Petersen, Susanne: Rituale für kooperatives Lernen in der Sekundarstufe I, Berlin ^{5}2005, S. 106 ff.

1257 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 29. Nur neun Teilnehmer waren bereit, ihre Notizen auszuhängen. Die tatsächliche Teilnehmerzahl war höher.

Die politische Bildung findet bei dieser Übung auf mehreren Ebenen statt. Wie in vielen Bereichen der außerschulischen politischen Bildung ist auch bei dieser Übung das Prinzip der Freiwilligkeit elementar.[1258] Durch die Übung wird den Teilnehmern die Möglichkeit eröffnet, sich ein Stück weit der eigenen politischen Sozialisation bewusst zu werden. Es ist eine Methode, bei der die Lehrenden Anstöße zum Lernen und kritischen Denken geben. Sie eröffnen Lerngelegenheiten. Die Intensität und die Ergebnisse sind dabei nicht kalkulierbar.[1259]

Durch das methodische Prinzip der Freiwilligkeit kann es sein, dass sich nicht allen Teilnehmern der politische Gehalt der Texte erschließt. Der „Gewinn" dieser Übung liegt nicht im Erkenntnisgewinn der Gruppenmitglieder, sondern vielmehr in der Reflexion eigener politisch-gesellschaftlicher Erlebnisse und Handlungen. Die Verfasser haben die Möglichkeit, durch Einzelgespräche, die auch in ungezwungener Atmosphäre außerhalb der Seminarzeiten während der freien Zeit stattfinden können, an ihrem Thema weiterzuarbeiten.

Durch diese individuelle Arbeit kann der Teilnehmer zu der für die politische Bildung relevanten reflektierten Einstellung gelangen.[1260] Das nachstehende Zitat zeigt weitere Beispiele für die politische Relevanz der Seminarübung. Es knüpft im Original unmittelbar an das vorherige Zitat an.

„Die Situationen der Identitätsbedrohung sind auch auf den ersten Blick teilweise als politisch vermittelte erkennbar: Der Friedensforscher, der sich, um sich finanziell über Wasser halten zu können, bei einem rechten Abgeordneten verdingen muss, um ihm Reden zu schreiben, die er inhaltlich selbst nicht vertreten kann (Nr. 6) (...) In Nr. 9 ist der politische Hintergrund evident, und zwar auch bei a): Die Teilnehmerin wurde von ihrem Arbeitsplatz gefeuert, weil sie sich auf Bibliotheks-Ebene für Ost-West-Kooperation aktiv engagiert hatte."[1261]

Bei mehrtägigen Akademieveranstaltungen gibt es in der Regel Arbeitsgruppen, in die sich

---

1258 Vgl. Scherr 2004, S. 232 f.

1259 Bei dem Vorgehen von Steinweg handelt es sich um einen Ansatz subjektorientierter Erwachsenenbildung. Vgl. Meueler ^{2}1998, S. 169 ff.

1260 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 19.

1261 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 29. Hervorhebung im Original. Der „Friedensforscher" wurde im Protokoll an der Stelle des Zitats erstmals erwähnt.

die Teilnehmer während der Tagung einwählen können. In kleinen Gruppen wird die Möglichkeit gegeben, sich aktiv zum gewählten Schwerpunkt einzubringen. Häufig entstehen dabei lebhafte Diskussionen. Selten werden die Arbeitsgruppenergebnisse dokumentiert. Im Protokoll zur Tagung „Persönliche Identität und politische Krise“ berichtet Steinweg ausführlich aus der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe. Anhand dieses Protokollauszugs, der nachstehend in Zitaten wiedergegeben wird, lässt sich der Beitrag der Akademieveranstaltungen zur politischen Bildungsarbeit vertiefend aufzeigen. Zur besseren Orientierung werden den Zitaten Überschriften zugewiesen, die im Original nicht vorhanden sind.

Vertrauen in die Demokratie

Im ersten Zitat spricht Steinweg die langfristige Wirkung der in dieser Arbeit unter dem Begriff „Blickwechsel ´68“ benannten Umbruchphase an:

„In der Arbeitsgruppe, an der ich teilnahm, waren zwischen 15 und 20 Teilnehmer. Es gab zunächst eine intensive Runde, in der persönliche Erfahrungen mit Politik/politischen Krisen mitgeteilt wurden. Dabei fiel auf, dass nicht wenige der jüngeren Teilnehmer/Teilnehmerinnen Schwierigkeiten hatte, meine Enttäuschung zu verstehen: Sie hätten nie Vertrauen in die Demokratie oder/und in eine der Regierungen gehabt (...) Sie hätten sich immer zur Minderheit gehörig gefühlt, das habe ihr Lebensgefühl stark bestimmt, aber es gebe auch die Sehnsucht, zur Mehrheit gehören zu dürfen. Andere hatten die Aufbruchphase nach 1968/69 als stark identitätsbildend erlebt. Dann aber kam die Ernüchterung: ‚Uns wurde Demokratie vorgegaukelt - ein Betrug.' “[1262]

Enttäuschungen

„Eine andere, etwas ältere Teilnehmerin knüpfte daran an: Sie sei - Jahrgang 1935 - von Anfang an demokratisch erzogen worden, habe vor 15 Jahren noch an die Gesamtschule geglaubt und hätte gern dort gearbeitet, sieht aber nun die Schwächen dieses Konzepts. Dass sie in den letzten Jahren für Schwermut und Depressionen auffallend anfälliger geworden ist, führt sie auf die politische Gesamtentwicklung, in der die Gesamtschule einen relativ hohen Stellenwert für sie hat, zurück. Für eine weitere Teilnehmerin war die Ent-

1262 Ebd., S. 30. Hervorhebung im Original.

täuschung der ‚ganz persönlichen Hoffnungen', die sie als junge Frau an die Politik Kennedys geknüpft habe, ein tiefer Einschnitt."[1263]

Die Lehrerin spricht bei dem Stichwort „Gesamtschule" einen Aspekt an, der in der pädagogischen Diskussion vernachlässigt wird: Identifikation von Lehrkräften mit einem Schulsystem.

Politisches Engagement

„Sehr deutlich wurde der Zusammenhang zwischen persönlichen Interaktionserfahrungen in politischen Zusammenhängen und politischer Handlungsfähigkeit: Eine Teilnehmerin berichtete, dass sie erst wieder angefangen habe, politisch aktiv zu werden, als sie bei einem Kongress spüren konnte, dass sie groß und intelligent ist; eine andere berichtete, dass ihr Engagement in der Partei der ‚Grünen' auf der menschlichen Ebene völlig ohne Echo geblieben sei und sie sich daher zurückgezogen habe. (Diese Teilnehmerin zeigte mir ihren - nicht ausgehängten - Zettel, auf dem als Symbol für ‚Uneins' / Identitätsbedrohung die Zeichnung einer politischen Versammlung zu sehen war, in der ein Redner mit erhobenem Zeigefinger auf die ‚politische Gemeinde' einredet.)"[1264]

Bei allen Zitaten ist die Korrelation von Biografie und politischem Engagement ein zentrales Element. Durch die Auseinandersetzung mit den Entwicklungslinien des eigenen, oft politischen, Handelns im Kontext des Staates oder des politischen Systems partizipieren sie an politischer Bildung. Dies kann als demokratiestabilisierendes Wirken angesehen werden. Die Akademie wirkt durch diese Arbeit wie der Bestandteil eines Netzwerkes des politischen Systems.

Beck beschreibt dies als typisch für die reflexive Modernisierung: „Gerade mit der Demokratisierung entstehen quer zur formalen vertikalen und horizontalen Gliederung von Befugnissen und Kompetenzen Netzwerke der Ab- und Mitsprache, des Aushandelns, Uminterpretierens und möglichen Widerstands."[1265]

In solchen Seminaren richtet sich der Blick nicht mehr wie in den frühen Akademiejahren auf die Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften, sondern auf den aktiven Bürger,

---

1263 Ebd.

1264 Ebd., S. 31.

der reflexiv seine Identität mit dem politischen System in eine Wechselbeziehung setzt. Durch diese Form der politischen Bildung wird ein Beitrag zur Selbststeuerung der Gesellschaft geleistet.[1266] Steinweg geht in seiner Auswertung im Kontext von berufsbiografischen Ausführungen auf diesen Aspekt ein.[1267]

Tagungsresümee von Steinweg

„Insgesamt aber geriet die Ausgangsfrage „Politische Krisen und persönliche Identität" eher aus dem Blick. So war es am Ende der Tagung kaum möglich, Zusammenhänge, Unterschiede und Ähnlichkeiten in den Erlebnis- und Verarbeitungsformen hinsichtlich politischer Krisen festzustellen. Die Tagungsfrage muss also weiterhin als offen gelten."[1268]

Dieses Fazit ist ein Hinweis dafür, dass der entscheidende Teil diskurstheoretischen Lernens, von der unmittelbaren Betroffenheit zu einer reflektierten Einstellung zu gelangen, nur in Ansätzen verwirklicht werden konnte. Hier zeigen sich die Schwächen der außerschulischen politischen Bildung, wie sie bei solchen Akademietagungen angeboten werden. In einem Aufbauseminar hätte dieser Schritt erfolgen können. Aufgrund des für die außerschulische Bildung geltenden Prinzips der Freiwilligkeit hätte von dieser Möglichkeit vermutlich nur ein Teil der Teilnehmer Gebrauch gemacht.[1269]

Steinweg relativiert seine Kritik anschließend: „Gleichwohl halte ich die Tagung nicht für gescheitert. Ich habe selten nach einem Vortrag so viele persönliche Rückmeldungen von einzelnen Zuhörern bekommen wie nach diesem, Rückmeldungen, die mir gezeigt haben, dass die Fragestellung, das Thema und der beschrittene Weg bei den Zuhörern etwas ausgelöst haben, Gedanken und Gefühle, die vielleicht im Plenum so nicht genauer artikuliert werden konnten, aber gleichwohl Wirklichkeit waren. Für mich selber ist in den Wochen nach der Tagung klar geworden, dass ich die Perspektive gewaltfreier politischer Auseinandersetzung trotz allem nicht aufgeben will. Die beschriebene Krise hat aber bewirkt, dass ich mich gegenüber denjenigen Mitbürgern, die auf niedrigem Eskalationsniveau zur

---

1265 Beck 2006, S. 313.
1266 Vgl. Steffens 2007 (a), S. 19.
1267 Vgl. Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 31 f.
1268 Ebd., S. 32.
1269 Vgl. Schiele 2004, S. 5 ff.

Gewalt greifen, nicht mehr moralisch überlegen fühle (...) Ich nehme an, dass eine so veränderte Haltung Auswirkungen auf mein (friedens-) politisches Handeln haben wird."[1270]

An den letzten Sätzen des Zitats kann ein in dieser Arbeit noch nicht berücksichtigter Aspekt politischer Bildung gezeigt werden: Außerschulische politische Bildungsarbeit kann auch mit Erkenntnisgewinnen der Referenten verbunden sein. Am Beispiel von Steinweg kann gezeigt werden, dass diese Erkenntnisgewinne weitreichende Konsequenzen haben können. Schließlich spricht Steinweg den Bereich Gewalt als Mittel der Konfliktbewältigung an.

Erinnert sei abschließend an die Zitate zu den autobiografischen Ausführungen Steinwegs. Diese scheint er als Brücke für die Übung mit den Zetteln einzusetzen. Diese Übung war mehr als ein warming up zur Initiierung von Kommunikationsprozessen. Sie ist als Bestandteil der Identitätsarbeit des Referenten und der Arbeitsgruppe anzusehen.[1271] Diese Identitätsarbeit scheint von Steinweg, besonders wenn seine Seminarauswertung berücksichtigt wird, geleistet zu werden.

Es sei zugestanden, dass sich dieses Veranstaltungsthema, bei dem es um persönliche Einstellungen geht, eher als Beleg für die These des Erkenntnisgewinns für Kursleiter eignet, als ein Seminar bei dem es um fiskalische oder systemtheoretische Fragestellungen geht. Dennoch sollte dieser Aspekt beachtet werden.

Inszenierte Kriegsbegeisterung (Jörg Bohse)

Bohse leitet seinen Vortrag mit der Verbindung von historischem Hintergrund und eigener Biografie ein. Seine Ausführungen sind im Horizont des im historischen Kapitel dargelegten Bemühens um die Schaffung einer Säkularreligion im Nationalsozialismus zu sehen, weshalb der Vortrag an dieser Stelle vorgestellt wird. Die Intention von Bohse ist die exemplarische Vermittlung von Erkenntnissen, wie sich Kriegsbegeisterung im Nationalsozialismus inszenieren und medial verbreiten ließ.[1272]

Am Beispiel der Sportpalast-Veranstaltung zum „totalen Krieg" vom 18. Februar 1943

1270 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 32 f. Hervorhebungen im Original.

1271 Vgl. Meueler ^{2}1998, S. 71.

1272 Vgl. Bohse, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 57.

zeigt Bohse, wie religiöse Symbole für politische Machtzwecke missbraucht werden können.[1273] Bohses These lautet, dass mit dem Zwangscharakter der äußeren Situation ein Entkommen aus dem von den Inszenatoren Erwartete gar nicht zuließ.[1274] Dies leitet er wie folgt her:

„Der Sportpalast war geschmückt mit einer einzigen Parole: ‚Totaler Krieg, kürzester Krieg'. Der Versammlungssaal wirkt, wenn man den Film heute sieht, keineswegs wie der Schauplatz einer Massenorgie, sondern eher wie ein schlichter Kirchenraum, geteilt durch einen breiten Mittelgang, mit einem altarähnlichen Rednerpult-Arrangement an der Stirnseite. Der Optik der äußeren Szenerie angepasst war auch die Stimme bzw. der Tonfall des Propagandisten. Der sprach nicht wie ein Hetzredner, der antisemitische Hassparolen lancierte, sondern er benutzte ein Gemisch aus einer Sprache der Innerlichkeit (‚Ich möchte zu Ihnen aus tiefstem Herzen zu tiefstem Herzen sprechen ...'; ‚Wir wollen unsere Herzen erfüllen …'), die man aus den traditionellen Verarbeitungsformen des schlechten Gewissens kennt, und einer Sprache des Terrors (‚Es muss jetzt zu Ende sein mit den bürgerlichen Zimperlichkeiten ...'; ‚Es gilt, die Glacéhandschuhe auszuziehen und die Faust zu bandagieren ...'). Diese Mischung aus Innerlichkeit und Terrorismus geht durch die ganze Rede hindurch. Der scheinbare Gegensatz aber ist formierungstechnisch durchaus folgerichtig: Die entmündigende, atomisierende Gewissenserforschung ist die Vorbereitung für das Akzeptieren des Stärke suggerierenden Befehlstons, der schließlich zur widerstandslosen Akklamation führt. Das beschriebene rhetorische Verfahren ist aber nur ein Moment einer differenzierten Gesamtstrategie."[1275]

Es folgen Ausführungen zur Rhetorik der Rede und sozialpsychologische Überlegungen zu Goebbels Argumentation, bevor Bohse zum Abschnitt „Parareligiöse Überredungsformen" kommt.[1276] Er stellt anschließend Parallelen zwischen religiösen Ritualen und der politischen Rede Goebbels fest:

1273 Zur eingehenden Beschäftigung mit der Sportpalastveranstaltung siehe: Bohse, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille. Meinungslenkung und Propaganda im Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.

1274 Vgl. Bohse, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 49.

1275 Ebd., S. 49 f. Hervorhebungen im Original. Vgl. Bohse 1988.

1276 Vgl. ders., in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 52 f.

„Den Inhalt der Überredung, den ‚Führer' als ‚Retter' in der Not des verlorengehenden Krieges auch weiterhin zu akzeptieren, korrespondiert die liturgische Form des Frage-Antwort-Rituals. Die ‚Prüfung' des Sportpalast-Auditoriums ist ziemlich genau dem katholischen ‚Taufexamen' nachempfunden, in welchem die Gemeinde aufgefordert ist, dem Teufel zu widersagen und durch rhythmisch-chorische Wiederholungen ihren Glauben an Christus und die Kirche zu bekennen. Der responsorische Wechsel von Aufforderung des Priesters (dem Bösen zu widersagen) und dem Abschwören der Gemeinde; von der Aufforderung des Priesters (sich zur Kirche zu bekennen) und der wiederholten Glaubensaffirmation seitens der Gemeinde, wird mit den entsprechenden säkularen Übertragungen (‚Engländer', ‚Führer', ‚NS-Regierung') in verschiedenen Variationen im Frageritual am Schluss der Sportpalast-Rede verwendet. Die Vertrautheit der (religiösen) Reaktionsschemata, ihr gruppenunspezifischer Verbreitungsgrad und kultureller Vertrauenskredit erleichtert eine allgemeine Überrumpelung (...) Die gesellschaftliche Psychologie der Massen, von der kulturellen Aktivität der Kirchen zementiert, öffnet ihren erklärten ideologischen Widersachern eine propagandistische Angriffsfläche bei den Verführten."[1277]

9.5.2.4 Parteipolitische Veranstaltung „Die ‚neue' Linke. Bewegung am politischen Rand"

Im deskriptiven Auswertungsteil wurde im Kapitel zu einem möglichen Blickwechsel ´68 der Frage nachgegangen, ob im Akademieprogramm eine Entwicklung zu Gunsten der Faktorrichtung belegbar ist. Diese Frage soll am Beispiel einer Akademietagung vertiefend behandelt werden.

Bei den politischen Tagungen besteht für die Akademie eine wesentliche Herausforderung, den aktuellen Bezug eines Themas zu wahren. Diesbezüglich äußerte sich der ehemalige Studienleiter Michael Goldbach in einem Interview mit der Akademiezeitschrift:

„Ich habe in meiner Amtszeit versucht, seismografisch Themen aufzuspüren, zu handeln, wenn sich eine Entwicklung abzeichnete. Die Schwierigkeit liegt in dem langen Vorlauf unserer Planung. Manchmal ist uns das dennoch gelungen, zum Beispiel als wir im Februar 2005 eine Tagung mit dem Titel ‚Die neue Linke' anboten, wenige Monate bevor Oskar

1277 Ebd., S. 53 f.

Lafontaine sein politisches Comeback startete."[1278]

Zu der Tagung „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand" (4. – 5. Februar 2005) gibt es kein zugängliches Tagungsprotokoll.[1279]

Im Einleitungstext des Tagungsprospekts heißt es: „Es rumort in der deutschen Parteienlandschaft - links wie rechts. Während NPD und DVU durch eine Welle diffuser Unzufriedenheit in zwei Landtage gespült wurden, steht hinter den Bewegungen am linken politischen Rand der Protest gegen Sozialabbau (...) Im Ring stehen einerseits die SED-Nachfolgerin Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die sich im Westen bisher nicht etablieren konnte, andererseits die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG), deren Umwandlung vom Verein zur Partei auf dem Weg ist. Das Geschäft belebende Konkurrenz oder Kakophonie von Weltverbesserern?"[1280]

Zusammensetzung des Plenums und der Referenten

Zu der Tagung hatte sich folgender Personenkreis angemeldet:

- 10 ohne Berufsangabe, davon: ein Professor, ein Doktor sowie eine Person mit Angabe „DGB",
- 5 Lehrer,
- 5 Rentner / Pensionäre,
- 1 Angestellter (ohne genauere Angabe),
- 1 Hausfrau,
- 1 Journalist,
- 1 Jurist,
- 1 Kaufmann,
- 1 Physiker,
- 1 Psychologe,
- 1 Richter,
- 1 Sozialsekretär,
- 1 Student.

1278 Goldbach, zitiert aus: Anstöße 2/2008, S. 3.

1279 Der Verfasser dieser Arbeit nahm als Gast teil. Die Tagungseinladung (Ankündigungsprospekt), eine Teilnehmer- und die Referentenliste liegen vor. Aus Datenschutzgründen wird im Folgenden bei den Teilnehmerangaben auf personenbezogene Daten verzichtet. Es werden lediglich Informationen zu den Berufen der Teilnehmer gegeben. Bei den Referenten werden zusätzlich die im Ankündigungsprospekt veröffentlichten Angaben (Name, Tätigkeit, Dienstort) erwähnt. Für den angekündigten Referenten Thomas Händel (WASG) nahm als Ersatz Dr. Axel Trost (WASG) teil. Die vorliegende Teilnehmerliste wurde nach der Veranstaltung, am 08.02.2005, erstellt. Fehlerhafte Daten aufgrund von kurzfristigen Absagen dürften deshalb ausgeschlossen sein.

1280 Zitiert aus: Ankündigungsprospekt zur Veranstaltung „Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand" vom 04. - 05. Februar 2005.

Diese Angaben sagen per se nichts darüber aus, ob die Veranstaltung von Seiten der Akademie zu Gunsten einer bestimmten politischen Interessenrichtung gelenkt werden sollte. Andere Vermutungen lässt die nicht paritätisch gewählte Referentenzusammensetzung zu:

- Klaus Burges Pfarrer i. R., Erfurt,
- Horst Peter ehem. MdB, SPD, Studiendirektor a. D., Kassel,
- Bodo Ramelow Vorsitzender der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt,
- Dr. Detlef Sack Politikwissenschaftler, Universität Kassel,
- Dr. Axel Trost WASG.

Dies ergibt folgende Referentenstruktur:

- zwei Vertreter der politischen Linken,
- ein Vertreter der Sozialdemokratie,
- ein kirchlicher Kritiker der politischen Linken,
- ein Politikwissenschaftler.

Die Vorträge

Der Politikwissenschaftler **Detlef Sack** lieferte unter dem Thema „Eine neue Linke? Auswirkungen sozialstaatlicher Reformen auf die deutsche Parteienlandschaft" Hintergrundinformationen. Er gab begründete Prognosen ab. Bei Rückfragen bezüglich der Wertung dieser Prognosen verwies er auf seinen wissenschaftlichen Neutralitätsanspruch.

Das Referat des Pfarrers **Klaus Burges** lautete „Das ‚linke' Erbe der DDR. Die Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers". Das Referat des Pfarrers war geprägt von subjektiven Erfahrungen. Eine deutlich kritische bis ablehnende Haltung gegenüber einer „neuen Linken" war unverkennbar. Eine persönliche Betrachtung miterlebter historischer Entwicklungen kann nicht neutral sein, da das Individuum aufgrund soziokultureller Einflüsse eine subjektive Sicht auf die Dinge hat. Sofern diese subjektive Perspektive nicht in Beliebigkeit mündet, stellt sie nach Bollnow keine Beeinträchtigung der Objektivität dar und ist eine Voraussetzung des hermeneutischen Verstehens.[1281] Burges war der einzige Referent, der gegenüber politisch linken Positionen eine Kontraposition vertrat. Er begründete seine Thesen mit Hilfe christlicher Begründungszusammenhänge. Da er keine politische Richtung repräsentierte, verzichtete er auf politisch konservativ einzustufende Argumentations-

1281 Vgl. Danner [5]2006, S. 58 ff. Vgl. das entsprechende Methodenkapitel in dieser Arbeit.

linien. Somit gab es auf parteipolitisch konservativer Seite keinen Referenten, der sich zu den Entwicklungen am linken Parteienspektrum kritisch äußerte.
Die anderen Referenten, insbesonders **Bodo Ramelow** von der PDS und **Axel Trost** von der WASG, stellten im Wesentlichen die Positionen ihrer Parteien und ihre persönlichen Einschätzungen zu den geplanten Zusammenschlüssen politisch links ausgerichteter Parteien vor. Das Referat von Ramelow lautete „Auf immer und ewig Ost-Partei? Die Zukunft der PDS". Axel Trost sprach zum Thema „Fünftes Rad am Wagen? Die Chancen der WASG".
Horst Peter referierte aus der Sicht eines SPD-Mitgliedes zum Thema „Verrat am Sozialstaat? Die SPD-Binnenperspektive". Durch seine Ausführungen zur Sozialpolitik der SPD war er als Mitglied dieser Partei wahrnehmbar.
Bei Gesprächen mit Veranstaltungsteilnehmern stellte sich heraus, dass diejenigen, die zum ersten Mal an einer kirchlichen Akademietagung teilgenommen haben, die Referentenzusammensetzung, die offen geführten Diskussionen und die moderate Tagungsleitung als „mutig" begrüßten. Tagungsgäste, die sich als „Stammgäste" der Akademie bezeichneten und über eine kirchlich geprägte Sozialisation verfügen, monierten in erster Linie die als einseitig wahrgenommene Referentenzusammensetzung.

Forum oder Faktor?
Aufgrund der unausgewogenen Referentenstruktur erscheint eine dominierende Faktorausrichtung bei dieser Tagung erkennbar. Ob dies von der Akademieleitung beabsichtigt war, ob der Studienleiter Michael Goldbach dies bewusst so plante oder ob zufällige Faktoren - wie die Absage anderer Referenten - das auslösende Moment war, lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht beurteilen. Von dem offensichtlichen Faktorcharakter einer Tagung lassen sich auch keine Rückschlüsse auf eine generelle Akademieausrichtung ziehen. An dieser Stelle kann lediglich festgehalten werden, dass es in der jüngsten Akademiegeschichte neben den Forumveranstaltungen, zu denen die zuvor ausgewerteten Tagungen zählen, auch „Faktorausrichtungen" gibt.

9.6 Zusammenfassung der Auswertungsergebnisse

Im historischen Längsschnitt ist die auffälligste Beobachtung die Zeit der 70er Jahre, da in dieser Zeit eine deutliche Zäsur erfolgt:

Seit den 70er Jahren werden deutlich mehr europapolitische Angebote unterbreitet. Diese haben einen hohen länderkundlichen Anteil, zu denen es stets begleitende Diskurs-, Geschichts- oder andere Themenangebote gibt. Mit dem steigenden Angebot an europäischen Themen steigt die Bedeutung des Themenbereichs „Globalisierung". Entsprechende Angebote fallen quantitativ nicht überproportional auf. Ein geschärfter Blick seitens der Akademie bezüglich globaler Themen ist dennoch zu erkennen. Belegbar ist dies durch das Vorhandensein von globalen Bezügen bei Veranstaltungen, die unter einer anderen Themenstellung ausgeschrieben sind.
In diesem Kontext gewinnt der Bereich „Zivilgesellschaft" an Bedeutung. Eine akzentuierte Entwicklung des Akademieangebots in Richtung Interessenvertretung zivilgesellschaftlicher Fragestellungen zeichnet sich ab, ist aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht widerspruchsfrei nachweisbar.
Das Angebot an Diskursveranstaltungen wird spätestens seit den 1990er Jahren thematisch umfangreicher. Zunehmend häufiger finden Tagungen mit Kooperationspartnern statt. Die Angaben zu den Kooperationspartnern und die Adressatenbeschreibungen werden in den Tagungsankündigungsprospekten detaillierter.
Angebote zum Themenbereich „Erwachsenenbildung" sind vorhanden, nehmen allerdings keine dominierende Stellung ein.

9.6.1 Forderung nach einer kirchlich-religiösen Profilbildung

Nach Auffassung des Bischofs Hein müssen sich die evangelischen Akademien verstärkt auf ihr evangelisches Profil besinnen, was er deutlich formuliert:
„Um nicht den Überblick zu verlieren und in Problemen unterzugehen, bedarf es einer inneren Orientierung: Sie liegt meiner Überzeugung nach mehr denn je in der Rückbindung an den christlichen Glauben in seiner evangelischen Gestalt. Alles, was in den Seminaren und Tagungen einer Evangelischen Akademie erörtert wird, braucht deshalb Erdung. Diese Erdung ist nicht die gesellschaftliche Realität, sondern die Wirklichkeit des christlichen Glaubens! (...) Jede Akademie, die sich als evangelisch versteht, tut gut daran, sich dieses geistlichen Horizonts zu vergewissern. Die Zeiten der Beliebigkeit sind, wie mir scheint,

vorbei.“[1282]

Diese deutlichen Worte bestätigen den in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigten Spagat, den die Akademie zu leisten versucht: Auf der einen Seite öffnet sie sich gegenüber außerkirchlichen Kooperationspartnern. Diese Strategie steht in der Linie des Blickwechsels ´68. Auf der anderen Seite mehren sich Stimmen, die ein stärkeres kirchliches, traditional geprägtes Profil einfordern. Mit dieser auf Profilbildung bedachten Richtung ist die Intention verbunden, mit der stärkeren Auseinandersetzung mit religiösen Inhalten und Begründungszusammenhängen den thematischen Blick auf das „Kerngeschäft“ einer kirchlichen Einrichtung zu legen. Diese Absicht kann als die Folgerung aus Becks These angesehen werden, nach der in der Moderne die „Bindekraft von Blutopfer, Arbeit und Religion“ verloren gegangen sei.[1283] Eine entsprechende Profilbildung der Akademie würde, wie den Ausführungen von Hein zu entnehmen ist, zu Kosten der gesellschaftspolitischen Diskursthemen gehen. Hier scheint der Versuch unternommen zu werden, Freiheit, die als Sinnquelle der Moderne gilt, in der Risikogesellschaft durch Orientierung zu ergänzen.[1284]

Bei der Analyse der Akademiearbeit wurde gezeigt, dass sich die Akademie beim bildungspolitischen Diskurs zu Wort meldet, wenn in Hessen Richtungsentscheidungen anstehen. Dies war so bei der Einführung des Modellversuchs zum zehnten Hauptschuljahr Ende der 70er Jahre, bei der Tagung zu den Hauptschülern als vernachlässigte Gruppe Ende der 80er Jahre und bei der Frage nach einem kirchlichen Engagement im Rahmen der schulischen Ganztagsangebote. Bei einer kirchlich-religiösen Profilbildung dürfte dieser Bereich nicht vernachlässigt werden, sondern müsste verstärkt unter den Fragen nach kirchlichen Begründungszusammenhängen behandelt werden. In diesem Sinne ist vermutlich die Forderung von Hein nach der Profilbildung zu sehen. Diese Einschätzung wird durch Akademieangebote, die sich mit der Frage nach der Notwendigkeit kirchlicher Schulen befassen, bestätigt.[1285]

1282 Zitiert aus Anstöße 2/2007, S. 7 („Perspektiven setzen“).

1283 Vgl. Beck [4]1998, S. 400 f.

1284 Vgl. ders. 2006, S. 12 ff. Vgl. ders.: Ursprung als Utopie. Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne (Beck [4]1998 c), in: ders. [4]1998, S. 396 ff.

1285 Tagung: Von der Notwendigkeit der Kirche, Schulen zu haben. Glaube - Bildung Freiheit (Nr. 1863). Dieses Angebot stammt allerdings aus dem Jahr 1978, als Hein noch nicht Bischof war.

Im Materialband sind in der Tabelle „Kirche – Schule im Akademieprogramm“ zwölf Tagungen aufgeführt, welche die Akademie seit 1957 zum Verhältnis von Kirche und Schule angeboten hat. Neben der Behandlung von Fragen nach der Ausgestaltung der Religionslehrerausbildung werden auch Themen mit historischen Bezügen berücksichtigt.[1286] Die Frage nach der Positionierung gegenüber schulischen Ganztagsangeboten (Tagung im Jahr 2004) ist nicht nur als Diskursthema der Gegenwart anzusehen, sondern spricht das historisch gewachsene Bildungsverständnis des Protestantismus an. Dies wird deutlicher, wenn in diesem Kontext die Tagung „Bildung als Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln“ aus dem Jahr 2000 gesehen wird. Diese Angebote zeigen das Bemühen der Akademie und der EKKW um eine Profilbildung in der Bildungspolitik, die stärker als in den Jahrzehnten zuvor historisch und traditional begründet wird.
Bei der Auswertung des Protokolls zur Tagung über die hessische Schulpolitik wurde deutlich, dass bei den Akademietagungen Impulse für die EKKW gegeben werden, mit deren Hilfe die Landeskirche an der Profilbildung ihrer politischen Bildungsarbeit arbeiten kann. Es wurde im Rahmen der Protokollauswertung gezeigt, dass Becks Analyse der Risikogesellschaft entsprechende Ansatzpunkte bietet und im kirchlichen Akademiekreis diskutiert wird. Inwieweit die bei den Akademietagungen gewonnen Erkenntnisse und Impulse in der EKKW intern aufgearbeitet werden kann hier nicht analysiert werden.

Ehrenamtliches Engagement als Bürgerarbeit

Die Leitung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck hat sich die Förderung der „Freiwilligkeit von unten“ als Aufgabe gesetzt. Im Sinne einer Profilbildung soll bei diesem ehrenamtlichen Engagement auf die Qualifizierung der Mitarbeiter geachtet werden.
In einer Vorlage des Rates der Landeskirche zu einem Reformprozess heißt es: „In allen Bereichen kirchlicher Arbeit ist die ehrenamtliche Mitarbeit auszubauen, zu fördern und zu qualifizieren. Die in gemeindlichen Arbeitsfeldern und Diensten notwendige Professionalität ist zu sichern. Auf die Wertschätzung der ehrenamtlichen Mitarbeit ist besonderes Ge-

1286 Vgl. die Tagungen, die im Materialband in der Tabelle „Kirche – Schule im Akademieprogramm“ aufgeführt sind.

wicht zu legen. Leitfrage: Wird die ehrenamtliche Mitarbeit gestärkt und ausgebaut?“[1287]
Mit dieser angedachten Strategie folgt die Landeskirche einer neuen Entwicklung. Die Arbeit der Ehrenamtlichen wird nicht länger als die „Pflege eines persönlichen Steckenpferdes“, sondern als „Bürgerarbeit“ definiert. Der sich anbahnende Konflikt besteht in der Krise der Erwerbsarbeit versus Führen eines selbstbestimmten Lebens. Um diesen Konflikt zu entschärfen, könnte ein Teil dieser Bürgerarbeit als bezahlte Bürgerarbeit organisiert werden.[1288] Allerdings zeigen erste wissenschaftliche Beobachtungen, dass sich in erster Linie diejenigen bürgerschaftlich engagieren, die im Erwerbsleben stehen und Kinder haben. Personenkreise außerhalb der Erwerbsarbeit wie Arbeitslose und Rentner neigen eher dazu, sich aus dem bürgerschaftlichen Engagement zurückzuziehen.[1289]

9.6.2 Bildungsintentionen von Kirche und Staat im Kontext der Globalisierung

In den jüngeren Verlautbarungen von Beck finden sich Argumentationsmuster, welche die religiösen mit den gesellschaftlichen Fragen vor dem Hintergrund der Globalisierung verbinden. „Schließlich entsteht im kulturellen Durcheinander und Ineinander der Weltrisikogesellschaft ein bislang kaum bemerktes Konkurrenzverhältnis zwischen dem säkularen Glauben an Weltrisiken und dem religiösen Glauben an Gott. Das Risiko betritt die Weltbühne, wenn Gott sich von ihr verabschiedet hat. Wenn Nietzsche verkündet: Gott ist tot, so hat das die - ironische - Konsequenz, dass von nun an die Menschen für die sie bedrohenden Katastrophen eigene Erklärungen und Rechtfertigungen finden müssen. Wer an einen persönlichen Gott glaubt, kann durch Gebete und gute Werke versuchen, Wohlwollen zu gewinnen und Vergebung zu erlangen und auf diesem Wege aktiv zur eigenen Erlösung, aber auch zu der der Familien und der Gemeinschaft beitragen. Im Glauben an Gott ist das Risiko kein Risiko, da es auch oder wesentlich der Transzendenz Gottes (oder des Teufels) zugerechnet wird und nicht (nur) dem Handeln der Menschen entspringt. Insofern gibt es

---

1287 Vorlage des Rates der Landeskirche vom 11.09.2006 zur Herbsttagung der Landessynode der EKKW, Kapitel 3.5 (ohne Seitenangabe).

1288 Vgl. Nolte 2006, S. 185 ff. Vgl. Beck, Ulrich: (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt 2000, S. 52.

1289 Vgl. Nolte 2006, S. 190 f.

eine enge Verbindung zwischen Säkularisierung und Risiko. Risiken setzen menschliche Entscheidungen voraus. Sie sind (...) Konsequenzen menschlicher Handlungen und Eingriffe und gerade nicht transzendenter Mächte. Das schließt nicht aus, dass die religiösen Traditionen sich immer schon mit den verschiedensten Risiken auseinandergesetzt, sie beurteilt, vor ihnen gewarnt oder sich mit ihnen arrangiert haben.“[1290]

Anschließend spannt Beck einen Bogen von der ersten zur zweiten Moderne mit dem Stichwort Kultur. Im Gegensatz zur nationalen Industriegesellschaft der ersten Moderne, die von sozio-ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital geprägt gewesen sei, seien die Konfliktlinien der Weltrisikogesellschaft kulturelle. In dem Maße, in dem sich globale Risiken der Kalkulation nach wissenschaftlichen Methoden entziehen und sich als Gegenstand des Nichtwissens entpuppen würden, erlange die kulturelle Wahrnehmung, der post-religiöse Glaube an die Wirklichkeit des Weltrisikos eine zentrale Bedeutung.[1291]

Mit Hilfe solcher Argumentationslinien hätte die EKKW und auch die Evangelische Akademie Hofgeismar neben den theologischen Begründungszusammenhängen auch soziologische Argumentationsmuster zur stärkeren Profilbildung ihrer politischen Bildungsarbeit. Beck spricht bei Konzepten zur Bewältigung der globalen Probleme von der Notwendigkeit transnationaler Akteure.[1292] Hier könnten sich die Kirchen beider Konfessionen angesprochen fühlen, da sie bereits seit mehreren Jahrhunderten Erfahrungen als Global Players gesammelt haben.

Kirchen als Akteure einer Subpolitik

Denkbar wäre die intensive Teilnahme der Kirchen an einer „Subpolitik“. Als Medium könnten dabei die Bildungsaktivitäten dienen. Nach Beck sind NGOs Akteure einer Subpolitik, da sie durch punktuelle Intervention direkte Politik mit der Möglichkeit der individuellen Partizipation ermöglichen: „Der Begriff ‚Subpolitik' lenkt also die Aufmerksamkeit auf Anzeichen für eine globale Selbstorganisation nichtstaatlicher Politik, die tendenziell

1290 Beck 2007, S. 139.
1291 Ebd., S. 139 f.
1292 Vgl. ebd., S. 162 f.

alle gesellschaftlichen Felder in Bewegung setzt.“[1293]

Nach der Analyse von Beck bedeutet eine solche Subpolitik, die mit der Neuaufstellung der Basisinstitutionen der ersten Moderne[1294] einhergehe, nicht zwangsläufig eine Entpolitisierung. Vielmehr seien neue Bündnisse denkbar.[1295] Hier liegt eine Chance für eine Profilbildung der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Durch die thematisch breiten Veranstaltungsangebote erfüllen sie das Merkmal der punktuellen Intervention mit der Möglichkeit der individuellen Partizipation.

Wolfgang Greive formuliert diese Chance wie folgt: „Der Rückzug auf das ganz Eigene, die Profilierung der lokalen Identität im Protestantismus heute, gehört zur Dialektik der Globalisierung. Auch das will gut verstanden sein. Das impliziert durchgehend lokal und global zu denken. Insofern ist der Slogan zu revidieren: Global denken, lokal handeln. Beides muss man heute gleichzeitig in seiner Interdependenz begreifen. Geschieht das, wird man Kirchenreformen in ihrem Raum und in ihrer Zeit besser auf den Weg bringen.“[1296]

9.6.3 Symbolik als Kommunikationsmethode

Die politischen Orte der Weltrisikogesellschaft sind nach Beck die Massenmedien. Im Gegensatz zur ersten Moderne sei das politische Subjekt nicht die Arbeiterschaft mit den Gewerkschaften, sondern das schlechte Gewissen der Industriegesellschaft. Die mediale Inszenierung kultureller Symbole würde die Funktion der Gewerkschaften übernehmen. Diese These könne von drei Seiten veranschaulicht werden: Die Zerstörung und der Protest würden symbolisch vermittelt werden. In diesem Sinne habe Greenpeace 1955 die geplante Versenkung der Ölplattform Brent Spar des Shell-Konzerns verhindert.

Der Erfolg von Greenpeace sei auf medienwirksame Kampagnen zurückzuführen. Autofahrer würden zum Beispiel aus Protest bei anderen Mineralölkonzernen tanken. Die ökologische Krise würde somit ein „kulturelles Rotkreuzbewusstsein“ fördern, bei dem Greenpeace einen Vertrauensvorschuss erhalte. Die geplante Versenkung der Ölplattform werde, so Beck, zu einem Symbol. Die ökologischen Folgen einer solchen Umweltver-

---

1293 Ebd., S. 178.

1294 Zu den Basisinstitutionen zählen Staat, Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Militär, Beruf.

1295 Vgl. ebd.

schmutzung würden in keinem adäquaten Verhältnis zu dem Medien- und Öffentlichkeitsecho stehen. Der Fall lenke aber das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Macht der Großkonzerne und auf die Verschmutzung der Weltmeere. Die entscheidende Frage sei, wer die Symbole, die den strukturellen Charakter von Problemen aufdecken und handlungsfähig machen würden, finde. [1297]

Hier liegt eine Chance für die Kirchen, da die christliche Religion über eine Symbolsprache verfügt, welche die europäische Kultur entscheidend geprägt hat. Selbst die Werbung benutzt christliche Symbole, um Produkte zu verkaufen. Inwieweit die Konsumenten über den religiösen Hintergrund dieser Botschaften verfügen, ist ungewiss.[1298] Für die christlichen Kirchen bietet sich die Chance, mit Hilfe der Sprache der Symbole Wortführer der bei Beck beschriebenen symbolischen Politik zu werden.

Im Jahr 1979 widmete sich die Akademie mit Hilfe eines Kooperationspartners der Frage nach der politischen Kraft, die von Symbolen ausgehen könne. Die entsprechende Veranstaltung Nr. 2015 lautete: „Symbol und Symbolik in Geschichte und Politik. Tagung der Gesellschaft für Geistesgeschichte".

9.6.4 Erkenntnisgewinn in der „Nichtwissensgesellschaft"

Im Gegensatz zum Begriff der „Wissensgesellschaft", der für die Spätmoderne kennzeichnend war, spricht Beck von der „Nichtwissensgesellschaft": „Wir haben es in der Weltrisikogesellschaft mit einer Nichtwissensgesellschaft in einem sehr präzisen Sinn zu tun: Sie kann nicht - wie die Vormoderne - durch mehr und besseres Wissen, mehr und bessere Wissenschaft überwunden werden, sondern wird gerade umgekehrt durch mehr und bessere Wissenschaft erzeugt (...) Leben im Milieu hergestellten Nichtwissens bedeutet folglich

---

1296 Greive, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 60 f.

1297 Vgl. Beck 2007, S. 183 ff.

1298 Beispiele: Die Verwendung des Kreuzes in der E-Plus-Werbung, der Sündenapfel in der Renault-Werbung, der Fels in der Werbung eines Versicherungskonzerns. Bei der EMZ sind Medien zum Thema religiöse Symbole in der Werbung im Medienkatalog aufgeführt. Beispiele: Agfa und Eva – Religiöse Symbole in der Werbung, Nr. AG 712 (Film); Werbung ohne Tabu? Pro und Contra zur Benetton-Werbung, Nr. AG 301 (Diaserie). Vgl. Sauer, Ralph: „Von allem vermag man zu lernen ..." Symbole in einer technischen Zivilisation, in: Hertle, Valentin u. a. (Hrsg.): Spuren entdecken. Zum Umgang mit Symbolen, München 1987, S. 129 ff. Vgl. Jung, Hermann u. a. (Hrsg.): Signaturen des Lebens, Frankfurt a.M. 2007.

die Suche nach unbekannten Antworten auf Fragen, die niemand klar stellen kann.“[1299]
Diese Begriffsbestimmung gibt Hinweise auf eine denkbare Positionierung der EKKW in der der zweiten Moderne. Das Leben in einer Nichtwissensgesellschaft aufgrund von Verunsicherungen durch den technischen Fortschritt erzeugt eine Fragehaltung. In der Arbeit wurde gezeigt, dass es einen Trend gibt, der mit einem neuen Interesse an Religion zu umschreiben ist. Die Kirchen haben die Chance, zu einer neuen Anlaufstelle für Menschen zu werden. Diese Menschen werden möglicherweise keine treuen Gottesdienstbesucher werden. Aber sie werden mitunter durch die Nachfrage von Veranstaltungen zu einer neuen „Kundenklientel“ werden. Dieser Aspekt müsste besonders für Landeskirchen wie die EKKW von Interesse sein.
Bei der Auswertung des Protokolls zur Tagung „Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe“ wurde gezeigt, dass bei der Tagung jeglicher kirchenpolitischer Bezug fehlte. Solche Tagungen, die den reinen Forum-Aspekt verfolgen, könnten in den kommenden Jahren seltener werden, wenn die EKKW bei Bildungsveranstaltungen eine stärkere Profilbildung anstrebt.

Und alle werden satt

Als Ergebnis der Protokollauswertungen kann genannt werden, dass alle Beteiligten an Erkenntnisgewinnen teilhaben können:
Die Tagungsgäste nehmen Informationen auf und beteiligen sich durch die im Anschluss an die Referate stattfindenden Diskussionen am Meinungsbildungsprozes. Zudem können sie als Multiplikatoren wirken. Dies ist besonders bei den Diskursangeboten gegeben, da bei diesen Tagungen der Teilnehmer am ehesten als „citoyen“ wahrgenommen wird. Er erhält die Möglichkeit, an der Gestaltung von Politik zu partizipieren.
Die Referenten (in der Regel Wissenschaftler) haben die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse einem Plenum zu präsentieren, das sich, je nach Adressatenorientierung der Veranstaltung, aus einem reinen Fachpublikum oder aus einem breit zusammengesetzten Publikum mit unterschiedlichem Wissensstand zusammensetzt. Durch die Gespräche mit anderen Referenten und mit dem Plenum erhalten sie neue Impulse für ihre Arbeit.

1299 Beck 2007, S. 211.

Die Tagungsleitung profitiert von der Vorstellung aktueller Forschungserkenntnisse und kann die Tagungsergebnisse in die weitere Akademiearbeit einbringen.
Die Leitung der Landeskirche kann direkt von den Tagungen profitieren, wenn Vertreter der Landeskirche an der Tagung teilnehmen oder sie gemeinsam mit der Akademie planen. Inwieweit die Akademie als Impulsgeber für das Landeskirchenamt dient, kann mit Hilfe der gewonnenen Forschungsergebnisse nicht ermittelt werden.

10 Schlussfolgerungen

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck ist als ländlich strukturierte Kirche mehr als andere Landeskirchen eine von der Tradition geprägte Kirche. Die Auflösung gesellschaftlicher Traditionen stellt für die EKKW eine besondere Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund müssen die Schlussfolgerungen gesehen werden.

Ein Zitat zu diesem Hintergrund wird den Schlussfolgerungen vorangestellt: „Richtungsgebende gesellschaftliche Traditionen des sozialen Verhaltens und Bewusstseins sind zerbröselt und abgestorben. Das Verlorene muss durch eigene Orientierungsleistungen ersetzt werden. In den von verpflichtenden Traditionen befreiten Lebensformen entsteht eine neue Unmittelbarkeit von Individuum und Gesellschaft. Gesellschaftliche Krisen, wie z. B. die der Massenarbeitslosigkeit, erscheinen nun als individuelle und können in ihrer Gesellschaftlichkeit nur noch sehr bedingt und vermittelt wahrgenommen werden.“[1300]

Die Schlussfolgerungen beginnen mit einem Rückblick auf den Arbeitsprozess. Anschließend werden die aus dem Arbeitsprozess gewonnenen Ergebnisse vorgestellt.

Rückblick

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die für den Übergang von der ersten zur zweiten Moderne kennzeichnend sind, waren der zentrale Bezugspunkt für die Analyse der politischen Bildungsarbeit der EKKW vor dem Hintergrund der Globalisierung.

Eine Schwierigkeit bestand während des Arbeitsprozesses darin, dieses noch unklare und im Entstehen befindliche Zeitalter der Globalisierung im historischen Horizont der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im Blick zu behalten. Diese Schwierigkeit sollte mit Hilfe von Becks Theorie der zweiten Moderne bewerkstelligt werden. Dies erschien möglich, da die zweite Moderne zumindest in mitteleuropäischen Regionen als der zentrale Bezugspunkt gesehen werden kann, von dem aus sich Bereiche der Globalisierung erschließen lassen können.[1301]

In dieser Arbeit war oft von „den evangelischen Kirchen“, „der EKD“, „den christlichen

---

1300 Meueler [2]1998, S. 58.

Kirchen“ die Rede. Der Verfasser hat sich bemüht, die kontextualen historischen und gegenwärtigen Besonderheiten der EKKW fokussiert zu betrachten. Die bildungstheoretischen Bezüge der EKD und die Beispiele aus anderen Landeskirchen sollten den Untersuchungen zur EKKW zuarbeiten.

Bei den nachfolgend vorgestellten Ansätzen einer stärkeren Profilbildung über die politische Bildungsarbeit darf die Gefahr, dass kirchliche Arbeit als solche nicht mehr wahrgenommen wird, nicht unterschätzt werden. Bei der Vorstellung der forumgeprägten Akademieangebote sollte dies Problem deutlich werden. Greive geht auf diesen Sachverhalt im Kontext der Profilbildung kirchlicher Angebote als Nichtregierungsorganisationsarbeit ein: „Indem ein ökumenischer, grenzüberschreitender Raum geschaffen wird, der den Menschen und der Gesellschaft vermittelt, dass die christliche Gemeinde die Identifizierung mit dem nur Lokalen, Partikularen übersteigt, wird sie als Kirche, als Zeugin der universalen göttlichen Handelns und Zeichen des Reiches Gottes erkennbar und nicht nur als ‚Landeskirche' oder Nicht-Regierungsorganisation. Sie ist deutlich in vielen Dimensionen: In der überzeugenden Wortverkündigung (...) in der Seelsorge, die keinen Menschen und keine Gruppe ausklammert, in der Arbeit von Synoden, die den Glauben öffentlich machen, von Akademien, die sich den Weltproblemen stellen, in Strukturen, die auch auf den Gehalt des Evangeliums hinweisen und ihn nicht verdecken, in vielen Aktionen, die die engen Grenzen in Kirche und Gesellschaft überschreiten (...) Ohne diese Erkennbarkeit wird die religiöse Grundierung der christlichen Gemeinschaft und ihres Engagements unsichtbar und verliert die Kirche als System ihre Logik, damit ihre Kraft zu überleben (...) Das Lokale vermittelt das Globale, indem es Grenzen transzendiert, mit den Grenzen sich auseinandersetzt.“[1302]

1301 Vgl. die Rezension von Andreas Zielcke über einen Vortrag von Ulrich Bielefeld, in SZ vom 09.01.2008, S. 13. Vgl. Beck 2007, S. 9 ff.

1302 Greive, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 61 f.

10.1 Evangelisches Bildungsprofil als Chance

Ob die Forderung von Bischof Hein nach stärkerer Profilbildung der landeskirchlichen Akademie[1303] auf die gesamte Bildungsarbeit der EKKW übertragbar ist, ist aufgrund der pluralen Struktur der landeskirchlichen Angebote fraglich. Es ist aber davon auszugehen, dass Hein insgesamt eine stärkere Profilbildung anstrebt, da er auch bei Verlautbarungen zu anderen Schwerpunkten wie der Jugendarbeit häufig auf den Aspekt der Profilbildung eingeht.

Exemplarisch sei eine Stelle aus dem Bericht des Bischofs zur Herbstsynode 2007 zitiert: „Im Blick auf die Qualifikation der hauptamtlichen Mitarbeiter - ich sagte es bereits - muss künftig stärker als bisher darauf geachtet werden, dass sie neben der notwendigen staatlichen Qualifikation für ihren Arbeitsbereich auch über eine religionspädagogische oder theologische Qualifikation verfügen. Das wird zu einer stärkeren Erkennbarkeit der evangelischen Jugendarbeit beitragen (...)“[1304]

Im weiteren Verlauf des Berichts konkretisiert Hein die Notwendigkeit der Profilbildung. Evangelisches Profil und Lebensweltorientierung seien die Pole, zwischen denen eine lebendige Jugend in einer lebendigen Kirche eine Heimat finden könne. Wenn diese Grundorientierung klar sei, dann sei eine große Bandbreite von Methoden und Kooperationen denkbar, die Jugendliche zu selbst verantwortetem Handeln, zu reflektiertem Glauben und damit zur protestantischen Weltgestaltung ermutige und befähige. Wer sich als Jugendlicher in der evangelischen Jugendarbeit engagiere, werde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener kirchlich oder außerkirchlich ehrenamtlich engagieren. Wenn sich Ehrenamtliche mit erkennbar protestantischem Profil an anderen Stellen für die Gesellschaft einsetzen würden, sei dies ebenfalls ein Erfolg kirchlicher Jugendarbeit.[1305]

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Führung der EKKW in einer stärkeren Profilbildung einen Weg für die zukünftige Arbeit sieht. Bischöfliche Verlautbarungen sind dafür ebenso ein Indiz wie entsprechende Akzentuierungen bei Bildungsangeboten.

1303 Vgl. das Kapitel zur Zusammenfassung der Auswertung der politischen Bildungsarbeit der Akademie.

1304 Hein, zitiert aus: Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Lebendige Jugend. Bericht des Bischofs zur Herbsttagung der Landessynode 2007, Kassel 2007, S. 23.

1305 Vgl. ebd.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahrzehnten scheint eine konfessionelle Begründung der geleisteten Bildungsarbeit konstitutiv zu werden.

10.2 Politische Gestaltung als Chance

Es sollte deutlich werden, dass in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ein weit gefasstes Begriffsverständnis von politischer Bildung dominiert. Mit Hilfe der Protokollauswertungen der Akademietagungen sollte dies transparent geworden sein. Es bleibt die Frage offen, ob die geleistete politische Bildungsarbeit der Akademie sowie die in der Landeskirche geleistete politische Bildungsarbeit zielgerichtet erfolgt. Bei der Materialsichtung und -auswertung entstand der Eindruck, dass zwar auf unterschiedlichen Ebenen politische Bildungsarbeit stattfindet, diese allerdings nicht koordiniert wird. Bestätigt wurde dieser Eindruck bei einem Gespräch mit einem Pfarrer auf der Synode des Kirchenkreises Witzenhausen, der bei der Frage nach der politischen Bildungsarbeit der EKKW überrascht die Frage stellte, ob es denn eine solche in „unserer Landeskirche“ gebe. Dabei verwies er auf die bischöfliche Prägung der ländlich strukturierten Landeskirche und verglich die EKKW mit der benachbarten präsidial verfassten Evangelischen Kirche Hessen-Nassau.

Es entstand bei der Quellenrecherche der Eindruck, dass bei weiten Teilen der Gemeindepfarrer und im Landeskirchenamt das Bewusstsein um die geleistete politische Bildungsarbeit nicht ausgeprägt ist. Hier wäre etwas mehr Mut zum Politischen angebracht. Beck befand bereits 1986, dass die Zeit für eine stärkere Fokussierung auf das Politische günstig sei. Nach Beck täuscht der Eindruck eines politischen Stillstandes. Bei einem weit gefassten politischen Begriff sei erkennbar, dass sich die Gesellschaft in einem Strudel der Veränderung befinde und bei diesem Veränderungsprozess ein hohes Maß an Politischem seitens der Bevölkerung zu beobachten sei.[1306]

Es könnte der Einwand erhoben werden, dass nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Wiedervereinigung dieser Gesellschaftsumbruch bereits vollzogen sei. Die Aktualität der Globalisierungsthemen ist allerdings ein Indiz für die These einer noch im Entstehen befindenden Umbruchphase. Zudem erneuerte Beck seine Thesen in der Publikation

„Weltrisikogesellschaft“.[1307] Beck verweist auf die Gewerkschaften und Verbände, auf die in den 80er Jahren als in Betracht kommende politische Akteure hingewiesen worden sei.[1308]

Die für den Bereich der Bildung Verantwortlichen der EKKW könnten die Gestaltung einer neuen politischen Kultur durch eine zielgerichtetere politische Bildungsarbeit unterstützen, ohne das unabhängige Profil aufgeben zu müssen.[1309] Schließlich wirkt die Bildungspolitik wie ein „Brennglas“, in dem sich die aktuellen Themen einer Gesellschaft bündeln.[1310] In der landeskirchlichen Akademie wurde mit dem an Jugendliche gerichteten Planspiel „Global! - Egal? Was geht uns die Globalisierung an?“ im Dezember 2006 ein entsprechendes Angebot unterbreitet.[1311]

In dieser Arbeit wurde herausgearbeitet, dass in der Landeskirche mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar und mit den im Landeskirchenamt ansässigen bildungsrelevanten Referaten eine etablierte „Bildungsinfrastruktur“ vorhanden ist. Dieses kirchliche Arbeitsfeld wird in der Öffentlichkeit vermutlich nicht angemessen kommuniziert.[1312] Diese These wird durch die Beobachtung gestützt, dass bei der Aufzählung von Akteuren, die sich an der Gestaltung einer neuen politischen Kultur beteiligen könnten, in der Regel Gewerkschaften, Vereine, Bürgerinitiativen, Unternehmen, Einzelpersonen, Medien und Verbände genannt werden, während die Kirchen in solchen Auflistungen vernachlässigt werden.[1313] Dabei verfügt die EKKW in einer ländlich geprägten Region auf lokaler Ebene über einen flächendeckenden Organisationsgrad, da es vom nordhessischen Zentrum Kassel bis zu den kleinen Dörfern durchgehend Kirchengemeinden und somit „Leute vor Ort“ gibt. Einige Kirchengemeinden sind als Veranstalter von politischen Bildungsangeboten aktiv. Dies ist mit den Stoffgebietsstatistiken der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung beleg-

---

1306 Vgl. Beck 2006, S. 303.

1307 Vgl. ders. 2007.

1308 Vgl. ders. 2006, S. 308.

1309 Vgl. ebd., S. 304 f.

1310 Vgl. Nolte 2006, S. 39.

1311 Kooperationspartner war die „Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung“.

1312 In diesem Kontext kann vom „Handlungspotenzial gesellschaftlicher Subjekte“ gesprochen werden. Vgl. Sack, Detlef: Das Globale im Lokalen. Zwischen städtischem Standortwettbewerb und lokaler Agenda 21, in: Steffens 2007, S. 118 ff.

bar.[1314]

Mögliche Ansätze zur Mitgestaltung einer neuen politischen Kultur mit Hilfe der politischen Bildung sollen in den nächsten Abschnitten vorgestellt werden.

10.3 Epochaler Übergang als Chance

Bei Beck sowie bei den Beiträgen einiger Referenten der Akademie ist das Stichwort „Angst" ein zentraler Bezugspunkt. Bei der Auswertung der Veranstaltung „Schule in Hessen ..." (Protokoll Nr. 295) wurde herausgearbeitet, dass der Referent Becker „Angst" in den Mittelpunkt seines Referats setzt. Es wurde ebenfalls gezeigt, dass die durch den Übergang in die zweite Moderne hervorgerufene Verunsicherung der Bevölkerung mit herkömmlichen Erklärungsmodellen nicht greifbar ist und dass hier ein Begründungsansatz für die politische Bildungsarbeit der Kirchen liegen kann.

Die jüngsten Berichte über ökologische Herausforderungen wie den Klimawandel scheinen Becks Thesen im Wesentlichen zu bestätigen.[1315] Wenige Jahre nach Erscheinen der Risikogesellschaft veröffentlicht Al Gore mit „Earth in the Balance. Ecology and Human Spirit" eine Analyse zum Zustand der Erde, in der er auf die Ausbreitung der Wüsten, die Veränderung des Klimas und die bereits auftretende Wasserknappheit in verschiedenen Regionen der Erde hinweist.[1316]

Beck liefert weitere Argumentationshilfen, um die Arbeit mit dem Thema „Angst" im Rahmen des Akademieangebots zu begründen. Der Typus der Risikogesellschaft, so Beck, markiere eine gesellschaftliche Epoche, in der die Solidarität aus Angst entstehe und zu einer politischen Kraft werde. Noch sei unklar, wie die Bindekraft der Angst wirke, welche Motivationen und Handlungsenergien sie freisetze.[1317]

Beck sieht den neuen gesellschaftlichen Faktor „Angst" im Horizont der Risikogesell-

---

1313 Vgl. ebd., S. 128 ff.

1314 Vgl. die Übersicht „EKKW-Veranstalter des Stoffgebiets ‚Politik – Gesellschaft' (Stoffgebiet 1) 2000 – 2004" im Materialband.

1315 Vgl. Das Parlament 10/2006 (Gentechnik). Vgl. SZ vom 24./25.06.2006, S. 1 (Verwüstung in China). Vgl. Das Parlament 19/2007, S. 3 (austrocknender Aralsee). Vgl. SZ vom 13./14.10.2007, S. 3 (Klima, Gore). Vgl. SZ vom 11.04.2007, S. 1 (Dürre in Australien). Vgl. SZ vom 11.10.2007, S. 40 (Folgen für den Tourismus).

1316 Gore, Al: Earth in the Balance. Ecology and Human Spirit, Boston 1992. Vgl. Gore [10]1992.

schaft, in der die Klassengesellschaft nachwirke. In der Klassengesellschaft sei das Wertesystem durch das positive Ziel der Gleichheit geprägt, während das Wertesystem der Risikogesellschaft von assoziativ negativ besetzten Momenten der anzustrebenden Sicherheit geprägt sei. Es gehe nicht mehr um das Ziel etwas Gutes zu erreichen, sondern um das Ziel, das Schlimmste zu verhindern.[1318]

Kontextuale kirchliche Angebote

Beck fordert die Aufnahme des Themas „Angstbewältigung" in der politischen Bildungsarbeit. In der Risikogesellschaft werde der Umgang mit Unsicherheit biografisch und politisch zu einer zivilisatorischen Schlüsselqualifikation und die Ausbildung der damit angesprochenen Fähigkeiten zu einem Auftrag der pädagogischen Institutionen.[1319]

Diesen Auftrag könnten die kirchlichen Bildungseinrichtungen annehmen. Die Evangelische Akademie Hofgeismar hat in den 80er Jahren mit der Veranstaltungsreihe zur Bio- und Gentechnologie einen entsprechenden Schritt getan. Die Zeit, als die Ökologiebewegung in der Öffentlichkeit einen dominierenden Platz im Meinungsbildungsprozess belegte, ist Vergangenheit, was aber nicht bedeutet, dass auch die ökologischen Herausforderungen der 80er Jahre bewältigt wären.

In „Weltrisikogesellschaft" hat Beck die Aktualität des damaligen Ansatzes für das 21. Jahrhundert herausgearbeitet. Eine Möglichkeit der Profilbildung könnte für die Akademie und für die EKKW in der Berücksichtigung von Becks Theorie bei der strategischen Ausrichtung des politischen Bildungsprogramms liegen.[1320] Die Evangelische Akademie Hofgeismar bietet im Bereich des Diskurses Themen an, bei denen Ängste eine Rolle spielen. Hier können exemplarisch die Tagungen „Gewalt - Gewaltfreiheit - Widerstand", „Mögliche Folgen biotechnischer Forschung", „Wer kontrolliert die Kontrolleure? Das künftige Sicherungssystem kerntechnischer Anlagen" genannt werden.[1321]

1317 Vgl. Beck 2006, S. 66.

1318 Vgl. ebd., S. 65 f.

1319 Vgl. ebd., S. 102.

1320 Vgl. ebd., S. 72 f.

1321 Im Jahr 1981, Nr. 2173; im Jahr 1983, Nr. 2339, Nr. 2350. Weitere Veranstaltungen wären z. B. im Jahr 1983: Nr. 2383, Nr. 2399; im Jahr 1984: Nr. 2423, Nr. 2475, Nr. 2482; im Jahr 1988: 2663; im Jahr 1994: Nr. 3073.

Das Akademieprogramm der vergangenen Jahrzehnte bietet von 1965 bis 2006 allerdings nur sieben Angebote, welche die „Angst“ direkt thematisieren:

1965: „Angst und Mut. Akademietagung für Angehörige des BGS im GSK Mitte“ (Nr. 846),

1980: „Jugend '80 Portrait einer Generation zwischen Angst und Hoffnung“ (Nr. 2063),

1983: „Angst vor dem Frieden“ (Nr. 2338),

1988: „Alt werden in unserer Gesellschaft. Ängste und Erwartungen“ (Nr. 2626),

1990: „Deutschland, Deutschland ... Politische Kulturen im gesamtdeutschen Staat. Traditionen, Ängste, Erwartungen. Politische Diskurse im Wandel IV“ (Nr. 2819),

1991: „Der Fremde. Faszination und Angst“ (Nr. 3074),

2003: „Vereint in Angst. Landwirte und die Osterweiterung der EU. Zielgruppe: Landwirte, Agrarverwaltung, Verbraucherverbände, Europainteressierte“ (November 2003).

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es soll keine Forderung nach einer mit den Ängsten der Bevölkerung spielenden Akademieausrichtung erhoben werden.

Da es aber Hinweise auf einen Epochenwechsel gibt, könnten die mit diesem Umbruch verbundenen Ängste fokussierter thematisiert werden. Gerade für den Bereich der politischen Bildung würden sich im Sinne von Demokratiestabilisierung Aufgabenfelder erschließen, die bisher von der Akademie wie von anderen außerschulischen Bildungsanbietern eher peripher beachtet werden. Zudem sind Fragen nach Ängsten vor gesellschaftlichen Veränderungen Themenfelder, die von extremen Gruppen aufgenommen werden. Ein entsprechendes Angebot von staatstragenden Anbietern erscheint deshalb notwendig.

Dass die Evangelische Akademie Hofgeismar für die These des Epochenwechsels nach Beck aufgeschlossen ist, zeigen kontextuale Veranstaltungsangebote:

1987: „Selbstverständnisse der Moderne. Zur Kritik an Technik und Zivilisation. Wissenschaftliches Kolloquium. Geschlossene Veranstaltung“ (Nr. 2598),

1991: „Die Zukunftsfähigkeit der Industriegesellschaft. Die Nachhaltigkeit - Ein Weg zu einer -ökologischen Wirtschaft?“ (Nr. 2873),

1999: „Familie zwischen Ideal und Wirklichkeit. Wozu brauchen wir die Familie?“ (Januar1999),

2000: „Credo. Wie viel Bekenntnis verträgt die Postmoderne?“ (November 2000).

10.4 Politische Fantasie als Chance

Mit der Wahl der Evangelischen Akademie Hofgeismar als exemplarische landeskirchliche Bildungseinrichtung sollte das vielseitige Potenzial politischer Bildungsarbeit vermittelt werden. Die Landeskirche beweist mit der Akademie die Fähigkeit, verschiedene Adressatengruppen anzusprechen und aktuelle Themen zeitnah im Akademieprogramm aufzunehmen. Ähnliche Tendenzen könnten bei dem Evangelischen Forum Kassel oder der landeskirchlichen Jugendarbeit nachgewiesen werden. Dennoch hat es die Landeskirche versäumt oder darauf verzichtet, diese Kräfte gezielt einzusetzen, um das durch die Risikogesellschaft frei gewordene politische Vakuum zu füllen.

Beck beschreibt dieses Vakuum: „Es ist wahr: die Gefährdungen wachsen, aber sie werden politisch nicht umgemünzt in eine präventive Risikobewältigungspolitik, mehr noch: Es ist unklar, welche Art von Politik und politischen Institutionen dazu überhaupt in der Lage ist. Es entsteht zwar eine der Unfassbarkeit der Risiken entsprechende unfassliche Gemeinsamkeit. Aber sie bleibt mehr Wunschbild als Realität. Zugleich entsteht mit dieser Kluft ein Vakuum an politischer Kompetenz und Institutionalität, ja sogar an Vorstellungen darüber (...)“[1322]

Dahinter verberge sich neben vielen Fragen auch die Frage nach dem politischen Subjekt. Die Gewerkschaften können, so Beck, diese Rolle nicht ausfüllen. Die Errungenschaften der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seien so groß, dass sie auch ihre ehemals zukunftsweisende Rolle untergraben würden. Die Gewerkschaften würden in erster Linie die Besitzstandswahrung im Blick haben. Antworten auf die Gefährdungslagen der Risikogesellschaft würden sie nicht suchen.[1323]

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt die Frage offen, ob die evangelischen Landeskirchen das von Beck angesprochene politische Vakuum ausfüllen könnten. Ein historisch angelegter Vergleich der Entwicklung gewerkschaftlicher politischer Bildungsarbeit mit der kirchlichen wäre ein Ansatz, der zur Klärung dieser Frage beitragen könnte.

Die von Beck gezogene Parallele zum politischen Subjekt der Klassengesellschaft und dem

---

1322 Beck 2006, S. 64.

1323 Vgl. ebd.

der Risikogesellschaft lässt erahnen, dass im Bereich der politischen Bildung für die Landeskirchen noch unerschlossene Felder zu finden sein könnten.[1324]

Landeskirchliche Arbeit als Schlüssel zur politischen Bildungsarbeit

Für die Kirchen scheinen sich entsprechende Chancen zu bieten, da sie in den Bereichen Betroffenheit, Gemeinsamkeitsgefühl und Angst „Experten" sind. Außerdem zeichnet sich kirchliche Arbeit durch den Anspruch einer weitgehenden Neutralität in politischen Fragen aus.

An dieser Stelle kann der von den Landeskirchen angebotenen politischen Bildung eine Schlüsselfunktion zukommen: Nach Beck stellen auch Fragen der „Schuld" künftig Anforderungen an Bildung und Politik, da sich die Gründe für persönliche Lebenskrisen in der modernen Gesellschaft verändert hätten.[1325] In der individualisierten Gesellschaft würden somit nicht nur die Risiken quantitativ zunehmen, sondern neue Formen der Risiken und Schuldzuweisungen hinzukommen.[1326] Zum Thema „Schuld" bietet der Medienkatalog der Evangelische Medienzentrale der EKKW aus dem Jahr 2002 16 Dokumentarfilme, 21 Spielfilme, zwei DVDs, eine Diareihe und zwei Arbeitstransparente an.[1327]

Becks Schlussfolgerung lautet: „Aus diesen Zwängen zur Selbstverarbeitung, Selbstplanung und Selbstherstellung von Biografie dürften über kurz oder lang auch neue Anforderungen an Ausbildung, Betreuung, Therapie und Politik entstehen."[1328]

Da die Kirchen mit religionspädagogischen und ethischen Kompetenzen über ein entsprechendes „Know-how" verfügen und mit den Bildungseinrichtungen wie pädagogisch-theologischen Instituten, Medienzentralen und evangelischen Foren eine „pädagogische Infrastruktur" vorhanden ist, sind die Voraussetzungen für ein zielgerichteteres Engagement in der politischen Bildung gegeben.

1324 Vgl. ebd., S. 65.
1325 Vgl. ebd., S. 218.
1326 Vgl. ebd.
1327 Vgl. Evangelisches Medienzentrum Kurhessen-Waldeck, Medienzentrale 2002, S. 691 f.
1328 Beck 2006, S. 218.

10.5 Risiken als Chancen der Demokratie wahrnehmen

Nach Beck tragen die Zivilisationsrisiken zu einer Veränderung des Politischen bei. Risiken würden zum Motor der Selbstpolitisierung der industriegesellschaftlichen Moderne werden. Mit ihnen würden sich Begriff, Ort und Medien von Politik verändern.[1329]

Becks Thesen können wie apokalyptische Mahnungen erscheinen. Beck würde bei einer solchen Interpretation allerdings falsch verstanden werden.[1330] In den jüngeren Publikationen hebt Beck die mit den Risiken verbundenen Chancen für eine Demokratisierung hervor. Kein Kernkraftwerk könne gebaut werden, ohne dass Anwohner dagegen protestieren würden und kein Ölfeld könne erschlossen werden, ohne dass NGOs dies kritisch überprüfen würden. Dies sei mit einer unfreiwilligen Demokratisierung gleichzusetzen, ausgelöst durch globale Risiken.[1331]

Kosmopolitische Realpolitik nach Beck

Beck spannt bei seinen Schlussfolgerungen den Bogen zur Globalisierung: „Der kosmopolitische Realismus besagt: Internationale Organisationen dienen weder (im alten Sinn) nationalen noch primär internationalen Interessen, sondern sie verändern, maximieren und erweitern nationale zu transnationalen Interessen und eröffnen neue transnationale Macht- und Gestaltungsräume für ganz unterschiedliche weltpolitische Akteure, aber eben auch für Staaten.“[1332]

Bereits 1986 analysiert Beck, dass es einen Zusammenhang zwischen den Gefährdungslagen der Industriegesellschaft und den sich andeutenden postnationalen Konstellationen gibt. Die Risikogesellschaft produziere neue Interessengegensätze und eine neuartige Gefährdungsgemeinsamkeit, deren politische Tragfähigkeit noch offen sei.[1333]

Die Risikogesellschaft entfalte im Gegensatz zur Klassengesellschaft eine Tendenz zur objektiven Vereinheitlichung der Betroffenheiten in globalen Gefährdungslagen. Im Grenzfall seien Freund und Feind, Stadt und Land, Schwarz und Weiß, Süd und Nord dem

1329 Vgl. ebd, S. 300.
1330 Vgl. ders. 2007, S. 384 ff.
1331 Vgl. ebd., S. 117.
1332 Ebd., S. 369.
1333 Vgl. ders. 2006, S. 62.

gleichmachenden Druck der sich potenzierenden Zivilisationsrisiken ausgesetzt.[1334]

Beck führt 2007 in „Weltrisikogesellschaft“ fünf Punkte einer kosmopolitischen Realpolitik an, die für eine Gestaltung der Risikogesellschaft relevant werden könnten. Drei dieser Punkte können für die politische Bildungsarbeit der EKKW Ansatzpunkte eines Begründungszusammenhangs bildungspolitischen Handelns sein:

- Keine Nation könne ihre Probleme allein lösen.
- Weltprobleme würden transnationale Gemeinsamkeiten schaffen. Nur wer die nationale Politik kosmopolitisch begreife, könne überleben.
- Internationale Organisationen würden nationale Interessen bündeln. Sie seien mehr als die Fortsetzung der nationalen Politik mit anderen Mitteln.[1335]

Für die Kirchen bieten sich hier Anknüpfungspunkte, da sie als Sachgrößen bezüglich innerorganisatorischer weltweiter Zusammenarbeit gelten. Zudem können sie zwischen Staaten vermitteln, Kontakte zu anderen Organisationen wie der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft knüpfen und durch Aktivitäten im Bildungsbereich zur Entwicklung eines entsprechenden internationalen Bewusstseins beitragen.

Die landeskirchliche Struktur kann dabei vom Vorteil sein, da durch diese Organisationsform eine unbürokratische Kontaktaufnahme von lokalen Gruppen vor Ort mit denen anderer Länder eher realisierbar erscheint als bei zentral organisierten Institutionen.

10.6 Ländliche Region und Strukturwandel als Chance

Für die EKKW könnte in der stärkeren Berücksichtigung des ländlichen Bereieches eine Möglichkeit der Profilbildung bestehen. Dies wird auch von Pfarrer Johannes Altmann in einem Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung direkt gefordert:

„Die EKKW ist eine ländlich strukturierte Kirche (...) Doch Foren gibt es nur in den Städten (...) Doch in Kassel und Hanau stehen andere Themen an als in Rückersfeld, Heimboldshausen oder Twiste. In einigen Vorstandssitzungen wurde das Thema Forum auf dem Lande angesprochen, zwar noch am Rande, aber dennoch mit Gewicht. Es täte sicherlich einer ländlich strukturierten Landeskirche gut, auch ein Forum auf dem Lande zu installieren, einem Forum, das sich mit den bedrückenden Fragen der ‚Landszene' beschäftigt:

1334 Vgl. ebd., S. 62 f.

1335 Vgl. ders 2007, S. 368 f.

Abwanderung junger Leute, Verödung ganzer Landstriche, Perspektivlosigkeit junger Leute (...) Aber auch, die tollen Ressourcen zu nutzen, die die ländliche Region bietet: Kompetente Experten, wohl ausgebildete Künstler, Jugendlichen die wahr- und ernst genommen werden wollen (...)“[1336]

Familie & Betrieb

Die 1994 gegründete landwirtschaftliche Familienberatung der EKKW „Familie und Betrieb“ verfügt bereits über eine mehrjährige Erfahrung, die auch den Bildungsbereich einschließt.

Die Festschrift zum zehnjährigen Bestehen der Beratungseinrichtung beginnt im Vorwort mit einem Abschnitt, der den politischen und bildungspolitischen Aspekt hervorhebt: „Die Arbeit der Ländlichen Familienberatung ist politisch, seelsorgerlich und innovativ - Getragen von diesen Leitlinien wurde mit großer innerer Beteiligung im erweiterten Kreis gefeiert: Seelsorge Beratung - Bildung, zehn Jahre Familie&Betrieb - Ländliche Familienberatung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.“[1337]

Dabei erhebt Elke Dührsen, die Vorsitzende des Beirats, den Anspruch, mit der Publikation mehr als eine Festschrift vorzulegen. Das Heft sei eine Dokumentation des gesellschaftlichen Diskurses.[1338] Die Familienberatung sei durch die Schulung von Multiplikatoren in der ehrenamtlichen Beratungsarbeit, durch die Lehrtätigkeit an Fachhochschulen und durch die Schulung von Pfarrern im Bildungsbereich tätig.[1339]

Vorbilder der Beratungseinrichtung Familie&Betrieb sind die 1984 gegründete US-amerikanische Interessenvertretung „Prairiefire“ und die Dachorganisation „Farm Unity Coalition“.[1340] Politische Aktivitäten wie die Organisation von Großdemonstrationen zählen ebenfalls zum Tätigkeitsfeld von Prairiefire wie die Beratung von Landwirten und die

---

1336 Altmann, Johannes, Vorsitzender der AG EB im Jahr 2005, zitiert aus: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2006, S. 3 f.

1337 Elke Dührsen, Vorsitzende des Beirates der Beratungseinrichtung, in: Beirat Familie & Betrieb 2006, S. 3.

1338 Vgl. ebd.

1339 Vgl. ebd.

1340 Vgl. Koch, Helmut: Landwirtschaftliche Familienberatung in Deutschland - Wie alles begann, in: Beirat Familie&Betrieb 2006, S. 6 ff.

Unterstützung von Landwirten bei Verhandlungen mit Banken.[1341]

Durch Studienreisen informierten sich Vertreter der EKKW in den USA über die Arbeit der Interessenvertretungsorganisationen.[1342] Bereits 1988 wird bei einer dieser Studienreisen die politische Dimension der landwirtschaftlichen Familienberatung deutlich:

„Eine Gruppe aus Landwirten, kirchlichen Mitarbeitern, Vertretern der Gesamthochschule Kassel und der Agrarverwaltung reiste in der für Landwirte etwas ruhigeren Zeit vor der Ernte (...) In Washington trafen wir u. a. mit dem Agrarreferenten des Führers der Demokraten im US-Senat Richard Gephardt und mit Jeremy Rifkin (heute einer der weltweit einflussreichsten Politikberater), zusammen und sprachen über Agrarpolitik, Handelskonflikte zwischen EG (heute EU) und USA und über Gentechnik in der Landwirtschaft.“[1343]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die EKKW mit der landwirtschaftlichen Familienberatung bereits eine Säule politischer Bildungsarbeit geschaffen hat, bei der die Bereiche Bildung, Beratung und Nachfrage vorhanden sind. Diese lokal ausgerichtete Einrichtung knüpft Kontakte zu Interessenvertretungsorganisationen anderer Staaten. Die Ausgangsbedingungen für einen Ausbau dieser Beratungseinrichtung können als günstig bewertet werden.[1344]

Strukturwandel

Bei der Auswertung des Protokolls „Zwischen LPG und Nebenerwerb“ wurden Parallelen zwischen dem Agrarstrukturwandel der ehemaligen DDR und dem Agrarstrukturwandel in Nordhessen herausgearbeitet.[1345]

Die Leitung der EKKW hat die mit dem Strukturwandel verbundenen Probleme der Land-

---

1341 Vgl. ebd., S. 7.

1342 Vgl. ebd., S. 6 ff.

1343 Ebd., S. 9, die Inkludierungen sind Bestandteil des Zitats. Für die weitere Entwicklungsgeschichte von Familie und Betrieb siehe: Dührsen, Elke/Dellit, Gottlieb/Schultze, Elisabeth/Schneider, Hartmut: Familie&Betrieb - Ländliche Familienberatung, in: Beirat Familie & Betrieb 2006, S. 18 ff. Vgl. „blick in die kirche“ 3/1996, S. 14 f.

1344 Vgl. Koch 1996, S. 11. Vgl. Bericht des Bischofs zur zweiten Tagung der Landessynode der EKKW vom 21. - 24.11.2004, S. 8 f.

1345 Vgl. das Zitat von Senff im Kapitel zum Protokoll „Zwischen LPG und Nebenerwerb (Protokoll Nr. 289)“.

flucht und der demografischen Entwicklung erkannt.[1346] 2001 wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung die Arbeitsgruppe „Plus-Minus-Fünfzig - Älter werden und Leben gestalten“ initiiert. Die damit verbundene Intention besteht darin, „Impulse für Bildungsangebote kurz vor und nach der Erwerbsarbeit, bis hin zur Hochaltrigkeit und den damit verbundenen Anforderungen zu geben.“[1347]

Den mit dem Strukturwandel verbundenen Problemen der Landwirtschaft im Kontext der Dorfentwicklung maß Hein beim Bischofsbericht zur 11. Landessynode im November 2004 breiten Raum zu, wie nachstehender Auszug verdeutlichen soll: „Die Situation der traditionellen Landwirtschaft ist spätestens seit dem Beginn des letzten Jahrhunderts erheblichen Veränderungen unterworfen. Diese haben ihr Gesicht nachhaltig verändert und wirken sich auch auf die kirchliche Arbeit aus. Sie drohen die bisherige Verwurzelung unserer Kirche im ländlichen Raum allmählich zu lösen.“[1348]

Bei der deskriptiven Auswertung wurde am Beispiel der Agrartagungen gezeigt, dass sich die Akademie auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen einstellen und die Adressatenorientierung entsprechend anpassen kann. Nachdem der Bereich der Agrarangebote durch den Themenbereich „Dorfentwicklung“ ergänzt wurde, müssten die Akademieverantwortlichen nunmehr überprüfen ob es im Bereich der Senioren eine Nachfrage nach Bildungsangeboten gibt.

10.7 Entwicklungspolitisches Profil als Chance

An mehreren Stellen wurde auf die entwicklungspolitische Kompetenz der Kirchen eingegangen. Umso fragwürdiger mutet der bei der Auswertung des Akademieprogramms konstatierte Rückzug aus diesem Feld der politischen Bildung an. Es kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, ob diese Beobachtung für die Gesamtheit der EKKW repräsentativ ist. Hierzu müsste das Aufgabenfeld der Ökumenischen Werkstatt der EKKW sowie deren fi-

---

1346 Vgl. FR vom 23.11.2004, S. 30. Vgl. FR vom 24.11.2004, S. 32. Die Evangelische Akademie Hofgeismar bot am 23.06.2006 in Kooperation mit „Region Kassel-Land e.V.“ die Tagung „Demographischer Wandel und Regionentwicklung. Szenarien und Perspektiven“ an.

1347 Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2002, S. 4. Vgl. ders.: Jahresbericht 2002, Kassel 2003, S. 6 ff.

1348 Vgl. Bericht des Bischofs auf der 11. Landessynode der EKKW vom 21. - 24.11.2004, S. 6.

nanzielle, personelle und räumliche Ausstattung der letzten Jahrzehnte untersucht werden. Weiter müsste untersucht werden, ob die internationalen Partnerschaften zwischen den Kirchengemeinden an Intensität gewonnen oder verloren haben.

Der Bereich der entwicklungspolitischen Pädagogik könnte ein weiteres Feld sein, bei dem die EKKW bildungspolitisches Profil schärfen kann. Dafür müssten keine neuen Strukturen aufgebaut, sondern die vorhandenen ausgebaut werden. Hier bieten sich Chancen, die Landeskirche in einem Arbeitsfeld als Nichtregierungsorganisation zu etablieren. Dass dies nicht unrealistisch ist, zeigt folgendes Beispiel: In der Dokumentation zu einer Konsultation der DEAE aus dem Jahr 2004 zum globalen Lernen ist ein Auszug des Projektantrags veröffentlicht, der bei der DEAE im Vorfeld eingereicht wurde. Darin heißt es:

„Mit der Konsultation soll gegenüber den Verbänden und Organisationen der Erwachsenen- und Weiterbildung und innerhalb der bildungspolitischen Fachöffentlichkeit signalisiert werden, dass sich die Evangelische Kirche (...) in einer strategisch ausgerichteten Perspektive mit konzeptionellen Fragen des Globalen Lernens und der Globalisierung als erwachsenenpädagogischer Herausforderung auseinander setzt und praktisch tätig ist.“[1349]

Als Adressaten wurden explizit Vertreter von NGOs angesprochen.[1350] In derselben Dokumentation ist ein Beitrag eines Mitarbeiters des PTI-Hamburg, Karl-Albert Kako, abgedruckt. Kako setzt Globalisierung mit Neoliberalismus gleich, welcher eine „globale Umverteilung von unten nach oben“[1351] zur Folge habe. Aufschlussreich ist Kakos Begründung der kirchlichen Bildungsarbeit für das Themenfeld Globales Lernen. Die kirchliche Bildungsarbeit stehe in der alttestamentlichen und in der kirchengeschichtlichen Tradition und sei infolge von Befreiungstheologie und -pädagogik eine Sprachschule für die Freiheit. Globales Lernen finde in einem Kontext statt, der die Zusammenhänge in unserem eigenen Erfahrungskontext als Folge der Globalisierung sehe.[1352]

1349 Zitiert aus: Ruf/Seiverth o.J., S. 8 f.

1350 Vgl. ebd., S. 10.

1351 Kako, Karl-Albert: Globales Lernen?, in: Ruf/Seiverth o.J., S. 31.

1352 Vgl. ebd., S. 32. Befreiungstheologie ist der Begriff für sozialkirchliche Bewegungen in Lateinamerika. Vgl. Küster, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 43.

10.8 Klärung der Leitfragen

Abschließend soll dargelegt werden, inwieweit zu den Leitfragen der Arbeit Antworten gefunden werden konnten.

Tradition evangelischer Bildungsarbeit

Die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ist in der Tradition evangelischer Bildungsarbeit der vorangegangenen Jahrhunderte zu sehen. Vor dem Hintergrund der Globalisierung sind Anzeichen eines neuen Selbstverständnisses als Bildungsanbieter auf einem neuen Markt zu erkennen. Dieses Selbstverständnis wird jedoch nicht zielgerichtet entwickelt.

Es gibt Bildungsangebote die im Horizont der Globalisierung angeboten werden. Diese stehen primär im Kontext entwicklungspolitischer Arbeit. Eine entsprechende Schwerpunktsetzung ist weder bei den Akademieangeboten noch bei den übrigen landeskirchlichen Angeboten zu konstatieren. Theoretische Begründungsansätze für eine politische Bildung im Kontext der Globalisierung werden auf Ebene der EKD gegeben, können jedoch nicht als Schwerpunkte einer Bildungskonzeption angesehen werden.

Andere evangelische Akademien wie die Evangelische Akademie Loccum bieten ebenfalls Veranstaltungen zur Globalisierung im Begründungshorizont des Protestantismus an.[1353]

Intention und Perspektive

Die politische Bildungsarbeit wird stärker als in den Jahrzehnten zuvor mit protestantischen Argumentationsmustern begründet. Spätestens seit den 90er Jahren werden Stimmen lauter, die eine stärkere Profilbildung der landeskirchlichen politischen Bildungsarbeit anstreben. Hier ist an erster Stelle Bischof Hein zu nennen, der mit der Aussage, dass die Zeit der Beliebigkeit vorbei zu sein scheine, eine klare Position bezog. Die Bildungsarbeit soll als evangelisch erkennbar sein und zugleich den Staat bei der schulischen wie außerschulischen Bildungsarbeit unterstützen.

1353 Die Evangelische Akademie Loccum bot vom 21. - 22.06.2008 die Tagung „Vernünftiger Glaube zwischen Fundamentalismus und Säkularismus. Protestanten in der globalisierten Welt“ an. Die Veranstaltung wurde von der BzpB gefördert. Medienpartner war der Norddeutsche Rundfunk.

Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck benennt Bildung als eine Kernaufgabe für die Zukunft, während andere Aufgabenfelder an Bedeutung verlieren. Vor dieser Richtungsentscheidung kann von neuen Bildungspartnerschaften zwischen dem Land Hessen und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck ausgegangen werden.
Ob missionarische Bestrebungen die primäre Motivation zur politischen Bildungsarbeit sind, kann nicht beantwortet werden. Aufgrund der Untersuchungsergebnisse kann vermutet werden, dass missionarische Bestrebungen eine Rolle spielen werden. Diese sind für kirchliche Bildungsanbieter naheliegend. Eine Konzentration auf die Mission ist aber nicht zu erkennen und wäre mit den Förderkriterien des Landes Hessen nicht vereinbar.

Schwerpunkte
Eine Schwerpunktsetzung ist nicht erkennbar.

Kirchliche Arbeit als NGO-Arbeit?
So wie die EKKW nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Vergangenheitsbewältigung und der gesellschaftspolitischen Positionierung in der jungen BRD Grundentscheidungen treffen musste, steht sie im 21. Jahrhundert vor der Herausforderung, mit Grundentscheidungen auf die Globalisierung zu reagieren.[1354]
Die Kirchen beherrschen aufgrund ihrer historischen Entwicklungen die Form der politisch-globalen-Institutionsführung und der Krisenbewältigung. Diese Fähigkeiten können sie im Globalisierungsprozess nutzen, indem sie ihre Institutionen als zivilgesellschaftliche Organisationen profilieren. Das würde bedeuten, dass gesellschaftspolitische Aktionsfelder wie die Partnerschaften mit Kirchengemeinden in ärmeren Staaten ausgebaut werden müssten. Hierzu können Angebote der politischen Bildung einen entscheidenden Beitrag leisten.
Zwischen den infolge des Blickwechsels ´68 entstandenen „Neuen sozialen Bewegungen“ und Kirchengemeinden, Parteien und Gewerkschaften entstanden Kooperationen unter-

1354 Vgl. Recht auf Bildung für alle. Zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik. Erklärung der DEAE zum 30. Jahrestag ihrer Gründung 1991. Abgedruckt in: Seiverth 2002, S. 195 ff.

schiedlicher Ausprägung.[1355] Die Hochphase der Neuen sozialen Bewegungen gilt als überbrückt. Dennoch kann in der Kontaktpflege zwischen den gesellschaftlich engagierten Personenkreisen und den Kirchengemeinden ein Ansatzpunkt für die Pflege bestehender und den Ausbau künftiger zivilgesellschaftlicher Arbeit liegen. Dies kann allerdings primär eine Perspektive für die städtischen Kirchengemeinden sein, wo eher die Angehörigen solcher Milieus verankert sind. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck gilt als bischöfliche Landeskirche im Vergleich zu präsidial verfassten Landeskirchen eher als unpolitisch, weshalb eine gezielte Profilbildung kirchlicher Arbeit innerhalb der EKKW als NGO-Arbeit eher unwahrscheinlich wirkt.

Politische Dimensionen des Protestantismus können bei Großveranstaltungen wie dem Kirchentag in Köln deutlich werden. Der Kirchentag fand zeitgleich mit dem in Heiligendamm stattfindenden und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten G-8-Gipfel statt. In Köln nahmen an einigen Kirchentagsangeboten bis zu 5 000 Menschen teil. Insgesamt wird die Zahl der Besucher auf 104 000 geschätzt.[1356] Bereits im Vorfeld wurde dieser Kirchentag als politisch eingestuft: „Eindeutig wird der Kirchentag in seinen Forderungen an den G-8-Gipfel sein: Die reichen Länder sollen mehr als bisher gegen Erderwärmung, Umweltzerstörung, Armut und Krieg unternehmen (...) Auch die Podien mit der direkt aus Heiligendamm kommenden Angela Merkel, mit Bundespräsident Horst Köhler und dem Friedensnobelpreisträger Muhamma Yunus aus Bangladesch haben nichts weniger als die gerechte Welt zum Thema. Die Globalisierungsdebatte wird auch das Treffen in Köln bewegen - es dürfte ein politisch akzentuierter Kirchentag werden (...)“[1357]

Sollte es bei den Verantwortlichen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck Bestrebungen geben, die Landeskirche verstärkt im zivilgesellschaftlichen Bereich zu profilieren, wäre eine politisch akzentuierte Außendarstellung notwendig. Diese würde vermutlich die von Bischof Hein betonte innere Harmonie beeinträchtigen.[1358] Die von der EKKW

1355 Zu den Neuen sozialen Bewegungen zählen Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Gruppen. Vgl. Bullmann 1995, S. 80 ff.

1356 Vgl. Das Parlament 24/2007, S. 15.

1357 Drobinski, Matthias, zitiert aus: SZ vom 06./07.06.2007, S. 8.

1358 Vgl. den entsprechenden Hinweis der EKKW unter: www.ekkw.de/unsere_kirche/portrait (Stand: 05.04.2008).

geleistete politische Bildungsarbeit oder gar die Gesamtheit der gesellschaftspolitischen Arbeit dieser Landeskirche als NGO-Tätigkeit zu benennen wäre überzogen. Es gibt punktuelle Betätigungsfelder, bei denen die EKKW NGO-Arbeit leistet. Der Blick auf die Landeskirche als einen von der kirchlichen Tradition geprägten gesellschaftspolitischen Akteur bleibt vor den Hintergründen der Ergebnisse dieser Arbeit auch in Zeiten der Globalisierung die den Erkenntnisgewinn begünstigende Perspektive.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	außer Dienst
a. d.	an der (geografische Abkürzung)
AFK	Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung
AfKD	Amt für Kirchliche Dienste
AfL	Amt für Lehrerfortbildung
AG	Arbeitsgemeinschaft
AG EB	Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der EKKW
AGGL	Arbeitsgemeinschaft Globales Lernen Hessen
AI	Amnesty International
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten
BGS	Bundesgrenzschutz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BzpB	Bundeszentrale für politische Bildung
CDU	Christlich Demokratische Union
CGW	Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung e. V.
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DITIB	Türkisch-Islamische Anstalt für Religion e.V.
DPG	Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVU	Deutsche Volksunion
EAD	Evangelische Akademien in Deutschland
EEB	Evangelische Erwachsenenbildung
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EG	Europäische Gemeinschaft
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKHN	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
EKKW	Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
epd	Evangelischer Pressedienst
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
FN	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
GATS	General Agreement on Trade in Servises
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GhK	Gesamthochschule Kassel
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
HELP	Hessisches Landesinstitut für Pädagogik
HJ	Hitlerjugend
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung

HWBG	Hessisches Weiterbildungsgesetz
IG	Industriegewerkschaft
INISA	Initiative Südliches Afrika
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Weltklimarat)
i. R.	im Ruhestand
kirchl.	kirchliche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
Mk	Markusevangelium
Mt	Matthäusevangelium
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PISA	Programme for International Student Assessment
SA	Sturmabteilung (im Nationalsozialismus)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	Süddeutsche Zeitung
vbw	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
VDW	Vereinigung Deutscher Wissenschaftler
WASG	Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit
WHO	World Health Organisation
WTO	World Trade Organisation
WWF	Worldwide Fund for Nature

Begriffserklärungen

Adressaten:	Der Begriff dient zur Benennung der Klientel in der Erwachsenenbildung: „Personengruppen avancieren immer dann zu Adressaten der Erwachsenenbildung, wenn ihnen von Instanzen sozialer Kontrolle ein eindeutiges Bildungsdefizit zugeschrieben wird (fehlender Hauptschulabschluss), sie von staatlicher Seite zu ‚Betroffenen' sozialer Probleme erklärt werden (Arbeitslose) oder von sich aus eingrenzbare Lerninteressen formulieren und auf diese Weise eine Bildungsnachfrage konstituieren.“[1359]
„blick in die kirche“:	von der EKKW herausgegebene Zeitschrift für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der Landeskirche.
citoyen:	In den romanischen Sprachen wird bei der Bezeichnung des Bürgers begrifflich zwischen dem politisch nach Partizipation strebendem „citoyen“ und dem ökonomisch denkende Besitzbürger „bourgeois“ unterschieden.[1360] Nach der Vorstellung der demokratischen Freiheit hat jeder „citoyen“ das Recht, am Zustandekommen der Gesetze und der Einsetzung und Kontrolle der Regierung durch geeignete Mittel zu partizipieren. Nur der Unvernünftige, der seinen privaten Vorteil anstrebe, fühle sich durch die objektiv vernünftigen Gesetze eingeschränkt.[1361]
Diskurs:	inhaltlich-thematisch bestimmte institutionalisierte Form der Textproduktion, allgemein- oder teilöffentliche Texte werden als Konkretisierungen kollektiv produzierter Konstruktionen von Wirklichkeit betrachtet.[1362]
Gemeindeglieder:	kirchlicher Ausdruck für Gemeindemitglieder.
Globalisierung:	umfassender Prozess gesellschaftlicher Veränderungen und Entgrenzung, der alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche durchdringt.[1363]
Indigene Völker:	Eingeborenenvölker.

1359 Weißeno 1999, S. 1.
1360 Vgl. Nohlen 1995, S. 71.
1361 Vgl. ebd., S. 171.
1362 Vgl. Nolda 1998, S. 207.
1363 Vgl. Steffens 2007, S. 7.

Individualisierung	Individualisierung steht für die Herauslösung aus traditionalen Lebenszusammenhängen und für die soziale Abgrenzung des Einzelnen von anderen.[1364] Becks Definition lautet: „In der fortgeschrittenen Moderne vollziehtsich Individualisierung unter den Rahmenbedingungen eines Vergesellschaftungsprozesses, der individuelle Verselbstständigungen gerade in zunehmendem Maße unmöglich macht: Der Einzelne wird zwar aus traditionalen Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst, tauscht dafür aber die Zwänge des Arbeitsmarktes und der Konsumexistenz und der in ihnen enthaltenen Standardisierungen und Kontrollen ein.“[1365] Die Betonung der sozialen Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen wurde seit dem späten 19. Jahrhundert zu einem gesellschaftlichen Moment. Noch in der Ständegesellschaft wurden den Lebensweg prägende Entscheidungen nicht von den Individuen getroffen: „In der Ständegesellschaft standen dem einzelnen (...) nur ganz beschränkte Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf (...) Bildung, Berufswahl, (...) Partnerwahl etc. zur Verfügung. (...) Dies bedeutete eine Einschränkung der eigenen Wahlfreiheit, verteilte aber auch die Qual der Wahl auf mehrere Schultern und minderte das Risiko, für Fehlentscheidungen alleine geradestehen zu müssen (...) Heute besteht z. B. in der Berufsausbildung - oberflächlich betrachtet – Chancengleichheit (...) Für die Konsequenzen aus eigenen beruflichen und anderen Entscheidungen muss jeder selbst aufkommen (...) Scheitern, Schicksalsschläge, Unsicherheiten, Ängste, Lebenskrisen und schwere Erkrankungen, all dies erfordert soziale und emotionale Unterstützung von nahe stehenden Menschen, von Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freunden.“[1366]
Kongenialität:	geistige Ebenbürtigkeit.

1364 Vgl. Beck 2006, S. 206 ff. Vgl. Weißeno 1999, S. 105 ff.

1365 Beck 2006, S. 211. Vgl. Nolte 2006, S. 172 f.

1366 Meueler ^{2}1998, S. 57.

NGO:

Im 19. Jahrhundert formierten sich die ersten international tätigen NGOs wie das Rote Kreuz und die Evangelische Weltgesellschaft. Kirchliche Gruppen des Mittelalters werden als „Vorläufer des modernen NGO-Typus“[1367] bezeichnet. Im 20. Jahrhundert wird der NGO-Begriff durch die Vereinten Nationen geprägt, in deren Charta es im Artikel 71 heißt: „Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Abmachungen zwecks Konsultationen mit nichtstaatlichen Organisationen treffen, die sich mit Angelegenheiten seiner Zuständigkeit befassen. Solche Abmachungen können mit internationalen Organisationen und, soweit angebracht, nach Konsultationen des betreffenden Mitglieds der Vereinten Nationen auch mit nationalen Organisationen getroffen werden.“[1368]

Nach einer weit gefassten NGO-Definition zählen nicht organisierte Personengruppen ebenso wie Organisationen mit einem professionellen Organisationsgrad (Gewerkschaften, Kirchen) zu NGOs. Merkmale: Nichtstaatlichkeit, Gewaltverzicht und der finanzielle Profitverzicht. Peter Willets hat zu diesem NGO-Verständnis eine prägnante Definition formuliert: ,,any non-profit-making, non violent, organised group of people who are not seeking government office“.[1369] Nach einer Definition der Union of International Associations[1370] müssen NGOs zu den Organisationsmerkmalen Aufbau, Zielsetzung und Mitgliedschaft über klar definierte Kriterien wie das Vorhandensein eines Wahlmechanismus des Exekutivkomitees, nachweisbarer Hauptsitz, feste Mitarbeiter, Unabhängigkeit und Gründung durch eine private Initiative verfügen.[1371]

Für diese Arbeit wird die Definition von Mertens verwendet, nach der NGOs meistens Vorgängerorganisationen aus dem 19. Jahrhundert haben, entscheidende Merkmale die Möglichkeit der UN-Konsultation sind und eine enge Begriffsbestimmung abgelehnt wird.[1372]

1367 Vgl. Mertens 2002, S. 27 ff.

1368 Zitiert aus: ebd., S. 31.

1369 Vgl. Willets Peter (Hrsg.): ,,The Conscience of the World“. The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN System, London 1996, S. 6 f. Vgl. Martens 2002, S. 31, FN 8.

1370 Koordinierungsorganisation für international tätige NGOs.

1371 Vgl. Mertens 2002, S. 33. Vgl. Heins 2002.

1372 Vgl. Mertens 2002, S. 27 ff. Vgl. Oerder 2002, S. 106 ff.

Ökumene:	„Die globale, universale Dimension gehört wesentlich zur Kirche und es ist der Begriff der Ökumene, der genau das festhält. Ökumenische Kirche ist Kirche im weltweiten Horizont, die das Evangelium in seinem grenzüberschreitenden Gehalt ernst nimmt.“[1373]
Perikope:	Bibelstelle.
politische Krise:	Der Begriff der „politischen Krise“ ist ähnlich wie der Begriff des „gravierenden politischen Ereignisses“ nicht allgemein gültig festgelegt. Nach Steinweg ist der Begriff dennoch nicht willkürlich besetzbar. Eine gängige Definitionen lautet: „Das die Krise auslösende Ereignis muss für die Überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von hohem Interesse sein, messbar z. B. an der Geschwindigkeit, mit der das berichtende Presseorgan ausverkauft ist, bzw. an der Höhe der Auflage oder an den Einschaltquoten der entsprechenden Fernsehsendungen. Das Ereignis muss oder kann zumindest so wahrgenommen werden, dass es Grundlagen des herrschenden politischen Systems im eigenen Lande in Frage stellt. Dabei ist durchaus möglich, dass zwar das System, nicht aber die gegenwärtige Regierung erschüttert wird.“[1374]
Postmoderne	Eine im Wesentlichen zwischen 1970 und 1990 entstandene Sozialtheorie, nach der „die gesellschaftlichen Umbrüche der Nachkriegszeit zu einer für die Entwicklung der Individuen möglicherweise förderlichen Befreiung von traditionellen sozialen Normen führen könnten.“[1375] Dementsprechend ist der Begriff der „Freiheit“ für die Postmoderne konstitutiv. Als zweiter zentraler Begriff kann „Risiko“ angesehen werden. Während in der Moderne die Ziele des technisch-ökonomischen Fortschritts kennzeichnend sind, dominieren in der Postmoderne die Folgerisiken des in der Moderne erzielten technologischen Fortschritts.[1376] Deshalb liegt ein wesentliches Motiv für die These des Epochenwechsels von der Moderne zur Postmoderne in den Gefahren, die durch die vom Menschen verursachten Risiken ausgehen sowie in der Neubestimmung gesellschaftlicher Paradigmen wie Familie, Bildung und Arbeit in der nachindustriellen Gesellschaft. Die Kernthesen für einen Beleg

1373 Greive, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 59.

1374 Steinweg, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 9.

1375 Wolfgang Hilligen, in: Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 583.

1376 Bei den Konflikten der Moderne wie Klassenkonflikten und Revolutionen wurden in erster Linie Machtverhältnisse verändert, wobei am Ziel des technisch-ökonomischen Fortschritts festgehalten wurde. Vgl. Beck 2007, S. 86.

:	der beginnenden Postmoderne lauten nach einem Lexikonbeitrag: Die industriegesellschaftliche Moderne mit ihrer Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit gibt keine Antworten auf die Zukunftsfragen der Risikogesellschaft. Eine postmoderne politische Bildung muss sich von Maximen der Moderne lösen bzw. um die Komponenten vorsichtiger Umgang mit Ungewissheit, Ambivalenz und Irrtumswahrscheinlichkeit erweitert werden.[1377] Postmoderne Wissenschaftler wie Michel Foucault begründen ihre Theorien mit Hilfe des Beispiels Kultur: Kunst, Theater, Konzerte würden sich von der sozialen Lebenswelt ablösen und nur noch in Reproduktionen vermittelt werden. Eine zunehmende Orientierungslosigkeit bis zum Verlust der Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, sei die zu beobachtende Folge. Der postmodernen Theorie kann vorgeworfen werden, dass sie apolitisch sei. Eine Aufgabe der politischen Bildung kann in der Überprüfung vermeintlich überkommener Normen liegen.[1378]
Proprium:	Identität.
Risiko-Antagonismus:	entsteht im Übergang von der Selbstgefährdung zur Fremdgefährdung.[1379]
Symbol:	a) umgangssprachliche Verwendung für allgemein gültiges Zeichen; b) theologischer Fachbegriff für ein Zeichen oder einen Gegenstand, der aufgrund persönlicher Erfahrungen zu einem Sinnbild für einen Glaubensinhalt werden kann. Beispiel: Für einen Naturliebhaber kann der Baum zu einem Symbol für die Schöpfung Gottes werden. Es gibt Symbole, die aufgrund der Tradierung zu allgemein gültigen Symbolen der Weltreligionen werden können. Beispiel: weiße Taube für Frieden, Bund zwischen Gott und dem Menschen.[1380]
Synodaler:	Abgeordneter des Kirchenparlaments. Es gibt gewählte und berufene Synodale.

1377 Siehe den Beitrag von Horst Siebert zur Postmoderne in: Weißeno 1999, S. 198 f.

1378 Vgl. Drechsler/Hilligen/Neumann [8]1992, S. 583. Vgl. Welsch, Wolfgang: Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft, Frankfurt 1995, S. 165 ff. Foucault (1926 - 1984) war Philosoph, Psychologe und später Professor für die Geschichte der Denksysteme. Vgl. Meueler [2]1998, S. 42 ff.

1379 Vgl. Beck 2007.

1380 Vgl. Biehl/Nipkow 2003. Vgl. Hertle 1987.

Synode:	Kirchenparlament der Evangelischen Kirchen. Synoden gibt es auf Kreis- und Landesebene der Landeskirchen sowie auf der Ebene der EKD. Das Wort „Synode“ ist dem griechischen Wort synodos entlehnt und bedeutet Zusammenkunft.
Weiterbildung	„Weiterbildung umfasst (...) diejenigen Tätigkeiten von Erwachsenen, deren primäre Intention das Lernen ist. Ziel der Weiterbildung ist dabei, Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung im weitesten Sinne zu leisten. Die Vorbereitung auf Veränderungen in den beruflichen Aufgaben und beruflich beeinflussten Lebenszusammenhängen hat dabei im Rahmen der Weiterbildung ein hohes Gewicht, ist jedoch keineswegs das ausschließliche Ziel. Für Weiterbildung ist dabei typisch, dass sie weder in den Funktionen klar abgrenzbar ist, noch lediglich als ‚organisiertes Lernen' erfolgt, das explizit von besonderen Trägern der Weiterbildung veranstaltet wird.“[1381]

1381 Faulstich u. a. 1991, S. 20.

Quellenverzeichnis

Amtsblätter

Amtsblatt der EKD Nr. 4/1956, Statistische Beilage Nr. 16.
Amtsblatt der EKD Nr. 10/1956, Statistische Beilage Nr. 17.
Amtsblatt der EKD Nr. 9/1957, Statistische Beilage Nr. 18.
Kirchliches Amtsblatt. Gesetz- und Verordnungsblatt der evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel 10/1934 (archiviert im Landeskirchlichen Archiv Kassel).
Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 23.04.1982.
Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 1/2003.
Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 8/2006.
Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 5/2007.
Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Landeskirche Waldeck-Pyrmont Nr. 16 vom 16.11.1914.

Audiothek der Ev. Akademie Hofgeismar (Tonträger)

Schule den ganzen Tag. Chancen für Kirchen und Vereine, Mitschnitt einer Tagung in der Ev. Akademie Hofgeismar vom 13. - 14.02.2004.

Bundestagsdrucksachen

Bundestagsdrucksache V/2540 (1968), Grüner Bericht.
Bundestagsdrucksache 10/3821. Zehnter Subventionsbericht vom 12. September 1985.
Bundestagsdrucksache 12/1773 vom 10.12.1991. Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.
Bundestagsdrucksache 14/791 vom 3.1.2002. Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Gesetze und Verordnungen

Gesetz zur Förderung der Weiterbildung im Lande Hessen vom 25. August 2001 (Hessisches Weiterbildungsgesetz) GVBl. I S. 370.
Hessisches Schulgesetz vom 17. Juni 1992.
Kirchengesetz über die Evangelische Akademie der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 15. März 1974 (EKKW Neudruck Januar 2004).
Ordnung des Amtes für kirchliche Dienste vom 24.02.1998 (EKKW Neudruck Januar 2004).
Staatsgrundgesetz für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Titel I vom 29. Mai 1849, in: Waßmann 1984, S. 228 f.
Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen vom 02.10.1999, in: Läufer 2000, S. 19 - 180.

Jahresberichte

Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Kassel 2000.
Ders.: Jahresbericht 2000, Kassel 2001. (Im Jahresbericht ist das Jahr 2004 als Herausgabejahr von Claudia Zahn und Frank Heine angegeben. Es handelt sich dabei vermutlich um einen Druckfehler. Es muss 2001 lauten, was auch aus den vorangestellten Ausführungen von Zahn und Heine zu ersehen ist.)

Ders.: Jahresbericht 2001, Kassel 2002.
Ders.: Jahresbericht 2002, Kassel 2003.
Ders.: Jahresbericht 2003, Kassel 2004.
Ders.: Jahresbericht 2004, Kassel 2005.
Ders.: Jahresbericht 2005, Kassel 2006.
Erwachsenenbildungswerk der EKKW (Hrsg.): Jahresbericht 1991, Kassel 1992.

Karten

Evangelische Kirche in Deutschland	EKD
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck	Landeskirchliches Archiv Kassel.
Evangelische Landeskirchen in Hessen	epd

Kirchliche Verlautbarungen

Beirat Familie & Betrieb - Ländliche Familienberatung im Auftrag der EKKW, Dezernat Bildung - Referat Bildung und Gesellschaft (Hrsg.): Familie & Betrieb - Ländliche Familienberatung, Schwalmstadt 2006.

DEAE (Erklärung): Recht auf Bildung für alle. Zu den Grundaufgaben der Bildungspolitik, Erklärung der DEAE zum Anlass des 30-jährigen Bestehens, in: Seiverth 2002, S. 195 - 199.

EKD: Beschlußvorlage zur Schulfrage (Treysa, 31. August 1945), abgedruckt unter Dokument 39, in: Besier u. a. 1995.

Ders.: Entschließung der Kirchenkonferenz der EKD zur Mitarbeit der Kirche im politischen Leben vom 3. Mai 1949, ABL. EKD 1949.

Ders.: Landwirtschaft im Spannungsfeld. Gütersloh 1984.

Evangelische Erwachsenenbildung Hessen / Landesorganisation (Hrsg.): Erwachsenenbildung weiterentwickeln. Positionen der Evangelischen Erwachsenenbildung in Hessen, Darmstadt 1996. Das Dokument ist im Internet unter www.erwachsenenbildung-ekhn.de/organisation/positionen_elo.html abrufbar (Stand: 01.12.2005).

Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Bericht des Bischofs auf der 11. Landessynode der EKKW vom 21. - 24.11.2004. Das Dokument ist über www.ekkw.de abrufbar. Bei Fragen zum Dokument ist die Medienagentur der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck unter medio.ks@ekkw.de zuständig.

Ders.: Lebendige Jugend. Bericht des Bischofs zur Herbsttagung der Landessynode 2007, Kassel 2007.

Ders.: Kirche in der Krise. Bericht von Bischof D. Vellmar, Kassel 1970.

Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Erwachsenenbildung als Aufgabe der evangelischen Kirche. Grundsätze, Gütersloh 1983.

Ders.: Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 21985.

Ders.: Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des Religionsunterrichts in der Pluralität. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 52000.

Ders.: Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft, Gütersloh 22003.

Ders.: Orientierung in zunehmender Orientierungslosigkeit. Evangelische Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft. Eine Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Bildung und Erziehung, Gütersloh 1997.

Ders.: Perspektiven für Jugendliche mit schlechteren Startchancen. Eine Stellungnahme

der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend, Hannover 2003.
Landeskirchenamt der EKKW (Hrsg.): Das Amt des Pfarrers und der Pfarrerin in der modernen Gesellschaft. Ein Diskussionspapier der Theologischen Kammer der EKKW, Kassel 2001.
Landeskirchenamt Kassel (Hrsg.): Religiöse Bildung und Erziehung. Beiträge zur Tagung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck im Mai 2001, Kassel 2002.
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.): Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert, Hannover 2006.
Rat der Landeskirche (Vorlage): Reformprozess der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel 2006. Der Entwurf kann über: www.ekkw.de/unsere _kirche/texte eingesehen werden.
Theologische Kammer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (Votum): Hilfe im Sterben - Hilfe zum Leben. Menschenwürde am Lebensende, Kassel 2006.

Protokolle der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Protokoll Nr. 75/73. Konservativ heute, Hofgeismar 1973.
Ders.: Protokoll Nr. 79/72. Öffnung nach links? Marxisten im kirchlichen Dienst, Hofgeismar 1972.
Ders.: Protokoll Nr. 116/1976. Bildung und Entfremdung, Hofgeismar 1976.
Ders.: Protokoll Nr. 143/1979. 10. Schuljahr: Restschule? Bildungsplanung in Hessen, Hofgeismar 1979.
Ders.: Protokoll Nr. 159/1980. 10. Schuljahr in Hessen, Hofgeismar 1980.
Ders.: Protokoll Nr. 161/1980. Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft, Hofgeismar 1980 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 179/1981. Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern, Hofgeismar 1981.
Ders.: Protokoll Nr. 181/1981. Der pädagogische Freiheitsraum des Lehrers, Hofgeismar 1981 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 183/1982. Schulpolitik für Ausländer II, Hofgeismar 1982.
Ders.: Protokoll Nr. 191/1983. Das Lehrerbild der Lehrerbildung, Hofgeismar 1983.
Ders.: Protokoll Nr. 197/1983. Die Zukunft der hessischen Lehrerausbildung, Hofgeismar 1983 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 198/1983. Menschenbild und Pädagogik, Hofgeismar 1983 (b).
Ders.: Protokoll 220/1985. Umweltorientierte Beschäftigungspolitik, Hofgeismar 1985.
Ders.: Protokoll Nr. 237/1986. Vom Zusammenleben der Lehrer und Schüler in der Schule, Hofgeismar 1986.
Ders.: Protokoll Nr. 238. Persönliche Identität und politische Krise, Hofgeismar 1987.
Ders.: Protokoll Nr. 249. Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule, Hofgeismar 1988.
Ders.: Protokoll Nr. 259. Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe. Probleme des Unterrichts und des Zugangs zur beruflichen Qualifizierung, Hofgeismar 1989.
Ders.: Protokoll Nr. 263. Landwirtschaft in Nordhessen, Hofgeismar 1989 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 268. Sozialarbeit mit Aussiedlern, Hofgeismar 1990.
Ders.: Protokoll Nr. 269. Schöpfung als Rechtssubjekt? Hofgeismar 1990 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 277. Die Politik der deutschen Teilung, Hofgeismar 1992.
Ders.: Protokoll Nr. 289. Zwischen LPG und Nebenerwerb, Hofgeismar 1991.

Ders.: Protokoll Nr. 295. Schule in Hessen, Hofgeismar 1992 (a).
Ders.: Protokoll Nr. 323. Viertel, Matthias: Geistliche Orientierung im 3. Jahrtausend. Texte zum Interreligiösen Dialog, Hofgeismar 2002.
Ders.: Protokoll Nr. 337. Viertel, Matthias: Theologie auf Umwegen. Vorträge aus der Akademiearbeit 1996 - 2005, Hofgeismar 2005.

Protokolle weiterer Akademien

Evangelische Akademie Bad Boll (Hrsg.): Geistige Orientierung - Schritte auf dem Weg ins 3. Jahrtausend. Zur Rolle von Evangelischen Akademien als intermediäre Institutionen. Dokumentation des Kolloquiums, Bad Boll 1999.
Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.): Loccumer Protokolle 20/95. Die Zukunft der politischen Bildung - Die politische Bildung der Zukunft. Dokumentation eines Kolloquiums der Evangelischen Akademie Loccum vom 29. bis 31. Mai 1995, Loccum 1996.
Ders.: Protokoll Nr. 57/02. Religion und Globalisierung, Rehburg-Loccum 2003.

Referentenbeiträge zu Tagungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Basse, Ottokar: Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 7 - 27.
Becker, Gerold: Schule angesichts einer veränderten Kindheit. Der Zusammenhang von innerer Gestaltung von Schule und gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 50 - 76; Diskussion zu dem Beitrag S. 77 - 105.
Berg, Hans-Christoph: Evangelische Schulen. Konzeptionen, Merkmale, Herausforderungen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 28 - 50.
Bohse, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 36 - 57.
Demme, Horst: Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen und ihre Rückwirkung auf Nordhessen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 33 - 44.
Ehlers, Manfred: Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen und ihre Rückwirkung auf Nordhessen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1991, S. 45 - 55.
Eppenstein, Thomas: Außerunterrichtliche Angebote für ausländische Kinder und Jugendliche im sozialen und kulturellen Bereich. Bericht aus dem Bereich des Diakonischen Werkes Hessen-Nassau in Frankfurt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1982, S. 63 - 72.
Faulstich, Peter: Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der Sicht der Hochschulen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 30 - 38.
Goßmann, Klaus: Gesprächspartnerschaft Kirche - Schule, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 118 - 135.
Graß, Konrad: Produktion von hochwertigen Nahrungsgrundstoffen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 37 - 40.
Grimme, Horst: Forderungen der Biologie an einen zukunftsorientierten verantwortbaren Landbau, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 4 - 15.
Hampicke, Ulrich: Probleme und Scheinprobleme im Bereich Landwirtschaft - Umwelt, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 16 - 36.
Herfurth, Holger: Auswirkungen des Strukturwandels in der Landwirtschaft für die Menschen auf den Dörfern und die Aufgaben der Kirche, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 90 - 97.

Holzapfel, Hartmut: Freiheit und Verantwortung, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 154 - 180; Diskussion zu dem Beitrag S. 181 - 210.
Köller, Franz: Die Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage unter den Bedingungen des real existierenden Pluralismus, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 51 - 58.
Ders.: Pädagogische und politische Überlegungen zu einem hessischen Schulgesetz, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 6 - 19; Diskussion zu dem Beitrag S. 20 - 49.
Nipkow, Karl Ernst: Bildung und Entfremdung. Überlegungen zur Rekonstruktion der Bildungstheorie in der Gegenwart, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1976, S. 28 - 64.
Scheilke, Christoph: Der evangelische Beitrag zur Bildungsfrage, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 136 - 158.
Schweitzer, Friedrich: Die Verantwortung der Kirche für das öffentliche Schulwesen. Perspektiven kirchlicher Bildungspolitik, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1988, S. 74 - 98.
Senff, Gottfried: Die Bedeutung der Strukturveränderungen für die soziale Lage im ländlichen Raum und die Dorfentwicklung - in den neuen Bundesländern, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992, S. 82 - 89.
Steinweg, Reiner: Der Frieden ist der Ernstfall. Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen und die persönliche Identität, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1987, S. 7 - 35.
Stock, Konrad: Schule zwischen Pluralität und Wertorientierung, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1992 (a), S. 106 - 122; Diskussion zu dem Beitrag S. 123 - 132.
Strunk, Gerhard: Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der Sicht der freien Träger - insbesondere der Kirchen, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1981, S. 14 - 29.
Wilke, Ernst: Ökonomie und Ökologie im Gleichgewicht? - Aufgabe unserer Zeit, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1980 (a), S. 41 - 51.
Zimbrich, Fritz: Gibt es „den“ Hauptschüler? Drei nicht ganz vergebliche Versuche zu sagen, was er ist, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 1989, S. 57 - 83.

Referentenbeiträge zu Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum

Greive, Wolfgang: Protestantische Kirche und Globalisierung. Oder: Das Problem des Protestantismus mit seiner Katholizität, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 57 - 64.
Küster, Volker: Globalisierung ist ein Thema der Interkulturellen Theologie! Kommentar aus der Perspektive der Theologie und Missionswissenschaft, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 39 - 46.
Tyrell, Hartmann: Kommentar aus der Perspektive der Religionssoziologie, in: Evangelische Akademie Loccum 2003, S. 29 - 38.

Reden, Vorträge, Thesenpapiere und Grußworte

Gidion, Jürgen: Lehren als Beruf. „Professionalität“ in der Schule heute, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Hofgeismarer Vorträge. Band 1, Hofgeismar 1997.
Hein, Martin: Grußwort des Bischofs anlässlich des 25jährigen Bestehens der institutionalisierten Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, in: Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck 2001, S. 6 - 8.
Ders.: Profile der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck seit 1945, unveröffentlichtes Exzerpt zur Vokationstagung 1999 in Kassel.

Ders.: Wohin bewegt sich unsere Kirche? Thesen zur Frühjahrstagung der Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Witzenhausen am 06.03.2004 (Tischvorlage für die Synodalen).
Müller, Eberhard: Evangelische Akademie, Stuttgart 1946, in: Jaspert 2003, S. 47 - 49.
Müller, Hans-Rudolf: Über Aufgabe und Plan einer Evangelischen Akademie für die Evang. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck. Thesenpapier zum Vortrag über die Aufgabe und den Plan einer evangelischen Akademie am 31. Juli 1946 vor der Dekanatskonferenz in Hephata bei Treysa. Das Thesenpapier ist veröffentlicht in: Jaspert 2003, S. 37 - 45.
Müller-Schwefe, Hans-Rudolf: Bericht über die EV. Akademie Guntershausen, erstattet auf der Synode der Landeskirche von Kurhessen-Waldeck am 4. Dezember 1951, in: Jaspert 2003, S. 127 - 132.1382
Prange, Klaus/Schüßler, Roland: Was soll die Schule (noch alles) leisten? Zur Qualität von Schule, in: Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Hofgeismarer Vorträge. Band 15, Hofgeismar 1999.
Schwab, Ulrich: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders ...“ - Evangelische Jugendarbeit und ihr evangelisches Profil, gehalten am 23.01.2008 im Landeskirchenamt Kassel auf dem Neujahrsempfang des „Referats Schule und Unterricht/Kinder- und Jugendarbeit“ (unveröffentlichtes Manuskript).

Statistische Quellen

Stoffgebietsstatistiken der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gemäß Hessischem Weiterbildungsgesetz für die Jahre 1996 - 2003 - Kopien liegen vor, Akteneinsicht erfolgte im LKA.
Stoffgebietsstatistiken der Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck gemäß kirchlichem Förderplan für die Jahre 1997 – 2001 sowie für das Jahr 2003 - Kopien liegen vor, Akteneinsicht erfolgte im LKA.
Thematische Übersichten über die gemäß kirchlichem Förderplan und gemäß Hessischem Weiterbildungsgesetz geförderten Bildungsveranstaltungen (Ergänzung der Stoffgebietsstatistiken) für die Jahre 2000 (Stoffgebiet 1, Stoffgebiet 2), 2001 (Stoffgebiet 1, Stoffgebiet 2), 2002 (Stoffgebiete 1 bis 5), 2003 (Stoffgebiet 1, Stoffgebiet 2) 2004 (Stoffgebiet 1, unvollständig) - Kopien liegen vor, Akteneinsicht erfolgte im LKA.

Halbjahresprogramme

Evangelische Akademie Hofgeismar (Hrsg.): Halbjahresprogramme der Evangelischen Akademie Hofgeismar für den Zeitraum Januar 1997 bis Dezember 2008.
Evangelische Akademien in Deutschland e.V. (Hrsg.): Tagungen und Schwerpunkte der Akademiearbeit. 2. Halbjahr 2004 (Tagungsverzeichnis), Berlin 2004.
Evangelisches Forum Kassel (Hrsg.): Halbjahresprogramme für den Zeitraum Februar 1996 – Oktober 2000 und Oktober 2002 bis Juli 2006.

1382 Hans-Rudolf Müller führte ab 1947 den Doppelnamen Müller-Schwefe. Vgl. Jaspert 2003, S. 63.

Sonstiges

Amerikanische Erziehungskommission: Erziehung in Deutschland. Bericht und Vorschläge der amerikanischen Erziehungskommission, in: Kuhn u. a. 21993, S. 119 - 123.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Agrarbericht der Bundesregierung 1995, Bonn 1995.

Dührsen, Elke/Dellit, Gottlieb/Schultze, Elisabeth/Schneider, Hartmut: Familie&Betrieb - Ländliche Familienberatung, in: Beirat Familie & Betrieb 2006, S. 18 - 22.

Evangelisches Medienzentrum Kurhessen-Waldeck, Medienzentrale (Hrsg.): 40 Jahre Evangelische Medienzentrale Kurhessen-Waldeck. Kassel 2005 (mehrseitige Jubiläumsbroschüre).

Koch, Helmut: Landwirtschaftliche Familienberatung in Deutschland - Wie alles begann, in: Beirat Familie & Betrieb 2006, S. 6 - 11.

Viertel, Matthias: Der interreligiöse Dialog in der postmodernen Gesellschaft, in: Evangelische Akademie Hofgeismar 2002, S. 5 - 10.

Vorlage von Andreas Seiverth zur Vorstandssitzung der DEAE am 25.01.2007. Begründungsargumente: Fortführung der Statistik als Verbandsaufgabe, in: Seiverth 2007.

Literaturverzeichnis

Ackermann, Paul u. a. Politikdidaktik kurzgefasst. Planungsfragen für den Politikunterricht, Bonn 1995 (Lizenzausgabe BzpB).

Albert, Mathias: Die Erde auf dem Weg zur Weltstaatlichkeit, in: Das Parlament 31 - 32/2004, S. 18.

Ders./Steinmetz, Willibald: Be- und Entgrenzungen von Staatlichkeit im politischen Kommunikationsraum, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 17 - 23.

Albrecht, Achim (Hrsg.): Unterwegs in Kurhessen-Waldeck, Spangenberg 1990.

Alemann, Ulrich: Das Parteiensystem der BRD, Opladen 2001.

Ders./Forndran, Erhard: Methodik der Politikwissenschaft, Stuttgart 1990.

Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Korbach (Hrsg.): Die Landwirtschaft in Waldeck-Frankenberg. Zahlen, Fakten, Entwicklungen, Korbach 1991.

Anhelm, Fritz Erich: Evangelische Akademien. Orte orientierender Reflexion in den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft, in: Anstöße 2 - 3/2005, S. 3 - 4.

Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick, Hamburg 1994.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Zivilgesellschaft neu denken. Aufgabe der politischen Bildung, Berlin 2004.

Aufenanger, Stefan/Lenssen, Margret (Hrsg.): Handlung und Sinnstruktur. Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik, München 1986.

Baethge-Kinsky, Volker/Holm, Ruth/Tullius, Knut: Berufliche Weiterbildung am Scheideweg. Chancen und Risiken eines neuen Typs, in: APuZ 28/2004, S. 11 - 16.

Beck, Ulrich (Hrsg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt 2000.

Ders.: Kinder der Freiheit, Frankfurt ^{4}1998.

Ders.: Demokratisierung der Familie (Beck ^{4}1998 a) , in: Beck ^{4}1998, S. 195 - 219.

Ders.: Väter der Freiheit (Beck ^{4}1998 b), in: Beck ^{4}1998, S. 333 - 381.

Ders.: Ursprung als Utopie. Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne (Beck ^{4}1998 c), in: Beck ^{4}1998, S. 382 - 402.

Ders.: Politik der Globalisierung, Frankfurt 1998.

Ders.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 2006 (Erstausgabe 1986).

Ders.: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Bonn 2007.

Becker, Hellmut: Bildungspolitik, in: Benz 1989. Band 1, S. 324 - 353.

Beckmann, Joachim (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1951, Gütersloh 1952.

Beer, Wolfgang: Vielfältige berufliche Sozialisationsprofile. Aus- und Fortbildung der Multiplikatoren für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, in: Breit/Schiele 2004, S. 278 - 294.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 1, Politik, Frankfurt 1989.

Ders.: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 2, Wirtschaft, Frankfurt 1989.

Ders.: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3, Gesellschaft, Frankfurt 1989.

Bergbaulicher Verein Kassel e.V. (Hrsg.): Chronik des hessischen Bergbaus, Kassel 1956.

Berger, Peter: Evangelische Akademie als intermediäre Institution, in: Evangelische Akademie Bad Boll 1999, S. 8 - 17.
Besier, Gerhard / Ludwig, Hartmut / Thierfelder, Jörg (Hrsg.): Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Weinheim 1995.
Betz, Georg: Dokumente der katholischen Kirche zur Bildungsdiskussion, München 1983.
BIBB/IAB (Hrsg.): Neue Techniken: Verbreitungsgrad, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen, Berlin 1987.
Biehl, Peter / Nipkow, Karl-Ernst: Bildung und Bildungspolitik in theologischer Perspektive, Münster 2003.
Bielefeld, Ulrich: Nation und Gesellschaft. Selbstthematisierungen in Deutschland und Frankreich, Hamburg 2003.
Bildungswerk der Humanistischen Union (Hrsg.): Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006.
Blaschke, Olaf: Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970 - ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002.
Blömeke, Sigrid u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung, Frankfurt a.M. 2004.
Bloom, Benjamin u. a.: Taxonomie von Lernzielen im kognitiven Bereich. Weinheim 1972.
Bogdandy, Armin: Die europäische Republik, in: APuZ 36/2005, S. 21 - 27.
Bohnsack, Ralf: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, Opladen ^{4}2000.
Bohse, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille. Meinungslenkung und Propaganda im Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.
Bollnow, Otto Friedrich: Zur Frage der Objektivität der Geisteswissenschaften, in: Oppolzer 1966, S. 53 - 79.
Brand, Ulrich: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung, Münster 2000.
Ders. / Hirsch, Joachim (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster 2001.
Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung, Bonn 2004 (Lizenzausgabe BzpB).
Brunnengräber, Achim / Klein, Ansgar / Walk, Heike (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge - umstrittene Riesen, Bonn 2005 (Ausgabe der BzpB).
Buchheim, Hans: Religion und Politik. Einige systematische Überlegungen, in: Forndran 1991, S. 65 - 76.
Bullmann, Udo: Politische Partizipation - soziale Teilhabe. Die Entfaltung der demokratischen Idee, in: Neumann 1995, S. 71 - 106.
Büttner, Friedemann: Zwischen Politisierung und Säkularisierung. Möglichkeiten und Grenzen einer islamischen Integration der Gesellschaft, in: Forndran 1991, S. 137 - 168.
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Bonn 1990.
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft / Institut der Deutschen Wirtschaft/Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.): Forschungssymposion Betriebliche Weiterbildung. Gutachten zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven im Bereich betrieblicher Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Betriebe/der Mitarbeiter. Kurzfassung, Bonn 1989.
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.): Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2000, Berlin 2000.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): pocket global. Globalisierung in Stichworten, München 2004.
Ders.: Verantwortung in einer unübersichtlichen Welt. Aufgaben wertorientierter politischer Bildung, Bonn 1995.
Burgsmüller, Alfred / Weth, Rudolf (Hrsg.): Die Barmer Theologische Erklärung, Neukirchen-Vluyn 1983.
Burkholz, Roland u. a. (Hrsg.): Materialität des Geistes. Zur Sache Kultur - im Diskurs mit Ulrich Oevermann, Weilerswist 2001.
Butterwegge, Christoph: Globalisierung als Herausforderung und Gegenstand der politischen Bildung, in: Blömeke u. a. 2004, S. 331 - 344.
Ders. / Hentges, Gudrun (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung, Opladen 2002.
Coreth, Emerich: Grundfragen der Hermeneutik. Ein philosophischer Beitrag, Freiburg 1969.
Danner, Helmut: Methoden geisteswissenschaftlicher Pädagogik. Einführung in Hermeneutik, Phänomenologie und Dialektik, München ^{5}2006.
de Haan, Gerhard: Politische Bildung für Nachhaltigkeit, in: APuZ 7 - 8/2004, S. 39 - 46.
DEAE (Hrsg.): entwürfe. Themen der evangelischen Erwachsenenbildung, Evangelische Erwachsenenbildung in der zweiten Moderne, Karlsruhe 1995.
Ders. / BAG (Hrsg.): Statistik 2002. Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung, Frankfurt 2004.
Debiel, Tobias / Sticht, Monika: Entwicklungspolitik, Katastrophenhilfe und Konfliktbearbeitung. NGOs zwischen neuen Herausforderungen und schwieriger Profilsuche, in: Brunnengräber u. a. 2005, S. 129 - 171.
Dettmar, Werner (Hrsg.): Auf dem Weg zu der einen Kirche. Eine Kirchenkunde für die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel ^{2}1989.
Ders.: Kurhessen-Waldeck. Kirche der Mitte, Kassel 1990.
Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Band 1, Opladen 2000.
Deutsche Shell Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. 15. Shell Jugendstudie, Frankfurt 2006.
Dietrich, Tobias: Konfessionelle Gegnerschaft im Dorf im 19. Jahrhundert, in: Blaschke 2002, S. 181 - 214.
Dilthey, Wilhelm: Gesammelte Schriften. Band VII, Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, Stuttgart ^{3}1961.
Dittrich, Eckhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert, Bensheim 1980.
Drechsler, Hanno / Hilligen, Wolfgang / Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, München ^{8}1992.
Ebbrecht, Günter: Leitbild, Profil und Ziele Evangelischer Erwachsenenbildung. Ein Diskussionsbeitrag zur Profilbildung Evangelischer Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft, in: Lübking 1998, S. 49 - 60.
Eberlei, Walter: Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland. Euphorie, Ernüchterung, Erneuerung, in: APuZ 6 - 7/2002, S. 23 - 28.
Ecker-Ehrhardt, Matthias / Zürn, Michael: Die Politisierung internationaler Institutionen, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 24 - 30.
Ehrlich, Lothar / John, Jürgen / Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Das Dritte Weimar. Klassik und Kultur im Nationalsozialismus, Köln 1999.
Eicher, Peter (Hrsg.): Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe. Band 1 - 5, München 1991.
Engelhardt, Klaus / Loewenich, Hermann / Steinacker, Peter (Hrsg.): Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh 1997.

Esping-Andersen, Gosta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton 1990.
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (Hrsg.): Eine Kirche, Kassel 1998.
Ders.: Protestantismus und Kultur. Beiträge aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck zum Konsultationsprozess „Gestaltung und Kritik. Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert", Kassel 2001.
Evangelisches Medienzentrum Kurhessen-Waldeck, Medienzentrale (Hrsg.): Medien-Verleihkatalog 2002, Kassel 2002.
Faulstich, Peter u. a. (Hrsg.): Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen, Weinheim 1991 (Gutachten).
Ders.: Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen, in: Nuissl/Schlutz 2001, S. 76 - 91.
Ders. / Vespermann, Per (Hrsg.): Weiterbildung in den Bundesländern. Materialien und Analysen zu Situation, Strukturen und Perspektiven, Weinheim 2002.
Fend, Helmut: Gesamtschule und dreigliedriges Schulsystem, eine Vergleichsstudie über Chancengleichheit und Durchlässigkeit, Stuttgart 1976.
Flitner, Wilhelm: Allgemeine Pädagogik, Stuttgart ^{14}1974.
Ders.: Die vier Quellen des Volksschulgedankens, Hamburg 1949.
Forndran, Erhard (Hrsg.): Religion und Politik in einer säkularisierten Welt, Baden-Baden 1991.
Ders.: Religion und Politik. Eine einführende Problemanzeige, in: Forndran 1991, S. 9 - 65.
Frantz, Christiane: Nichtregierungsorganisationen in der sozialwissenschaftlichen Debatte, in: Frantz/Zimmer 2002, S. 51 - 82.
Ders. / Zimmer, Annette (Hrsg.): Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs, Opladen 2002.
Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, Bonn 1998.
Gadamer, Hans-Georg: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen ^{4}1975.
Gamm, Hans-Jochen u. a. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2005. Religion - Staat - Bildung, Frankfurt 2006.
Gauck, Joachim: Fürchtet euch nicht. Zum Bildungsauftrag evangelischer Akademien im Osten Deutschlands, in: Grubauer/Lenz 1999, S. 51 - 58.
Gellner, Winand / Glatzmeier, Armin: Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft, in: APuZ 36/2005, S. 8 - 15.
Genschel, Philipp / Zangl, Bernhard: Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 10 - 16.
Geßner, Martina / Rinneberg, Christoph (Hrsg.): Eine Welt - Spur(t)en in Hessen. Schulen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Kommunen und Wissenschaft im Dialog, Wiesbaden 2004.
Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997.
Görs, Dieter: Plädoyer für politische Bildung, in: Mathes 2002, S. 86 - 104.
Goldbach, Michael: Türkischer Besuch in der Akademie, in: Anstöße 3/2006, S. 16.
Goodman, James: Die Europäische Union. Neue Demokratieformen jenseits des Nationalstaats, in: Beck 1998, S. 331 - 373.
Gore, Al: Earth in the Balance. Ecology and Human Spirit, Boston 1992.
Ders.: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt a.M. ^{10}1992.
Gow, David: Tony Blair und die SPD. Was die deutschen Sozialdemokraten von New Labour lernen können, in: Die politische Meinung 332/1997, S. 5 - 11.
Graml, Hermann: Die Außenpolitik, in: Benz 1989. Band 1, S. 220 - 279.

Grane, Leif: Die Kirche im 19. Jahrhundert. Europäische Perspektiven, Göttingen 1987.
Greiffenhagen, Martin: Evangelische Kirche und politische Kultur in Deutschland, in: Grubauer/Lenz 1999, S. 59 - 68.
Ders.: Politische Legitimität in Deutschland, Gütersloh 1997.
Greschat, Martin: Die Evangelische Kirche, in: Benz 1989. Band 3, S. 87 - 123.
Ders.: Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982.
Greven, Thomas / Scherrer, Christoph: Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards, Bonn 2005 (herausgegeben von der BzpB).
Grubauer, Franz / Lenz, Wolfgang (Hrsg.): Protestantisch, weltoffen, streitbar. Fünfzehn Zeitzeichen anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Evangelischen Akademien in Deutschland, Bad Boll 1999.
Guéhenno, Jean-Marie: Das Ende der Demokratie, München 1994.
Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation, Frankfurt 1998.
Ders.: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort, Frankfurt am Main 1973.
Ders.: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung (Habermas 1998 a), in: Beck 1998, S. 67 - 84.
Ders.: Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt ^{5}1982.
Ders.: Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt 2005.
Ders. / Ratzinger, Joseph: Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion, Bonn 2005.
Hach, Jürgen: Gesellschaft und Religion in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1980.
Hanisch, Rolf: Nichtregierungsorganisationen und Demokratisierung in Südostasien, in: APuZ 21 - 22/2004, S. 22 - 32.
Hanley, David (Hrsg.): Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective, London 1994.
Hanselmann, Johannes / Hild, Helmut / Lohse, Eduard (Hrsg.): Was wird aus der Kirche? Ergebnisse der zweiten EKD-Umfrage über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh 1984.
Hederich, Michael: Dem Unrecht widerstehen. Der Kampf des waldeckischen Pfarrers Wilhelm Menge um seine Kirche und Gemeinde in Nieder-Ense von 1933 bis 1936, Korbach 2004.
Hedtke, Reinhold: Politikwissenschaft oder Sozialwissenschaften? Zur Referenz Politischer Bildung, in: Lange 2007, S. 22 - 30.
Heeremann, Constantin: Nicht nur durch die grüne Brille, Stuttgart 1981.
Hein, Martin (Hrsg.): Kirche im Widerspruch. Die Rundbriefe des Bruderbundes Kurhessischer Pfarrer und der Bekennenden Kirche Kurhessen-Waldeck 1933 - 1935, Darmstadt 1996.
Heins, Volker: Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen, Opladen 2002.
Heinze, Rolf u. a. (Hrsg.): Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl. Der Deutsche Bauernverband, Gütersloh 1992.
Hempelmann, Reinhard / Dehn, Ulrich (Hrsg.): Dialog und Unterscheidung. Religionen und neue religiöse Bewegungen im Gespräch, Berlin 2000.
Herbst, Ludolf: Die Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften, in: Benz 1989. Band 2, S. 210 - 247.
Hertle, Valentin u. a. (Hrsg.): Spuren entdecken. Zum Umgang mit Symbolen, München 1987.
Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Wir gestalten Europa. Hessen - ein gutes Stück davon, Wiesbaden 2007.

Hild, Helmut (Hrsg.): Wie stabil ist die Kirche? Bestand und Erneuerung. Ergebnisse einer Umfrage, Gelnhausen/Berlin 1974.
Hildebrandt, Reinhard: Staat und Gesellschaft unter dem Einfluss der Globalisierung, Frankfurt 2002.
Hippler, Jochen: Failed States und Globalisierung, in: APuZ 28 - 29/2005, S. 3 - 5.
Hitzler, Ronald: Der unberechenbare Bürger. Über einige Konsequenzen der Emanzipation der Untertanen, in: Beck ^{4}1998, S. 175 - 194.
Horstmann, Johannes / Liedhegener, Antonius (Hrsg.): Konfession, Milieu, Moderne. Konzeptionelle Positionen und Kontroversen zur Geschichte von Katholizismus und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Schwerte 2001.
Hottinger, Arnold: Alte Mythen erwachen zu neuem Leben, in: Das Parlament 32 - 33/2005, S. 17.
Huber, Wolfgang: Kirche in der Zeitenwende: gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche, Gütersloh ^{2}1999.
Ders.: Kirche und Öffentlichkeit, Stuttgart 1973.
Hübner, Jörg: Globalisierung mit menschlichem Antlitz. Einführung in die Grundfragen globaler Gerechtigkeit, Neukirchen-Vluyn 2004.
Hufer, Klaus-Peter: Das Marktdienstleistungskompetenzevaluationsstandardisierungskartell in der politischen Bildung, in: Außerschulische Bildung 1/2004.
Ders.: Demokratie braucht politische Bildung - braucht sie auch die Erwachsenenbildung? (Hufer 2004 a), in: Breit/Schiele 2004, S. 243 - 256.
Ders.: Zwischen Globalität und Lokalität. Dilemma und Chance außerschulischer politischer Bildung, in: Butterwegge/Hentges 2002, S. 59 - 71.
Ders.: Politische Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt (Hufer 2002 a), in: Butterwegge/Hentges 2002, S. 283 - 296.
Ders.: Politische Bildung in der Erwachsenenbildung, in: Sander 1997, S. 271 - 284.
Ders. / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (Hrsg.): Positionen der politischen Bildung. Band 2, Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach 2004.
Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Sozialisation und Lebenslauf. Empirie und Methodik sozialwissenschaftlicher Persönlichkeitsforschung, Reinbeck 1976.
Jantzer, Markus: Big-Pharma ist überall, in: Das Parlament 50/2006, S. 10.
Jaspert, Bernd: Die Anfänge der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck, Sonderdruck aus: Jahrbuch der hessischen kirchengeschichtlichen Vereinigung. Band 47, 1996.
Ders.: Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck. Band 1 und 2, herausgegeben vom Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel 2003.
Ders.: Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck. Band 1, herausgegeben vom Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Hofgeismar 1997.
Jenkins, Philip: Neuer Wein in alten Bräuchen. Die erstaunlich religiöse Zukunft Europas, in: SZ vom 01.10.2007, S. 11.
Jung, Hermann u. a. (Hrsg.): Signaturen des Lebens. Bilder und Zeichen von Kosmos und Bios und Symbole des Alltags, Frankfurt a.M. 2007.
Jung, Thomas / Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.): „Wirklichkeit“ im Deutungsprozess. Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Frankfurt 1993.
Kaiser, Jochen-Christoph (Hrsg.): Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938, Stuttgart 1996.
Kako, Karl-Albert: Globales Lernen?, in: Ruf/Seiverth o.J., S. 31 - 33.

Kallscheuer, Otto: Die Trennung von Politik und Religion und ihre „Globalisierung“ in der Moderne, in: APuZ 42 - 43/2002, S. 3 - 5.
Kaspar, Walter u. a. (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Band 10, Freiburg 2001.
Kehl, Anton: Die Arbeitswelt, in: Benz 1989. Band 2, S. 294 - 325.
Keller, Martina: Geschäfte machen mit dem Leben, in: GeoWissen, 35/2005, S. 52 - 57.
Kirchhöfer, Dieter: Der Markt und seine wertbildenden Wirkungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung 1995, S. 333 - 346.
Klafki, Wolfgang: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik, Weinheim ^{5}1996.
Klatt, Hans-Gerhard: Gefangen im Netz des lebenslangen Lernens? Zeitsprünge im Bildungsdiskurs von Politik und Kirche, in: Seiverth 2002, S. 589 - 602.
Kohout, Franz / Mayer-Tasch, Peter Cornelius: Das ökologische Weltgewissen. Die Arbeit von NGOs im Rahmen der internationalen Umweltpolitik, in: APuZ 6 - 7/2002, S. 15 - 22.
Kotzula, Stephan (Hrsg.): Kirchengeschichte in Daten und Fakten. 2000 Jahre in vergleichender Übersicht, Leipzig ^{3}2002.
Krannich, Margret: TeilnehmerInnenzahlen, Themenkonjunkturen, Altersgruppen, in: Ruf/Seiverth o.J., S. 49 f.
Kühnhardt, Ludger: Quo vadis Europa? (Essay), in: APuZ 36/2005, S. 3 - 7.
Küng, Hans: Projekt Weltethos, München ^{3}1996.
Kuhn, Hans-Werner / Massing, Peter / Skuhr, Werner (Hrsg.): Politische Bildung in Deutschland. Entwicklung, Stand, Perspektiven, Opladen ^{2}1993.
Läufer, Thomas: Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000.
Landau, Georg: Geschichte der Glashütten in Hessen und andere Beiträge, Vellmar 2001.
Landeskirchliches Archiv Kassel (Hrsg.): Landeskirchliches Archiv Kassel, Kassel 1997.
Landeskuratorium für Weiterbildung Hessen (Hrsg.): Weiterbildung in Hessen. Für Praxis und Wissenschaft der Weiterbildung, Wiesbaden 2003.
Landeskuratorium für Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium (Hrsg.): Weiterbildungsbericht Hessen. Lebensbegleitendes Lernen - Weiterbildungsstrukturen und -trends, Frankfurt 2005.
Lange, Dirk (Hrsg.): Basiswissen Politische Bildung. Band 2, Strategien der Politischen Bildung, Baltmannsweiler 2007.
Leggewie, Claus: Fatale Dialektik der Vorurteile, in: Das Parlament 32 - 33/2005, S. 18.
Ders.: Religionen und Globalisierung. Essay (Leggewie 2005 a), in: APuZ 7/2005, S. 3 - 6.
Leiterkreis der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V.: Leiterkreis der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. zu Fragen zur politischen Bildung der Evangelischen Akademien, in: Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung, politische Bildung 16/90, S. 300 - 322.
Lenthe, Christian: Zur politischen Betätigung von kirchlichen Mitarbeitern in den evangelischen Landeskirchen der EKD und ihrer Zusammenschlüsse, Frankfurt/Main 1991.
Ley, Michael/Lohrmann, Klaus: Projekt Europa. Erfolge - Irrtümer - Perspektiven, Düsseldorf 2007.
Lohmann, Georg: „Zivilgesellschaft“ und bürgerschaftliches Engagement, in: Arbeitsreis deutscher Bildungsstätten 2004, S. 7 - 11.
Lohmann, Ingrid: Universität, Neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen als Ware transformiert werden (Lohmann 2004 a), in: Blömeke u. a. 2004, S. 191 – 213.
Lott, Jürgen: Religionsunterricht in Deutschland, in: Gamm u. a. 2006, S. 143 - 162.

Lübking, Hans-Martin (Hrsg.): Kirche braucht Bildung - für ein Profil in der Pluralität, Bielefeld 1998.
Luyken, Reiner: Was für Bauern braucht das Land?, in: Die Zeit Nr. 29/1991.
Magistrat der Stadt Borken (Hrsg.): Zur Geschichte des Braunkohlebergbaus. Die Braunkohle und ihre Bergleute, Borken 2006.
Mannheim, Karl: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, eingeleitet und herausgegeben von Kurt H. Wolff, Neuwied/Berlin ^{2}1970.
Ders.: Historismus (Mannheim ^{2}1970 a), in: Mannheim ^{2}1970, S. 246 - 307.
Ders.: Das Problem der Generationen (Mannheim ^{2}1970 b), in: Mannheim ^{2}1970, S. 509 – 613.
Marre, Heiner u. a. (Hrsg.): Der Beitrag der Kirchen zur Erfüllung des staatlichen Erziehungsauftrags, Münster 1998.
Mathes, Horst (Hrsg.): Priorität Politische Bildung, Hamburg 2002.
Maurer, Wilhelm: Bekenntnisstand und Bekenntnisentwicklung in Hessen, Gütersloh 1955.
Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart ^{16}1994 (Erstausgabe 1972).
Ders. / Meadows, Donella / Randers, Jorgen: Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1994 (Erstausgabe 1992).
Mertens, Kerstin: Alte und neue Players. Eine Begriffsbestimmung, in: Frantz / Zimmer 2002, S. 25 - 50.
Meueler, Erhard: Die Türen des Käfigs. Wege zum Subjekt in der Erwachsenenbildung, Stuttgart ^{2}1998.
Meyer, Heinz-Dieter: Fröbel oder Head-Start? Religion und Wissenschaft in der Institutionalisierung frühkindlicher Erziehung in Deutschland und den USA, „Säkularisierung“ auf dem Prüfstand, in: Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien 2000, S. 225 - 252.
Meyer, Hilbert: Einführung in die Curriculum-Methodologie, München 1972.
Ders.: Unterrichtsmethoden II. Praxisband, Frankfurt ^{8}1996.
Mickel, Wolfgang / Zitzlaff, Dietrich (Hrsg.): Methodenvielfalt im politischen Unterricht, Schwalbach ^{3}1995.
Minkenberg, Michael / Willems, Ulrich: Neuere Entwicklungen im Verhältnis von Politik und Religion im Spiegel politikwissenschaftlicher Debatten, in: APuZ 42 - 43/2002, S. 6 - 14.
Ders.: Zivilreligion, Bürgerreligion, Staatsreligion. Anmerkungen zur deutschen Debatte um das rechte Verhältnis von Religion und Politik, in: Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien 2000, S. 21 - 48.
Mitchell, Gordon / Weiße, Wolfram: Internationale Perspektiven religiöser Bildung, in: Schweitzer 2002, S. 295 - 309.
Mokrosch, Reinhold: Religionsunterricht - konfessionell, ökumenisch, konfessionell-kooperativ? Welcher Unterricht entspricht dem Bildungsauftrag des Protestantismus?, in: Schweitzer 2002, S. 179 - 199.
Müller, Helmut: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn ^{2}1990.
Müller, Klaus: Globalisierung, Bonn 2002 (Lizenzausgabe für die BzpB).
Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien. Band 1, Opladen 1995.
Nielsen, Jorgen: Judentum, Christentum und Islam in europäischen Lehrplänen, in: APuZ 7 - 8/2004, S. 16 - 22.
Nipkow, Karl Ernst: Bildung und Protestantismus in der pluralen Gesellschaft, in: Schweitzer 2002, S. 13 - 35.

Ders.: Bildung als Lebensbegleitung und Erneuerung. Kirchliche Bildungsverantwortung in Gemeinde, Schule und Gesellschaft, Gütersloh ^{2}1992.
Ders.: Zur Bildungspolitik der evangelischen Kirche. Eine historisch-systematische Studie, in: Biehl/Nipkow 2003, S. 153 - 261.
Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866 - 1918. Band 1, Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.
Ders.: Deutsche Geschichte 1866 - 1918. Band 2, Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
Ders.: Religion im Umbruch. Deutschland 1870 - 1918, München 1988.
Nirumand, Bahman (Hrsg.): Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfass Nahost, Reinbeck 1991.
Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995 (Lizenzausgabe BzpB).
Nolda, Sigrid: Programme der Erwachsenenbildung als Gegenstand qualitativer Forschung, in: Nolda/Pehl/Tietgens 1998, S. 139 - 236.
Ders. / Pehl, Klaus / Tietgens, Hans: Programmanalysen. Programme der Erwachsenenbildung als Forschungsobjekte, Frankfurt am Main 1998.
Nolte, Paul: Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, Bonn 2006 (Lizenzausgabe BzpB).
Nüchtern, Michael: Religiöser Pluralismus und christliches Abendland, in: Hempelmann/Dehn 2000, S. 11 - 17.
Nuissl, Ekkehard: Zwischen öffentlichen Auftrag und Markt, in: Sander 1997, S. 519 - 527.
Ders. / Schlutz, Erhard: Systemevaluation und Politikberatung. Gutachten und Analysen zum Weiterbildungssystem, Bielefeld 2001.
Ders.: Weiterbildungs-Evaluationen im Vergleich (Nuissl/Schlutz 2001 a), in: Nuissl/Schlutz 2001, S. 9 - 75.
Ochel, Joachim: Bildung in evangelischer Verantwortung auf dem Hintergrund des Bildungsverständnisses von F.D.E. Schleiermacher, Göttingen 2001.
Oerder, Karl: Kirche als Global Player. Von den Missionsorden zur Entwicklungszusammenarbeit, in: Frantz/Zimmer 2002, S. 105 - 118.
Oevermann, Ulrich: Die objektive Hermeneutik als unverzichtbare methodologische Grundlage für die Analyse von Subjektivität, in: Jung/Müller-Dohm 1993, S. 106 - 189.
Ders.: Kontroversen über sinnverstehende Soziologie. Einige wiederkehrende Probleme und Missverständnisse in der Rezeption der „objektiven Hermeneutik“, in: Aufenanger/Lenssen 1986, S. 19 - 83.
Ders.: Programmatische Überlegungen zu einer Theorie der Bildungsprozesse und Strategie der Sozialisationsforschung, in: Hurrelmann 1976, S. 34 - 52.
Oevermann, Ulrich u. a.: Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“, in: Zedler 1983.
Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Bonn 2001.
Olzog, Günter / Liese, Hans-Jürgen: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München ^{21}1992.
Oppolzer, Siegfried (Hrsg.): Denkformen und Forschungsmethoden der Erziehungswissenschaft. Band 1, München 1966.
Papier, Hans-Jürgen: Die Neuordnung der Europäischen Union, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 31/2004.
Pehl, Klaus: Evangelische Erwachsenenbildung in Zahlen, in: Seiverth 2002, S. 213 - 230.
Petersen, Susanne: Rituale für kooperatives Lernen in der Sekundarstufe I, Berlin ^{5}2005, S. 106 ff.

Peterßen, Wilhelm: Handbuch Unterrichtsplanung. Grundfragen, Modelle, Stufen, Dimensionen, München ^{7}1996.
Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten 1964.
Ders.: Mut zur Utopie. Die großen Zukunftsaufgaben, München 1970.
Ders.: Leitlinien der Erwachsenenbildung. Aufsätze zu Entwicklungstendenzen der Weiterbildung. Zusammengestellt von Hans Tietgens, Braunschweig 1972.
Ders.: Wahrheit, Vernunft, Verantwortung, Stuttgart 1969.
Pöhls, Joachim: ANSTÖSSE 50 Jahre jung, in: ANSTÖSSE 4/2003, S. 18 - 19.
Pogorelskaja, Swetlana: Die parteinahen Stiftungen als Akteure und Instrumente der deutschen Außenpolitik, in: APuZ 6 - 7/2002, S. 29 - 38.
Preul, Reiner: Kirche als Bildungsinstitution, in: Schweitzer 2002.
Raabe, Fachverlag für die Schule (Hrsg.): RAAbits Hauptschule. Direkt einsetzbare Materialien für Ihren Unterricht, Klasse 7 - 9, Stuttgart 2001 (kontinuierlich aktualisierte und erweiterte Materialsammlung).
Reccius, Adolf: Geschichte der Stadt Allendorf in den Soden. 1. Auflage 1930. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage von Dr. Horst Schütt, herausgegeben von der Stadt Bad Sooden-Allendorf, Bad Sooden-Allendorf 2000.
Rehder, Stefan: Religion im Reagenzglas, in: Das Parlament 10/2006, S. 5.
Relke, Frank: Das Passionskreuz. Religion 9/16, in: Raabe, Fachverlag für die Schule 2001.
Ders.: Ökorepublik Deutschland? Die Ökologisierung der Wirtschaft in den Programmen der bundesdeutschen Parteien, Frankfurt 1997.
Rieck, Andreas: Der ideologische Faktor. Panarabismus, Nationalismus, arabischer Sozialismus, islamischer Fundamentalismus, in: Nirumand 1991, S. 118 - 135.
Risse, Thomas / Lehmkuhl, Ursula: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, in: APuZ 20 - 21/2007, S. 3 - 9.
Roth, Heinrich / Blumenthal, Alfred (Hrsg.): Zum Problem der Lernziele, Hannover 1973.
Rothe, Aribert: Evangelische Erwachsenenbildung in der DDR und ihr Beitrag zur politischen Bildung, Leipzig 2000.
Rucht, Dieter: Protestbewegungen, in: Benz 1989. Band 3, S. 311 - 344.
Rutschky, Katharina: Deutsche Schulchronik, Köln 1987.
Ruf, Anja / Seiverth, Andreas (Hrsg.): Globales Lernen in der Evangelischen Erwachsenenbildung. Zwischenergebnisse eines Konsultationsprozesses, Frankfurt o.J. (Im Impressum der Dokumentation ist keine Jahresangabe vermerkt. Aufgrund der in den Beiträgen gemachten Zeitangaben ist davon auszugehen, dass die Schrift im Jahr 2004 erschienen ist. Sie kann bei der DEAE, Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt bezogen werden.)
Sachße, Christoph: Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive, in: Zimmer/Nährlich 2000, S. 76 - 88.
Sack, Detlef: Das Globale im Lokalen. Zwischen städtischem Standortwettbewerb und lokaler Agenda 21, in: Steffens 2007, S. 118 - 136.
Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach 1997.
Sauer, Ralph: „Von allem vermag man zu lernen ...“ Symbole in einer technischen Zivilisation, in: Hertle u. a. 1987, S. 129 - 137.
Scherb, Armin: Der Beutelsbacher Konsens, in: Lange 2007, S. 31 - 39.
Ders.: Sinnorientierung (Scherb 2007 a), in: Lange 2007, S. 124 - 133.

Scherr, Albert: Außerschulische Jugendbildung für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft. Rahmenbedingungen, Herausforderungen und programmatische Orientierungen, in: Breit/Schiele 2004, S. 262 - 242.
Scherrer, Christoph: Bildung als Gegenstand des internationalen Handelsregimes, in: Blömeke u. a. 2004, S. 177 - 189.
Schieder, Rolf: Die Zivilisierung der Religion durch Bildung als Programm und Problem des Protestantismus, in: Schweitzer 2002, S. 36 - 53.
Schiele, Siegfried: Demokratie braucht politische Bildung, in: Breit/Schiele 2004, S. 1 - 10.
Ders.: Ein halbes Jahrhundert staatliche politische Bildung in Deutschland (Schiele 2004 a), in: APuZ 7 - 8/2004, S. 3 - 6.
Ders.: Möglichkeiten der politischen Bildung im 21. Jahrhundert, in: Butterwegge/Hentges 2002.
Schleiermacher, Friedrich: Die Vorlesungen aus dem Jahr 1826, in: Schleiermacher 1957.
Ders.: Hermeneutik und Kritik. Herausgegeben von Manfred Frank, Frankfurt 1995.
Ders.: Pädagogische Schriften. Band 1, herausgegeben von Erich Weniger, Düsseldorf / München 1957.
Schreiner, Martin: Evangelische Schulen und der Bildungsauftrag des Protestantismus, in: Schweitzer 2002, S. 216 - 233.
Schubert, Klaus: Sicherheitspolitik und Bundeswehr, in: Benz 1989. Band 1, S. 279 - 323.
Schweitzer, Friedrich (Hrsg.): Der Bildungsauftrag des Protestantismus, Gütersloh 2002.
Seifert, Jürgen: Die Verfassung, in: Benz 1989. Band 1, S. 40 - 70.
Seitz, Klaus: Lernen für ein globales Zeitalter. Zur Neuorientierung der politischen Bildung in der postnationalen Konstellation, in: Butterwegge/Hentges 2002, S. 45 - 58.
Seitz, Michael / Grobe-Slopjanka, Birgit: Ökumenisches Lernen. Neue Perspektiven durch den Blick in den Welt-Spiegel, in: Ruf/Seiverth o.J., S. 41 - 43.
Seiverth, Andreas (Hrsg.): Am Menschen orientiert. Re-Visionen Evangelischer Erwachsenenbildung, Bielefeld 2002.
Ders.: Auf dem Weg in die Moderne. Zur Konstitutionsproblematik Evangelischer Erwachsenenbildung - eine historische Skizze, in: DEAE 1995, S. 60 - 78.
Ders.: Statistik als Element der Qualitätsentwicklung. Anregungen zur Entwicklung eines kirchlichen Bildungsberichts, Statistik 2005, herausgegeben im Auftrag der DEAE, Frankfurt, 2007.
Sellin, Volker: Politik, in: Brunner u. a. 1978, S. 789 - 874.
Seyfarth, Constans: „Ein Gespenst geht um in unserem Leben". Max Webers Konzeption des modernen Berufsmenschentums, in: Burkholz 2001, S. 163 - 184.
Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004.
Steffens, Gerd (Hrsg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung, Münster 2007.
Ders.: Politik als Diskurs (Steffens 2007 a), in: Lange 2007, S. 10 - 21.
Strack, Helmut: Im Kontext von Pluralität. Einige Gedanken zur Evangelischen Erwachsenenbildung in der Moderne, in: DEAE 1995, S. 17 - 25.
Straßer, Gerd: Gesellschaftliche Veränderungen als Herausforderung für den Auftrag zur religiösen Bildung und Erziehung in Schule und Kirche, in: Landeskirchenamt Kassel 2002, S. 12 - 28.
Strehlow, Karen: Agrarstrukturwandel und agrarpolitische Krisenbewältigung in Deutschland, Baden-Baden 1992.
Strunk, Gerhard: Evangelische Erwachsenenbildung vor der Jahrhundertwende. Zur Ent-

wicklung und Aktualisierung ihrer Konzeption, in: DEAE 1995, S. 79 - 84.
Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1990, Frankfurt a. M. 1996.
Träger, Harry / Marzela, Clemens: Der Braunkohle-Bergbau am Meißner: 1558 - 1974. Ein historischer Rundblick und Begleitbroschüre für montanhistorische Wanderungen auf dem Meißner, Horb am Neckar 2006.
Traugott, Jähnichen (Hrsg.): Protestantismus und soziale Fragen. Profile in der Zeit der Weimarer Republik, Münster 2000.
Trotha, Trutz von: Der Aufstieg des Lokalen, in: APuZ 28 - 29/2005, S. 32 - 38.
Uexküll, Jakob von: Welche Art Fortschritt brauchen die Menschen, braucht die Welt heute? in: Bundeszentrale für politische Bildung 1995, S. 389 - 396.
Uhlig, Christa: Die Trennung von Schule und Kirche - ein ungelöstes Problem deutscher Bildungsgeschichte, in: Gamm u. a. 2006, S. 163 - 175.
Ulbricht, Justus H.: „Glaube und Heimat" oder „pädagogisch-politische Reformation". Kulturelle Antworten auf gesellschaftliche Identitätskrisen im „grünen Herzen Deutschlands", in: Palmbaum. Literarisches Journal aus Thüringen 4/1996, S. 6 - 17.
Ders.: Von der „Heimat" zum „Trutzgau", in: Ehrlich/John/Ulbricht 1999.
Ders. / Werner, Meike (Hrsg.): Romantik, Revolution und Reform. Der Eugen Diederichs Verlag im Epochenkontext 1900 - 1949, Göttingen 1999.
Ungerer, Lothar: Gewerkschaftliche politische Bildung. Entwurf für eine emanzipatorische Bildungstheorie, Östringen 1987.
Unglaube, Peter: Einblicke in Kurhessens Kirchengeschichte, Kassel 1996.
Valtink, Eveline: Zum Begegnungsfeld Bildung. Bildungsarbeit als Gestalt protestantischer Kultur, in: Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck 2001, S. 17 - 21.
Viertel, Matthias: Brücke für Zukunft oder: Grundlegung einer „Ja-und-Theologie", in: ANSTÖSSE 1/2005, S. 3 f.
Ders.: Wie die Jugend in die Akademie kam, in: ANSTÖSSE 2/2004, S. 3.
Vogel, Angela: Familie, in: Benz 1989. Band 3, S. 35 - 86.
Vogel, Martin Rudolf: Volksbildung im ausgehenden 19. Jahrhundert, Stuttgart 1959.
Vögele, Wolfgang / Bremer, Helmut / Vester, Michael (Hrsg.): Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002.
Wacker, Bernd: Politische Theologie, in: Eicher 1991. Band 4, S. 235-247.
Waßmann, Dieter: Waldeck. Geschichte einer Landeskirche, Kassel 1984.
Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Tübingen 1972.
Weber-Kellermann, Ingeborg: Landleben im 19. Jahrhundert, München 1987.
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 2, München 1987.
Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3, München 1995.
Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4, München 2003.
Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 5, München 2008.
Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2006.
Weißeno, Georg (Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung. Band 2, Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach 1999.
Welsch, Wolfgang: Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft, Frankfurt 1995.
Wernet, Andreas: Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, Opladen 2000.
Wessely, Uli: Politische Bildung in der globalen Wissensgesellschaft, in: APuZ 7 - 8/2004, S. 32 - 38.

Wilkinson, Helen: Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung?, in: Beck [4]1998 S. 85 - 123.
Willets, Peter (Hrsg.): „The Conscience of the World". The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN System, London 1996.
Wölbing, Werner: Handbuch der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Beschreibung der Kirchengemeinden und Kirchenkreise, herausgegeben im Auftrag des Landeskirchenamtes Kassel, Kassel 1994.
Wüst, Jürgen: Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt 1993.
Zahrnt, Heinz: Martin Luther. Reformator wider Willen, München 1986.
Zedler, Peter (Hrsg.): Aspekte qualitativer Sozialforschung. Studien zur Aktionsforschung, empirischer Hermeneutik und reflexiver Sozialtechnologie, Opladen 1983.
Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hrsg.): Religion und Politik. Zwischen
Universalismus und Partikularismus, Opladen 2000.
Ziebertz, Hans-Georg: Christliche Religion und ihre empirische Präsenz in Deutschland, in: Gamm u. a. 2006, S. 63 - 82.
Ziegert, Richard: Kirche ohne Bildung. Die Akademiefrage als Paradigma der Bildungsdiskussion im Kirchenprotestantismus des 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1997.
Zimmer, Annette / Nährlich, Stefan (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen 2000.
Zürn, Michael: Schwarz - Rot - Grün - Braun. Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Beck 1998, S. 297 - 330.

Frank Relke

Politische Bildung und Evangelische Kirche

Eine historisch angelegte Untersuchung zur Bildungsarbeit
der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
am Beispiel der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Band 2: Materialband

kassel
university
press

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) angenommen.

Gutachter: Prof. Dr. Bernd Overwien
Tag der mündlichen Prüfung: 28. Mai 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar

Zugl.: Kassel, Univ., Diss. 2009
ISBN print: 978-3-89958-618-3
ISBN online: 978-3-89958-619-0
URN: urn:nbn:de:0002-6193

© 2009, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Printed in Germany

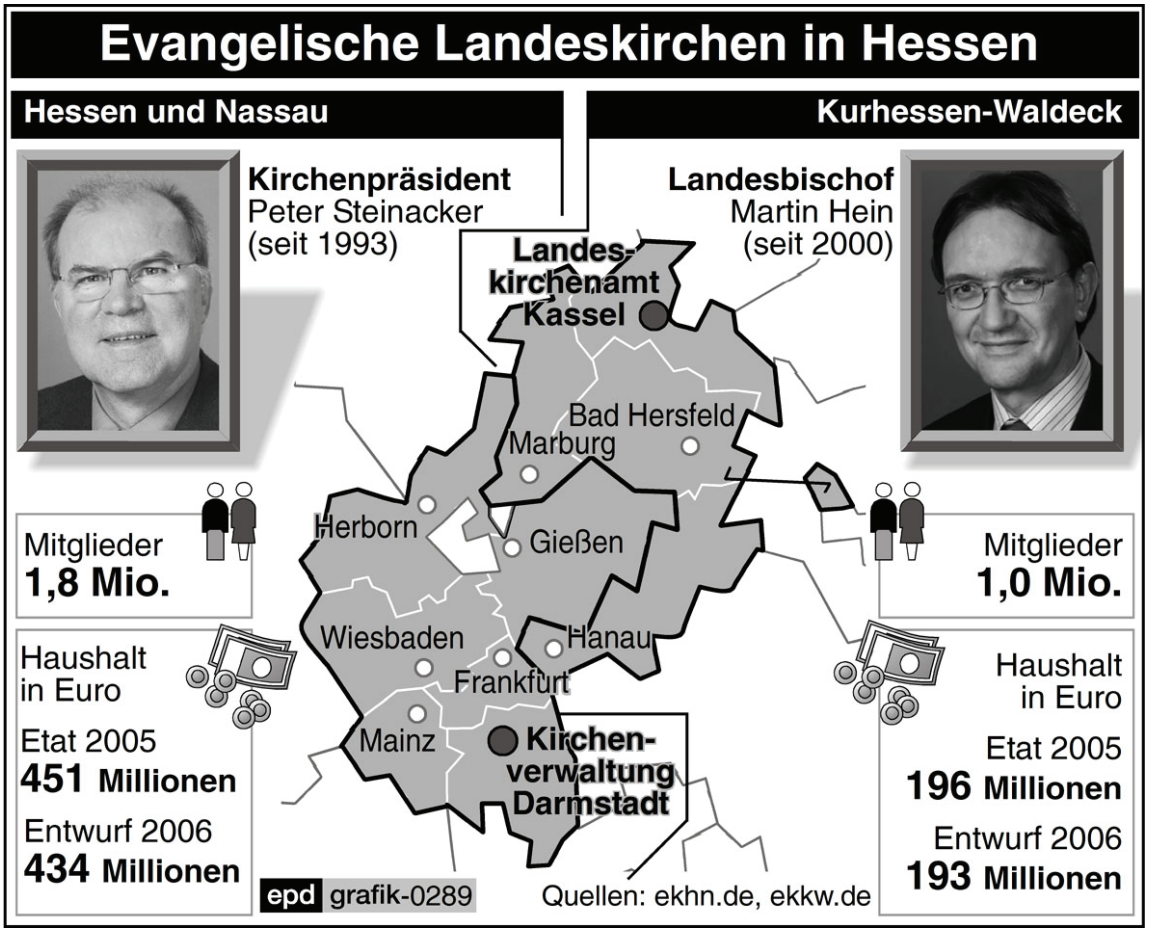
Inhaltsverzeichnis

1. Übersichtskarten über die EKD und die Landeskirchen in Hessen 3
2. Exemplarische Seiten aus dem Tagungsverzeichnis zu den Akademietagungen 6
3. Politische Bildungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar 7
4. Berufsspezifische Angebote 89
5. Angebote für politische Bildner im Akademieprogramm 91
6. Erwachsenenbildung im Akademieprogramm 93
7. Veranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Politikfeld „Bildung“ 94
8. Kirche – Schule im Akademieprogramm 108
9. Hofgeismarer Protokolle zu bildungspolitischen und pädagogischen Tagungen 109
10. Erwachsenenbildungsveranstaltungen der EKKW - Jahresberichte nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz 112
11. EKKW-Veranstalter des Stoffgebiets „Politik – Gesellschaft“ (Stoffgebiet 1) 2000 – 2004 113
12. Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen 114

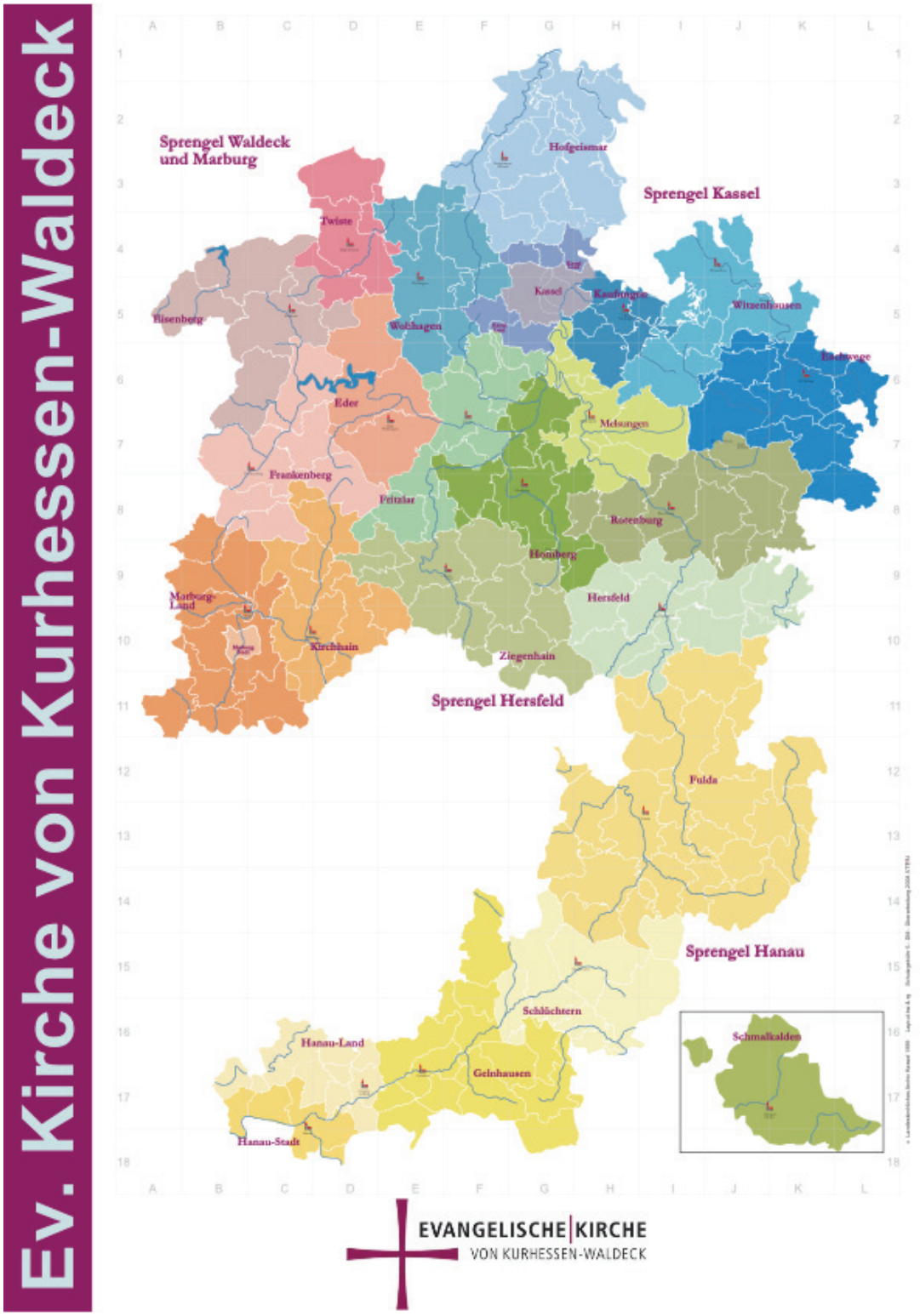
Quellenverzeichnis 115

1. Übersichtskarten über die EKD und die Landeskirchen in Hessen

Quelle: EKD



Quelle: Evangelischer Pressedienst



Quelle: Landeskirchliches Archiv Kassel

2. Exemplarische Seiten aus dem Tagungsverzeichnis zu den Akademietagungen

488 *Band 2 - 1. Akademietagungen 1947-1997*

3158) 27.-29. Oktober *Welche Kirche wollen wir?*
Kirche verstehen - Kirche verändern
Tagung für Kirchenvorstandslaienvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
(K: Bereich Gemeindeaufbau im Amt für Kirchliche Dienste der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck)

3159) 3.-5. November *Bilder von Liebe, Angst und Tod*
Edvard Munchs Lebensfries

3160) 4. November *Arbeitslosigkeit*
Runder Tisch III: Das Handwerk: Betriebe in Gefahr - Neue Betriebe in Sicht
(K: Handwerkskammer Kassel)

3161) 10.-12. November *Unsere Bauern: Die Letzten von gestern - die Ersten von morgen?*
Landwirtschaft als Schrittmacher für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise
(K: Dienst auf dem Lande der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck)

3162) 16. November *Nordhessen im Verbindungstakt*
Der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) und seine Bedeutung für die Regionalentwicklung

3163) 17.-19. November *Intersubjektivität und Religion*
Der Weg zur Religion in Hegels Phänomenologie des Geistes
Philosophisches Seminar

3164) 18. November *Aufwachsen in schwieriger Zeit*
4. [5.] Kinderkonsultation[751]

[751] Irrtümliche Zählung, vgl. Anm. 744.

Band 2 - 1. Akademietagungen 1947-1997 489

3165) 20.-24. November *Ich höre deine Klage*
Sinn-voll und sinn-lich trauern und Abschied-Nehmen mit Klang und Bewegung
Selbsterfahrungsseminar

3166) 22. November *Hoffnungsträger Kirche*
Ideen zu ihrer Weiterentwicklung
Werkstattgespräch

3167) 25. November *Novellierung des Pflege-Versicherungsgesetzes*
Fachgespräch

3168) 30. November - 1. Dezember *Die Reform des Sozialhilferechts 1995*
Finanzpolitischer Sparkurs und die Bedeutung für die soziale Sicherung Bedürftiger
Fachgespräch

3169) 1.-3. Dezember *Doris Lessing: „Unter der Haut"*
Zum Verhältnis von Autobiographie und Werk

3170) 8.-10. Dezember *Wird's ohne Engel Weihnachen?*
Wochenende für Kinder und Erwachsene
Kinderakademie

3171) 15.-17. Dezember *Et incarnatus est*
Das Bild von der Menschwerdung Christi in den großen Messen des Abendlandes
Advents-Tagung

3172) 15.-17. Dezember (Bad Orb) *Sport als Lebenshilfe für Behinderte XX*
Bewegungserziehung in Entwicklung
Jubiläumstagung
(K: Arbeitskreis Kirche und Sport der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck)

1

1 Jaspert 2003, S. 488 f.

3. Politische Bildungsveranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Bei den Veranstaltungsnummern handelt es sich um die laufenden Nummern, die in dem Band „Geschichte der Evangelischen Akademie von Kurhessen-Waldeck" von Bernd Jaspert aufgeführt sind. Wenn hinter einer Veranstaltung mehrere Nummern stehen, handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe.

Am 10. November 1952 wurde mit der Veranstaltung Nr. 184 das Akademiegebäude Schlösschen Schönburg eingeweiht.

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1947	Besinnungstage für Lehrer (Nr. 2, 7,12, 37, 40, 43, 60 ...)			
1950	Frage der Autorität. Tage der Stille und Besinnung für Junglehrer (88)			
1951		Brauchen wir Lebenskunde an unseren Landwirtschaftsschulen? Tagung für Landwirtschaftslehrer (Nr. 139)	Das marxistische Weltbild (Nr. 118, 153)	Die christliche Verantwortung für Europa (Nr. 129)
			Der neuere Nationalismus in Literatur und Historie. Darstellung und Kritik (130)	
			Ohne mich. Zum Thema Wiederbewaffnung (142)	
1952			Albert-Schweitzer-Tagung (172)	
1953			Der politische Flüchtling (199)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Betriebsrätetagung (238)	Die Pflicht zur Opposition. Tagung für die junge Generation (201)	
			Gespräch zwischen Vertretern der FDP in Hessen und der EKKW (214)	
			Gespräch zwischen Vertretern der SPD in Hessen und der EKKW (220)	
			Gespräch zwischen Vertretern der CDU in Hessen und der EKKW (222)	
1954			Der Weg des Adels in der Demokratie (257)	Europa - der Ausweg? (292)
			Gespräch zwischen DGB und Landeskirche (267)	
			Die Mündigkeit des Menschen. Arbeitstagung über das Wesen der Säkularisation (274)	
1955	Ausbildung und Bildung. Tagung für Berufsschullehrer (313)		Das Erbe der kirchlichen Vergangenheit als Aufgabe (311)	
		Wissen und Wesen. Arbeitstagung über Probleme der Erwachsenenbildung (321)	Das Rätsel des Bolschewismus (314)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	in den 50er und 60er Jahren: regelmäßige Tagungen mit dem Titel: „Der Mensch im Bergbau", z. B. Nr.: 308, 326, 327, 514, 542, 563, 576, 612,626,641,661,701, 704, 718, 738, 755, 786, 815, 854, 861, 873, 902, 924 = 61. Tagung dieser Art, 984, 1031, 1078,1129		Civil-Courage. Tagung für Jungakademiker (316)	
	Der Mensch an der Grenze. Tagung für Zollbeamte (340)			
			Gewissensverwirrung. Tagung über die Problematik der Wiederaufrüstung (322)	
			Der Friede (343)	
			Bildung (335)	
1956		Kirche und Gewerkschaft. Fronten von gestern, Partner von morgen. Tagung für Gewerkschaftsfunktionäre (346)	Autorität und Verantwortung im Betrieb, im Staat, in der Kirche. 39. Arbeitertagung (348, 350)	Confluence. Der Einfluss Amerikas auf Europa (349)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Der Mensch an der Grenze. Tagung für Angehörige des Zollgrenzdienstes (365, 388)	Kirche und Gewerkschaft (374, 380)		
	Der pädagogische Prozess. Fortbildungskurs für ev. Jugendarbeit (373, 381)	Karl Marx gestern und heute. Arbeitertagung (352)	Neue Welt durch Technik. Tagung für Jungarbeiter und Studenten (353)	
	Das Werk unserer Hände. Tagung für Handwerker. 1. Handwerkertagung der Ev. Handwerkerbewegung (385, 429)	Alles fragt nach Gerechtigkeit. Tagung für Arbeiter (391)	Der latente Marxismus in der westlichen Welt. Marxismus IV (346)	
			Die Kunst des Möglichen. Fragen der Außenpolitik (372)	
			Was hat der Westen zu verteidigen? Tagung für Angehörige des BGS (390)	
			Die Todesstrafe (392)	
1957		... Schiedsrichter zwischen Bruder und Bruder. Fragen des Arbeitsrechts (416)	Gespräche mit den Parteien (399, 401, 406)	
	Menschenführung in der Welt des Soldaten heute. Offizierstagung (425)	Offizierstagung der Bundeswehr (411, 412)		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Meine Gruppe und ich. Tagung für Unterführer im BGS (430)		Meinungsforschung - Was die Christen meinen. Meinungsforschung in der Kirche (415)	
			Das Christentum am Morgen des Atomzeitalters. Tagung des Hauskreises christlicher Begegnung in Kassel (420)	
			Was hat der Westen zu verteidigen? Tagung für junge Offiziere und Fahnenjunker der Bundeswehr (426)	
			Der Eiserne Vorhang, Grenze zweier Welten. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes (436)	
1958		Wir setzen uns an einen Tisch. Fragen zur inneren Erneuerung der Betriebsgemeinschaft. Tagung für Angehörige von Industriebetrieben (444)	Religion „mangelhaft“. Studientagung für Religionslehrer (432)	
	Köpfe, die für andere denken? Die Frage nach dem künftigen Offizier im BGS. Für BGS-Offiziere (439)	Mein Betrieb und ich. Tagung für Jugendführer der Gewerkschaft (452)	Kirche und Meinungsforschung (461)	
		Die Generation ohne Eigenschaften. Europäisches Seminar für Erzieher, Eltern, Lehrer, Jugendführer (457)	Was ist heute noch echt? Offene Worte zu peinlichen Tatsachen. Tagung für Grenzjäger des BGS (478)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Betrieb und Bildung. Fragen der Menschenführung in der modernen Arbeitswelt. Tagung für Wirtschaftler (445)	Sind Sie sicher, dass ... Gespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (480, 538)	Nachbarschaft. Mitbürgerliche Verantwortung in den deutschen Nachbarschaftsheimen. Tagung für freiwillige Mitarbeiter in den Nachbarschaftsheimen (488)	
	Plan und Pause. Der Grenzgänger im Dienst und in der Freizeit. Für Dienstanfänger im BGS (446)	Wir setzen uns an einen Tisch. Fragen zur Erneuerung der Betriebsgemeinschaft (491)		
	Das Gewicht der Zeile. Tagung für Journalisten (456)			
	Die Schwere der Schuld. Die Erziehungsaufgabe des Jugendstrafrechts. Tagung für Jugendrichter und -staatsanwälte, Strafanstaltsbeamte und Bewährungshelfer (465)			
	Erziehung vom Kinde aus. Eine kritische Anfrage an die Erziehungslehre des 20. Jahrhunderts. Tagung für Lehrer (469)			

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Mir sind Menschen anvertraut. Tagung für Wirtschaftler und Offiziere der Bundeswehr (471)			
	Ich habe ein Amt. Tagung für Kommissare des Zollgrenzdienstes (484)			
	Wie schlagen wir die Zeit tot? Der Grenzbeamte im Dienst und zu Hause. Tagung für Zollgrenzdienstbeamte (486, 551)			
1959	Sozialisierung als ethisches Problem. Akademietag für Bergwerksdirektoren (493)	Sind Sie sicher, dass ... Für junge Unternehmer und Gewerkschaftsjugendführer (503)	Der mündige Mensch. Der „Gegenstand" der Sozialkunde (512)	Was eint uns? Ein Gespräch um Europa. Pfingsttagung der jungen Generation (516)
	Interview mit mir selber. Für Unterführer im BGS (497, 537)		Der Streik in sozialethischer Sicht. Akademietag für Bergwerkdirektoren (543)	
	Der Standort. Zum Selbstverständnis des heutigen Offiziers. Für höhere Offiziere der Bundeswehr (499)			

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Warum hat das Handwerk noch eine Zukunft? Tagung des Ev. Männerwerks (501)			
	Der ganze Mensch. Zum Problem der Erziehung in der Truppe. Für BGS-Offiziere (502)			
	Wir setzen uns an einen Tisch. Für Angehörige von Industriebetrieben (515)			
	Verdirbt der Glaube das Geschäft? Für Handelsleute und Geschäftsinhaber (522, 570)			
	Was suche ich beim BGS? Für Grenzjäger (523)			
	Freiheit und Ordnung. Für Polizeioberbeamte (520)			
	Über die Linie. Grenzfragen eines jungen Offiziers. Für Offiziere der BW (532)			

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1960	Pädagogische Prämissen. Fragen zur Erziehung in der Bundeswehr. Für Offiziere (536)		Der Mensch im atomaren Zeitalter (547)	Entwicklungspartnerschaft. Nachwuchsförderung als Frage nach dem Menschen in der deutschen und ausländischen Wirtschaft. Tagung für die Carl-Duisberg-Gesellschaft (586)
	Wir setzen uns an einen Tisch (Vermerk im Gästebuch: Bauwirtschaft, 548)		Krise des Eigentums (550)	
	Ehe und Familie. Innere Reserven für den Dienst in einer Polizeitruppe. BGS-Offizierstagung (554)		Einigkeit und Recht und Freiheit. Für Offiziere der Bundeswehr (552)	
	Die Weiche. Können wir noch frei entscheiden? Für Angehörige des Zollgrenzdienstes (560)		Verteidigung ohne Waffen. Zum Problem der Kriegsdienstverweigerung (553)	
	Wir setzen uns an einen Tisch. Gemeinsames Betriebsgespräch (562)		Stadt und Land. Für Landwirte und Verbraucher. Vom Bauernvolk zur Industriegesellschaft. Spannung zwischen Dorf und Stadt (555)	
	Haltung und Halt. Für jüngere Offiziere der Bundeswehr (594)		Der Sozialstaat: Möglichkeiten und Grenzen. Für Sozialrichter (571)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Ehe und Familie. Innere Reserven für den Dienst in der Bundeswehr. Für Offiziersehepaare (597)			
1961	Der Soldat und seine Vergangenheit. Für Offiziere der Bundeswehr (610)		Ostkunde und kirchlicher Unterricht (647)	Interchange. Probleme des Austausches zwischen Amerika und Deutschland (620)
	Was man meint und was ich denke. Für Grenzjäger des BGS-Kommandos Nord (613)		Das politische Gedicht (656)	Entwicklungspartnerschaft. Nachwuchsförderung als Frage nach dem Menschen in der deutschen und ausländischen Wirtschaft. Tagung für die Carl-Duisberg-Gesellschaft (649)
	Ehe und Familie: Innere Reserven für den Dienst in der Bundeswehr. Zweite Rüstzeit für Offiziersehepaare (614)			
	Staatsautorität und Bürgerrecht. Für Polizeibeamte (615)			

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Jung und alt auf dem Bauernhof. Für Angehörige der Landwirtschaft (616, im Gästebuch III unter dem Titel: „Alt und Jung ...“)			
	Handeln und Wirken in der Werkstatt. Gegenwartsprobleme des Handwerks. Tagung des Ev. Männerwerks (618)			
	Der Grenzbeamte im Dienst und zu Hause. Für Beamte des Zollgrenzdienstes (619)			
	Geborgenheit. Die Bedeutung von Familie und Ehe für den Dienst in der Truppe. Tagung für Unterführer im BGS-Kommando Mitte (632)			
	Rüstzeit für Angehörige des BGS-Kommandos Mitte (643)			
	Der Mensch an der Grenze. Für Zollgrenzdienstbeamte (658)			

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1962	Das „erkannte" Ziel. Sinn und Aufgabe meines Lebens. Für Grenzjäger des BGS-Kommandos Nord (672)		Strukturwandel des Dorfes und der Gemeinde. Tagung für Bürgermeister, Lehrer, Pfarrer und alle, die im Dorf Verantwortung tragen (666)	
	Kleine Äcker - große Sorgen. Tagung für Angehörige der Landwirtschaft (675)		Soziale Hilfe. Probleme der Diakonie im Sozialstaat (668)	Foreign Politics. Studienseminar mit dem Amerika-Haus Kassel (681)
	Du sollst. Der Unterführer im BGS und seine „Pflicht". Tagung für Unterführer des BGS-Kommandos Mitte (684)		Was haben wir zu verteidigen? Fragen der Kirche an den Offizier - Fragen des Offiziers an die Kirche. Für Offiziere der Bundeswehr (670)	Die Gräber von gestern - Mahnung für morgen. Das Vermächtnis der Kriegsgräber für die Friedensarbeit Europas (703)
	Freiheit und Dienst. Tagung für Oberbeamte der Polizei (687)		Ideologie und Terror (696)	
	Menschen in West und Ost. Die Frage nach dem Menschenbild unserer Zeit. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes (712, 722)			
1963	Freiheit und Rüstung des Geistes. Rüstzeit für Offiziere der Bundeswehr (730)		Das Atom (731)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Bereitschaft. Für Zollgrenzdienstbeamte (732)		Der mögliche Friede. Tagung für Kriegsdienstverweigerer und Wehrdienstbejaher (739)	
	Grund und Boden als Erbe und Auftrag. Für Landwirte (733)		Der Bestrafte in der Gesellschaft (741)	
	Wir wollen leben: Die junge Generation und die Probleme der Welt von heute. Für Grenzjäger des GSK Mitte (752)		Die soziale Frage im 20. Jahrhundert. Vom Lohnarbeiter zum Partner. Akademietagung des Sozialpfarramts (744)	
	Alt und Jung. Für Polizeibeamte (769)		Was bedeutet uns heute Vaterlandsliebe? (751)	
	Der Bauer und der Markt. Tagung für Landwirte und Genossenschaftler (770)		Der Mensch und seine Umwelt. Für die junge Generation (761)	
	Meine Familie. Tagung für Unterführer des BGS im GSK Nord (722)			
1964	Was bleibt vom Bauerntum in der Industriegesellschaft? Tagung für Landwirte und Verantwortliche im Dorf (787)		Toleranz (784, 847)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Soldaten für den Frieden. Rüstzeit für Offiziere der Bundeswehr (788)		Prüfung am Wort. Wehrdienst und Kriegsverweigerung im Lichte der biblischen Botschaft (790)	
	Freiheit, die ich meine. Für Zollgrenzdienstbeamte (804)		Die Grenzen der Naturwissenschaft (793)	
	Grenzfragen. Für Zollgrenzdienstbeamte (824)		Der Wald in der Industriegesellschaft (795)	
	Person und Betrieb in bäuerlicher Sicht. Für Landwirtschaftsberater, Landwirtschaftslehrer und landw. Berufsschullehrer (831, 865)		Kirche, Staat und Öffentlichkeit (799, Kontext: Staatskirchenvertrag von 1960)	
			Erwachsenenbildung. Jahrestagung des Leiterkreises der Evangelischen Akademien Deutschlands (806)	
			Staat und Gesellschaft. Ein Grundproblem der deutschen Demokratie (808)	
			Recht auf Heimat. Tagung der Schlesischen Genossenschaft des Johanniterordens (814)	
			Der 20. Juli 1944 - nach 20 Jahren (817)	
			Was ist politische Wahrheit? (823)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1965	Angst und Mut. Akademietagung für Angehörige des BGS im GSK Mitte (846)		Die Last des Verkehrs. Deutsche Bundesbahn heute und morgen (851)	Europa als Frage an uns. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes (892)
	Zwischen den Fronten. Für Offiziere der Bundeswehr (850)	Staatsbürgerkunde, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde? Tagung für Lehrer (856)	Schwankende Preise. Begegnung zwischen Landwirten, Kaufleuten und Konsumenten (853)	
	Truppe ohne Tradition? Für Offiziere des BGS (869)		Bismarck (874)	
	„Jung gefreit ..." Tagung für Offiziere der Bundeswehr und ihre Ehefrauen oder Bräute (872)		Das Staatsoberhaupt (891)	
	„... treu zu dienen." für Offiziere der Bundeswehr (877)			
1966	Die Neuordnung der Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe (Denkschrift der EKD). Für Bauern, Verantwortliche im Dorf und Pfarrer auf dem Lande (903)		Das Handwerk in der Sozialpolitik der Gegenwart. 9. Handwerkertagung (897)	Das Verhältnis der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn. (895)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Offizier in dieser Zeit. Für Offiziere der 2. PzGrenDivision (931)		Gespräch zwischen Vertretern der FDP Hessens und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck. Themen: „Die Freiheit und ihr Missbrauch" und „De libertate christiana" (909)	Das Deutschlandbild der anderen. Für Angehörige des Zollgrenzdienstes (935)
	Freiheit und Abhängigkeit. Für Landwirte und Mitarbeiter ländlicher Genossenschaften (947, 960, 965)		Aspekte der Verkehrspolitik (915)	Schwarz und Weiß in Südafrika (930)
			Bundestagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (919, geschlossene Veranstaltung)	
			Demokratie in der Kirche? (936)	
			Pressefreiheit - Pressewahrheit. Für BGS-Angehörige des GSK Mitte (942)	
			Bedingungen des Friedens (944)	
1967	Die Macht des Vorurteils. Für Polizeibeamte (962)	Leitbilder für neue Gemeindestrukturen im ländlichen Raum (1007)	Gespräch zwischen Vertretern der CDU Hessens und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (950)	
	Liebe, Ehe, Elternschaft. Für Zollgrenzdienstbeamte (999)		Der Griff nach der Weltmacht (954)	
			Vaterland, Nation und Staat. Für Offiziere der Bundeswehr (955)	
			Verantwortung für den Frieden (958, Vortrag)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Die Grenze im Osten (959)	
			Akademietagung für Landwirte in Verbindung mit dem Verein für Agrarwirtschaft (963, Themen: Konzentration des Angebots ..., Die Agrarpolitik der 6 Länder in der EWG, Die EWG - von Frankreich her gesehen, Der Weg des Deutschen Bauernverbandes, Die Bundeswehr)	
			Die Teilung Deutschlands. Außentagung für Zollgrenzdienstbeamte (967, Berlin)	
			Ökonomie der Bildungspolitik (968)	
			Politik im Drama (974)	
			Gespräch zwischen Vertretern der SPD Hessen-Nord und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (976)	
			Soldat und Politik. Für Offiziere der 2. PzGrenDivision (992)	
			Föderalismus als Chance? (995)	
			Zwischen Elbe und Oder (1005)	
1968	Unsere Aufgaben in einer verantwortlichen Gesellschaft. Für Meister und Wachtmeister im BGS (1015)	Institution und Organisation (1035)	Dialektik der Toleranz (1013)	Agrarpolitik in Europa. Agrarpolitisches Seminar für Landwirte, Verantwortliche des bäuerlichen Berufsstandes, Berater und Landpädagogen (1026)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Säkularisierung, eine Herausforderung für die heutige Theologie. Für Oberstudiendirek-toren (1041)	Integrierte Gesamt-schule (1076 GEW)	Nationalismus (1016)	Evangelisches Kirchen-tum aus dem Osten. Möglichkeiten zu neuen Wegen im Unterricht (1036)
	Erziehung wozu? Für Bundes-grenzschutzbeamte (1045)		Der Friede. Utopie oder Lebensbedingung? Für Offiziere der Bun-deswehr (1017)	Deutschland-Seminar. International Educators' conference (1056, 1134 Atlantikbrücke Hamburg und Canadian Department of National Defence Dependants' Schools Overseas)
			Wandlungen des rechtlichen Verhältnisses von Staat und Kirche in den letzten Jahren (1025)	Freiheit für Vietnam (1062)
	Das verkehrspolitische Programm der Bundes-regierung in der Be-währung. Akademieta-gung für Verkehrsfach-leute (1080)		Marx, Lenin, Mao. Für Zollgrenzdienst-beamte (1050)	Der Reformsozialismus in der CSSR (1077, Junge Presse Hessen)
	Landwirtschaft in Grenzbetrieben? Ta-gung für Landwirte, Bürgermeister der Landgemeinden und an der Landwirtschaft Inte-ressierte (1085)		Volkskirche zwischen gesellschaftlichem Auftrag und theologischer Kritik (1070)	
			Sind Ideologien verdächtig? (1073)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1969	Was ist der Bauer in der Welt von morgen? Landwirtschaftstagung (1102)		Politisierung der Kirche? (1095, Vortrag)	Studienreise in die Sowjetunion. (1133, CVJM-Reisedienst Kassel)
	Ehe und Familie in unserer Zeit. Für Polizeivollzugsbeamte im BGS des GSK Mitte mit Ehefrauen (1116, 1145)		Verweigerung des Wehrdienstes - aus politischen Motiven? (1112)	Die arabische Welt (1144)
	Die Verantwortung des Beamten als Waffenträger. Für Grenzschutzbeamte ... (1130)		Gewaltloser Widerstand (1113)	Wege der Entwicklungshilfe (1099)
	Landwirtschaft als Nebenerwerb - ein Weg für die Zukunft? Für Landwirte und an der Landwirtschaft Interessierte (1161, 1186)		Die hergestellte Welt. Probleme mit der Futurologie (1118, 1198 Hessen-Kolleg Kassel)	Das alte Rußland und die Sowjetunion. Kontinuität trotz Revolution? (1101)
			Unverstandener Protest? Gespräch über die Unruhe in der jungen Generation (1123, Dekanat Eschwege)	Mitteleuropa 1969. Für Zollgrenzdienst-beamte (1108, Berlin)
			Demokratisierung in Staat und Kirche (1124)	Entwicklungshilfe? Für Beamte des Zollgrenzdienstes (1156)
			Frieden für unsere Zeit (1127)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Religionsunterricht in der Krise? Neubestimmung und Neugestaltung der Unterweisung. Für Religionslehrer (1137)	
			Geschichtsbewusstsein im technischen Zeitalter (1149)	
			Zeitgeist des Bismarckreiches (1878 - 1890). 12. Jahrestagung der Gesellschaft für Geistesgeschichte (1150)	
			Adorno, Marcuse, Habermas. Karl Marx und seine gegenwärtigen Schüler (1160, 1165)	
			Christen und Marxisten (1163)	
1970	Standort und Funktion der Landwirtschaft in den 70erJahren (1180)	Modell Gesamthoch-schule (1211)	Kindesmisshandlung (1166)	Rußland und Deutsch-land (1167, Kirchenge-meinde Homberg)
	Fragen zwischen Handwerk und Kirche. 12. Handwerkertagung (1233)		Erziehung zum Frieden. Für Polizeivollzugsbeamte im BGS des GSK Mitte (1170)	Die Landesverheißun-gen an die Väter und der Staat Israel (1181, Deutscher Evangeli-scher Ausschuss für Dienst an Israel)
			Politische Theologie (1171)	Die politische Verant-wortung der Kirche - The Political Responsi-bility of the Church. Kurs für Akademieleiter aus Asien, Afrika und Lateinamerika. CLLT-Kurs 1970 (1201)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Demokratische Elite (1173)	Das herausgeforderte Amerika (1202)
			Ethik und Gesellschaft. Das Politische und die Frage nach dem guten Leben (1196)	Studienreise Moskau - Sibirien (1214, CVJM-Reisedienst)
			„Politische Bildung". Ergebnisse und Entwürfe (1197)	Rußland und Deutschland. Fest der Freunde (1221)
			Die neue Verkehrspolitik auf dem Prüfstand (1203)	Öffnung nach Osten. AG „Der gemeinsame Weg“ (1224)
			Zivildienst für den Frieden (1207)	
			Kirche und Staat. Für Zollgrenzdienst-beamte (1217)	
			Zwei Staaten einer Nation? Für Beamte des gehobenen Dienstes (1225)	
			Deutschland-Tagung (1227, Ostkolleg der BzpB)	
			Demokratisierung der Schulverwaltung (1231)	
			Zwischen dem Auftrag des Staates und der Entwicklung der Gesellschaft. Für Offiziere der 2. PzGrenDivision (1234)	
			Möglichkeiten und Grenzen der chemisch-biologischen Manipulation des Menschen (1242, Theodor-Litt-Kolleg)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1971	Bauer am Scheideweg. Bleiben, Doppelberuf oder Berufswechsel? Für Landwirte, Nebenerwerbslandwirte und Landfrauen (1256)	Soziale Sicherung unserer Landwirtschaft. Landwirtschaftstagung (1259)	Utopie und Gesellschaftskritik (1243)	Slawen und Deutsche (1253 Abendgymnasium Kassel)
	Die Zukunft gewinnen. Kirchliche Tagung für den 7. Stabsoffizierslehrgang (1265)	Auf der Suche nach der heilen Welt. Für Landwirte, Industrielle und Offiziere des BGS (1287)	Was heißt „Demokratisierung der Kirche"? (1244)	Die amerikanische Herausforderung (1264 Deutsch-amerikanische Gesellschaft e.V., Kassel, und Europa-Union, Landesverband Hessen)
	Die Polizei in der freiheitlichen Demokratie. Für Polizeibeamte (1272)		Kommt der Weltfriede? 1248	Wege und Chancen einer Nachbarschaft. Polen und Deutsche (1318)
			Reich - Bund - Föderation (1257)	
			Leben in einer gespaltenen Stadt (1266, Für Zollgrenzdienstbeamte, Berlin)	
			Antirassismus - das umstrittene Engagement der Kirche (1267)	
			Erwachsenenbildung als Politikum (1277)	
			Rauschmittel, Jugend, Gesellschaft (1278)	
			Gruppendynamik - Spiel ohne Folgen? Öffentliche Diskussion über die politische Relevanz von gruppendynamischem Training (1279)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Glaube - Kritik - Emanzipation. Gesellschaft, Schule und Kirche vor der Frage nach den Lernzielen (1283, PTI)	
			Mensch und Tier (1288)	
			Die Rolle des Lehrers. Funktionen und Aufgaben des Lehrers in einer demokratischen Schule (1292)	
			Faktoren gesellschaftlicher Veränderungen (1294, Hessen-Kolleg Kassel)	
			Erziehung gegen die Schule? Schulische und außerschulische Bildungsarbeit (1303)	
			Auto und Umwelt (1304)	
1972	Der Beamte als Diener des Volkes - ein Glied der Gesellschaft. Berufsethischer Lehrgang für Unterführer im Bundesgrenzschutz des GSK Mitte (1328)		Freie Marktwirtschaft oder Sozialismus? (1333, Abendgymnasium Kassel)	Deutschland zwischen Ost und West (1329, Kirchengemeinde Schlüchtern)
	Erbe und Auftrag des Soldaten (1368, Ev. Militärseelsorge im Wehrbereich IV)		Strukturplan für das Bildungswesen. Interpretation und Befragung (1336)	China - die dritte Weltmacht. Für Zollgrenzdienstbeamte (1339, 1395)
			Ausländerrecht in der BRD (1343)	
			Deutschlandstudientagung des Ostkollegs der BzpB (1348, 1367)	
			Die Sprache des Marxismus (1358)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Soziale Marktwirtschaft (1363)	
			Gesamthochschule Kassel. Beginn einer Stufenlehrerausbildung (1369)	
			Bildungspolitische Initiativen der Kirche? (1377, Vortrag im Kasseler Hauskreis der Ev. Akademie Hofgeismar)	
			Deutschland - was ist das? (1388)	
			Die Ungeborenen. Christliche Verantwortung für das werdende Leben (1389, Bundeszentrale des Weißen Kreuzes)	
			Leistung in der Schule (1390, 1447)	
			Öffnung nach links? Marxisten im kirchlichen Dienst (1392)	
			Umweltgefährdung und Entwicklungstendenzen im ländlichen Raum (1397)	
1973	Tapfer sein und dienen - zeitgemäß? Für Offiziere der Bundeswehr und ihre Ehefrauen (1434)		Wirtschaftskonzentration in West und Ost (1407)	Lateinamerika. Experimente auf Zukunft (1404)
			Lernziel Frieden. Aufgaben der Friedenspädagogik (1409)	Landwirte in der erweiterten EWG - Konkurrenten und Partner (1419, Landwirtschaftstagung)
			Konservativ heute (1416)	Entwicklungstendenzen in Osteuropa (1478)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Berlin - 100 Jahre Hauptstadt. Für Zollgrenzdienstbeamte (1430, Berlin)	
			Erwachsenenbildung (1435, Klausurtagung mit gezielten Einladungen an kirchl. Gruppen wie Amt für kirchl. Frauenarbeit)	
			Die evangelische Sozialethik im Prozess der gesellschaftlichen Veränderungen (1444)	
			Zusammenarbeit der Werke unter dem Gesichtspunkt der Erwachsenenbildung (1456, Aussprachetagung)	
			Schulbuch als Politikum (1462)	
			Noten - Zeugnisse - Diagnosebogen. Probleme der Leistungsmessung und -beurteilung (1466)	
			Die Folter - Zeichen kollektiver Armut? (1469, AI)	
			Bodeneigentum in Gefahr? (1472)	
1974	Freiheit und Ordnung. Für Offiziere der Bundeswehr 1506)	Freiheit und Bindung als Prinzipien der Menschenführung. Für Offiziere, Verwaltungsbeamte und Lehrkräfte des BGS (1491)	Verkehrspolitik im Brennpunkt (1493)	Das Europa von morgen (1511, Europa-Union, Landesverband Hessen)
	Die strapazierte Freiheit. Offizierstagung des BGS (1547)		Die neue Linke (1494, Deutscher Ev. Frauenbund)	Osteuropa in der deutschen Bildung (1568, AG „Der gemeinsame Weg")
			Lernziel Friede (1495, PTI)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Friedensordnung (1498, Melanchthon-Schule, Steinatal)	
			Konservativ und Kirche (1503)	
			Rahmenrichtlinien: Gesellschaftslehre (1510, Ev. Kirchengemeinde Kirchhain)	
			Sozialistische Theologie (1516)	
			Der religiöse Sozialismus (1521, Tagung der Paul-Tillich-Gesellschaft e.V.)	
			Alternativen zur parlamentarischen Demokratie (1526, Abendgymnasium)	
			Umweltprobleme im Schulcurricula (1543, 1650)	
			Die Dimension des Politischen in der Kirche (1549, Theologiestudenten der EKKW)	
			Recht - Freiheit - Gesittung - Dreißig Jahre danach. Der 20. Juli 1944 (1565)	
1975	Der Auftrag der Polizei im demokratischen Staat. Für Grenzschutzbeamte (1624)		Mit 18 volljährig: Folgerungen für Schule und Unterricht (1586)	Verflechtung mit Südafrika (1573)
			Das Problem der Leistung und der Leistungsbeurteilung in der Schule (1591, Ev. Kirchengemeinde Kirchhain)	Osthandel. Kooperations- und Lizenzverträge (1582, Fachtagung)
			Staat und Kirche. Für Zollgrenzdienstbeamte (1594)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Ein christlicher Verräter? Bonhoeffer nach 30 Jahren (1602)	
			Bildungspolitische Kompetenz. Seminartagung zum Curriculum-Projekt „Bildungspolitik als Gegenstand politischer Bildung" (1609)	
			Politische Gefangenschaft. Menschen zwischen Macht und Ohnmacht (1651)	
1976			Die politische Relevanz des Hegelschen Systems. Akademietagung für Kollegiaten des Theodor-Litt-Kollegs Kassel (1654)	Christen in Osteuropa (1703)
			Ethik in Konfliktfeldern des Alltags. Tagung für Politiker, Pädagogen, Theologen und andere Interessierte (1659)	
			Überbevölkerung: eine unabwendbare Katastrophe? (1664, Abendgymnasium Kassel)	
			Gesucht: soziale Rationalität. Die SPD und die ökonomisch-politische Zukunft (1667)	
			Aufgaben und Grenzen kirchlicher Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen (1685, Landesverband Hessen der Ev. Akademikerschaft)	
			Krise und Aufschwung. Gesellschaftspolitische Konsequenzen für die Zukunft (1689, Akademietagung des Sozialpfarramtes der EKKW)	
			„Damals im Mai ..." Auf der Suche nach der verlorenen Revolte (1691)	
			Bonhoeffer: noch aktuell? (1692)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Die Drohung mit dem Tod oder das Leben mit der Todesstrafe (1704)	
			Widerstände gegen den Umweltschutz (1707)	
			Entpolitisierung in unserer Gesellschaft. Akademietagung für das Hessenkolleg Kassel (1708)	
			Die Problematik unseres wirtschaftlichen Wachstums / Funktions-weise, Gefahren und Sicherheitsprobleme eines Kernkraftwerkes, Borken als möglicher Standort eines Kernkraftwerkes (1728, 1731, 1734, 1739, 1749) Seminarabende des AK „Kernkraftwerk Borken")	
			Das Machbare und das Notwendige. Fantasie für politisches Han-deln (1732)	
1977	Leben an der Grenze. Für Zollgrenzdienst-beamte (1776)		Klausurtagung mit der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag (1746)	Der Tod des Revolutio-närs. Der chinesische Weg nach Mao Tse-tung. Forum für junge Erwachsene (1791)
			Soziale Gerechtigkeit und Weltwirtschaftsordnung (1750)	Widerstand oder Erge-bung? Christen und Kir-chen in Osteuropa (1806, Christliche Ost-mission e.V.)
			Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der BRD (1753, Tagung mit dem Abendgymnasium Kassel, Ev. Trägergruppe für ge-sellschaftspol. Jugendbildung / Theodor-Litt-Kolleg)	
			Massenmedien und Kommunikation (1763, Tagung für das Theodor-Litt-Kolleg)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Die neue soziale Frage oder die Aufhebung der Klassengesellschaft. Grundsatzprogramm und Ordnungspolitik der CDU (1778)	
			Politik ist auch für Kinder! Tagung für Eltern und Kinder (1780)	
			Politik in Literatur und Film am Beispiel von Peter Handkes „Falsche Bewegung" (1782, Theodor-Litt-Kolleg)	
			Alternative Lebensformen. Umwelt - Gesundheit - Gesellschaft (1788)	
			Grundlegende Bildung oder produktive Einseitigkeit? Zur Reform der gymnasialen Oberstufe (1789)	
			Jugendliche ohne Beruf und ohne Arbeit? Lernbehinderte und Haupt-schüler ohne Abschluss (1792)	
			Macht und Gewalt - dem Frieden verpflichtet. Tagung für Offiziere der 2. Jägerdivision (1797)	
			Staats- und parteienverdrossene Bürger? (1810)	
			Der altböse Feind: Kommunismus (1811)	
			Die Kirche und der Frieden. Für Theologiestudenten der EKKW (1812)	
			Euthanasie? Gesichtspunkte verantwortlichen Handelns (1822)	
1978	Die Chance, miteinander zu reden. Tagung für Beamte des Zollgrenzdienstes (1908)	Institutionsberatung in Kirche, Wirtschaft, Politik und Bildungswesen. Expertengespräch (1851)	Verspieltes Erbe? Dietrich Bonhoeffer und der deutsche Nachkriegsprotestantismus (1841)	Übungen in Mitmenschlichkeit. Europäische Meditation (1897)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		10. Schuljahr: Realschule? Bildungsplanung in Hessen (1885)	Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik und die Verantwortung der Kirche (1842, Seminar über ein Gutachten der Ev. Studiengemeinschaft e.V. Heidelberg)	Sicherheit, Abrüstung und Ökonomie. Sozialethische Herausforderung für die europäischen Kirchen und Christen nach Helsinki und Belgrad (1903)
		Politisches Asyl für Verfolgte aus der Dritten Welt. Zur Reform des Asylrechts (1898)	Zivilisation und Ökologie (1846, Theodor-Litt-Kolleg)	
		Tarifabschlüsse oder Dritter Weg? Vor der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der kirchlichen Mitarbeiter in der EKKW (1911)	Das Hitlerbild in der BRD (1855, Theodor-Litt-Kolleg)	
		Ganztagsschule? (1921, Evangelische Kirchengemeinde Kirchhain)	Freiheit und/ oder Sicherheit? Klausurtagung mit der SPD-Landtagsfraktion (1858)	
		Die Rolle der Kirche in der Hochschule. Beispiel: Studentengemeinde (1930, Ev. Studentengemeinde Kassel)	Haben oder Sein. Die Grundlagen einer neuen Gesellschaft (1860)	
			Grundwerte im Wandel. Für Offiziere der 5. Panzerdivision (1862)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Von der Notwendigkeit der Kirche, Schulen zu haben. Glaube - Bildung - Freiheit (1863)	
			Die Kirche als Bürge der Freiheit? (1877, Freundeskreisveranstaltung, Vortrag)	
			Politisches Lied und Kabarett. Sommerfest für junge Leute (1892)	
			Wertfreiheit und Ideologie im Deutschunterricht (1901, Theodor-Litt-Kolleg)	
			§ 218. Zwei Jahre Neuregelung (1916)	
			Hitler - nach dreiunddreißig Jahren. Hintergründe einer Faszination. Über den Umgang mit einem geschichtlichen Erbe (1920)	
1979		Schulrecht - Pädagogik. Gespräch mit Bildungspolitikern, Schulrechtlern und Pädagogen (1937)	Glaubwürdigkeit in der Politik (1936)	Brasilien. Ein Land der Dritten Welt an der Schwelle zum Industriestaat (1974, AI)
	Vermittlung der Grundwerte. Tagung für Offiziere der 2. Jäger-Division (983)	Förderstufe in Hessen. Flächendeckende Einführung bis 1982? (1954)	Grundrecht auf Arbeit. Politisches Schlagwort oder Strategie gegen Arbeitslosigkeit? (1940)	Zwischen Argentinien und Moskau. Sport und Politik (1981, GhK)
	Freiheit und Sicherheit als Grundlage des Staates - Ein Thema ethischer Unterweisung. Tagung für Polizeivollzugsbeamte im BGS (1984)	Kirche und Polizei. Gespräch zwischen leitenden Beamten der Hessischen Polizei und Vertretern der Kirchenleitung der EKKW (1963)	Was heißt es heute, Deutscher zu sein? (1942)	Auswärtige Kulturpolitik als Entwicklungspolitik (2019, Fachgespräch)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		10. Schuljahr in Hessen. Ein Modellversuch (1980)	Der moderne Antisemitismus. (1947, Tagung des Deutschen Evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel)	
		Probleme der flächendeckenden Einführung der Förderstufe in unserer Region. Förderstufe in Hessen II (2009)	Der Reichtum der Welt und die Armut Jesu. Armut und Reichtum: politisch-sozial, ethisch, religiös (1950)	
			Die Gen-Ingenieure. Chancen und Risiken der zweiten biologischen Revolution (1953, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW)	
			Atempause. Politische Literatur von und mit Peter Schneider (1957)	
			Positiver Frieden. Modelle einer politischen Friedenskultur (1971)	
			Tradition als Last? Zur Identitätskrise der Bundeswehr (1972, Expertengespräch)	
			Verantwortliche Wahrnehmung der Natur in Kunst, Wissenschaft und Politik (1998, Theodor-Litt-Kolleg)	
			Symbol und Symbolik in Geschichte und Politik (2015, Tagung der Gesellschaft für Geistesgeschichte)	
			Ökologische Forderungen an die Landwirtschaft (2022)	
			Der Zivildienst nach der Reform (2023)	
			Die Grünen und die Bundestagswahl 1980 (2028)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1980	Worüber reden Handwerker miteinander? Der diakonische und gesellschaftspolitische Auftrag der Evangelischen Handwerkerbewegung (2087, Handwerkerarbeit der EKKW)	Der pädagogische Freiheitsraum des Lehrers. Schulrecht und Pädagogik (II) (2057)	Gemeinsame Tagung mit der CDU-Fraktion des Hessischen Landtages (2040, Schwerpunktthemen: „Familienpolitik" und „Der Weg der Evangelischen Kirche in Deutschland nach 1945")	Iran. Islam und Politik (2047)
	Tradition als Last. Die Bundeswehr als Spiegel eines gesamtgesellschaftlichen Dilemmas. Für Lehrer an Schulen der Bundeswehr (2126)	Schulpolitik für Ausländer. Probleme und Modelle regionaler Schulentwicklungsplanung (2096)	Ökonomie und Ökologie. Kolloquium zum Naturverständnis von Wirtschaftswissenschaftlern, Planern und Ökologen (2049)	Meditation und schöpferische Arbeit. Kreative Aspekte der „Europäischen Meditation" (2051)
		Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst. Für Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes (2113)	„Jugend ´80" Portrait einer Generation zwischen Angst und Hoffnung (2063)	Mystik in Europa. Protestantische Traditionen (2068)
			Die Ausbeutung des Meeresbodens (2070)	Ökumene in Europa. Die Konflikte des Kontinents als Herausforderung an das europäische Christentum (2075)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Ein schwieriges Vaterland. Politische Kultur in Deutschland: Fassade und Innenausstattung (2079)	Der Beitrag der Kirchen zu Europa (2077, Referat des Generalsekretärs der Konferenz Europäischer Kirchen, Glen Garfield Williams)
			Kirche der Armen (2082)	China und das Christentum (2084)
			Aufhebung des Leidens durch Sozialpolitik? (2085)	Die verschleierte Emanzipation. Frauen in der Dritten Welt (2112)
			Energie. Wirtschaft - Verteilung - Soziale Anfragen (2089)	Die Industrie als Kulturexporteur in die Dritte Welt. 2. Fachgespräch zur auswärtigen Kulturpolitik als Entwicklungspolitik (2131)
			Die Energie-Enquete des 8. Deutschen Bundestages (2097)	
			Politische Kultur und Gegenkultur (2099, Theodor-Litt-Kolleg)	
			Sympathie. Politische Literatur von und mit Dorothee Sölle (2104)	
			1949 - Kirche vor dem Problem der Staatsgründung. Die evangelische Kirche und die Bundesrepublik Deutschland (2107)	
			Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern. Fachgespräch (2118)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Energiewirtschaft in Hessen. Zum Standortsicherheitsplan für große Wärmekraftwerke (2122)	
			Initiativen zum Frieden (2133)	
1981	Eidespflicht und Gewissen. Für Bundesgrenzschutzbeamte (2172)	Gewerkschaft und Kirche. Rückblick und Ausblick. (2170, Jahrestagung der Industriebereiche im Sozialpfarramt der EKKW)	Polizei und Jugend (2141)	China und die westliche Welt (2139, Theodor-Litt-Kolleg)
	Wertvorstellungen in Dienst und Privatleben. Anspruch und Wirklichkeit. Für BGS-Beamte (2197)	Schulpolitik für Ausländer (II): Integration durch eine gemeinwesenorientierte Schule? Probleme und Möglichkeiten in Wohngebieten mit hohem Ausländeranteil (2177)	Lernen von Erwachsenen (2153, 2191Theodor-Litt-Kolleg)	Mitteleuropa (2182, 2310)
	Umgang mit asylsuchenden Ausländern. Politische Zweckmäßigkeit und Menschenwürde. Für BGS-Beamte (2214)	Die Reform des Ausländerrechts II (2230)	Friedensengagement in der Praxis der Kirche. Für Theologiestudenten der EKKW (2155)	Bauen und Wohnen in der 3. Welt (2185)
		Religionslehrerausbildung an einer Gesamthochschule (2231)	Gewalt - Gewaltfreiheit - Widerstand (2173)	Mexiko - Modell für die Dritte Welt? (2198)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Was ist Gerechtigkeit? Ein Gespräch zwischen Ökonomie und Theologie (2179)	Der Beitrag Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft. Folgen für das Ausländer-, Arbeits- und Sozialrecht (2220)
			Ressourcen als Friedensproblem. Neue Friedensbedürfnisse (2184, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung AFK)	Ökonomische Grundlagen der Entwicklungspolitik (2224, Ökumenische Werkstatt Kassel)
			Biotechnologie. (2188, wissenschaftliches Kolloquium)	Die umstrittene Sicherheit. Nachrüsten oder abrüsten? Militärische, politische, soziale Aspekte des Ost-West-Verhältnisses (2189, Ev. Wehrbereichsdekanat IV, Mainz)
			Das Lehrerbild der Lehrerbildung (2193)	
			Ökologisches Lernen. Kriterien - Modelle - Konsequenzen. Umweltkonsultation des Leiterkreises der Ev. Akademien (2196)	
			Protestantismus und Demokratie (2204, Kolloquium Kirchliche Zeitgeschichte)	
			„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." Art. 14 Abs. 2 Grundgesetz (2209)	
			Alternativen zur herrschenden Familienpolitik (2212)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Kirchen und politische Aufklärung. 4. Juristen-Theologen-Gespräch (2217)	
1982	Wofür leben wir? Für BGS-Beamte (2259)		Von der Schwierigkeit, sich heute auf die Bergpredigt zu berufen. Biblischer Text und politisches Handeln (2240)	Die Raiffeisenidee in der Welt. Aufbau von Genossenschaften in der 3. Welt. Tagung der Landvolkarbeit der EKKW (2236, Raiffei-senverband Kurhessen e.V., Kassel)
			Klausurtagung mit der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag (2243)	Die Europäisierung Eu-ropas als Friedenspolitik (2246)
			Kirche und Polizei (2244, Klausurtagung)	Die Rolle Europas und seiner Kirchen im Frie-densprozess. Vorberei-tungstagung für Van-couver 1983 (2261)
			Die strukturpolitischen Probleme Nordhessens. Wirtschaftspoliti-sches Forum (2245)	Nigeria. Schatten des schnellen Reichtums (2274)
			Klausurtagung mit der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag (2256)	Global 2000 und die Folgen. Handlungsemp-fehlungen und Hand-lungsmöglichkeiten (2278)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Kirche - Kapital und Arbeit. Versuch einer Orientierung. Jahrestagung des Sozialpfarramtes der EKKW (2267, Veranstalter: Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt)	Förderung der Rückkehr griechischer Arbeitnehmer in ihre Heimat (2283)
			Frieden mit der Natur. Zum Verhältnis von Umwelt und Friedensbewegung (2280)	Vom Krieg als „unmöglicher Möglichkeit" - Gültigkeit und Grenzen des Clausewitz-Paradigmas. Für Wissenschaftler und Offiziere der Bundeswehr (2307)
			Politische Auseinandersetzungen vor Gericht (2287)	Die Rolle der politischen Stiftungen in der Dritten Welt (2322)
			Thema: Frieden. Berufsethischer Lehrgang für BGS-Beamte (2300)	
			Arbeitswelt und soziale Frage in den achtziger Jahren (2301)	
			Friedensforschung, Kirche und kirchliche Friedensbewegungen (2304, AFK)	
			Innovation und regionale Entwicklung. Wirtschaftspolitisches Forum (2315)	
1983		Die hessischen Rahmenrichtlinien Religion in der Lehrerausbildung (2331)	Der gemeine Frieden. Kommunikation als Weg zum Frieden (2334, Theodor-Litt-Kolleg)	Argentinien (2332)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Die Zukunft der hessischen Lehrerausbildung (2346)	Neue Weichenstellung in der Ausländerpolitik? (2336)	Perspektiven einer neuen Landwirtschaftspolitik für Europa (2340)
		Neue Entwicklungen in der Asylrechtsprechung (2367)	Angst vor dem Frieden (2338)	Pakistan. Islamische Kultur und politische Struktur (2381)
		Teilzeitbeschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (2392)	Mögliche Folgen biotechnischer Forschung. Kolloquium (2339, VDW)	Die Zukunft der Sicherheit in Europa (2383, AFK)
		Bürgerbeteiligung bei nuklearen Großprojekten. Gibt es faire und rationale Prozesse der Prüfung und der Bürgerbeteiligung? (2350)	Kirche zwischen Krieg und Frieden: 1870 - 1914 - 1939. Historische Erkundungen in aktueller Absicht (2352)	
			Wovon leben wir? Wertvorstellungen und Handlungsorientierungen in Kirche und Gesellschaft. Jahrestagung des Sozialpfarramtes der EKKW (2357)	
			Grundgesetz und Frieden (2365)	
			Erziehung zum Frieden. Für BGS-Beamte (2380)	
			Die deutschen Intellektuellen und der Nationalsozialismus (2389)	
			Mit fremden Augen sehen. Die Deutschen aus der Sicht der türkischen Kultur in der Bundesrepublik (2396)	
			Wer kontrolliert die Kontrolleure? Das künftige Sicherungssystem kerntechnischer Anlagen (2399)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Probleme des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordhessen. Wirtschaftspolitisches Forum (2402)	
			Jugendkrise - Jugendrevolte als Verunsicherung und Herausforderung der Jugendforschung (2407)	
1984		Was Lehrer lernen (sollen). Berufsaufgabe, Berufserfahrung und Berufsausbildung des Lehrers (2422)	1984. Orwells Vision und die Wirklichkeit. Filme - Literatur – Politik (2411)	Der Schock der Heimat. Rückkehrerprobleme und Rückkehreraufgaben nach dem Auslandsaufenthalt (2427)
		Gewissen auf dem Prüfstand. Tagung für Beisitzer in Kriegsdienstverweigerungsverfahren (2480, 2506)	Die Armenisch-apostolische Kirche. Eine Volkskirche zwischen Ost und West (2412)	Lomé III - Wendepunkt oder Rückschritt europäischer Entwicklungspolitik? (2446)
			Perspektiven für die Entwicklung des Bildungswesens in der BRD. Gesellschaft - Bildung - Politik (2417, Fachgespräch)	Der Sudan. Zwischen Schwarz-Afrika und der arabischen Welt (2450)
			Netzwerke des Friedens. Elemente einer Friedenskultur (2419)	Kriege in der Dritten Welt. XII. Wissenschaftliches Kolloquium der AFK in Zusammenarbeit mit der Ev. Akademie Hofgeismar (2466)
			Gesellschaftliche Folgen neuer Biotechniken (2423, VDW)	Politische Flüchtlinge in Ostafrika. Studienreise mit Asylrichtern in den Sudan (2474)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Armut? Zukunftsentwicklungen in Kirche und Gesellschaft. Für Theologiestudenten der EKKW (2424)	Ökumene und Entwicklungsverantwortung. Konsultation des Leiterkreises der Ev. Akademien (2485)
			Perspektiven der Landwirtschaft in Nordhessen (2425)	
			Zur öffentlichen Verantwortung von Theologie und Kirche für Natur und Umwelt. Umweltkonsultation der EKKW (2426)	
			Biotechnik - natürliche Technik? Möglichkeiten und Folgen für Menschen, Umwelt, Wirtschaft (2428)	
			Unsere Verantwortung für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Jahrestagung des Sozialpfarramtes der EKKW (2434)	
			Umweltorientierte Beschäftigungspolitik. Möglichkeiten und Probleme (2441)	
			Grundgesetz und technologischer Wandel (2442)	
			Friedenserziehung in der Schule. Aufgaben - Probleme - Möglichkeiten (2444)	
			Bildungspolitik angesichts massiver Jugendarbeitslosigkeit. Jahreskonferenz der Ökumenischen Vereinigung der Akademien und Tagungszentren in Europa (2455)	
			Dialog über den Staat. Symposion zu Themen aus Platons „Staat" (2458)	
			Macht doch endlich Frieden! Wochenende für Kinder und Erwachsene (2464, Kinderakademie)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Gentechnik und Biotechnologie. Konsultation Ökologie des Leiterkreises der Ev. Akademien in Deutschland, der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft e.V., des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (2465)	
			Nordhessen: Kann die berufliche Qualifikation zum Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden? Berufliche Qualifikation - technologischer Wandel. Wirtschaftspolitisches Forum (2472)	
			Gesellschaftliche Folgen neuer Biotechniken (2475, VDW, Schweiz)	
			Freundbilder - Feindbilder. Zur Sozialpsychologie des Friedens (2482)	
			Arnoldsheimer Filmgespräche 1984: Widerstand im Film - Film als Widerstand. Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V., Fachbereich Film ...; Ev. Akademie Arnoldshain (2483)	
			Kleine Fluchten als Widerstand. Traum- und Gegenwelten in diesem unserem Land (2486)	
1985		Freie Schulen als pädagogische Herausforderung für das öffentliche Schulwesen. Ziele - Konzeptionen - Bedingungen (2496)	Was wird aus der Kirche? Die neue Umfrage der EKD über Kirchenmitgliedschaft: Ergebnisse - Probleme - Folgen (2492)	Menschenrechte und Wirtschaftsinteressen in Argentinien (2493)
			Arm und Reich in der BRD. Jahrestagung des Sozialpfarramtes der EKKW (2501)	Frauen und Militär. Aspekte der gegenwärtigen internationalen Diskussion (2494)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			1945 - 8. Mai - 1985. Um der Zukunft willen Erinnerung. Theologisch-politische Reflexionen zu Versöhnung und Gewalt (2507)	
			Wirtschaftspolitik in Hessen. Wirtschaftspolitisches Forum. Gespräch mit Staatsminister Dr. Ulrich Steger, Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik (2509)	
			Der Mensch nach Maß? Zur genetischen Manipulation des Menschen. Medizinische, ethische, rechtliche Probleme (3283)	
			Sozialpsychologie des Friedens (AFK 3289, 2533, 2634)	
			Umweltpolitik als Technologiepolitik. Perspektiven der Zukunftssicherung (3291, Deutsche Umweltstiftung)	
			Wirtschaftsliberalismus heute. Fachgespräch für Ökonomen, Sozialwissenschaftler, Theologen, Philosophen (3295)	
			Friedensstaatlichkeit. Rechtsstaatlichkeit und Friedenssicherung in der BRD (3298)	
			Wirtschaftspolitisches Forum (3301)	
1986	Bundesgrenzschutz im Jahr 2000. Veränderung in Berufsbild und Berufsethik? Für BGS-Angehörige (2525)	Vom Zusammenleben der Lehrer und Schüler in der Schule. Zur Entwicklung des sozialen Lehrens und Lernens (3314)	Frieden. Theologisches Fachgespräch (3324)	Entwicklung im Bankrott. Von der Notwendigkeit entwicklungspolitischer und –theoretischer Neuansätze (3306)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Hessische Förderstufe nach dem Förderabschlussgesetz. Chancen und Probleme (3332)	Was heißt heute: Erinnern an die nationalsozialistische Zeit? 7. Tagung der Gedenkstätten und Gedenkstätten-Initiative für die Opfer des NS-Regimes (3330, Aktion Sühnezeichen; Friedrich-Ebert-Stiftung; Gedenkstätte Breitenau)	Ökumene und Dritte Welt. Initiativen im Bereich der EKKW (3310)
			Autonomie als Verfassungsprinzip? Neue Formen von Protest und Partizipation ... (3335)	Zimbabwe. Eine entwicklungs-politische Länderkunde (3322)
			Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Nordhessen. Ordnungspolitische Vorstellungen, Tendenzen und Brüche, Arbeitseinsatz und Rüstungsindustrie (3336)	Religion und Politik in den USA. Ein übersehenes Kapitel politischer Kultur (3334)
			Sinnlich Wissen schaffen. Zur Veränderung der Wissenschaft durch ökologisches Denken (2530)	Dritte Welt im Dokumentarfilm. Filmseminar mit Gordian Troeller (2549)
			Wohin mit dem Müll? Kinderakademie (2531)	
			Ethik des Lebens. Gespräch mit der Fraktion der Grünen im Hessischen Landtag (2537)	
			Türkische Arbeitsmigranten. Fremdheit und Selbstverständnis (2543)	
1987	Wie unparteilich kann der öffentliche Dienst sein? Für den öffentlichen Dienst (2610)	Der Beitrag der Kirche für eine zukunftsfähige Schule (2573)	Bekennende Kirche und Drittes Reich im Raum der EKKW (2562, Fachgespräch)	Ethnie und Nationalstaat. Die Miskito-Indianer in Nicaragua (2609)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Weitermachen - aber wie? Probleme und Chancen der Einkommenssicherung in der Landwirtschaft Nordhessens (2563)	Sowjetunion. Wandlungstendenzen in einer blockierten Gesellschaft (2616)
			Ökologie in Kirchengemeinden. Umweltkonsultation der EKKW (2570)	Kindheit in der Dritten Welt (2623, Terre des hommes)
			Verwaltete Geschichte. Oder: Die Westdeutschen und ihre Symbole. Ein Kapitel deutscher Gegenwart (2579)	
			Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Eine verfassungspolitische Vergegenwärtigung (2581)	
			Frauen und Macht. Zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses (2584)	
			Der Ort Ev. Akademien in Kirche und Gesellschaft. 40 Jahre Ev. Akademie von Kurhessen-Waldeck (2603)	
			Konservative Zukunftsentwürfe. Umwelt - Wachstum - Sozialstruktur (2614, Politische Diskurse im Wandel)	
			Konfliktfeld Demonstration. Begegnung zwischen Polizeibeamten und Bürgern (2621)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1988		Flüchtlingsrecht und Flüchtlingsalltag. Bestandsaufnahme zur Situation von Asylbewerbern und De-facto-Flüchtlingen am Beispiel Nordhessen. Ein Gespräch zwischen Verwaltung, Betreuung und Politik (2670)	Schulpolitik in Hessen. Veränderung und Kontinuität (2632)	Wir sind auch Kirche. Gespräch zwischen ökumenischen Initiativen und kirchlichen Institutionen auf dem Weg zur Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (2637)
			Wirklichkeit und Bildung. Wahrnehmen - Deuten - Erkennen - Erziehen. Pädagogen-Theologen-Gespräch (2641)	Studienreise in die Sowjetunion. Moskau - Sagorsk - Wladimir - Susdal - Leningrad - Nowgorod (2648)
			Produktionsgenossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe. Idee und Praxis einer fortschrittsfähigen Organisation. Geschichte, Gegenwart und Zukunft (2643)	Brasilien - die schwierige Demokratie. Eine soziopolitische Landeskunde (2654)
			Konstruiertes und produziertes Leben? Zur Anwendung der Gentechnik in Pflanzen- und Tierzucht. Umweltkonsultation der EKKW (2645)	Theologie der Befreiung. Zur Verknüpfung von sozialer Lage und christlichem Leben in Lateinamerika (2664)
			Gentechnik: Macht über Leben. Einführung in die Gentechnik und ihre Probleme (2663)	Libanon zwischen Krieg und Frieden. Welche Zukunft hat das Land? Was können die libanesischen Christen zu einer friedlichen Entwicklung beitragen? (2686)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Hat der Fortschritt eine Zukunft? Sozialdemokratische Programmatik jenseits der Industriemoderne. Politische Diskurse im Wandel II (2672)	
			„Wir machen nur, was die Natur tut" Ökologische, evolutions-biologische, philosophische und politische Dimensionen gentechni-scher Risiken (2674, Deutsche Umweltstiftung)	
			Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe. Probleme des Unter-richts und des Zugangs zur beruflichen Qualifizierung (2677)	
			Das Pogrom gegen die Juden im November 1938. Ereignisgeschich-te - Hintergründe - Auswirkungen (2679, GhK; Kath. Akademie Ra-banus Maurus)	
			Individuation und Emanzipation. Gesellschaftskritische Potenziale in der Psychologie C.G. Jungs (2690)	
1989		Sozialarbeit mit Aus-siedlern. Sozialpäda-gogische Ansätze der Eingliederungsarbeit (2711, Diakonisches Werk der EKD und Di-akonisches Werk der EKKW)	Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Nordhessen. Wirtschaftspoliti-sches Forum (2700)	Auf dem Weg zu einer ökumenischen Ethik. Südafrikanische, südko-reanische und deutsche Erfahrungen christlicher Solidarität in Befrei-ungsprozessen (2704)
			Wirtschaftliches Handeln als Probe unserer Friedensfähigkeit. 9. Konsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und der christlichen Friedensdienste (2710)	Ost-West-Begegnungen. Ansätze zwischen-gesellschaftlicher Ver-ständigung „unterhalb" der Blöcke. Westdeut-sche Erfahrungen und Perspektiven (2709)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Spannungsverhältnis zwischen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung und der Zerstörung der Natur. Klausurtagung mit der SPD (2718)	Heimatlose Christen. Die Syrisch-orthodoxe Kirche im Orient und Okzident (2740)
			Rituale der Macht. Über Geschlechterrollen und Politik (2719)	U.S.A. Innenansicht einer Großmacht. Wirtschaftsalltag - Sozialprobleme - Selbstinszenierungen (2748)
			Zunehmend katastrophal. Das Klima-Problem. Umweltkonsultation der EKKW (2725)	
			Wenn Jugend anders lebt. Zur Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen kirchlicher Jugendarbeit (2730, Jugendpfarramt der EKKW)	
			Die Politik der deutschen Teilung. Vergegenwärtigung einer westdeutschen Verdrängung (2732)	
			West-Deutsch-National? Neue Formierungen in der politischen Rechten. Politische Diskurse im Wandel III (2744)	
			Kommune - Ausländer - Wahlrecht. Politisch-soziale Ziele und rechtliche Probleme (2746)	
			Diakonie zwischen Kirche und Sozialpolitik. Selbstverständnis und Standortbestimmungen, Erfahrungen und Versuche (2747)	
			Wirtschaft und Umwelt: Konflikte in Nordhessen. Wirtschaftspolitisches Forum (2749)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			„Organisierte Unverantwortlichkeit". Zur Rechts- und Institutionenkritik der Risikogesellschaft bei Ulrich Beck (2753)	
1990			Auto -Verkehr / Auto - verkehrt? Konzepte für eine umweltgerechte Verkehrsplanung. Umweltkonsultation der EKKW (2774)	Europa ´92 und Nordhessen. Integrierte Regionalentwicklung im Binnenmarkt. (2770, AG Landvolkarbeit der EKKW; „Forum für Entwicklung des ländlichen Raumes Nordhessen")
			Evangelische Ethik und Biotechnologie. Fachtagung (2775, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft, FEST)	Arbeits- und Sozialrecht im Europäischen Binnenmarkt (2776)
			Unmut in der Polizei - Ausweg nach rechts? Reaktionen in den Sicherheitskräften auf rechte Versprechungen (2781, Bereich „Polizeiseelsorge" der EKKW)	Namibia in der Stunde der Unabhängigkeit. Chancen demokratischer Entwicklung zwischen kolonialer Vergangenheit und internationalen Interessen (2787)
			Politisches Engagement kirchlicher Mitarbeiter. Kirchliche Rolle im demokratischen Staat (2785)	Begegnung mit Polen (2803)
			Aus der Randlage in die Mitte eines europäischen Wirtschaftsraumes. Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der nordhessischen und thüringischen Wirtschaft. Wirtschaftspolitisches Forum (2786)	Zwischen Emigration und Diskriminierung. Welche Zukunftschancen haben die Christen im Nahen Osten? (2811)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Vom Wert der Natur. Zur Rückkehr der Natur in die Gesellschaft (2791, Deutsche Umweltstiftung)	
			Umweltschutz in der Praxis (2796)	
			Direkte Demokratie (2797, Fachgespräch)	
			Demokratie und Umwelt (2798, Hessisch-Thüringischer Ratschlag)	
			Landwirtschaft zwischen Produktionszwang und Umweltauflagen. Umweltkonsultation der EKKW (2802)	
			Ökonomie der Solidarität. Genossenschaften im Lebensmittelbereich (2813)	
			Kirchengeschichte als Sozialgeschichte. Neuorientierung einer Wissenschaft? (2814)	
			Deutschland, Deutschland ... Politische Kulturen im gesamtdeutschen Staat. Traditionen, Ängste, Erwartungen. Politische Diskurse im Wandel IV (2819)	
1991			Fundamentalismus. Wesen - Erscheinungsformen in Religion und Politik - Antworten (2825)	Welcher Frieden nach dem Krieg? Wirtschaftsinteressen und Kulturkonflikte in der Ursprungsregion von Judentum, Christentum und Islam (2847)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Bürgerbeteiligung in der Region. 2. Hessisch-Thüringischer Ratschlag (2835, Weimar-Buchenwald)	Fremd in unserem Land. Über Annahme und Abwehr von Flüchtlingen (2827, Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck)	Kirche und Conquista. 500 Jahre Kolonialismus in Lateinamerika (2856)
			Zwischen LPG und Nebenerwerb. Strukturwandel des ländlichen Raums in Nordhessen und Thüringen (2828, Kirchliche Dienste auf dem Lande der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und Thüringen)	Christen im Schatten der Pyramiden. Die Kirchen in Ägypten (2867) sowie die Studienreise 2870 mit dem gleichnamigen Titel.
			Schule und demokratische Erziehung. Ihr Beitrag zur politischen Kultur im geeinten Deutschland (2830, 2855)	
			Kirche und Juden in Hessen 1933 - 1945 (2832, AG Kirche 1933 - 1945 in EKKW)	
			Evangelische Ethik und Biotechnologie. Fachgespräch (2834, FEST)	
			Kern: Energie. Die Energiebilanz als Ökologischer Maßstab der Industriegesellschaft. Umweltkonsultation der EKKW (2837)	
			Ist Marx widerlegt? Zur Sozialismusdebatte nach dem „real existierenden Sozialismus" (2844)	
			Ein Jahr danach. Was wird aus den Hoffnungen auf eine dynamische Wirtschaftsentwicklung im hessisch-thüringischen Raum? Wirtschaftspolitisches Forum (2853)	
			XIV. Sommerakademie: „Denk' ich an Deutschland ..." (2859)	
			Umweltschäden durch Krieg. Umweltkonsultation der EKKW (2863)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Der koloniale Blick. Unser alltäglicher Rassismus - Wurzeln und Erscheinungsformen (2871)	
			Die Zukunftsfähigkeit der Industriegesellschaft. Die Nachhaltigkeit - Ein Weg zu einer ökologischen Wirtschaft? (2873, Deutsche Umweltstiftung)	
			Schule in Hessen. Eigenverantwortung und Selbstverwaltung – Gestaltungsperspektiven für die kommenden Jahre. Fachgespräch (2877)	
			Die Kunst und die Gesinnung. Zum historischen und politischen Ort der Literatur in Deutschland (2880)	
			Sozialismus - Postsozialismus. Die Linke in Deutschland. Politische Diskurse im Wandel IV (2881)	
1992			Rollenbilder im Nationalsozialismus. Umgang mit dem Erbe. Studienfahrt zur Ausstellung des Frauenmuseums Bonn (2885)	Verkehrskonzepte mit Zukunft. Verkehrsströme in Europa. Auswirkungen und Perspektiven für die Region Nordhessen (2890)
			Zwischen Anpassung und Widerstand. Der Mittelweg der EKKW im „Dritten Reich" (2906, AG Kirche 1933-1945 in der EKKW)	Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa (2897)
			Klimaschock und Schuldenkrise nach dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro. Umweltkonsultation der EKKW (2931)	Afrika - ein Abschreibungsprojekt? Probleme und Perspektiven afrikanischer Politik in der „Neuen Weltordnung" (2914)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Wahrheit und Geschichte. Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit (2938)	Bevor Kolumbus kam ... Indianische Kultur in den Amerikas (2930)
			Erwerbsarbeit und Emanzipation. Zur Situation der Frauen(politik) vor und nach der Wende (2940, Deutscher Frauenring Kassel)	Die Nation im Haus Europa. Der Einzelstaat zwischen Identitätsverlust und Neuorientierung (2934)
			Krzysztof Kieslowski: Politik, Moral und die Geheimnisse des Menschen. Film-Forum (2942)	
			Die BSHG-Novelle. Anfragen zur Reform des Bundessozialhilfegesetzes. Fachgespräch (2952)	„Projekt Weltethos". Forum mit Hans Küng (2943)
			Standort-Wettbewerb. Wie stellt sich Nordhessen auf die veränderten wirtschaftsräumlichen Rahmenbedingungen ein? Wirtschaftspolitisches Forum (2953)	Forum Wirtschafts-Welt im Wandel. Vortrags- und Gesprächsabende. 1. Abend: Japanisches Lean Management und die christliche Arbeitsethik. Warum sind die Japaner seit Jahren erfolgreicher als der Westen? (2944, Ev. Studentengemeinde Marburg)
			Forum Wirtschafts-Welt im Wandel. Vortrags- und Gesprächsabende. 2. Abend: Mitarbeiterbeteiligung und Lean Production. Erfahrungen mit Qualitätszirkeln und Gruppenarbeit bei Volkswagen (2954, Ev. Studentengemeinde Marburg)	Dritte Welt in Europa (2945)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Forum Wirtschafts-Welt im Wandel. Vortrags- und Gesprächsabende. 3. Abend: Arbeitslosigkeit in der BRD. Die Sondersituation in den neuen Bundesländern (2958, Ev. Studentengemeinde Marburg)	
1993		Partizipation in der Schule. Chancen und Provokationen im neuen Hessischen Schulgesetz (3000)	Forum Wirtschafts-Welt im Wandel. Vortrags- und Gesprächsabende. 4. Abend: Frauen- und Familienpolitik in der Hoechst AG (2962, Ev. Studentengemeinde Marburg)	Wo liegt Kurdistan? Geschichte und Gegenwart des kurdischen Volkes (2978)
			Forum Wirtschafts-Welt im Wandel. Vortrags- und Gesprächsabende. 5. Abend: Industriekultur. Industrie aus ungewohnter Perspektive? (2965, Ev. Studentengemeinde Marburg)	Menschenrechte sind unteilbar. Vor der Weltmenschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen (2986)
			Da schlag' ich einfach zu ... Jugend - Gewalt - Rechtsextremismus (2969)	„... denn ein jeder hörte sie in seiner Sprache reden". Schock und Chance der Begegnung mit fremden Kulturen (2994)
			1933. Die EKKW im Jahr der national-sozialistischen „Machtergreifung" (2970, AG 1933 - 1945 in der EKKW)	Europa stirbt in Sarajevo. Geschichte, Kultur, Religion im Überlebenskampf der Völkerschaften in Bosnien-Herzegowina (2998)
			Leben im Dorf zwischen wirtschaftlichen Zwängen und kulturellen Werten (2974, Kirchliche Dienste auf dem Lande der Ev. Kirchen in Thüringen und Kurhessen - Waldeck; Ländliche Heimvolkshochschule Thüringen e. V)	Rassismus in Deutschland und Europa. Zustandsanalyse und Antirassismuskonzepte (3005)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Aus Sorge um unser Land - Nachdenken über Deutschland. Vortrags- und Gesprächsrunde, mehrere Abende 1. Abend: Strategien gegen Rechtsaußen auf dem Prüfstand (2988, Ev. Studentengemeinde Marburg, weitere Abende: 2993, 2995, 2997, 3004)	Baltischer Frühling. Der Weg Estlands, Lettlands und Litauens in die Unabhängigkeit (3009, XV. Sommerakademie)
			Menschenwürde und Existenzminimum. Zur aktuellen Diskussion um Einfrieren und Kürzen der Sozialhilfe (2989)	UNO-Blauhelm-Einsätze - Chance für den Frieden? Ökumenekonsultation (3017)
			„... so wahr mir Gott helfe". Gelöbnisse, Eide und Versprechen. Verbindlichkeit zwischen Treue und Repression (3012, Ev. Militärseelsorge)	Sozialstation 2000 in der EG. Pflege im Spannungsfeld zwischen Diakonie und Ökonomie (3034, Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck)
			Die Ehe am Ende - Am Ende die Ehe? Pro und Contra Gleichstellung nichtehelicher Gemeinschaften mit Ehen (3021)	
			Politische Kultur in Deutschland. Vom Umgang mit Macht und Menschen (3026)	
1994		(K)ein beliebtes Fach? Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen (3049)	Abbruch - Umbruch - Aufbruch. Armut auf dem Lande - was tun? (3050, Kirchliche Dienste auf dem Lande der Ev. Kirchen in Thüringen und Kurhessen-Waldeck; Ländliche Heimvolkshochschule Thüringen e.V.)	Das Kapital der Frauen. Handlungsperspektiven im internationalen Wirtschaftssystem (3051, Ev. Frauenarbeit in Deutschland)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Das neue Asyl- und Asylbewerberleistungsrecht. Informations- und Erfahrungsaustausch für Synodenmitglieder (3092)	Umbau des Sozialstaates? Perspektiven der Kirchen (3060)	„Seid fruchtbar und mehret euch". Die Kirchen vor der Herausforderung des Bevölkerungswachstums (3067)
		Ressourcen für die Schule. Fachgespräch (3099)	Die „neue" Euthanasiediskussion im Widerstreit (3070)	Wozu brauchen wir Feinde? Zur politischen Psychologie aktueller Konflikte (3073, 3113 Interdisziplinäre AG Nationalsozialismus an der Universität Gesamthochschule Kassel)
			Der Fremde. Faszination und Angst (3074)	Litauen - Lettland - Estland. Studienreise zu den baltischen Staaten (3080)
			Jeder Mensch hat das Recht ... Menschenrechtsarbeit ein Jahr nach der Weltkonferenz in Wien (3075)	Japan - Land im Wandel (3081, XVI. Sommerakademie)
			Leben im Widerstand. Adam von Trott zu Solz, 9.9.1909 - 26.8.1944 (3082, Arbeitsgruppe Kirche 1933 - 1945 in der EKKW)	
			Bewährtes erhalten - sich öffnen für Neues. Auseinandersetzungen um eine tragfähige Zukunft in kultureller, politischer und religiöser Vielfalt (3089, Buber-Rosenzweig-Stiftung; Hessische Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit)	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie? Unternehmens-kultur in genossenschaftlichen, alternativen und traditionellen Betrie-ben (3094)	
			Abschied von der Chlorchemie? Chemiewirtschaft und Umweltwis-senschaften im Gespräch. Wirtschaftspolitisches Forum (3095)	
			PCR - 25 Jahre Programm zur Bekämpfung des Rassismus. Öku-menekonsultation (3097, Beauftragte für Mission und Ökumene in den Kirchenkreisen der EKKW)	
			Wenn die Scholle allein nicht mehr ernährt. Strategien und Beispiele zur Existenzsicherung in der Landwirtschaft (3101, Dienst auf dem Lande der EKKW)	
1995		Prellbock Polizei? Das Zusammenleben von Einheimischen und Fremden in Deutsch-land gestalten (3123, Kirchlicher Dienst in der Polizei der EKKW)	Ausklinken oder Einmischen? Forum Junge Erwachsene (3114, E-vangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Kassel)	Mission für das Leben. Dienst und Zeugnis im säkularen Europa. Kon-zeptionen zeitgemäßer Glaubensverkündigung (3152)
		Wohin entwickelt sich die Schule? Alptraum, Freiraum - Lebens-raum. Schulgespräch Hessen - Thüringen (3151, Ev. Akademie Thüringen)	Politische Kultur nach dem Holocaust. Formen und Orte des Geden-kens (3116)	
			„... und jeden Tag scheint die Sonne". Umweltkonsultation der EKKW zum Klima-Gipfel in Berlin (3129)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Rückkehr in die Heimat? Probleme und Perspektiven humanitärer Hilfe für Flüchtlinge und Asylberechtigte zur Reintegration (3134)	
			Arbeitslosigkeit. Runder Tisch II: Arbeitgeber Kirche und die Arbeitslosigkeit (3136)	
			Medizinische Ethik. Probleme der Gegenwart - Perspektiven für die Zukunft. 5. Hofgeismarer medizinisch-theologisches Gespräch (3139)	
			Was wird aus der Kirche? Neubeginn der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945 in Treysa - Hephata. Unterwegs ins 21. Jrh. (3141, Ev. Kirchenkreis Ziegenhain; Hephata - Hessisches Diakoniezentrum e.V.)	
			Naturschutz - Ethik - Ökonomie. Theoretische Begründungen und praktische Konsequenzen. Fachtagung (3156)	
			Unsere Bauern: Die Letzten von gestern - die Ersten von morgen? Landwirtschaft als Schrittmacher für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise (3161, Dienst auf dem Lande der EKKW)	
			Nordhessen im Verbindungstakt. Der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) und seine Bedeutung für die Regionalentwicklung (3162)	
1996		„Wofür halte ich eigentlich den Kopf hin?" Polizeidienst in der Demokratie (3178, Kirchlicher Dienst in der Polizei der EKKW)	Unterwegs zu neuer Mobilität. Zukunftsfähige Verkehrskonzepte für Stadt und Land. Umweltkonsultation der EKKW (3186)	Zehn Jahre nach der People's Power Revolution. Menschenrechte auf den Philippinen heute (3182, Philippinenbüro e.V.)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Lehren als Beruf. „Professionalität" in der Schule heute (3202)	Natur und Geld – „Zu Nutz des Menschen"? Elemente einer ökologischen Abgabenreform (3191, CGW Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung e.V.)	Auf dem Weg zum gesamteuropäischen Agrarmarkt. Öffnung nach Osteuropa - Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft (3184 Ländliche Heimvolkshochschule Thüringen e.V.; Kirchlicher Dienst auf dem Lande in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck)
			10 Jahre nach Tschernobyl. Überlebens-Strategien angesichts atomarer Potenziale - Denk-Tag (3192, Ev. Studentinnen- und Studentengemeinde Kassel)	Palästina und Israel auf dem Weg zum Frieden. Bleiben die Menschenrechte auf der Strecke? (3185, DPG)
			Wieviel Freiheit braucht die Demokratie? Auf der Suche nach der liberalen Gesellschaft (3198, Ev. Wehrbereichsdekan IV Mainz)	Namibia - eine Nation im Prozess der Unabhängigkeit. Christliche Spiritualität und politische Existenz (3197)
			Biografie und Theologie 1933 - 1945. Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck (3203)	Hessen und die EU-Agrarpolitik. Möglichkeiten und Notwendigkeiten regionalen Handelns (3225, Dienst auf dem Lande der EKKW)

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Landwirtschaft: Zukunft aus der Gen-Bank? Zur Diskussion um den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen. Umweltkonsultation der EKKW (3212)	
			Einheit kommt von innen. Politische, wirtschaftliche und spirituelle Aspekte des „Tages der Deutschen Einheit" (3215)	
			Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Wie ökologische Neuorientie-rung die Wirtschaft Nordhessens verändert (3220)	
			Die Entstehung des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts in Deutschland. Rückblick und Ausblick (3224)	
			Mediation in Umweltfragen. Ein sinnvoller Weg der Konfliktvermitt-lung und -bearbeitung? Erfahrungsaustausch zwischen Umwelt- und Bürgergruppen, Wirtschaft, Verwaltung und Moderatoren (3227)	
			Wenn die Kirche sich versendet. Von der Morgenandacht zu „Radio Paradiso". Medienpolitisches Forum (3230)	
1997		Schulschwierigkeiten - eine medizinische Di-agnose? (3236, Spes-sart-Klinik Bad Orb)	Grünes Geld. Investieren zugunsten der Umwelt - aber wie? Umwelt-konsultation der EKKW (3248)	Theater um Nord-Süd. Entwicklungs-politische Themen theaterpäda-gogisch in Bewegung bringen (3245)
		Erziehung - zu preußi-schen Tugenden und sozialer Kompetenz? Hessisch-thüringisches Schulgespräch (3242, Ev. Akademie Thürin-gen)	Kultur als Wirtschaftsfaktor. Vom Synergieeffekt zur kulturellen Visi-tenkarte einer Region. Wirtschafts-politisches Forum (3259, Pro Nordhessen e.V. Kassel)	Bleibt noch Hoffnung für Nahost? (3247)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Schulprogramm - was bringt es für die Schule? Herausforderungen, Chancen und Grenzen (3262)	Wirtschaften für das Leben. Konsequenzen aus der Agenda 21 für kirchliches Handeln. Umweltkonsultation der EKKW (3275, Ökumenische Werkstatt Kassel)	Rumänien. Schritte zu einer demokratischen Staatlichkeit in Europa (3249)
		„Hinter Schloss und Riegel!" Fragen an polizeiliche Ermittlungsarbeit im Rechtsstaat (3273, Kirchlicher Dienst in der Polizei der EKKW)	Kommunales Wirtschaften für heute und morgen. Konsequenzen aus der Agenda 21 für kirchliches Handeln. Umweltkonsultation der EKKW, 18.09.97.	Eine Erde - viele Religionen. Weltverantwortung und Glaubenspluralismus (3257)
		Kirchenmusik – Ein Berufsbild im Wandel. In Zusammenarbeit mit dem Verband Evangelischer Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker in Deutschland, 27. – 29.10.	Nachhaltige Stadtentwicklung - gibt es die? Planen in regionalen Zusammenhängen, 22.-24.09.97.	Supermacht oder Partner? Deutschlands neue Rolle in Osteuropa (3266, Ev. Wehrbereichsdekan IV, Mainz)
			Wagenburg und Straße – Menschen ohne Wohnung. Hilfesysteme auf dem Prüfstand, 17.-18.10.	Rumänien: Land der Traditionen - Land des Aufbruchs. Studienreise nach Siebenbürgen und in die Moldau-Kloster-Region (3271)
				Christentum und Buddhismus (3272)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
				Perspektiven der Mitbestimmung. Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund, 31.10 – 02.11.
				Kommunen und Landwirtschaft im Dialog. Politik zwischen Globalisierung und Regionalisierung 14.-15.11.97.
1998		Lebendiges Lernen. Ansätze ganzheitlichen Lernens in der politischen Bildung. Für Multiplikatoren der politischen Bildung, 28.-30.09.98	Umweltrecht in Deutschland. Europäischer Rückenwind für nationale Entwicklungen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Recht im BUND, 16.-18.01.98	Vergesst Palästina. Kein Land – Kein Recht – Keine Zukunft. In Zusammenarbeit mit der DPG, 27.02.-01.03.98
		Ethisch erziehen in der Schule. Hessisch-thüringisches Schulgespräch. In Zusammenarbeit mit dem PTI-Kassel und der Evangelischen Akademie Thüringen, 02.-04.10.98	Humanzeit. Ideen für eine neue Zeitpolitik. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Mitarbeit e.V., Bonn, 23.-25.01.98 (Vermerk im Programmheft: Bürgerschaftliches Engagement, ehrenamtliche Tätigkeit, Beruf, Familie unter einen Hut bringen)	Gewalt überwinden. Ökumenisches Programm für das nächste Jahrtausend, 20.-23.03.98

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Fremd als Deutsche in Deutschland. Studientag zur Arbeit mit Aussiedlern im Bereich Kurhessen-Waldeck. Für alle, die in dieser Arbeit in den Gemeinden stehen, 29.10.98	Bildung – Beruf – Arbeit. Gesellschaftliche Herausforderungen für berufliche Schulen, Betriebe und Politik, 13.-15.02.98	Landnutzung und Bodenschutz. Zur Definition einer zukunftsweisenden Landnutzung bei steigendem Nahrungs- und Rohstoffbedarf, 30.03.-03.04.98
		AGENDA 2000. Welthandelsordnung und die EU-Agrar- und Strukturpolitik im Widerstreit, 20.-21.11.98 (Vermerk aus dem Programmheft: „Wir bringen Vertreter der EU-Kommission und des Europa-Parlaments ins Gespräch mit hess. Interessensvertretern.“)	Jugendkriminalität und Polizei. Erkennen – Deuten – Begegnen. In Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Dienst in der Polizei der EKKW, (16.-18.02.98)	Europäische Kirchen im Vergleich. Entwicklungstendenzen im Gemeindeverständnis und in den Reformperspektiven. In Zusammenarbeit mit dem Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V., 22.-24.05.98
			Erinnern und Erben in Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Ev. Forum Kassel, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., Kassel, dem Fachbereich Soziale Gerontologie der Universität Gh Kassel und dem Referat Altenarbeit der Stadt Kassel, 20.-22.02.98	Der Islam. Eine Herausforderung zum politischen Dialog in Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Wehrbereichsdekan IV Mainz, 05.-07.06.98.

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Lehrerausbildung. Ansätze zur Reform, 24.-26.04.98 (Vermerk im Programmheft Jan-Juni 1998: „Allen an einer Erneuerung der Lehrerausbildung Interessierten soll Gelegenheit zur Reflexion unterschiedlicher Modelle gegeben werden“.)	Postkommunistische Gesellschaften und die Rolle der Kirchen. Zur Ambivalenz politischer und sozialer Entwicklungen am Beispiel Estland, Polen und Rumänien, 16.-18.10.98
			„... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Studientag zum gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle für den Dienst in den Gemeinden an Ausländern, Aussiedlern, Asylsuchenden der EKKW, 16.05.98	50 Jahre Staat Israel. Biblische Landverheißung und politische Wirklichkeit, 30.10.-01.11.98
			Patienten – Kunden – Experten. Gesundheitswesen im Gespräch, 04.-06.09.98	
			Wohnungslosigkeit in Hessen, Fachgespräch. In Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Arbeitskreises Diakonie – Soziales. Geschlossene Veranstaltung für Vertreter aus Sozialpolitik, Verwaltung, Kirche und Verbänden des Landes Hessen, 23.-24.10.98	
			„Alle Menschen sind frei und gleich ...“ 50 Jahre allgemeine Erklärung der Menschenrechte. In Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Werkstatt Main-Kinzig und der Arbeitsstelle für Ausländer, Aussiedler und Asylsuchende, Kassel, 31.10.98	
			Kapital ohne Arbeit – Arbeit ohne Kapital. Modelle für Wege aus der Erwerbslosigkeit. In Zusammenarbeit mit der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinde e.V., Heidelberg, 27.-29.11.98	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1999		Hochbegabte Kinder, 11.09.99	Familie zwischen Ideal und Wirklichkeit. Wozu brauchen wir die Familie? In Zusammenarbeit mit der Spessart-Klinik Bad Orb, 14.-17.01.99	Religion und Religionen in Syrien, 22.-24.01.99
		Welche Jagd brauchen Wild, Wald, Flur und Mensch? Herausforderungen durch und für die Jagdausbildung. Für Jäger, Forstleute, Landwirte, Natur- und Tierschutzvertreter, Wissenschaftler und Praktiker, 10.-12.09.99	Was soll die Schule (noch) alles leisten? Zur Qualität von Schule, 15.-17.01.99	Christen in Nahost für Gerechtigkeit und Frieden. In Zusammenarbeit mit Pax Christi International und Nahost-Kommission Pax Christi Deutschland, 12.-14.02.99
		Handwerksfamilien in Not! Hilfestellungen durch psychosoziale und betriebliche Betreuung, 27.-28.09.99	Zwischen Moral, Verachtung und Rache. Auf der Suche nach gesellschaftlichen Antworten auf Sexualstraftaten, 15.-17.01.99	Asian Values. Zum Wertediskurs in Asien und seiner Rezeption im Westen, 19.-21.02.99
		„... zwischen allen Stühlen?“ Zur Situation der Arbeit mit und für Ausländer und Ausländerinnen. Tagung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ausländerämtern, im BGS und in der Sozialarbeit, 13.-15.10.99	Sozialstaat und Menschenbild. Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik? 26.-28.02.99	Entschuldung der Ärmsten. Schuldenerlass für Länder des Südens. Ein Diskussionsbeitrag zur Kampagne „Erlassjahr 2000“, 30.04.-02.05.99

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Sicherheitspartnerschaft. Aufgabe der Polizei in Bund und Land, Kooperation mit dem Kirchlichen Dienst in der Polizei der EKKW und der Bundesgrenzschutz-Seelsorge im Bereich BGS-Mitte. Für Wissenschaftler, Angehörige von BGS und Polizei sowie interessierte Bürger, 08.-10.03.99	Trouble in Paradise. Zu den Auswirkungen des (Massen-)Tourismus auf Ökologie und Entwicklung in den Ländern des Südens. Umweltkonsultation der EKKW, 30.09.99
			Konkurrenz (Hinweis aus dem Programmheft: „Die Tagung will die Auswirkungen von Konkurrenz auf Einzelne und auf Systeme untersuchen und diskutieren“), 19.-21.03.99	Agenda 2000-Agenda 21. Europäische Agrar- und Strukturpolitik im Lichte nachhaltiger Entwicklung, 19.-20.11.99
			Globales Lernen (Hinweis aus dem Programmheft: „Im interdisziplinären Gespräch werden schulische Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen eines globalen Lernens erörtert), 16.-18.04.99	
			Bildungspolitisches Fachgespräch. Geschlossene Veranstaltung, 29.-30.04.99	
			Teil-Zeit? Die Zukunft der Arbeit, 28.-30.05.99	
			50 Jahre Grundgesetz. Deutschland zwischen Verfassungsidealen und Verfassungsrealität. In Zusammenarbeit mit dem Ev. Wehrbereichsdekan IV Mainz, 04.-06.06.99	
			„Maikäfer flieg, dein Vater war im Krieg ...“, 03.-05.09.99	
			Missbrauch im Sozialhilfegesetz. Hintergründe – Umfang – Möglichkeiten zur Vermeidung, 23.-24.09.99	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Windkraft ohne Zukunft? Alternative Energieerzeugung im Konflikt mit Ökologie, Ökonomie und sozialer Akzeptanz, 19.-20.10.99	
			Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftsgesinnungen. Kulturgeschichtliche und ethno-ethische Grundlagen von Wirtschaftssystemen, 29.-31.10.99	
			Die Verantwortung des Lehrers für die Qualität des Unterrichts, 19.-21.11.99	
2000		Was heißt soziales Lernen? Pädagogische Tagung, 27.-28.05.00	Ich kann „Ausländer“ nicht mehr hören! Forum Junge Erwachsene, 21.-23.01.00	Palästina – Identität durch den Staat? In Zusammenarbeit mit der DPG, 10.-12.03.00
		Mediation – zwischen alternativer Streitkultur und Marktorientierung (aus dem Programmheft: „MediatorInnen und an Mediation Interessierte haben (...) Gelegenheit, mit Marketingfachleuten intensiv an diesen Fragen zu arbeiten“, 03.-05.11.00	Landschaftsplanung und Bürgerbeteiligung. Vom ökologischen Wissen zum verantworteten Planen, 02.-04.02.00	Erinnerungspolitik in Europa, 24.-26.03.00

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Ohne Lohn, doch mit Gewinn. Von Freude und Frust freiwilligen Engagements (Vermerk im Programm: „Die Tagung untersucht (...) politische Förderung freiwilligen Engagements“), 17.-19.11.00	Wir machen gute Schule! In Zusammenarbeit mit dem Hessischen Elternverein und Elternbund Hessen, (laut Ausschreibung primär für Eltern und Lehrer), 11.-13.02.00	Angola – Ein Land wird geplündert, 28-30.04.00
		Fachtagung: Jugend in der Pflicht? Zukunft der Freiwilligendienste, 27.-28.03.00	Was wäre, wenn sich alle an die Regeln hielten? Gesetze hüten im Wandel der Werte. In Zusammenarbeit mit dem Kirchlichen Dienst in der Polizei der EKKW. Für Bürgerschaft und Polizei, 14.-16.02.00	Colloquium 2000: Faith – Theology – Economy in the Context of Churches and Social Movements Facing Globalisation. Closed conference, 09.-15.06.00
			Ethos der Mitgeschöpflichkeit. Schutz der Tiere im politischen und kirchlichen Diskurs. Umweltkonsultation der EKKW, 16.03.00	Die Zukunft auf dem Balkan. In Zusammenarbeit mit dem Ev. Wehrbereichsdekan IV Mainz, 15.-17.09.00
			Mensch – Natur – Technik. Technologien an der Schwelle zum 3. Jahrtausend. Für Vertreter aus Forschung, Technik, Industrie, aus Philosophie und Theologie, sowie an Ethikfragen interessierte Laien, 05.-07.05.00	

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Regionale Agenda 21 und die Landwirtschaft. In Zusammenarbeit mit den kirchlichen Diensten auf dem Land in der EKKW, der Ev.-Lutherischen Kirche in Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsen sowie der Ländl. Heimvolkshochschule Donndorf im Kloster Donndorf/Thüringen, 16.-18.06.00	
			Mehr Schutz für Hessens Wälder? Wirtschaftswald – Naturpark – Nationalpark. Umweltkonsultation, 21.09.00	
			Versöhnung – Perspektive der Menschenrechte?, 22.-24.09.00	
			Bildung als Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln? Konsultation zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur. In Zusammenarbeit mit dem AfKD, 23.09.00	
			Kinderwunsch – Wunschkinder – um welchen Preis? 29.09.-01.10.00	
			Gut leben statt viel haben. Beispiele nachhaltigen Konsums, 20.-21.10.00	
			PISA und die Folgen. Pädagogische Tagung, 27.-29.10.00	
			Credo. Wie viel Bekenntnis verträgt die Postmoderne? 10.-12.11.00	
2001		Qualitätsentwicklung. Eine Herausforderung für Bildungsanbieter. Zielgruppe: Vertreter aus den Bereichen Erwachsenenbildung, Familienbildung und berufliche Weiterbildung, 19.-21.01.01	Kriminalitätsvorbeugung als kommunale Aufgabe, Zielgruppe: Kommunalpolitiker und kommunalpolitisch Interessierte, Jugendliche, Ausländer und Aussiedler, Sozialarbeiter, 26.-28.01.01	Palästina@Naher Osten – Integriert oder abgehängt? In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und der DPG, 16.-18.03.01

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Zukunftskonferenz. Einblick in ein ergebnisorientiertes Beteiligungsverfahren. Zielgruppe: Mitarbeitende in der Erwachsenenbildung und an bürgerschaftlichen Projekten, Verantwortliche für Umstrukturierungsmaßnahmen in Institutionen und Projektentwicklung, vom: 21.-22.08.01	Flughafen oder Fluchthafen? 13 Jahre nach den Todesschüssen an der Startbahn West. In Zusammenarbeit mit der Polizeiseelsorge der EKKW. Zielgruppe: Polizeibeamte, Flughafenbefürworter, Flughafengegner, 19.-21.02.01	Native People will survive! Zielgruppe: Engagierte für Menschenrechte und die Kulturen indigener Völker, 04.-06.05.01
		Wir mischen mit! Kompetenzen für junge Erwachsene im Ehrenamt. Forum junge Erwachsene, Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene ab 15 Jahre, die sich in kommunalen oder kirchlichen Gruppen engagieren. Besonders für junge Menschen der zweiten oder dritten Einwanderergeneration, 09.-11.11.01	Macht Elektrosmog krank? Umweltkonsultation der EKKW. Zielgruppe: Umweltverbände, Umweltgruppen, umwelt- und gesundheitspolitisch Interessierte, 15.03.01	Jenseits von entweder oder – Doppelte Solidarität mit Israel und Palästina. Pax Christi-Kongress, Zielgruppe: Nahostinteressierte, Friedensbewegte, 08.-10.06.01

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Wirtschaft in der Schule, Zielgruppe: Lehrer, Unternehmer, Vertreter der Interessenverbände, 23.-25.03.01		Zimbabwe – Der unruhige Nachbar. In Zusammenarbeit mit INISA (Initiative Südliches Afrika), Zielgruppe: Afrikainteressierte, entwicklungspolitisch Engagierte, Mitarbeiter internationaler Organisationen in der Region im südlichen Afrika, 21.-23.09.01
			Auch kleine Waffen können töten. In Zusammenarbeit mit dem Bonn International Center for Conversion und Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Zielgruppe: Kirchliche und Friedensgruppen sowie an Entwicklungspolitik Interessierte, 18.-20.05.01	Protestanten im Nahen Osten. In Zusammenarbeit mit dem Ev. Verein für die Schneller-Schulen e.V., Zielgruppe: Für Christen im Nahen Osten Engagierte, Ökumene-Interessierte, Nahost-Reisende, 05.-07.10.01
			Sind die Grünen schon verblüht? Zielgruppe: Parteimitglieder aller Couleur, Sympathisanten und Kritiker der Grünen, 15.-17.06.01 sowie die gleichnamige Veranstaltung vom 01.-03.02.02	Die Ökonomie von Bürgerkriegen, Zielgruppe: Kirchliche und Friedensgruppen, Volkswirtschaftler, 19.-21.10.01
			Mit juristischen Waffen gegen Rechts. Zur Wirksamkeit von Partei- und Versammlungsverboten. Zielgruppe: Politisch Interessierte, Befürworter und Gegner eines NPD-Verbots, Juristen, 17.-19.08.01	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Auf dem Weg zur Professionalisierung: Politisches Engagement protestantischer Frauen, Zielgruppe: An Politik und Geschichte des 20. J. und an Gender-Forschung Interessierte, 05.-07.09.01	
			Kommt die Bahn? Schienenverkehr in Nordhessen. Umweltkonsultation der EKKW, Zielgruppe: Pendler, Umweltschützer, Bahnangestellte, Planer, verkehrspolitisch Interessierte, Umweltbeauftragte, 13.09.01	
			Krise der Ethik angesichts der neuen Biotechnologien. Fachgespräch, Zielgruppe: Theologen, Mediziner, Naturwissenschaftler, Politiker, Lehrer, 15.09.01	
			Widerstand und Widerstandsrecht am Beispiel Dietrich Bonhoeffer, Zielgruppe: Angehörige der Bundeswehr, historisch interessierte Christen, politisch Interessierte und Engagierte, 28.-30.09.01	
			So ist die Jugend. Hessisch-thüringisches Schulgespräch, Zielgruppe: Lehrer, Ausbilder, Mitarbeitende in sozialpädagogischen und sozialpsychologischen Einrichtungen, Jugendarbeiter, Eltern, 26.-28.10.01	
			Der demografische Untergang der abendländischen Kultur, Zielgruppe: Mitglieder der Paul-Schütz-Gesellschaft und andere Interessierte, 09.-11.11.01	
			Der Landwirt als Energiewirt. „Zu-Brot“ durch umweltfreundliche Stromproduktion, Zielgruppe: Landwirte, umweltpolitisch Interessierte, Umweltverbände, 16.-17.11.01	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
2002		Weit voraus und mitten drin. Förderkonzepte für Hochbegabte. In Zusammenarbeit mit Synapse e.V. und dem Hessischen Kultusministerium, Zielgruppe: Betroffene Eltern, Lehrer, Psychologen, Vertreter aus Bildungsverwaltung und Wissenschaft, 15.-17.02.02	Lebendige Kirchen-Geschichte(n). In Zusammenarbeit mit dem Bereich Erwachsenenbildung im AfKD, Zielgruppe: Teilnehmer des Kurses „Kirchenführung“, architektonisch und kunstgeschichtlich Interessierte, 18.-20.01.02	Palästina, die Gewalt und die Medien. In Zusammenarbeit mit der DPG, 08.-10.03.02
		Solidarität gegen Globalisierung? Gewerkschaften und Kirchen suchen ihre Rolle in Südafrika und Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem „AfKD Bereich Kirche und Arbeitswelt“ sowie der IG Metall, Zielgruppe: Gewerkschaftlich o-der/und ökumenisch an Kirche und Arbeitswelt, Südafrika und seiner Entwicklung Interessierte, 26.-28.08.02	Grundwerte in christlicher und islamischer Gesellschaft. Auf der Suche nach einer Ethik der Zivilisation, 22.-24.02.02	Eurocops – Die Polizei im zusammenwachsenden Europa, Zielgruppe: Polizisten, BGS, an europapolitischen und -rechtlichen Fragen Interessierte, 11.-13.03.02

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Medizinische Versorgung in Nordhessen. Tagesforum zur Grundlegung einer integrativen Versorgung, Zielgruppe: Medizinische Berufe, Pflegedienste, Patienten, Vertreter von Krankenkassen, diakonischen Einrichtungen sowie Kommunalpolitiker in Nordhessen, 08.03.02	Kommen, sehen und bleiben? Einwanderung und Integration in Deutschland und EU, Zielgruppe: Ausländer, in der Ausländerarbeit Tätige, ausländerpolitisch Interessierte, 07.-09.06.02
			Individuelle Freiheit und soziale Investition, Zielgruppe: Mitarbeiter und Leitungskräfte in Beratung und Sozialverwaltung, Kirche und Diakonie; Akteure im Sozialwesen; Mandatsträger, Beauftragte und Mitarbeitende im Bereich Sozialpolitik; Vertreter von sozialen Initiativen und Projekten, 05.-06.04.02	Mit Konfuzius nach China. Studienreise der Akademie, 22.03.-07.04.02
			Christliche, jüdische und islamische Wirtschaftsethik, Zielgruppe: Ökonomen, Theologen und Philosophen sowie am Dialog interessierte Christen, Juden und Moslems, 12.-14.04.02	Heiliges Land – Entscheidung für Geschichte. Zwischen Historikerdialog und politischer Inanspruchnahme. In Zusammenarbeit mit dem AphorismA Kulturverein und dem Willy-Brandt-Zentrum Jerusalem, Zielgruppe: Historiker, Nahost-Interessierte, Politikwissenschaftler, Theologen, Lehrer, 18.-20.09.02; sowie die Veranstaltung vom 21.09. mit dem Titel: „Israel – wie weiter?“

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Ende der Fahnenstange? Welche Aufgaben kann die Bundeswehr übernehmen? Zielgruppe: Angehörige und Kritiker der Bundeswehr, sicherheitspolitisch Interessierte, 20.-22.09.02	„Die Stunde der Wahrheit“. Polen an der Schwelle zur Europäischen Union. Tagung in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e.V., Zielgruppe: Alle, die sich für Polen und die Zukunft Osteuropas interessieren, 27.-29.09.02
			Fair einkaufen, gut essen. Beschaffungstipps für Großküchen, Zielgruppe: Einkäufer und sonstige Mitarbeitende von Großküchen, Vertreiber von fair gehandelten Produkten, 22.-23.10.02	Wenn das Brot, das wir teilen ... Die Agrarverhandlungen der WTO, Zielgruppe: Landwirte, Angehörige der Agrarverwaltung, entwicklungspolitische Gruppen und entwicklungspolitisch Interessierte, 08.-09.11.02
			Quo Vadis, Rechtsstaat? Die prekäre Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, Zielgruppe: Juristen, Polizisten, Angehörige von Bürgerrechtsgruppen, 29.11.-01.12.02.	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
2003		Arm des Gesetzes oder Handlanger der Obrigkeit? Die Rolle der Polizei in der Informationsgesellschaft, Zielgruppe: Polizisten, Datenschützer, Angehörige von Bürgerrechtsgruppen, vom: 24.-26.02.03	Schule im Weltladen. Der faire Handel als außerschulische Lerngelegenheit. In Zusammenarbeit mit dem Weltladen-Dachverband und dem Hessischen Landesinstitut für Pädagogik/BLK 21, Zielgruppe: Mitarbeitende in Weltläden, entwicklungs-politisch Interessierte, Lehrerinnen und Lehrer, in der Jugendarbeit engagierte, 31.01.-01.02.03	Zwischen Rechtsstaat und Gottesstaat – Grundkonflikt der modernen Türkei, Zielgruppe: Türkeiinteressierte Deutsche, türkische MitbürgerInnen, Interessenten für die Studienreise, 07.-09.02.03; sowie die gleichnamige Studienreise vom 10.-19.04.03
			Flutkatastrophen: Zufälle oder Vorboten? Umweltkonsultation der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Zielgruppe: Umweltschutzgruppen, Umweltschützer, kirchliche Umweltbeauftragte, an Umweltpolitik Interessierte, 27.03.03	The European Role in the Israeli-Palestinian Conflict: Past European Initiatives and Future Possibilities. In Zusammenarbeit mit der International Politics Working Group of AEGEE-Europe, Zielgruppe: Studenten, vom 24.-28.02.03
			Arbeitslosigkeit in Zeiten der Hartz-Kommission, Zielgruppe: Gewerkschafter, Personalverantwortliche, Mitarbeitende von Arbeitsämtern, private Arbeitsvermittler, 26.-28.05.03	Palästina: Zustand oder Zukunft? In Zusammenarbeit mit der Deutsch-palästinensischen Gesellschaft, Zielgruppe: Nahost- und Ökumene-Interessierte, vom: 28.02.-02.03.03

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Ware Kind? Strategien gegen den internationalen Kinderhandel, Zielgruppe: Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, kirchliche und nicht-kirchliche Hilfswerke, entwicklungs-politisch Interessierte, vom: 11.-13.07.03	Militärmacht EU. Neue Strategien für das alte Europa, Zielgruppe: Angehörige der Bundeswehr mit ihren Familien, sicherheitspolitisch Interessierte, vom: 24.-26.10.03
			Erziehung: Vertrag zwischen Schule und Eltern. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Grundschulforum, Zielgruppe: Eltern, Lehrer, Schüler. Referentin: Kultusministerin Karin Wolff, 02.10.03	Vereint in Angst. Landwirte und die Osterweiterung der EU, Zielgruppe: Landwirte, Agrarverwaltung, Verbraucherverbände, Europainteressierte, vom: 07.-08.11.03
			Mit Standards Menschen bilden? Zielgruppe: Verantwortliche aus Bildungsverwaltung und Hochschule, Lehrer, Theologen, Eltern; vom: 10.-12.10.03	Antisemitismus in Europa. In Zusammenarbeit mit dem christlich-jüdischen Gesprächskreis der EKKW, Zielgruppe: An jüdisch-christlichen Gesprächen sowie an europäischer Entwicklung Interessierte, vom: 14.-16.11.03

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
2004		Schule den ganzen Tag – Chancen für Kirchen und Vereine. In Zusammenarbeit mit dem PTI Kassel und dem Religionspädagogischen Studienzentrum der EKHN, Zielgruppe: Verantwortliche aus Bildungsverwaltung und Hochschule, Lehrer, Vereinsvertreter und Eltern, 13.-15.02.04	Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie, Zielgruppe: Kirche, Diakonie, Historiker, sozialpolitische Vertreter der Medien, 26.01.04	Islamismus als road block? Palästina und seine Zukunft neben Israel. In Kooperation mit der DPG, Zielgruppe: Nahostinteressierte, vom 05.-07.03.04
		Wehrpflicht a. D. Die Bundeswehr auf dem Weg zur Berufsarmee, Zielgruppe: Angehörige der Bundeswehr mit ihren Familien, wehr- und sozialpolitisch Interessierte, Mitarbeitende der Zivildienstverwaltung und des Wehrersatzwesens, vom: 10.-12.09.04	Cops & Co. Die Polizei im Gefüge staatlicher Gewalt, Zielgruppe: Polizisten, Juristen, Angehörige der Bundeswehr, Vertreter und Kritiker weiterer staatlicher Institutionen, 16.-18.02.04	Sonne satt. Erneuerbare Energien als Thema von Nord-Süd-Partnerschaften. Umweltkonsultation der EKKW, Zielgruppe: Kirchenkreise mit Nord-Süd-Partnerschaften, kirchliche Umweltbeauftragte, entwicklungs- und umweltpolitisch Interessierte, 11.03.04

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Übung macht den Meister. Zur Zukunft des Handwerks. In Zusammenarbeit mit dem AfKD und der Handwerkskammer Kassel, Zielgruppe: Handwerker, Handwerksverbände, Mitglieder der Ev. Handwerker-Arbeit, Lehrer, vom: 08.-10.10.04	Streitfall Islam. Recht in Deutschland zwischen den Kulturen, Zielgruppe: islaminteressierte Deutsche, muslimische Mitbürger, Integrationsbeauftragte und weitere für die Integration ausländischer Mitbürger engagierte Personen, vom 26.-28.03.04	Umweltschutz in Europa. Das unbekannte Wesen, Umweltkonsultation der EKKW, Zielgruppe: Umweltschützer, Europa- und umweltpolitisch Interessierte, Umweltbeauftragte, 16.09.04
			Bundesverfassungsgericht & Co. Gerichte an der Grenze von Justiz und Politik, Zielgruppe: Rechtspolitisch interessierte Juristen und Nicht-Juristen, vom: 02.-04.07.04	Namibia, Freiheit mit Schatten. In Zusammenarbeit mit INISA, Zielgruppe: Engagierte und Interessierte für das Südliche Afrika, kirchenpartnerschaftlich und entwicklungspolitisch Neugierige und Aktive, vom: 24.-26.09.04

Jahr	Politik als berufs-ständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Gerechtigkeit in der Wirtschaft. Quadratur des Kreises? Zielgruppe: Wissenschaftler aus Theologie / Ökonomik / Philosophie / Rechts-wissenschaft, wirtschafts- und sozialpolitisch Interessierte, Kritiker von Sozialabbau und Globalisierung, vom: 12.-14.11.04	Schlüssel zur Gerech-tigkeit? Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. In Zu-sammenarbeit mit Ev. Akademien in Deutsch-land (EAD), Ev. Ent-wicklungsdienst (EED) und der Arbeitsgemein-schaft Menschenrechte und Entwicklung, Ziel-gruppe: Fachleute aus der Entwicklungszu-sammenarbeit (insbe-sondere von NGOs), entwicklungs-politisch und menschenrechtlich Interessierte, vom: 25.-26.11.04
			Genfood auf Feld und Teller. Landwirtschaftstagung. In Zusammen-arbeit mit dem Dienst auf dem Land der EKKW, Zielgruppe: Erzeu-ger, Politiker und Verbraucher, vom: 26.-27.11.04	Krieg ums Öl. Frieden durch die Sonne, in Zu-sammenarbeit mit dem BUND, Zielgruppe: Friedens-, umwelt- und entwicklungs-politisch Interessierte, kirchliche Beauftragte für Umwelt- und Entwicklungsfra-gen, Mitarbeiter von Umweltverbänden, vom: 03.-05.12.04

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
2005		Was bin ich? Öffentliche und private Seite des Lebens als Polizist, Zielgruppe: Polizisten aus Hessen und anderen Bundesländern, Mitglieder des BGS, vom: 21.-23.02.05	Grundgesetz contra Koran. Das Verhältnis von Demokratie und Islam in Deutschland, Zielgruppe: Islam- interessierte Deutsche, muslimische Mitbürger, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 21.-23.01.05	Jenseits des Kanals. Großbritannien nach der Wahl, Zielgruppe: Menschen mit Interesse an britischer Politik und dem angelsächsischen Rechtskreis, vom: 17.-19.06.05
		Einmischen – Mitmischen. Neue Wege und Chancen der Partizipation, Forum Junge Erwachsene, Zielgruppe: Junge Erwachsene und Jugendliche, vom: 11.-13.03.05	Die neue Linke. Bewegung am politischen Rand, Zielgruppe: Politisch Interessierte und Engagierte sowie Mitglieder und Sympathisanten von „linken“ Parteien und Gruppierungen, vom: 04.-05.02.05	Auf der Suche nach globaler und sozialer Gerechtigkeit, Zielgruppe: Philosophen, Juristen, Theologen, Ökonomen, Globalisierungskritiker, vom: 18.-19.11.05
		Ausgebrannt? Lehrer vor dem Burnout, Zielgruppe: Lehrer, Pädagogen und an der Thematik Interessierte, am: 19.05.05	Der Traum vom perfekten Menschen. Naturwissenschaftliche, philosophische und religiöse Grundlagen der Humangenetik, Zielgruppe: Biowissenschaftler, Mediziner, Theologen, Philosophen, Politiker, vom: 22.-24.04.05	Die Rolle der Kirchen im demokratischen Aufbruch in Ostafrika. Ökumenetagung, Zielgruppe: Ökumene- und afrikapolitisch Interessierte, vom: 09.-11.12.05
			Muslimisches Leben in Deutschland. Studienreise nach Berlin, Zielgruppe: islaminteressierte Deutsche, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 30.03.- 03.04.05	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Heilung durch Biotechnik? Medizinethische Fragestellungen bei Netzhautdegenerationen. In Kooperation mit Pro Retina Deutschland e.V., Zielgruppe: Betroffene von degenerativen Netzhauterkrankungen, Biowissenschaftler, Mediziner und bioethisch Interessierte, vom: 10.-11.09.05	
			Zwischen Dankbarkeit und Ablehnung. 50 Jahre deutsch-amerikanische Militärpartnerschaft, Zielgruppe: Angehörige der Bundeswehr mit ihren Familien, am transatlantischen Dialog Interessierte, Mitglieder von Friedensgruppen, vom: 23.-25.09.05	
			Die Wahl der Qual. Folter durch Polizei und Militär, Zielgruppe: Juristen, Mediziner, Psychologen, Pfarrer, Politiker, vom: 07.-09.10.05	
			Zukunft mit Wald – Wald mit Zukunft. Landwirtschaftstagung. In Zusammenarbeit mit dem Dienst auf dem Lande der EKKW, Zielgruppe: Land- und Forstwirte, Fachleute aus Energie- und Bauwirtschaft, Tourismusexperten, Politiker und Waldliebhaber, vom: 18.-19.11.05	

4. Berufsspezifische Angebote

In dieser Tabelle werden die berufsspezifischen Angebote der Evangelischen Akademie Hofgeismar aufgeführt. Angegeben ist der Zeitraum vom Beginn des Akademiebetriebs 1947 bis 1970. Dieser Zeitraum wurde gewählt, da es ab 1970 deutlich weniger Angebote gibt, die sich direkt an die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen richten. Es wurden solche Tagungen aufgenommen, die eine eingeschränkte Adressatengruppe ansprechen wie Pfarrer/Geisteswissenschaftler, während Tagungen mit mehreren beruflichen Adressatengruppen wie „Ärzte und Juristen“ nicht aufgenommen wurden.

Nicht aufgenommen wurden zudem Berufsgruppen wie Sozialarbeiter oder Buchhändler, bei denen bis 1970 weniger als fünf Angebote unterbreitet wurden.

Mithilfe dieser Tabelle soll die Ständeorientierung der ersten Akademiejahre herausgestellt werden, wodurch auch die gewählte Periodisierung nachvollziehbar wird. Von einer jährlichen Einteilung wurde abgesehen, um den Untersuchungsgegenstand nicht als kontinuierlichen chronologischen Fluss zerrinnen zu lassen.[2] Damit die Tabelle dem Untersuchungsgegenstand der Arbeit dienlich werden kann, wurden bei der Periodisierung Einschnitte gewählt, die mit den akademiespezifischen Entwicklungsphasen kongruent sind.[3]

Periodisierung:

1947 – 1955	Beginn des Akademiebetriebes, Adressatenansprache über den Beruf
1956 – 1964	berufsständisch geprägte Phase, der Beruf im Kontext der Probleme der Zeit
1965 – 1970	Loslösung von der Ständeorientierung, beginnende Neuorientierung

2 Vgl. Alemann, Ulrich: Das Parteiensystem der BRD, Opladen 2001, S. 41.

3 Vgl. Alemann 2001, S. 41.

Jahr	Lehrer / Erzieher	BGS	Zollgrenz-dienst	Berg-bau	Handwerker / Arbeiter[4]	Bundes-wehroffiziere	Land-wirte	Juristen[5]	Pfarrer / Geistes-wiss.	Ärzte	Wirtschaft / Untern.	Polizis-ten
1947– 55	25	2	1	6	18[6]	2[7]	12	8	8	9	4	0
1956– 64	41[8]	33	15	32[9]	15[10]	16[11]	9	4	3		5	4
1965 - 70	18[12]	19	11	9[13]	5	14	8[14]	5	0		0	1
Gesamt	84	54	27	47	38	32	29	17	11	9	9	5

4 Teilweise für spezifische Handwerksberufe ausgeschrieben.

5 Inklusive Jugendgerichtshilfe und Bewährungshelfer.

6 Darunter war die erste Tagung im neuen Haus (Schlösschen Schönburg) der Akademie in Hofgeismar. Vgl. Tagungsverzeichnis, FN 320 sowie eine Tagung speziell für Meister.

7 Ausschreibung: „Für ehemalige Soldaten“.

8 Darunter zwei Veranstaltungen für Schulräte.

9 Darunter vier Veranstaltungen für Bergwerksdirektoren.

10 Laut Hinweis im Tagungsverzeichnis handelt es sich mit Nr. 348 im Jahr 1956 um die 39. Handwerkertagung.

11 Die erste Offizierstagung fand vom 09.-14. April 1957 statt. Vgl. Fußnote Nr. 339 im Tagungsverzeichnis.

12 Darunter zwei Veranstaltungen für Schulräte.

13 Im Tagungsverzeichnis befindet sich ein Hinweis, dass die Veranstaltung Nr. 902 im Jahr 1966 laut Tagungsprogramm und Semesterplan bereits die 59. Tagung mit dem Titel „Der Mensch im Bergbau“ sei. Siehe Fußnote Nr. 396 im Tagungsverzeichnis.

14 Adressatenbeschreibung bei Veranstaltung Nr. 1026 im Jahr 1968: „bäuerlicher Berufsstand“.

5. Angebote für politische Bildner im Akademieprogramm

In dieser Tabelle sind spezifische Angebote für Politiklehrer und andere Multiplikatoren der politischen Bildung aufgenommen. Für die Kategorie „Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung“ konnten bei dieser Auswahl keine Tagungen zugeordnet werden.

Die Veranstaltungen werden in einer Zeit angeboten, in der die politische Bildung „Konjunktur“ hatte.[15]

Jahr	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1965	Staatsbürgerkunde, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde? Tagung für Lehrer (856)		
1974		Rahmenrichtlinien: Gesellschaftslehre (1510, Ev. Kirchengemeinde Kirchhain)	
1975		Bildungspolitische Kompetenz. Seminartagung zum Curriculum-Projekt „Bildungspolitik als Gegenstand politischer Bildung" (1609)	
1998	Lebendiges Lernen. Ansätze ganzheitlichen Lernens in der politischen Bildung. Für Multiplikatoren der politischen Bildung, 28.-30.09.98		
1999		Globales Lernen, 16.-18.04.99	
2002			Heiliges Land – Entscheidung für Geschichte. Zwischen Historikerdialog und politischer Inanspruchnahme. Zielgruppe: Historiker, Nahostinteressierte, Politikwissenschaftler, Theologen, Lehrer, 18.-20.09.02; so-

15 Vgl. das Kapitel zu den biografischen Beispielen politischer Bildner im Band 1.

Jahr	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			wie die Tagung vom 21.09. mit dem Titel: „Israel – wie weiter?“
2003		Schule im Weltladen. Der faire Handel als außerschulische Lerngelegenheit. Zielgruppe: Mitarbeitende in Weltläden, entwicklungs-politisch Interessierte, Lehrerinnen und Lehrer, in der Jugendarbeit Engagierte, 31.01.-01.02.03	
2005		Grundgesetz contra Koran. Das Verhältnis von Demokratie und Islam in Deutschland, Zielgruppe: islaminteressierte Deutsche, muslimische Mitbürger, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 21.-23.01.05	
		Muslimisches Leben in Deutschland. Studienreise, Zielgruppe: islaminteressierte Deutsche, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 30.03.-03.04.05	

6. Erwachsenenbildung im Akademieprogramm

Jahr	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs
1955	Wissen und Wesen. Arbeitstagung über Probleme der Erwachsenenbildung (321)	
1964		Erwachsenenbildung. Jahrestagung des Leiterkreises der Evangelischen Akademien Deutschlands (806)
1966		Bundestagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (919, geschlossene Veranstaltung)
1971		Erwachsenenbildung als Politikum (1277)
1973		Erwachsenenbildung (1435, Klausurtagung mit gezielten Einladungen an kirchl. Gruppen wie Amt für kirchl. Frauenarbeit)
		Zusammenarbeit der Werke unter dem Gesichtspunkt der Erwachsenenbildung (1456, Aussprachetagung)
1980		Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern. Fachgespräch (2118)
2002		Lebendige Kirchen-Geschichte(n). Zielgruppe: Teilnehmer des Kurses „Kirchenführung“, architektonisch und kunstgeschichtlich Interessierte, 18.-20.01.02

7. Veranstaltungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Politikfeld „Bildung“

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1947	Besinnungstage für Lehrer (2, 7,12, 37, 40, 43, 60 ...)			
1950	Frage der Autorität. Tage der Stille und Besinnung für Junglehrer (88)			
1951		Brauchen wir Lebenskunde an unseren Landwirtschaftsschulen? Tagung für Landwirtschaftslehrer (139)		
1955	Ausbildung und Bildung. Tagung für Berufsschullehrer (313)	Wissen und Wesen. Arbeitstagung über Probleme der Erwachsenenbildung (321)	Bildung (335)	
1956	Der pädagogische Prozess. Fortbildungskurs für ev. Jugendarbeit (373, 381)			
1957			Religion „mangelhaft“ Studientagung für Religionslehrer (432)	
1958	Betrieb und Bildung. Fragen der Menschenführung in der modernen Arbeitswelt. Tagung für Wirtschaftler (445)	Die Generation ohne Eigenschaften. Europäisches Seminar für Erzieher, Eltern, Lehrer, Jugendführer (457)		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
	Erziehung vom Kinde aus. Eine kritische Anfrage an die Erziehungslehre des 20. Jahrhunderts. Tagung für Lehrer (469)			
1960	Pädagogische Prämissen. Fragen zur Erziehung in der Bundeswehr. Für Offiziere (536)			
1964	Person und Betrieb in bäuerlicher Sicht. Für Landwirtschaftsberater, Landwirtschaftslehrer und landw. Berufsschullehrer (831, 865)		Erwachsenenbildung. Jahrestagung des Leiterkreises der Evangelischen Akademien Deutschlands (806)	
1965		Staatsbürgerkunde, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde? Tagung für Lehrer (856)		
1966			Bundestagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (919, geschlossene Veranstaltung)	
1967			Ökonomie der Bildungspolitik (968)	
1968		Integrierte Gesamtschule (1076, GEW)		Evangelisches Kirchentum aus dem Osten. Möglichkeiten zu neuen Wegen im Unterricht (1036)

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1969			Religionsunterricht in der Krise? Neubestimmung und Neugestaltung der Unterweisung. Für Religionslehrer (1137)	
1970		Modell Gesamthochschule (1211)	Deutschland-Tagung (1227, Ostkolleg der BzpB)	
			Demokratisierung der Schulverwaltung (1231)	
1971			Erwachsenenbildung als Politikum (1277)	
			Gruppendynamik - Spiel ohne Folgen? Öffentliche Diskussion über die politische Relevanz von gruppendynamischem Training (1279)	
			Glaube - Kritik - Emanzipation. Gesellschaft, Schule und Kirche vor der Frage nach den Lernzielen (1283, PTI)	
			Die Rolle des Lehrers. Funktionen und Aufgaben des Lehrers in einer demokratischen Schule (1292)	
			Erziehung gegen die Schule? Schulische und außerschulische Bildungsarbeit (1303)	
1972			Strukturplan für das Bildungswesen. Interpretation und Befragung (1336)	
			Deutschlandstudientagung des Ostkollegs der BzpB (1348, 1367)	
			Gesamthochschule Kassel. Beginn einer Stufenlehrerausbildung (1369)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Bildungspolitische Initiativen der Kirche? (1377, Vortrag im Kasseler Hauskreis der Ev. Akademie Hofgeismar)	
			Leistung in der Schule (1390, 1447)	
1973			Lernziel Frieden. Aufgaben der Friedenspädagogik (1409)	
			Erwachsenenbildung (1435, Klausurtagung mit gezielten Einladungen an kirchl. Gruppen wie Amt für kirchl. Frauen-arbeit)	
			Zusammenarbeit der Werke unter dem Gesichtspunkt der Erwachsenenbildung (1456, Aussprachetagung)	
			Schulbuch als Politikum (1462)	
			Noten - Zeugnisse - Diagnosebogen. Probleme der Leis-tungsmessung und -beurteilung (1466)	
1974		Freiheit und Bindung als Prinzipien der Menschen-führung. Für Offiziere, Verwaltungsbeamte und Lehrkräfte des BGS (1491)	Lernziel Friede (1495, PTI)	Osteuropa in der deutschen Bildung (1568, AG „Der ge-meinsame Weg")
			Rahmenrichtlinien: Gesellschaftslehre (1510, Ev. Kirchen-gemeinde Kirchhain)	
			Umweltprobleme im Schulcurricula (1543, 1650)	
1975			Mit 18 volljährig: Folgerungen für Schule und Unterricht (1586)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Das Problem der Leistung und der Leistungsbeurteilung in der Schule (1591, Ev. Kirchengemeinde Kirchhain)	
			Bildungspolitische Kompetenz. Seminartagung zum Curriculum-Projekt „Bildungspolitik als Gegenstand pol. Bildung" (1609)	
1976			Ethik in Konfliktfeldern des Alltags. Tagung für Politiker, Pädagogen, Theologen und andere Interessierte (1659)	
1977			Grundlegende Bildung oder produktive Einseitigkeit? Zur Reform der gymnasialen Oberstufe (1789)	
			Jugendliche ohne Beruf und ohne Arbeit? Lernbehinderte und Hauptschüler ohne Abschluss (1792)	
1978		Institutionsberatung in Kirche, Wirtschaft, Politik und Bildungswesen. Expertengespräch (1851)	Von der Notwendigkeit der Kirche, Schulen zu haben. Glaube - Bildung - Freiheit (1863)	
		10. Schuljahr: Realschule? Bildungsplanung in Hessen (1885)	Wertfreiheit und Ideologie im Deutschunterricht (1901, Theodor-Litt-Kolleg)	
		Die Rolle der Kirche in der Hochschule. Beispiel: Studentengemeinde (1930, Ev. Studentengemeinde Kassel)		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1979		Schulrecht - Pädagogik. Gespräch mit Bildungspolitikern, Schulrechtlern und Pädagogen (1937)		
		Förderstufe in Hessen. Flächendeckende Einführung bis 1982? (1954)		
		10. Schuljahr in Hessen. Ein Modellversuch (1980)		
		Probleme der flächendeckenden Einführung der Förderstufe in unserer Region. Förderstufe in Hessen II (2009)		
1980	Tradition als Last. Die Bundeswehr als Spiegel eines gesamtgesellschaftlichen Dilemmas. Für Lehrer an Schulen der Bundeswehr (2126)	Der pädagogische Freiheitsraum des Lehrers. Schulrecht und Pädagogik (II) (2057)	Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern. Fachgespräch (2118)	
		Schulpolitik für Ausländer. Probleme und Modelle regionaler Schulentwicklungsplanung (2096, 2177)		
1981		Religionslehrerausbildung an einer Gesamthochschule (2231)	Lernen von Erwachsenen (2153, 2191Theodor-Litt-Kolleg)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Das Lehrerbild der Lehrerbildung (2193)	
1983		Rahmenrichtlinien Religion in der Lehrerausbildung (2331)		
		Die Zukunft der hessischen Lehrerausbildung (2346)		
1984		Was Lehrer lernen (sollen). Berufsaufgabe, Berufserfahrung und Berufsausbildung des Lehrers (2422)	Perspektiven für die Entwicklung des Bildungswesens in der BRD. Gesellschaft - Bildung - Politik (2417, Fachgespräch)	
			Friedenserziehung in der Schule. Aufgaben - Probleme - Möglichkeiten (2444)	
			Bildungspolitik angesichts massiver Jugendarbeitslosigkeit. Jahreskonferenz der Ökumenischen Vereinigung der Akademien und Tagungszentren in Europa (2455)	
			Nordhessen: Kann die berufliche Qualifikation zum Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden? Berufliche Qualifikation - technologischer Wandel. Wirtschaftspolitisches Forum (2472)	
1985		Freie Schulen als pädagogische Herausforderung für das öffentliche Schulwesen. Ziele - Konzeptionen - Bedingungen (2496)		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1986		Vom Zusammenleben der Lehrer und Schüler in der Schule. Zur Entwicklung des sozialen Lehrens und Lernens (3314)		
		Hessische Förderstufe nach dem Förderstufen-abschlussgesetz. Chan-cen und Probleme (3332)		
1987		Der Beitrag der Kirche für eine zukunftsfähige Schu-le (2573)		
1988			Schulpolitik in Hessen. Veränderung und Kontinuität (2632)	
			Wirklichkeit und Bildung. Wahrnehmen - Deuten - Erkennen - Erziehen. Pädagogen-Theologen-Gespräch (2641)	
			Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe. Probleme des Unterrichts und des Zugangs zur beruflichen Qualifizierung (2677)	
1991			Schule in Hessen. Eigenverantwortung und Selbstverwal-tung – Gestaltungsperspektiven für die kommenden Jahre. Fachgespräch (2877)	
			Schule und demokratische Erziehung. Ihr Beitrag zur politi-schen Kultur im geeinten Deutschland (2830, 2855)	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
1993		Partizipation in der Schule. Chancen und Provokationen im neuen Hessischen Schulgesetz (3000)		
1994		(K)ein beliebtes Fach? Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen (3049)		
		Ressourcen für die Schule. Fachgespräch (3099)		
1995		Wohin entwickelt sich die Schule? Alptraum, Freiraum - Lebensraum. Schulgespräch Hessen - Thüringen (3151, Ev. Akademie Thüringen)		
		Lehren als Beruf. „Professionalität" in der Schule heute (3202)		
1997		Schulschwierigkeiten - eine medizinische Diagnose? (3236, Spessart-Klinik Bad Orb)		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Erziehung - zu preußischen Tugenden und sozialer Kompetenz? Hessisch-thüringisches Schulgespräch (3242, Ev. Akademie Thüringen)		
		Schulprogramm - was bringt es für die Schule? Herausforderungen, Chancen und Grenzen (3262)		
1998		Lebendiges Lernen. Ansätze ganzheitlichen Lernens in der politischen Bildung. Für Multiplikatoren der politischen Bildung, 28.-30.09.98	Bildung – Beruf – Arbeit. Gesellschaftliche Herausforderungen für berufliche Schulen, Betriebe und Politik, 13.-15.02.98	
		Ethisch erziehen in der Schule. Hessisch-thüringisches Schulgespräch. In Zusammenarbeit mit dem PTI-Kassel und der Evangelischen Akademie Thüringen, 02.-04.10.98	Lehrerausbildung. Ansätze zur Reform, 24.-26.04.98 (Vermerk im Programmheft Jan-Juni 1998: „Allen an einer Erneuerung der Lehrerausbildung Interessierten soll Gelegenheit zur Reflexion unterschiedlicher Modelle gegeben werden“.)	
1999		Hochbegabte Kinder, 11.09.99	Was soll die Schule (noch) alles leisten? Zur Qualität von Schule, 15.-17.01.99	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
			Globales Lernen (Hinweis aus dem Programmheft: „Im interdisziplinären Gespräch werden schulische Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen eines globalen Lernens erörtert.), 16.-18.04.99	
			Bildungspolitisches Fachgespräch. Geschlossene Veranstaltung, 29.-30.04.99	
			Die Verantwortung des Lehrers für die Qualität des Unterrichts, 19.-21.11.99	
2000		Was heißt soziales Lernen? Pädagogische Tagung, 27.-28.05.00	Wir machen gute Schule! In Zusammenarbeit mit dem Hessischen Elternverein und Elternbund Hessen, (laut Ausschreibung primär für Eltern und Lehrer), 11.-13.02.00	
			Bildung als Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln? Konsultation zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur. In Zusammenarbeit mit dem AfKD, 23.09.00	
			PISA und die Folgen. Pädagogische Tagung, 27.-29.10.00	
2001		Qualitätsentwicklung. Eine Herausforderung für Bildungsanbieter. Zielgruppe: Vertreter aus den Bereichen Erwachsenenbildung, Familienbildung und berufliche Weiterbildung, 19.-21.01.01	Krise der Ethik angesichts der neuen Biotechnologien. Fachgespräch, Zielgruppe: Theologen, Mediziner, Naturwissenschaftler, Politiker, Lehrer, 15.09.01	

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Wirtschaft in der Schule, Zielgruppe: Lehrer, Unternehmer, Vertreter der Interessenverbände, 23.-25.03.01	So ist die Jugend. Hessisch-thüringisches Schulgespräch, Zielgruppe: Lehrer, Ausbilder, Mitarbeitende in sozialpädagogischen und sozialpsychologischen Einrichtungen, Jugendarbeiter, Eltern, 26.-28.10.01	
		Zukunftskonferenz. Einblick in ein ergebnisorientiertes Beteiligungsverfahren. Zielgruppe: Mitarbeitende in der Erwachsenenbildung und an bürgerschaftlichen Projekten, Verantwortliche für Umstrukturierungsmaßnahmen in Institutionen und Projektentwicklung, vom: 21.-22.08.01		
2002		Weit voraus und mitten drin. Förderkonzepte für Hochbegabte. In Zusammenarbeit mit Synapse e.V. und dem Hessischen Kultusministerium, Zielgruppe: Betroffene Eltern, Lehrer, Psychologen, Vertreter aus Bildungsverwaltung und Wissenschaft, 15.-17.02.02	Lebendige Kirchen-Geschichte(n). In Zusammenarbeit mit dem Bereich Erwachsenenbildung im AfKD, Zielgruppe: Teilnehmer des Kurses „Kirchenführung“, architektonisch und kunstgeschichtlich Interessierte, 18.-20.01.02	Heiliges Land – Entscheidung für Geschichte. Zwischen Historikerdialog und politischer Inanspruchnahme. In Zusammenarbeit mit dem AphorismA Kulturverein und dem Willy-Brandt-Zentrum Jerusalem, Zielgruppe: Historiker, Nahost-Interessierte, Politikwissenschaftler, Theologen, Lehrer, 18.-20.09.02; sowie die Veranstaltung vom 21.09. mit dem Titel: „Israel – wie weiter?“

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
2003			Schule im Weltladen. Der faire Handel als außerschulische Lerngelegenheit. In Zusammenarbeit mit dem Weltladen-Dachverband und dem Hessischen Landesinstitut für Pädagogik/BLK 21, Zielgruppe: Mitarbeitende in Weltläden, entwicklungspolitisch Interessierte, Lehrerinnen und Lehrer, in der Jugendarbeit Engagierte, 31.01.-01.02.03	
			Erziehung: Vertrag zwischen Schule und Eltern. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Grundschulforum, Zielgruppe: Eltern, Lehrer, Schüler. Referentin: Kultusministerin Karin Wolff, 02.10.03	
			Mit Standards Menschen bilden? Zielgruppe: Verantwortliche aus Bildungsverwaltung und Hochschule, Lehrer, Theologen, Eltern; vom: 10.-12.10.03	
2004		Schule den ganzen Tag – Chancen für Kirchen und Vereine. In Zusammenarbeit mit dem PTI Kassel und dem Religionspädagogischen Studienzentrum der EKHN, Zielgruppe: Verantwortliche aus Bildungsverwaltung und Hochschule, Lehrer, Vereinsvertreter und Eltern, 13.-15.02.04		

Jahr	Politik als berufsständisch orientierte Veranstaltung	Politik als Interessen-vertretung	Politik als Diskurs	Internationale Politik
		Übung macht den Meister. Zur Zukunft des Handwerks. In Zusammenarbeit mit dem AfKD und der Handwerkskammer Kassel, Zielgruppe: Handwerker, Handwerksverbände, Mitglieder der Ev. Handwerker-Arbeit, Lehrer, vom: 08.-10.10.04		
2005		Ausgebrannt? Lehrer vor dem Burnout, Zielgruppe: Lehrer, Pädagogen und an der Thematik Interessierte, am: 19.05.05	Grundgesetz contra Koran. Das Verhältnis von Demokratie und Islam in Deutschland, Zielgruppe: Islam- interessierte Deutsche, muslimische Mitbürger, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 21.-23.01.05	
			Muslimisches Leben in Deutschland. Studienreise nach Berlin, Zielgruppe: islaminteressierte Deutsche, Kommunalpolitiker, Lehrer und sonstige mit der Integration ausländischer Mitbürger befasste Personen, vom: 30.03.-03.04.05	

8. Kirche – Schule im Akademieprogramm

Jahr	Politik als Interessenvertretung	Politik als Diskurs
1957		Religion „mangelhaft“ Studientagung für Religionslehrer (432)
1969		Religionsunterricht in der Krise? Neubestimmung und Neugestaltung der Unterweisung. Für Religionslehrer (1137)
1972	Institutionsberatung in Kirche, Wirtschaft, Politik und Bildungswesen. Expertengespräch (1851)	Bildungspolitische Initiativen der Kirche? (1377, Vortrag im Kasseler Hauskreis der Ev. Akademie Hofgeismar)
1978	Die Rolle der Kirche in der Hochschule. Beispiel: Studentengemeinde (1930, Ev. Studentengemeinde Kassel)	Von der Notwendigkeit der Kirche, Schulen zu haben. Glaube - Bildung - Freiheit (1863)
1981	Religionslehrerausbildung an einer Gesamthochschule (2231)	
1983	Rahmenrichtlinien Religion in der Lehrerausbildung (2331)	
1987	Der Beitrag der Kirche für eine zukunftsfähige Schule (2573)	
1994	(K)ein beliebtes Fach? Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen (3049)	
2000		Bildung als Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln? Konsultation zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur. In Zusammenarbeit mit dem AfKD Dienste, 23.09.00
2004	Schule den ganzen Tag – Chancen für Kirchen und Vereine. Zielgruppe: Verantwortliche aus Bildungsverwaltung und Hochschule, Lehrer, Vereinsvertreter und Eltern, 13.-15.02.04	

9. Hofgeismarer Protokolle zu bildungspolitischen und pädagogischen Tagungen

Protokoll Nr. / Erscheinungsjahr[16]	Veranstaltungstitel
52/1971	Rauschmittel – Jugend – Gesellschaft
54/1971	Die Sonderschule für praktisch Bildbare
61/1972	Die Werkstatt für Behinderte
71/1973	Lernziel Frieden
86/1973	Kinder – Eltern – Schule
93/1974	Hessische Rahmenrichtlinien
101/1975	Berufsbild Gemeindekrankenschwester/-pfleger
104/1975	Mit achtzehn volljährig: Folgerungen für Schule und Unterricht
109/1975	Probleme der Berufsausbildung
115/1976	Rechtsanspruch: Religionsunterricht
116/1976	Bildung und Entfremdung
119/1976	Sport und Oberstufenreform
129/1977	Lernbehinderte und Hauptschüler ohne Abschluss
143/1979	10. Schuljahr in Hessen

16 Das Erscheinungsjahr ist nicht immer mit dem Veranstaltungsjahr identisch.

Protokoll Nr. / Erscheinungsjahr[16]	Veranstaltungstitel
159/1980	10. Schuljahr in Hessen. Ein Jahr Modellversuch
167/1980	Jugend ´80 – Portrait einer Generation zwischen Angst und Hoffnung
168/1980	Schulpolitik für Ausländer
171/1980	Religion als Fach
174/1981	Elternmitbestimmung in Hessen
179/1981	Erwachsenenbildung zwischen Hochschule und freien Trägern
181/1981	Der pädagogische Freiheitsraum des Lehrers
183/1982	Schulpolitik für Ausländer II
191/1983	Das Lehrerbild der Lehrerbildung
194/1983	Integration geistig behinderter Kinder und Jugendlicher im Schulalter
196/1983	Grundschule: Kinderschule?
197/1983	Die Zukunft der Hessischen Lehrerausbildung
198/1983	Menschenbild und Pädagogik
204/1983	Langzeitkranke Kinder im Unterricht
213/1983	Grundschule: Leistungsschule?
223/1985	Grundschule – Frauenschule
225/1985	Nordhessen: Kann die berufliche Qualifikation zum Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden?

Protokoll Nr. / Erscheinungsjahr[16]	Veranstaltungstitel
236/1987	Schulisches Lernen mit Kopf, Herz und Hand?
237/1987	Vom Zusammenleben der Lehrer und Schüler in der Schule
238/1987	Persönliche Identität und politische Krise
249/1987	Der Beitrag der Kirchen für eine zukünftige Schule
257/1989	Wirklichkeit und Bildung. Pädagogen-Theologen-Gespräch
259/1989	Hauptschüler - eine vernachlässigte Gruppe
268/1990	Sozialarbeit mit Aussiedlern. Sozialpädagogische Ansätze ...
295/1992	Schule in Hessen. Eigenverantwortung und Selbstverwaltung
300/1992	Die Schule macht's den Mädchen schwer
308/1994	(K)ein beliebtes Fach?
323/2002	Geistliche Orientierung im 3. Jahrtausend. Texte zum interreligiösen Dialog

Quelle: Publikationsverzeichnis der Akademie aus dem Jahr 2005.[17]

17 Das Publikationsverzeichnis der Akademie wird regelmäßig aktualisiert. Es kann unter der Anschrift Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar oder unter ev.akademie.hofgeismar.de angefordert werden. Zu vergriffenen Exemplaren fertigt die Akademie auf Anfrage Kopien an. Die Protokolle 1 - 49 sind weder im aktuellen noch in den älteren Publikationsverzeichnissen aufgeführt. Die Mitarbeiter der Akademie konnten trotz intensiver Bemühungen weder die Protokolle noch die Literaturangaben zu den frühen Tagungen ausfindig machen.

10. Erwachsenenbildungsveranstaltungen der EKKW - Jahresberichte nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz

Die Bildungsanbieter müssen Jahresberichte anfertigen, um staatliche Zuwendungen zu erhalten. Nach dem Hessischen Weiterbildungsgesetz sind in den Jahresberichten verschiedene Bereiche zu berücksichtigen.

In der Tabelle sind die prozentualen Erwachsenenbildungsangebote für den Bereich „Politik und Gesellschaft“ der EKKW im Verhältnis zu den gesamten geförderten EKKW-Angeboten in ausgewählten Jahren angegeben. Die Zahlen in der Tabelle beziehen sich auf die vom Land oder von der Kirche geförderten Veranstaltungen. Nicht geförderte Angebote wurden nicht berücksichtigt.

Politik und Gesellschaft

Jahr	%	Bemerkung
2005	10,8 %	
2004	14 %	Drittstärkster Bereich nach Familie / Gender / Generationen (36 %), Religion (18 %), Kultur (18 %).
2003	11 %	Der prozentuale Anteil liegt im Mittelfeld der Schwerpunktbereiche.
2002	9,66 %	
2001	10 %	Der prozentuale Anteil ist ebenso hoch wie beim Schwerpunkt „Kunst, Literatur, Theater, Musik, Film“.
2000	9 %	Nach dem Bereich „sonstiges“ ist der Bereich „Gesellschaft, Geschichte, Politik“ der am wenigsten geförderte Schwerpunktbereich.
1999	12 %	
1991	4 %	Der prozentuale Anteil ist ebenso hoch wie beim Stoffgebiet Hauswirtschaft/Textilkunde (pol. Bildung = 27 Veranstaltungen, Textilkunde = 22 Veranstaltungen).

Quelle: Jahresberichte der AG für Erwachsenenbildung der EKKW.

11. EKKW-Veranstalter des Stoffgebiets „Politik – Gesellschaft“ (Stoffgebiet 1) 2000 – 2004

Lfd. Nr.	Veranstalter	Angebote
1.	Kirchengemeinden[18]	52
2.	Evangelisches Forum Kassel	35
3.	Arbeitskreis Kirche und Arbeitswelt	15
4.	Arbeitskreis Frauenarbeit	13
5.	Evangelisches Stadtjugendpfarramt	6
6.	Evangelische Akademie Hofgeismar	5
7.	Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung	5
8.	Ökumenische Werkstatt Main-Kinzig[19]	4
9.	Bereich Gemeindeentwicklung	3
10.	Evangelisches Gemeindebildungszentrum Bad Orb	2
11.	Arbeitskreis Männerarbeit	2
12.	Bereich Kinder- und Jugendarbeit	1
13.	Ev. Gemeinschaftsverband Hessen-Nassau e.V.	1

Quelle: Stoffgebietsstatistiken der AG für Erwachsenenbildung der EKKW 2000 – 2004

[18] In den Berichten zu den Stoffgebietsstatistiken sind die Kirchengemeinden namentlich benannt.

[19] Die Ökumenische Werkstatt Kassel erscheint in diesem Zeitraum nicht unter den in den Stoffgebietsstatistiken aufgeführten Veranstaltern.

12. Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen

Angegeben ist die Zahl der Erwerbspersonen, die ihr Einkommen ausschließlich aus der Bewirtschaftung ihrer Betriebe beziehen (Vollerwerbsbetriebe).

Angaben in %

Jahr	1950	1960	1970	1980	1989
Kreis	40,2	34,8	20,5	16,9	5,5
Hessen	23,3	13,6	6,3	4,1	2,6
Bund	24,6	13,8	8,5	5,5	3,6

Quelle: Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Korbach (Hrsg.): Die Landwirtschaft in Waldeck-Frankenberg. Zahlen, Fakten, Entwicklungen, Korbach 1991, S. 16.

Quellenverzeichnis

Exemplarische Seiten aus dem Tagungsverzeichnis zu den Akademietagungen: Jaspert 2003,
S. 488 f.

Jahresberichte der AG für Erwachsenenbildung der EKKW für die Jahre 1991 sowie 1999 – 2005, herausgegeben von der AG für Erwachsenenbildung der EKKW

Karte Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck: Landeskirchliches Archiv Kassel

Publikationsverzeichnis der Evangelischen Akademie Hofgeismar, zu beziehen unter: Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar oder unter ev.akademie.hofgeismar.de

Tagungsverzeichnis zu den Tagungen der Evangelischen Akademie Hofgeismar, in: Jaspert, 2003, S. 145 – 503.

Übersichtskarte über die EKD: EKD

Übersichtskarte über die Landeskirchen in Hessen: Evangelischer Pressedienst